

## Vorbereitungen für die Uebergangswirtschaft.

□ Berlin, 26. Okt. (Nachdruck aus unseres Büros.) Auf die Anfrage eines Abgeordneten gab im Ausschuss des Reichstages für Handel und Gewerbe der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt Dr. Müller Auskunft über die von der Regierung zur Vorbereitung der Demobilisation getroffenen Maßnahmen, wobei er hervorhob, daß die Frage der Demobilisation der augenblicklichen und etwa noch zu erwartenden militärischen Situation Rechnung tragen müsse. Nach den Mitteilungen des Unterstaatssekretärs hat der Reichsanwalt beim Reichswirtschaftsamt eine Kommission zur Demobilisation der Arbeiterschaft berufen, der die Reichsbehörden, die bundesstaatlichen Behörden, Vertreter der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, der Angehörigen und Arbeitnehmer-Organisationen angehören. Der Unterstaatssekretär legte sodann die Gesichtspunkte dar, nach denen eine etwaige Demobilisation erfolgen soll. Er berührte die Frage der Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, die die Entlassung der Heeresangehörigen nach dem Gesichtspunkte eines möglichst schnellen Wiederaufbaues des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens erfordere. Der grundlegende Plan sei bereits vor längerer Zeit von der Militärbehörde im Zusammenwirken mit den übrigen beteiligten Stellen ausgearbeitet worden. Zurzeit schwebten Verhandlungen, die auf eine Vereinfachung und Vereinfachung des Entlassungsverfahrens abzielen. Der Unterstaatssekretär hob dabei hervor, daß nicht beabsichtigt sei, die Militärarbeiter im gegebenen Augenblick sofort zu entlassen, vielmehr werde eine Lösung gesucht, die ihre Weiterbeschäftigung ermögliche. Ebenso sei die Frage einer Erwerbs- und Arbeitslosen-Unterstützung in Bearbeitung. Zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung würde die sofortige Vergebung rückständiger und kommunaler Aufträge sowie die Inangriffnahme neuer Arbeiten und die Vereinstellung der hierfür nötigen Mittel durch Reich, Staat und Kommune ins Auge zu fassen sein. Der Redner behandelte weiter eingehend die Frage der Beschäftigung der Industrie und des Handwerks und die damit im engen Zusammenhang stehende Verteilung der vorhandenen Rohstoffe und die Zuleitung der betriebszugehörigen, im Heeresdienste stehenden Personen an ihre alte Arbeitsstätte. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde dann noch die Kleiderversorgung und die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften sowie die Frage der Behandlung der Gefangenen und ausländischen Arbeiter eingehend erörtert.

Der Ausschuss beschäftigte sich sodann mit dem Gesetzentwurf über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft. Im Hinblick auf so manche verunglückte Anordnungen des Bundesrats äußerten die verschiedenen Redner erhebliche Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Vom Zentrum wurde beantragt, daß zum mindesten vor Erlass einer Anordnung, die das Wirtschaftsleben berühre, die Zustimmung des Ausschusses einzuholen und die Anordnung auf sein Verlangen wieder aufzuheben sei. Von den Nationalliberalen lag ein ähnlicher Antrag vor. Unterstaatssekretär Gypert vom Reichswirtschaftsamt suchte die Bedenken durch Zusagen zu zerstreuen und bemerkte zum Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914, daß es ohne dieses nicht möglich gewesen wäre, die Kriegswirtschaft aufzubauen und den ständigen Änderungen im Wirtschaftsleben und überraschenden Ereignissen rechtzeitig Rechnung zu tragen. Es sei ein dauerndes Ruhmesblatt des Reichstags, daß er seinerzeit dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung gegeben habe. Das Verlangen, dem Reichstag das Recht zu geben, eine Verordnung des Bundesrats wieder aufzuheben, gehe zu weit. Ob die Mitwirkung eines fünfzehngliedrigen Ausschusses bei der Vorberatung von Wirtschaftsmaßnahmen, oder ob der Ausschuss für Handel und Gewerbe vorgezogen werde, stelle er dem Reichstag anheim.

Ohne Beschlussfassung über den Gesetzentwurf und die vorgelegten Anträge wurde schließlich die Beratung abgebrochen.

## Die Selbständigkeit der ungarischen Wirtschaftspolitik.

Von Geheimem Rat Dr. Alexander v. Matkovits,  
Staatssekretär a. D., Mitglied des Regnatus  
hauses.

Budapest, 26. Oktober.

Der Weltkrieg, dessen friedliche Beendigung im Sinne der Wilsonschen Bestrebungen die Vereinigung der Völker sein sollte, wirkt zersetzend und trennend auf die bisherige Gestaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie. In diesem Prozesse erfolgt die wirtschaftliche Los-trennung Ungarns von den österreichischen Ländern. Seit dem Ausgleich vom Jahre 1867 sind die wichtigsten Fragen der Wirtschaftspolitik immer im Einvernehmen mit den österreichischen Ländern geregelt worden. Die wiederholten Verhandlungen haben zwar manche Fragen, die im Jahre 1867 gemeinschaftlich geordnet waren, dem selbständigen Verfügungsrecht Ungarns zugeführt, die wichtigsten Angelegenheiten aber, namentlich die Handelspolitik und die damit zusammenhängende Politik der Notenbank sind noch heute in gemeinsamem Einverständnis zu leiten.

Nun soll dem anders werden.

Der wichtigste Teil der Wirtschaftspolitik eines Landes ist gewiß die Handels- und Zollpolitik. In dem Moment, da die Zerlegung der österreichischen Länder politisch erfolgt, ist die Errichtung des selbständigen ungarischen Zollgebietes und die Befolgung einer selbständigen ungarischen Handelspolitik fast unbedingt notwendig. Wenn dies feststeht, dann muß heizzeiten an die Arbeit gegangen werden, um eben die Durchführung der Trennung ohne zu große wirtschaftliche Nachteile erreichen zu können. Denn schon im Jahre 1867 sagte die patriarchalische Lebensart unserer G. A. XII: daß „zwischen Ungarn und den übrigen Ländern Sr. Majestät die wechselseitigen Verührungen der Interessen zahlreich und wichtig sind“, und während des über fünfzig Jahre währenden Zusammenlebens mit den österreichischen Ländern sind die wirtschaftlichen Interessen gewiß noch zahlreicher und wichtiger geworden, und somit muß mit großer Umsicht vorgegangen werden, um die zahlreichen Fäden des jetzt innig zusammenhaltenden wirtschaftlichen Gewebes mit vorsichtigen Schnitten zu endweien.

Eine der wesentlichsten Aufgaben, die zu lösen sein werden, ist die Feststellung des zukünftigen Zolltarifs. Unser heute gültige Tarif wird zwar im Gesetzbuch als ungarischer autonomer Zolltarif genannt, ist aber tatsächlich im Einvernehmen mit Oesterreich für das einseitliche österreichisch-ungarische Zollgebiet verfaßt worden und durch gegenseitige Kompromisse zustande gekommen. Die wichtigsten handelspolitischen Grundprinzipien müssen sich ändern, wenn anstatt des mit den großindustriellen österreichischen Ländern in ein Zollgebiet gezwängten Ungarn, aus dieser Zwangslage entfestelt, ein überwiegendes Agrargebiet, das nunmehr unbedingt rasch industrialisiert werden muß, seine Zollpolitik feststellen soll. Sind Agrarzölle für ein nunmehriges Exportgebiet von landwirtschaftlichen Produkten von Bedeutung? Ist es zweckmäßig, auf wichtige Halbfabrikate, wie Eisen, Blei, Metallbleche, Garne, eine ganze Reihe von Chemikalien, auf Maschinen usw., die unsere aufwachsende und -strebende Industrie so sehr benötigt, hohe Schutzzölle zu erheben? Wie kann und soll das Aufblühen und die Erstarbung der ungarischen Industrie durch Zölle gefördert werden? Lauter Fragen, deren Beantwortung für die Wirtschaftspolitik des selbständigen Zollgebietes und bei der Aufstellung des zukünftigen Zolltarifs von immenser Wichtigkeit ist. Es sind dies nicht theoretische Fragen, ob Freihandel oder Zollschutz die leitenden Prinzipien der Handelspolitik sein sollen, sondern praktische, unter Beiziehung der wirtschaftlichen Vereine und beteiligten Fachleute und Industriellen zu beratende und festzustellende Maßregeln.

Der heutige kriegerische Zustand unserer Handelspolitik bietet ein vorgearbeitetes Terrain für die Trennung von Oesterreich. Wir befinden uns heute infolge der gegenseitigen Handelsverbote gewissermaßen im Zustande des getrennten Zollgebietes, namentlich erfahren wir die schädlichen Eigenschaften des getrennten Zollgebietes, die Hemmung der Freiheit des Handels und das Ueberschwern und Blühen des Schleichhandels und des Schmuggels. Allein selbst dieses Prohibitivsystem bietet viele Anhaltspunkte zur Einrichtung eines getrennten Zollgebietes und erleichtert gewissermaßen den Uebergang schon dadurch, daß ein noch so strammes Verfahren eines zukünftig geordneten getrennten Zollgebietes gewiß mit Freude begrüßt werden wird, weil es uns von dem jetzt bestehenden unsinnigen verkehrspolitischen Kriegshandel befreit. Eine vernünftige Abbrödelung des heutigen Zustandes muß und soll unbedingt möglichst bald in Angriff genommen werden, aber schon unter der Berücksichtigung, daß die zollpolitische Trennung von den österreichischen Ländern unser Ziel ist, denn nur auf diese Weise kann über zukünftige Pläne mit Ruhe gedacht und verhandelt werden.

Mit der Zollpolitik ist die Notenbankfrage innig verflochten. Zoll- und Handelspolitik fordern heute, bei dem innigen Zusammenhang des Außenhandels mit der Wirtschaft des Landes die Errichtung einer eigenen, selbständigen Notenbank. Die Errichtung der selbständigen ungarischen Notenbank ist somit ein Erfordernis der Selbständigkeit unserer Volkswirtschaft. Es ist nicht denkbar, daß eine fremde Bank, eine nicht dem ungarischen Staate allein unterstehende Notenbank, die auswärtigen Relationen unserer Wirtschaft, also hauptsächlich die Ein- und Ausfuhr des Goldes und den Verkehr mit Devisen leite.

An und für sich ist die Errichtung einer ungarischen Notenbank bei der musterhaften Gestaltung unseres Bank- und Kreditwesens nicht gar so schwer; allein die Verwicklung des Staatskredits mit der österreichisch-ungarischen Notenbank und die jetzige schlechte Lage unserer Valuta bilden derartige Schwierigkeiten, die mit größter Vorsicht zuerst gelöst werden müssen.

Zu alledem gestellt sich nunmehr die nebelhafte Situation der Gestaltung der zukünftigen Wirtschaftsgebiete, und dann die noch ganz unklare Handelspolitik der Ententemächte. Und doch muß die Handelspolitik — so wie jede Art von Politik — die Richtung, die andere befolgen, beachten, und ihre Maßnahmen nach denjenigen anderer Länder einrichten. In dieser Beziehung hat aber die selbständige Wirtschaftspolitik den großen Vorteil, daß sie wann immer Schritt für Schritt dem Ausland folgen kann und zu jeder Zeit die Tariffähigkeit ändern und der neuen Lage anpassen kann. Die Erstellung des neuen Zolltarifs kann somit erfolgen vor allem ändern unter alleiniger Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des selbständigen Ungarn, und ist von Zeit zu Zeit der Handelspolitik der mit den an unserem Handel beteiligten Länder entsprechend zu mobilisieren.

Wenn somit die Errichtung der selbständigen Wirtschaft mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, müssen wir alle mit unseren besten Kräften zusammenwirken, um Ungarn zu blühenden wirtschaftlichen Verhältnissen zu führen. In diesem Bestreben sind wir heute schon deshalb in günstiger Lage, als der Krieg einen großen Teil unserer wirtschaftlichen Faktoren erstarbt hat, und wir daher eventuelle Krisen leicht überleben können.

Rasche und energische Arbeit sei das Lösungswort, eine blühende Zukunft das Ziel!

## Die Not der Uebergangszeit.

Von Abg. Dr. Otto Steinwender.

Im Sturm bringen auf uns Tag um Tag neue Ereignisse herein. Um so fester sollten wir sein. Wir sind es leider nicht, und im Gegensatz zu unserer Mannschaft im Felde, die sich nicht brechen läßt, verlieren wir den Halt. Der Mangel an politischem Ziel und an parteimäßiger Disziplin, der uns im Frieden anhaftete, rächt sich jetzt. Und während Tschechen und Slowenen genau wissen, was sie wollen, während sie zu rechten Zeit zu reden und, was oft noch wichtiger ist, zu schweigen wissen, während sie sich gemeinsam vorbereiten für die Stunde der Entscheidung, gibt es bei uns Dissonanzen und Mißtöne. Unser Volk ist nicht vorbereitet, und zwar durch unsere Schuld, durch die Schuld der politischen Parteien und ihrer Führer.

Darum war der letzte Montag, an dem sich alle deutschen Abgeordneten zu einer einheitlichen Nationalversammlung zusammenschlossen, geradezu eine Erlösung. Wenn nicht nur die Nationalversammlung im ganzen, sondern auch alle ihre Teile bis zum Einzelnen vernünftig, stark und ruhig bleiben, kann es besser gehen, können wir mit Ehren und ohne Schaden für die Zukunft unseres Volkes aus der schwersten Zeit und dem Unglück, das wir mitverschuldet haben, hervorgehen.

Der erste Beschluß der Nationalversammlung bahnt den Weg ins Freie. Wir Deutsche in Oesterreich wollen unser eigenes Haus bauen mit allen Rechten und Pflichten der Selbstbestimmung. Wir gönnen und wünschen den anderen Nationen dasselbe, nicht mehr und nicht weniger als uns selbst. Als freie Gleichberechtigte wollen wir uns trennen und uns wieder zusammensuchen in dem, was sich nicht trennen läßt. Vielleicht bleibt wenig oder auch nichts als dauernd gemeinsam; wir stoßen nicht ab, und wir drängen uns nicht heran. Aber so viel muß jeder Vernünftige jeder Nation begreifen, daß wir uns verständigen müssen über die Zwischenzeit bis zur reinlichen Scheidung und über das, was für jeden Teil entfällt an Gütern wie an Lasten. Dazu brauchen wir wenigstens für einige Zeit eine gemeinsame Regierung, oder wenn dieses Wort anstößig wäre, eine Zentrale, eine Kommission, eine Delegation oder wie immer man das Ding nennen mag.

Steht es einmal fest, daß jede Nation Herrin auf ihrem Siedlungsgebiet ist, und sind diese Gebiete wenigstens grundsätzlich abgesteckt, dann werden sich die Vertretungen der Nationen auch zusammensuchen zur Fortführung bis zur Teilung und zu einer redlichen Teilung, die allen nützlich ist. Darum verzweifeln wir auch nicht, allerdings in der Voraussetzung, daß wir Deutsche uns an Einigkeit und Disziplin von den anderen nicht beschämen lassen.

Allerdings wird die Teilung für jeden Teil mehr Unerfreuliches bringen als Erwünschtes. Denn was wir an gemeinsamen Gütern besitzen, wie Gebäuden, Eisenbahnen, Forsten und Bergwerken, zählt wenig gegen die neuen und alten Schulden, welche die Summe von 80.000 Millionen Kronen schon heute überschreiten. Diese furchtbare Summe muß verzinst und getilgt und daher auch von den einzelnen Teilen der alten Staaten übernommen werden. Dafür bürgt außer dem feierlich gegebenen Wort die Macht der vielen Hunderttausende von Staatsgläubigern; schließlich würden auch England und Amerika als Welthandelsvölker und Weltgläubiger einen österreichischen Bankrott nicht dulden. Mitzahlen werden allerdings auch die Staatsgläubiger in Form von Abstempelungen und Couponabzügen, aber nicht in einem höheren Maße als jeder andere Besitzer von Werten aller Art. Möglich also, daß anstatt 80 nur 60 Milliarden zu zahlen und daher auch zu übernehmen sind, aber dem Staate wird ebensowenig die Schuld geschenkt wie dem Gläubiger das Guthaben geraubt.

Voransichtlich wird der Schuldenteilung eine Schuldenminderung durch eine Vermögensabgabe und auch durch eine Vermögenszuwachsabgabe vorangehen. Bleiben also vielleicht 40 Milliarden mit einem Jahreserfordernisse von rund 2000 Millionen Kronen. Das Doppelte der Steuerjamme des letzten Friedensjahres würde also das Erfordernis überschreiten. Dabei wäre es billig, einige Korrekturen vorzunehmen, denn die Gebäude waren zu hoch, die Grundstücke zu niedrig besteuert, auch hat die Steuerverteilung Verschiebungen verursacht, die

in Zukunft wegfallen. Doch das sind Einzelheiten, auf die hier nicht eingegangen werden soll. Jedenfalls zeigen die unmaßgeblichen Ziffern unserer Schätzung, daß die Lasten trotz ihrer unheimlichen Größe die Leistungsfähigkeit nicht überschreiten. Die Vertreter der Nationalregierungen haben also eine Aufgabe vor sich, welche lösbar ist; daher werden die Gläubiger in ihrem eigenen Interesse gut tun, inzwischen die Courage nicht zu verlieren.

**Die Vorbereitung der Uebergangswirtschaft.**

4 Berlin, 26. Okt. (Telegr.) Im Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe teilte Unterstaatssekretär Dr. Müller vom Reichswirtschaftsamt mit, daß eine Kommission für Demobilisierung der Arbeiterschaft berufen worden ist. Sie besteht aus Vertretern der Reichsbehörden, der Bundesregierungen, der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, der Angestellten und Arbeiterorganisationen, im ganzen etwa 40 Mitgliedern. Diese Kommission hat einen neungliedrigen Ausschuß eingesetzt, der in Fühlung mit den militärischen Stellen, den Gemeinden und den wichtigsten Berufszweigen die erforderlichen Maßnahmen schnell vorbereiten soll. Die Entlassung der Heeresangehörigen wird so erfolgen, daß der Wiederaufbau des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens möglichst schnell erfolgen kann. Schon vor längerer Zeit haben die Militärbehörden und die übrigen beteiligten Stellen den grundlegenden Plan ausgearbeitet. Eine Vereinfachung und Verkürzung des Entlassungsverfahrens wird angestrebt. Die Rüstungsarbeiter sollen nach Möglichkeit weiterbeschäftigt werden. Die Arbeitslosenunterstützung wird vorbereitet, ebenso eine Erwerbslosenunterstützung. Rückständige öffentliche Arbeiten sollen dann sofort vorgeben, neue Arbeiten in Angriff genommen werden. In erster Linie dürften bei der Demobilisierung Betriebsunternehmer, Werkmeister, Land-, Berg- und Transportarbeiter und Beamte aller Art entlassen werden, und es soll vorgelegt werden, daß die Landwirte, Gewerbetreibenden und Unternehmer ihre Arbeitskräfte namentlich anfordern und möglichst schnell erhalten können. Gegen das Ermächtigungsgesetz für den Bundesrat betr. die Uebergangswirtschaft wurden erhebliche Bedenken im Hinblick auf so manche Bundesratsverordnungen geäußert. Ein Zentrumsantrag verlangt, daß die Zustimmung des in dem Gesetz vorgesehenen Reichstagsausschusses zu allen das Wirtschaftsleben berührenden Anordnungen erforderlich sei und die Anordnungen auf Verlangen des Ausschusses wieder aufgehoben werden müssen. Ein ähnlicher Antrag ist von den Nationalliberalen gestellt. Unterstaatssekretär Göppert betonte, daß ohne das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 die Kriegswirtschaft nicht hätte eingerichtet und fortgeführt werden können. Wenn der Reichstag wirtschaftliche Bundesratsverordnungen wieder aufheben dürfte, so würde das bedenklich sein. Die weitere Beratung wurde vertagt.

## Gegen die gegenseitige Wirtschafts- absperrung in Deutschösterreich.

Im Auftrage des Deutschösterreichischen Staatsrates  
ergeht folgender Aufruf:

Deutschösterreicher!

Die erste und schwerste Aufgabe, die der neuen deutschösterreichischen Regierung obliegt, ist die Sicherung des Nahrungsbedürfnisses der Bevölkerung. Der Deutschösterreichische Staatsrat ist bemüht, der drohenden Lebensmittelnot durch gesteigerte Ausbringung im eigenen Lande und durch Verhandlungen mit den Nachbarstaaten abzuwehren. Deutschland hat sich trotz eigener Knappheit in brüderlicher Hochherzigkeit bereit erklärt, auszuweichen. Die ungarische Regierung hat Lebensmittellieferungen in Aussicht gestellt. Auch die Unterhandlungen mit den slavischen Nachbarstaaten versprechen Erfolg. Aber sie erfordern Zeit. Auch das Eintreffen der deutschen und ungarischen Sendungen erleidet infolge großer Transportschwierigkeiten Verspätungen.

Soll die Ernährung der Bevölkerung mit Hilfe der eigenen Ausbringung und der fremden Zuschube gesichert werden, muß Ordnung im Ernährungswesen herrschen. Hier aber droht große Gefahr, wenn nicht jedermann sich rasch besinnt, daß das Gesamtwohl auch das Wohl des Einzelnen bedeutet. Jede Behörde, jede Gemeindevertre-

tung, jeder Einzelne, Bauer und Bürger, hat die Ausbringungs- und Ernährungsvorschriften streng einzuhalten. Es geht nicht an, daß deutschösterreichische Gebiete sich gegenseitig absperrten, daß für bestimmte Empfänger angewiesene Bahnsendungen mit Lebensmitteln aufgehalten werden, städtische Verwaltungen staatliche Bestände mit Beschlagnahme belegen.

Ich habe zur Sicherung der gebotenen Einheitlichkeit der Ernährungsverwaltung die Landesregierungen Deutschösterreichs angewiesen, Sonderverfügungen jeder Art unbedingt zu unterlassen. Dies gilt auch für alle autonomen Organe. Auch jeder Einzelne halte sich darnach.

Es glaube niemand, daß er sich vor der allgemeinen Not schützen kann, wenn er nur für sich sorgt und seinen Mitbürgern das vorenthält oder wegläuft, worauf sie Anspruch haben, Anspruch erheben müssen, um ihr und ihrer Kinder Leben zu erhalten.

Der Anarchie im Ernährungswesen muß Einhalt geboten werden, wenn der deutschösterreichische Staat, kaum errichtet, nicht zu Grunde gehen soll.

An alle, an staatliche und autonome Behörden, an Stadt und Land, an Bauern, Bürger und Arbeiter ergeht die Mahnung: „Laßt keine Anarchie im Ernährungswesen einreißen!“ Beobachtet die Vorschriften des Deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksernährung! Nicht mehr mit widerstrebenden Angehörigen fremder Nationalitäten habt ihr es zu tun. Ihr seid Genossen eines Volkes, die die Not zusammengeschweißt und auf sich allein gestellt hat. Bekundet den Gemeinfinn, denn die anderen Völker be- weisen.

Bedenket, daß es sich um euer Volkstum, um Gegenwart und Zukunft Deutschösterreichs handelt! Nur wenn jeder seine Pflicht tut, wenn jeder Disziplin bekundet, kann die Gefahr von Deutschösterreich und jedem Deutschösterreicher abgewendet werden. Dann wird sie aber auch gebannt werden. Eure Volksregierung sorgt dafür!

Das Deutschösterreichische Staatsamt für Volks-  
ernährung.

Der Staatssekretär:

Dr. Loewenfeld-Rußm. p.

7./X. 1918

11

**Staatssekretär v. Beck über seine Wiener Verhandlungen.**

Wien, 6. November.

Der ungarische Regierungskommissär Ludwig v. Beck, der heute dem Staatsrate einen Besuch abstattete, machte einem unserer Mitarbeiter folgende Mitteilungen:

„Meine Wiener Reise verfolgt in erster Linie den Zweck, mit dem deutschösterreichischen Staatsrat und mit der Deutschösterreichisch-ungarischen Bank ein Abkommen zu treffen, damit während der Uebergangszeit unser Banknotenbedarf sich taglos abwickeln kann. Im Interesse des wirtschaftlichen Verkehrs halte ich es für das Beste, vorläufig das jetzige Geldsystem aufrecht zu erhalten. Die Vorarbeiten für unsere eigene Notenbank, die sofort nach Friedensschluß errichtet wird, sind bereits im Gange. Ich hoffe, daß man uns genügend Banknoten wird zur Verfügung stellen. Wenn nicht, wird die ungarische Regierung sofort die nötigen Schritte einleiten, um ihr Banknotenbedürfnis auf andere Weise zu decken.“

Ich habe dem deutschösterreichischen Staatsrate die brüderlichen Grüße der ungarischen Regierung übermittelt.“

7./X. 1918

## Der Ökonomist.

## Die Lösung der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit zwischen Oesterreich und Ungarn.

Wien, 8. November.

Die ungarische Regierung hat durch Erklärung vom 31. Oktober verfügt, daß die Gemeinsamkeit zwischen Oesterreich und Ungarn mit dem 1. November 1918 als aufgehoben zu betrachten sei. Diese einseitige Verfügung in Ungarn ist ein Bruch der bestehenden Gesetze und Verträge in einer Form, wie sie bisher zwischen den einzelnen Teilen der Monarchie noch nie vorgekommen ist. Zwischen Oesterreich und Ungarn besteht das Verhältnis des Ausgleiches und der Gemeinschaft vertragsmäßig bis Ende 1919. Durch das Gesetz vom 27. Dezember 1917 war bestimmt worden, daß der gesamte Komplex des Ausgleiches vom 8. Oktober 1907 bis zu dem Zeitpunkt, in welchem die zwischen den beiden Regierungen vereinbarte Neuregelung dieser Angelegenheit mit Zustimmung der beiderseitigen Gesetzgebungen in Kraft tritt, längstens bis 31. Dezember 1919 erstreckt wird. Wenn also nicht vorher der neue Ausgleich in Kraft tritt, gilt der bisherige Zustand bis 31. Dezember 1919 festgelegt. Jeder der beiden Staaten hat aber das Recht, die mit fremden Staaten abgeschlossenen Handels- und Schiffsverkehrsverträge vom 31. Dezember 1918 an einjährig zu kündigen. Es ist also durch Gesetze, die in Oesterreich und Ungarn gleichzeitig am 27. Dezember 1917 verlaubar worden sind und auf beiderseitigen abgeschlossenen Verträgen beruhen, eine Verlängerung dieses Zustandes auf zwei Jahre bis Ende 1919 vorgenommen worden. Diese Gesetze beruhen, wie bemerkt, auf Verträgen, die zwischen den beiderseitigen Regierungen unter dem Vorbehalte der Genehmigung durch die Legislativen geschlossen worden sind. Ungarn hat sich also über diese vertragsmäßige und rechtsverbindliche Verpflichtung einfach hinweggesetzt.

Die Verträge, die hier in Betracht kommen, regeln vorerst die gegenseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn durch Aufrechterhaltung des zollfreien Güterverkehrs nebst den übrigen Bestimmungen des seinerzeitigen Zoll- und Handelsbündnisses. Die Zollfreiheit ist also bis Ende 1919 vertragsmäßig festgelegt.

Sodann ist der Münz- und Währungsvertrag und das Privilegium der Oesterreichisch-ungarischen Bank gleichfalls bis Ende Dezember 1919 verlängert worden. Es bleibt also bis zum Ende des nächsten Jahres die Gemeinsamkeit der Währung und der Notenbank aufrecht, die Zahlungsmittel haben in allen Teilen Oesterreichs und Ungarns gleiche Zahlkraft und Umlaufsfähigkeit, die Oesterreichisch-ungarische Bank ist die gemeinsame Kreditstelle, ihr Privilegium kann vor dem Ablaufe dieser Zeit nicht außer Kraft gesetzt werden und sein Ablauf mit diesem Zeitpunkte ist an die Bedingungen dieser gesetzlichen Vereinbarungen geknüpft.

Die Quote, das ist das Beitragsverhältnis der beiden Staaten zu den gemeinsamen Ausgaben, wurde nicht auf zwei Jahre, sondern gemäß der Bestimmung des Ausgleiches vom Jahre 1867 durch Verfügung des Kaisers auf ein Jahr in dem bisherigen Verhältnisse von 63,6 und 36,4 Prozent festgesetzt. Dieses Quotenverhältnis läuft also mit Ende Dezember heurigen Jahres ab; sollten im nächsten Jahre noch gemeinsame Angelegenheiten zu ordnen sein, so müßte die Quote vor dem Jahresende neu fixiert werden.

Endlich ist durch ein gleichfalls am 27. Dezember 1917 verlaubarbares Gesetz verfügt worden, daß die Kolleinnahmen in beiden Staaten vorweg für den Aufwand der gemeinsamen Angelegenheiten verwendet werden müssen.

Für die Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten in eine gesetzliche Verfügung nicht getroffen worden. Es wurde zwar ein Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. Juli bis Ende Dezember 1918 in den Delegationen eingebracht, aber noch nicht erledigt. Wie bisher besteht in diesem Belange der Zustand außerhalb des Gesetzes. Die gesetzliche Grundlage ist also in der Richtung aufgebaut, daß die Quote bis Ende 1918, der Ausgleich und die Währung sowie das Bankprivilegium bis Ende 1919 festgelegt sind.

Die Voraussetzung für alle diese Verfügungen bildet die Reziprozität. Sie ist in dem allgemeinen Ausgleichsgesetze vom 27. Dezember 1917 ausdrücklich angenommen, da daselbst verfügt wird, daß das Gesetz nur unter der Voraussetzung in Kraft bleibt, daß der ihm zugrunde liegende Vertrag gleichzeitig und gleichlautend auch in den Ländern der ungarischen Krone wirksam wird. Die gleiche Klausel enthält das Gesetz über die Verwendung der Kolleinnahmen.

Diese rechtliche Grundlage ist nun durch die einseitige Verfügung Ungarns durchbrochen worden. Ungarn begab sich damit auf den Standpunkt vollständiger Trennung und der österreichische Staatsrat wird vor die Frage gestellt, welche Folgerungen für Deutschösterreich aus dieser einseitigen Verfügung abgeleitet werden sollen. Nach dem Grundsätze der Reziprozität hat Deutschösterreich für gemeinsame Angelegenheiten nur unter der Voraussetzung zu zahlen, daß die Zahlungen auch von Ungarn gleichzeitig erfolgen. Diese Zahlungen sind bisher von beiden Seiten regelmäßig geleistet worden. Auf Grund dieser Ueberweisungen wurden am 1. d. die Gehalte der Offiziere und gemeinsamen Beamten, die Entlohnung der Mannschaften, die Zahlungen für die Marine und andere Zahlungen dieser Art aus der gemeinsamen Kasse des Kriegsministeriums, beziehungsweise den anderen gemeinsamen Kassen geleistet. Die Abrechnung zwischen Oesterreich und Ungarn erfolgte hierüber monatlich und ist auch zu Ende Oktober vollzogen worden. In den nächsten Monaten werden noch beträchtliche Zahlungen für diese Zwecke zu leisten sein, bis die vollständige Liquidierung der gemeinsamen Angelegenheiten sowie die gänzliche De-

zinsung durchgeführt sein werden. Es wird Sache der beiderseitigen Staatsverwaltungen sein, diese Auseinandersetzung durch Verhandlungen durchzuführen. Die Zölle sind bisher von jedem der beiden Staaten selbständig eingenommen und für die gemeinsamen Auslagen vorweg verwendet worden; auch Ungarn hat die Kolleinnahmen derart verrechnet, doch sind gegenwärtig die Zolleingänge speziell in Ungarn äußerst gering, da die Importe über die Auslandsgrenzen dieses Staates so gut wie aufgehört haben. Es wird jedoch auch eine Abmachung über die Verwendung der künftigen Kolleinnahmen getroffen werden müssen.

Bezüglich der Bankgemeinschaft vertritt die Oesterreichisch-ungarische Bank den Standpunkt, daß ihr Privilegium bis Ende 1919 läuft und vor diesem Zeitpunkte in keinem Falle aufgehoben werden könne. Aus rechtlichen und technischen Gründen müsse daher die gemeinsame Bank auch in Ungarn bis Ende 1919 bestehen bleiben.

**Die Liquidierung der Seeresaufträge.****Die Umstellung auf die Friedensarbeit.**

Das vom Staatsrat eingesetzte paritätische, aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterschaft zusammengesetzte Industriekomitee hat gestern im deutschösterreichischen Staatsamt für Seerwesen eine Aussprache über die Fragen gepflogen, welche Industrie und Arbeiterschaft berühren. Aus diesem Anlaß gab das deutschösterreichische Staatsamt für Seerwesen im Rahmen seiner Zuständigkeit die Zusicherung, daß die liquidierten Forderungen für die alten Forderungen der Industrie an die Seeresverwaltung sukzessive zur Bezahlung gelangen und berechtigten Interessen der Industrie bei der Liquidierung der Seeresaufträge durch das deutschösterreichische Staatsamt für Seerwesen gewahrt werden. Das Staatsamt richtete an die Abordnung den dringenden Appell, die Industrie zu veranlassen, sich sofort auf die Friedensarbeit umzustellen.

Das Komitee erklärte, diese Aufforderung durch seine Organisation sofort weiterzugeben, von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Mitarbeit an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau unsres neuen Staatswesens die oberste Aufgabe aller sei und die Umstellung auf die Friedensarbeit mit größter Energie und intensivster Anspannung aller Kräfte einzuleiten sei, wobei die Weiterbeschäftigung der in den Industrien tätigen Arbeiterschaft vor allem angestrebt werden müsse.

**Die Lieferungen an die Marineektion.**

Vom Reichsverband der österreichischen Industrie geht uns die nachstehende Mitteilung zu: Infolge der Uebergabe der Flotte an den jugoslawischen Staat hat in den Kreisen der Lieferanten der Marineektion hinsichtlich der Liquidierung ihrer Forderungen eine tiefgehende Beunruhigung Platz gegriffen. Im Reichsverband der österreichischen Industrie hat nun kürzlich eine Besprechung einiger an den Marinektionen hervorragend beteiligter Firmen stattgefunden, welche beschlossen haben, unter Führung des Reichsverbandes eine Aktion zur Klarstellung der Rechtsverhältnisse und zur Sicherung der Forderungen zu unternehmen.

12./XI. 1918

(Verbot der Ausfuhr von Effekten aus Ungarn.) Das Amtsblatt veröffentlicht heute unter Zahl 5211 M. E. folgende Regierungsverordnung: § 1. Es ist verboten, aus dem Gebiete Ungarns Obligationen, Aktien, Sparkasseneinlagebücher, Schecks oder andere Effekten, Geld, Juwelen oder ähnliche Werte in ein anderes Land oder auf dem Gebiete Ungarns an einen solchen Ort zu bringen (schicken), für den dies der Finanzminister im Verordnungswege verboten hat. Von dem Verbote kann in motivierten Fällen die Postsparkasse Ausnahmen gestatten. Die Gesuche um Erteilung der Erlaubnis sind unter Angabe der Effekten und des Ortes, aus welchem und nach welchem sie übergeführt werden sollen, bei der internationalen Abteilung der Postsparkasse zu unterbreiten, wo die gewünschten Aufklärungen mit den erforderlichen Beweisen zu erteilen sind. Auch die Ueberweisung von Geld an die im ersten Punkte bezeichneten Orte unterliegt der Wirksamkeit dieser Verordnung. Die Postsparkasse wird die Erlaubnis stets erteilen, wenn die Ausfuhr, beziehungsweise Ueberweisung des Depots oder der Forderung einer außerhalb des Gebietes Ungarns ansässigen Person oder Firma geplant ist. Die Erlaubnis ist bei der Aufgabe auf die Post, Eisenbahn oder ein anderes Transportmittel vorzuweisen; sollte die Beförderung auf andere Weise geschehen, ist die Erlaubnis auf Wunsch den behördlichen Organen vorzuweisen. Zur Ausfuhr, beziehungsweise Ueberweisung eines geringeren Wertes als 1000 Kronen ist eine Erlaubnis nur dann einzuholen, wenn der auszuführende Wert mit den in demselben Kalendermonat bereits ausgeführten, beziehungsweise überwiesenen Werten zusammen 1000 Kronen übersteigt. § 2. Der Postsparkasse steht das Recht zu, solchen Personen oder Firmen, bei denen sich die Notwendigkeit, Geld auszuführen, beziehungsweise zu überweisen, aus ihrem Geschäftsverkehr ständig ergibt, für eine zu bestimmende größere Summe ohne vorhergängige Anmeldung der einzelnen Fälle die Erlaubnis mit der Beschränkung zu erteilen, daß die innerhalb des Rahmens der erteilten Erlaubnis erfolgenden Exporte, Ueberweisungen, beziehungsweise Disponierungen unter Mitteilung der betreffenden Daten innerhalb eines von der Postsparkasse festzustellenden Präklusivtermins nachträglich anzumelden sind. § 3. Außer der durch die Postsparkasse zu erteilenden Erlaubnis sind stets auch die zur Ausfuhr, beziehungsweise Ueberweisung der Werte im Sinne der bestehenden Normen (beispielsweise der Devisenverordnung, der Zahlungsverbote) erforderlichen Bewilligungen oder Zeugnisse beizubringen. § 4. Derjenige, der das in dieser Verordnung enthaltene Verbot verletzt oder anspielt, wird gemäß den Gefälligkeitsbestimmungen bestraft. In solchen Fällen ist stets die Konfiskation des das Substrat der Handlung bildenden Wertes anzuordnen. Die Hälfte des Wertes des konfiszierten Gegenstandes gebührt — unabhängig von der dem Anzeiger nach den bestehenden Normen zukommenden Provision — demjenigen, der die Gefälligkeitsstrafhandlung angezeigt oder ermittelt hat, als Belohnung. § 5. Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verlautbarung in Kraft. Mit ihrem Vollzuge wird der Finanzminister betraut. Wie wir vernehmen, wird die Vollzugsverordnung dieser Tage erscheinen.

15./XI. 1918

## Die Staatswirtschaft Deutsch- österreichs.

Eine Kundgebung des Staatsrates.

Der Staatsrat hat in seiner gestrigen Sitzung folgende Kundgebung beschlossen:

Die finanziellen Verhältnisse, die der Krieg hinterlassen hat, machen eine Anleihe unvermeidlich. Der deutschösterreichische Staatsrat wird sich daher in den nächsten Tagen mit der Aufforderung an unser Volk wenden, dem neuen Freistaate die Mittel für die dringendsten außerordentlichen Erfordernisse der Uebergangszeit durch eine Anleihe zu gewähren.

Um jedoch der verhängnisvollen Schuldenwirtschaft ein Ende zu machen, wird der Staatsrat sofort die Erschließung neuer Einnahmequellen vorschlagen. Soziale Fürsorge, Schonung der Windermitteln und Rücksicht auf das Gedeihen der Produktion werden ihm dabei leiten.

Die nächste finanzielle Aufgabe, gleichzeitig aber auch die patriotische Pflicht, erfordern die ungesäumte Entrichtung der schon bestehenden Steuern mögen sie vorgeschrieben sein oder nicht. Unsere Mitbürger wissen, daß alle ihre Leistungen einzeln und allein den Bedürfnissen des deutschösterreichischen Staates zugeführt werden. Sie wissen, daß die Bedürfnisse sich vervielfacht haben, sie können aber auch versichert sein, daß nur Ausgaben gemacht werden, die unvermeidlich sind. Nicht Zwangsmittel sollen abgewartet, sondern frei und reich soll das getan werden, was das Vaterland braucht!

Zu der vorstehenden Kundgebung des Staatsrates wird die „Erhebung neuer Einnahmequellen“ angekündigt. Zu diesen neuen Einnahmen soll eine Erhöhung der Erbschaften und vor allem eine Vermögensabgabe, deren Entwurf schon in der allernächsten Zeit vorgelegt werden wird, gehören.

Wie wir hören, soll die erste deutschösterreichische Staatsanleihe bereits gegen Ende

November zur Zeichnung aufgelegt werden. Ueber ihre voraussichtlichen Bedingungen konnten wir bereits vor einiger Zeit mitteilen, daß vierprozentige Staatscheine, die nach zwei Jahren rückzahlbar sind, zur Begebung gelangen dürften.

Der Finanzausschuß der Nationalversammlung hielt unter dem Vorsitze des Obmannes Hummer und in Anwesenheit des Staatssekretärs für Finanzen Dr. Steinwender eine Sitzung ab, in welcher Staatssekretär Dr. Steinwender ein Exposé über den künftigen Geldbedarf des Staates und seine Bedeckung hielt. In der Sitzung wurde die finanzielle Seite der Sachdemobilisierung erörtert, wobei Abg. Kraft durch Vorlage eines umfassenden Ziffermaterials auf die außerordentliche finanzielle Bedeutung der Sachdemobilisierung hinwies. Die Abgeordneten Kraft, Schiegl, Dr. v. Oberleitner und Hummer erörterten das Staatsschulden- und Bankproblem.

## Die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit Deutschösterreichs.

Wien, am 16. November.

In diesem Augenblick, wo selbst dem Standhafteste unter der Last der Sorgen, die Tag für Tag auf uns einströmen, enge uns Herz wird, ist die Frage nach der wirtschaftlichen Zukunft Deutschösterreichs nicht eine der geringsten, wenn wir noch nicht einmal wissen, wie groß den überhaupt das Gebiet Deutschösterreichs sein wird. Aber gerade jetzt tut nichts mehr not, als nach vorwärts zu schauen und nach wirtschaftlichen Möglichkeiten zu suchen, von denen sich Gegenwerte für Verlorenes erhoffen lassen.

Deutschösterreich zerfällt in zwei nicht bloß geographisch voneinander getrennte, sondern auch in ihrer wirtschaftlichen Struktur völlig verschiedene Teile: in die Sudetenländer und in das Alpengebiet mit seinem zum Teil ziemlich weit über die Donau reichenden Vorland. In den Sudetenländern ist das ökonomische Leben, abgesehen von Süd- und Teilen Westböhmens, fast zur Gänze auf Industrie und Bergbau eingestellt. Unter dem Schutz der österreichischen Zölle haben sich nun diese zu reicher Blüte entwickelt und die Reichenberger Tuchindustrie war auch auf dem Weltmarkt ein Faktor. In der letzten Zeit vor dem Kriege wurden freilich die Klagen über die zunehmende Konkurrenz selbst in der früher unbeschränkt herrschenden Gablonzer Glasindustrie immer häufiger und es gibt Stimmen, die sich heute unter der Einwirkung wirtschaftlicher Gründe für eine nationaldeutsche Autonomie innerhalb der tschecho-slovakischen Republik aussprechen. Freilich im Gegensatz zu den bedeutenden deutschböhmisches Industriellen wie Liebzig und Ginzky, die den Standpunkt vertreten, die Industrie Deutschböhmens brauche vor der deutschen Konkurrenz keine Furcht zu haben. Mehr Unternehmungslust und mehr zielbewusste Arbeit als bisher wird unter allen Umständen notwendig sein. Dies gilt noch viel mehr für die in den Alpen und im Donaugebiet lebenden Deutschösterreicher sowie ganz besonders für Wien. Dieser Teil Deutschösterreichs war in seiner industriellen Tätigkeit fast ganz auf den Bezug von schlesischer und mährischer Kohle angewiesen. Jetzt, wo die Steinkohlenlager von Mährisch-Ostrau für Deutschösterreich verloren sind, befinden wir uns, ökonomisch gesprochen, so ziemlich in der gleichen Lage wie die Schweiz. Nach allen Seiten vom Meere abgeschnitten, haben wir eine passive Ernährungsbilanz und nur wenig Kohle. Aus dieser Lage heraus gibt es, den starken Arbeitswillen der Bevölkerung vorausgesetzt, nur einen Ausweg, um unsere schon bestehende Industrie zu erhalten und sie womöglich noch zu erweitern: die großzügige Verwertung des unverfügbaren Schatzes der Wasserkräfte. Die k. k. Staatsbahnverwaltung hat die Gesamtenergie der in den österreichischen Alpenländern verfügbaren Wasserkräfte mit rund drei Millionen Pferdekraften berechnet, wovon bei Ausbruch des Krieges etwas über 200.000 ausgenützt waren. Der Wegfall der südslawischen Gebietsteile und Südtirols fällt jetzt diese Berechnung und es ist augenblicklich schwer, den Anteil an der verwertbaren Gesamtmenge genau zu berechnen, der dem deutschösterreichischen Alpengebiete zukommt. Mit zwei Millionen Pferdekraften dürfte aber dieser Anteil kaum zu hoch bemessen sein. Davon sind bisher noch keine acht Prozent ausgenützt worden. Was haben daneben andere Länder in ähnlicher Lage aus ihren Wasserkräften gemacht! In der Schweiz wird derzeit die mittlere Nettoleistung aller bestehenden Hydroelektrizitätswerke mit 550.000 Pferdekraften angegeben und unter dem Druck der durch den Krieg verursachten Kohlenknappheit bauen jetzt die Bundesbahnen bei Amsteg und Riomsée zwei neue große Kraftwerke mit zusammen 32.000 Pferdestärken, die die Gotthardbahn mit elektrischer Energie speisen werden.

In Italien ist der Ausbau der Wasserkräfte durch den Krieg gleichfalls stark beschleunigt worden und heute liefern die großen Zentralkraftwerke am Südrand der Alpen rund eine Million Pferdestärken, die in die großen lombardischen Industriezentren geleitet werden. Eine ganz ungewöhnliche Energie haben im Kriege auch die Franzosen entfaltet, die an der Isère zwei Wasserwerke mit 250.000 Pferdekraften errichteten und deren Wasserkraftwerke derzeit insgesamt rund 1,4 Mill. Pferdestärken liefern dürften. Für Frankreich, das durch den deutschen Einbruch seine besten und größten Kohlenlager verloren hatte, bedeutete die „weiße Kohle“ geradezu die Errettung aus einem wirtschaftlichen Zusammenbruch und nichts kennzeichnet die Bedeutung, die man jetzt in Paris den Wasserkräften zumißt, besser als die Tatsache, daß dort derzeit nicht weniger als 837.000 Pferdekraften zur Konzession angemeldet sind. Mit ähnlich gewaltigen Ziffern erscheinen auch Schweden und Norwegen in der Statistik: zwei Länder, für die die Elektrizitätswirtschaft den Anfang einer ganz neuen Ära bildet. In den kohlenarmen Lagern ist man mit der Verwertung der Wasserkräfte lange Zeit hindurch im Rückstand gewesen. Mit um so größerem Eifer holt man dafür jetzt das Versäumte ein. Sofort nach Beendigung des Krieges wird eine Hochspannungsnetz gebaut werden, das sich über das ganze Land von den Alpen bis zum Main ausdehnt und das von dem Walchankraftwerk gespeist werden wird. Die A.-E.-G. in Berlin errichtet ihrerseits an der Har drei neue Werke mit zusammen 30.000 bis 40.000 Pferdekraften und aus dem Inn wird ein Unternehmerkonsortium mit einem Kostenaufwand von 160 Millionen Mark insgesamt 200.000 Pferdekraften herausholen. Von derartigen Ziffern sind wir noch weit entfernt und selbst das, was bei uns bisher für den Ausbau der Wasserkräfte getan worden ist, leidet an einer weitgehenden Systemlosigkeit sowie an einem Mangel an einheitlicher Organisation, der wiederum ein unwirtschaftliches Arbeiten der Kraftzentralen zur Folge hat. Was dem kohlenarmen Deutschösterreich nach dem Kriege nützt, ist also erstens der Ausbau der ungenutzten Energien und zweitens die planmäßige Entwicklung der Kraftübertragungsanlagen. Der Abbau der „weißen Kohle“ bietet uns bedeutende wirtschaftliche Möglichkeiten; hier ist das noch unausgenützte Reservoir unserer Kraft. Wenn unser heimisches Kapital, dem es im Kriege nicht schlecht ergangen ist, ein wenig Unternehmungsgestalt — von vaterländischem Sinn nicht zu reden — besitzt, so muß es hier mit Feuereifer zugreifen. Deutschösterreich kann sich mit Hilfe seiner Wasserkräfte fast unabhängig machen vom Kohlenbezug und was nicht in den Städten und Dörfern an Licht und Kraft gebraucht wird, möge zum Betrieb der Bahnen und zur Herstellung von Stickstoff, den wir für unsere Landwirtschaft dringend benötigen, verwendet werden können. Man hat in einem Jahre den Gewinn, den unsere Handelsbilanz aus der Rußbarmachung der Wasserkräfte ziehen würde, mit einer halben Milliarde berechnet. Diese Summe mag sich jetzt für Deutschösterreich auf 300 bis 350 Millionen Kronen per Jahr erniedrigen.

Für unser schwerbetroffenes Land ist auch dies eine große Summe; noch mehr in Betracht kommen jedoch die damit geschaffenen Arbeitsgelegenheiten und die Herstellung unserer Unabhängigkeit vom ausländischen Kohlenbezuge für unsere industrielle und gewerbliche Erzeugung. Außerdem wird auch aus unseren heimischen Wäldern, deren Wert im Kriege erheblich gewachsen ist, durch fluge Ausnützung ein Schatz zu heben sein.

Es braucht uns nicht bange zu sein, wenn wir entschlossen an die Arbeit gehen, uns nicht in örtlichen Sonderunternehmungen zersplittern und uns vor Augen halten, daß das Wohl Deutschösterreichs nie so von seiner geistigen Einigkeit abhing wie jetzt.

## Entsendung einer Mission nach Bern

Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu neutralen und feindlichen Ländern.

Wien, 20. November.

Das Direktorium des deutschösterreichischen Staatsrates entsendet nach Bern eine Mission, der die politische Vertretung der deutschösterreichischen Republik beim Schweizer Bundesrat und die Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu den neutralen und feindlichen Ländern obliegen wird. An der Spitze dieser Mission steht Freiherr v. Haupt-Buchenrode, der früher als Vertreter des österreichischen Handelsministeriums in der Schweiz tätig war. Ihm ist eine Reihe von Fachmännern für wirtschaftliche Fragen beigegeben.

## Deutschösterreichisch-tschechischer Konflikt.

Wegen gewalttätiger Besetzung deutscher Orte.

Amlich wird mitgeteilt: In der gestrigen Nachmittagsitzung des Staatsrates wurde über die gewalttätige Besetzung deutscher Orte in Deutschböhmen, Deutsch-Südmähren und Sudetenland seitens bewaffneter tschechoslowakischer Elemente berichtet. Das Staatsamt für Aeußeres wird dagegen schärfsten Protest erheben. Ueberdies wurde beschlossen, die geeigneten Gegenmaßnahmen zu treffen.

### Der Uebergang zur Friedenswirtschaft.

WVR Berlin, 20. Nov. (Telegr.) Das Ziel aller Maßnahmen, die jetzt bei der Abrüstung getroffen werden, ist der Aufbau einer neuen Friedenswirtschaft, der Anfang einer bessern Zukunft für alle deutschen Männer und Frauen. Wie in der deutschen Politik, so soll auch in der deutschen Wirtschaft ein neues Leben beginnen. Was draußen verloren ist, soll in der Heimat gewonnen sein. Das Wirtschaftsleben bedeutet eine Organisation wie etwa eine Maschine. Alle Teile stehen in einem innern Zusammenhang miteinander. Wenn ein Rad falsch läuft, wird der ganze Apparat gestört und in seinem Arbeitserfolg in Frage gestellt. Jeder ist aber ein Glied in dieser Maschine und in diesem Zusammenhang des ganzen Wirtschaftslebens. Die Auflösung des Heeres muß schon aus diesem Grunde in Ruhe und Ordnung vor sich gehen. Jeder muß dabei helfen, und jeder hilft dadurch sich selbst, seiner Familie und dem deutschen Vaterlande.

Wir wissen alle, daß der Wirtschaftsgang sich in bestimmten Stufen abspielt. Zuerst müssen die Transportmittel richtig arbeiten, damit jeder Mann und jeder Rohstoff dorthin gebracht werden kann, wo die Arbeitsgelegenheit winkt. Also müssen zuerst all jene Soldaten entlassen werden, die bei den Verkehrs- und Transportunternehmungen tätig waren und dort auch wieder eingestellt werden sollen. Dann müssen Rohstoffe beschafft werden, wo immer in Deutschland sie gewonnen werden können. Demgemäß sollen die Bergarbeiter so rasch wie irgend möglich für ihre Arbeit freigemacht werden. Hierzu, wie überhaupt zur Aufrechterhaltung unsers ganzen Lebens, sind Elektrizität, Gas und Wasser unentbehrlich. Deshalb müssen auch dafür die Arbeitskräfte gestellt werden. Viele können nicht ohne weiteres eine Arbeitsgelegenheit finden. Die Arbeitsnachweise und die ganzen Organisationen der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber müssen deshalb möglichst rasch für die großen Aufgaben gerüstet werden, für die sie bei der Rückkehr der Soldaten gebraucht werden. Die Angestellten dieser Organisationen und Nachweise müssen daher ihre Tätigkeit aufnehmen können, ehe die Arbeitnehmer in der Heimat passende Arbeitsgelegenheit zu angemessenen Bedingungen finden können.

So ist eine gleichzeitige Entlassung von allen oder gar ein willkürliches Weglaufen von der Truppe unvereinbar mit ihren eignen wichtigsten Bedürfnissen. Unser ganzes Wirtschaftsleben läme durcheinander, und sie würden aufs schwerste selbst darunter leiden. Selbstverständlich wird niemand entlassen, der noch nicht entlassen werden will; die Truppe wird für ihn noch weiter sorgen. Ebenso selbstverständlich werden in jener Reihenfolge, wie der Wirtschaftsbetrieb sie erforderlich macht, die ältern Jahrgänge zuerst und die jüngern später entlassen werden; Familienväter früher als ledige Männer. Es wird an Arbeitsgelegenheit in Deutschland nicht fehlen. Die Arbeitgeber haben sich den Arbeitnehmerorganisationen gegenüber schon bindend verpflichtet, alle ihre frühern Arbeiter und Angestellten, wenn sie es wünschen, wieder in der gleichen Stelle einzustellen. Jeder tut daher gut, wenn er sich nach der Entlassung an den Ort begibt, wo er vor dem Kriege beschäftigt war, und bei seiner alten Arbeitsstelle nach Beschäftigung fragt. Wer nicht in seine alte Arbeitsstelle zurückkehren will, wird dazu in keiner Weise gezwungen. Wer neue Arbeit sucht, wende sich an den Arbeitsnachweis, der ihm am nächsten liegt. Es ist dafür gesorgt, daß über ganz Deutschland die örtlichen Arbeitsnachweise miteinander in Verbindung stehen. An jeder Stelle weiß also jeder Arbeitsnachweis, wo etwa Arbeitsgelegenheit noch unbesetzt ist. Voraussetzung für einen richtigen Gang dieser Maschine ist aber, wie immer betont werden muß, daß die Auflösung des Heeres in Ruhe und Ordnung und nach den allgemeinen Vorschriften und Plänen sich abspielt. Der einzelne muß sich dem Ganzen unterordnen. Alle für einen, einer für alle — das sei die Bohne! Besonders ist zu warnen, sich mit Gewalt in die großen Industriebezirke zu drängen, wo die Schwierigkeiten der Ernährung und der Unterkunft, wie alle wissen, besonders groß sind. Es wäre auch unklug, mit in Großbetrieben nach Arbeit zu fragen. Die Arbeitsgelegenheit auf dem Lande und in den kleinen Betrieben ist vielfach günstiger. Für gute Löhne und Arbeitsbedingungen wird in Stadt und Land, in Groß- und Kleinbetrieben gleichmäßig gesorgt. Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen arbeiten — eine wichtige Errungenschaft des Krieges! — Hand in Hand miteinander. Noch einmal sei gesagt: Wenn die Abrüstung in Ruhe und Ordnung vor sich geht und niemand auf seine Faust handelt, dann wird aus dem Kriege neues Leben rasch erwachsen. Der Friede wird nicht nur Leben und Gesundheit sichern, sondern auch Freiheit und Wohlstand bringen.

### Die Sozialisierung der Wirtschaftsbetriebe.

Die Volksbeauftragten im Finanzministerium Dr. Südekum und Hugo Simon empfingen heute einen Vertreter der V. V. R. und erklärten ihm im Verlaufe eines längeren Gespräches u. a.:

„Solale Versuche der Sozialisierung sind in keiner Weise zu billigen, denn sie fügen sich nicht organisch in die Volkswirtschaft ein, sondern fördern nur die Desorganisation und verlangsamen den so dringlichen Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Bei den ungeheuren Lasten, die der verlorene Krieg uns auferlegt und die die Zukunft von uns heischt, ist nur straffste Organisation und solidarische Arbeit jedes Volksgenossen imstande, zu der notwendigen Erhöhung unserer produktiven Leistungsfähigkeit beizutragen. Jede Verringerung der Produktion und der Produktionsfähigkeit ist ein Verbrechen am Volke.“

Die Volksbeauftragten im Finanzministerium sind der Ueberzeugung, daß die nach sorgfältiger Prüfung als reif zur Sozialisierung erkannten Betriebe und Industrien, z. B. die Gewinnung aller Monopolprodukte oder die Versorgung mit Elektrizität, mit möglichster Beschleunigung in Gemeingut überführt werden müssen. Diese Sozialisierung kann natürlich keine individuelle und einseitige Konfiskation darstellen.

Die sowohl im Reich wie in Preußen geplanten Steuern werden es ganz von selbst mit sich bringen, daß auch die zunächst in kapitalistischer Betriebsform weiterbestehenden Gewerbe mehr oder weniger ihren früheren rein privaten Charakter einbüßen und zu den Gemeinlasten mehr als bisher beitragen.

Die Abwanderung von Vermögen in das Ausland muß unbedingt unterbunden werden. Abschlebung von Vermögensteuern in dieser Zeit ist wie Fahnenflucht vor dem Feinde zu betrachten. Die Leute, die sich ihrer schuldig gemacht haben, werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Solchen Unterschleifen werden reichs- und bundesrechtliche Behörden sehr bald durch durchgreifende Maßnahmen einen Riegel vorschieben.“

**Zur Sozialisierung der Wirtschaftsbetriebe.****Keine individuelle und einseitige Konfiskation.**

4 Berlin, 22. Nov. (Telegr.) Die Volksbeauftragten im Finanzministerium, Dr. Südekum und Hugo Simon, empfangen heute einen Vertreter der Politisch-Parlamentarischen Nachrichten und erklärten ihm im Verlaufe eines längern Gesprächs unter anderm:

Ortliche Versuche der Nationalisierung sind in keiner Weise zu billigen. Denn sie fügen sich nicht organisch in die Volkswirtschaft ein, sondern fördern nur die Desorganisation und verlangamen den so dringlichen Wiederaufbau unsrer Wirtschaft. Bei den ungeheuren Lasten, die der verlorene Krieg uns auferlegt und die die Zukunft von uns heischt, ist nur straffste Organisation und solidarische Arbeit jedes Volksgenossen imstande, zu der notwendigen Erhöhung unsrer Erzeugungsfähigkeit beizutragen. Jede Verringerung der Erzeugung und der Erzeugungsfähigkeit ist ein Verbrechen am Volke. Wenn heute ein Unternehmer aus Furcht vor gewaltsamen Eingriffen einzelner im Einzelbetriebe oder aus andern Motiven seine Tätigkeit einschränkt, so leidet das große Ganze nur Schaden, und die Erzeugung wird geradezu sabotiert. Das gleiche gilt auch für die Arbeiter. Die Volksbeauftragten im Finanzministerium sind der Überzeugung, daß die nach sorgfältiger Prüfung als reif zur Sozialisierung erkannten Betriebe und Industrien, z. B. die Gewinnung aller Monopolprodukte oder die Versorgung mit Elektrizität, mit möglicher Beschleunigung in Gemeingut übergeführt werden müssen. Diese Sozialisierung kann natürlich keine individuelle und einseitige Konfiskation darstellen. Die sowohl im Reiche wie in Preußen geplanten Steuern werden es ganz von selbst mit sich bringen, daß auch die zunächst in kapitalistischer Betriebsform weiter bestehenden Gewerbe mehr oder weniger ihren früheren, rein privaten Charakter einbüßen und zu den Gemeinlasten mehr als bisher beitragen. Die Abwanderung von Vermögen in das Ausland muß unbedingt unterbunden werden. Abschlebung von Vermögensteilen in dieser Zeit, ist wie Fahnenflucht vor dem Feinde zu betrachten. Die Leute, die sich ihrer schuldig gemacht haben, werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Solchen Unterschleifen werden reichs- und bundesstaatliche Behörden sehr bald durch durchgreifende Maßnahmen einen Riegel vorgeschoben.

## Die Frage der Vergesellschaftung der Betriebe.

Meinungen des preussischen Finanzministers.

N. Berlin, 24. Novbr. (Priv.-Tel.) Ueber die Frage der Vergesellschaftung der Betriebe hatte der preussische Finanzminister Hugo Simons eine Unterredung mit einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Simons stellte an die Spitze seiner Ausführungen, daß alle Experimente, wie sie in Rußland vorgenommen wurden, vermieden werden sollten. Das gehe schon daraus hervor, daß die Regierung eine besondere Kommission gewählt habe, in der hervorragende deutsche Volkswirte, und zwar sowohl Männer des praktischen Wirtschaftslebens als auch der Genossenschaft, eine Vertretung hätten. Es sei beabsichtigt, daß die Kommission sobald wie möglich zusammentrete. Ihre Aufgabe werde es sein, die zur Sozialisierung reifen Unternehmungen herauszufinden und entsprechende Vorschläge der Regierung zu unterbreiten. Es werde kein Gewerbebezirk sozialisiert werden, ohne daß vorher die Kommission gehört worden sei. Als oberste Forderung bleibe die ununterbrochene Fortführung der Produktion bestehen. Jede Verringerung der Produktion und der Produktionsfähigkeit sehe die Reichsregierung als ein Verbrechen an und aus diesem Grunde müsse alles vermieden werden, was dazu beitragen könnte, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu schwächen oder gar zu lähmen. Es werde besonderer Wert darauf zu legen sein, daß durch die Vergesellschaftung keine Unterbrechung der bisherigen Tätigkeit eintrete, denn die Reichsregierung habe ein Interesse an der bisherigen Höchstleistung. Es müsse ein weiters maßgebendes Ziel sein, die bisher irrationellen Arbeiten durch ein wohlüberlegtes System zu ersetzen. Das sei übrigens keineswegs eine rein sozialistische Forderung. Angesichts unserer heutigen Lage könnten wir uns den Luxus der bisherigen verschwenderischen Arbeit nicht mehr leisten. Wir müßten nicht nur eine einheitlich organisierte Produktion einführen, sondern zugleich auch ein gutdurchdachtes System, das bei kleinstem Aufwand die höchsten Erträge ergebe. Die Sozialisierung solle keineswegs in überhastetem Tempo durchgeführt werden. Mit den Einzelheiten der Vergesellschaftung hätten sich die zuständigen Stellen bis jetzt noch nicht befaßt. Aber seine persönliche Ansicht gehe dahin, daß man

nur die Betriebe vergesellschaftete, die dazu reif seien.

Gemäß sei das ein relativer Begriff und es spiele hierbei eine sehr große Rolle, welche Form der Sozialisierung man finden würde. Vorläufig bestehe noch keine Klarheit darüber, ob man nur das Eigentum dem Staat sichere und den Betrieb einem Vorbestehenden übertrage, oder ob man besondere Syndikate bilde, die unter staatlicher Aufsicht stünden. Vielleicht sei es möglich, eine ganz neue Form zu finden. Man spreche mit Recht von der Verstaatlichung der Waffenindustrie. Man habe auch die Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie erwähnt. So werde man insbesondere daran denken, die Stromgewinnung für den Staat nutzbar zu machen. Alle Monopolprodukte wie Kohlen, Rast ufm. gehörten unter allen Umständen der Allgemeinheit. An eine großzügige Reform der Bodenverteilung müsse gedacht werden, ferner an die rationellere Ausnutzung der Zementindustrie und der Ziegelfabriken, von der der gesamte Raumarkt einen guten Nutzen haben werde. Auch könne man daran denken, gewisse Formen des Großhandels der Allgemeinheit nutzbar zu machen, etwa in der Form von Handelsmonopolen, oder von besseren Staats- und Verteilungssstellen. Am leichtesten werde die Sozialisierung dort vor sich gehen, wo es sich um den Ersatz eines Privatmonopols durch Staatsmonopol handle, wie z. B. in der chemischen Industrie. In Betracht kämen nur solche Betriebe, bei denen in sicherer Aussicht stehe, daß ein Gewinn erzielt werde. Unsichere Unternehmungen kämen vorläufig nicht zur Vergesellschaftung.

Eine Begleitercheinung der Vergesellschaftung werde eine gerechte Verteilung der Bezahlung sein. Die großen Gehälter für lebende Persönlichkeiten würden sich ohne Gefahr für die Leistungsfähigkeit der Betriebe senken lassen zu Gunsten einer besseren Entlohnung der Arbeiter und Angestellten. Eine ausschließliche Gewaltpolitik könne bei diesen Maßnahmen aber niemals in Betracht kommen. Wozu das führe, habe man in Rußland gesehen. Die Folge davon würde das Stocken der Volkswirtschaft und das Stillstehen zahlreicher Fabriken sein. Deshalb sei auch an keine Konfiskation gedacht, sondern an eine geordnete Enteignung. Er denke sich den Vorgang so, daß eine Entschädigung der Unternehmungen von Fall zu Fall festgesetzt werde. Schematisch könne man dabei nicht vorgehen. Weder komme der Buchwert der Anlagen noch der Kurswert der Aktien in jedem Fall in Betracht, man müsse vielmehr den Wert berücksichtigen, den das Unternehmen für den Staat habe. Sei dieser Wert festgesetzt, dann sei vorzuschlagen, daß man eine besondere Anleihe, die Nationalisierungsanleihe, mache, deren ausschließlicher Zweck es sei, dem Staat die Mittel zu geben, die er zur Durchführung seines Vergesellschaftungsprogramms brauche. Habe beispielsweise ein Aktionär zwei Aktien eines Bergwerksunternehmens und die Entschädigung für diese Aktien werde auf 100 Mark pro Stück bestimmt, so lieiere er die Aktien der Regierung ab und erhalte dafür eine verzinssichere Nationalisierungsanleihe in Höhe von 200 Mark. Vielleicht werde es gut sein, daß man das Stück dieser Anleihe nicht ausläsere, sondern in amtlichen Stellen deponiere. Dadurch verändere man ein Ueberfließen des Marktes und im Zusammenhang damit einen Druck auf die Kursbewertung der Nationalisierungsanleihe. Zugleich könne man dadurch das Abfließen dieser Anleihe in das Ausland verhindern.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wandte sich der Finanzminister gegen die Bestrebungen der Spartakusgruppe,

## die Kriegsanleihe

über 5000 Mark zu annullieren. Diese Forderung der Spartakusgruppe sei ganz inakzeptabel. Sie widerspreche jedem Gerechtigkeitsprinzip und zugleich jeder gesunden Steuerpolitik, denn welche Gerechtigkeit liege darin, wenn man einem Mann, der sein mühsam erspartes Geld im Betrag von 20000 Mark in Kriegsanleihe angelegt habe, 15000 Mark fornehme, während man einem Kriegsgewinnler, der 50000 Mark in Aktien einer Industriegesellschaft angelegt habe, sein Geld lasse. Es sei ganz ausgeschlossen, daß die Kriegsanleihe anders behandelt werde wie andere Papiere. Man müßte Rücksicht auf unseren Auslandskredit. Im übrigen seien die Fragen, welche die Annullierung der Kriegsanleihe wünschenswert, nicht davon zu denken, daß gerade der Bestand der Sparkassen, der Krankenkassen, der Invalidenversicherung dadurch aufgehoben würde zu erklären, was für die Arbeiterschaft einen ungeheuren Verlust bedeuten würde. Wenn das Reich Geld braucht, dann muß es sich das im Wege der Besteuerung beschaffen und nicht im Wege der Annullierung von Anleihen. Nur die Besteuerung könne dem Gerechtigkeitsprinzip entsprechen. Es werde allerdings eine durchgreifende Reform in der Vermögens- und Einkommenbesteuerung und in dem Erbrecht eintreten müssen.

Zum Schluß hob Simons, der sich zu den unabhängigen Sozialdemokraten zählt, noch einmal ausdrücklich hervor, daß der Sozialdemokratismus nicht mit einem Schlag verwirklicht werden könne. Politische Umwandlungen könne man durch eine Demokratie herbeiführen, aber wirtschaftliche Umwandlungen müßten allmählich durchgeführt werden.

**Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft.**

Budapest, 28. November.

In der heutigen dritten ordentlichen Generalversammlung der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft führte bereits der neu ernannte Präsident der Gesellschaft Paul Sándor den Vorsitz. Rechtskonsulent Dr. Aurel v. Egrny verlas vor allem das Reskript des Ministerpräsidenten über die Ernennung des neuen Präsidenten und der neuen Mitglieder der Direktion. Nachdem die Generalversammlung dieses Reskript zur Kenntnis genommen hatte, widmete der Vorsitzende der Tätigkeit des abtretenden Präsidenten Grafen Ladislaus Somssich warme Worte der Anerkennung. Er hob hervor, in welcher erfolgreicher Weise Graf Somssich an der Lösung der schwierigen Ernährungsfragen mitgewirkt hat. Die Generalversammlung beschloß, seine Verdienste, sowie jene der auscheidenden Direktionsmitglieder Ernst Garami, Béla Ivády und Dr. Ladislaus Petneházy im Protokoll zu verewigen. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß auch die Herren Dr. Ernst Spiess, Dr. Eugen Kács, sowie Julius Kifely aus der Direktion ausgetreten sind. An deren Stelle wurden der verdienstvolle Generaldirektor der Gesellschaft Elias Ruffo, ferner die Herren Dr. Eugen Barga, Moriz Erdélyi, Béla Lérfi, Melchior Szél und Dr. Martin Pette in die Direktion entsendet, die der Vorsitzende begrüßte. Sodann betraute er den Rechtskonsulenten Dr. Aurel v. Egrny mit der Führung und die Aktionäre Robert v. Auer und Ferdinand Kunosch mit der Authentifizierung des Protokolls. Nachdem der Präsident noch gemeldet hatte, daß zur heutigen Generalversammlung 17 Aktionäre mit 1279 Stimmen erschienen sind, gelangte der Jahresbericht zur Unterbreitung, dem wir die nachstehenden hauptsächlichsten Mitteilungen entnehmen:

Die Weizen- und Roggenernte des Wirtschaftsjahres 1917/18 war, wenn auch weit unter dem Mittel der Friedensjahre, so doch besser als die Ernte des vorangegangenen Jahres; auch Hafer lieferte ein besseres Ergebnis, dagegen war der Ernteertrag bei Gerste, Mais, Kartoffeln und Hülsenfrüchten außerordentlich schwach. Unter solchen Umständen war die Durchführung der Heeres- und Landesversorgung nicht weniger schwierig als in den vorangegangenen Jahren. Da mit dem im Juni 1917 erfolgten Regierungswechsel in der grundlegenden Verordnung die Einzel- und Gemeindeversorgung der produktiven Gebiete wieder in den Vordergrund gerückt und das Prinzip der quantitativ und zeitlich partiiischen Versorgung des ganzen Landes und des Heeres so weitgehend durchbrochen wurde, mußte später Requisition auf Requisition erfolgen, ohne daß verhindert werden konnte, daß das Heer wie in vielen Landesteilen die Zivilbevölkerung von März ab mehr oder minder großen Entbehrungen ausgesetzt waren. Schließlich hat man sich veranlaßt gesehen, Ende Mai die Requisition einzustellen und den Versuch unternommen, die Landwirte durch Industrieartikel als Tauschobjekt zur Herausgabe ihrer letzten Uberschüsse zu bestimmen. Auch dieses bedenkliche Mittel hatte keinen Erfolg. Der durch die Kommissionäre abgewinkelte Getreideverkehr betrug bei Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais zirka 16 1/2 Millionen Meterzentner, während von Hirse, Buchweizen und Hülsenfrüchten zusammen nur 87.500 Meterzentner eingeliefert worden sind. Die Vorschüsse auf die neue Ernte standen wie bisher unter unserer Kontrolle. Durch 232 Kommissionäre und 29 Geldinstitute wurden Vorschüsse von rund 17 Millionen auf 753.000 Meterzentner Getreide und 8800 Meterzentner Raps angemeldet. Das Sachverlehrebureau hat mit 45.925 Parteien einen Sachumsatz von 1.347.219 Stück, im Werte von 20 Millionen Kronen taglos abgewinkelt. Zur Vermahlung gelangt sind in hundertachtzig der Zentrale unterstehenden Mühlen 10-7 Millionen Meterzentner Weizen, Roggen und Gerste, inbegriffen das auf Mollgerste verarbeitete Quantum. Die Ausmahlung des Getreides erreichte gegen Ende des Jahres 90 Prozent bei Weizen und 94 Prozent bei Roggen. Außer den 180 der Zentrale unterstehenden Mühlen waren für die Kriegsprodukten-A.-G. auch noch 510 Kreismühlen tätig. Diese Mühlen haben zusammen, neben Bohnmüllerei, die sie für Parteien betrieben, 1.330.000 Meterzentner Mehl für die Landesversorgung hergestellt. In Evidenz gehalten wurden auf dem Wirkungsbereiche der 44 Exposituren 17.000 Bohnmühlen, aus denen zirka 9.000.000 Vermahlungszertifikate eingeliefert und kontrolliert wurden. Von Mais wurden in 74 Mühlen 2 1/2 Millionen Meterzentner vermahlen und entkeimt. Rest der übrigen Maisprodukten wurden auch 480.000 Meterzentner Maiskolben durch uns abgewinkelt. In den Wirkungsbereich der Gesellschaft fiel, wie im Vorjahre, die Kontrolle über Erzeugung und Vertrieb von Tarhonja, Teigwaren, Kaffee, Zwieback, Malz und Malzkeimen, Malzkaffee und Kaffeesatz, endlich die Kontrolle der durch das Zentralverkausbureau ungarischer Stärkefabriken in Verkehr gebrachten Stärke und Stärkeprodukte. Der Warenumsatz hierin betrug zirka k 45.000.000. Die Sämereiabteilung hat auch in diesem Jahre einen bedeutenden Verkehr in zufriedenstellender Weise abgewinkelt; zu den dieser Abteilung auch im Vorjahre

zugewiesenen Gattungen kam im Berichtsjahre Moharhirse, die zum großen Teil in Oesterreich und im Zollauslande verwertet wurde. Im abgelaufenen Jahre wurden rund 150 Waggons Paprika abgewinkelt im Werte von k 42.000.000, davon sind zirka 20 Prozent nach dem Zollauslande gegangen. Mit Agenden im übertragenen amtlichen Wirkungskreise vollstaus beschäftigt waren die Abteilungen für Transportzertifikate und die für Landesverwaltung. Zur Ausgabe und Evidenzhaltung gelangten 1.630.000 Zertifikate, von welchen 980.000 für den Verkehr der durch die Kriegsprodukten-A.-G. bewirtschafteten Waren dienen, 650.000 aber durch Behörden ausgestellt wurden. Die auf Grund dieser Zertifikate versandte Warenmenge betrug zirka 90.000.000 Meterzentner. Das Importgeschäft mit dem Auslande hat sich, was Fische anbelangt, ungefähr auf vorjähriger Höhe erhalten, hingegen war der Import von Milchprodukten ebenso wie von Vieh und Fleisch geringer. Die Verteilung der importierten Artikel wurde nach Abzug der der Heeresverwaltung zukommenden Quoten laut Weisung des Landes-Ernährungsamtes vorgenommen. Außer den erwähnten Produkten wurden noch zirka 150 Waggons Weizkohl und gesalzene Schnittbohnen aus dem Auslande importiert. Der Eierimport war etwas geringer als im Vorjahre. Endlich wurde die Einfuhr von 30.000 Kilogramm Herbst- und Strohbohnen und einem kleinen Quantum Gemüseanbau-samen aus Dänemark besorgt. Das auf Regierungsabmachungen beruhende Getreide- und Lebensmittellieferung mit den in Deutschland und Oesterreich tätigen Zentren wurde nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk auch auf die Ukraine

ausgedehnt. Aus der Türkei wurden wegen der sehr hohen Preise nur kleinere Mengen Süßfrüchte importiert. Ueber Auftrag und für Rechnung des Landes-Ernährungsamtes hat die Gesellschaft vom November bis Mai in Budapest billigeres Rindfleisch zum Verkauf gebracht. Die Aktion war aber zu unbedeutend, um bei den fortwährend steigenden Fleischpreisen der Bevölkerung eine wirkliche Erleichterung zu bieten. Die bedeutendste Erweiterung ihres Wirkungskreises erfuhr die Gesellschaft durch die Vertrauung mit der Führung der Landes-Schweineverkehrsanstalt, die im Dezember 1917 auf Verordnung des Landes-Ernährungsamtes errichtet wurde. Dies geschah aber wieder so spät, daß die neue Organisation erst die Anfangsschwierigkeiten zu überwinden hatte, als die Schweineschlachtung in größeren Mengen begann. Fragen wie die der Fettversorgung müssen von langer Hand vorbereitet sein, die Beschaffung und Einstellung der mageren Schweine, die Futtermittelversorgung, die Bestimmung der Mastperiode müssen in ein System gebracht werden und bei Feststellung und Anwendung des Systems müssen Einzelinteressen und des großen Interesses der Gesamtheit willen in den Hintergrund gedrängt werden. Einzelkaufs- und Mastbewilligungen, die das Maß der einzelnen Haushaltung übersteigen, müssen vermindert werden, ebenso wie eine nachträgliche Erhöhung der Uebernahmispreise der Zentrale. Die Direktion weiß auf diese Umstände hin, weil die Ansicht weit verbreitet war, daß die Kriegsprodukten-A.-G. ein Verschulden an der unzulänglichen Fettversorgung trifft. In den Frühjahrs- und Sommermonaten wurde der Fettnot durch Vereinbarung von Kontingenten mit den einzelnen Komitaten begegnet, die schwierige Einsammlung der in ganz kleinen Quantitäten zur Ablieferung gelangenden, aber in Summe ansehnlichen Speck- und Fettmengen wurde in kurzer Zeit bewältigt. Die Zahl der Beamten betrug am 30. Juni 1918 2205, der durchschnittliche tägliche Brief- und Depescheneinlauf zirka 15.000, der Ausgang zirka 25.000 Stück, der jährliche Kassenverkehr zirka 1.400.000.000 Kronen, der Umsatz der Buchhaltung 62 Milliarden. Um den gesteigerten Geldansprüchen genügen zu können, hat sich die Direktion veranlaßt gefunden, Mitte April die Einzahlung der rückständigen 70 Prozent des Aktienkapitals einzufordern, die glatt vor sich gegangen ist. Die Neueinzahlung partizipiert im Sinne der Statuten mit fünfprozentigen pro rata Zinsen an dem Ertragnisse. Laut den Schlußrechnungen wurde das Geschäftsjahr 1917/18 mit einem Ueberschuß von k 7.254.788,24 abgeschlossen, von welchem Betrage an die Aktionäre im Sinne der Statuten nach dem eingezahlten Kapital von 6.000.000, beziehungsweise nach dem vom 15. April 1918 eingezahlten Gesamtkapital von k 20.000.000 als fünfprozentige Dividende k 445.840, das ist pro Aktie k 222,92 auszu-zahlen, die restlichen k 6.808.948,24 aber den Reserven zuzuführen sind.

Die Generalversammlung nahm sowohl diesen Bericht wie den des Aufsichtsrates zur Kenntnis, akzeptierte die bezüglich der Verteilung des Reingewinnes unterbreiteten Anträge und erteilte das Absolutorium. Der fällige Kupou der Aktien wird vom 1. Dezember mit k 222,92 bei der Hauptkassa eingelöst. Schließlich wurde Dr. Stefan Horváth in den Aufsichtsrat neu gewählt.

28. XI. 1918

## Ungarns Stellung auf dem neuen Weltwirtschaftsmarkt.

Von F. v. Graf v. Collorat.

Zürich, 24. November.

Mit dem Augenblick, da die Feindseligkeiten an allen Fronten eingestellt wurden, hat sich der Charakter der großen internationalen Vermittlungszentralen, die sich seit vier Jahren in den schweizerischen Städten befinden, geändert. Stand bisher die Politik im Vordergrund, so sind jetzt die wirtschaftspolitischen Momente allein von ausschlaggebender Bedeutung. Alle Staaten haben ihre Vertreter und Vertrauensmänner mit neuen Instruktionen versehen, da sie sich neue Ziele gesteckt haben. Europas Völker wissen, daß sie alle mit eiserner Kraft arbeiten müssen, um die Wunden des furchtbaren Krieges zu heilen und einen möglichst günstigen Platz im Wirtschaftsleben des neugestalteten Europa einzunehmen.

In diesem Wettkampf darf auch das neue Ungarn nicht zurückbleiben. Gewiß bildet es für Ungarns Beteiligung an den jetzt fieberhaft betriebenen Vorarbeiten aller eine große Schwierigkeit, daß die Frage des Abriahafens und der vollen Integrität der Landesgrenzen bisher noch vollkommen ungeklärt ist. Da aber keine Zeit zu verlieren ist, müssen die Vorarbeiten in der Annahme in Angriff genommen werden, daß es Ungarn gelingen wird, sein gutes Recht trotz aller Anfeindungen schließlich doch durchzusetzen. Eine sehr günstige Vorbedingung für die jetzt notwendigen Schritte ist ein Umstand, den man in der gegenwärtigen Zeit schwerer Besorgnisse nicht genug eindringlich betonen kann, daß nämlich im Ausland Ungarns wirtschaftliche Kraft durchaus günstig beurteilt wird. Dieses Vertrauen des Auslands in Ungarns wirtschaftliche Kraft kommt am untrüglichsten in der Investierung bedeutender ausländischer Kapitalien in ungarischen Renten zum Ausdruck. Vertraut aber das Ausland in die Bonität des ungarischen Staates, so ist dies die Folge des Vertrauens in die unerschöpfliche Wirtschaftskraft des ungarischen Bodens und seines Volkes.

Nicht einmal die traurigen Valutaverhältnisse der letzten zwei Kriegsjahre haben dieses Vertrauen des Auslandes zu erschüttern vermocht. Die Besserung dieses Problems hängt aber auch auf das innigste mit der gesamten Expansionsfähigkeit des ungarischen Wirtschaftslebens gegenüber dem Ausland zusammen. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß die Valutamikere mit der Schaffung der selbständigen Notenbank sofort behoben wäre, wenn nicht jetzt schon für die umfassendsten Vorbereitungen für eine großzügige Wiederaufnahme des ungarischen Exports gesorgt würde.

Es klingt freilich wie Hohn, in diesem Augenblick, da das Land nur danach lechzt, seinen Hunger an den langentbehrten Rohstoffen aus dem Ausland zu befriedigen, zu verlangen, daß es viel exportiere. Und doch sind die Maßnahmen für den Export ohne Zaudern zu treffen, wenn Ungarn nicht die Rolle des Goetheschen Poeten in der Weltverteilung spielen will. Es ist schwer, vom Ausland aus anzugeben, was exportiert werden kann; dagegen muß auf das entschiedenste betont werden, daß das Ausland eine enorme Aufnahmefähigkeit für ungarische Produkte hat. Dies gilt sowohl von der neutralen Schweiz wie nicht minder von den bisher feindseligen Ländern. Gerade jetzt ist der Augenblick gekommen, da der Lonnagemangel die überseeische Konkurrenz noch niederhält, um den Export von ungarischem Mehl, Spiritus, Stärke, Zucker, Kartoffelmehl, Fleisch- und Fettwaren, Käse, Malz usw. vorzubereiten und nach der neutralen Schweiz, beziehungsweise über sie einzuleiten. Nur der Export ungarischer Produkte in das außerhalb der alten Monarchie gelegene Ausland kann auf die Valuta günstig einwirken. Mag das Exportieren nach den Staaten des vormaligen Oesterreich auch vom humanitären Standpunkt durch die Wechselwirkung auf die ungarische Kohlenversorgung ebenso absolut nötig sein, so liegt es doch im Interesse der künftigen Stellung Ungarns auf dem Weltwirtschaftsmarkt, den Export in das Ausland außerhalb der ehemaligen Monarchie nicht zu vergessen.

Wie sehr die Zeit drängt, erkennt man am besten, wenn man einen Blick auf den Eifer wirft, den die anderen Staaten nach dieser Richtung entfalten, vor allem Frankreich. Es ist dies deshalb hervorzuheben, weil gerade Frankreich in diesem Kriege mehr eingebüßt hat als irgendein anderes Land sowohl an Menschenleben wie an unersehblichen Werten des Nationalvermögens. Und dennoch regt man sich in Paris eifriger denn je, um die gebührende Stelle im Welthandel einzunehmen. Der Handelsminister Clementel spornet die Wirtschaftskreise mit derselben Energie an, wie Clemenceau dies auf politischem Gebiete getan und glänzend vollbracht hat. Nichts wird verabsäumt: Propagandastellen werden gegründet, die ausländische Presse wird benützt und die Konsulate erhalten eigene Wirtschaftspromagandastellen. Im Inlande selbst wurde ein Haupthindernis durch die Gründung einer Exportbank mit Hilfe der Banque de France beseitigt. Bisher war nämlich der französische Export teils durch die große Vorsicht der Banken, teils durch den mangelhaften wirtschaftlichen Informationsdienst über die Lage in den Absatzgebieten durch die landesübliche Kurzfristigkeit der Zahlungsbedingungen darauf angewiesen, die im Ausland verkauften Waren durch englische und deutsche Banken eskontieren zu lassen. Durch diese Schwierigkeit ging der französische Export überall dort, wo langfristige Zahlungsbedingungen sich eingebürgert hatten, stark zurück und konnte nur in jenen Ländern relativ hoch bleiben, wo kurzfristige Zahlungen üblich waren. In dieser Hinsicht schafft Frankreich durch Errichtung einer

Exportbank Wandel. Unter dem Namen „Crédit national au commerce extérieur de France“ wird eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von hundert Millionen Francs gegründet, zu dem die Banque de France einen Vorschuß von fünfzig Millionen gibt. Von dem Gesamtkapital werden 25 Millionen ausgeschleudert, die zur Gründung von Auslandsfilialen und Propagandastellen der Exportbank dienen sollen. Die Zentralstelle hat die Aufgabe, langfristige Guthaben auf das Ausland in das in Frankreich übliche Handelsgebaren umzuwandeln, und zwar durch Annahme von Wechseln mit höchstens neunzig-tägigen Sichtakzepten, die gegen Aushändigung des fristigen Wechsels bis zur Zahlung des ausländischen Debitors gegeben werden sollen. Die Schaffung der Filialen der Exportbank bezweckt vor allem die Neugestaltung des wirtschaftlichen Propaganda- und Informationsdienstes, der bisher völlig vernachlässigt war.

Exempla docent: auch Deutschösterreich hat schon das Gebot der Stunde erfüllt und in den letzten Tagen wurde eine österreichische Handelskammer in Zürich ins Leben gerufen. Ziehen wir daher aus diesen Beispielen die richtige Folgerung, so kann diese nur dahin lauten, daß auch von dem neuen ungarischen Volksstaat nichts unterlassen werden darf, um eine gesunde und kräftige wirtschaftliche Expansion in die Wege zu leiten. Aber „tempus ruit“: Zeit verloren, alles verloren! Man zögere daher nicht mit der Schaffung wirtschaftlicher Propagandastellen, die dieser hohen Aufgabe gewachsen sind. Private Organisationen können dies nicht, es bedarf hierzu eines Eingreifens des Staates oder zum mindesten der kräftigen staatlichen Anleitung und Unterstützung.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Tagung der Groß-Berliner U- u. S-Räte.

Berlin, 27. Novbr. (B. B.) Die 10. Tagung der Groß-Berliner U- u. S-Räte beschäftigte sich mit den wirtschaftlichen Fragen innerhalb der Betriebe und mit Stellung der Unternehmer. Der Volksbeauftragte Emil Barth leitete die Beratung mit einem ausführlichen Bericht ein, worin er sich mit rückhaltloser Deutlichkeit über die wirtschaftliche Lage aussprach. Wenn es so weiter geht wie es in den letzten Wochen gegangen ist, sind wir mit unserem Vorkriegszustand zu Ende. Auf dem Gebiete der Ernährung stehen wir vor ungeheurer schwieriger Aufgaben. Das Kriegsernährungsamt trieb eine förmliche Panzerpolitik. Noch schlimmer liegt es auf dem Gebiete der Wirtschaft. Die Kohlenförderung ging in den letzten Wochen auf weniger als den vierten Teil des Friedensstandes herunter. Trotzdem wurde in Oberschlesien gestreikt. Obwohl selbst die härtesten Forderungen bewilligt wurden, sind die Leute zum Teil nicht eingefahren. Wenn wir aus Oberschlesien die schwarzen Diamanten nicht mehr bekommen, dann ist in 14 Tagen Gas und Elektrizität außer Betrieb. Wenn wir nicht feuchten können, können wir überhaupt nichts produzieren. Ebenso schlimm ist es mit der Transportfrage. Was uns an rollendem Material nach der in den Bausenstillstandsbedingungen geforderten Abgabe an die Entente noch verbleibt, muß in der nächsten Zeit zum größten Teil noch für die Demobilisation des Heeres verwendet werden. Auch im Osten steht noch ein Heer, das um Hilfe bittet, um nicht an der Vereina zu Grunde zu gehen. Deshalb müssen Transportmittel mit Anspannung aller Kräfte hergesteuert werden. Heute fällt mich die Entscheidung über Madensens Armee. Voraussichtlich wird der größte Teil von ihr den Heimweg in Fußmärschen zurücklegen müssen. Ein englisches oder französisches Kontingent wird vielleicht die Führung bis zur Grenze übernehmen. Sieben bis acht Millionen Menschen kehren in den Produktionsprozeß zurück. Neben dem Frieden müssen wir Arbeit und Brot bringen, sonst können wir uns nicht behaupten. Experimente einzelner Gruppen können nicht geduldet werden. Der Sozialismus muß großzügig zu Werke gehen und organisch aufbauen. Alle Teile müssen sich einordnen und unterordnen, damit das Haus vom Fundament bis zur Dachspitze wohllich wird. Wir können nicht Millionen arbeitslos auf dem Pflaster liegen lassen. Wo sollen die Gelder für die Unterstützung der Erwerbslosen herkommen? (Zuruf: Kapital abnehmen!) Wie stellen Sie sich das Kapital vor? Selbst wenn wir alles restlos sozialisieren, selbst die Schaufel als Produktionsmittel verstaatlichen, haben wir nicht von heute auf morgen Geld. Zur Durchführung der Sozialisierung gehört ein organischer und klar durchdachter Plan. Wenn jetzt einzelne Erwerbsgruppen ohne Rücksicht auf die anderen vorgehen, so richtet sich der Kampf nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern gegen die sozialistische Republik. Genau so wie wir von der Arbeiterchaft ein Einschwenken im Interesse des Sozialismus verlangen, so verlangen wir aber auch ein restloses Einschwenken der Unternehmer ohne Rücksicht auf den eigenen Nutzen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn uns Sabotage der Unternehmer nachgewiesen wird, so werden wir mit Einziehung des Eigentums antworten. (Zustimmung.) Das ist dann ein Akt der Notwehr der sozialistischen Republik. Dann wird ohne Entschädigung expropriert. Wenn das Rohmaterial zweckmäßig verwertet wird, können für die erforderlichen Transportmittel sofort Hunderttausende beschäftigt werden. Auf dem Lande müssen die Allergüter sozialisiert werden. Dazu brauchen wir Wohnungsbau auf dem Lande und landwirtschaftliche Maschinen. Alle diese Probleme können nur durch Kohle, Nahrungsmittel und bei voller Disziplin der Arbeiterchaft bewältigt werden. Wenn die Revolution nur eine große Lohnbewegung gewesen sein soll, dann ist die Sache zu Ende. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir in den nächsten Monaten nicht die erforderlichen Nahrungsmittel bekommen, wird Deutschland bis zur nächsten Ernte durch Hungerhybus verödet sein. Deutschland braucht Rohstoffe und kann sie nur erhalten durch sofortigen Abschluß eines Präliminarfriedens. Alle Arbeiter müssen sich jetzt der Notwendigkeit fügen. Schon ist die Gegensie am Werk, um der Revolution den Garaus zu machen, darum müssen wir geschlossen und einträchtig handeln. Wir brauchen auch noch Munition, wir sind nicht feige genug, um ruhig mitanzusehen, wie ein General mit einer Prätorianergarde die Revolution niederschlägt. (Lebhafte Beifall.) Um Remedur zu schaffen, verlangten wir im Kabinett sofort die Verlegung der Obersten Heeresleitung nach Berlin. Ferner müssen sofort alle Erlasse, die das Tragen von roten Abzeichen verbieten, rückgängig gemacht werden. Schließlich soll General Eberhardt sofort zur Disposition gestellt werden. Die Oberste Heeresleitung will über unsere Forderungen beraten. General Gröner erklärte aber bereits, daß er sich selbstverständlich dem Kabinett fügen werde.

M. Gladbacher. In dem am 20. Sept. über abgerechneten Rechnungsjahr, dem vierten seit Eintritt der Liquidation, verringerte sich der Veräußerungsertrag (L. V. 681.890) um 157.888 auf 523.716 bei einem festlichen Aktienkapital von 1.25 (L. V. 1.45) Mill. Die Verbindlichkeiten beschränken sich noch auf 37.615 (L. V. 161.600), andererseits stiegen die Guthaben auf 191.859 (darunter 165.862 Bankguthaben) gegen 127.872 L. V. Wertpapiere betragen noch 23.850 (L. V. 181.144). Die Anlagen sind mit 511.455 (L. V. 613.028) bewertet. Über die Höhe der zu beschließenden vierten Kapitalrückzahlung (früher sind 12 pct. zurückbehalten) soll in der G.-V. (23. Novbr.) Mitteilung gemacht werden.

Hannoversche Baumwoll-Spinnerei und Weberei. Der Fabrikationsgewinn stieg auf Lingen bei Hannover. Nach 60.000 (73.080) Abschreibungen ergibt sich ein Gewinn von 61.619, dessen Deckung nicht erschöpfend ge-

# „Wir wandeln an Abgründen“.

Von  
Georg Münch.

Der Staatssekretär des Reichsamts für wirtschaftliche Demomachung Dr. Koeth, der sich um unsere Rohstoffwirtschaft im Kriege ein hohes Verdienst erworben hat, äußerte jüngst im Hinblick auf die Streikgefühle, es scheine, daß die meisten von uns sich den furchtbaren Ernst unserer Lage noch nicht hinreichend klarmachen: „Wir wandeln an Abgründen, die uns täglich zu verschlingenden drohen, und nur größtes Pflichtbewußtsein, stärkste Arbeitsanspannung, eiserne Disziplin aller können das Volk retten.“ Zur selben Zeit sagte der Volksbeauftragte Emil Barth in einer Tagung der Groß-Berliner Arbeiterräte: „Wenn es so weitergeht, wie in der letzten Woche, wenn die Revolution nur eine große Lohnbewegung gewesen sein soll, dann ist die Sache zu Ende.“ Beiden Regierungsmännern stand dabei vor Augen, daß die Versorgung auch nur mit dem Nötigsten an Lebensbedürfnissen eine Unmöglichkeit ist, wenn nicht jeder Arbeiter an seiner Stelle Pflichterfüllung übt. Weiter dachten sicherlich beide daran, daß Amerika nur einem Deutschland, das sich in geordneten Verhältnissen befindet, Lebensmittel liefern will. Streiklust, Unordnung und Uneinigkeit sind also für uns gleichbedeutend mit Mangel an den notwendigsten Waren, mit Hungersnot.

Noch genug anderes gibt's, was uns dringend zur Einigkeit mahnt. Noch ist der Krieg nicht zu Ende, noch stehen die Feinde vor den Toren. Dürfen wir ihnen, die uns umlauern, den ersetzten Anlaß geben, sich in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen? Der Schreckensruf „Hannibal ante portas“ ließ im alten Rom alle inneren Gegensätze verstummen, und der Schmach von Cannä folgte der Triumph von Capua. Wollen wir politische und wirtschaftliche Meinungsverschiedenheiten eben jetzt, wo alles auf dem Spiele steht, restlos durchfechten, droht uns der Abgrund völliger Vernichtung. Das Bürgertum reicht der Sozialdemokratie die Hand zum gemeinsamen Aufbau des neuen republikanischen Reiches, aber extreme Elemente suchen mit Gewalt den Bund zu vereiteln; ihnen gilt die Durchsetzung ihrer Absichten mehr als die so schwer erkämpfte deutsche Einheit.

Würde nach außen, Festigkeit, Einigkeit und Ordnung im Innern, sie allein können uns den Frieden bringen, der uns — nach dem verlorenen Kriege — wenigstens die Aussicht auf eine allmähliche Wiedergenesung eröffnet. Wenn uns amerikanische Lebensmittelsendungen auch vor dem Verhungern bewahren können, unsere wirtschaftliche Zukunft ist damit nicht gesichert. Wir haben alles vom Auslande Hereinkommende zu bezahlen, teuer zu bezahlen und können die dafür erforderlichen Mittel in der Hauptsache nur durch Warenausfuhr aufbringen. Um die letztere in Schwung zu setzen, müssen wir indes in allererster Linie die Erzeugung des Rohstoffes, an dem wir reich sind und der die Grundlage unserer ganzen Industrie ist, der Kohle nämlich, so kräftig wie nur immer möglich fördern. Statt dessen wurde die Kohlenproduktion durch Arbeiter-Ausstände zum großen Teile lahmgelegt!

Doch nicht nur Kohlen braucht die Industrie, welche unseren Export heben soll. Ebenso nötig sind ihr Produktionsbedingungen, welche sie wettbewerbsfähig mit dem Auslande machen. Auch in dieser Hinsicht verfährt man bei uns falsch. Dem Unternehmer, dem schon durch die Wiedereinstellung der aus dem Felde Heimkehrenden und durch die verkürzte Arbeitszeit große Mehrkosten erwachsen, werden außerdem noch hohe Lohnzulagen abverlangt. Wohin eine Ueberspannung des Bogens führt, beweist der Fall der Daimler-Motorenwerke. Noch vor kurzem um ihre glänzende Rentabilität beneidet, arbeiten sie jetzt nur noch mit sehr geringen Erträgen, die sich unter Umständen sogar in Verlust verwandeln können. Man gedenke ferner der Tatsache, daß die englische Konkurrenz in diesen Tagen rheinisch-westfälische Eisenangebote in Holland zu unterbieten vermochte.

Woher sollen, wenn solch ein Versagen unserer Exportindustrie und solch eine Erschütterung des Gedeihens der deutschen Werke sich verallgemeinert, die Mittel kommen, die wir zur Bezahlung aus dem Auslande zu beziehender Lebensbedürfnisse und Rohstoffe brauchen? Die Rohstofffrage ist ja ohnedies schwierig genug für uns. Daß die Feinde uns in diesem Punkte so scharf wie nur angängig schwächen wollen, beweist schlagend ihre Absicht, uns Elsaß-Lothringen völlig zu entreißen. Es ist die deutsche Erzkammer. Von den deutschen Erzschätzen liegen mehr als drei Viertel in Lothringen und Luxemburg. Was uns danach noch bliebe, sind Erzläger mit

1/12. 1918. 28

einem Eisengehalt, der unsere Hochofenwerke bei voller Tätigkeit nur etwa zehn Jahre speisen könnte. Mit anderen Rohstoffen steht es noch schlimmer. Hier sind wir ganz auf ausländische Einfuhr angewiesen, und die Entente hat mehr als einmal erklärt, daß erst ihre Angehörigen, dann die neutralen Länder und zuletzt Deutschland bei der Zuteilung der Rohstoffe der Welt bedacht werden soll. Wo bleibt da die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt? Man denke endlich auch an die gegnerischen Absichten auf unseren Handelschiffraum. Die Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahnen ist bereits durch die Waffenstillstandsbedingungen im Kern getroffen.

Wahrlich, wir haben so viele und große Sorgen, daß jede künstliche Verwirrung der schwierigen Verhältnisse unbedingt vermieden werden müßte. Nichtsdestoweniger hat man eine solche durch die Vergesellschaftungspläne geschaffen. Sie, die streng sachlich und leidenschaftslos zu erörtern wären, werden zum Streitgegenstand in dieser so überaus schweren Zeit gemacht. Die Unternehmer fühlen den Boden unter ihren Füßen wanken, sie vermögen nicht einmal die nächste Zukunft mehr zu übersehen, alles erscheint ihnen in Frage gestellt. Und in einem Augenblicke, da die höchste Anspannung aller Kräfte zur Erhöhung der Produktivität, zur Erzielung der größtmöglichen Stoßkraft nach außen hin einzusetzen wäre, hängt sich die Sozialisierungsidee wie ein Bleigewicht an das gesamte industrielle Leben. Solchen Plänen zumal dürfte keinesfalls eher nähergetreten werden, als bis die republikanische Regierungsform gefestigt vor uns steht. Erst die Nationalversammlung darf sich mit ihnen befassen. Auf diktatorischem Wege sind sie in gerechter und dem Wohle des Ganzen zuträglicher Weise absolut nicht zu verwirklichen. Was ist denn bisher mit der Beunruhigung der Unternehmer erreicht worden? Eine tiefgreifende Erschütterung und Entmutigung der Börse. Darf eine auf das Gemeinwohl bedachte Regierung darüber mit einem Achselzucken hinweggehen? Nimmermehr! Denn die Verwüstung des Aktienmarktes ist gleichbedeutend mit einer Absage des Kapitals an unsere Industrie. Diese aber ist ein Hauptaktivum in Deutschlands Vermögensbilanz. Zerstört man den Kredit der Industrie und ihre Leistungsfähigkeit, so untergräbt man damit auch zugleich den Kredit des Reiches. Und ihn hat es gerade jetzt, wo es sich aus einer politischen Katastrophe wieder herausarbeiten soll, bitter nötig. Nicht die Verstaatlichung ist die höchste Weisheit, sondern die Erhaltung einer blühenden, im Welthandel wettbewerbsfähigen Industrie. Nur eine solche ist imstande, der Finanzwirtschaft des Staates eine feste Stütze zu sein. Sie schafft den heimischen Arbeitern lohnende Beschäftigung, sie führt unserer Zahlungsbilanz im internationalen Verkehr die Gelder zu, deren wir zum Kauf von Lebensmitteln und Rohstoffen bedürfen, sie ist die ergiebigste Steuerquelle.

Die allzu eifrigen Befürworter des Verstaatlichungsgedankens seien an ein Wort Wilhelm v. Humboldts erinnert: „Das Positivste, was der Staat lassen kann, ist Enthaltung von aller Einwirkung auf die selbständige Tätigkeit seiner Bürger.“ Will im Gegensatz dazu der neue Staat grundsätzlich jede Selbständigkeit abschaffen? Und noch an ein anderes Wort dieses abgeklärten, freien und feinen Geistes möge erinnert sein: „Man muß am Rande des Abgrundes das Gute nicht aufgeben; ich arbeite mit ununterbrochenem Eifer fort, und wie schlimm auch die Sachen kommen könnten, sehe ich doch den Zeitpunkt nicht, wo nicht von irgendeiner Seite ein lebendiges und nützliches Werk übrig bleibe.“ In der Zeit der tiefsten Erniedrigung Preußens und Deutschlands wurde das geschrieben. Es mag uns auch heute aufrichten zu neuem, unentwegtem Schaffen!



## Volkswirtschaft.

Wien, 10. Dezember.

**Existenzmaximum.** Die nackte Wahrheit über unsere staatswirtschaftliche Finanzlage nach dem Kriege zwingt zum Bekenntnis, daß wir die bisherige Steuerlast mindestens verzehnfachen müssen, wenn wir des Milliardenhochgebirges aufgestürmter Schuldverpflichtungen und unvermeidlich bevorstehender Leistungen ehrlich Herr werden wollen. Ist also der Bankrott unausweichlich oder gibt es noch ein Entrinnen? Leider bleibt nebst der Vermögensabgabe nur noch ein Ausweg, nämlich die Festsetzung eines „Existenzmaximums“ von Volkswillen. Wir verstehen unter Existenzmaximum das sozial zulässige höchste Reineinkommen einer Person im Staate. Den Betrag bestimmt die Nationalversammlung. Was darüber ist, verfällt dem Staate. Einkommen unter dieser Höchstgrenze zahlen ansteigend bis zu ein Viertel des Reineinkommens. Die kleinsten Einkommen sind frei von jeder Steuer. Diese nur das Personaleinkommen der Staatsangehörigen erfassenden Zwangsbeiträge zur Staatswirtschaft wären die einzige Staatssteuer. Das durch die Aufhebung aller übrigen direkten, wie indirekten Steuern, Abgaben, Gebühren und Stempel freierwerdende Beamtenpersonal fände Verwendung zur sorgfältigsten Einkommenserhebung und strenger Durchführung dieses einzigen Steuergesetzes, dessen Erfolg durch Freiheitsstrafen gegen Einkommensverhehlung und durch wirksame Maßnahmen gegen Steuerflucht verbürgt wäre. Betriebe und Produktionsmittel aber, die dann von einzelnen Unternehmern mangels persönlichen Vorteils aufgegeben werden würden, wären mit Staatshilfe von der Arbeiterschaft selbst unter Beteiligung derselben am Reinertrage fortzuführen. So ginge also der sozialistische Programmpunkt der Vergesellschaftung aller Produktionsinstrumente in allerdings unvorhergesehener, unprogrammatücher Weise und ohne Erschütterungen auf steuervollständigem Wege in allmähliche Erfüllung. Die orthodoxe Sozialdemokratie natürlich muß diesen Weg als nicht zum Parteibogma stimmend meiden. Just diesem Parteibogma entgegen muß vielmehr unser Volk die nächsten Jahre vor jeder Verkürzung der Arbeitszeit, vor Ausschaltung des Kapitals und individuellen Unternehmungsgeistes auf der Hut sein. Wir müssen nicht weniger, sondern mehr arbeiten, als vor dem Kriege, müssen unvergleichlich mehr produzieren als früher, um durch gesteigerte Ausfuhr vom Auslande im Eintausch jene Rohstoffe und Nahrungsgüter zu erlangen, ohne die wir jetzt trotz demokratischer Freiheit noch ärgerer Verelendung verfallen müßten. Es ist ein Pech für die Sozialdemokratie, daß gerade die Zeit, in der ihr durch äußere Umstände die Macht erblühte, sich am wenigsten zur Verwirklichung ihres wirtschaftlichen Programms eignet. Also mehr Bescheidenheit, Genossen: denn euer Fiasko ist unausbleiblich!

Josef S.

## Die Finanzierung des Ausbaues der Wasserkräfte.

Von Professor Dr. Krausz.

Herr Präsident Dr. v. Landesberger hat über die Finanzierung des Ausbaues von Wasserkräften einen Vorschlag erstattet, zu welchem ich mich mit dem Vorbehalt äußere, der sich daraus ergibt, daß mir vorerst nur der in den Tagesblättern veröffentlichte Auszug aus dem Exposé bekannt ist, eine Stellungnahme ist sonach nur zu jenen Punkten möglich, welche in diesem Auszuge besprochen wurden.

Das wesentliche des Vorschlages liegt demgemäß in dem Gedanken, die Bestimmungen des § 47 des Gesetzes vom 19. Mai 1874, RGBl. Nr. 70 (wonach die Betriebskosten im Falle der Zwangsverwaltung oder des Konkurses einer Eisenbahn einen Vorzug auch vor den Zinsen und Tilgungsquoten der erstrangig eingetragenen Prioritätsobligationen genießen), zur Grundlage der Ausgabe von Obligationen zum Zwecke der Kapitalbeschaffung für den Ausbau der Wasserkräfte zu machen. Dadurch, daß die Kosten der elektrischen Kraft als Betriebskosten dieses Rangprivilegium genießen, wäre es möglich, auf Basis der zwischen den Bahnen und den Wasserkraftunternehmungen abzuschließenden Verträge über die Lieferung elektrischer Energie Obligationen auszugeben, welche als erstklassige Papiere eines sehr guten Absatzes auf dem Kapitalmarkte sicher wären.

Der Vorschlag geht, das sei zunächst festgestellt, von der richtigen Voraussetzung aus, daß der Ausbau der Wasserkräfte in Zukunft aus Gründen finanzieller Natur, vor allem aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen über die wirtschaftspolitische und soziale Struktur des Staates in erster Linie öffentlichen Unternehmungen (des Staates, der Länder und Gemeinden) oder gemischtöffentlichen Organisationen (öffentlichen Körperschaften im Vereine mit Privatkapital) vorzubehalten sein wird, ein Gedanke, der auch im Vordergrund des in der letzten Session des Reichsrates eingebrachten und im Wesen durchberateten Gesetzentwurfes über die Elektrizitätswirtschaft stand. Es ist weiter auch richtig, daß die Kapitalbeschaffung für Wasserkraft- und Elektrizitätsunternehmungen, wenn diese (was zur Vermeidung bureaukratischer, schwerfälliger Geschäftsführung selbst für öffentliche, selbstverständlich für gemischtöffentliche Unternehmungen zu geschehen hat) in Form von Aktiengesellschaften gebildet werden, sich am rationellsten zum größten Teil durch die Ausgabe von Obligationen vollzieht; diese finden in den realen Werten der Unternehmungen und ihren sich mit der Zeit entwickelnden konstanten und steigenden Einnahmen ihre finanzielle Fundierung und sind (in Deutschland, der Schweiz usw.) ein bestes Anlagepapier weiter Kreise geworden.

Die Einwendungen, die gegen den Vorschlag trotzdem zu machen sind, sind vor allem, abgesehen von der doch gebotenen Rücksicht auf die Rechte der alten Prioritäre, die, daß gemäß der Bestimmung des § 47 des bezogenen Gesetzes die Voranstellung der Betriebskosten der Eisenbahnen im Falle des Konkurses oder der Sequestration sich nur auf die höchstens ein Jahr alten Betriebskosten bezieht, so daß, um dem Rangprivilegium der Kosten der elektrischen Energie vor andern Verbindlichkeiten der Bahnen zum Durchbruch zu verhelfen, jedenfalls durch das Gesetz eine Erweiterung der zitierten Bestimmung stattfinden müßte. Wichtiger erscheint aber noch der Einwand, daß selbstverständlich die Haftung der Bahn für die auf Grund der Lieferungsverträge über elektrische Energie an die Wasserkraftunternehmung zu leistenden Zahlungen erst mit dem Augenblick beginnen könnte, in dem solche Lieferungen tatsächlich einsetzen. Es wäre also eine Voraussetzung hierfür, daß die Wasserkraftwerke ausgebaut, die Eisenbahnen für den elektrischen Betrieb eingerichtet wären und die Lieferung elektrischer Energie an die Eisenbahnen bereits begonnen hätte, nicht andern Worten: die den auszugebenden Obligationen zu gebende Basis würde erst dann vorhanden sein, wenn der durch die Obligationen zu beschaffende Kredit längst verbraucht wäre. Bis dahin bliebe dieser sozusagen in der Schwebe. Andererseits ist die in dem Landesberger'schen Vorschlage den Elektrizitätsobligationen zugesprochene Kreditbasis unumößig jähmal ausgemessen. Denn die Stromlieferung für Eisenbahnen wird nur einen Teil und nicht gerade den rentabelsten Teil des Absatzes der Elektrizitätswerke bilden, die neben der Elektrifizierung der Bahnen erhöhte Produktivität von Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie bringen sollen.

Viel gerader und wirksamer ist wohl für die Sicherung der Elektrizitätsobligationen der im Entwurfe des Gesetzes über die Elektrizitätswirtschaft neben andern Maßnahmen der Kapitalbeschaffung

betretene Weg, wonach, wenn überhaupt die wirtschaftspolitische Bedeutung der Anlage und die an sie geknüpften Interessen allgemeiner und sozialer Natur dies rechtfertigen, auch die Staatsverwaltung die Verpflichtung übernehmen kann, rückzahlbare Garantievorschlüsse für einen bestimmten Teil des Anlagekapitals zu leisten. Bei staatlichen Unternehmungen in Form der Aktiengesellschaft ist diese Garantieübernahme eine Selbstverständlichkeit; bei andern, insbesondere gemischtöffentlichen Unternehmungen, wird das Risiko des Staates durch die betonte innere Fundierung der Wasserkraftobligationen ausgeschlossen oder doch vermindert; bestimmte im Entwurfe vorgesehene Kautelen müssen überdies gegen die aus der Eisenbahngeschichte wohlbekannten Mißbräuche des Garantiesystems schützen.

Das Verdienst des Präsidenten v. Landesberger, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit neuerlich auf den Ausbau der Wasserkräfte, das wichtigste Mittel zur Hebung der Volkswirtschaft und zur allmählichen Erzielung des finanziellen Gleichgewichtes, gelenkt zu haben, wird dadurch nicht geschmälert, daß der von ihm vorgeschlagene Weg der Kapitalbeschaffung nicht der einzige, vielleicht auch nicht der richtigste ist. Vermutlich enthält ja sein, wie gesagt, mir nicht im Wortlaute bekanntes Exposé noch andre Vorschläge.

19./XII. 1918

## Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 19. Dezember.

## Kohlenfrage und Elektrifizierung.

Von Dr. Heinrich Schreiber.

Die letzten Kriegsjahre waren von der regelmäßig wiederkehrenden Kohlennot begleitet. Wie in manchen anderen Sorgen und Vorfällen hoffte man immer wieder auf eine baldige Beendigung des Krieges und war der Meinung, daß mit dem Frieden auch alle Not ihr Ende haben und mithin auch die Kohlennot beschworen sein werde. Es kam jedoch anders.

Wenn die schwarze Kohle zur Erzeugung von Licht, Wärme und Kraft verfaßt, dann beginnt man an die weiße Kohle zu denken. Man darf es frei heraus sagen: die Bewertung der Wasserkräfte war mehr von einer langhollen Zukunftsmusik untrübselt, als von dem schallkräftigen Widerhall einer ernst beflissenen Gegenwartsarbeit, ungeachtet aller Mahnungen und Forderungen, die von den Freunden der Wasserwirtschaft und der Elektrifizierungspläne erhoben wurden. Es kann keine Frage sein, daß sich auch die neugegründeten Nationalstaaten der Wirtschaft und der Industriepolitik gehörig annehmen werden, daß die kohlenreichen Länder des tschecho-slowakischen Staates sehr wohl bedacht sein werden auf die Ausgestaltung ihrer wärmeelektrischen Anlagen und auf die Erweiterung ihrer Verteilungsnetze, ebenso wie die kohlenarmen Länder des deutschösterreichischen Staatsgebietes in der Ausnützung der Wasserkräfte einen hochwertigen Schatz und Erbsis für die Brennstoffe zu heben bemüht sein werden. Man braucht doch nur an den Wert der Enns-Wasserkräfte für die Versorgung unserer Großstadt zu denken, oder an das Projekt, die Donauwasserkräfte bei Wallsee in den Dienst der Großstadtstromversorgung zu stellen. Freilich waren alle Elektrifizierungspläne, und zwar auch jene zur Ausnützung der Alpenwasserkräfte, für welche die Studien — wie die Berichte der Staatseisenbahnverwaltung gezeigt haben — sehr weit vorgezeichnet sind, im Zusammenhange und im Zusammenschlusse mit der Energieerzeugung an dem Fundstücken der Kohle gedacht, um durch Verteilung der Wasser- und der Kohlenenergien mittelst eines weitgespannten Reichsstromnetzes eine weitreichende Elektrifizierung ins Werk zu setzen. Scheinbar sind diese so gedachten Pläne dem Schicksal ausgeliefert, eine Utopie zu bleiben, wenn nicht etwa doch die Einigkeit von der Möglichkeit der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit der ehemaligen altösterreichischen Länder siegt und auch die tschecho-slowakischen sich mindestens zu einem wirtschaftlichen Zusammenschlusse mit den innerösterreichischen Ländern auf den neutralen Boden einer Einigung begeben, die wir elektrotechnisch als gegenseitige Kraftaustausche bezeichnen möchten.

Aber auch an sonstigen Projekten zum Ausbau von Großwasserkräften und mittleren Wasserkräften fehlt es nicht, einesteils zur Elektrifizierung der Alpen- und anderer Vorketten, andernteils zur Errichtung von Großkraftwerken für Industrie, Stickstoffanlagen, chemische und metallurgische Stabliments und für die allgemeine Verteilung von Licht und Kraft an die gewerbstätige Bevölkerung. Man braucht nur einen Blick in die bereits erwähnten Mitteilungen des Eisenbahnministeriums über die Aktion zur Elektrifizierung der Alpenbahnen zu werfen, um zu erkennen, daß die Sicherstellung der Großwasserkräfte für solche Zwecke auf dem besten Wege ist. Als neuesten, bereits vollendeten Großbau sei aber das Augenmerk auf das Wasserkraftwerk bei Faal gelenkt, das den Umkreis von Marburg mit Strom versorgen und die elektrische Energie bis nach Graz tragen soll. Andere Projekte, wie zum Beispiel das Thahatalwerk, können zu keiner gedeihlichen Lösung gelangen. Vielleicht, daß sich die tschecho-slowakischen Machthaber für dieses letztere Unternehmen jetzt lebhafter interessieren werden.

Unbedingt aber sind alle diese Wasserkraftprojekte, namentlich jene des größeren Ausmaßes, mögen sie auch in ihrer Verwirklichung etwa beschleunigt werden, auf längere Sicht zu stellen, weil die Herstellung solcher Kunstbauten und Triebwerke viele Jahre erfordert. Sie bedingt überdies eine zeitgemäße Regelung der gesetzlichen Bestimmungen über Wasser- und Elektrizitätswirtschaft. Es ist unumgänglich, daß die Modernisierung des Wassergesetzes und die Schaffung eines Elektrizitätsgesetzes, wie sie unter dem alten Regime aufgegriffen und weit vorgeschritten war, nicht länger aufgeschoben wird.

Von den gesetzlichen Voraussetzungen führt aber der Weg unmittelbar zu dem finanzpolitischen Aufbau. Kein anderes Gebiet, wie gerade jenes der Elektrizitätspolitik, hat sich so als Lammelpfad für phantasiobolle nationalökonomische Theorien erwiesen. Heute hält man, nachdem der Weg von der Privatwirtschaft zum Municipalsozialismus zurückgelegt war, bei dem Rufe nach der sozialistischen Elektrizitätswirtschaft, der sogenannten Sozialisierung, und dieses Prinzip ist, wenn auch etwas gedämpft und geschwächt, durch die gemischtwirtschaftliche Unternehmung als Kooperation zwischen Staat und Privatkapital unter Heranziehung der öffentlichen Beteiligung hervorstechend in den Entwurf des Elektrizitätsgesetzes übergegangen. Daraus leitet sich aber natürlich die Frage ab: Können die nun kleineren Staaten, und kann insbesondere der deutschösterreichische Staat die gewaltigen Kapitalien beschaffen, um sie in solchen Entreprisen anzulegen? Wird das Privatkapital unter den jetzigen bescheidenen Verhältnissen sich bereithalten, unter der Oberhoheit und Kontrolle der Staatsverwaltung solchen Unternehmungen beizutreten, die damit verbundenen großen Risiken auf sich zu nehmen, dabei immer von dem Gespenst der Sozialisierung der Betriebe, das heute ein solch kräftiges Echo weckt, bedrängt zu sein und daneben auch die beträchtlichen

finanziellen Lasten zu tragen, die anscheinend jeder Arbeit und jedem Verdienste aufgebürdet werden sollen?

Nichtsdestoweniger lassen sich die Verhältnisse für die Elektrifizierungsprojekte, gerade infolge der ständigen Kohlennot, für unsere Länder nicht ungünstig beurteilen. Man braucht die Wasserkräfte. Sie sind uns unentbehrlich und sie sind da; sie warten längst auf ihre Ausbeutung und sie sollen uns helfen, uns von den Feinden zu emanzipieren, die eigenen Bodenschätze zu nützen und sie der selbständigen nationalen Arbeit dienstbar zu machen. Man kann nach den Mitteilungen der letzten Tage über die vom deutschösterreichischen Staatstate gefaßten Entschlüsse zum Ausbau der Wasserkräfte und zur Errichtung eines einheitlichen Elektrizitätswirtschaftsamtes erwarten, daß die Staatsverwaltung mit ihrer tastenden, dilatorischen Politik, die das alte Regime in der Frage der Wasserkräfte beobachtet hatte, aufzuräumen und den Damm über die Gefällstufen, die er auf sie gelegt hatte, brechen wird. Alles aber kommt auf die finanzielle Kraft an, auf das Vermögen und die Freude, solche Unternehmungen ins Leben zu rufen, auf den Wagemut, der nach überlangem Stillstande, den der Krieg mit sich gebracht hat, der produktiven Arbeit neue Impulse einflößen soll. Die Wasserkräfte und die Elektrizitätswirtschaft sind jedenfalls wert, mit altem Eifer gehegt und gefördert zu werden, weil an ihnen große Zukunftsaufgaben und weitreichende Aussichten für das Gedeihen des Staates und seiner Bewohner haften.

21. VII. 1918

**Republik und Volkswirtschaft.**

Es muß sich erst noch zeigen, ob die revolutionären Kräfte, die mit solcher verblüffender Schnelligkeit und Leichtigkeit das alte System gestürzt haben, instande sein werden, a u s b a u e n d e Arbeit zu leisten. Eine fast bedrängende Fülle neuer Möglichkeiten eröffnet sich dem Auge des Schaffenden. Wird sie dazu führen, die V e r w i r r u n g noch zu steigern

oder aber geschickten und festen Händen begegnen, die eine sichere Wahl zu treffen verstehen? Was durch diese Neugestaltung verloren geht, das soll hier nicht untersucht werden. Nur darum kann es sich handeln, aus der veränderten Lage neue Werte für das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Volkswirtschaft zu gewinnen.

Nur höchste Sparsamkeit kann das ausgepowerte und wahrscheinlich bald unter dem Joch eines harten Friedens leuzende Deutschland nach dem Kriege zu neuer Blüte führen. Unbedingtes Handeln nach dem ökonomischen Prinzip der Erzielung des größtmöglichen Erfolges mit dem kleinsten Aufwand ist auf jedem Gebiet erste Pflicht. Eine Zentralisation aber bedeutet besseres Haushalten. Durch den Wegfall der zahlreichen Einzelverwaltungen werden Ersparnisse erzielt. Ein schnellerer, weniger umständlicher Gang der Geschäfte unter Ueberwindung geringerer Widerstände ist zu erwarten. Nach Verwirklichung des Einheitsstaates würde es möglich sein, R e i c h s e i s e n b a h n e n zu schaffen. Die P o s t r e s e r v a t r e c h t e von Bayern und Württemberg können in Wegfall kommen. Auch auf dem Gebiet des G e l d w e s e n s lassen sich noch einige Verbesserungen durchführen. Die vier Notenbanken, die noch neben der Reichsbank bestehen, haben keine Daseinsberechtigung mehr. Die Aufgaben der Grund- und Wohnungspolitik werden durch die Schaffung eines Einheitsstaates wesentlich erleichtert, zumal die Stunde angesichts der nun bevorstehenden Verfügung über die Staatsdomänen und der Notwendigkeit für die zurückkehrenden Krieger Unterkunft zu schaffen, für die Lösung dieser Fragen besonders günstig erscheint. Wie hat H a m b u r g darunter gelitten, daß preußisches Gebiet den Staat und die Stadt wie ein Panzer einschloß und die freie Entwicklung hemmte! Gleich nach der erfolgten großen Wendung wurden denn auch in Hamburg und Altona Anträge gestellt zur Gründung eines Groß-Hamburgs unter Einfluß von bisher preußischem Territorium.

Die größten Vorteile aber, die durch eine Zentralisation zu erzielen sind, liegen auf dem Gebiet der F i n a n z - u n d S t e u e r p o l i t i k. Schon längst war die Grenzabstimmung zwischen Reichs- und Staatsfinanzen nicht mehr vereinbar mit dem Wachsen der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung. Als das Reich gegründet wurde, da war es so gut wie selbstverständlich, daß ihm die bisherigen Einnahmen des Norddeutschen Bundes, die Zölle und Verbrauchsabgaben zufielen. Als aber der Bedarf des Reiches dann mehr und mehr wuchs, da erwies sich die Rücksicht auf die Struktur der einzelstaatlichen Steuersysteme als ein unüberwindliches Hemmnis für einen klaren, durchsichtigen und fragsfähigen Aufbau der Reichsfinanzen. Man nahm die Steuererträge überall her, wo ein im Augenblick greifbares Steuerobjekt sichtbar wurde. Man ging von Fall zu Fall vor. Niemals aber konnte ganze Arbeit gemacht werden, weil von vornherein die Bundesstaaten im Wege standen. Ganz verzwiefelt ist die Lage dann im Kriege geworden. Die Umwälzung der Staats- und Volkswirtschaft hatte zur Folge, daß der Finanzbedarf sich völlig zu Ungunsten des Reiches verschob. Gleichwohl blieb es auf die alten Steuerquellen angewiesen. Die Not zwang es allerdings, in größerem Umfange auch von direkten Steuern Gebrauch zu machen, doch wurde die Fiktion aufrecht erhalten, daß es sich nur um vorübergehende Abgaben zur Bestreitung eines außerordentlichen Bedarfes handle. Eine großzügige Steuerpolitik mit neuen Gedanken und durchgreifender Wirkung war einfach unmöglich.

Leider hat es nun nicht den Anschein, als ob wirklich die Bildung eines vollkommenen E i n h e i t s s t a a t e s gelingen werde. Die Republik Bayern insbesondere hat bereits nachdrücklich das Verlangen nach dauernder Selbständigkeit zum Ausdruck gebracht. Die letzte Entscheidung hat allerdings die Nationalversammlung. Es muß eingeräumt werden, daß die Eingliederung Deutschlands in das Deutsche Reich kaum anders möglich sein wird, als in der Form eines selbständigen deutschösterreichischen Staatswesens. Möge dann wenigstens die Zahl der Bundesstaaten auf das unbedingt unvermeidliche Maß beschränkt bleiben. Auf jeden Fall muß die Neuregelung erfolgen, daß das Reich in jeder Beziehung v o r g e h t und volle Verfügung über die wirtschaftlichen Kraftquellen Deutschlands behält, um, wo es nützt, seinerseits die Einzelstaaten daraus zu speisen. Die Gliedstaaten dürfen nicht mehr in die Lage verlegt werden, wie es bisher häufig der Fall war, dem Reich die Grenzen seiner Entwicklung vorzuschreiben.

Nicht zu verkennen ist, daß den angedeuteten hoffnungsvollen Möglichkeiten schwerwiegende Besürchtungen gegenüberstehen. Die Frage ist, ob wir von utopischen Experimenten verschont bleiben. Die Verdienste der vergangenen Regierungsform, insbesondere auch der P o h e n z o l l e r n, zum Beispiel um den Aufbau des deutschen Verwaltungsapparats, ohne den ja auch die neuen Männer nicht auskommen, wird eine gerechtere denkende Zeit, wenn erst der nötige Abstand von den Ereignissen gewonnen ist, zu würdigen wissen.

22./III. 1918

### Staatsrat v. Licht über das wirtschaftliche Einvernehmen mit den anderen Nationalstaaten.

Wien, 21. Dezember.

Dr. v. Licht hat vor einigen Tagen im Staatsrat den Antrag gestellt, es möge dem Finanzministerium ein Beirat, bestehend aus Vertretern der finanziellen Kreise, der Industrie, des Handels, Gewerbes und der Arbeiterschaft zur Seite gestellt werden. In der Begründung seines Antrages verwies Dr. v. Licht darauf, daß die Fühlung mit der Öffentlichkeit vernutzt werde. Wichtige Vorlagen, die früher den Beiräten und Handelskammern zugekommen seien, gelangen jetzt nicht zur Kenntnis der berufenen Kreise und sie werden auch der Presse viel zu spät übermittelt, so daß die rechtzeitige Erörterung, die notwendig sei, unmöglich gemacht werde. Wohl mag vielleicht bisher der Zwang, die betreffenden Gesetzesarbeiten mit besonderer Beschleunigung durchzuführen, der Grund gewesen sein, daß man die Fühlung mit der großen Öffentlichkeit nicht hatte. Nunmehr sei es aber an der Zeit, diese unerläßliche Fühlung zu gewinnen. Es handle sich dabei sowohl um Angelegenheiten der Steuerpolitik als auch der staatlichen Kreditpolitik und gewiß auch um alle jene wichtigen Fragen, die sich auf die Herstellung eines Einvernehmens mit den anderen Nationalstaaten beziehen, um eine möglichst gleichartige und gleichmäßige Finanzpolitik in den Staaten zu schaffen, die auf dem Boden der alten Monarchie entstanden seien.

Der Antrag Licht wird in der nächsten Staatsrats-sitzung zur Verhandlung kommen.

## Die Rettung des Mittelstandes.

Der Mittelstand, dessen Lebensbedingungen früher schon nicht besonders rosig waren, wurde durch den Krieg in eine geradezu verzweifelte Lage gebracht, und was das Schlimmste ist — niemand nimmt sich seiner an. Das Großkapital, der Arbeiter, der Landwirt, sie alle haben ihre festgefügtten, teilweise sogar vortrefflichen Organisationen; aber wo ist die große Organisation, die alle dem Mittelstande angehörenden Personen und Gruppen einte? Ohne eine mächtige Organisation aber, ohne die Macht, über die man verfügt, zur Geltung zu bringen, geht es nun einmal nicht; denn das Recht geht nur so weit, wie die Macht reicht, und dieser Satz gilt für Völker ebenso wie für Stände. Wenn sich also der Mittelstand gegenüber den anderen Ständen so sehr im Nachteil befindet, so ist daraus zu schließen, daß er nie Macht gehabt oder sie wenigstens nie zur Geltung gebracht hat.

Die Frage ist nun die, wie das zu ändern wäre, wie der Mittelstand zur Macht kommen und eine Macht werden könnte. Diese Frage hängt aber aufs engste mit einer anderen, scheinbar fernab liegenden Frage zusammen, mit der Frage nämlich: Wozu sollen künstlich in Gebrauchsgegenstände erzeugt werden, um denen Gelegenheit zu geben, sich mit ihrer Hilfe zu bereichern, oder um den Bedarf zu befriedigen? Ein praktisches Beispiel wird die Sache klarer, die Entscheidung leichter machen. Soll man künftig Schuhe anfertigen, um den Aktionären der sie erzeugenden

Schuhfabriken Gelegenheit zu einem möglichst großen Gewinn zu geben, oder sollen deshalb Schuhe gemacht werden, weil man sie braucht? Die Antwort ist wahrlich nicht schwer; je nachdem sie aber ausfällt, ist die Entscheidung über die Frage getroffen, die bestimmend ist für die künftige Entwicklung unserer gesamten Wirtschaft. Soll sich die Erzeugung nach dem Bedarf richten oder soll sich der Bedarf der Erzeugung anpassen?

Wenn nämlich der Mittelstand seine Entscheidung zugunsten der Erzeugung, genauer: der Erzeuger trifft, von denen ja die Erzeugung geleitet wird, so sagt er damit durch die Tat: „Ja, ich bin ganz einverstanden damit, daß Ihr mich versorgt, und habe gar nichts dagegen, daß Ihr Euch die Mühe, mich zu versorgen, von mir so teuer wie möglich bezahlen laßt und daß Ihr Euch zu diesem Zwecke in Ringe und Kartelle zusammenschließt.“ Meint jedoch der Mittelstand, es solle nur erzeugt werden, was und wieviel gebraucht werde, so erklärt er damit: „Ich verwerfe es, daß die Erzeugung dazu mißbraucht wird, durch Drosselung des Bedarfs, durch unwirtschaftliche Veränderung der Bedürfnisse den die Erzeugung leitenden Personen Riesengewinne zuzuschlagen, daß also der Bedarf je nach den Gewinnabsichten des Unternehmertums befriedigt werde oder nicht, und stelle die Forderung auf, so gut und so billig wie möglich versorgt zu werden. Ich wehre mich also gegen jede Form der Ausbeutung; ich werde aber so billig und so gut wie möglich drauskommen, wenn ich mich auf meine eigenen Beine stelle — wenn ich mich selbst versorge.“ Vorausgesetzt nur, daß das möglich ist.

Und es ist möglich. Soll jedoch eine solche Politik verfolgt werden, so muß allerdings eine Voraussetzung vorhanden sein, daß man sich über die Gründe klar sei, warum man in einer so schlimmen Lage stehe. Ob bei unserem Mittelstande diese Einsicht vorhanden ist? Ich wage diese Frage nicht ohne weiteres zu bejahen; denn hätte der Mittelstand diese Einsicht, ohne die es einfach nicht geht, so hätte er sich von den Agenten des Großkapitals nicht so gegen die Konsumorganisationen aufheben lassen, wie es tatsächlich der Fall ist, und da ist der schwerste Vorwurf der, daß der Konsumverein gerade viele kleine Existenzen des Mittelstandes beseitige. Wie steht es damit aber in Wirklichkeit? Basel in der Schweiz ist eine der wenigen Städte, wo fast die ganze Bevölkerung Mitglied des Konsumvereins ist. Dort stieg der Verein zwischen 1875 und 1890 von 2000 auf 9000 Mitglieder, sein Umsatz von einer Million auf 45 Millionen Franken. Die Zahl der Kleinhändler vermehrte sich von 115 auf 181, während die Einwohnerzahl von 60.000 auf 72.000 anwuchs. Im Jahre 1905 hatte der Konsumverein 28.500 Mitglieder mit 13 Millionen Umsatz und 900.000 Franken Rückvergütung, während die Stadt 128.000 Einwohner zählte, also ohne Konsumverein 262 Händler hätte haben müssen. Fast jede Familie war im Verein vertreten; also brauchten sie keine Händler mehr, und von den 181 Kleinhändlern des Jahres 1890 konnte kaum einer mehr übrig sein. In der Tat aber hatten sich die Kleinhändler bis 1905 um genau das Doppelte, also auf 362, vermehrt. Wie das? Einfach! Ein volkswirtschaftliches Gesetz sagt: „Werden Arbeitskräfte erspart, so erhalten nicht weniger, sondern mehr Leute Arbeit, so wie die an einer Stelle Geschädigten an einer anderen Stelle mehr als entschädigt werden.“ Denn durch die Ersparung von Arbeitskräften werden erstens die noch bleibenden besser entlohnt, und dann treten die ersparten Summen als neue Güternachfrage auf den Markt.

Mit dem Vorwurfe also, daß der Konsumverein die erwerbenden Gruppen des Mittelstandes schädige, ist es nichts; er schädigt sie nicht nur nicht, sondern kräftigt sie vielmehr. Will daher der Mittelstand aus seinem Elend herauskommen, so bleibt ihm nichts anderes übrig als seine ganze wirtschaftliche Kraft entschlossen in den Konsumvereinen zu sammeln und ihnen allein seine gesamte Kaufkraft zuzuwenden, die Kaufkraft, durch die er bisher seine Feinde, das Großunternehmertum gestärkt hat.

Der Mittelstand steht also vor der Wahl, sich entweder konsumgenossenschaftlich zu organisieren und zu leben, oder es nicht zu tun und unter Qualen unterzugehen. Er wähle!

Dr. K. P.

29./XII. 1918

### Rückblick und Ausblick.

Mit dem abgeschlossenen Jahr 1918 begraben wir Ideen und Systeme, die seit unserer Kindheit richtunggebend für unser Denken und Schaffen gewesen sind. Das ganze große Gebäude des alten Oesterreich ist zusammengeklüppelt, und aus dem Trümmersfeld erhebt sich als Neubau unsere junge demokratische Republik. Die kriegerischen Waffen sind in unseren Händen entglitten, und verzweiflungsvoll wehren wir uns gegen den wirtschaftlichen Krieg, der unsere Not forciert. Es gibt keinen Stand, der durch das alte System so zugrunde gerichtet worden ist wie der Mittelstand. Eingeklemmt zwischen den beiden großen Gewalten, Organisation des Kapitals einerseits und Organisation der Arbeitskraft andererseits, konnte er sich als Kaufkraft auf dem Markte nicht behaupten, und ohne Waffen, wie sie die Streikmöglichkeit dem Proletariat gibt, konnte er auch keinen erfolgreichen Kampf um Verbesserung seiner Erwerbsmöglichkeiten führen. Der Mittelstand des alten Oesterreich ist zum Unterproletariat geworden. Die geistige Arbeiterschaft hat weit schlechtere Lebensbedingungen gefunden als diejenigen, die ihre Muskelkraft einzusetzen vermochten. Dabei herrschte das unglückselige Bestreben vor, der Repräsentanz alles andere zu opfern: die Ausgaben für Wohnung und Kleidung des Mittelstandes, als die Hüter des äußeren Scheines, waren die wichtigsten Posten des Budgets, das was übrig blieb, der bewegliche Posten, der immer mehr zusammenschrankte und infolge der sinkenden Kaufkraft des Geldes immer weniger wert wurde, blieb für die Ernährung über. Die Folge davon war die systematische Unterernährung in den Kreisen des Mittelstandes, die große Sterblichkeits- und Krankheitsziffer — eine erschreckende Tatsache: bei den staatlichen Postbeamtinnen ist die Erkrankung an Tuberkulose auf 72 Prozent im letzten Jahre gestiegen!

Welche Wege müssen beschritten werden, damit der Mittelstand wieder zur Lebensmöglichkeit geführt werde? Zunächst muß eine andere Verteilung der Arbeit Platz greifen. Dem fortwährenden Zustromen der Mittelstandskinder und Töchter zur rein geistigen Arbeit, zur Vermehrung des geistigen Proletariats in den Städten muß gesteuert werden. Die Bildungsmöglichkeit ist das höchste Gut, aber sie muß für jeden Menschen auf der gesunden Basis der Lebenserhaltungsmöglichkeit aufgebaut sein. Wir müssen uns erinnern an ein berühmtes Gesetz des alten Äthens, das da lautet: „Der Vater, der seinen Sohn kein Handwerk lernen läßt, hat kein Anrecht, von diesem Sohn späterhin eine Unterstützung zu verlangen!“ Die Produktion, die Werte schaffende Arbeit, muß als Wegweiser dienen bei der Berufsberatung unserer heranwachsenden Jugend. Unser kleines Oesterreich vermag die ungeheure Last des viel zu großen Beamtenapparats, auch nicht im prozentuellen Verhältnis zu früher, auf keinen Fall zu tragen. Schon in Friedenszeit ist das Verhältnis der Anzahl der Beamten zur Existenzmöglichkeit des einzelnen ein unmögliches gewesen. Im Österreichischen Eisenbahndienst waren zum Beispiel doppelt so viel Juristen tätig als im preussischen.

In der landwirtschaftlichen Produktion hat dagegen die Nahrung von Wissenschaft und Technik gefehlt. Deshalb waren wir hier nicht konkurrenzfähig gegenüber unseren Nachbarn. Der wirtschaftlichen Aufklärungsarbeit und Bildung, der Anleitung zum intensiven Schaffen bedarf unsere heranwachsende Generation, da-

mit mehr tätige Hände, von klugen Köpfen rationell und ökonomisch geführt, wertvollere Arbeit leisten und weniger unproduktive Zwischenhände die allgemeine Wirtschaft belasten und das Leben des Volkes verteuern. Dem einzelnen Mittelstandsangehörigen wird durch Förderung des Siedlungswesens die Abwanderung von der als Konsumzentrum überlasteten Großstadt erleichtert, und seine wirtschaftliche Lebensmöglichkeit wird durch Anleitung zur teilweisen Selbstversorgung gefördert werden müssen. Wir müssen den kleinen Mittelstandshaushalt wieder zurückführen zu wenigstens teilweiser Eigenproduktion. Der eigene Gemüsegarten, der eigene Obstbau, die eigene Kleintierzucht werden in der Gefolgschaft einer vernünftigen Bodenreform die Ernährungsfrage des Mittelstandes lösen helfen. Die Frauen und Töchter werden wieder praktisch und wirtschaftlich schaffen müssen und auf diese Weise sich und ihren Familienangehörigen unendlich mehr Dienste leisten als in dem einseitigen, so viel auf den äußeren Schein eingestellten Großstadtleben. Insbesondere gilt dies für die große Zahl der beklagenswerten Kriegerwitwen und Waisen, die nicht als Vermehrung des geistigen Proletariats, als Konkurrenzanten in der Großstadt verbleiben sollen, sondern die in Landziehungsheimen, respektive Siedlungsstellen zur wirtschaftlich schaffenden Arbeit herangezogen werden müssen, damit sie nicht der Allgemeinheit zur Last fallen, sondern raschestens wenigstens teilweise ihren Lebensunterhalt, zunächst ihre Ernährung, durch produktive Arbeit selbst sicherstellen vermögen. Die große Bedeutung des Ausbaues unserer Kleintier- und Geflügelzucht, der Gemüse- und Obstgartenschulen, liegt auf der Hand. Ohne intensive Kleinwirtschaft wird unser Oesterreich in Zukunft gar nicht mehr bestehen können.

Das Wichtigste und Zukunftsverheißendste liegt aber heute mehr denn je in der Organisation des Standes. Alle, die gleiche Interessen zu vertreten haben, die gleiche Leiden getragen und gleiche Sorgen für die kommende Zeit hegen, müssen sich zusammenschließen, um in geeinter Kraft für die Forderungen ihres Standes einzutreten. Nur wenn viele Tausende von Stimmen zugleich sich erheben, werden die Lehrer und Beamten die notwendige Erhöhung ihrer Bezüge und im Verein mit den anderen Mittelstandsangehörigen ihre berechtigten Ansprüche auf verbilligten Lebensmitteleinkauf, auf gemeinschaftliche Rückenwirtschaft und Zulassung billiger Wohngelegenheit durchsetzen. Nur wenn der Mittelstand sich endlich auch zum politisch gereiften Stand entwickelt, wird er in den zersetzenden Körperschaften von Stadt und Land die entsprechende Unterstützung seiner Forderungen finden. Solange es nur zwei mächtige Parteien gibt, die sich politisch durchzusetzen vermögen, solange muß der Mittelstand immer tiefer hinabsinken in das Reich des Unterproletariats. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo jeder die Gelegenheit hat, an seiner persönlichen Zukunft wirksam mitzubauen. Wer diesen Augenblick verläßt, und als politisch indifferent verständiglos die große Stunde des Neuaufbaues vorübergehen läßt, der darf sich dann nicht beklagen, wenn bei der „Teilung der Erde“ für ihn nichts erübrigt wurde. Die Zeit ist zu ernst und die wirtschaftlichen Sorgen brennen jedem einzelnen unter den Fingernägeln, da ist es wohl nicht angemessen, daß gerade der Bürger „im Land der Träume sich verweilt“ und zur Teilung der Erde zu spät kommt!

Selene Granitsch.

29./12. 1918.

29/12/18  
45

## Staatssekretär August Müller über unsere Wirtschaft nach dem Kriege.

Staatssekretär August Müller sprach gestern vor Vertretern der Presse über die wirtschaftlichen Grundsätze, die im Reichswirtschaftsamt zurzeit vertreten werden. Nach einem Rückblick über unsere wirtschaftliche Entwicklung vor dem Kriege und während des Krieges und nach bemerkenswerten Hinweisen auf die Ausdehnung und Modernisierung der Industrie in den feindlichen Ländern während der letzten vier Jahre, ging Staatssekretär Müller auf die Frage ein: „Wie sollen wir uns jetzt einstellen?“

Wir müssen uns, so führte Herr Müller aus, mit unserer Politik und Wirtschaftsweise auf einen neuen Zustand einstellen. Die politischen Kämpfe der Zukunft werden sich darum drehen, ob wir eine demokratische oder eine sozialistische Republik haben wollen, der Kampf wird gehen um Sozialismus oder Individualismus. Ich habe die Pflicht, eine gewisse grundsätzliche Basis zu schaffen, von der aus ich die Wirtschaftsaufgaben ansehe. An erste Stelle setze ich den Grundsatz der möglichst rationellsten Produktion und Distribution verwirklicht bis in das kleinste hinein. Manches uns lieb gewordene werden wir uns in Zukunft nicht mehr leisten können, denn wir sind bettelarm, so arm wie 1648, als der Dreißigjährige Krieg liquidiert worden war, vielleicht noch ärmer. Wir können nicht irgendeinen Luxus treiben. Dazu würde ich auch rechnen, wenn wir aus politischen oder anderen Gründen Betriebsformen konstruieren würden, die nicht zu ertragen sind, weil sie unsere Volkswirtschaft belasten. Das Lohnniveau darf nicht allein auf der Seite des Lohnes beginnen; auch die Preise der Produkte müssen vermindert werden. Damit schafft man auch die Begründung, die den Lohnerhöhungen gegeben worden ist, weg.

Ich habe im Reichswirtschaftsamt ein landwirtschaftliches Referat eingerichtet. Dort sollen sämtliche Bestrebungen und Möglichkeiten, die den höchstmöglichen Intensität der landwirtschaftlichen Betriebsweise erfassen, konzentriert werden und von dieser Stelle aus sollen alle Anregungen hinausgehen, um das Ziel der Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft durchzuführen. Die während des Krieges errichteten Stickstofffabriken sollen künftig unserer Landwirtschaft dienen. Wir werden mehr Stickstoff erzeugen, als wir vor dem Kriege gebraucht haben. Allerdings streiken heute ihre Arbeiter. Dadurch wird schon die

### Hungersnot für das nächste Jahr organisiert

und vorbereitet. Das Gebiet der Energie, die Erzeugung und Verteilung aller Kraft und ihre Ersparnis ist bisher noch niemals als Gesamtproblem behandelt worden. Wo es notwendig ist, wird man auch

### mit Zwangsmaßnahmen vorgehen.

wenn der gute Wille nicht ausreicht. Ein anderes Gebiet ist die Kohle, das Wertvollste, was wir überhaupt noch haben. Der jetzige Zustand, wo jeder mit der Kohle machen kann, was er will, ist nicht mehr erträglich. Wir müssen für die sparsamste Kohlenverwendung eintreten. Es läßt sich da allgemein viel herausholen. Gegenwärtig sind Anlagen in Betrieb gesetzt worden, die eine Anzahl von Erfahrungen, die wir während des Krieges im Laboratorium gesammelt haben, in die Praxis umsetzen sollen.

Auch auf dem Gebiete der Distribution muß der Grundsatz gelten, daß möglichst wenig Kräfte angestellt werden müssen, so daß möglichst viel Kräfte der produktiven Arbeit zugeführt werden können, etwa durch eine planmäßige Förderung der Genossenschaften. Es wird notwendig sein, bestimmte Organisationen der Industrie zu schaffen, an denen die Arbeitnehmer und Arbeitgeber beteiligt sind, natürlich unter Beschränkungen. Ich halte die Arbeiterorganisationen nicht für geeignet, in die Leitung einzugreifen. Ich denke auch nicht an eine bürokratisch geleitete Industrieorganisation. Die Formen der Zusammenarbeit müssen gefunden werden; sie werden gegenwärtig gesucht. Wir haben im Auge Industriezweckverbände zu schaffen, bei denen wir uns denken, daß sie auf dem Gebiet der Selbstverwaltung der Industrie aufgebaut sind. Die Arbeiten müßten ergänzt werden durch eine

### großzügige Innenkolonisation.

Die nicht von dem Gedanken ausgeht, den Großgrundbesitz zu zersplittern. Die ertragreichste und beste Art ist eine gesunde Mischung von Großbesitz, mittleren und Kleinbesitz. Wir haben aber Latifundien, die das Maß des Erträglichen übersteigen. Von diesen könnten Siedelungen abgelöst werden. Das ist aber eine Aufgabe, die nur mit langer Sicht vorbereitet werden kann und die nicht verbunden sein darf mit irgendeiner Form von Enteignung ohne Bezahlung, oder ähnlichen bolschewistischen Ideen. Das Ziel, das mir vornehmlich ist, dafür Sorge zu tragen, daß die heimische Scholle einen möglichst großen Bevölkerungsanteil ernähren kann. Solche Industrien sollen besonders gefördert werden, die fremde Rohstoffe ersparen und entbehrenlich machen. Ich denke an eine wirtschaftliche Anlehnung an unsere Nachbarn im Osten und Südosten, an eine kontinentale Wirtschaftspolitik, die uns viel bringen kann, was wir bei unseren Fahrten in die weite Welt erhielten.

## Die Sozialisierung.

Für mich ist Sozialismus ein Produkt der Entwicklung. Ob die jetzige Zeit für irgendwelche Sozialisierungsexperimente reif ist, will mir im höchsten Maße fraglich erscheinen. Die Entente hat erklärt, das Privateigentum zu respektieren, jedes Staatseigentum aber als Pfand in Anspruch zu nehmen. Daß das deutsche Volk dazu da sein sollte, der Entente den Zugriff zu unseren Kohlen durch Verstaatlichung der Bechen zu erleichtern, das übersteigt mir doch das Denkbare. Eine Verstaatlichung der Kohlenbergwerke im jetzigen Augenblick wäre geradezu ein Verbrechen. Auch die jetzige Lohnentwicklung ist ruinös für sozialisierte Betriebe. Ich glaube nicht daran, daß es uneigennütige Gesichtspunkte sind, die die rheinisch-westfälischen Bolschewisten zu ihrer Forderung der Sozialisierung der Bechen bewegen. Damit soll nichts gegen eine Vermehrung von Staats- und Reichsbetrieben gesagt sein. Man muß sich darüber klar sein: Sozialismus ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Für das Reichswirtschaftsamt kann bei der Beurteilung der Sozialisierungsprobleme nur der Grundsatz maßgebend sein: Welche Wirtschaftsform ist rationell vom Standpunkt der Allgemeinheit, nicht vom Standpunkt der Arbeiter aus. Müssen wir uns für den sozialistischen Betrieb entscheiden aus finanziellen oder wirtschaftspolitischen Gründen, so ist es unsere Pflicht zu sozialisieren, dann dürfen uns Privatinteressen nicht höher stehen als das Allgemeininteresse. Finden wir aber, daß die Durchführung der Sozialisierung eine Verfeinerung des Betriebes bedeutet, daß der Ertrag zurückgehen muß, daß die technische Entwicklungsfähigkeit leidet, kurz, die Nachteile größer sind als die Vorteile, dann dürfen wir nicht sozialisieren.

1./I. 1919

## Die Juden Herrschaft in Deutschland.

(Berliner Brief.)

Die Erkenntnis, daß das deutsche Volk den Krieg verlor, weil sich in seinen Reihen, vorwiegend in den von jüdischen Brüdebergern durchsetzten Hinterlandformationen sowie in den Kriegshäfen eidbrüchige Schurken befanden, die sich von dem Judentum bestechen ließen, bringt den Massen immer mehr ins Bewußtsein. Insbesondere sind es die zurückströmenden Frontsoldaten, die, um ein Wort Bismarcks zu gebrauchen, die nötige „Zivilcourage“ mitbringen, um die Dinge beim rechten Namen zu nennen. So hat sich in Berlin ein „Ausschuß für Volksaufklärung“ gebildet, der Hunderttausende von Flugblättern über Berlin austreute, die mit herzerfrischender Deutlichkeit die Wahrheit herausfagen: „Ende des Militarismus — Anfang der Juden Herrschaft! Fünzig Monate haben wir an der Front gestanden, jetzt kehren wir heim und hoffen auf Grund der letzten Ereignisse ein freies Deutschland mit einer Volksregierung an der Spitze zu finden. Was bietet man uns? Eine Juden Herrschaft! Die Beteiligung der Juden an den Frontkämpfen war gleich Null. Ihre Beteiligung an der Regierung beträgt jetzt schon 80 v. H. Die Verhältniszahl der jüdischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung ist 1,5 v. H. Augen auf! Kameraden, ihr kennt die Blutjäger. Kameraden, wer hat sich freiwillig zur Front gemeldet? Wer hat am meisten da draußen im Dreck gefressen? — Wir. Wer hat sich daheim in die Kriegsgesellschaften hineingedrängt? — Die Juden. Wer hat in den Kantinen und Schreibstuben gefressen? — Die Juden. Welche Ärzte haben ihre Glaubensgenossen vor dem Schützengraben geschützt? Wer hat uns, trotzdem wir zerhauen waren, immer wieder L.-v. (Kriegsverwendungsfähig) gemacht? Diese Leute regieren uns also. Sollen sie unsere Zukunft bestimmen? Leute wie Haase, Dr. Kurt Eisner, Hirsch, James Simon, Bernstein, Dr. Rosenfeld, Schlesinger, Emanuel Burm, Cohn, Dr. Bresin, Kagenstein, Dr. Wajl, Londsberg usw. haben die Regierung an sich gerissen. Liebliebt, Rosa Luxemburg, Levi, Kohn und Konsorten reizen dauernd die Massen zum Klassenkampf und Bürgerkrieg auf! Auch in den Soldatenräten führen die Juden das große Wort und das Regiment. Vier Jahre lang haben sich diese Leute non der Front gedrückt. Am 9. November hatten sie die Courage, mit der Pike in der Hand, uns Frontsoldaten die Kokarden, Achselklappen und Ehrenzeichen herunterzureißen.“

Das wären die markantesten Sätze aus dem Flugblatt, dessen Verbreitung seitens der jüdischen Sicherheitssoldaten die größten Hindernisse in den Weg gelegt werden. Vielfach wurden die Paktelverteiler auf der Straße festgenommen und ins Gefängnis geworfen. Der Volkzugsrat Strobel, der den Mut hatte, in der „Deutschen Tageszeitung“ auf die Tatsache hinzuweisen, daß das deutsche 70-Millionenivolk sich von 600.000 Juden beherrschen läßt, wurde von der Revolutionsregierung gemahregelt, indem er keine 24 Stunden nach Veröffentlichung seines Aufsatzes von seinem Posten enthoben war. In die Versammlungen der Deutschnationalen Volkspartei bringen regelmäßig Söldlinge des Judentums ein und versuchen sie zu sprengen, was ihnen angesichts des Massenbesuches durch die völkisch bewußten Deutschen Berlins bisher allerdings noch nicht einmal gelang.

Über so übermütig sich auch das Judentum in seiner Herrschaft gebärdet, kann es doch eine gewisse Angst vor den kommenden Ereignissen nicht verbergen und so hat es denn seine Vorsichtsmaßnahmen bereits getroffen. Vor allem schuf es sich an den Liebtnechtleuten, also den Spartaciden, eine Leibgarde für schweres Gesch. Die Riesensummen, über die Liebliebt und die „Blutige“ Rosa verfügen und mit deren Hilfe sie immer neue Anhänger werben, stammen zum großen Teil von den jüdischen Millionären des Kurfürstendamms, für deren Sicherheit zu sorgen, sich vor allem die Spartaciden verpflichtet haben. Außerdem verstanden es die Kriegsgewinner, ihren Raub wenigstens teilweise vor der geplanten Vermögensbeschlagnahme in Sicherheit zu bringen, wozu sie den ersten Revolutionsrummel benützten, der bekanntlich die Grenzen ins neutrale Ausland für mehrere Tage sperrangelweit aufriß. Aber da infolge der Kriegswuchererschaft und der revolutionären Zerrüttung die Vestecklichkeit in Deutschland in unglaublicher Weise um sich griff, schlüpfen auch jetzt noch viele Millionen durch die recht weitmaschig gewordene Grenzsperr hindurch.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die amtlichen Feststellungen nunmehr klipp und klar er-

gaben, daß in der russisch-bolschewistischen Berliner Gesandtschaft der eigentliche Herd der Revolution war. Der noch unter der Reichskanzlerschaft des Prinzen Max von Baden ausgewiesene russische Gesandte Joffe, natürlich ein waschechter Hebräer, hat es in einem Frontspruch offen heraus erklärt, daß er die Umsturzbestrebungen der unabhängigen Sozialisten finanzierte und mit Waffenlieferungen unterstützte. Die Gelder gingen an Dr. Oskar Cohn, und zwar mit Wissen und Willen des Haase, Barth und anderen Mitgliedern der sogenannten unabhängigen Sozialisten. Daran läßt sich nichts ableugnen oder herumdeuteln. Das Judentum machte eben ganze Arbeit, indem es nach dem Sturze des Zarismus und der Zerstückelung Rußlands die zweite Hochburg des konservativen Staatsgedankens ruhiger Entwicklung, das Deutsche Reich, zertrümmerte. Bitter rächt es sich, daß die deutsche Regierung die Herrschaft der Sowjet anerkannte und mit den Trotzki, Lenin und der ganzen pseudorussischen Bande zu Brest-Litowsk über den Frieden verhandelte, anstatt auf der Einsetzung einer zu solchen Verhandlungen von der Mehrheit des russischen Volkes ermächtigten Regierung zu bestehen. Einzig und allein diesem schweren staatsmännischen Fehler verdanken wir das Eindringen des Bolschewismus in Deutschland. Nie und nimmer hätte ein Bismarck mit den Sowjet parlamentiert.

Inzwischen dauert das Chaos fort, dessen Dichtung nach wie vor unabsehbar ist. Mit der Demobilisierung schwillt die Masse der Unzufriedenen in Berlin täglich mächtiger an. Ueber 70.000 Arbeitslose fallen den Behörden bereits zur Last, während vor den Toren Berlins zwei Zuckersfabriken wegen Mangels an Arbeitern den Betrieb schließen mußten! In Walchensee, wo großartige elektrische Kraftwerke erbaut werden sollen, haben sich bis jetzt 260 Ingenieure und ganze — zwei Arbeiter gemeldet! So wie in Berlin und München ist es überall in Deutschland, in den Großstädten ein stetig wachsendes Heer arbeitscheurer Proletarier, und auf dem Lande und in den Kleinstädten fehlt es an den notwendigen Arbeitskräften. Wie weit die Dinge bereits gediehen sind, zeigt sich am besten darin, daß sich die Regierung Ebert, Scheidemann und Konsorten allen Ernstes mit der Absicht trägt, den Arbeitswag einzuführen!

J. St.-g.

2./I. 1919.

51

**Auswege aus der wirtschaftlichen Not.**

Amsterdam, 31. Dezember. Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, hatte ein Sonderberichterstatter der „National News“ in Berlin eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. Müller.

Er erklärte, das ganze Wirtschaftsleben befinde sich augenblicklich in einem chaotischen Zustande. Wenn Deutschland Elsass-Lothringen verliert, und die Einfuhr von Eisen aus Luxemburg und den anderen Ländern aufhört, so entsteht dadurch für Deutschland ein Ausfall von ungefähr 28 Millionen Tonnen Eisenerz. Deutschland würde dann nur noch Kohleisen für den eigenen Bedarf erzeugen können.

Eine andere große Gefahr für die Zukunft Deutschlands ist die Kohlenfrage. Wenn Frankreich auch das Saarbecken annektieren sollte, würde Deutschland jährlich 10 Millionen Tonnen Kohlen verlieren. Wenn Frankreich Kohlen aus dem Saarbecken erhielte, so würden die Franzosen wahrscheinlich selbst versuchen, die Erze aus Elsass-Lothringen zu verarbeiten. Das wird aber nicht gelingen, weil Frankreich im übrigen arm an Steinkohlen ist. Es wäre im Interesse beider Länder, wenn Frankreich die Erze aus Elsass-Lothringen Deutschland lieferte, und dieses wiederum die nötigen Kohlen Frankreich verschaffte, das über viel besseren und reichlicheren Erzbergbau in der Normandie verfügt. Durch eine solche Regelung wäre beiden Ländern geholfen. Eine andere Gefahr in der Kohlenfrage sind die annexionistischen Wünsche der Polen.

Zu all diesen betrüblichen Aussichten kommt noch, daß Deutschland im Kriege fast alle seine Kunden verloren hat. Auf einigen Gebieten, wie z. B. dem Gebiete der Chemikalien, ist es im Augenblick noch imstande, zu konkurrieren.

Aber Deutschland will arbeiten, und wenn man ihm nur die Kohlenlieferung läßt und die nötigen Rohmaterialien und Lebensmittel verschafft, so wird der fleißige und sparsame deutsche Arbeiter zeigen, daß Deutschland gesonnen ist, allen Verpflichtungen nachzukommen. Seht man Deutschland aber nicht in den Stand, für die Lieferung von Fabrikprodukten als Gegen-

leistung Rohstoffe zu erhalten, nimmt man Deutschland einen Teil seiner Erze und Kohlenlieferung ab, dann müssen mindestens 20 v. H. der deutschen Bevölkerung auswandern oder verhungern.

Deutschland wird selbst mit Hilfe vom Auslande noch lange Zeit die größten finanziellen Schwierigkeiten haben. Der Krieg hat Deutschland bis jetzt — ohne die Kosten für Kriegsentlohnungen — 170 bis 180 Milliarden Mark gekostet. Dieser Betrag bildet, wenn man nur die privaten Vermögen in Betracht zieht, das Nationalvermögen von Deutschland. Wenn die Entente eine Schadenersatzvergütung von Hunderten von Milliarden verlangt, dann ist es mit Deutschland absolut aus. Auch unsere Kriegsanleihen müssen bezahlt werden, sonst sind wir ebenfalls zugrunde gerichtet. Wir sind imstande, die Zinsen für die Kriegsanleihen im Betrage von 5 Milliarden Mark pro Jahr zu bezahlen. Die bereits erhöhten Steuern liefern 2½ Milliarden, und die Rüstungseinsparungen sowie andere Ersparnisse werden uns sicher dazu befähigen. In einigen Tagen wird das ganze deutsche Heer demobilisiert sein.

10. I. 1919

**Die internationale Wirtschaftskommission für  
den wirtschaftlichen Zusammenschluß der  
Länder der früheren Monarchie.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 9. Januar.

Ueber den heutigen Empfang der internationalen Wirtschaftskommission erhält das „Neue Bester Journal“ von einem Teilnehmer folgende Mitteilungen:

An die Rede des Ministerpräsidenten Grafen Starochy knüpfte sich eine längere Diskussion. Die Herren der Kommission gaben der Ansicht Ausdruck, daß die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Einheit der früheren Monarchie eine Notwendigkeit von großer Wichtigkeit und Bedeutung sei.

Zum Schluß teilten die Herren mit, daß in den nächsten Tagen in Wien eine zweite Kommission eintreffen werde, die berufen sei, die Friedensverhandlungen vorzubereiten. Von Wien aus werde sich die Kommission nach Budapest, Prag und Agram begeben.

## Sotengräber der Wirtschaft.

Es war vorauszusehen, daß die großen Ummwälzungen, die der Krieg nach sich zog, sich nicht auf die politischen Einrichtungen der Staaten beschränken würden; die letzten Ereignisse in Berlin, die radikalen Umsturzversuche in Ungarn und neuerlich die Strömungen unter der Arbeiterschaft in Böhmen lassen deutlich genug erkennen, daß auch die wirtschaftlichen Grundlagen unsrer Gesellschaft ernstlich bedroht sind. Unsrre Lage gleicht der eines Mannes, der sein Hab und Gut verlor, in die Hände von Gläubigern geraten ist, aber eines bezieht: den Kopf und zwei gesunde Arme. Es nützt nichts, sich über die Wahrheit hinwegzutäuschen: wir sind arm geworden, sofern man den Reichtum an Geld und Waren mißt. Unsrre Magazine sind leer, ein großer Teil der industriellen Unternehmungen kann nicht arbeiten, da es an Kohlen und Rohstoffen fehlt, und das Geld, das die Kriegswirtschaft aufgehäuft hat, ist im Werte tief gesunken. Aber auch uns ist, wie dem verarmten Manne, eines geblieben: die gesunden Arme, die Fähigkeit, zu arbeiten und auf dem Trümmerfeld unsrer Wirtschaft neue Werte zu schaffen. Die Arbeit wird auf Jahrzehnte hinaus unser einziger Reichtum sein. Die Quellen der Arbeit zu erschließen, die Produktion zu beleben und zu steigern, müßte demnach unsre erste und hauptsächlichste Sorge sein. Aber diesem Bemühen stehen Hindernisse im Wege, die nicht nur von außen kommen; das größte und bedrohlichste ist heimischen Ursprungs. Ohne Rücksicht auf die erschöpften Grundlagen unsrer Wirtschaft, ohne Rücksicht auf die finanziellen Schulden und Lasten wird namentlich in Deutschland die Verminderung der Arbeit und Erhöhung der Löhne gefordert. Ob der Ertrag da ist, der diesen Forderungen entsprechen könnte, ist denen, die sie aufstellen, eine nebensächliche Angelegenheit; man weist auf die Kriegsgewinne hin, die erhalten sollen, den fehlenden Ertrag zu decken. Zwar hat der Staat auf diese Summen längst sein Auge geworfen, aber immerhin: solange sie reichen, mag's hingehen. Was aber dann, wenn diese Reserven erschöpft sind? Woher nimmt man nachher das Geld für Rohstoffe, für die notwendigen Neueinrichtungen und Verbesserungen der Industrie? Die kurzfristige Lehre, die in der unbeschränkten Erhöhung der Löhne den besten Maßstab wirtschaftlichen Aufschwunges sieht, vergißt die sehr einfache Tatsache, die kürzlich der sozialistische Volksbeauftragte Barth seinen Leuten mit den Worten ins Gedächtnis rief: „Die Hundertmarkscheine könnt Ihr ja doch nicht essen!“ Nahrungsmittel und Rohstoffe bekommen wir vom Auslande, und um sie zu bekommen, müssen wir dafür Gegenwerte liefern, mit andern Worten: unsre Industrieprodukte müssen mit denen des Auslandes konkurrenzfähig sein. Uebersteigen die Produktionskosten die Grenzen dieser Konkurrenzfähigkeit, und das müßten sie, wenn die Industrie ohne Rücksicht auf den Ertrag belastet wird, so wird über kurz oder lang ein Zusammenbruch eintreten, der die noch lebensfähigen Zweige unsrer Produktion lähmt, die Armee der Arbeitslosen vergrößert und das Masseneleid chronisch macht. Ein sehr hervorragendes Mitglied der deutschen unabhängigen Sozialdemokraten, der Finanzminister der preussischen Revolutionsregierung Herr Simon, hat kürzlich das Wort von den „Revolutionsgewinnern“ geprägt, womit er jene Arbeitergruppen

meint, die ohne Rücksicht auf Teuerung und wirtschaftliche Lage die Löhne in die Höhe treiben, und die preussische Regierung selbst gab den Entschluß kund, ungerechtfertigte Lohnforderungen, die jede nutzbringende Arbeit unmöglich machen und Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend zur Folge haben müßten, energisch zurückzuweisen. Ein Beispiel für die Wirkung solcher Lohnsteigerungen hat der sozialistische Finanzminister selbst gegeben: Im preussischen Eisenbahnbudget sei für das laufende Rechnungsjahr, bei 7 Milliarden Gesamtwert der Eisenbahnen, ein Defizit von 1325 Millionen zu erwarten, in der Hauptsache durch die Lohnforderungen! Zu diesen unvernünftigen Ansprüchen aber komme als zweite, verheerende Erscheinung die ungenügende Arbeitsbereitschaft in wachsenden Schichten der Arbeiter. In der dritten Dezemberwoche gab es in Berlin 50,000 Arbeitslose, die Staatsmittel aufzehrten, zur gleichen Zeit aber wurden im mitteldeutschen Braunkohlenrevier, nur einige Stunden von Berlin entfernt, vergeblich 100,000 Arbeiter gesucht. Und so ist es nicht etwa in Berlin allein, Ähnliches wird auch aus den Kohlengenden Böhmens berichtet.

Es wäre gewiß ein Irrtum, zu glauben, daß man die sozialen Folgen der großen Ummwälzungen,

deren Zeugen wir gewesen und noch sind, werde ganz umgehen können. Aber es ist erst recht eine Utopie, diese Fragen in der schwersten Stunde unsrer wirtschaftlichen Not auf einem wirtschaftlichen Trümmerfeld lösen zu können. Was Karl Marx in der Einleitung zu seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ gesagt hat, daß eine Gesellschaftsformation nicht abgelöst werden kann, solange nicht die materiellen Grundlagen der neuen, höheren Form im Schoße der Gesellschaft fertig ausgebrütet sind, das müssen Reformen selbst im blühenden Wirtschaftsgelbe beachten; vollends unser armes, zertrümmertes Wirtschaftsfeld kann keine Experimente vertragen. Umringt von den Industrien der siegreichen Länder, ausgepumpt und tausendfach geschwächt durch die Lasten des Krieges, werden wir alle Mühe haben, unsre Wirtschaft bei größter Arbeit und Sparsamkeit halbwegs wieder aufzurichten. Aber dazu bedarf es eines Waffenstillstandes zwischen den Klassen und einer gegenseitigen Einsicht und Rücksicht, die das Los aller nicht aus dem Auge verlieren. Sozialer Krieg und soziale Experimente würden uns allen ein wirtschaftliches Grab bereiten.

### Der Streit in England über den Anschluß Deutsch- österreichs an Deutschland.

London, 9. Januar. (L. A.)

Zu der Annahme, daß es möglich sein wird, aus den Staaten der ehemaligen Monarchie einen neuen Staatenbund zu gründen, und in der Voraussetzung, daß verschiedene dieser Staaten instande sein werden, eine vollkommen selbständige Existenz zu führen, was den Zusammenschluß zwischen den verschiedenen Staaten unmöglich machen würde, läßt sich Lord Northcliffe von seinen Korrespondenten in Wien und in anderen Orten Neußerungen über die Möglichkeit eines Anschlusses von Deutschösterreich an Deutschland drahten. Der heutige Zeitartikel der „Times“ und des Wochenblattes Lord Northcliffes „Wellsy Dispatch“ bringen hierüber Kommentare mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht. Zwar wird der Nachteil anerkannt, daß die deutsche Republik durch den Anschluß Deutschösterreichs erheblich vergrößert wird, was aber nicht so gefährlich sei, denn die neu-angegliederten Länder würden ein Gegengewicht gegen Berlin bilden und die Vergrößerung der zahlreichen katholischen Bevölkerung den Einfluß der protestantischen Preußen verringern.

Diese Stellungnahme ruft heftige Angriffe der „Morning Post“ hervor. Das Blatt schreibt: Man fürchtet, daß die britische Politik es als ihre Aufgabe betrachten wird, auch für den Feind zu sorgen. Die „Westminster Gazette“ hat die Einhaltung des Vertrages über die Lieferung von Rohmaterialien und Nahrungsmitteln verlangt. Jetzt will Lord Northcliffe Deutschland zum Ersatz für den Verlust Elsaß-Lothringens und anderer Gebietsteile mit Deutschösterreich beglücken. Dafür braucht England nicht zu sorgen. Deutschland ist ohne diese Abtretungen noch kräftig genug, und wenn eine große deutsche Republik einschließlich Deutschösterreichs unter der Parole „Deutschland über alles“ entsteht, so ist diese Perspektive für den Weltfrieden kaum abzusehen oder beruhigend. Auch die Tatsache, daß Deutschland in Rußland so viel mehr zu sagen hat als die Entente, ist eine Gefahr, gegen die die Entente ankämpfen muß. Dies soll die Aufgabe der Führer der öffentlichen Meinung sein, nicht aber, wie die „Westminster Gazette“ und Lord Northcliffe es wünschen, daß Deutschland heute nicht zu streng behandelt wird.

11./I. 1919

## Die wirtschaftliche Einheit der früheren Monarchie.

### Die Erklärungen der internationalen Wirtschaftskommission in Budapest.

Budapest, 10. Januar.

Die Blätter veröffentlichen Mitteilungen von Teilnehmern an dem Empfang der zur Orientierung über die wirtschaftlichen und sozialen Zustände Ungarns in Budapest weilenden Entente-Kommission. Die Ansprache des Ministerpräsidenten Karolyi habe auf die fremden Gäste einen tiefen und nachhaltigen Eindruck ausgeübt. Aus der lebhaften Debatte, die hierauf folgte, habe man den Eindruck einer wohlwollenden Objektivität in der Beurteilung gewinnen können. Professor Beveridge und andere Mitglieder der Kommission warfen die Frage auf, was für Ungarn von großem Vorteil wäre: ein großes Ungarn mit einer wirtschaftlich begrenzten Lage oder ein kleines Ungarn, das in seiner wirtschaftlichen Entwicklung durch keinerlei Schranken gehemmt werde. Man verwies darauf, daß die Behebung der Kohlennot auch dem Bolschewismus steuern würde. Der Präsident der Kommission Dr. Taylor meinte, er habe es nicht für möglich gehalten, daß in Ungarn die bolschewistischen Ideen auf fruchtbaren Boden fallen werden. Er habe daheim in Amerika die aus Ungarn ausgewanderten Bauern kennen gelernt und sei der Ansicht, daß an der Mäherntezeit des ungarischen Bauern die bolschewistische Agitation Schiffbruch erleiden werde.

Die Kommissionsmitglieder meinten, die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Einheit der früheren Monarchie sei eine Notwendigkeit von größter Bedeutung für die Interessen Ungarns. Sollte diese Einheit nicht aufrechterhalten werden können, hätte dies unermesslichen wirtschaftlichen Schaden zur Folge. Einer der Herren bemerkte, daß schon in den allernächsten Tagen eine andere Kommission unter Führung des Professors Coolidge in Europa eintreffen werde mit der Aufgabe, alle mit der Einberufung der Friedenskonferenz in Verbindung stehenden Fragen zu bereinigen.

## Auswertung der Wasserkräfte Deutsch- österreichs.

(Errichtung eines Studienbureaus.)

Im Schoße der Wiener Banken hat sich vor einiger Zeit eine unter Führung der Bodenkreditanstalt stehende Vereinigung zur finanziellen Sicherstellung der Ausnützung der Wasserkräfte Deutschösterreichs gebildet. Offenbar im Anschlusse daran fand nun am 10. d. M. eine gemeinsame Besprechung der wichtigsten deutschösterreichischen Bauunternehmungen, Elektrizitätsgesellschaften und Turbinenfabriken statt, in der die Errichtung eines Studienbureaus für die rasche Ausbarmachung unserer Wasserkräfte beschlossen wurde.

Zur Deckung der Kosten dieses Studienbureaus haben für das erste Jahr die Wiener Banken einen Betrag von 700.000 Kronen in vollständig selbstloser Weise angesetzt, während weitere 300.000 Kronen von den im Studienbureau vereinigten Unternehmungen in gleicher Weise getragen werden.

Das Studienbureau stellt sich zur Aufgabe, in vollkommen objektiver und uneigennütziger Weise die zum Ausbau der deutschösterreichischen Wasserkräfte nötigen Vorarbeiten im Einvernehmen mit den öffentlichen Faktoren zu leisten und die für die Bewertung günstigsten Wasserkräfte und die Reihenfolge des Ausbaues zu bezeichnen. Dies alles ohne Rücksicht auf irgendwelche Sonderinteressen der beteiligten Gruppen oder Firmen, sondern lediglich im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Zum Leiter des Studienbureaus wurde Herr Ingenieur Josef Rohshaendler, der auf diesem Gebiete als hervorragender Fachmann gilt, einstimmig gewählt. Herr Ingenieur Rohshaendler ist u. a. geschäftsführender Verwaltungsrat der Steiermärkischen Elektrizitätsgesellschaft, welche die Groß-Wasserkraftanlage in Faal a. d. Drau gebaut hat.

Die vertretenen Gruppen haben sich gleichzeitig verpflichtet, in dieses Studienbureau tüchtige Fachleute zu entsenden, denen in Spezialfragen die gesamten Hilfskräfte ihrer Firma zur Verfügung stehen.

Es ist zu hoffen, daß die private Initiative, die bedeutende Geldmittel und vor allem ihre besten Kräfte in den Dienst der Sache stellt und eine verständnisvolle Förderung seitens der interessierten Staatsämter diese für Deutschösterreich vielleicht wichtigste wirtschaftliche Frage zu einer raschen Lösung bringen werden.

Die steirischen Wasserkräfte für Steiermark.

Graz, 11. Jänner. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)

Die neuesten Maßnahmen des Staatsrates in Angelegenheit der Gewinnung der Wasserkräfte zur Erzeugung elektrischer Energie hat die Ingenieurkammer für Steiermark und Kärnten veranlaßt, für heute in den Ritteraal eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Sie war äußerst zahlreich besucht. Nach einem Referat des Hochschulprofessors Ing. Paul, zu dem Landeshauptmann Dr. v. Raan, Landeshauptmannstellvertreter

Dr. Rintelen, die beiden Wirtschaftskommissäre und noch andere Redner sprachen, wurde einhellig eine Entschließung angenommen, in der der steirische Landesrat aufgefordert wird, die steirischen Wasserkräfte für das Land ehestens sicherzustellen und jede wie immer geartete Abgabe von Wasserkräften an andere Länder im Wege der elektrischen Kräfteübertragung energisch zu verhindern.

12. I. 1919

### Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Geldüberfülle und Zinsfuß.

Wien, 11. Januar.

Weitestgehende Verwendungslosigkeit des Geldes beherrscht die heimische Wirtschaft. Die letzten Ausläufer der Kriegszeit haben die Erscheinungen, die während der ganzen außerordentlichen Periode andauerten, gesteigert und verschärft. Der Bankzinsfuß von 5 Prozent hat für den wirklichen Geldverkehr seit Jahren jede Bedeutung verloren und dient lediglich als Regulator des Leihpreises, den die Finanzinstitute und der Markt für die bei ihnen ausstehenden oder neugewählten Kredite fordern. Auch der Privatkredit mit seinem Satze von 2-5 Prozent ist fast nur nominell, weil ein kommerzieller Verkehr kaum besteht und die einzigen Wechsel vom Staate oder den von ihm vorgeschobenen Zentralen erzeugt werden. Die Banken haben sich nach längeren Verhandlungen entschlossen, den Einlagenzinsfuß herabzusetzen. Sie vergüten auf die neuen Einlagen in Sparbücher, wenn der Zuwachs 2000 Kronen im Monat übersteigt, nur mehr 2-5 Prozent; im Kontokorrent werden für täglich fällige Gelder 2 Prozent, für normale Einlagen 2-5 Prozent berechnet, und nur bei einer dreimonatigen Bindung der erlegten Geldsumme werden noch dreiprozentige Zinsen bewilligt. Im November und Dezember hatte das Publikum unter dem Einflusse der Verängstigung aus der politischen Katastrophe einen Teil seiner Guthaben stürmisch abgehoben; die Banken und Sparkassen mußten, um diesen Anforderungen jederzeit entsprechen zu können, sehr bedeutende Barsummen zinslos halten, und dieser Geldbeschaffung diente ein Teil der Lombardierungen von Kriegsanleihe, welche die Institute während der letzten zwei Monate bei der Notenbank, sehr wider deren Willen, vollzogen haben. Schon in den letzten zwei Wochen des vorigen Jahres ist eine gewisse Beruhigung der Anleger vordringend, die ihre Triebfeder in der wachsenden Erkenntnis findet, daß der eigene Besitz von Noten keine

hatte die Bank in ihrer letzten Bilanz einen Umlauf von rund achtzehn Milliarden ausgewiesen. Der Zuwachs beträgt somit sechzehn Milliarden, in einem einzigen Jahre so viel als in den vorausgegangenen 3 1/2 Kriegsjahren zusammengenommen. Diese phantastische Inflation kann mit den Kriegskosten allein nicht zureichend erklärt werden. Die Notenausgabe der früheren Kriegsjahre war das Gegenbild der gewaltigen Kriegsgewinne, die allenthalben eine Menge überschüssiger Kaufkraft erzeugt haben. Im Jahre 1918 waren diese Gewinne schon weit spärlicher und haben allmählich ganz aufgehört. Dennoch war die Notenvermehrung am stärksten in den letzten zwei Monaten, die keine Kriegsperiode mehr bildeten und gewiß niemandem mehr Ueberschüsse gebracht haben. Die Entnahme von Noten aus der Bank entspringt nicht mehr zusätzlicher Kaufkraft, sondern der Vorbereitung des Volkes auf die Liquidation der Kriegswirtschaft. Die Rechtsverhältnisse der neuentstandenen Staatengebilde, die Uebernahme und Aufteilung der aus der früheren Zeit verbliebenen Schulden und sonstigen Verpflichtungen sind noch nicht geordnet und die Verhandlungen über diese allerwichtigsten Fragen werden durch eine bewußte und gewollte Politik der Verzettelung ins Endlose hinausgeschoben. Diese Unsicherheit veranlaßt viele Besitzer von solchen, durch die Verzögerung ins Ungewisse gestellten Kapitalien, insbesondere von Kriegsanleihen, wenigstens einen Teil ihres Vermögens im Wege der Lombardierung in Bargeld umzuwandeln. Eine Sicherung dieser Art ist nur scheinbar, denn die Note ist mit der Kriegsanleihe weisungsgleich, beide sind Schulden des zusammengebrochenen Staates. Der schließliche Wert der Banknote wird wie jener der Kriegsanleihe davon bestimmt werden, welchen Teil der Schulden die Einzelstaaten übernehmen und welche Deduktionskapitalien der öffentlichen Wirtschaft übrigbleiben werden. Dennoch haben viele Kreise von Vermögensbesitzern es versucht, sich zur Note zu retten. Die Bank hat fünf Milliarden Kriegsanleihen belehnt, bei den Finanzinstituten wurden Einlagen abgehoben, Forderungen zu Geld gemacht, die Institute griffen selbst auf die Notenbank zurück und so wurden vom Verkehr nicht für Zwecke der Arbeit, sondern der Vermögenssicherung und Liquidation Milliarden von Noten aus der zentralen Geldquelle herausgenommen, nachdem der frühere überreiche Notenschöpfer, der Krieg, seine der Allgemeinheit höchst abträgliche Wirksamkeit längst eingestellt hatte.

Unterbrechung des früheren geschlossenen Apparates des Geldmarktes und Liquidation der Kriegswirtschaft sind die Wurzeln der gegenwärtigen trügerischen Geldüberfülle. Beide sind vorübergehender Natur und werden mit dem Eintritt normaler Verhältnisse wieder verschwinden. Die neuen Staaten, Deutschösterreich und die ezechoslowakischen Länder, haben Anleihen aufgenommen, der Geldstrom hat aber seinen regelmäßigen Verlauf noch nicht eingeschlagen, weil die Grenzen seines Bettes noch nicht durch allseits bindende Verträge festgestellt sind. Die weitere Gestaltung wird von der Abwicklung der Verhältnisse der früheren Zeit und von der Sicherung des aufzurichtenden Neubaus abhängen. Nach einem so langen Kriege mit seinen endlosen Güterzerstörungen ist die Wirtschaft des Landes nicht kapitalreich, sondern viel ärmer geworden. Sind einmal die allgemeinen Verhältnisse geordnet und hat sich die friedliche Betätigung eingelebt, so wird auch das Bedürfnis nach neuen Investitionen wieder erwachen. Jetzt dient jede wirtschaftliche und finanzielle Betätigung den drängenden Erfordernissen des Tages, der Führung des nackten Lebens. Wenn diese Sorgen überstanden sind, so wird allgemach die Investitionsstätigkeit einsetzen, zunächst als öffentliche Initiative, dann auch als Aufleben des privaten Unternehmungsgeistes. Die gegenwärtige Beschäftigungslosigkeit des Kapitals ist die notwendige Begleiterscheinung des Ueberganges und wird mit der Herstellung regelmäßiger Arbeitsverhältnisse einem stetig zunehmenden Bedarf Platz machen. Wenn das erste Friedensjahr um sein wird, können vielleicht bereits ganz anders geartete Geldverhältnisse herrschen.

... die ...

14./I. 1919

## Ein stürmischer Hauffettag an der Wiener Börse.

Die schon in den letzten Tagen der vergangenen Woche vorwaltende feste Stimmung des Wiener Wertpapiermarktes hat sich gestern ganz außerordentlich verstärkt und zu einer stürmischen Kurssteigerung auf den meisten Gebieten des Aktienmarktes geführt. Die unmittelbare Veranlassung dieser Bewegung bildeten die Nachrichten aus Berlin über die Niederwerfung des Spartacusputsches sowie die Meldungen über die allerdings, wie wir bereits ausgeführt haben, unglaublich klingenden Meldungen von einer beabsichtigten Umwandlung der Kronennote in jugoslawischen Staat. In diesem angeblichen Plan, dem ein Wertverhältnis der Krone zum Linar von 1:3 zugrunde liegen soll, wallte die Spekulation einen neuerlichen Beweis unserer fortschreitenden Geldentwertung erblicken, die nach ihren Schlussfolgerungen konsequenterweise zu einer neuen Preissteigerung der Aktie berechtigt. Das im Verlaufe der letzten Jahre wiederholt in Umlauf gesehene Schlagwort der Geldentwertung lebt also wieder auf und übte gestern auf dem Aktienmarkt wieder zündende Wirkung. Daneben trugen die Geldfülle und die Zinsfuhermäßigung der Wiener Banken das ihrige dazu bei, um die Kauflust für Wertpapiere anzuregen, was andererseits die noch immer zahlreiche Kontermine veranlassen mußte, zu Deckungen zu schreiten. Dies kam namentlich den in der jüngsten Zeit starken Baissenangriffen ausgesetzten Papieren, wie beispielsweise Staatsbahn- und Tabakaktien, zugute.

Die Kurssteigerungen erstreckten sich sowohl auf die Kullisse wie auf den Schranen, in welcher letzterem die Nachfrage vom Angebot so sehr überflügelt wurde, daß in verschiedenen Werten Abschlüsse nur zu Phantasiepreisen hätten erfolgen können und deshalb Notierungen unterblieben mußten. Besonders heftige Kursvorstöße, um hundert bis zweihundert Kronen, erzielten unter anderem die Aktien der Oesterreichisch-ungarischen Bank und der Bodenkreditanstalt sowie einzelne Petroleumwerte. Durch große Festigkeit zeichneten sich weiter Schiffahrts-, Eisen-, Maschinen-, Elektrizitätswerte und Südbahnpapiere aus.

Wie der Aktienmarkt, so bot auch der Markt der Anlagepapiere das Bild ansehnlicher Preisbesserungen. Die Hauffe der Renten erfuhr ihre Fortsetzung. Maxente erhöhte sich gegenüber dem letzten Börsentage um 3 auf 83%, Oesterreichische Kronenrente von 80.20 auf 83, Oesterreichische Goldrente von 129% auf 135, Ungarische Kronenrente von 78% auf 80 und Ungarische Goldrente von 135% auf 136. 4proz. deutschösterreichische Pfandbriefe gewannen durchschnittlich 1% Prozent, 4%proz. Pfandbriefe über 2 Prozent.

Von den Aktien blieben zum Schlusse Bodenkredit 1150 (+ 100), Oesterreichisch-ungarische Bank 1695 (+ 190), Depositenbank 520 (+ 20), Goldhütte 1050 (+ 50), Email 920 (+ 50), Waffensabrik 965 (+ 41), Brüxer Kohlen 1650 (+ 90), Urfanzer 800 (+ 50), Karpatenpetroleum 1795 (+ 165), Galicia 1180 (+ 110), Adria 1471 (+ 1), Navigazione 3200 (+ 60), Nordbahn 5100 (+ 55), Simmeringer 479.50 (+ 43), A.-E.-G. Union 730 (+ 10), Schoeller Bucher 1135, Aussiger chemische 1150 (+ 20), Elbemühl 420 (+ 25). In der Kullisse schlossen: Kredit 632 (+ 32), Ungarische Kredit 910 (+ 77), Anglo 407, Union 512, Bantverein 464.75, Länderbank 473, Staatsbahn 896, Lombarden 120, Orientbahn 1170, Alpine 861, Rima 905, Skoda 668, Krupp 622, Ruston 519, Siemens 486 (+ 49), Tabakaktien 1008 (+ 42), Türkenlose 870 (+ 16), 3prozentige Südbahnprioritäten 311 (+ 8).

# Bodenverteilung!

Von einem Volkswirt.

Der Ruf nach Bodenverteilung will nicht verstummen. Er weht aus Rußland herüber, aus dem Land der aufgewühlten Instinkte, der Zerstörung und der schlimmsten Not, aus dem Lande, in dem die sozialistischen Lehren ausnahmslos bei dem Versuch ihrer praktischen Anwendung Schiffbruch gelitten haben und auch die Bodenaufteilung nur die Anarchie und den Hunger vermehrt hat. Aber das Schlagwort ist da und verwirrt viele Köpfe. Für die einen bedeutet es die Schaffung gleich großer Ackerlose im gesamten Bodenvirtschaftsbetriebe; für die andern Aufteilung des Großgrundbesitzes; wo dieser beginnt, bei hundert, vierhundert, tausend Joch, darüber fehlt die Antwort, da auch der Begriff des Großgrundbesitzes, den unsere Landesgesetzgebungen kennen, von Land zu Land andere Ausmaße begreift.

Das christlichsoziale Weihnachtsprogramm hat das Wesen der Bodenfrage klar umschrieben: Für Städter und Landwirte gleich wichtig ist die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, die uns aus den Zeiten der Hungersnot heraushelfen und für die Zukunft schützen soll. Diese Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung verlangt „Erhaltung und Vermehrung des selbständigen Bauernstandes“. Das christlichsoziale Programm fährt fort: „Grund und Boden muß gegen Ausbeutung, Wucher und Vergeudung geschützt, die Landflucht durch planmäßige ländliche Wohlfahrtspflege bekämpft werden. Großgrundbesitz, der nicht im Interesse der Gesamtheit bewirtschaftet wird, insbesondere der bloß zu Jagd- und anderen Luxuszwecken verwendete Grund und Boden, soll den Eigentümern zwangsweise abgelöst und zur Errichtung von Heimstätten für die aus dem Felde zurückgekehrten Krieger, zur Ansiedlung landwirtschaftlicher Dienstboten oder auch zur Stärkung des ländlichen Gemeinbesitzes herangezogen werden.“ — Das sind nüchterne und erreichbare Ziele ehrlicher Volkspolitik.

Also nicht Aufteilung überhaupt, sondern zwangsweise Ablösung des nicht im Interesse der Gesamtheit bewirtschafteten Großgrundbesitzes, vor allem des zu Luxuszwecken verwendeten Bodens. Das ist keine Einschränkung, die zugunsten eines einzelnen Standes erfolgt, sondern aus zwingenden Gründen der Volksernährung.

Am zweckmäßigsten ist die Bodenverteilung, wenn die Klein- und Mittelbetriebe, d. h. die Bauernwirtschaften, vorherrschen, denn durch sie wird der Boden reichlich zur Produktion ausgenutzt, sie schaffen vielen Familien Unterhalt und Existenz, den Handwerkern Verdienst, und liefern gesunden Nachwuchs. Auch der Zwergebau soll nicht fehlen, aber er soll nicht vorherrschen, weil er nicht genügend hervorbringt und häufig unökonomisch arbeiten muß. Aber auch der Großbetrieb ist von nicht zu unterschätzender volkswirtschaftlicher Bedeutung, denn er erzeugt das meiste für den Abatz, für die städtische und industrielle Bevölkerung. Die österreichische Erntestatistik weist aus, daß die durchschnittlichen Hektarerträge bei landwirtschaftlichem Großbesitz bedeutend höher sind, als bei Klein- und Mittelbesitz. In einzelnen Gegenden betrug bisher der Unterschied 100% und mehr. Am deutlichsten trat diese Tatsache bei der Getreideablieferung während des Krieges hervor. Großbetriebe lieferten 10 bis 14 Meterzentner per Hektar Anbaufläche ab; der Kleinbesitz dagegen im Durchschnitte 1 bis 3 Meterzentner. Wenn während des Krieges die Landwirtschaft Oesterreichs auf Kleingrundbesitz allein gestellt gewesen wäre, dann wäre die Getreideproduktion noch wesentlich geringer und die Hungersnot um vieles größer gewesen.

Die Aufteilung wäre übrigens eine der volkswirtschaftlich kostspieligsten Unternehmungen, die man sich denken kann. Naturgemäß müßten bei einer Aufteilung des Grundbesitzes die Felder, die Flächen von 30 Hektar und mehr umfassen, in kleine Parzellen zerlegt werden. Zur Abgrenzung braucht man Feldraine, neue Wege, für neue Besitzer zahllose Häuser, für die zahllosen Häuser zahllose Baumaterialien, die wir gar nicht besitzen, und außerdem noch reichlich Baukapital, um den neuen Besitz noch von der Wurzel an zu verschulden. — Der Holzexport des ehemaligen Oesterreich-Ungarn betrug im Jahre 1914 rund 6 Millionen Festmeter. Mindestens ein Drittel hiervon entfällt auf das sächsische

Deutschösterreich. Eine Aufteilung der Wälder in Kleinbesitz würde diese Ausfuhr, eines der wichtigsten Mittel zur Hebung unserer Valuta, auf ein belangloses Minimum herabdrücken, wenn nicht ganz verschwinden lassen. Die Verstaatlichung hingegen würde rasch zu denselben Uebelständen führen, die erst vor kurzer Zeit die Erinnerung an die Existenz ungarischer und galizischer Staatsforste in unangenehmer Weise wachriefen, und z. B. bei den staatlich verwalteten Religionsfondsgütern fast nichts als Defizite hervorbrachten.

Das sind Erfahrungstatsachen, die bei jeder landwirtschaftlichen Reform, soll diese gelingen und nicht unsägliches Elend erzeugen, berücksichtigt werden müssen. Wohin wir mit Stubengelehrsamkeit und theoretischen Systemen kommen, das haben wir mit unserer Kriegswirtschaft an unserem eigenen Leibe schon erfahren. Nirgendwo ist das Experimentieren so streng verboten, als dort, wo es um die Ernährung des Volkes geht. Entscheidend bleiben muß bei allen Reformen die Hebung der Erzeugung. Volkswirtschaftlich nachteilig sind Großbetriebe dann, wenn sie unweckmäßig geführt und mehr dem Vergnügen als der Produktion dienen, wenn sie von übergroßer Ausdehnung sind, so daß der Klein- und Mittelbetrieb vollständig zurücktritt und die Fläche wenig intensiv genutzt wird, vielmehr ein großer Teil zu Luxuszwecken, als Wildgehege, Park u. dgl. dient. In diesem Falle ist die Schaffung von entsprechenden häuerlichen Betrieben zu erwägen, an deren Ueberwiegen der Staat das größte Interesse hat. Das Privileg des großen Grundbesitzes, das Unabhängigkeit und wirtschaftliche Macht gewährt, bedingt eine erhöhte Pflicht gegenüber der Allgemeinheit und es erscheint nicht bearündet, solche Leistungen mit besonderen Luxusvorrechten zu verknüpfen.

Wie überall, so läßt sich auch im landwirtschaftlichen Betriebe vieles verbessern. Aber eine wohlbedachte Bodenreform kann nicht schablonisiert werden. Die völlige Gleichstellung der Menschen und des Besitzes ist ein Ideal, das wider die Natur ist, da dieser die Ungleichheiten eingetoren sind. Oder wollen wir Rußland und sein namenloses Elend verzechnacht auch bei uns erleben, auf unserer Erde, die nicht so reich ist, wie die russische, und die mehr hervorbringen muß, weil sie mehr Menschen ernähren soll? Das gedankenlose Schlagwort der Bodenverteilung bedeutet Hunger und Tod. Wir aber müssen leben.

H. A.

### Die Finanzprobleme der Bodenreform.

Budapest, 20. Januar.

Zu Ackerbauministerium fand heute unter dem Vorsitz des Ackerbauministers Barna Buzs über die Finanzprobleme der Bodenreform eine Sach-enquete statt, an welcher außer den Delegierten der Finanzinstitute auch Finanzminister Dr. Paul Szende, Regierungskommissar Dr. Alexander Katona und Sektionsrat Dr. Andreas Klödy-Szabó teilgenommen haben.

Der Sach-enquete sind zur Begulachtung vier Fragen vorgelegt worden. Diese betrafen: 1. die Höhe des Enteignungspreises; 2. die Fundierung der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe; 3. die mit der Abwicklung der Finanztransaktionen ins Leben zu rufende neue alt-russische Anstalt und 4. das zwecks Finanzierung des landwirtschaftlichen fundus instructus bei uns einzuführende System der „mobilen Hypothek“.

Ackerbauminister Barna Buzs führte in der Eröffnungsrede aus, die Feststellung der Höhe des Enteignungspreises der Bodenreform gehört zu den wichtigsten Problemen der Bodenreform. Vom Gesichtspunkte des Staatshaushaltes aus betrachtet, wäre die Fixierung eines hohen Bodenpreises erwünscht, denn nur auf diese Weise würde sich zur Veranlagung der Vermögensabgabe eine größere Basis darbieten. Demgegenüber steht aber das Interesse der kleinen Landwirte, die unter den übermäßigen öffentlichen Lasten zusammenbrechen würden, wenn in der landwirtschaftlichen Konjunktur eine ungünstige Wendung eintreten würde. Der Minister bat die Anwesenden, sich über diesen Punkt besonders eingehend äußern zu wollen.

Als erster spricht in der Debatte Dr. Anton Eber. Er nimmt Stellung gegen die Ablösung der Grundbesitze zu Friedenspreisen, was infolge der Devaluation der Kronenwährung mit der Einziehung von 75 Prozent des Vermögenswertes gleichbedeutend wäre. Diese 75prozentige ohne Rücksicht auf Schulden und jedwede Progression zu bemessende Vermögenssteuer wäre eine solch ungerechte, welche unmöglich die Grundlage der Bodenreform bilden kann. Einen derartigen Ablosungsschlüssel zu tragen, ist der Staatshaushalt außerstande, nachdem dies eine solche Wertverminderung zur Folge hätte, daß die Bemessung einer großen Vermögenssteuer illusorisch würde, durch die Aufteilung aber würden wir 60 Prozent der Güter unter das Existenzminimum der Vermögenssteuer bringen und hierdurch die Tilgung der Kriegsschulden und deren Verzinsung für immer unmöglich machen. Das neuere Projekt bewahrt die Pfand-

die Art und Weise der Ankündigung der Bodenreform die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Arbeit für lange Zeit gefährdet. Es sei unmöglich, bei der Besitzreform außer acht zu lassen, daß der Wert der Krone auf ein Viertel gesunken ist. Der Staat werde diese Reform nicht durchführen können, weil ihm dazu die finanzielle Kraft fehlen wird. Wie die Reform geplant ist, werde diese nur ein Chaos, eine Unzufriedenheit und einen Umsturz ergeben. Was die Pfandbriefe betrifft, vergessen die anwesenden Minister, daß diese Papiere trotz des schrecklichen Umsturzes und des drohenden niedrigen Ablösungspreises noch so vorzüglich seien, zum Beispiel des viereinhalbprozentigen Typs trotz der Pariverlosung auf 107 bis 108. Es wäre eine unermeßlich schädliche Erscheinung vom Standpunkte der Zukunft, wenn diese Türes durch die Bodenreform von ihrer gesetzlichen, internationalen Sicherheitsbasis hinabgestoßen würden. Daß der Staat dem Hypothekargläubiger für den eventuellen Verlust nach dem neuesten Plan entschädigen wolle, ändert nichts daran, daß das Vertrauen in diesen Hypothekarinstituten gegenüber ins Schwanken geraten müßte. Unter den zu gewärtigenden gedrückten wirtschaftlichen Verhältnissen wäre aber die Pfandbriefemission wohl das einzige Mittel gewesen, um ausländisches Kapital zuzuführen. Der Redner ist daher unbedingt dafür, daß der Ablösungspreis dem gegenwärtigen Verkehrsniveau nahe kommen muß.

Dr. Ernst Malai sprach über die Finanzierung des landwirtschaftlichen fundus instructus und betonte die Notwendigkeit der Einführung des Systems der „mobilen Hypothek“ und im Zusammenhang damit die Schaffung eines neuen Finanzinstruments, nämlich der drei- bis zehnjährigen „landwirtschaftlichen Obligationen“. Die finanziellen Ressourcen des durch Verschmelzung der altrussischen Finanzinstitute ins Leben zu rufenden neuen Selbstinstituts hält Redner zur Finanzierung des fundus instructus für unzureichend, denn es handelt sich um die Aufbringung eines Betrages von ungefähr einer Milliarde Kronen. Dr. Malai proponierte daher, sämtliche größere Finanzinstitute, die mit dem Geld- und Kapitalmarkt in Fühlung sind, in diese Transaktion einzubeziehen. In Bezug auf die Wahrung der Interessen der Pfandbriefinstitute vertrat er die Auffassung, daß die bereits ausstehenden Hypothekendarlehen nicht zurückgezahlt, sondern nach Maßgabe der Parzellierungen, auf den neuen Grundbesitzungen aufgeteilt, weiterbelassen werden sollen.

Hierauf ergriff Finanzminister Dr. Paul Szende das Wort und wies darauf hin, daß der der Bodenreform zugrunde liegende Enteignungspreis und der zur Basis der Vermögensabgabe dienende Schätzwert der Besitzungen nur nach einheitlichen Prinzipien festgestellt werden können. Die Bestimmung eines hohen Expropriationswertes hätte selbst für die Grundbesitzer keinen dauernden Vorteil, denn die Eigentümer der ihnen angefallen verbleibenden Mittelgrundbesitze im Höchstausmaße von 500 Joch wären gehalten, die Vermögensabgabe unter Zugrundelegung des hohen Expropriationswertes zu entrichten. Die Folge davon wäre, daß die Mittelgrundbesitzer gezwungen wären, selbst die ihnen verbleibenden Besitzungen zu veräußern, um die hohe Vermögensabgabe entrichten zu können, was zu einer weiteren unerwünschten Zerstückelung des Bodenbesitzes führen würde.

Zum Schluß dankte Ackerbauminister Barnabas Buzs für die ihm zuteil gewordenen wertvollen Anregungen und gab der Auffassung Ausdruck, daß die Bestimmungen des Gegenentwurfes die Fundierung der ungarischen Pfandbriefe nicht tangieren werden. Hiefür spreche auch der trotz der geplanten Bodenreform stets steigende Kurs unserer Pfandbriefe. Für einen hohen Enteignungspreis könne er schon aus valutatischen Gründen nicht eintreten, zumal da im Verhältnis der zu erwartenden Besserung unserer Valuta die Bodenpreise in einigen Jahren eine sinkende Tendenz befunden werden. Es wäre somit unbillig, den kleinen Landwirten den heutigen abnormal hohen Bodenpreis aufzuzwingen und sie zu verpflichten, die Lasten des hohen Preises während der ganzen fünfzigjährigen Amortisationsdauer zu tragen. Nach Ansicht des Ackerbauministers dürfte übrigens auch die Vermögensabgabe zur Mäßigung des Preisniveaus beitragen. Viele Grundbesitzer werden nämlich die Vermögensabgabe in Ermangelung entsprechender Barmittel in natura abstellen; der Staat wird die ihm auf diese Weise anheimgefallenen Realitäten selbstverständlich veräußern, was zur Verbilligung des Bodenpreises führen muß.

Damit wurde die Enquete geschlossen.

Die Bodenreform ist ein Problem, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in Ungarn seit Jahren in Anspruch genommen hat. Die Diskussion über die Höhe des Enteignungspreises und die Fundierung der Pfandbriefe ist ein zentraler Punkt dieser Debatte. Die Meinungen der Teilnehmer sind vielfach gespalten, was die Schwierigkeit der Aufgabe verdeutlicht. Die finanzielle Situation des Landes ist ein weiterer Faktor, der bei der Lösung dieser Probleme berücksichtigt werden muss. Die Bodenreform ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Aufgabe, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen muss.

22. / I. 1919

## Gegen die Kapitalsabwanderung in das Ausland.

Im „Reichsanzeiger“ werden zwei neue, vom 15. Januar datierte Verordnungen der Reichsregierung veröffentlicht, die der Steuerflucht durch Kapitalabwanderung in das Ausland entgegenwirken wollen.

Die erste Verordnung ergänzt die Bestimmungen der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland vom 21. November 1918 dahin, daß jeder, der in der Zeit vom 1. Juli bis 22. November 1918, d. h. bis zum Inkrafttreten der Anzeigepflicht, Wertpapiere ohne Vermittlung von Banken nach dem Ausland versandt oder überbracht hat oder durch einen dritten hat versenden oder überbringen lassen, dem für ihn zuständigen Besitzsteueramt nach einem bestimmten Muster binnen einem Monat Anzeige zu erstatten hat. Ferner ist in der gleichen Frist eine Erklärung abzugeben über alle in der Zeit vom 1. Juli bis 22. November 1918 an Banken erteilte Aufträge, wonach erstens Wertpapiere nach dem Auslande versandt oder überbracht, ferner einen Ausländer in Verwahrung oder ihm aufs Girokonto gutgeschrieben werden sollten, zweitens Geldbeträge in in- oder ausländischer Währung einem Ausländer gutgeschrieben werden sollten. Diese Erklärung ist in doppelter Ausfertigung der Bank einzureichen, und die Bank hat binnen einer Woche eine Ausfertigung an das für ihre Niederlassung zuständige Besitzsteueramt einzureichen. Die Banken sind ferner verpflichtet, ihre Bücher und Geschäftspapiere darauf nachzuprüfen, ob in der Zeit vom 1. Juli bis 22. November Aufträge der bezeichneten Art von ihnen entgegengenommen und ausgeführt worden sind. Soweit der Auftraggeber seinerseits der Verpflichtung zur Abgabe der Erklärung nicht nachkommt, haben die Banken über die Ausführung des Auftrages dem Besitzsteueramt bis längstens 30. April 1919 Anzeige zu machen. Das gleiche gilt, wenn sich bei der Prüfung herausstellt, daß die der Bank eingereichten Erklärungen unrichtige oder unvollständige Angaben enthalten. Bei Zuwiderhandlung sind Geldstrafen bis zu 50 000 Mark angedroht, daneben kann auf Gefängnis bis zu einem Jahre erkannt werden und die Vermögenswerte auf die sich die strafbare Handlung bezieht, können im Urteil für das Reich verfallen erklärt werden. Für vorsätzliche Verletzung der Verpflichtungen durch die Banken ist Geldstrafe bis zu 10 000 Mark angedroht.

Ferner wird in der Verordnung das in der Novemberverordnung ausgesprochene Verbot, unter falschem oder erdichtem Namen für sich oder einen dritten ein Konto errichten zu lassen, Wertpapiere zu hinterlegen oder ein Schließfach zu mieten, ausgedehnt auf solche Fälle, in welchem die Errichtung des Kontos vor dem 23. November 1918 erfolgt ist. Die Banken sind hinsichtlich der vor dem 23. November 1918 bei ihnen errichteten Konten verpflichtet, falls Anlaß zu Zweifeln besteht, sich über die Person des Kontoinhabers nachträglich bis längstens 30. April 1919 zu vergewissern und nötigenfalls das Konto sofort aufzulösen.

Die zweite Verordnung verpflichtet ausländische zum Geschäftsbetrieb im Inland zugelassene Versicherungsunternehmen, den Abschluß von Lebensversicherungsverträgen sowie von Verträgen über Kapitalparversicherungen oder Unfallversicherungen mit Prämienrückgewähr, mit Versicherungsnehmern, die im Inland ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, dem Besitzsteueramt anzuzeigen, sofern die Auszahlung des Gegenwerts der Versicherung im Auslande bedungen wird. Zur Anzeige verpflichtet ist der inländische Bevollmächtigte der Versicherungsunternehmung oder ein anderer Vermittler des Abschlusses. Werden Versicherungen der bezeichneten Art ohne Mitwirkung eines inländischen Vertreters oder Vermittlers unmittelbar im Auslande abgeschlossen, so ist der Versicherungsnehmer verpflichtet, binnen zwei Wochen dem für ihn zuständigen Besitzsteueramt Anzeige zu erstatten. Die Vorschriften finden entsprechende Anwendung auf Versicherungen bei inländischen Versicherungsunternehmungen, wenn die Zahlung des Gegenwerts der Versicherung im Auslande oder die Übertragung auf den Bestand einer ausländischen Niederlassung bedungen wird. Vereinbarungen, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung, jedoch nach dem 1. Juli 1918 getroffen worden sind, sind nachträglich anzuzeigen. In den Strafbestimmungen sind Geldstrafen bis zu 100 000 Mark und Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre vorgesehen.

Die vorliegenden Verordnungen, sowie in gewisser Hinsicht auch eine dritte, die eine Neuordnung der Deklarationspflicht der Warenausfuhr vornimmt (vgl. Handelsteil Nr. 99), sind geeignet, die Steuerflucht in das Ausland weiter erheblich zu erschweren. Wenn die rückwirkende Kraft der Kapitalabwanderungsvorschriften bis zum 1. Juli 1918 ausgedehnt worden ist, so dürfte dafür die Annahme maßgebend gewesen sein, daß gerade von der Zeit ab, von der das Waffenglück nicht mehr auf den deutschen Seite lag, die Neigung zur Kapitalflucht besonders groß geworden ist. In der Erklärungsforderung noch weiter zurückzugehen, erschien wohl als eine zu starke technische Belastung der beteiligten Unternehmungen. Die Verordnungen zeigen ein Fortschreiten der Bestrebungen, zugunsten der Sicherung von Steuern die Geheimhaltung von Kapitalgeschäften zu unterbinden. Angesichts der großen Ausdehnung aller Geschäftstypen muß die Notwendigkeit dieser Lockerung von Geschäftsgeheimnissen zur gerechten Erfassung der Steuerpflicht anerkannt werden, und man wird damit rechnen müssen, daß uns die Zukunft in dieser Richtung noch weitere Ausdehnungen bringt.

F. N.

## Wirtschaft und Kultur im neuen Preußen.

Die Neugestaltung Preußens stand am Donnerstag Abend in einer Versammlung, die der Demokratische Verein in den Saalbau einberufen hatte, zur Erörterung. Saal und Galerien waren dicht besetzt. „Die Wirtschaftsbeziehungen im neuen Preußen“ unterzog Prof. Dr. Trumpler einer Betrachtung, während Prof. Martin Rade (Marburg), der frühere A-farrer an der Frankfurter Paulskirche, das Thema „Kultur und Freiheit für Preußen“ behandelte.

## Prof. Trumpler

Führte aus, daß unsere wirtschaftliche Lage zur Zeit in erster Linie von der Kohlenfrage abhängt. Wegen Kohlenmangels gehen viele Aufträge ins Ausland und dabei steigt die Arbeitslosigkeit, die zur Zeit eine „lukrative Beschäftigung“ ist. Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung muß die Revolution ihre Ende erreichen und es müssen wieder geordnete Zustände Platz greifen. Zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens haben wir die gewerblichen Hilfsklassen, aber ihre Zentrale ist in Berlin beim Demobilisationsamt, weshalb sie von der Provinz aus wenig in Anspruch genommen wird. Hier müssen die Gemeinden vermittelnd eingreifen. Ein Teil der hohen Löhne sollte aus öffentlichen Mitteln bestritten werden, bis an ihren Abbau herangetreten werden kann. Der Redner übte dann Kritik an der Art der Vergabung der Staatsaufträge, bei denen Frankfurt auch neuerdings wieder leer ausgegangen ist. Der Sozialisierung steht Prof. Trumpler an sich nicht ablehnend gegenüber, aber augenblicklich gilt es: Produzieren und nicht Sozialisieren! Auch ist zu beachten, daß unsere Feinde das ganze deutsche Staatseigentum zur Deckung ihrer Forderungen beschlagnahmt haben, so daß wir im Augenblick durch die Ueberführung von Privatbetrieben in Staatseigentum nur dem Entente-Kapitalismus in die Hände arbeiten würden. Die Sozialisierung wird von selbst durch das Erbrecht des Staats kommen. Demokratisierung der Betriebe unter Gewinnbeteiligung der Angestellten und Arbeiter muß die Lösung sein. Aus dem politischen Leben Deutschlands muß der Partikularismus und Protektionismus innerhalb der deutschen Grenzen verschwinden, durch den die Nahrungsmittel Englands von deutscher Seite aus unterlöhnt wurde. Dieser Partikularismus ist auch bei der Vergabung von Staatsaufträgen auszuschalten. Auch in der Steuerpolitik war die bundesstaatliche Verfassung ein Hindernis. Wenn Preußen bereit ist, im deutschen Einheitsstaat aufzugeben, müssen wir das Gleiche von den anderen Bundesstaaten verlangen. Aber ich bin gegen jede Zertümmerng Preußens, so lange der Partikularismus der anderen Bundesstaaten fortdauert. Ein Lichtblick in unseren gegenwärtigen Verhältnissen ist der Abschluß einer Organisation in Berlin, der sämtliche Arbeiter- und Arbeitnehmer-Organisationen angeschlossen sind. Der Redner schloß mit den Worten Benjamin Franklins an seine amerikanischen Landsleute: „Wer Euch sagt, daß wir durch andere Mittel als Fleiß und Arbeitsamkeit reich werden können, der ist ein Giftmischer!“

## Prof. Martin Rade.

begrüßt das hier aufgeworfene Thema als besonders wichtig und zeitgemäß. Ihm ist Kultur der Zustand, in dem die geistigen und materiellen Güter, deren ein Volk zu seinem inneren und äußeren Gedeihen bedarf, ihre erfolgreiche Pflege finden, Freiheit der Zustand, in dem der Einzelne seinen Anspruch auf Mitverantwortung und Mitwirkung zu diesem Ziele erfüllt sieht. Was das alte Preußen durch patriarchalische Fürsorge in Zeiten der absoluten Monarchie und des konstitutionellen Staates geleistet hat, besonders als Kulturträger gen Osten, soll ihm unvergessen bleiben. Aber Heer und Beamtentum waren nicht nur seine Stärke, sondern zu sehr Selbstzweck, das Vermächtnis der Stein-Hardenbergschen Reform kam darüber zu kurz. So verlor es schließlich den Kulturkampf auch gegenüber der Arbeiterpartei. Die evangelische Kirche konnte unter diesem System die Erziehung zu Selbstständigkeit nicht so leisten, wie sie hätte müssen. Nun gilt es von unten her die Kräfte neu zu entwickeln, ganz anders dem Volk zur Mündigkeit, zur Reife zu helfen. Eine Fülle einzelner Kulturaufgaben lassen sich nur lösen durch Vereinigung von freistem persönlichem Einsatz und staatlichen Zwang. Allein auf diesem Wege kann deutsches Wesen auch im Auslande wieder moralische Eroberungen machen. Was an Ansätzen dank dem preussischen Kultusministerium in Verbindung mit dem auswärtigen Amt des Reiches dazu vorhanden ist, muß ein Wert größten Stiles werden. Sollte aber Preußen selbst den Vorzug an Kraft und Bedeutung, den es bisher besaß, durch eine Neubildung der deutschen Gliedstaaten verlieren, so würde das nur dann kein Verlust sein, wenn das Reich selber die Kulturaufgaben fest mit in seine Hand nimmt. Ein Kultusministerium von umfassendsten Befugnissen müßte es sich anbahnen. Denn die Einzelarbeit die kleine Volksstaaten leisten können, in allen Ehren: eine großartige, in Freiheit wurzelnde Kulturpolitik wird allein ein großer Staat vollbringen.

In der Aussprache gab Geh. Kirchenrat Schlosser der Meinung Ausdruck, daß die Revolution der Gedanken, des Gemüts, des Willens noch viel tiefer gehen muß, besonders gegenüber dem bösen Eigennutz, der durch Gemeinschaftsinn, Vaterlands- und Bruderliebe ersetzt werden muß. Wir wollen keinen neuen Partikularismus der Dynastien. Wir wollen ein einiges deutsches Vaterland. Wenn Bayern nicht einmal auf die Pfalz verzichten will, wenn nicht alle Bundesstaaten ohne Vorbehalt im neuen einigen Deutschland aufgehen sollen, dann ist nicht einzusehen, warum Preußen aufgeteilt werden soll.

In seinem Schlusswort stellte der Vorsitzende, Justizrat Dr. Gehrke, mit, daß die Mißstände, die sich bei der Reichswahl gezeigt haben, für die Wahl am nächsten Sonntag beseitigt worden sind. Der Magistrat habe alles getan, daß sich am 26. Januar die Wahl glatt und schnell abwickeln kann.

### Steiermark und die Verwertung der Wasserkräfte.

Graz, 24. Jänner. In der Landesversammlung wurde heute in Erledigung der Tagesordnung die Wasserrechtsnovelle beraten. Durch die Novelle soll das Wasserrechtsgesetz vom Jahre 1872 in der Weise abgeändert werden, daß jene Unternehmungen, bei denen das Land beteiligt ist, das Vorrecht zur Ausnützung der Wasserkräfte des Landes für die Gewinnung elektrischer Kraft gebührt. In dem bezüglichen Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses wird erklärt, daß die steiermärkische Landesversammlung mit der Annahme dieses Gesetzes keinen separatistischen, die Gesamtinteressen der deutschösterreichischen Republik gefährdenden Beschluß faßt, sondern auf dem Standpunkte steht, daß die steiermärkischen Wasserkräfte im Ausmaße bis zu 20 Prozent für den Betrieb der Eisenbahnen gesichert werden, während 80 Prozent dem Lande Steiermark zugute kommen sollen und weitere Ueberschüsse auch außerhalb der Landesgrenzen abgegeben werden sollen.

Landesrat Dr. Eisler nimmt namens der Sozialdemokraten in eingehenden Ausführungen dagegen Stellung, daß das Land im Verein mit privattapitalistischen Unternehmungen die Wasserkräfte des Landes ausnützen wolle. Hierzu seien nur die öffentlichen Körperschaften, vor allem das Land im Vereine mit den Gemeinden und dem Staate, berufen. Redner wendet sich dagegen, daß diese Frage seitens der Beteiligten, privaten Interessenten und von einzelnen Parteien dazu benützt werde, gegen Wien und die heutige Staatsregierung Stellung zu nehmen und sie zu einer Streitfrage zwischen Staat und Land zu machen. Der Staat habe deutlich zum Ausdruck gebracht, was er von den steirischen Wasserkräften für Zwecke der Eisenbahnen benötigt. Die Eisenbahnen seien leider fast das einzige Band, das noch die Länder miteinander verknüpfe, und alle Länder haben das gleiche Interesse daran, daß der elektrische Strom für die Eisenbahnen gesichert werde, was bei einem Ausbau der Wasserkräfte durch das Land in Gemeinschaft mit privaten Unternehmungen nicht verflücht sei. Es sei notwendig, die privattapitalistischen Konkurrenzmanöver und Treibereien, wie sie sich in dieser Frage im Lande gezeigt haben, mit einem Ruck beiseite zu schieben und die Interessen der Gesamtheit, des

Staates und des Landes voranzustellen. Redner kündigt für die Spezialdebatte in diesem Sinne gehaltene Abänderungsanträge seiner Partei an.

Abg. Malik bedauert, daß Versäumnisse in der Frage des Ausbaues der Wasserkräfte begangen wurden und erklärt, sich den Ausführungen des Landesrates Dr. Eisler anzuschließen.

25./I. 1919

## Ein Reichs-Energiegesetz.

Vom Reichswirtschaftsamt wird jetzt die Verwirklichung seines Programms, das auf Intensivierung der deutschen Arbeit und auf Durchbringung der deutschen Wirtschaft mit gemeinwirtschaftlichen Kontrollen gerichtet ist, auf einem besonders wichtigen Gebiete in Angriff genommen. Es sind vom Reichswirtschaftsamt Gesetzesentwürfe fertiggestellt worden, die jetzt den anderen Reichs- und Staatsbehörden zur Mitberatung zugehen und deren Ziel es ist, die Bewirtschaftung aller Kraftquellen im Deutschen Reich in neuen Formen und mit neuem Geiste zu regeln. Es ist zunächst in der Form eines Rahmengesetzes ein Reichengesetz über die Energiewirtschaft vorgezogen, das dem Reiche Einfluß auf die Organisation und Verwendung aller natürlichen Energie-Quellen, d. h. aller Brennstoffe (Kohle, Torf, Erdöl), aller Wasserkräfte und aller Luftkräfte und der aus ihnen hervorgehenden Energieformen sichert.

Es soll damit die Grundlage geschaffen werden für eine geordnete Verteilung und vorteilhafte Verwertung unserer Kraftquellen, für die Beschränkung allen unwirtschaftlichen Wettbewerbes und Zwischenhandels. Es soll ein Zusammenarbeiten der Kräfte statt eines Neben- und Gegeneinander-Wettrennens erstrebt werden. Dabei soll der Grundsatz verwirklicht werden, daß in Zukunft unerfällliche Gemeingüter nicht mehr bedingungslos privater Willkür ausgesetzt sein dürfen, sondern der Gemeinwirtschaft der ganzen Nation einzugestehen sind. Auf dem Gebiete der Kraftquellen erscheint diese Regelung umso notwendiger, als die Vorräte des Deutschen Reiches begrenzt sind und sich bald aufgebraucht würden, wenn nicht mit regelnder Hand für Sparsamkeit und intensivere Ausnutzung zugunsten der Allgemeinheit gesorgt wird. Als Unterstelle dieses allgemeinen Gesetzes über die Energiewirtschaft sind vorläufig Gesetzesentwürfe über die Bewirtschaftung von Kohle und Elektrizität angegearbeitet.

Die Bewirtschaftung der Kohle soll organisch anknüpfen an die bestehenden Verhältnisse in der deutschen Kohlenindustrie und im Handel. Der Gesetzesentwurf geht davon aus, daß die zusammenfassende Organisation schon heute im Vertrieb der Kohle besteht, während Produktion und Verbrauch noch vollkommen in den Händen der Einzelunternehmer liegen. Deshalb wird der gemeinwirtschaftliche Einfluß auch bei dem Vertrieb der Kohle einzusetzen haben, d. h. praktisch, es wird eine Art Kohlenhandelsmonopol, oder wenn man es lieber so nennen will, eine Ausgestaltung und Verstaatlichung der Kohlenindikate erstrebt. Als Richtlinie für die Einwirkung des Staates wird dabei das Streben nach höchster Wirtschaftlichkeit, das Streben nach sozialer Verbesserung der Arbeiter und das Streben nach Erschließung der für das Reich notwendigen Einnahmen, zu gelten haben. Die Formen der staatlichen Einwirkung sollen immer so gehalten sein, daß jede Bürokratisierung vermieden wird und die notwendige Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung durch wirtschaftlichen Anreiz gesichert bleibt.

Die staatliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft soll es sich zur Aufgabe stellen, die gesunden Kräfte in der bisherigen Entwicklung der Elektrizitätsversorgung mit allen Mitteln zu fördern und die ungesunden Erscheinungen planmäßig zu bekämpfen. Dazu wird die Einführung des Genehmigungszwanges für Starkstromanlagen erforderlich sein. Das Reich wird in organisch abgegrenzte Versorgungsgebiete eingeteilt werden. In den einzelnen Bezirken werden die Starkstromunternehmer unter dem regelnden Einfluß des Reiches oder der Bundesstaaten zusammengefaßt. Es sollen Selbstverwaltungskörper entstehen, bei denen eine einheitliche und zweckmäßige Elektrizitätsversorgung auch die bei der Verteilung und dem Verbrauch der Elektrizität beteiligten Kreise mitwirken. Das heißt auch für die Elektrizitätswirtschaft soll kein bürokratisches enges System geschaffen werden, sondern nur das gesetzliche Fundament für die Durchbringung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung mit gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Es wird angekündigt, daß Einzelheiten aus den Gesetzesentwürfen der Öffentlichkeit übergeben werden sollen, wenn sie die zuständigen Ämter durchberaten haben. Die endgültige Erledigung wird den ordentlichen Volksvertretungen des Reiches und der Bundesstaaten vorbehalten bleiben.

Der Weg der „Sozialisierung“, den das Reichswirtschaftsamt einschlagen will, dürfte grundsätzlich in allen Wirtschaftskreisen ge-

billigt werden. Es handelt sich hier nicht um leichtfertiges Experimentieren, sondern um den Plan eines organischen Aufbaues zur Erhöhung der Produktivität, zur Förderung der Sozialpolitik und zur Erschließung von Finanzquellen. Im einzelnen wird man zu den Plänen des Reichswirtschaftsamtes natürlich erst Stellung nehmen können, wenn die endgültigen Gesetzesentwürfe vorliegen. Bis die neuen Organisationen in Kraft treten können, werden, selbst im günstigsten Falle, noch viele Monate vergehen. Hoffentlich reichen die „Energiequellen“ der Regierung für die Zwischenzeit aus, um den Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft zu verhüten. Denn sonst müßten uns nachher auch die klügsten Gesetze nichts mehr.

## Ein Reichs-Energie-Gesetz.

N. Berlin, 25. Jan. (Priv.-Tel.) Für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens ist die radikale Ausnützung aller Energiequellen von der größten Bedeutung. Schon vor dem Kriege waren einsichtige Volkswirte an der Arbeit, um den Weg für eine bessere Verwendung der Kohlen, diesem kostbarsten Gut, das uns die Natur geschenkt hat, vorzubereiten, und während des Krieges haben die Untersuchungen und auch die praktischen Arbeiten erfreuliche Fortschritte gemacht. Die höchste Wirtschaftlichkeit muß bei der Ausnützung der Kohle und der Elektrizitätskraft angestrebt werden, und anstelle der einseitigen Interessen von Privatmonopolen muß der bestimmende Einfluß der Gesamtheit, also des Staates, gesetzt werden. Aus der richtigen Erkenntnis unserer wirtschaftlichen Notlage heraus ist das Reichswirtschaftsamt zur Ausarbeitung einer Reihe von Gesetzentwürfen über die

### reichsgesetzliche Regelung der gesamten Energieversorgung

des Reiches geschritten, um dem jetzt zum Schlagwort gewordenen Begriff der Sozialisierung Form und Inhalt zu geben. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Dr. August Müller, unter dessen verantwortlicher Leitung die Arbeiten begonnen haben und weitergeführt werden, gab für die von ihm beabsichtigte Energiewirtschaft vor einem größeren Kreise Auskunft. Er nahm dabei zunächst zu der prinzipiellen Frage der Sozialisierung Stellung und erklärte, daß die vom Räte der Volksbeauftragten eingefetzte Sozialisierungskommission nicht glücklich gewirkt habe. An diese Institution hätten sich zu weitgehende Erwartungen geknüpft, und es sei durch sie geradezu eine Sozialisierungswut erzeugt worden, eine Basis für sonst nicht gerechtfertigte Lohnforderungen. Bei der Prüfung des Sozialisierungsprogrammes dürfe nur gefragt werden, ob in unserem Wirtschaftsleben andere und neue Formen den Wirtschaftseffekt so ermöglichen könnten, daß die Allgemeinheit davon einen größeren Nutzen als bisher habe. Bedinglich auf das Ergebnis komme es bei der Sozialisierung an, lediglich auf die Lösung der Frage, ob durch eine andere Verteilung der Gesellschaftsvertrag erhöht werden könnte, wie auch der Sozialismus allein eine Frage der gerechten Verteilung sei. Der heute laut werdende Ruf: „Die Bergwerke den Bergarbeitern!“ habe weder mit Sozialismus, noch mit Sozialisierung etwas zu tun. Hier läme es höchstens zu der Erziehung eines Exploiteurs durch andere, zu der Erziehung des Individualkapitalismus durch Massenkapitalismus und zwar technisch rüständiger und kaufmännisch ungewandelter Besitzer. Das sichere Ergebnis einer solchen Art von Sozialismus wäre nur eine wesentliche Erhöhung der Kohlenpreise, was das aber bedeute, sei klar, wenn man sich vergegenwärtige, daß die 50prozentige Kohlenpreiserhöhung, die uns die Revolution schon jetzt gebracht habe, unsere Exportfähigkeit einfach ausschleße. Das Reichswirtschaftsamt lehne die im Kohlenrevier zur Anwendung gekommenen willkürlichen Sozialisierungsmaßnahmen ab. Aber gewisse Schritte auf dem Wege zur Sozialisierung seien notwendig; technische, soziale, finanzpolitische Gründe sprächen dafür, daß das Reich sich mit dem Wirtschaftsleben mehr befaße als vorher in Konsequenz der Erkenntnis, daß Wirtschaften nicht mehr nur Sache des einzelnen sei, sondern der Gesamtheit, die allerdings auf Formen sinnen müsse, die alle die Einzelinteressen miteinander verbinde.

Diese allgemeinen Gesichtspunkte sind bei den Arbeiten des Reichswirtschaftsamtes maßgebend gewesen, um eine möglichst rationelle Ausnützung der vorhandenen Energiequellen zu sichern und einen Ausgleich herbeizuführen zwischen den an Kohlen und Wasserkräften vorhandenen Energiequellen in den verschiedenen Gebieten des Deutschen Reiches. Alle gesetzgeberischen Maßnahmen sollen zunächst durch die hauptsächlich davon beteiligten Bundesstaaten Preußen, Sachsen und Bayern geprüft werden und können Gesetzeskraft erst erlangen, wenn sie durch das Reichsparlament beschlossen sein werden. Zunächst plant das Reichswirtschaftsamt ein allgemeines Rahmengesetz über unsere Energiewirtschaft, das aufrecht ist auf dem Prinzip der Selbstverwaltung und der staatlichen Kontrolle, und gleichzeitig als Ausführungsgesetz sind ein Reichskohlegesetz und ein Reichselektrizitätsgesetz geplant. Der Staat soll als der Schwelger der Allgemeinheit mit dem nötigen Einfluß ausgestattet sein, ohne daß die während des Krieges geschaffene Wirtschaft verewigt oder gar noch verschärft werden soll. Das allgemeine Rahmengesetz bestimmt in seinem ersten Paragraphen, daß das Reich befugt ist, eingehend den Reichsgebieten die

### Ausnützung von Brennstoffen, Wasserkräften und anderen Energiequellen

und der aus ihnen entstehenden Energien nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln. Zu diesem Zweck kann das Reich Stellen einrichten und die an der Erzeugung, der Verteilung und dem Verbrauch der Energie beteiligten Kreise sollen dabei zur Mitwirkung herangezogen werden. Diese zusammengeschlossenen Gruppen sollen die Träger der Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Energiewirtschaft sein. An der Leitung dieser Stellen sollen das Reich und die Bundesstaaten beteiligt werden, und die Selbstverwaltungskörper sollen sich zusammensetzen aus den Unternehmern, den Verbrauchern und den beteiligten Facharbeitern. Soweit es sich um die Regelung der Arbeitsverhältnisse handelt, sollen Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig vertreten sein. Die Aufsicht wird ausgeübt durch das Reichswirtschaftsamt, das sich seinerseits einen sachverständigen Beratungskörper schaffen soll.

Die beiden Spezialgesetze betreffen die Reichsbewirtschaftung der Kohle und der Elektrizität, und dazu wird später noch ein Gesetz über die Ausnützung der Wasserkräfte treten. Bei der Kohle sollen die drei Gebiete Produktion, Absatz und Verbrauch gesondert geregelt werden. Ueber diese Frage führte der Fachreferent des Reichswirtschaftsamtes folgendes aus:

In der Produktionsstufe haben wir zwar heute schon das Stadium weitgehenden Zusammenschlusses durch Fusionen und ein nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiertes Arbeiten, aber keine Bindung des Unternehmers an Normen im Interesse der Gesamtheit. Auch im Stadium des Verbrauches herrscht noch vollkommene Freiheit. Hier wird heute recht unwirtschaftlich gearbeitet. Allerdings haben Praxis und Wissenschaft diese Fehler schon lange erkannt, und die Hauptaufgabe des Staates wird es sein, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungen zusammenzufassen und auf ihre Ausbarmachung zu dringen. Bei der Produktion selbst ist das Eingreifen am schwierigsten, da das Unternehmertum nicht ohne Schaden für die Gesamtheit eliminiert werden kann und hier höchstens im Rahmen des alten Systems Verbesserungsversuche angestellt werden müssen. Anders liegen die Dinge im Stadium des Absatzes. Hier ist eine starke Organisation vorhanden, auf die im Frieden bereits durch die Preispolitik des Flusses und im Kriege, durch die Vollmachten des preußischen Handelsministers (Preisgestaltung) und durch den Reichskohlenkommissar (Mengerverteilung) eingewirkt worden ist. Hier bieten sich Möglichkeiten für weitergehende Eingriffe. Hier wird auch, so wenig die einzelne Arbeiterschaft in eine Bergwerks- oder eine Absatzorganisation eingreifen darf, ihr Einfluß als Gesamtheit verstärkt werden. Dieser Einfluß, der allerdings Halt machen wird vor den wirtschaftlich technischen Betriebsfragen, darf sich sowohl auf das Arbeitsverhältnis als auch darüber hinaus auf die Gesamtkohlenwirtschaft erstrecken. Und er wird auch dort, wo er sich im Interesse des Staatsganzen äußern kann, im Parlament und in den Gewerkschaften, eine Erweiterung erfahren. Das, will man entscheidend in die Organisation des Absatzes eingreifen, man sich einerseits auf die bestehenden Institutionen stützen und sie ausbauen wird, andererseits dem Staate sehr weitgehende Rechte zusichern wird, ist offensichtlich.

Zu der Frage der Elektrizitätsversorgung, die in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege einen ungeheuren Aufschwung und eine gewaltige Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben erreicht hat, erklärte ein anderer Vertreter des Reichswirtschaftsamtes, daß der Staat leider den Augenblick, rechtzeitig seinen Einfluß auszuschalten, veräumt habe.

Die Nachteile zeigen sich in der Zersplitterung der Betriebe, dem Aufkommen von Privatmonopolen, in kommunaler Einseitigkeit — der Ehrgeiz jeder kleinen Gemeinde strebt nach einem eigenen Elektrizitätswerk — und in einem Ueberwiegen der privaten wirtschaftlichen Gesichtspunkte. Die mehr als 4000 Elektrizitätswerke Deutschlands bedeuten im wahren Sinne des Wortes eine Kraftverschwendung. Hier ist nun das Programm gesunde Unternehmungen zu fördern, schwache auszuschalten

und vor allem das Reich an Stelle der bisherigen politischen Zersplitterung, die auch die Stromversorgung vor den einzelnen Landesgrenzen halt machen ließ, in nach technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten zugeschnittene Versorgungsgebiete einzuteilen und innerhalb dieser Gebiete zur Vermeidung der ungesunden Konkurrenz die Unternehmer zusammenzuschließen. Damit wird erst die höchste wirtschaftliche Ausnutzung des Stromes in entsprechend weiten Gebieten und unter Verwertung aller Ausleihsmöglichkeiten, sowie eine großzügige, wirtschaftlich und technisch zu den schönsten Hoffnungen berechtigende Elektrizitätspolitik ermöglicht. Norddeutsche Kohle und süddeutsche Wasserkräfte werden zusammen zum Nutzen des Reiches zur höchsten Ausnutzung gebracht werden. Die Elektrizitätsinteressenten werden vom Staate gruppenweise zusammengefaßt werden. Innerhalb dieser Verbände soll eine Wirkungsmöglichkeit für die freie Initiative und die starke Persönlichkeit im Rahmen des Staatswohls gelassen werden.

## Wirtschaft und Verkehr.

## Ein Mahnruf des Staatssekretärs Dr. Köth.

N. Berlin, 25. Jan. (Priv. Tel.) Die „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung“ ist in den Besitz des sozialdemokratischen Schriftstellers Dr. Anton Postolier übergegangen. Die von diesem herausgegebene erste Nummer behandelt die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Übergangswirtschaft und enthält u. a. einen Beitrag von dem Staatssekretär Dr. Köth, der in einem Aufsatz: „Kommen wir durch?“ u. a. schreibt: „Zwischen der entsetzlichen Not, in die uns der Krieg und vor allem die Niederlage gebracht hat, und den durch die Revolution geweckten, an sich verständlichen Wünschen der Arbeiter nach breiterer Lebensführung, größerer wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit, Lockerung der Arbeitsdisziplin läßt ein tragischer Widerspruch. Soll jene Not überwunden werden, soll sie nicht zum Untergang führen, so müssen wir den Weg zu opfervoller Selbstbescheidung, zu harter, eiserner Disziplin zurückfinden. Können wir das nicht, so werden wir aus dem kurzen Revolutionstraum in schlimmerer Sklaverei erwachen, werden wir Entbehrungen und Demütigungen zu ertragen haben, von denen sich die meisten heute kaum eine Vorstellung zu machen vermögen.“

Es ist merkwürdig, wie wenig die breite Masse der Bevölkerung sich imstande oder willens zeigt, den Ernst der Lage zu begreifen und ihm Rechnung zu tragen. In zahllosen Artikeln und Kolagen der Zeitungen, in Broschüren, Flugblättern, Plakaten, in Kundgebungen führender Stellen und in den Versammlungen der Arbeiterorganisationen wird dauernd auf die Katastrophengefahr hingewiesen. — Aber man stellt sich taub und taumelt gedankenlos dem Verderben zu. In Berlin blüht das Geschäft der Theaer und der Tingeltangels, wie nur je. Fast täglich tun sich neue Tanzlokale auf, man amüsiert sich im Angesicht des Zusammenbruchs jede Nacht bis zum hellen Morgen. Sind wir ein Volk von Schlafwandlern geworden oder ein Haufen gewissen- und besinnungsloser Vanzrotteure, die ihr letztes verspielen und verjubeln?

Die Opfer, die die Zeit fordert, sollen nun bei Leibe nicht etwa nur den Arbeitern auferlegt werden. Deutschland wird in den nächsten Jahrzehnten für niemand ein Schlaraffenland sein; die Generation Deutscher, die heute lebt, hat in allen Schichten nicht behaglichen Genuß vor sich, sondern harte, entbehrungsvolle Arbeit, mühseliges, langsames Emporklimmen nach tiefem Sturz. Wir werden arbeiten müssen, um wiederherzustellen, was der Krieg an den Grundlagen unserer Wirtschaft zerstört hat, und um diese wiederhergestellte Wirtschaft denn auszuweiten und forszuentwickeln. Wir werden weiter arbeiten müssen, um die Ansprüche unserer Feinde zu erfüllen. Da wird für behagliches Sichruhen nur ein knapper Rest unseres Arbeitsertrages übrig bleiben und für Luxus sicherlich gar keiner. Das wird und muß für alle Schichten, alle Klassen der Bevölkerung gelten. Die Neuordnung der Wirtschaftskamern, von der jetzt soviel die Rede ist, wird weder nach Doktrinen, noch nach egoistischen Sonderwünschen einzelner Gruppen und Schichten vorgekommen werden können, sondern ihr Prüfstein wird sein, ob sie uns dazu verhilft, wieder emporzukommen, wieder ein Volk zu werden, das reich genug ist, um allen seinen Gliedern ein auskömmliches und würdiges Dasein zu sichern. Dieses Ziel aber werden wir nur erreichen, wenn zunächst einmal rücksichtslose Selbstbescheidung und strengste Pflichterfüllung un'er aller gemeinsame Lösung wird. Meidet unsere Einsicht und reicht unsere Charakterstärke dazu nicht aus, so verspielen wir die Freiheit und schließlich die Existenz unseres Volkes.

## Kautskys Aktionsprogramm.

Für die Erhaltung der Produktion.

Karl Kautsky veröffentlicht als Beilage der „Freiheit“ Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm. Diese Richtlinien, die Kautsky zur nächsten Anwendung des Erfurter Programms der Sozialdemokratie vorschlägt, haben nicht nur deshalb Bedeutung, weil sie von dem alten wissenschaftlichen Führer der Sozialdemokratie, der jetzt zu den „Unabhängigen“ gehört, ausgehen, sondern auch weil in ihnen zum ersten Male in programmatischer Form versucht wird, die Stellung des Sozialismus bei der im Augenblick gegebenen wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu klären. Diesen wichtigen Kern des Kautskyschen Richtlinien wollen wir in folgendem wiedergeben unter dem Vorbehalt, auf andere Punkte seines Programms noch zurückzukommen.

Die deutsche Republik soll eine sozialistische sein, „jedoch“, so heißt es bei Kautsky, „noch dringlicher als die Frage der Produktionsweise ist die der Produktion selbst. Der Krieg hat die Produktion gewaltsam unterbrochen; sie wieder zu beleben und in Gang zu bringen ist unsere dringende Aufgabe. Sie bildet die Vorbedingung jedes Versuchs einer Sozialisierung der Produktion.“ Unter diesem Gesichtspunkte hält Kautsky die Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande für besonders dringend. Die Arbeitsvermittlung muß ausgebaut werden, sie muß das Recht haben, Mindestlöhne und Maximalarbeitszeiten festzusetzen. Unternehmer, die diese Bedingungen nicht anerkennen, sollen von der Arbeiterzuehung, Arbeiter, die sich ohne triftigen Grund weigern, Arbeit anzunehmen, von der Gewerbesteuerbefreiung ausgeschlossen sein. In dieser Periode des Streikfiebers verdienen Kautsky Bemerkungen über den Streik besondere Bedeutung:

„Der Streik ist ein unerlässliches Mittel für den Arbeiter, sich kapitalistischer Unterdrückung zu erwehren und bessere Lebensbedingungen zu erlangen, in einem Staate, in dem die Staatsgewalt in den Händen der Kapitalistenklasse ist. Über dieses Mittel ist ein zerstörendes, in gleicher Weise wie der Krieg der Waffen. Ein Staat, in dem die politische Gewalt in den Händen der Arbeiter ist, muß trachten, für jene Produktionszweige, in denen er noch nicht das Kapital ökonomisch ausschalten kann, andere Methoden zur Wahrung der Ansprüche der Arbeiter einzuführen, Methoden, die den Produktionsprozeß weniger hemmen und stören. Das ist namentlich wichtig heute, nachdem der Krieg Deutschland so unendlich verarmt hat, daß jeder Streik doppelt verheerend wirkt.“

Kautsky verlangt dann Zwangssyndizierungen für Produktionszweige, deren sofortige Sozialisierung nicht möglich ist. In der Syndikatsleitung sollen Unternehmer, Arbeiterräte, Konsumenten des Produktionszweiges und Staatsvertreter zusammenwirken.

Das Hauptstreben der sozialistischen Republik muß es aber sein, dem Klassenkampf, der unter allen Umständen ein hemmendes und störendes Element der Produktion ist, durch Sozialisierung der Produktion, die dem Arbeiter an Stelle des Kapitalisten die Gesellschaft als Besitzer der Produktionsmittel gegenüber stellt, seine Grundlage zu nehmen. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ist das Hauptmittel, aber nicht das einzige der Sozialisierung. In erster Linie wird der Grund und Boden zu verstaatlichen sein, wobei die auf ihm oder in ihm befindlichen Betriebe zunächst in der bisherigen Weise weiterwirtschaften können. Die Produktion wird dadurch nicht im geringsten gestört, die Betriebsstätte werden nur aus Grundeigentümern in Pächter verwandelt. „Sobald der Friede geschlossen und Klarheit geschaffen ist darüber, wie weit das deutsche Volk über sein Staats- und Reichseigentum eigentlich zu verfügen hat, steht nichts im Wege, ohne weiteres sämtliches großes Grundeigentum an Bergwerken, Wäldern und großen Gütern (etwa über 100 Hektar), sowie sämtlichen städtischen Grundbesitz (ohne die darauf stehenden Häuser) zu Staatseigentum zu erklären gegen eine noch festzusetzende Entschädigung.“

Neben der Verstaatlichung ist die Kommunalisierung insbesondere als Organisation der Konsumenten eine sehr wichtige Form der Sozialisierung. Auch bei der Steuerpolitik, die eine umso größere Bedeutung gewinnen muß, als für alle Verstaatlichungen und Kommunalisierungen Entschädigungen als notwendig anerkannt werden, betont Kautsky, daß die Voraussetzung für die direkten progressiven Steuern auf Besitz und Einkommen der wohlhabenden Klassen wieder ein geregelter Gang der Produktion ist. „Die Grundlage jeder gesunden Finanzpolitik ist eine blühende Produktion, die große Ueberschüsse an Produkten liefert. Nur aus diesen Ueberschüssen können ohne Schädigung des Staates und der Bevölkerung die Steuern bezahlt werden. Sie sind von jenen Klassen zu entrichten, die sich der Ueberschüsse der Produktion zunächst bemächtigen; die strengsten Steuergesetze gegen die Reichen liefern keinen Ertrag, wenn die Produktion stoppt.“ Neben den direkten Steuern bilden für den Staat die Erträge aus seinen Betrieben die wichtigste Einnahmequelle, doch darf man diese zunächst nicht zu hoch veranschlagen, wenn die Besitzer der sozialisierten Betriebe entschädigt werden.

## Sozialreform und Koalitionsrecht.

Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform.

Die Gesellschaft für soziale Reform hielt gestern nachmittags im Eichenholzaale des „Rhönwald“ ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Freiherr von Berlepsch, schilderte in seiner Begrüßungsansprache kurz die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Mit Sorge sehe gerade der Wirtschafts- und Sozialpolitiker in die Zukunft. Eine große Gefahr drohe auch der Weiterentwicklung der Sozialpolitik. Freiherr von Berlepsch erstattete auch den Tätigkeitsbericht der Gesellschaft. Die Gesellschaft ist für den Ausbau aller Zweige der Sozialpolitik eingetreten und sie hat sich dabei auch von den mancherlei Hindernissen und Beschwernissen nicht abhalten lassen. Der Gesellschaft gehören heute 1452 persönliche und 265 korporative Mitglieder an. Die Verbände der Arbeiter, Beamten und Angestellten sind mit einer Mitgliederzahl von  $4\frac{1}{2}$  Millionen der Gesellschaft angeschlossen. Die internationalen Bemühungen um den Arbeiterschutz sind auf günstigen Boden gefallen und es darf mit Stolz gesagt werden, daß die stärksten Anstöße in dieser Richtung das Werk von Deutschen gewesen sind. Die Gesellschaft steht mit gleichen ausländischen Gesellschaften, insbesondere der Schweizerischen, im regem Verkehr.

Der Redner wies zum Schluß die Frage auf, ob die Gesellschaft auch im neuen Deutschland unter sozialistisch-demokratischer Regierung ein Tätigkeitsfeld finden werde. Er weist darauf hin, daß die Schaffung des neuen Reichsarbeitsamtes eine alte Forderung der Gesellschaft sei. Es sei deshalb auch nicht anzunehmen, daß die Gesellschaft für soziale Reform in Zukunft zu einer überlebten Institution werde. Besondere Aufgaben werde die Gesellschaft nach dem Friedensschlusse auf internationalem Gebiete finden. Bei der Anknüpfung neuer Beziehungen zwischen den Völkern werde sie sich ganz besonders nützlich betätigen können. Von ganz besonderem Interesse sei es, daß das soziale Programm der Gesellschaft nach der Revolution in die Programme aller politischen Parteien übergegangen sei. Vor allem muß die Gesellschaft am Leben bleiben, um den Geist der Annäherung der verschiedenen Konfessionen und Nationen, der Parteien und Weltanschauungen lebendig zu erhalten. Schon aus diesem Grunde sei die Frage nach der ferneren Daseinsberechtigung der Gesellschaft zu bejahen.

Nach diesem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referate erstattete der stellvert. Generalsekretär Herr Dr. L. Seyde den Bericht über die Arbeiten des Koalitionsrechts-Ausschusses. Er gab eine Uebersicht über die von dem Ausschusse für nötig gehaltenen Gesetzesänderungen, die zur völligen Ausübung des Koalitionsrechtes die Voraussetzung bilden. Im Strafrecht wird vor allem eine neue Fassung des Erpressungsparagraphen gefordert, durch die die Beurteilung der Streilandrohung als Erpressung ausgeschlossen werden soll. Beim groben Unfug soll die Verwendung der Bestimmungen gegen die Streikposten durch eine klare Definition des Deliktes („Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung durch unmittelbare Verletzung des Publikums“) unmöglich gemacht werden. Eine strafrechtliche Bestimmung gegen den Streik in gemeinnützigen Betrieben darf bei der Reform des Strafrechts nicht geschaffen, das summarische Verfahren darf nicht ausgedehnt werden. Durch Reichsgesetz ist der Polizei die Möglichkeit zu nehmen, Pflichtaufforderungen als solche zu unterlegen. Der Mißbrauch der Straßenspolizei gegen Streik- und Borkostposten und der Polizeistunde gegen Versammlungen ist zu unterbinden, das Plakat- und Zettelverteilungswesen freihändig zu regeln. Die Polizeipolizei einzelner Staaten, die sich gegen die Landarbeiter oder das Gefinde richten, sind, soweit sie noch bestehen, aufzuheben. Die Rechtsfähigkeit der Koalitionen ist in allen Angelegenheiten zu fordern, die den Tarifvertrag angehen, in dem gleichen Ausmaße die Aufhebung des Paragraphen 152, Abs. 2 der Gewerbeordnung. Das Koalitionsrecht muß unentziehbares Persönlichkeitsrecht im Sinne des § 153, Abs. 1, werden. Der Anspruch aus unerlaubter Handlung nach Paragraph 826 ist im Koalitionskampfe auf den Fall zu beschränken, daß der Zweck der Kampfhandlung gegen ein gesetzliches Verbot verläuft.

In der Diskussion sprachen Dr. Quark, Prof. Lönnies, Geh. Legationsrat Cardt, der hervorhob, daß sich die Aufgaben der Gesellschaft mit dem von ihm vertretenen Auswärtigen Amte auf dem Gebiete des internationalen Arbeiterschutzes herlikhten. Es sprachen ferner Prof. Sombart, der auf die Notwendigkeit hinweist, sich völlig neu zu orientieren. Die Gesellschaft werde durch die neuen Verhältnisse vor völlig neue Aufgaben gestellt. Unterstaatssekretär Giesberts rät davon ab, daß sich die Gesellschaft allzu weit aus den alten Bahnen werfen laße. Die Revolution werde abebben, nachdem sich erwiesen habe, daß sie uns an den Rand des Verderbens gebracht habe. Die sozialpolitischen Grundgedanken der deutschen Revolution seien nur durch internationale Vereinbarungen zu sichern.

Es wurde noch mitgeteilt, daß eine ganze Reihe von Ministerien und Behörden vertreten seien. Die Versammlung wird auch heute noch tagen.

30. I. 1919

**Wirtschafts- und Verkehrsfragen.****Gegen die Kapitalabwanderung nach dem Ausland.**

Berlin, 29. Jan. (B. W.) Die der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers angehörigen Großbanken und Großbankiers machen ihre inländische Nichtbankierundschaft durch Zuwendung besonderer Hinweise darauf aufmerksam, daß ihnen auf Grund der im Reichsgesetzblatt vom 20. Januar 1919 (Seite 48 ff.) veröffentlichten Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland vom 21. November 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1325) folgende Verpflichtungen auferlegt sind:

1. Wer in der Zeit vom 1. Juli bis 22. November 1918 Aufträge an Banken erteilt hat, wonach a) Wertpapiere nach dem Auslande versandt oder überbracht, für einen Ausländer in Verwahrung genommen oder ihm auf Stückkonto gutgeschrieben werden; b) Geldbeträge in in- oder ausländischer Währung einem Ausländer gutgeschrieben werden sollen, hat bis zum 20. Februar 1919 der Bank eine Erklärung nach vorgeschriebenem Muster in doppelter Ausfertigung einzureichen.

2. Wer vor dem 23. November 1918 bei einer Bank auf einen falschen oder erdichteten Namen für sich oder einem Dritten ein Konto hat errichten lassen, Wertpapiere offen oder verschlossen hinterlegt oder ein Schließfach gemietet hat, hat ebenfalls bis zum 20. Februar 1919 der Bank unter Angabe seines wahren Namens Anzeige zu machen oder das Konto aufzulösen. Betroffen sind alle Nichtbankiers ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, welche im Inlande ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben. Für Wiederhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 50 000 Mark, in Fällen unter 1. daneben auch noch mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Die Banken weisen ferner daraufhin, daß sie ebenfalls bei Androhung schwerer Strafen verpflichtet sind, an Hand ihrer Bücher nachzuprüfen, ob von Seiten ihrer Kundschaft den genannten Verpflichtungen entsprochen wird. Bis zum 20. Februar unterlassene Anmeldungen haben die Banken dann ihrerseits vorzunehmen.

### Landes- oder Staatsmonopol für die Ausnützung der Wasserkräfte.

Kaum daß sich die Ueberzeugung von der unbedingten Notwendigkeit des raschesten Ausbaues unserer Wasserkräfte (im Interesse der Volkswirtschaft des neuen Staatswesens) in der Öffentlichkeit und bei den maßgebenden Stellen des Staates durchgerungen hat, drohen der raschen Durchführung unerwartete neue Hemmnisse. Die Länder, denen die feinerzeitige Regierung als Tauschobjekt für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes die Gesetzgebung in Wasserrechtssachen überliefert hatte, reklamieren jetzt die Wasserkräfte als Landeseigentum und wollen auf deren Ausnützung ein Landesmonopol legen. Insbesondere ist es das Land Steiermark, in dem wohl die meisten ausnützbar Wasserkräfte der Alpenländer vorhanden und auch seit irdentlicher Zeit in großem Umfange ausgenützt worden sind, das mit dem Rufe vorangeht: Die steirischen Wasserkräfte dem Lande Steiermark! Bekleidet ist dieses Verlangen in einem der steiermärkischen Landesversammlungen vorkliegenden Gesetzentwurf, wonach jedem Ansuchen um ein Wasserbenützungrecht, das vom Lande Steiermark, sei es allein, oder im Vereine mit irgend einer öffentlichen oder privaten Unternehmung, gestellt wird, der Vorzug vor allen anderen Ansuchen gebührt. Erklärt wird allerdings, daß hiemit kein separatistischer, die Gesamtheit der deutschösterreichischen Republik gefährdenden Beschluß gefaßt werden soll, der ausdrücklich die steirischen Wasserkräfte bis zu 20 Prozent für den Betrieb der das Land durchziehenden Eisenbahnen reserviert bleiben und nur 80 Prozent der steirischen Unternehmungen und, so weit Ueberschüsse vorhanden, auch außerhalb der Landesgrenze zur Verfügung stehen sollen. Die Begründung des Entwurfes erinnert allerdings stark an das Sprichwort: qui s'excuse s'accuse, und tatsächlich läuft der Entwurf auf eine vollkommene Monopolisierung der Wasserkräfte Steiermarks auf ein Ausfuhrverbot der elektrischen Kraft aus Steiermark hinaus, denn wie viel wird für Zwecke außerhalb des Landes vergeben werden können, wenn erst nach voller Befriedigung des gegenwärtigen und zukünftigen Bedarfes des Landes eine Vergebung nach außen stattfinden darf. Die große Errungenschaft der Lausener Kraftübertragung vom Jahre 1891, die Freizügigkeit der Kraftverwendung von der Kraft erzeugungsstätte, soll in Steiermark nicht zur Geltung kommen.

Es läßt sich nun nicht leugnen, daß die Absicht des Landes Steiermark, beziehungsweise seines volkswirtschaftlichen Ausschusses sich in der Richtung der jetzigen Volkswirtschaftspolitik der einzelnen Gemeinwesen bewegt: Haben wir es ja doch während des Krieges gesehen, wie die Absperrung der einzelnen Staaten, Länder, ja Gemeinden zunächst in Lebensmitteln, dann aber fast in allen Bedarfsartikeln immer mehr Fortschritte gemacht hat, bis sie endlich zur völligen Zermürbung des Hinterlandes und zu dem entsetzlichen Debakle geführt hat, das wir schauernd erleben und fühlen. Und dieses unglückselige System des zunächst nur an sich Denkens und des nicht Bedenkens, daß schließlich der Zusammenbruch der anderen auch den eigenen Untergang bedeutet, daß nur ein Zusammenwirken aller uns aus unseren Nöten erretten kann, macht nach dem Kriege noch immer Fortschritte. Wie wurde der Gedanke einer mitteleuropäischen Autarkie — eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Verbündeten zu dem Zwecke, um sich vom feindlichen Auslande unabhängig zu machen — von allen Korporationen und Ländern Deutschösterreichs begrüßt und propagiert und wie haben tatsächlich dieselben Korporationen und Länder in der Absperrung das Gegenteil dann getan. Warum sollte dieses System gerade bei der Verwertung der Wasserkräfte eines Landes Halt machen, bei der Ausbeutung der Bergwerke, oder bei der Ausbringung der Mittel für gemeinsame Zwecke eines einheitlichen Wirtschaftskörpers? Und ein solcher wollen wir Deutschösterreich doch sein, wenn wir überhaupt noch ein — wenn auch kleines, armes, aber immerhin lebensfähiges und lebenswilliges Staatswesen bleiben wollen.

In Deutschland wird eine einheitliche Organisation für alle Energiequellen, wie Bergwerke, Wasserkräfte, geschaffen, um die gesamte Volkswirtschaft zu beleben, den wirtschaftlichen Wettbewerb zu beschränken, zum Zwecke des Zusammenarbeitens an Stelle des Neben- und Gegenarbeitens im Namen der Gemeinwirtschaft der ganzen Nation. Nehmen wir uns daran ein Beispiel, wir sind ja um vieles ärmer als Deutschland, wir brauchen das Zusammenarbeiten umso mehr, nicht das Auseinanderarbeiten, das gegenseitige wirtschaftliche Bekämpfen.

Darum weg mit derlei Monopolisierungsbestrebungen der Länder. Vereinen auch wir unsere geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zu gemeinsamer, fruchtbringender Tätigkeit im Interesse unseres Staates. In der zu schaffenden Organisation für Wasserkraft und für Elektrizitätswirtschaft werde die Vertreter der Länder deren Interessen wahrnehmen und einen Ausgleich widerstreitender Interessen herbeiführen können. Wir sind nicht reich genug und werden es in Zukunft noch weniger sein, daß wir gleichzeitig die verschiedensten Projekte ausführen können, so sehr es auch gewünscht ist, möglichst bald unserer Kohlennot durch die Heranziehung der Wasserkräfte zu steuern. Deshalb muß es eine Stelle geben, die im allgemeinen Interesse die dringenden Arbeiten voranstellt und einer unwirtschaftlichen Konkurrenz steuert.

An Stelle des beabsichtigten Landesmonopols für die Ausnützung der Wasserkräfte wird mithin ein Staatsmonopol zu treten haben. Nicht etwa in der Weise, daß der Staat selbst alle Wasserkräfte ausbaut und die gewonnene Energie vertriebt, sondern daß er die Wasserkräfte in der Hand hält, dort, wo es das staatliche Interesse erfordert, allein oder gemeinsam mit anderen wirtschaftlichen Körper-

schaften den Bau ausführt, im übrigen aber die Ausnützung des Monopols für gewisse Zeiten gegen Ausbedingung des Heimfallsrechtes und gegen andere Bedingungen Dritten überläßt. Bei der Ueberlassung des Ausnützungsrechtes muß sich der Staat von Engherzigkeit frei halten; auch in Zukunft wird die Förderung des Unternehmertumes ein wichtiger Faktor für unsere wirtschaftliche Entwicklung bleiben. Nur Ausbreitungen sollen verhindert werden, weshalb der Staat bei Ueberlassung seines Monopolrechtes auf die Wasserkräfte sich jedenfalls ein Bestimmungsrecht über den Strompreis vorzubehalten haben wird.

Die Katastrophe, die über uns hereingebrochen ist, und der scharfe Blick in unsere wirtschaftliche Zukunft führt bei den Einzelnen und bei Gemeinwesen zu Entschlüssen, die der Augenblick erzeugt, die aber immer ruhiger Ueberlegung nicht standhalten. Richten wir vielmehr insbesondere in wirtschaftlichen Dingen den Blick auf das allgemeine Wohl, der eigene Vorteil wird hiedurch am besten gewahrt werden.

Dr. R. G.

## Die neue Wirtschaftspolitik.

Ein Vortrag Dr. August Müllers.

Ueber die Wirtschaftspolitik im neuen Deutschland sprach gestern abend in der Aula der Handelshochschule der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. August Müller vor Mitgliedern des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Deutschen Industriekongresses, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Berliner Handelstammer. Den Vorsitz führte Geh. Staatsrat a. D. Budde.

Dr. Müller bekannte sich trotz der furchtbaren Schwierigkeiten des Augenblicks zum Optimismus, denn je schlimmer der Frieden sein werde, den unsere Feinde uns wahrscheinlich ausbilden werden, desto härter würde schließlich die Gegenströmung sein. Das Ziel der Welt liege im Sozialismus als Erben dieser Zeit. Wirtschaftspolitische Grundlag müsse werden, eine möglichst hohe Ertragssteigerung der Arbeit zu erreichen. Ob der Achtstundentag beibehalten werden könne, lasse sich im Augenblick nicht entscheiden, er werde aber in solchen Industrien fallen müssen, deren Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber durch ihn beeinträchtigt werde. Es gebe allerdings Industriezweige, bei denen ein Ertragsmaximum auch beim Achtstundentag erreicht werden könne. Für diese Betriebe ist er die gegebene Arbeitszeit. Zunächst müsse der deutsche Kaufmann aber damit rechnen, daß der Achtstundentag durch Gesetz eingeführt worden sei. Wie sich auch die Entwicklung gestalten möge, einer sinnlosen Ausnutzung der Arbeitskraft wird keiner das Wort reden wollen.

Der Staatssekretär streifte dann den Sozialisierungsgedanken und betonte, daß er kein Mittelstandstäter sei. Mancher kleine Betrieb könne rationeller arbeiten als ein großer. Die innere Kolonisation müsse von dem Standpunkt betrachtet werden, daß durch das Verschlagen von Domänen usw. Mittel- und Kleinbetriebe erleichtert werden können, in denen die Steigerung des Ertrages der Landwirtschaft zu erwarten sein wird. Dabei spreche auch das finanzielle Interesse des Reiches mit, denn die staatlichen Stickstoffwerke erzeugen mehr, als zurzeit im Inlande verbraucht werden könne. In eine Ausfuhr könne aber nicht gedacht werden, da der Stickstoff bei normalen Frachtpreisen dem Chile-Salpeter gegenüber nicht konkurrenzfähig sei.

Der Staatssekretär erwähnte dann ferner die beabsichtigte Bewertung der elektrischen Energiequellen durch den Staat und die Förderung des Genossenschaftswesens, die nicht durch finanzielle Beihilfen, sondern durch Aufamienarbeiten mit staatlichen Behörden erfolgen soll. Das Wirtschaftsleben müsse freigehalten werden von jeder Bürokratie. Man wird innerhalb des sozialistischen Systems nach Formen suchen müssen, die den Wirtschaftszweigen die Selbstverwaltung ermöglichen. Das Räte-system werden wir nicht mehr los werden, es muß also in das Wirtschaftsleben so eingeschaltet werden, daß es nicht schädlich, sondern nützlich ist. Der Einfluß des Arbeiters muß da erhalten bleiben, wo er das Wirtschaftsleben befruchtet.

Die heut auf morgen sozialisieren wollen, denken nicht daran, daß wir ein armes verschuldetes Volk sind, dessen Produktionswerkstätten verwahrlost sind. Sozialisiert kann nur werden, wenn sich der Ertrag steigern läßt, sonst müssen andere Formen staatlicher Einflüsse gesucht werden. Der Arbeitsertrag muß gerecht verteilt werden und die Einkünfte der Rentenbezieher und Unternehmer sollen allmählich gekürzt werden, während andererseits der Anteil der Arbeiter und des Staates steigen soll.

Im Laufe seiner Ausführungen machte der Staatssekretär u. a. davon Mitteilung, daß die Kallwerke im Elsaß von den Franzosen kräftig ausgebeutet würden. Die deutschen Arbeiter müßten täglich zehn Stunden frohnden und erhalten für die Stunde 35 Pf. Als sie sich weigerten, unter diesen Bedingungen zu arbeiten, wurden sie von saubigen Franzosen gar Arbeit getrieben. Im besetzten Gebiet sind die Feinde in unsere großen chemischen Werke eingedrungen und versuchen hinter das Geheimnis der deutschen Rezepte zu kommen.

31. I. 1919

## Volkswirtschaft.

Wien, 30. Jänner.

### Warum schließen wir uns an Deutschland an?

Sie wollen wissen, warum der Anschluß an Deutschland notwendig ist?

Ja; vom nationalen Standpunkte aus betrachtet ist mir die Notwendigkeit, ja Unentbehrlichkeit der Vereinigung ganz klar, allein in wirtschaftlicher Hinsicht hört man darüber manches, was nicht ohne weiteres beiseite gelegt werden kann. Was bedeutet vor allem der Einwand, daß wir im Falle des Anschlusses erdrückt würden?

Wir? Wer sind die „wir“? Unsere Regierungswirtschaftspolitik war seit 1867 durchaus das Ergebnis eines Kompromisses eines Teiles unserer Industrie und des Großgrundbesitzes. Die gesamte Bevölkerung der Monarchie wurde von diesen beiden Gruppen ausgebeutet. Der Erfolg war, daß einerseits alle Verbrauchsgegenstände in Oesterreich weit teurer waren als in Deutsch-

land, andererseits aber durch die Verteuerung der Rohstoffe und Halbfabrikate unser Gewerbe und der größte Teil unserer Industrie sich trotz niedriger Löhne nicht entwickeln konnten. — Nach diesen Zuständen sehnen sich jene zurück, die ihre Nutznießer waren und darum gegen den Anschluß an Deutschland hegen.

Aber können wir in Zukunft nicht unter Vermeidung dieser Fehler ein selbständiges Wirtschaftsgebiet bilden?

Ein Blick auf die Karte Deutschösterreichs zeigt Ihnen, daß schon verkehrstechnische Gründe eine solche Selbständigkeit ausschließen. Deutschböhmen gravitiert wirtschaftlich nach Schlesien, Sachsen und Franken, Salzburg und Tirol nach Bayern; aber auch die Produktionsverhältnisse schließen eine selbständige Entwicklung aus. Wir haben nur die Wahl zwischen dem Anschluß an Deutschland oder dem an unsere nichtdeutschen Nachbarn. — Jene beiden kleinen Gruppen, die ihr altes Ausbeutungsgeschäft fortsetzen und sich in einem neuen Donaubunde ihr altes Ausbeutungsgebiet wiederherstellen möchten, würden allerdings unter dem Anschlusse an Deutschland leiden, vor allem würden die enormen Dividenden unserer Schwereisenindustrie arg mittengenommen werden, allein das wäre ein Gewinn für die Bauern, die dann billigere landwirtschaftliche Geräte, für die Gewerbetreibenden, die billige Werkzeuge, und für die große Zahl der Industriellen, die billige Maschinen bekämen. Alle diese Schichten würden nicht erdrückt werden, sondern profitieren, unser Gewerbe und unsere Feinindustrie würde konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkte, der Konsum aber ebenfalls im allgemeinen entlastet.

Und hätten wir nicht dieselben Vorteile in einem Donaubund ohne die reichsdeutsche Konkurrenz?

Nein! Gerade weil die wirtschaftlichen Grundlagen des neuen Donaubundes dieselben wären wie die des alten Donaumonarchie, würde auch die Wirtschaftspolitik im großen und ganzen dieselbe bleiben. Die Rolle, die die „Zivnostensla banka“ bei der Geburt der tschecho-slowakischen Republik gespielt hat, der Eisen, mit dem die meisten Wiener Banken den Donaubund protegieren und die Sympathien, die unsere Schwereindustrie samt den Kohlengehaltigen für die tschecho-slowakische Republik empfinden, weisen bereits darauf hin, welchen wirtschaftspolitischen Kurs der neue Donaubund setzen würde. Teure Kohlen und teures Eisen für unsere Industrie und unser Gewerbe und teure Lebensmittel zugunsten der im neuen Donaubunde weitaus überwiegenden slavischen und magyarischen Landwirtschaft! Nicht nur politisch und national, sondern auch wirtschaftlich würden wir in einem Donaubund erdrückt werden, während Deutschland an unserer wirtschaftlichen Entwicklung das größte Interesse hätte.

Und die größeren Kriegslasten, die wir beim Anschlusse an Deutschland zu tragen hätten?

Wir? Ich muß wieder fragen, wer sind „wir“? Die große Masse des Volkes? Nein! Vielleicht werden „wir“ dann an die Entente mehr zu zahlen haben, als wenn wir uns den Tschechen und Südslaven zum Fraße hinwerfen lassen; allein einer der Hauptgründe des Abstieges der bisherigen Nutznießer der alten Monarchie vor dem Anschlusse an Deutschland ist ja die Furcht, daß dann die *stricgeminner* ordentlich bluten müßten, während sie hoffen, im Donaubunde die Hauptlast der Kriegsschulden auf den Mittelstand abladen zu können; Deutschösterreich würde, als Ganzes genommen, vielleicht mehr zu zahlen haben, allein 93 von Hundert der deutschösterreichischen Bevölkerung würde weniger zahlen, die übrigen 2 v. H. aber desto mehr!

Das leuchtet mir ein! Die Umwandlung unserer Kronenwährung in Mark würde uns aber doch teuer zu stehen kommen!

Auch das ist eine Täuschung! Ganz denselben Einwand hatte man gehört, als bei Einführung der Goldwährung der Übergang vom Gulden zur Mark erwogen wurde. Wer aber hatte diesen Einwand erhoben und seinen Willen durchgesetzt? Die Wiener Banken, die bei Einführung der Markwährung das Agiotagegeschäft zwischen Wien und den deutschen Bankplätzen verloren hätten. — Die Beibehaltung der Kronenwährung wäre übrigens, eben weil Deutschösterreich kein selbständiges Wirtschaftsgebiet sein kann, geradezu verderblich. Nichtinteressierte Fachleute haben das schon seit Monaten nachgewiesen. Auch im Donaubund könnte davon keine Rede sein, da die Tschecho-Slowaken und die Südslaven zur *Frankenwährung* übergehen, wir also im Falle der Errichtung eines Donaubundes es ebenfalls tun müßten. Die Kronenwährung ist also unhaltbar. Wir müssen zur Mark oder zum Franken übergehen und wenn damit für uns Verluste verbunden sind, werden wir sie nicht vermeiden können. Wenn aber auf unser Disagio gegenüber der Mark im besonderen hingewiesen wird, so ist das eine bewußte Irreführung, denn unser Disagio zum Franken ist zurzeit noch größer! Im übrigen würde der Übergang nicht von heute auf morgen vollzogen, sondern vorbereitet werden. Zu vergessen ist aber nicht, daß für unsere Wirtschaftsbilanz nicht unsere Valuta maßgebend ist, sondern in dieser nur unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zum Ausdruck kommt, diese aber durch den Anschluß nicht vermindert, sondern erhöht werden würde.

Das ist richtig, denn als organischer Teil eines

großen Volkes haben wir Aussicht, unsere geistige und körperliche Arbeitskraft besser zu verwerten.

Also stimmen Sie nur für einen Wahlwerber, der unbedingt für den Anschluß ist?  
Gewiß!

**Ein amerikanisches Konsortium zur Ausnützung  
der Wasserkräfte in Deutschösterreich.**

Wie in Gemeinberatskreisen veranlet, haben amerikanische Kapitalisten einen Vertrauensmann nach Wien entsendet, um mit den maßgebenden Stellen Fühlung zu nehmen wegen Bildung eines Konsortiums zur Zwecke der Ausnützung der Wasserkräfte in Deutschösterreich. Es sollen in den nächsten Tagen bereits die Verhandlungen beginnen. Die amerikanischen Kapitalisten planen vorerst die Errichtung eines Studienbüros in Wien, das die Pläne für die in Betracht kommenden Werke ausarbeiten soll.

2. / 11. 1919

### Wiener Freimaurerlogen.

#### Ein Besuch beim Großmeister.

Die Revolution hat endlich einmal auch der Freimaurerei in unserem Lande die von ihr so lang ersehnte staatliche Anerkennung gebracht. Während in allen anderen Kulturländern schon längst die Freimaurerlogen gesetzlich zugelassen waren, mußten sich bis vor kurzem die Freimaurer Oesterreichs, um dem Vereinsgesetz zu genügen, als nichtpolitische Vereine konstituieren, die der ungarischen Großloge unterstellt waren. Seit wenigen Tagen hat Wien beinahe ausschließlich seine eigene Großloge, und diese Tatsache hat zu überaus zahlreichen Neuanmeldungen geführt.

Einer unserer Redakteure wurde kürzlich vom geschäftsführenden Großmeister der Große Deutsche Loge, einem bekannten Wiener Philosophen, in dessen Privatwohnung empfangen. Im Laufe des Gesprächs, das sich um die deutschösterreichische Freimaurerei drehte, machte der Funktionär folgende bemerkenswerte Mitteilungen:

„Seit der Bekannmachung der staatlichen Anerkennung der Freimaurerei in Deutschösterreich haben wir sehr zahlreiche Gesuche um Aufnahme in den Freimaurerbund erhalten. In vielen dieser Anmeldungen spiegelt sich deutlich die in weiten Kreisen herrschende Unkenntnis des Wesens und der Aufgaben der Freimaurerei

wider. Es erschienen beispielsweise im Sekretariat der Großloge Dauen verschiedene Gesellschafterklassen, die um die Aufnahme baten, weil sie irgendwo gehört hätten, daß die Logen sehr viel zur materiellen Unterstützung ihrer Mitglieder beitragen. Andere wieder glaubten deshalb berechtigten Anspruch auf Aufnahme in den Bund zu haben, weil sie, wie es in den Bedingungen mancher Anmeldungen heißt, „Arbeitslos und kontingenzlos seien. Zu einem gewissen und kontingenzlos rühmte sich ein Aufnahmewerber gar seine — offiziellen und manlichen Kenntnisse, von denen er glaubte, daß sie in den Freimaurerzirkeln besonders Interesse bewegen könnten. Diese Dinge wissen eben nicht, daß die Freimaurerei nichts anderes ist als eine philosophische, kulturhistorische und fortschrittliche Institution, die innerhalb ihrer Organisations alle politischen und religiösen Fragen von vornherein ausschließt.“

„Und trotzdem hat sie diese unerhörliche Begierde der kirchlichen Kreise?“

„Der Haß der Merikalen läßt sich damit erklären, daß wir unter der Bevölkerung Aufklärung leisten, die als solche ihnen ein Dorn im Auge ist. Wir wurden weiter als die Thron- und Altarstürzer angesehen, wir, die Freimaurer, in deren Reihen sich beinahe ausschließlich Kaiser und Könige veranschaulichen. In deren Reihen befanden sich auch Mitglieder der verschiedensten Konfessionen.“

„Wie steht es mit den internationalen Beziehungen, deren sich die verschiedenen Großlogen rühmen konnten?“

„Der Fria hat bedauerlicherweise auch unsere internationalen Verbindungen arg beeinträchtigt, da der kirchliche Verbund mit den Logen der anderen freisetzenden Länder

durch die Verkehrsschwierigkeiten wesentlich behindert war.“

„Hat sich die österreichische Freimaurerei in Sinne ihrer künftigen Ziele auch in den Dienst der Friedensbewegung gestellt?“

„Die österreichischen Meisterlogen haben uns nicht anerkannt; dessenungeachtet hat sich feinerzeit eine k. u. k. Regierung an uns mit der Bitte gewendet, durch Jubiläumsgeschenke zu wirken, daß diese beiden Länder Oesterreich-Ungarn gegenüber auch weiterhin die Neutralität bewahren. Unsere Vermittlung blieb leider erfolglos, da die Kriegseinstimmung an der Zeit, als wir den Antrag zur Intervention erließen, schon volle Lust zur Intervention erlitten, und schon weite Kreise der italienischen und rumänischen Bevölkerung in ihren Lärm gezogen hatte.“

„Es liegt die Frage nahe, zu welchen Weiterungen innerhalb des freimaurerischen Weltbundes die Ergebnislosigkeit dieser Mission geführt hat.“

„Die Logen des damaligen Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben daraufhin den Verkehr mit der italienischen Großloge abgebrochen. Sie werden den Verkehr mit den Meistern dieses Landes erst dann aufnehmen, bis die Verhältnisse geklärt sind. Es muß noch genau festgestellt werden, ob die Freimaurer Staliens ihre Pflicht, alles für den Frieden zu tun, vernachlässigt haben, oder ob — was nicht ausgeschlossen ist — die Verhältnisse damals stärker waren als sie.“

„Im weiteren Verlauf der Unterredung erörterte der geschäftsführende Großmeister, daß Wien schon im Frieden zwölf Logen besessen habe, die jedoch als in Ungarn beheimatet bei der Behörde angemeldet waren. In Wien fanden nur zeitweise Sitzungen statt, während die feierlichen Aufnahmen neuer Brüder jedesmal in Preßburg vollzogen wurden. Dre

Großloge Wien, die wir jetzt haben, ist eine Vereinigung von einzelnen Logen, deren es hier ausgedehntlich vierzehn gibt. Die Mitgliedschaft kann man nur in einer Loge erwerben, doch wird man durch die Aufnahme zugleich Mitglied der Großloge. Diese nimmt als solche keine Mitglieder auf. Der Unterschied zwischen Loge und Großloge darf nicht übersehen werden. In der Spitze der einen steht der „Meister vom Stuhl“, an der der anderen der „Großmeister“. Die Aufnahmewerber müssen sich also an eine Loge wenden, und zwar nicht unmittelbar, sondern zunächst mündlich an ein Mitglied der Loge, das ihm empfehlen kann. Kennt er kein Mitglied, dann erst trete er schriftlich unter Angabe von Referenzen und des Lebenslaufes an die Großloge heran. Den Interessen der österreichischen Freimaurer hat bisher die nur für Mauretreise bestimmte gewesene Zeitschrift „Hirsel“ gedient. In der nächsten Zeit wird an dessen Stelle ein neues Blatt, die „Wiener Freimaurer-Zeitung“, erscheinen, die auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden wird.

„Wir haben“ — mit diesen Worten schließt der Funktionär seine Mitteilungen — „vor der Öffentlichkeit gar keine Geheimnisse. Unsere Ziele sind bekannt; sie haben mit Religion und Politik nichts zu tun. Unser rituelle, das symbolisch aufzufassen ist und historischen Wert hat, ist ebenfalls bekannt. Aber etwas haben wir stets streng geheimgehalten bis auf den heutigen Tag, nämlich das in allen Ländern geübte Erkennungszeichen der Maurer untereinander. Diese Vorsichtsmaßregel ist notwendig, damit nicht Schwärzer und Betrüger die besagte wichtige Stillschließung und Unterzeichnung ausüben, die die Maurer aller Weltteile in Falle unerbittlicher Not einander gegenseitig gewähren.“



#### Die Sozialisierung im Verfassungsentwurf.

Berlin, 3. Februar. Die Sozialisierungskommission hat am 30. Januar unter Hinzuziehung des Rechtslehrers Professors Radbruch über den Verfassungsentwurf unter dem Gesichtspunkt beraten, die Sozialisierung in allen ihren Formen verfassungsmäßig zu ermöglichen und zu sichern.

Nach ihrem Vorschlag sollen der Kompetenz des Reiches unterliegen (§ 4 Nr. 6) die Bergesellschaftung von Naturstätten, Wirtschaftsbetrieben und Grundbesitz, die Bildung von Zwangsverbänden der Unternehmungen eines Wirtschaftszweiges mit dem Zwecke einer einheitlichen Regelung der Gütererzeugung und der Preise und die Regelung des Einflusses der Arbeiter, der Verbraucher und des Gemeinwesens in den Wirtschaftsbetrieben.

Die Aufnahme einer solchen Bestimmung in die Verfassung würde die Sozialisierung im eigentlichen Sinne, das heißt, die Ueberführung in das Gemeineigentum, der Kompetenz des Reichs vorbehalten und würde außerdem dem Reiche die Befugnis geben, Stellung und Aufgabe der Arbeiterräte gesetzlich zu regeln. Sollte die Verfassung im Sinne dieses Antrages ergänzt werden, so würde damit der § 28, der die Fragen der Landsiedlung gesondert behandelt, überflüssig werden.

4. II. 1919

90

## Kultusminister Haenisch über kulturpolitische Aufgaben.

Auf Einladung der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft hielt gestern abend der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Konrad Haenisch in der Handelshochschule einen Vortrag über kulturpolitische Aufgaben. Einleitend gab der Vorsitzende Direktor B u d d e den Befürchtungen weiter Kreise Ausdruck über die besannten Erlasse aus dem Kultusministerium. Es komme nicht nur darauf an, den Nachwuchs mit Bildung zu erfüllen, sondern auch, ihn charakterfest und arbeitsfähig zu machen, ihm den kategorischen Imperativ der Pflicht einzusößen. Es bestehe die Befürchtung, daß durch einseitige Bestrebungen die häusliche Zucht untergraben werde. Wenn diese Befürchtungen auch nicht in stürmischen Kundgebungen zur Geltung gekommen seien, so seien sie doch in die Häuser hineingegangen. Diese Bestrebungen seien nicht weniger geeignet, das Reich in seinen Fundamenten zu untergraben, wie andere Erscheinungen.

Minister Haenisch ging einleitend auf diese Anregungen des Vorsitzenden ein und erklärte, daß er dem Sinne nach im wesentlichen mit seinen Worten einverstanden sei. Er glaube, diese beruhigende Erklärung aus vollster Ueberzeugung geben zu können. Er unterschätze diese Gefahr durchaus nicht. Durch eine unglückliche Verkettung persönlicher und peinlicher sachlicher Vorgänge sei das revolutionäre Kultusministerium von vornherein in den Verdacht gekommen, als betrachte es als Kernpunkt seiner Aufgaben die Regelung gewisser kirchlicher und schulpoltischer Aufgaben. Ich erkläre offen, daß zwar selbstverständlich Vieles in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche, Schule und Religion gründlich reformbedürftig ist, z. B. die Stellung der evangelischen Kirche im Staate nach dem Fortfall des summus episcopus. Der Geistliche sei kein Staatsbeamter. Er sei vor allem für eine allmähliche Entkirchlichung des Staates und eine Entstaatlichung der Kirche. Damit sei

beiden Teilen gedient.

Der Religionsunterricht müsse für Lehrer und Schüler ohne jeden Gewissenszwang sein. (Lebhafte Zustimmung.) Die Schulaufsicht müsse sobald wie möglich rein sachmännlich durch Schulpädagogen restlos durchgeführt werden. Dabei sei es nicht ausgeschlossen, daß besonders pädagogisch befähigte Geistliche, aber nur als Pädagogen, zur Schulaufsicht herangezogen werden. Persönlich sei er von Anfang an der Meinung gewesen, daß diese Reform selbstverständlich nur organisch, wohlüberdacht durchgeführt werden sollte und könnte. In den stürmischen Revolutionstagen war es das denkbar ungeeignetste, diese heißen Fragen, die in ihren Berästelungen das Seelenleben vieler Millionen Menschen berühren, im Handumdrehen lösen zu wollen. Gerade bei der Neuordnung von Kirche und Staat handle es sich um einen so großen Komplex juristischer, finanzieller, staats- und verwaltungsrechtlicher, steuerrechtlicher und außenpolitischer Fragen. Er sei der Meinung, daß es

eine Ueberschreitung des Mandates

der provisorischen Regierung war, in diesen Tagen des Wirrwarrs in diese Gewissensfragen einzugreifen. (Lebhafte Zustimmung.) Man werde verstehen, daß er nicht darauf eingehen wolle, klarzulegen, welche Verkettung sachlicher und politischer persönlicher Umstände es ihm unmöglich machten, in den ersten Wochen seine Ansicht zur Geltung zu bringen. Oft habe er vor der Frage gestanden, ob er noch die Verantwortung tragen könne. Nicht aus Nebsucht sei er auf dem Posten geblieben. Um Schlimmeres, das Schlimmste zu verhindern, habe er noch manches Erträgliche in den Kauf genommen. Er werde der Preussischen Nationalversammlung darüber Rechenschaft abzulegen haben. Bedinglich Rücksichten auf das in den ersten Wochen gefährdete Gesamtwohl hätten ihn bestimmt, im Amte zu bleiben. So wenig ich positiv gläubig bin, so erkenne ich an, welche außerordentlich wertvollen sittlichen Kräfte aus der Religion des Christentums hervorquellen. (Bravo!) Es wäre banalistisch, diese Kräfte mit Dreschflegeln totzuschlagen. Sie müssen vielmehr dem Volksganzen besser nutzbar gemacht werden. Als Sozialist bin ich der Auffassung, daß die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich immer mehr zu dem ökonomisch entscheidenden Faktor werden wird und daß durch den Krieg ein Zeitalter der Gemeinwirtschaft mit starken sozialistischen Notwendigkeiten eingetreten ist. Dieses muß aber verbunden werden mit der ebenso notwendigen persönlichen Initiative des einzelnen. (Lebhafte Beifall.)

Es wäre der Tod unseres Wirtschaftslebens, wenn man die Initiative, den Wagemut des einzelnen ausschaltete. Hier liegt die wichtigste und schwierigste Aufgabe des Neuaufbaues. Mit diesen großen Notwendigkeiten muß Unterricht und Kulturwesen in Einklang gebracht werden. Kleinlich wäre es aber gedacht, das vielgestaltige Kulturleben Deutschlands einzwängen zu wollen in ein enges Fraktionsbett. Ich betrachte es als meine Aufgabe, anregend und organisierend alle lebendigen Kulturkräfte zur freien Mitarbeit ohne Bevormundung heranzuziehen. (Lebhafte Beifall.) Das ist nichts Neues. Schon mein Amtsvorgänger Dr. Schmidt hat sehr wertvolle Arbeit in der Heranziehung der freien Kräfte geleistet, und er steht mir noch heute oft mit Rat und Tat zur Seite. (Beifall.) Es gibt kein schöneres Ideal, als die geistig führenden Kräfte der Nation zu dem ihnen gebührenden politischen Einfluß zu verhelfen. Ich wünsche das Entstehen einer geistigen Aristokratie. (Zuruf: Die Arbeiter sind ja jetzt die geistige Aristokratie! — Heiterkeit.) Wir brauchen

eine Volkserziehung im umfassendsten Sinne.

Beider stehen wir heute vor einem moralischen Bankrott. Es hat sich in den ersten Monaten der Revolution herausgestellt, daß weite Arbeiterschichten intellektuell und sittlich sich nicht der großen geschichtlichen Aufgabe würdig gezeigt haben, vor die sie gestellt sind. Aber schon vorher haben die moralischen Führerqualitäten des Bürgertums versagt. Ein Seitenstück zum Kriegsgewinnler ist der Arbeiter, für den die große Revolution austäuft in eine Lohnbewegung. Die schrankenlose Sucht nach Gewinn, die weite Kreise des Bürgertums in den vier Jahren erfaßt hat, ist jetzt über-

gesprungen auf die Arbeiter. Daher müssen wir in erster Reihe Persönlichkeiten erziehen und aus der breiten Masse Führer heranbilden. Wie sehr wir in Deutschland Führer brauchen, haben die vier Jahre Krieg und drei Monate Revolution bewiesen. Es ist durchaus möglich, starke Köpfer systematisch heranzubilden. Das hat der Große Generalstab auf seinem Gebiet vermocht. Trotz unseres militärischen Zusammenbruchs ist das militärische Gebiet das einzige gewesen, auf dem wir wirklich starke führende Persönlichkeiten gehabt haben. Es ist kein Zufall, daß wir während des Krieges keinen politischen Hindenburg und keinen wirtschaftlichen Ludendorff gehabt haben. Wir brauchen eine viel größere Individualisierung schon in der Schule. Im Ministerium werden gründliche Pläne ausgearbeitet für besondere

Ausleseschulen für führende Persönlichkeiten,

analog dem Großen Generalstab. Hervorragende Männer sind bereits zur Mitarbeit herangezogen. Auf unseren Hochschulen muß das philologische und juristische Denken vor dem staats- und volkswirtschaftlichen zurücktreten.

Redner gibt unumwunden zu, daß sein Erlass über die Schulgemeinden und Schülerräte als in der Form übereilt und unausgereift preisgegeben sei. Aber an dem Grundgedanken halte er fest. Durch die Entwicklung von Verantwortlichkeitsgefühl, Selbstverwaltung, Selbstgerichtsbarkeit soll in die jungen Gehirne das Gefühl für staatsbürgerliches Empfinden gelegt werden. Unseren Universitäten müssen Anstalten angegliedert werden, die unser Beamtenum volkswirtschaftlich erziehen. Schließlich spricht sich Redner noch für eine Hochschule für politisches Denken aus.

Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall.

## Die religiösen Grundrechte des deutschen Volkes.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Der amtliche Entwurf der neuen Deutschen Reichs-Verfassung bringt in § 19 Bestimmungen, die die Zugehörigkeit des deutschen Staatsbürgers zu einer Religionsgemeinschaft betreffen. Dort wird u. a. bestimmt:

Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung oder seine Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu offenbaren. Die Behörden haben nicht das Recht, danach zu fragen.

Keine Religionsgemeinschaft genießt vor anderen Vorrechte bei dem Staat.

Diese beiden Bestimmungen bedeuten nichts Geringeres als einen Umsturz unserer gesamten kirchlichen Verhältnisse. Wenn nach dem Religionsbekenntnis nicht mehr gefragt werden darf, so fallen z. B. sämtliche gesetzliche Bestimmungen dahin, die bei der Bestellung eines Vormundes dem Mündel einen Vormund der gleichen Konfession sichern — Bestimmungen, die praktisch von außerordentlicher Bedeutung sind. Für das gesamte Schulwesen wird damit die Entscheidung vorweggenommen, die von den einzelstaatlichen Landtagen erst getroffen werden soll: ob der konfessionelle Religionsunterricht beibehalten werden soll oder nicht. Nicht einmal die Forderung des preussischen Lehrervereins kann dann erfüllt werden, daß die anzustellenden Lehrer nach dem Konfessionsverhältnis der Schüler ausgewählt werden sollen. Wie soll der Richter in Ehescheidungsprozessen ohne eine solche Befragung auskommen, wenn beantragt wird, nicht auf eigentliche Scheidung, sondern auf Trennung von Tisch und Bett zu erkennen, wie das katholischer Anschauung entspricht?

Aber auch das Besteuerungsrecht der evangelischen und katholischen Kirche, für das sich die Abgeordneten bei den Wahlen bis hinein in das sozialdemokratische Lager eingesetzt haben, steht auf dem Papier, wenn die Medeaämter keine Notizen mehr darüber haben, zu welcher Religionsgemeinschaft die Zu- und Abziehenden gehören. Wie soll die Kirche, zumal unter großstädtischen Verhältnissen das durch eigene Organe feststellen lassen?

Nicht minder wird der Bestand der großen christlichen Kirchen durch die Bestimmung erschüttert, daß keine Religionsgemeinschaft vor anderen staatliche Vorrechte genießen soll. Bisher haben die evangelische und katholische Kirche sehr erhebliche Vorrechte gehabt. Ihnen allein stand das Recht zu, Lehrplanmäßigen Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen zu fordern. Ihre Feiertage waren als bürgerliche Feiertage anerkannt. Für sie wurden gottesdienstliche Einrichtungen in Heer und Flotte, in Gefängnissen und anderen staatlichen Anstalten getroffen. Ihre Anleihen genossen Mündelsicherheit. Sie hatten das Besteuerungsrecht für ihre Mitglieder. Sie genossen gewisse Steuervorrechte, Portofreiheit, Stempelfreiheit in gewissen Fällen. Daß die sämtlichen übrigen Religionsgemeinschaften von den Adventisten und Darbytten an bis zu den Alt-Katholiken und ebenso die Konfessionslosen und die Freireligiösen dieselben Vorrechte erhalten sollen, ist ausgeschlossen. Der Staat kann nicht neben den christlichen Feiertagen auch die jüdischen und allerlei andere zu bürgerlichen Festtagen erklären. Die Bestimmung des § 19 läuft also darauf hinaus, daß der evangelischen und katholischen Kirche die sämtlichen Vorrechte genommen werden sollen, die ihrer Größe, ihrer geschichtlichen Stellung und ihrer Bedeutung für das Volksleben entsprechen. Sie sollen in die Stellung von Sekten hinabgedrückt werden. Das dürfen und das werden die evangelische und die katholische Kirche sich nicht gefallen lassen.

Es ist klar, daß den Urhebern des Verfassungsentwurfs außer den Grundrechten von 1849, die praktisch nicht verwirklicht worden sind, die englischen und amerikanischen Verhältnisse vorgeschwebt haben. In den angelsächsischen Ländern ist in der Tat die Befragung nach dem Religionsbekenntnis verboten. In Amerika ist von den Vorrechten bestimmter Kirchen offiziell nicht die Rede. Allein die angelsächsische Welt lebt nun einmal unter ganz anderen Bedingungen als die deutsche. England, das Jahrhundertlang ein fast rein protestantisches Land war, weiß nichts von den konfessionellen Nöten und Schwierigkeiten, an denen das deutsche Volk als das Volk zweier großer Konfessionen zu tragen hat. Dort ist das gesamte Volksleben seit

Jahrhunderten auf der Grundlage freiwilliger Leistungen aufgebaut. Wie man dort die Krankenhäuser im wesentlichen auf freiwillige Gaben gründet, so haben auch die Kirchen von jeher auf Personalsteuern verzichtet. Sie haben es dahin gebracht, daß sie mit diesen freiwilligen Beiträgen — zu denen für die Landeskirche noch Einnahmen aus Grundbesitz und Grundsteuern kommen — zur Not zu existieren vermögen. Das mag auch für Deutschland als erstrebenswertes Ziel ins Auge gefaßt werden. Aber von heute auf morgen kann ein Gemeinwesen, das bisher nach althergebrachter deutscher Art auf gesetzlichen Leistungen aufgebaut war, nicht in die Atmosphäre reiner Freiwilligkeit übergeführt werden. Sonst wird sie in eine Katastrophe gestürzt, unter der insbesondere diejenigen Gemeinden zu leiden haben, die sich aus Angehörigen der ärmeren Bevölkerungsschichten zusammensetzen. Nein: das englische Vorbild kann für uns nicht maßgebend sein. Wir haben deutsche Verhältnisse. Wir fordern deutsche Grundrechte für das deutsche Volk. Und diese Forderung kann nur so erfüllt werden, daß § 19 der neuen Verfassung von Grund auf umgestaltet wird.

**Sachsens sozialistische Beglückung.****Die Utopien des sächsischen Zentralrats.**

Dresden, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung der „Täglichen Rundschau“.) Der Zukunftsstaat in Sachsen steht unmittelbar vor der Tür. Der Zentralrat des Landes- und S.-Rates für Sachsen hat eine Denkschrift ausgearbeitet, die der Regierung in den nächsten Tagen unterbreitet werden wird. Wir hören darüber folgendes: Die Denkschrift verlangt die Ausarbeitung eines Gesamtwirtschaftsplanes, die Förderung des Konzentrationsprozesses der Großorganisation, also zunächst der Staats- und Gemeindebetriebe, der Produktionsgenossenschaften, Kartelle und Bankkonzerne, der Gewerkschaften, Verbrauchs- und Kommunalverbände. Sie sollen zusammenwachsen zu einem einzigen übersehbaren und beherrschbaren System. Diese Verordnung ist angeblich das einzige Verfahren, um eine wirksame Förderung der Erzeugung zu verbürgen, ebenso wie es die sozialistische Verteilung der Erzeugnisse allein ermöglicht. Die Zuteilung beruht auf Zuordnung einer Mindestmenge von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und sogar von Vergnügungsmöglichkeiten an jeden Sachsen. Die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen ist selbstverständliche Voraussetzung. Der Zeitpunkt für die Sozialisierung sei, so behauptet die Denkschrift, niemals günstiger gewesen als heute und werde nie wieder so günstig werden. Auch hierüber ließe sich streiten. Unter anderem will die Denkschrift auch die Organisation der Verträge und gewisser Formen des Kleinhandels mit allen Mitteln einschränken. Entscheidend sei die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes für Sachsen, dessen Aufgabe es sei, zunächst eine Uebersicht über die produktiven Kräfte des Landes zu schaffen. Privatwirtschaftliche Geheimnisse könne die sozialistische Gesellschaft nicht mehr. Es sei daher weitgehende Vollmacht vorgesehen für das Zentralwirtschaftsamt, überall Auskünfte zu verlangen. Jedes Jahr soll ein Wirtschaftsplan ausgearbeitet und von der Volksvertretung genehmigt werden. Die Denkschrift schließt mit dem Verlangen, nachfolgenden Geszentwurf, aus dem deutlich das Ziel und die Zukunft hervorgehen, anzunehmen: Gesetz über Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes, über dessen Befugnisse statistische Erhebungen zu veranlassen oder zu beeinflussen sind, und über allgemeine Auskunftspflicht gegenüber diesem Amt; ein allgemeines Arbeitspflichtgesetz für alle Sachsen; ferner ein Gesetz, das jedem Sachsen eine Mindestmenge von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügungen sichert, ein Gesetz über die Zwangsorganisation der Erzeuger und

Verantwortung ihrer Organisationen, Gesetze über staatlich zu beaufsichtigende Zwangsartelle, über gewerkschaftliche Zwangsorganisationen, über Zwangsorganisation der Verbraucher, über Enteignung des städtischen und ländlichen Grund und Bodens, der Forsten, industrieller Betriebe, Verkehrsbetriebe, ferner zwangsweise Zusammenlegung von Betrieben, ferner auch ein Gesetz über den Ausschub der Entschädigung bei Enteignungen. — Die schönste Zukunft für alle Sachsen also, namentlich für diejenigen, die nach den letzten Geszentwürfen noch nicht einmal eine Entschädigung für ihr Besitztum erhalten haben. Da bekanntlich in Sachsen eine sozialistische Mehrheit in der Volkskammer besteht, so ist diese Denkschrift durchaus nicht so leicht zu nehmen, wie sie eigentlich jedem vernünftig denkenden Menschen erscheinen müßte.

14. II. 1919

### Wirtschaftliche Befinnung.

Die gehobene Stimmung, die aus den Weimarer Berichten spricht, birgt die Gefahr in sich, hinwegzutäuschen über die wirtschaftliche Not der Stunde. Es ist aber notwendig, daß jeder einzelne Deutsche sein Handeln und seine Lebensführung bei unsen läßt durch die schwere wirtschaftliche Krise, in der wir uns befinden, und es ist ganz besonders wichtig, daß die Träger der Verantwortung in der Regierung und in der Nationalversammlung keinen Augenblick vergessen, daß der schärfste politische Oberbau uns nichts helfen kann, wenn es nicht gelingt, die wirtschaftlichen Fundamente zu retten. Eine kleine Auslese des täglichen Einkaufes zuverlässiger Industrieberichte verdient es deshalb, als Mahnung zum Blick auf die Wirtschaft hervorgehoben zu werden.

Im Haller Bezirk stellt nach einem Handelskammerbericht die Braunkohlenproduktion augenblicklich nur noch den zehnten Teil der Friedensproduktion dar.

Aus der Lederindustrie wird berichtet, daß die Leistung bis zum dritten Teil der Friedensarbeitsleistung gesunken ist.

Eine Firma der Feinmechanik weist nach, daß innerhalb der letzten Monate die Produktion auf ein Zehntel zurückgegangen ist, obgleich Arbeiterentlassungen nicht stattgefunden haben.

Aus verschiedenen Zweigen der Metall-, Zigarren-, Delindustrie, des Baugewerbes wird berichtet, daß die Rentabilität ausgedehnter soweit gehen, daß die Rentabilität ausgeschlossen ist. Mangel an Rohstoffen macht sich namentlich in der Textilindustrie, der optischen Industrie, der Seifen- und Delindustrie, der Lederwarenindustrie und in allen Lebensmittelgewerben stark fühlbar.

Der Kohlenmangel zwingt an vielen Stellen zu Betriebsstillegungen, z. B. haben die großen Magdeburger Maschinenfabriken Teile ihrer Betriebe bereits einstellen müssen.

Der Stahlwerksverband verkündet neue riesenhafte Preissteigerungen. Als Beispiel sei angeführt, daß Formeisen 1914 110 M. kostete, 1918 160 M., Januar 1919 320 M., ab 1. März 1919 420 M. Zu dieser riesenhaften Preissteigerung schreibt der Verband, daß nach den Berichten der Hüttenwerke infolge der Lohnforderungen und des Rückganges der Produktion auch die bestfundierten Betriebe in absehbarer Zeit mit dem Verlust ihres gesamten Vermögens und der Notwendigkeit des Erliegens rechnen müssen. Auch durch die neuen beispiellos hohen Preise sollen die Selbstkosten der Werke bei weitem nicht erreicht werden.

Diese kurze Zusammenstellung zeigt, daß wir keinen Augenblick vergessen dürfen, was wir durch eigene Arbeit und durch die dringend zu fordernde Erleichterung der Blockade schnell erreichen müssen, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhüten.

Der Bund  
15. I. 1919

98

## Staatsbürgerkurse der Stadt Bern

An die bernische Jungmannschaft!

Werte Freunde! Am 28. Juli 1918 ist Herr Nationalrat Felix Koch, die Seele der Berner Staatsbürgerkurse, als Opfer der Grippe von uns genommen worden. Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht, hier mit einem Worte des Dankes dieses Mannes zu gedenken, der als Pionier der staatsbürgerlichen Erziehung rastlos am Ausbau unserer Kurse gearbeitet hat. Ehre seinem Andenken!

Zum sechstenmal richten wir an die jungen Männer aller Berufsarten und an die Frauen und Töchter Berns die Einladung zum Besuche unserer staatsbürgerlichen Unterrichtskurse. Mehr denn je kommt es heute auf die Einsicht jedes einzelnen Bürgers an. Den jungen Mann auf seine Staatsbürgerpflichten vorzubereiten, ist Zweck unserer Kurse und eine Notwendigkeit der Stunde.

Im Vordergrund der öffentlichen Interessen steht heute die Frage der Lebensmittelpflichtversorgung. Der Krieg ist beendet, wir stehen in der Periode der Uebergangswirtschaft. Trotzdem sind die Preise immer noch im Steigen begriffen und die Knappheit wird immer empfindlicher. Dazu stehen wir vor einer Massenarbeitslosigkeit, die in weite Kreise der Bevölkerung Not und Entbehrung tragen wird. Mit ihr steigt die Unzufriedenheit von Tag zu Tag. Das sind schlimme Gäste im eigenen Haus. Noch schlimmere stehen draussen und begehren Einlass. Wie in früheren Jahrhunderten, wird Europa heute wieder aus dem Osten her von einer schweren Gefahr bedroht. Der Bolschewismus, aus der Not geboren, auf falscher Bahn gedrängt, droht jedes staatliche Gebilde zu zerplündern. Er hofft, durch Bürgerkrieg den endlichen Völkfrieden zu erlangen. Sein Ziel ist die Internationale, seine Begleiter sind Hunger, Unordnung, Arbeitslosigkeit. Aus dem Westen kommt eine andere Gefahr. Die Regierungen mächtiger Länder hoffen die Zukunft nach dem «Droit de la force» gestalten zu können. Eine große Nation soll geknechtet, gegenwärtige und zukünftige Generationen sollen vergewaltigt werden. Wie kann Europa aus einem solchen Gewaltfrieden der wahre Völkfrieden und der ideale Völkerbund entstehen.

Das sind die großen, weltbewegenden Fragen, die uns aus unserer Ruhe aufschrecken. Keiner kann ihnen gleichgültig gegenüberstehen, da Hunger, Massenstreik, Revolution in nächster Nähe gerückt, geordnete Staatswesen in Trümmerhaufen verwandelt sind. Das deutsche Volk droht zugrunde zu gehen, weil es politisch und staatsbürgerlich nicht erzogen war. In dem Moment, da seine Leiter das Staatsschiff verlassen haben, ist es führer- und ziellos geworden. Angesichts der gewaltigen Katastrophe, die über das deutsche Volk hereingebrochen ist, muß in der Schweiz die Forderung nach

### staatsbürgerlicher Erziehung

mit größerer Kraft als je erhoben werden.

Zahlreich sind auch die Fragen auf eidgenössischem Boden, die nach Regelung drängen. Wir erwähnen das Finanzproblem, die Sanierung des brüchig gewordenen Verhältnisses zwischen Staat und Arbeiter- und Beamtenchaft, die allgemeine Alters- und Invalidenversicherung, Frauenstimmrecht und endlich die militärische Abrüstungsfrage. Es handelt sich hier um Fragen von großer, allgemeiner Bedeutung, an denen gerade die Jungmannschaft das größte Interesse nehmen muß. Wir zimmern uns hier das eigene Haus!

Durch die Grippe-Epidemie ist leider die Eröffnung des Kurses im Oktober 1918 verhindert worden. Heute dürfen wir es wagen, Sie zu einem ersten Kursabend einzuladen, der angelegt ist auf Donnerstag, 16. Januar 1919, abends 8 Uhr, im Bürgerjaale des Bürgerhauses.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag von Herrn Parteisekretär Kaiser über

Aktuelle innerpolitische Fragen. 3. Freie Diskussion.

Ueber das weitere Kursprogramm wird am Abend selber entschieden.

Von den Kursteilnehmern wird keinerlei parteipolitisches oder religiöses Glaubensbekenntnis verlangt.

Wir laden unsere alten Kursmitglieder sowie alle Interessenten dringend ein, dem Diskussionsabend beizuwohnen und unsere Bestrebungen zu unterstützen.

Bern, Januar 1919.

Der Vorstand der Staatsbürgerkurse.

## Kann Berlin als Hauptstadt ausgeschaltet werden?

Von Erich Schlaifer.

Wir haben in einem früheren Artikel die Gründe untersucht, die rings im deutschen Land eine Abneigung gegen Berlin hervorgerufen haben. Wenn man augenblicklich so weit geht, Spreeathen als Hauptstadt absetzen zu wollen, meinen wir darin eine Auflösungserscheinung zu sehen, die mit der allgemeinen Forderung unseres staatlichen Gefüges zusammenhängt. Wenn es gelungen ist, den wüsten Spul der Spartakusleute und ihrer heimlichen Gönner in die Erde zu bannen, wenn die unfähige Herrschaft der unterschiedlichen Arbeiter- und Soldatenräte aufgehoben und durch vernünftige Verwaltungsformen ersetzt ist, glauben wir nicht, daß man in der Provinz an so finsternen Plänen festhalten wird. Sollte es aber doch geschehen, würde es lediglich bedeuten, daß über das politische Gewicht Berlins außerordentliche mangelhafte Vorstellungen verbreitet sind.

Man befindet sich in einem Irrtum, wenn man glaubt, daß ein Volk seine Hauptstadt nach freiem Willen bestimmen könne. Die eine Stadt fällt leichter, die andere schwerer in die Waage: das hängt von der Stadt selber ab und kann durch obrigkeitliche Bestimmungen nicht geändert werden. Berlin aber führt ein so mächtiges Schwert, daß es die Hauptstadt des deutschen Reiches bleiben würde, auch wenn man zehnmal die Regierung anderswo hinlegen wollte. Wenn wir in den folgenden Zeilen unternehmen, über diesen Tatbestand ein klares Licht zu breiten, tragen wir hoffentlich zur Eindämmung der Auflösungsbestrebungen bei, die unser armes Land zu vernichten drohen.

Die unüberwindliche Stärke Berlins liegt in seiner Einwohnerzahl. Was die vier Millionen Menschen im Grunde bedeuten, die in Groß-Berlin zusammenwohnen, kommt nur wenigen zum Bewußtsein. Sie gleichen in der Tat einer ungeheuren elektrischen Batterie, die keine Macht der Erde aufheben kann und deren Ausstrahlungen unter allen Umständen durch ganz Deutschland gefühlt werden müssen. Um von den allgemeinen Ansichten zu konkreten Untersuchungen zu kommen, wollen wir die einzelnen Einflusssphären der Hauptstadt gefondert durchwandern. Da ihre Theaterherrschaft für unser ganzes Volk ein so schweres Unglück bedeutet, mag damit angefangen sein.

Was braucht ein Theater in der gegenwärtigen kapitalistischen Welt, wenn es sich entfalten soll?

Es braucht Geld. Im Haus sind große Summen festgelegt, die verzinst werden müssen. Die Schauspieler, die Chormitglieder, die technischen Kräfte, das kaufmännische Personal, die Arbeiter wollen bezahlt sein. Die Ausstattung verschlingt im Laufe der Jahre Hunderttausende. Geld muß also vorhanden sein, damit der weitsichtige Apparat erhalten werden kann.

Von wem aber stammt das Geld?

Vom Publikum. Wenn ein Theater viel Publikum hat, hat es reiche Entfaltungsmöglichkeiten und kann alle anderen überflügeln. Es kann malerische Talente anstellen, die ihm geschmackvolle Bühnenbilder ersinnen und kann die Verwandlungen mit maschineller Kraft durchführen. Es kann in die Ausstattung eines einzigen Stücks Summen hineinstecken, bei denen einem Provinzdirector der Verstand stillsteht. Es kann die begabtesten Schauspieler an sich fesseln, weil es die höchsten Gehälter zahlt. Es kann mit den dramatischen Schriftstellern Vorzugsverträge abschließen, weil es ihnen die beste schauspielerische Ausführung und die höchsten Gewinnanteile zu bieten vermag. Wenn es über viel Publikum verfügt, hat es alle Macht auf seiner Seite und kommt ganz von selber zu einer führenden Stellung. Nun aber hat Berlin ein Publikum, das von keiner anderen Stadt erreicht wird. Wie glaubt man diese Tatsache aufheben zu können? Man kann den Sitz der Regierung nach Weimar verlegen, das Theater in Weimar aber wird auch dann eine stille Provinzbühne bleiben, die weder an künstlerischen noch technischen Mitteln mit den großen Theatern Berlins verglichen werden kann. Wer mit dem Theaterleben Berlins unzufrieden ist, muß seinen Groll gegen die internationalen Elemente richten, die von hier aus ganz Deutschland vergiften. Er darf aber nicht glauben, daß der Einfluß einer Millionenstadt sich so einfach aus der Welt dekretieren lasse. Die geistigen Selbständigkeitsbestrebungen anderer Städte sind mit hoher Freude zu begrüßen, aber sie haben uns nicht zu erlösen vermocht. Auch wenn wir Berlin seines politischen Ranges als Hauptstadt entkleiden, würde nichts gewonnen sein. Die Ausschaltung würde an der grundlegenden Tatsache nichts ändern, daß hier ungeheure Menschenmassen zusammenwohnen. Wir müssen alle Kräfte daransehen, Berlin dem Deutschland zurückzuerobern. Wir müssen es aus einem Zentrum des Verderbens in ein Zentrum des nationalen Segens verwandeln. Wir dürfen uns aber nicht von dem Wahn umnebeln lassen, als ob wir es ausschalten könnten.

19. II. 1919

Und wie steht es mit der Musik? Man überblicke einmal im Anzeigenteil einer Berliner Zeitung die sinnverwirrende Fülle der Darbietungen. Es ist uns nicht unbekannt, was Bayreuth und Dresden leisten und wir haben es an tatkräftiger Förderung niemals fehlen lassen. Der mächtige Musikbetrieb aber, der von den Berliner Millionen getragen wird, wird immer ein beachtenswerter Faktor bleiben. Man beißt auf Granit, wenn man so derartige Dinge aus der Welt schaffen will.

Malerel? Wo viele Menschen wohnen, findet der Künstler viele Käufer und Aufträge. Schlimm genug, daß der Berliner Kunsthandel wie alles andere in fremde Hände geraten ist und zur Entwurzelung des Deutschtums gemißbraucht wird. Indem wir aber die Augen schließen und die Berliner Nachstellung aus der Welt träumen, ändern wir nichts. Wenn wir uns zurückziehen, erreichen wir nur, daß die deutschfeindliche Sippe sich immer tiefer einnistet und unser Volk immer schlimmer unter die Fuchtel bringt. Wir müssen

arbeiten, arbeiten, arbeiten! Wir müssen dafür sorgen, daß die nun einmal vorhandene Macht in den Dienst der nationalen Kultur gestellt wird. Wenn wir uns grollend in den Winkel stellen, scheiden wir nicht Berlin, sondern uns selber aus.

Vor allem aber: wie steht's mit der Berliner Presse, auf der ein so großes Stück des hauptstädtischen Einflusses beruht? Jeder Laie weiß, daß die Presse Leser und Anzeigen braucht, wenn sie sich entwickeln soll. Leser und Anzeigen aber sind in den volkreichen Zentren zu finden, und eben darum ist die Berliner Presse so stark geworden. Kann eine Zeitung einen kostspieligen Telegrammdienst einrichten, greifen auch die Gegner nach ihr, weil auch die Gegner unterrichtet sein wollen. Glaubt man nun wirklich, daß man in Kuchsnappel eine große Presse züchtet, weil man den löblichen Ort zum Sitz der Regierung macht? Wenn aber die unzerstörbare Nachstellung der Berliner Presse erhalten bleibt, wird sie auch weiter den Berliner Einfluß in die entferntesten Winkel des Landes tragen.

Und wie will man um die Tatsache herumkommen, daß in Berlin nun einmal Galerien und Museen vorhanden sind, die zu den ersten Europas gehören? Was wollen wir mit den wissenschaftlichen Instituten anfangen, die hier ihren Sitz haben? Wo sollen die Millionenwerte bleiben, die in den Fabrikanlagen stecken? Wie will man verhindern, daß geistige und politische Reformbestrebungen sich besonders hier einstellen, wo sie viele Menschen als Anhänger gewinnen können? Ach nein, wir dürfen uns auch durch die berechtigteste Abneigung nicht zu einer Kulturpolitik verführen lassen, die uns mit unerbittlicher Notwendigkeit nur tiefer ins Elend bringen würde. Wir wollen die Geister entkammern, daß die deutsche Hauptstadt endlich von den Deutschen erobert werde. Wir können eine Millionenstadt aber nicht aufheben, um dafür irgendein beschauliches Provinzstädtchen zum Mittelpunkt zu machen.

20.7.1919

**Unsere Finanzkommission in Paris.**

(Den Vertretern der Stadt Wien die Einreise untersagt.)

Im Stadtrate machte gestern Bürgermeister Doktor Weiskirchner die Mitteilung, daß den Mitgliedern der deutschösterreichischen Finanzkommission in Bern die Einreise nach Paris nur teilweise erlaubt wurde. Dem mit der Vollmacht der Gemeinde Wien ausgestatteten Direktor Dr. Adler und dem Gemeinderate v. Schwarz-Hiller wurde die Einreise nicht gestattet. Auf Beschluß des Stadtrates wurden der Bürgermeister und Vizebürgermeister Neumann ersucht, beim Staatssekretär Dr. Bauer in dieser Angelegenheit zu vermitteln und den Widerruf der dem Dr. Adler erteilten Vollmacht in Aussicht zu stellen, wenn nicht ein Delegierter der Gemeinde den Verhandlungen beigezogen wird. Der Bürgermeister bemerkte, daß ein Vertreter der Gemeinde Wien bei der Kommission in Paris anwesend sein müsse, weil ein staatlicher Vertreter nicht ermächtigt sei, große Verpflichtungen der Gemeinde zu übernehmen, mit denen sich dann diese nicht einverstanden erklären könnten.

102

21. II. 1919

## Die Vergesellschaftung des Eigentums in Deutschösterreich.

### Richtlinien der sozialdemokratischen Partei im Nationalrat.

Wien, 20. Februar.

Die Politik von Deutschösterreich ist jetzt auf die Vereinigung mit Deutschland gerichtet. Jeder politische Beschluß, der den Zweck hat, nicht bloß die laufenden Bedürfnisse der Gesetzgebung zu befriedigen, sondern zu gestalten und für die Dauer zu schaffen, muß mit dem Wunsche nach der Übereinstimmung mit den Grundlinien der deutschen Politik gefaßt werden. Deshalb ist es fraglich, ob wir bis für die Zeit des Ueberganges nicht mit der Novemberverfassung und mit den späteren Ergänzungen das Auskommen finden könnten. Wenn dies nicht geschähe, würde Deutschösterreich in einem Jahre unter drei verschiedenen Verfassungen gelebt haben, was selbst für eine revolutionäre Zeit zu viel ist. Die sozialdemokratische Partei hat in den Richtlinien den Zusammenhang zwischen unserer inneren Politik und dem Anschlusse nicht vergessen, aber dennoch für notwendig gehalten, in den Urteilen den Entwurf einer Verfassung, die wohl die radikalste in den zivilisierten Ländern wäre, auszuarbeiten.

Das Muster war im allgemeinen die Verfassung der Schweiz. Aber die sozialdemokratische Partei geht noch über die demokratischen Einrichtungen der Eidgenossenschaft, dieser alten Republik, hinaus. Die Schweiz hat das Zweikammerystem, den Nationalrat und den Ständerat. Deutschösterreich soll nur eine Kammer, den Nationalrat, haben. In der Schweiz bilden der Nationalrat und der Ständerat die Bundesversammlung, welche sich vereinigen, wenn sie den Bundesrat, die aus sieben Mitgliedern bestehende Vollzugsbehörde der Schweiz, wählen. In Deutschösterreich sollen der Staatskanzler und die Staatssekretäre von der Nationalversammlung gewählt werden. Der Einfluß einer zweiten Kammer wie die des Ständerates in der Schweiz, der jedenfalls die mäßigende Wirkung hat, wird ausgeschaltet. In der Schweiz wählen die sieben Mitglieder des Bundesrates den Bundespräsidenten. Deutschösterreich würde keinen Präsidenten haben und auch der Staatsrat, von dem bisher die Ernennungen ausgegangen sind, soll abgeschafft werden. Die Bestimmungen der Verfassung in der Schweiz über die Volksabstimmung sollen in Deutschösterreich nachgeahmt werden. In der Schweiz muß eine Volksabstimmung stattfinden, wenn acht Kantone oder dreißigtausend Staatsbürger es verlangen.

Eine Sozialisierungskommission soll eingesetzt werden, bestehend aus Fachmännern, die Vorschläge über die Vergesellschaftung einzelner Zweige der Großindustrie, des Großhandels, des Bank- und Versicherungswesens und über die Enteignung des Großgrundbesizes binnen drei Monaten zu machen hätte. Der deutsche Ministerpräsident Scheidemann hat über die Vergesellschaftung des Eigentums Folgendes gesagt: Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstande einen privaten monopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen, soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen. Insbesondere Bergwerke und die Erzeugung von Energie sind für die einheitliche Regelung durch die Gesamtheit reif geworden und in örtliche oder in gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung oder vom Reiche, staatlichen oder Gemeindeverbänden zu übernehmen.

Die Kommission, welche die sozialdemokratische Partei unseres Nationalrates einsetzen will, hätte viel radikalere Pläne zu prüfen und sich nicht bloß insbesondere mit Bergwerken und mit der Erzeugung von Energie zu befassen. Deutschösterreich hat, wenn von der Alpinen Montangesellschaft und den Braunkohlenwerken in Steiermark und Ober-

österreich abgesehen wird, eine sehr geringe Bergwerksindustrie und die Erzeugung ist mit der in Deutschland nicht zu vergleichen. Die Grenzen für die Eingriffe des Staates in die wirtschaftliche Tätigkeit sind immer wechselnd gewesen. Es hat eine Zeit gegeben, in der die in diesem Blatte so frühzeitig empfohlene Verstaatlichung der Eisenbahnen als kühner Staatssozialismus verschrien war. Es mögen im Wechsel der Ansichten noch manche Gebiete von der Privat-tätigkeit ausgeschlossen werden, was bei den Versicherungen schon so häufig geschieht. Verstaatlichungen durch eine Kommission prüfen zu lassen, ist keine grundsätzliche Frage. Der Staat kann jedoch die einschneidende Maßregel der Verstaatlichung selbst unter Wahrung aller Privatrechte und mit richtiger Auswahl nur dann treffen, wenn er politisch und wirtschaftlich gesund ist, wenn sein Kredit höher geschätzt wird als der private, die Absatzfähigkeit für Staatswerte nicht schon früher erschöpft wurde und Krisen nicht zur äußersten Vorsicht drängen. Der frühere Staat hat Kohlenwerke in Böhmen, eine Petroleumanstalt in Galizien und die alten Salzwerke betrieben. Dazu braucht die Republik nicht gerade sozialistisch zu sein. Aber die industrielle Krise ist so ernst, daß sich alle Parteien hüten müssen, die von der sozialdemokratischen Partei selbst gewünschte Wiederaufnahme der Produktion durch entmutigende Störungen und Umwälzungen noch mehr zu erschweren.

(Die Wasserkräfte und die Integrität Ungarns.) Sektionsrat Eduard Viczián veröffentlicht unter dem Titel „Egységes vizgazdálkodás és vízerőhalmozás Magyarországon integritásának fenntartásával“ eine kurzgefasste Studie, in der die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Wahrung von Ungarns territorialer Integrität vom Gesichtspunkte der Wasserkräfte und der Energieproduktion nachgewiesen wird. Seine Ausführungen gipfeln in dem folgenden Ergebnis: Durch die zentrale Regelung des Wassernetzes der Karpathen würden im einheitlichen Ungarn sowohl Magyaren als Nichtmagyaren die Befriedigung ihrer besonderen sowie ihrer gemeinsamen Interessen finden, weil der Schutz gegen Überschwemmung, die Energieproduktion, die Schifffahrt und Verieselung nur durch gemeinsame Arbeit und Opfer der innerhalb der Karpathen wohnenden Völker gelöst werden kann. Die hier lebenden Völker können die Erfordernisse ihrer Industrie, ihres Verkehrs, ihrer Produktion und Lebensmittelversorgung dann am besten befriedigen, wenn die wirtschaftliche Unversehrtheit des Landes keinen Abbruch erleidet. Würde aber das Land in sechs, sieben Stücke zerrissen werden, und zwar in der Weise, daß ein großer Teil dieser Gebiete entgegen den Wilsonschen Prinzipien an die Nachbarstaaten angegliedert würde, so bedeutete dies die größte Vergewaltigung gegen die hydrographische Einheit des Karpathenbeckens, die auch die mit den Nachbarländern gemeinsamen Interessen schwer schädigen würde. Die Notwendigkeit der Belassung der wirtschaftlichen Integrität Ungarns wird durch folgende Hauptargumente begründet: Die Sicherheit von sieben Millionen Joch unmbationsreien Ackerbodens; die Schöpfung einer 24 Millionen Pferdekraft starken hydroelektrischen Landes-Hauptleitung, die Verieselung von mehreren tausend Joch Feldern und schließlich die Schiffbarmachung eines etwa 2000 Kilometer langen Wasserobflusses. Die trefflichen und überzeugenden Erörterungen Vicziáns werden unseren Friedensbelegierten in der Verteidigung unserer wirtschaftlichen Integrität sicherlich als wirksame Waffe dienen.

23. / 11. 1919

104

## Einkommen und Auskommen.

Die schier unüberbrückbare Kluft, die zwischen den Einnahmen und Ausgaben vom Staats-, Gemeinde- und Einzelhaushalt in die Erscheinung tritt und die den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu einem fast unlösbaren Problem macht, erweitert und vertieft sich von Tag zu Tag. Jeder Tag bringt neue Hindernisse auf dem Gebiet der Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Heizmaterial, jeder Tag bringt eine neue Entwertung des Geldes. Schwarz und düster ist die Zukunft verhängt, in die das Auge hoffnung- und trostsuchend vergeblich ausfährt. Keinen Schritt kommen wir irgendeiner Besserung nach irgendeiner Richtung näher; im Gegenteil: die Sorgen der einzelnen, die Sorgen der Staatslenker und Stadtväter vermehren und verschärfen sich mit jedem neuen Tag. Der Markt verödet, die Kohlenlager sind leer, die Zufuhr nach allen Seiten immer vehementer abgeperrt; die rationierten Artikel immer mehr eingeschränkt. Fleischlose Wochen ohne Küchenbrand, vollständiges Fehlen von Fischen, Eiern und Kartoffeln, vollständiges Versagen der Kaufkraft, bedrohliche Arbeitslosigkeit, Stöckung von Handel und Verkehr, immer drohendere Maßnahmen des Feindes durch Wegnahme wichtiger Transportmittel: kaum noch irgendein Ausweg aus dieser verzweifeltsten Situation!

Der Staat braucht Steuern, die Stadt braucht Einnahmen, und das Volk, bis auf eine ganz dünne Oberschichte, hat kein Geld, um dieser Steuerlast gerecht zu werden. Daneben, wie mitten in einem Wahnsinnstreiben ungeheures Anschwellen der Vergnügenssucht: alle Theater, alle Kinos, alle Belustigungslokale überfüllt, als ob diese noch kaufkräftige Oberschichte ihr Geld, dem sie keinerlei Wert mehr beimißt, noch rasch in Stunden der Betäubung los werden möchte. Und neben dem vollständigen Mangel der notwendigsten Lebensmittel, die zur offiziellen Verteilung gelangen oder gelangen sollten, ein wahnwitziges Anschwellen des Schleichhandels, ein unsinniges Angebot von Lebensmitteln zu kaum mehr fahbaren Preisen. Jeder Kauf ist wie ein Raub, das Leben des einzelnen, vollständig von der moralischen Erwägung vom Gleichgewicht zwischen Einkommen und Auskommen abaelöst, erscheint wie die Lebensführung von Hochstaplern und Gasardeuren.

Ein entsetzliches Gefühl, daß alles einem Abgrund zutreibt, und statt zu rettender Tat, zu energischem Aufrufen, zu wirklicher, durchgreifender Hilfe, besetzt alle Kreise nur ein dumpfes Gefühl, daß doch im letzten Moment noch irgendein Wunder geschehen müßte.

Nun heißt es aber wirklich: „Alle Mann an Bord, wenn das Schiff brennt!“ Alle müssen sich um die wirtschaftspolitische Führung scharen, das gesamte Bürgertum hinter seinen Führern stehen, das Bürgertum, das in seinem Anschluß an Deutschland ein mächtiges Erstarren seiner freien Elemente, seiner großen Organisation ebenso zu erwarten hat, wie dies die Arbeiterschaft ihrerseits durch den Anschluß an Deutschland für ihre Kreise zuversichtlich erhofft.

Wenn nur erst wieder die einfache Hausfrau das Gleichgewicht in ihrer kleinen Geldbörse zwischen Einnahmen und Ausgaben findet, wenn nur erst wieder der Einkaufsforb durch die Einnahmen der Hausgenossen gefüllt und der Tisch durch diese Einnahmen bestellt werden kann, wenn nur erst wieder das Gespenst der Verdienstlosigkeit und des Hungers aus den Häusern der Staatsbürger vertrieben

ist, dann wird für den Staat und für die Stadt auch wieder die Steuerquelle erschlossen, die für den gesamten Haushalt notwendig ist, dann wird das Leben wieder eine wirtschaftlich-ethische Basis, die Arbeit ein erfolgreiches Ziel haben, dann wird für alle die einzige richtige, volkswirtschaftliche Grundlage gelten: Das Gleichgewicht zwischen Einkommen und Auskommen. F. F.-M.

## Kriegsminister Böhm über die Kriegsverluste und die wirtschaftliche Lage Ungarns.

**Gefallen 471.193, verwundet 590.000, gefangen 382.282, vermisst 408.000.**

Budapest, 25. Februar.

Der Arbeiterrat hat gestern eine Sitzung abgehalten, in der Kriegsminister Böhm eine Rede hielt. Er stellte zunächst Ungarns Verluste während des Krieges fest. Von den Militärdienstpflichtigen, jagte Redner, wurden 3.631.336 einberufen und 552.157 entlassen. Auf den Kriegsschauplatz wurden 3.437.776 gebracht. Gefallen sind 471.193, verwundet wurden 590.000, in Gefangenschaft geraten 382.282 und vermisst werden 408.000. Von den letzteren sind zumindest 50 Prozent mit dem Tode abgegangen. In diesen Ziffern sind die Menschenverluste der letzten italienischen Offensiv, die auf 400.000 Mann geschätzt werden, noch nicht enthalten. Die Statistik über die Invaliden, Witwen und Waisen ist noch unvollständig; sie weist insgesamt 252.572 Invaliden, 72.000 Witwen und 144.000 Waisen aus.

Außer den Menschenverlusten ist auch der Materialverlust ungeheuer. Vom Heere wurden anderthalb Millionen Pferde und Lebensmittel im Werte von sieben Milliarden verbraucht. Es wurden maßlose Verschwendungen begangen. Von den Marschkompagnien sind nur 50 Prozent der Mannschaften ins Feld gegangen. Ausrüstungen wurden jedoch für alle ausgewiesen, so daß die Hälfte der Uniformen gestohlen worden ist.

Der Minister kam sodann auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Landes zu sprechen. Von den 63 Komitaten, jagte er, sind 22 völlig, 21 zum Teile besetzt, was eine vollständige Lahmlegung des Verkehrs und des Wirtschaftslebens zur Folge hat. Aus den besetzten Gebieten erhält der Staat keine Steuern. Die Produktion der arabischen Betriebe ist stark zurückgegangen. Die Kohlenproduktion, die im Vorjahre 27.000 Tonnen betragen hat, erreicht heute kaum 12.000 Tonnen. Mit diesem Quantum läßt sich die Industrie nicht erhalten. Auch Eisen steht Ungarn in ungenügender Menge zur Verfügung. Von den Eisenwerken sind 25 Prozent von den Rumänen und 55 Prozent von den Czechen besetzt. Ungarn, das früher Holz ausgeführt hat, verfügt heute weder über Bau- noch über Möbelholz. Von seinen 89 Millionen Hektar Wäldungen befinden sich nur mehr 12 Millionen Hektar im unbesetzten Gebiet. In den Textilbetrieben sind die Verhältnisse noch trauriger. Von der Wollwadenindustrie entfallen auf das verstümmelte Ungarn 15 Prozent, von der Wollspinnindustrie 35 und von der Strick- und Wirkwarenindustrie 50 Prozent. Die Wollproduktion geht beinahe ganz verloren, denn von der Schafzucht des Landes entfallen bloß 7 Prozent auf das verstümmelte Ungarn.

Diese Zahlen sind die Antwort auf die Frage, warum die Hunderttausende Bedürftiger nicht mit Kleidern versehen werden können.

In den Lebensmittelverhältnissen sind die Verhältnisse allgemein bekannt. In einem Lande, wo es keine Rohstoffe, keine Produktion gibt und das Papiergeld nur einen fiktiven Wert hat, ist es geradezu unmöglich, einen sozialistischen Staat zu machen. Das wird noch offenkundiger, wenn man die finanzielle Lage des Staates in Betracht zieht. In den jüngsten drei Monaten der Revolution hat der Staat vier Milliarden verausgabt, während heute die Einkünfte unbedeutend sind.

Nicht nur aus den besetzten Gebieten trifft keine Steuer ein, auch in Budapest bleiben vielfach die Steuern aus. Während in den letzten drei Monaten 69 Millionen Kronen an Steuern gezahlt wurden, wurden im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres 100 Millionen gezahlt. An Kriegsgewinnsteuer wurden im November 1917 20 Millionen, im November 1918 bloß 2 Millionen Kronen gezahlt. Es muß offen herausgesagt werden, daß die wahren Gegenrevolutionäre diejenigen sind, die ihre Steuern nicht zahlen. Die Sabotage der Kapitalisten wird weiter nicht mehr gebuldet werden.

Die Forderung der abgerüsteten Soldaten nach einer Abfertigung von 5400 K. würde eine 25prozentige Belastung des 41 Milliarden ausmachenden Nationalvermögens bedeuten. Es ist unmöglich, einen solchen Wunsch zu erfüllen. Dagegen ist es notwendig, daß der Besitz der Kapitalisten dem öffentlichen Eigentum übergeben werde. Der Staat braucht Milliarden, um Arbeitsgelegenheit zu bieten, denn ohne Produktion gibt es keinen Sozialismus. Man muß, schloß der Minister, darauf gefaßt sein, daß die wahre Gegenrevolution im Frühjahr, wenn die Produktion beginnt, ihr Haupt erheben wird. Die Arbeiterschaft muß einheitlich sein, um mit der Kraft der Einheit die rechtsseitigen Gegenrevolutionäre zu zerschmettern.

Die Ausführungen des Kriegsministers wurden mit großem Beifall aufgenommen.

2. III. 1919

## Diktatur des Proletariats.

Man muß die Sache von zwei Seiten betrachten. Erstens ist die Berechtigung zu untersuchen, zweitens die Nützlichkeit und Durchführbarkeit zu prüfen. Wir können aber dabei trotz aller Gewissenhaftigkeit zu keinem brauchbaren Ergebnis kommen, wenn wir nicht vorher eine Feststellung vornehmen, die für das staatliche Leben im allgemeinen und ganz besonders für die Frage, die wir hier behandeln wollen, von grundlegender und ausschlaggebender Bedeutung ist. Was ist „Proletariat“, was wird jetzt und namentlich im Zusammenhang mit den in Berlin und München aufgestellten Forderungen unter „Proletariat“ verstanden?

„Proletariat“ hieß im alten Rom ein Bürger, der ohne Vermögen und daher ohne „Census“ (Einschätzung zwecks Veranlagung der Steuer) war und dem Staate demnach mit nichts anderem diente, als mit der Erzeugung von „proles“, Nachkommenschaft. Dieser Begriff des Proletariats als des besitzlosen Staatsbürgers im Gegensatz zu den besitzenden Klassen hat sich in der Theorie bis heute erhalten, aber es hat doch infolge einer Verschiebung statgefunden, als in der Praxis die Beschlosigkeit nicht das einzig begriffsbildende Merkmal des Proletariats geblieben ist. Das Proletariat ist heute vor allem eine politische Partei, die sich aus drei verschiedenen und durchaus nicht gleichwertigen Elementen zusammensetzt. Den Hauptbestandteil bildet die politische (sozialdemokratische) organisierte Arbeiterschaft, ein großer Teil jener Volksmasse, die den Namen Proletariat als einen Ehrentitel führt, die stolz darauf ist, daß sie ohne ererbtes Vermögen und ohne ungerechtmäßig erworbene einträgliche Stellen durch ihrer Hände ehrliche und fleißige Arbeit für sich und für Weib und Kind das tägliche Brot verdient. Dieser organisierten Arbeiterschaft steht jeder sozial gerecht und vernünftig denkende Mensch mit voller Sympathie gegenüber, ohne jedoch zu vergessen, daß sie nicht alle Proletariat umfaßt, daß es auch deutschnationale und christlichsoziale Proletariat gibt. Diese Feststellung ist von einer nicht zu unterschätzenden Wichtigkeit! Der Masse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schließt sich nach oben die sozialdemokratische Parteileitung und nach unten ein Gemisch an, das sich zwar auch „Sozialdemokraten“ nennt, aber mit der echten Sozialdemokratie wenig oder auch gar nichts zu tun hat. Auch mitten unter der Arbeiterschaft leben Elemente, die mit ihr keinen organischen Zusammenhang haben, namentlich aus recht wohlhabenden, akademisch gebildeten Kreisen, denen der Sozialismus nicht selten nur Geschäft, Vergnügen oder Sport ist. Die Sozialdemokratie tritt zwar noch außen als ein festgefügtes einheitliches Gebilde auf, ist aber, wie keine andere politische Partei, aus ganz verschiedenartigen, zum Teil sogar tierweseusfremden Elementen zusammengesetzt. Alle zusammen aber nennen sich die „Partei des Proletariats“.

Wenn wir nun von der Diktatur des Proletariats hören, springt uns vor allem die Frage an: Wer diktiert oder soll diktiert? Das echte Proletariat, oder seine mit ihm unorganisch vermischten Anhängel? Nehmen wir an, die wirkliche sozialdemokratische Arbeiterschaft fordere für sich die Diktatur. Sofort erhebt sich die zweite Frage: Warum gerade das sozialdemokratische Proletariat und nicht das deutschnationale oder das christlichsoziale? Warum wird die Herrschaft einer Partei begrenzten politischen Gruppe, einer ausgesprochenen Minderheit des ganzen Volkes gefordert? Denn wenn wir alles, was sich zur

Sozialdemokratie rechnet und nicht wesentlich zu ihr gehört, wegnimmt, bleibt im allergünstigsten Falle ein Viertel der Bevölkerung, das über die drei anderen Viertel eine „Diktatur“ ausüben will. Und damit entfällt auch schon die Frage nach der Berechtigung. Die Forderung geht dann auf eine Machtfrage hinaus, und auch diese wird nicht durch die Macht der Mehrheit und noch weniger durch die Macht der logisch-politischen Beweisführung entschieden, sondern durch rohe, rücksichtslose Gewaltanwendung. Mit Maschinengewehren und Handgranaten glaubt aber nur ein ganz bestimmter Teil der Bevölkerung, den man ja gar nicht näher zu beschreiben braucht, seiner politischen Ueberzeugung Achtung und Richtigkeit verschaffen zu können. Die organisierte sozialdemokratische Arbeiterschaft sieht dies auch vollkommen ein, und darum sind die Spartakisten doch nicht die Herren von Deutschland geworden. Aus sich selbst heraus haben aber die Kommunisten auch gar nicht die Idee von ihrer „Diktatur“. Sie wurde ihnen eingegeben von den Führern, sie selber sind nur Mittel zum Zweck, und dieses Zweck ist — die Diktatur der Führer. In diesem Sinne gesehen schaut die Sache schon ganz anders aus. Das Schlagwort von der Diktatur des Proletariats bedeutet gar nichts anderes, als die Verhängung einiger weniger Demagogen: Wir wollen die Herrschaft über das ganze Volk an uns reißen. Und wenn wir den Führern der Kommunisten etwas näher ins Gesicht schauen, merken wir: sie sind durchwegs Juden... Und so, wie es beim linken Flügel der Sozialdemokratie bestellt ist, ist es auch in der ganzen Partei: die Fäden laufen in den Händen einiger Juden zusammen. Solange sich aber das sozialdemokratische Proletariat der Führung von Semiten unterwirft, wird es niemals den Vorwurf ablehnen oder gar entkräften können: daß alle von der deutschnationalen Arbeiterschaft aufgebrachte Intelligenz nicht hinreicht, um ihr die Befähigung zu geben, sich selbst, geschweige denn ihr ganzes Volk zu regieren. Wer im innersten Überzeugt ist, daß seine geistigen Fähigkeiten zu einer Herrscherrolle ausreichen, geht nicht zu einem weseusfremden Volkstamm und holt sich von dort geistige Führer. Darum trägt jeder deutsche Arbeiter, der einem jüdischen Parteimann willig Gefolgschaft leistet, sozusagen einen Stempel auf der Stirne: Ich bin geistig so unreif und unvernünftig, daß ich nicht imstande bin, meine Angelegenheiten selbst zu besorgen, ich muß daher einen Juden haben, der meine Angelegenheiten für mich besorgt. Der Jude besorgt auch seine Angelegenheiten, aber nicht für ihn, sondern für sich.

Und nun erübrigt sich eigentlich auch die Frage von der Nützlichkeit der Diktatur des Proletariats. Nützlich ist sie den jüdischen Führern und damit dem Alljudentum. Wenn der Versuch nicht gar zu gewagt wäre, wenn er nicht unabschbares Elend über unser Volk brächte, könnten wir ihn machen: Ein Jahr Kommunistenherrschaft würde mit der Vertreibung des gesamten Judentums aus den deutschen Ländern enden! Aber der Preis für diese Beweisführung, daß es den jüdischen Führern einzig und allein um die Erreichung der jüdischen Welt Herrschaft zu tun ist, wäre zu hoch. Vielleicht brauchen wir diesen Beweis gar nicht innerhalb unserer Grenzen zu führen. Vielleicht würden die Tropik und Lenin und Joffe noch einige Zeit in Rußland weiter. Wenn unsere deutschen Proletariat beim Anblick dieses unglücklichen Volkes noch nicht genug überzeugt sind, werden sie es gewiß in einem Jahre sein. Warten wir vielleicht solange mit der Diktatur des Proletariats in Deutschland...? Dann wird sich gewiß auch die dritte Frage, die nach der Durchführbarkeit, von selbst beantworten. Durchführbar ist ja der Bolschewismus, wir haben doch seine Durchführung, wenigstens bis zu einem gewissen Grad gesehen. Allerdings ist es so, wie mit dem Bauer und seinem Kalb. Er wollte dem Viecherl das Essen abgewöhnen, aber es starb leider, ehe es sich noch ganz an die völlige Nahrungslosigkeit gewöhnt hatte. Auch wir würden sterben, ehe wir uns an den Kommunismus gewöhnt hätten, und die übrig bleiben, die wären dann die elenden Sklaven des Alljudentums, das dann zu seiner seit Jahrtausenden erträumten Welt Herrschaft gelangt wäre. Dann wäre allerdings alles „kommuniziert“, aber nicht für uns, sondern für die Allance Israelit. Ihr würden die Bergwerke und Wasserkräfte und Bodenfrüchte, die Fabriken und Eisenbahnen, alle Häuser und Gärten, Wiesen und Felder, ihr würde das Theater und das Konzerthaus gehören — alles, alles wäre Staatseigentum des jüdischen Weltstaates. Und die Völker wären die armen Tagelöhner, die schufteten und roboteten könnten für seine Regenten aus dem Hause Juda...

Es ist nicht bezeichnend, daß die Proletariat, die nicht unter jüdischer Führung stehen, von einer Diktatur des Proletariats nichts wissen wollen? Sollten die Klüger sein und weiter schauen können? Vielleicht nicht, aber sie sind eben nicht so dicht eingesponnen in das Phrasen- und Lügennetz und haben darum die Augen frei. Sie könnten am ehesten die blinden Kametaden sehend machen!

Karl Paumgarten.

9. III. 1919

110

## Große Volksbund-Rundgebung auf der Landstraße.

Die Geschäftsstelle Landstraße des Katholischen Volksbundes veranstaltete am Mittwoch abend im großen Dreher-Saale eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung, in der Geschäftsführer Kooperator Schmid in einer zweistündigen, oft von Beifall unterbrochenen Rede die Ziele und Forderungen des Volksbundes darlegte. Er verlangte u. a. auf dem Boden der demokratischen Republik den vollständigen Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, ohne daß die für Deutschösterreich so wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen mit den Nachbarstaaten aufgegeben werden dürfen. Die schweren Schädigungen der Volkskraft und Volksgesundheit zwingen zu raschster Abwehr. Der Volksbund fordert daher von der Nationalversammlung die ehebaldigste Einziehung der Kriegsvermögen, die Vermögensabgabe und eine gerechte und kluge Steuereintreibung, ferner die weitestgehende Hilfe für die Kriegsinvaliden. Auf die Hebung des Bauernstandes ist besondere Sorgfalt zu legen, und darum fordert der „Volksbund“ die Heranbildung der bäuerlichen Jugend zu einer modernen Bewirtschaftung des Bodens, bei der besonders die Kommassierung der Gründe und die Anlage von Drainagen zu berücksichtigen ist. Der „Volksbund“ wendet sich aber energisch gegen die Sozialisierung des Bauernstandes, wie sie die Sozialdemokratie fordert, da diese den Arbeitsfleiß der Bauern vollständig unterbinden würde. Anders steht es mit der Sozialisierung der großen Industriebetriebe. Für diese tritt auch der „Volksbund“ rückhaltlos ein und er fordert, daß die Arbeiter Anteil haben an den Aktien und Sitz und Stimme in den Generalversammlungen der Großbetriebe. Ferner wünscht der „Volksbund“ Dezentralisierung der Großbetriebe, um so den Arbeitern bessere Wohnungsverhältnisse und gesündere Lebensverhältnisse zu verschaffen. In der Frage der Arbeitslosigkeit steht der „Volksbund“ auf dem Standpunkte, daß die Regierung den Arbeitslosen möglichst bald Arbeitsgelegenheit geben, aber auch den Arbeitszwang durchführen müsse. Zur Hebung des Gewerbes, das vollkommen darniederliegt, verlangt der „Volksbund“ die Aufhebung der Zentralsen, die Beseitigung der Schwindelkonturrenz und die sachmännische Vertretung der Gewerbege nossenschaften in Form von Gewerbeämtern. Ferner fordert er den Schutz sowohl der Staats- als auch von Privatbeamten. Redner wendete sich hierauf der Jugendfürsorge zu und bewies an der Hand der Kriminalstatistik das furchtbare Ueberhandnehmen des Verbrechertums unter der Jugend. Darum ist es Pflicht des „Volksbundes“, energisch gegen die „Freie Schule“ zu protestieren, die die Jugend ohne religiösen Halt und Schutz läßt und sie so den verderblichsten Einflüssen überliefert. Ebenso muß der „Volksbund“ vom Standpunkte des Volkswohles gegen die Chereform auftreten, die, wie Redner an Beispielen zeigte, in allen Ländern die unheilvollsten Folgen gezeitigt hat. Im Interesse des Volkswohles fordert der Volksbund ferner die sofortige Abschaffung der Prostitution und Aufhebung der Bordelle. Am Schlusse verlangte Redner nach

kurzer Zusammenfassung der Forderungen den zielbewußten und festen Ausbau der christlichsozialen Partei zu einer demokratischen Organisation. (Lebhafter Beifall.)

GR. Schmid gab die Hauptschuld an dem Ausgang der Wahlen der innerlichen Unfreiheit des Volkes, das, durch jahrelange Entbehrungen körperlich und moralisch heruntergekommen, den Sozialdemokraten eine leichte Beute wurde. Es fehlt unserem Volk leider so sehr an politischer Kenntnis und besonders den Katholiken ist das politische Lied ein garstig Lied gewesen. Wir haben keine politische Schulung gehabt, wir haben auch einen großen Mangel an Organisation zu beklagen. Die Aufgabe, die uns erwächst, richtet sich nach dem Problem, das wir lösen müssen. Ein krankes Volk, irreführt, der Großteil nicht fähig, gesund und wichtig zu urteilen, ein christliches Volk müssen wir organisieren, das die jüdischen Zeitungen am Tisch liegen hat. Wir brauchen eine Organisation, die in die Familie hineingreift: diese Organisation ist auf Selbstlosigkeit aufgebaut. Wir müssen Leute haben, die bereit sind, ein paar Stunden zu opfern, um die Mitglieder zu besuchen, sie persönlich einzuladen. Die wichtigste Frage für den Volksbund ist der Ausbau des Vertrauensmännersystems. Das ist der christlichsozialen Partei noch vollkommen. Der Volksbund muß eine Massenorganisation werden. (Großer Beifall.)

## Ein Appell der nichtaktiven Offiziere Deutschösterreichs an Freund und Feind.

Die Reichsversammlung des Wirtschaftsverbandes nichtaktiver Offiziere und Gleichgestellter Deutschösterreichs hat einstimmig nachstehende Kundgebung beschlossen:

Mit Bewunderung blicken wir auf unser Volk in Deutschösterreich, das trotz Hunger, Qual und Knechtung von außen Ruhe und Ordnung wahrt und ruft die Achtung der Welt auf vor diesen heroischen Beweisen von Selbstzucht und Reife. Der Wirtschaftsverband nichtaktiver Offiziere und Gleichgestellter Deutschösterreichs ist stolz darauf, als eine nichtpolitische, rein wirtschaftliche Organisation der Intellektuellen als ein Element der Ordnung mit Anteil zu haben an der Sicherung des Bestandes der Ruhe und des Wiederaufbaues unseres jungen Staates. Indem wir die aus dem freien Selbstbestimmungsrechte des Volkes und unbeeinflusster Wahl hervorgegangene legitime Nationalversammlung als oberste Volksvertretung und Regierungsgewalt Deutschösterreichs begrüßen, stellen wir uns geschlossen hinter dieselbe und werden ihren Bestand und ihre Autorität gegen jeden Angriff, von wo immer er kommen möge, verteidigen, solange sie unparteiisch und zum Wohle aller und des Ganzen die Geschäfte des Staates führt. Indem wir gegen die Vergewaltigung deutscher Volksgenossen an unseren Grenzen und in den deutschen Sprachinseln der anderen Nationalstaaten feierlich Protest einlegen, verlangen wir aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen die nachdrücklichste Wahrung unseres staatlichen und nationalen Besitzstandes und die staatliche Zusammengehörigkeit aller Deutschösterreicher in dem von der Nationalversammlung beschlossenen Umfange. Wir fordern von der Nationalversammlung und Regierung die ehehalbigste Schaffung der Voraussetzungen für Gesundung und gedeihliche Zukunft: Frieden, Arbeit und Brot. Und zwar einen Frieden unter ehrenvollen und erträglichen Bedingungen, Arbeitsgelegenheit und Arbeitspflicht und Brot für jedermann auf legalem Wege.

Wir fordern weiters die ungeäumte Erfassung der Kriegsgewinne und Abtragung der inneren Schuld der Nation und des Vaterlandes gegenüber den mannigfaltigen Opfern des Krieges: die entsprechende Erhöhung der Invaliden- und Versorgungsgebühren, die volle Berücksichtigung der berechtigten Ansprüche der Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft und eine warmherzige, großzügige soziale Fürsorge für alle, die durch Blut oder Arbeit dem Vaterland gedient haben.

Wir fordern weiters den Schutz der kleinen Vermögen, die Förderung des Mittelstandes und besonders der geistig und manuell selbständig Erwerbenden und eine planmäßige, großzügige Förderung der heimischen Produktion zur Besserung unserer Ernährung und Währung.

Wir fordern auf Grund der von sämtlichen Kriegsteilnehmern, insbesondere von den Frontkämpfern gebrachten Opfer und gezeigten Leistungen, mitzusprechen und mitzuwirken an der Neugestaltung unserer inneren, besonders des wirtschaftlichen Wiederaufbaues.

Als Mitträger des Geistes- und Wirtschaftslebens, in denen die Erinnerung an das große Erleben vierjähriger, gemeinsamer Kampfesnot noch nicht erloschen ist, sehen wir in einer Fühlungnahme der ehemaligen Reserveoffiziere und Kriegsteilnehmer in den einzelnen Nationalstaaten die verheißungsvolle Möglichkeit einer raschen, versöhnlichen und vertrauensvollen Verständigung von Volk zu Volk und fordern die Regierungen neuerlich auf, dieses Mittel nicht unversucht zu lassen. Wir versprechen uns aus der freien Aussprache unpolitischer Exponenten der Völker Erfolg für die Lösung der wichtigsten Fragen.

Die nichtaktiven Offiziere und Gleichgestellten Deutschösterreichs appellieren an die Ritterlichkeit ihrer ehemaligen Kameraden und Kampfgesossen in den neugegründeten Nationalstaaten. — für deren Schaffung sie mitgeblutet haben, — mitzuwirken, um die Not und das Elend der Bevölkerung Deutschösterreichs zu lindern und eine wirtschaftliche Verständigung herbeizuführen. Mit dem Rechte, das die gegenseitige Achtung der Gegner ergibt, appellieren wir im gleichen Sinne an die Ritterlichkeit und Einsicht der Entente und der Friedenskonferenz, mit größter Beschleunigung einen ehrenvollen Frieden unter erträglichen Bedingungen für Deutschösterreich herbeizuführen.

Die Stärkung Deutschösterreichs als eines alten Kulturträgers liegt im Interesse der ganzen Kulturwelt.

## Die Aufhebung der Familiengüter.

Auf dem Wege zur Zerschlagung des Großgrundbesitzes.

Die preussische Regierung hat in dem gestrigen Reichsanzeiger eine Verordnung veröffentlicht, durch die nunmehr einer Aufteilung der übermäßigen Familiengüter der Weg gebahnt werden soll. Sie bestimmt: „Die Familiengüter sind aufzulösen“, und versteht unter diesen landesherrliche Hausvermögen, Familiensideilkommissionen, Lehen und Erbstatungsgüter. Es handelt sich also nur um die ganz großen Familienvermögen, während man die mittleren Bauerngüter des Hofrechts im westlichen Deutschland unangestastet läßt.

Die Aufhebung der Familiengüter bleibt zunächst der beteiligten Familie überlassen, die darüber zu beschließen hat. Erst wenn ein solcher Auflösungsbeschluss nicht bis zum 1. April 1921 durchgeführt ist, greift ein staatliches Zwangsverfahren ein.

Die Auflösung des Familiengutes bedeutet nicht etwa dessen sofortige Aufteilung. Vielmehr sind Vorschriften über den Inhalt des Familienschlusses, durch den die Aufhebung angeordnet wird, nicht erlassen. Die beteiligten Personen haben also ziemlich freie Hand hierbei; allerdings bedarf der Familienschluss der Aufnahme und der Bestätigung der Aufsichtsbehörde, so daß diese ihm die Wirksamkeit verweigern kann, wenn er etwa in verwickelter Form das Familiengut aufrecht zu erhalten sucht. Das Vermögen aber, von dem dieses bisher gebildet wurde, kann weiter in einer Hand verbleiben. Allein das gilt nicht mehr für ewige Zeiten. Denn die Verbote der Veräußerung und der Erbteilung, die ja das Wesen der Familiengüter bilden, sind nunmehr aufgehoben. Außerdem wird man damit rechnen dürfen, daß die Zerteilung übermäßigen Grundbesitzes noch gezwungen wird vorgeschrieben werden, so daß dereinst es nicht Familien geben wird, die Eigentümerinnen ganzer Kreise sind.

Selbstverständlich dürfen neue Familiengüter nicht mehr gebildet werden, und die Vergrößerung bestehender ist erschwert. Unentgeltliche Zuwendungen zu diesen sind nämlich untersagt, und der entgeltliche Erwerb von Grundbesitz zu ihnen ist an die Genehmigung des Justiz- und des Landwirtschaftsministers geknüpft.

Der Familienschluss über die Auflösung des Familiengutes muß einstimmig von den Familienmitgliedern gefaßt werden, doch kann unter Umständen die Zustimmung von Anwärtern auf das Gut durch diejenige der Familienvertretung ersetzt werden. Der Familienschluss wird von der Aufsichtsbehörde bestätigt. Die Bestätigung ist aber zu verweigern, wenn seine Vollziehung einzelne Familienmitglieder ohne ihr Einverständnis unbillig beeinträchtigen würde. Gegen die Bestätigung oder ihre Verlangung kann sofortige Beschwerde erhoben werden. Aufsichtsbehörde ist in den meisten Fällen das Oberlandesgericht, in Streitfällen entscheidet der Justizminister.

Da die Erhaltung eines größeren zusammenhängenden Waldbestandes im forstwirtschaftlichen Interesse liegt, so sind für Familiengüter, zu denen Wald gehört, besondere Vorschriften getroffen worden. In solchen Fällen ist vor allem zur Aufhebung des Familiengutes die Genehmigung des Justizministers und des Landwirtschaftsministers vorgeschrieben. Sie werden dafür Sorge zu tragen haben, daß nicht Waldbestände gegen die Regeln einer vernünftigen Forstwirtschaft geschädigt werden. Dem Inhaber des Gutes ist ferner zur Pflicht gemacht, den Wald nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen, die die Nachhaltigkeit der Erträge gewährleisten, zu bewirtschaften. Tut er das nicht, so kann ihm die Bewirtschaftung des Gutes entzogen werden.

Auch sonst hat die Aufsichtsbehörde das Recht, dem Inhaber des Gutes dessen Verwaltung zu entziehen, wenn durch sein Verhalten oder durch seine ungünstige Vermögenslage die Gefahr einer erheblichen Schädigung des Gutes herbeiführt ist.

Die neue Verordnung geht gegen den gebundenen Grundbesitz ziemlich schonend vor. Sie läßt es zu, daß der bisherige Inhaber ihn einstweilen behält, sofern nur der Familienschluss eine solche Anordnung trifft. Ihre eigentliche und nachhaltige Wirkung wird sie unter dieser Voraussetzung meist erst dann zeigen, wenn der Inhaber stirbt und nunmehr die Erbteilung erfolgt. Sind freilich die Familienmitglieder sich nicht einig, so daß ein Familienschluss nicht zustande kommt, dann tritt später eine Zwangsauflösung ein, und was dann aus dem Familiengut wird, ist noch ungewiß. Dann eine Verordnung über das Zwangsverfahren wird erst später vom Staatsministerium unter Genehmigung der Landesversammlung erlassen werden. Sie wird eine bedeutende Ergänzung der jetzt getroffenen Bestimmungen bilden.

W. K.

## Zur Frage der inneren Kolonisation.

Von Franz H. v. Söpler.

Unsere Nationalversammlung hat das „Gesetz über die Vorbereitung der Sozialisierung“ angenommen; § 1 desselben sieht die Enteignung gewisser Wirtschaftsbetriebe vor, seine Beziehung auf die Frage der Landverteilung und inneren Kolonisation wird durch den Zusatzantrag (Eimpl) näher bezeichnet, daß „die Ausübung dieser (Enteignungs-) Rechte durch ... Bodenreform- und Besiedelungsgesetze geregelt“ werden soll. Die Bedeutung einer Vermehrung der ländlichen Siedlerstellen für die Volkswirtschaft, Volksgesundheit und -vermehrung ist an dieser Stelle so oft besprochen worden, und findet heute ein so ausgebreitetes Verständnis der national und sozial denkenden Volkskreise, daß ich es mir ersparen kann, zu diesem Punkt noch einige Worte zu verlieren. Dennoch fehlt es keinen Kreisen an einem vollen Erfassen der hier in Frage kommenden Gesichtspunkte. So begegnet man sehr häufig der Ansicht, daß die Umwandlung des Grokornbesitzes

in Bauernland eine Vermehrung der Produktion nach sich führt; das ist ein böser Irrtum; es ist statistisch nachgewiesen, daß z. B. der reichsdeutsche Großgrundbesitz auf seinem Grund und Boden mehr hervorbringt, als bäuerliche Wirtschaft aus demselben Land hervorbringen könnte, das gilt vor allem vom Ertrag der Körnerfrüchte und Kartoffeln und hat seinen Grund in der moderneren, intensiveren Wirtschaft des Großgrundbesitzes und dem geringeren Umfang der nicht bebauten Fläche (beim Bauernland geht viel Boden durch Feld- und Grenzraine, Bohn- und Wirtschaftsgelände verloren). Würde es nur auf die Produktion ankommen, so würde jede Verechtigung zu einer Enteignung an intensiv bewirtschaftetem Großgrundbesitz fehlen, mit der inneren Kolonisation könnte man dann nur das unbewirtschaftete Land (z. B. Moore) und den extensiv bewirtschafteten Großgrundbesitz erfassen, wovon wir allerdings, dank der übergroßen Wald- und Jagdgüter unserer Alpen, bedenklischen Ueberschuß haben. Wollen wir auch den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz erfassen, über dessen teilweise Zerstückelung sich die maßgebenden Kreise einig sind, so können wir das Recht hierzu nur aus der Bevölkerungspolitik ableiten. Die Folgen, die aus einer möglichst großen Beteiligung des Volkes an eigenem Landbesitz für seine Gesundheit (in körperlicher, wie geistiger Beziehung) hervorgehen, sind so wichtig, daß der engere Produktionsstandpunkt hier zurückstehen muß. Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß Zweck und Endziel der Volkswirtschaft nicht die Produktion, nicht die Rentabilität, nicht die Anhäufung realer Güter ist, sondern einzig und allein der gesunde Mensch, für uns also, der deutsche Mensch; die Bevölkerungspolitik, welche den gesunden Weiterbestand und die geistliche Vermehrung der Stammbevölkerung zum Zweck hat, sollte daher die Richtschnur einer jeden guten Politik sein! Erst wenn man die Wahrheit dieser Sätze erfaßt hat (Geschichte und Biologie führen uns zu dieser Erkenntnis), wird man in der Frage der Landverteilung und Besiedlung den richtigen Weg finden.

Man hört jetzt vielfach von einer geplanten Wiederherstellung des ehemaligen Bauernlandes; alles Bauernland, das in den letzten Zeiten (man spricht von 30 bis 40 Jahren) zu Wald- und Jagdbesitz umgewandelt wurde, soll wiederhergestellt werden; ein Wölkcher Gedanke, dessen strenge Durchführung uns aber oft vor die Tatsache stellen wird, daß lebensunfähige Bauernstellen gegründet werden. Man kennt doch die Schwierigkeiten, mit denen unsere Bauern in den hohen, abgelegenen Alpenältern kämpfen müssen; man denke an die Gebiete unserer nördlichen Kalkalpen mit ihrer kümmerlichen Grasnarbe, hier werden Kleinsiedlerstellen für Holzarbeiter und Forstlöhner besser am Platz sein, als Bauernstellen, die von Beginn an notleidend, früher oder später der Verschuldung und damit der Schollenflucht ihrer Besitzer anheimfallen. In einem viel günstigeren Ergebnis werden wir kommen, wenn wir uns weniger von dem, ich möchte sagen, geschichtlichen Standpunkt des ehemaligen Bauernlandes, als von dem Gesichtspunkt leiten lassen, welches Land an und für sich für die bäuerliche Bewirtschaftung gut geeignet ist.

Damit kommen wir zu nichts geringerem, als zu einer Ueberprüfung unseres land- und forstwirtschaftlich genützten Bodens in seinem gegenseitigen Verhältnis. Ein Beispiel wird meinen Gedankengang klar machen: In Oberösterreich sind 34 v. H. der gesamten Bodensfläche Wald und 35 v. H. Acker; die Summe der intensiv bewirtschafteten Fläche (Acker, Wiesen, Gärten) beträgt etwas über 66 v. H., die Summe der extensiv bewirtschafteten (Wald, Hutweide, Alpe Rohrland) 37 v. H., grundsteuerfrei und unproduktiv sind 7 v. H.; im allgemeinen steht Oberösterreich weit günstiger da, als die anderen österreichischen Alpenländer, mit Ausnahme Niederösterreichs. Und dennoch herrscht ein Mißverhältnis zwischen intensiv und extensiv bewirtschafteter Fläche, vor allem zwischen Acker und Wald, das durch die Bodenbeschaffenheit des Landes oder dessen Klima nicht gerechtfertigt ist; Oberösterreich hat, wie alle österreichischen Alpenländer zuviel Wald auf Kosten des Ackers, um es noch deutlicher zu sagen, wo fruchtbarer Acker, reiche Wiesen stehen könnte, steht heute Wald. Im Vorarlpen gebiete: die Weilhartsforste, der Kobernaufer Wald und der Dausried. Es ist bekannt, daß das Innviertal, dessen südlicher Teil von diesen Wäldern bedeckt ist, zu den fruchtbarsten Gebieten Deutschösterreichs zählt. Ich frage nun: Wäre es nicht für die Volkswirtschaft, für die Vermehrung der ländlichen Bevölkerung und Produktion von größtem Vorteil, wenn ein Teil dieser Wälder, vor allem des Weilhartsforstes und Kobernaufer Waldes, gerodet würde? Dem Einwand, daß wir Wald brauchen, begegne ich mit dem Hinweis auf unsere Not an Nahrungsmitteln, deren furchtbare Folgen wir noch lange spüren werden. Klimatisch er-

macht und kein Nachteil, wir haben nur zuviel Feuchtigkeit, das Rationelle der Rodungen vorzuziehen und unsere tüchtigen Jagdleute. Was liegt also näher, als daß wir aus der Not eine Tugend machen? Wir müssen die Lebensmittel, die uns der Feind zur Weitererhaltung unseres elenden Lebens überläßt, mit Holz bezahlen, große Schlägerungen, die vielleicht das Meer der Arbeitslosen etwas vermindern werden, bleiben uns nicht erspart; benötigen wir also die uns ausgesetzene Gelegenheit und roden wir gleich gründlich, indem wir neues Bauernland vorbereiten; schaffen wir solches, es wird uns in der Lebensmittelzufuhr entlasten und unserem Volke jene Erneuerung an Zahl und Gesundheit zuführen, durch die wir dereinst den Frieden der Schmach und Sklaverei, dem wir uns heute beugen müssen, auslöschen werden!

Ich glaube, dieses eine Beispiel aus Oberösterreich genügt, um die Notwendigkeit einer Enteignung und Besiedlung nach dem Gesichtspunkt der Brauchbarkeit des Landes darzutun. Aus Raummangel muß ich es mir versagen, die weiteren Fragen der Besiedlung hier zu erörtern, z. B. die Frage der Erbpacht oder des freien Eigentums, der Nähe des Absatzgebietes (Gebiete größeren Nahrungsverbrauchs, Industrien, Städte, Kurorte, sollen durch die intensivere Ausnutzung ihrer näheren Umgebung besser versorgt werden — man denke an nordsteirische Industriegebiete), oder die Frage der Bereitstellung des Siedlermaterials — Heranziehung der Deutschen aus jener Diaspora, die staatlich niemals, völkisch äußerst schwer erfaßt werden kann, z. B. aus den Sprachinseln Italiens, Krains, Rußlands. Vielleicht ist die Zeit nicht so ferne, wo man sich mit der Umsiedlung verlorener Anhängen befassen wird!

## Der alte und der neue Vorgesetzte.

Von Moïse Ureïch.

Der Zug der Zeit, den die europäische Menschheit gegenwärtig zu ihrer kulturellen Beförderung benützt, ist ein Schnelzug, der wohl deshalb mit so großer Eile in das Land der Zukunft fährt, weil er aus der Vergangenheit so viele Verspätungen nachzuholen hat. Alle Augenblicke hält er an einer neuen Station sozialer Erfolge, bringt er Zeitgenossen an das ersehnte Ziel ihrer Wünsche. Jetzt wollen sich auch die „Untergebenen“ bedienen, um in ihren Standesangelegenheiten besser vorwärts zu kommen. Es gärt in den Kammern und Kanzleien. Die Ueberzeugung bricht sich immer mehr und mehr Bahn, daß die Stunde des Handelns gekommen ist. Man will den Anschluß nicht versäumen. Alles ist daher in Unruhe und Aufregung. Die einen wagen sich bereits mit ihren Ansprüchen hervor, die anderen formieren sich erst zu Organisationen. Darüber sind aber alle einig, daß ihre Sache jetzt zur Austragung gelangen müsse. Wünsche werden aufgestellt, Forderungen formuliert und Termine fixiert. Der Auftakt zu den großen Reformen und Bewegungen ist getan.

Unter diesen Forderungen ist nun eine, die besonders auffällt, da sie aus dem Rahmen der üblichen, materiellen und wirtschaftlichen Ansprüche tritt. Die Untergebenen verlangen nämlich, daß auch ihr Verhältnis zu den Vorgesetzten neu geregelt werde. Die ethische Berechtigung dieses Verlangens steht außer Zweifel. Die Frage des Vorgesetzten ist für den Untergebenen stets eine Schicksalsfrage, denn von der Beschaffenheit des Vorgesetzten hängt fast immer das persönliche und wirtschaftliche Wohl des Untergebenen ab. Der gute Vorgesetzte kann den Untergebenen fördern, beglücken, vorwärtsbringen, ihm das Leben erleichtern, verschönern und seine Arbeitslust erhöhen. Der schlechte Vorgesetzte quält, peinigt, martert und schikaniert den Untergebenen. Dabei ist es gar nicht notwendig, daß der schlechte Vorgesetzte auch ein schlechter Mensch ist. Er kann ein ganz guter Mensch sein, aber nur für das Amt eines Vorgesetzten nicht die Befähigung haben. Er ist vielleicht ein trefflicher Arbeiter im Rahmen seines Ressorts, nur zu einem Vorgesetzten taugt er nicht, weil er einfach nicht jene Gaben besitzt, die zu diesem Amte nötig sind.

Die Frage des Vorgesetzten ist aber durchaus nicht bloß eine interne Verursachung der Angestellten, sondern von entschieden gesamtbürgerlicher Bedeutung, denn die Öffentlichkeit hat das allergrößte Interesse daran, daß alle Ämter mit guten Vorgesetzten besetzt sind, da nur dann ein anstandsloser Dienstbetrieb gesichert ist, während ein schlechter, unfähiger Vorgesetzter, der von verbitterten, unzufriedenen, unwilligen Untergebenen umgeben ist, nicht imstande ist, die Dienstgeschäfte einwandfrei zu betreiben.

Früher hat man freilich nicht um die persönliche Qualifikation des Vorgesetzten zu seinem Amte gekümmert. Da war bei der Bestimmung des Vorgesetzten die Protektion, die Empfehlung maßgebend, die der Mann hatte. Damit soll es nun vorbei sein. Wir sind andere geworden. Wir wollen uns immer mehr von der Vergangenheit lösen.

Aber es besteht noch ein anderer Gesichtspunkt, der es notwendig erscheinen läßt, daß in Angelegenheit des Vorgesetzten eine Aenderung seiner Bestattung eintritt. Durch die Aenderungen in den grundlegenden Prinzipien der staatlichen Macht ist nämlich notwendigerweise auch das Verhältnis des Vorgesetzten berührt, denn dieser empfängt ja alle ausübende Gewalt von der bestehenden staatlichen Macht.

Nun ist die Macht sozusagen über Nacht neu orientiert worden, mithin ist es ganz berechtigt, daß auch das Verhältnis des Vorgesetzten zu dem Untergebenen neu geordnet werde.

Früher kam alle Macht von oben. Der Herrscher war ihr Ausgangspunkt. In ihm war die höchste Machtvollkommenheit verkörpert. Alle Macht, die ausgeübt wurde, ist in seinem Namen ausgeübt worden. Jetzt dagegen kommt die Macht von unten. Sie hat ihre Richtung gewechselt. Die Volksgemeinschaft ist ihr Ausgangspunkt. Die Massen besitzen die Souveränität. Früher herrschte ein Einzelwille, jetzt ist der Gesamtwille der Träger der Macht. Die Macht des Herrschers war ein analytisches Gebilde. Sie ging vom Ganzen in die Teile. Vom Herrscher ausgehend, teilte sie sich im Wege der Hierarchie der Ämter bis zu den untersten Dienststellen mit, so daß auch auf den geringsten Vorgesetzten ein Schimmer jener Macht, jenes Ansehens und Glanzes fiel, mit denen sich der Herrscher umgab. Jetzt hat die staatliche Macht eine synthetische Konstitution. Sie wirkt einigend, zusammenfassend, aufsteigend. Es empfängt also jetzt der Vorgesetzte seine Macht von unten! Das will vermerkt sein. Es ist daher kein Vorgesetzter mehr am Platze, der so handelt, als würde er noch immer seine Macht von oben empfangen. Die Untergebenen wünschen nun, daß es zum sichtbaren Ausdruck komme, daß der Vorgesetzte neue Vollmachten empfangen habe. Das ist überaus verständlich, denn der Vorgesetzte des alten, abgetanen Regimes war der Vertrauensmann der Herrschenden, der Vorgesetzte der neuen Zeit muß der Vertrauensmann der Untergebenen sein! Das ist der Unterschied. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß der Untergebene in Zukunft Gelegenheit hat, bei der Bestimmung seines Vorgesetzten mitzuwirken. Die imperative Ernennung ist dahin. Es gibt nur eine Auslese unter Hinzuziehung von Untergebenen. Diese Mitwirkung des Untergebenen bei der Bestimmung seines Vorgesetzten kann auf verschiedene Art erfolgen. Bei untergeordneten Ämtern ist es ganz gut vorstellbar, daß die Angestellten aus ihrer Mitte einen Amtsleiter bestellen. Sie kennen untereinander sehr wohl die menschlichen und dienstlichen Fähigkeiten eines jeden von ihnen und sind daher viel eher in der Lage, beurteilen zu können, ob dieser oder jener für das Amt eines Vorstandes geeignet ist, als dies etwa irgend eine ferne Stelle kann, die, ohne über die subjektiven Kompetenzen des jeweiligen Amtes unterrichtet zu sein und ohne von dem Bewerber viel mehr als seinen Namen zu wissen, eine Ernennung vollzieht.

Bei der Besetzung höherer Dienststellen werden die Angestellten des Ressorts durch Delegierte mitwirken können, die als Vertrauensmänner ihrer Auftraggeber zu handeln haben.

Bei dem frei gewählten Vorgesetzten besteht für den Untergebenen ein viel höher gearteter, sittlicher Anreiz zum Gehorsam als gegenüber dem aufgedrungenen, aufgenötigten autokratischen Vorgesetzten, dem man nur gezwungen, mit zusehendermaßen Zähnen und geballter Faust gehorcht hat. Es soll ja überhaupt durch diese Einflußnahme des Untergebenen auf die Festsetzung des Vorgesetzten nichts an dem äußeren Verhältnis der Ueberordnung und Unterordnung geändert werden, das im wohlverstandenen Interesse des Dienstbetriebes notwendig ist. Was geändert werden soll, ist das innere Verhältnis zwischen dem Untergebenen und dem Vorgesetzten. Bisher bestehen da überhaupt keine Zusammenhänge. Der Vorgesetzte hatte meist die Meinung, sich als den Herrn, den Despoten, den Tyrannen eines Amtes aufzuspielen. Damit soll es nun vorbei sein. Der Untergebene darf nicht mehr vogelfrei sein. Es soll zwischen ihm und seinem Vorgesetzten ein inneres Band des Vertrauens geschaffen werden, das auf die Gesundung des Dienstbetriebes von großem Einfluß sein wird, weshalb die Öffentlichkeit der Installation des neuen Vorgesetzten das größte Interesse entgegenbringt. Der Vorgesetzte der alten Schule war fast immer ein seniler, übel gelaunter, unzufriedener Herr. Der Vorgesetzte der neuen Schule soll ein arbeitsfroher, verständiger, einsichtsvoller, tatkräftiger Mann sein. Daß es mit vielen unserer Ämter so schlecht bestellt war, kam wohl auch daher, weil man bei uns ausgediente, auf dem Aussterbeetat stehende, mit dem Leben abgeschlossen habende alte Leute zu Geschäftsführern bestellte, die hauptsächlich darauf bedacht waren, ihre Ruhe zu haben und nicht in den arbeitshungrigen Strudel von Neuerungen verwickelt zu werden, der ein selbständiges Eingreifen erfordert. Es ist hoch an der Zeit, daß dieser alte Vorgesetzte abtritt und einem neuen, modernen Vorgesetzten Platz macht.

Der Neue Tag. Elbinger  
28. III. 1919

11. 28

116

### Wasserkraftwirtschaft in Deutsch- österreich.

Ueber Wasserkraftwirtschaft in Deutschösterreich sprach vor kurzem Oberbaurat Ingenieur Emil Gärtner im Oesterreichischen Verband des Vereines deutscher Ingenieure. Er vertrat die Anschauung, daß man infolge der zwingenden Notwendigkeit, elektrische Energie unter allen Umständen zu beschaffen, den eigentlichen Ertrag erst aus der Förderung der mit der elektrischen Energie versorgten Produktion erwarten dürfe. Daher sei die Ausnutzung der österreichischen Wasserkräfte Angelegenheit des ganzen Volkes. Trotz des infolge der neuen Grenzen eingetretenen Verlustes an hydraulischen Energiequellen und Kohlenwerken reichen, wenn man vom Hansbrand absteht, die deutschösterreichischen Wasserkräfte aus, um den Bedarf aller Produktionszweige einschließlich des elektrischen Bahnbetriebes zu decken und außerdem noch eine überaus große Reserve zu schaffen. Die in Deutschösterreich vorhandenen Großwasserkräfte kann man in gewissen Energiezentren, die in Bludenz, Innsbruck, Bozen, Zell am See, Pieslau, Brud a. d. Mur oder Graz, Spittal a. d. Drau, Marburg und Linz liegen, zusammenfassen. Wien liegt sonach außerhalb dieser Energiezentren. Im Enns- und Murgebiet gibt es aber genügende Kraftquellen für die Versorgung Wiens. Steiermark kann aber mit seinen Wasserkräften nebst dem Bahn- und seinem Industriebedarf auch noch den Wiener Bedarf zum großen Teil decken. Wenn man mit der notwendigen Raschheit die Arbeit angehen wolle, müßten die Länder ihren Widerstand zur Teilnahme an der gemeinsamen Arbeit aufgeben. Die Wasserkraftwirtschaft kann nur Gemeinwirtschaft des ganzen Reiches sein. Es ist zu erwarten, daß das neu geschaffene Wasserkraft- und Elektrizitätswirtschaftsamt einen ausgleichenden und daher fördernden Einfluß auf die Energiederstellung nehmen wird.

## Die Ziele der Agrarreform in Oesterreich.

Von Privatdozenten Dr. Wittschieben,  
Direktor des Statistischen Landesamtes für Steiermark.

Die Agrarreform ist heute mehr als ein politisches Schlagwort. Sie bildet ein volkswirtschaftliches Programm von sehr großer Tragweite, dessen Verwirklichung den neu entstandenen demokratischen Staatsweisen einen mächtigen Rückhalt in sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht bieten soll. Tatsächlich sind bereits im Deutschen Reich, ebenso in Deutschösterreich, in Ungarn und Polen, in tschecho-slowakischen und im jugoslawischen Staate teils offizielle Rundgebungen, teils Normen mit Gesetzeskraft erlassen, welche die Agrarreform vorbereitend regeln. Die Raschheit, mit der die ganze Frage von den kaum eingelebten Regierungen der jungen Nationalstaaten behandelt wird, läßt deutlich den Eifer erkennen, mit welchem man dem Volkswillen entgegenzukommen bestrebt ist. In dieser Hinsicht stellt sich die Agrarreform als erste wirksam eingreifende Betätigung des demokratischen Prinzips dar, durch welche zunächst die Verteilung von Grund und Boden in sozial und wirtschaftlich zweckentprechender Weise umgestaltet werden soll.

Die agrarsozialen Reformen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts haben wenig befriedigt. Ihr einziges positives Ergebnis war allerdings die Begründung eines freien Bauernstandes. Die schrankenlose Freigabe von Grund und Boden und der Mangel eines Höfe- (Anerben-) Rechtes schufen jedoch gleichzeitig die Grundlagen für dessen Verelendung und Verschuldung. Die Aufkäufe von Bauerngütern zur Vergrößerung des Großgrundbesitzes (insbesondere von Jagddomänen) und zum Zwecke der Güterzertrümmerung nahmen, wie beispielsweise die amtliche Statistik der Bauernlegungen in Steiermark ausweist, so überhand, daß sich die Regierung veranlaßt sah, durch die kaiserliche Verordnung vom 9. August 1915 weiteren Aufkäufen des Bauernstandes einen Kiegel vorzuschieben.

Die Agrarreform geht jedoch in ihren Zielen viel weiter als diese rein prohibitive Maßnahme. Sie wendet sich vor allem gegen die größtenteils auf den Bauernlegungen beruhende Hypertrophie des Großgrundbesitzes, dessen wirtschaftlich schädigende Einwirkungen sie im Wege einer weitgehenden Enteignungsaktion zu beseitigen bestrebt ist. Die Regelung der zahlreichen Fragen, die mit der Enteignung zusammenhängen (Aus-

maß, Form, Verfahren, Entschädigung u.), wird zunächst die gesetzgebenden Körperschaften beschäftigen. Die Kompetenzabgrenzungen zwischen National- und Landesversammlung, die anfänglich Schwierigkeiten bereiteten, sind im Prinzip bereits gelöst. Am weitesten ist man in Steiermark vorgeschritten. Die steiermärkische Landesregierung hat Ende Dezember eine Enquete von Sachmännern unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Mensi mit der Aufgabe betraut, die darauf bezüglichen Gesetzentwürfe auszuarbeiten. Danach will man den Großgrundbesitz auf ein gewisses Höchstmaß einschränken, ohne ihn jedoch (aus wirtschaftlichen Rücksichten) verschwinden zu lassen. Die ziffermäßige Abstufung des zulässigen Höchstmaßes ist im Entwurfe elastisch geregelt und variiert sehr, je nachdem es sich um land-, forst- oder alpwirtschaftlich genutzte Flächen handelt. Für erstere ist im Gesetzentwurfe bei normaler Ertragsfähigkeit eine Untergrenze von 120 und eine Obergrenze von 150 Hektar, bei minderer Ertragsfähigkeit die Grenze mit 200, beziehungsweise 240 Hektar angenommen. Bei Alpwiesen und Waldland wurde von dem Grundsatz ausgegangen, daß zunächst eine möglichst rationelle Forst- und Weidewirtschaft anzustreben ist. Aus wirtschaftlichen Erwägungen wurde daher das zulässige Höchstmaß für diese Kulturgattungen mit 2000 Hektar festgelegt.

Unter gewissen Voraussetzungen kann die Enteignung auch ohne Rücksicht auf die Größe des Besitzes erfolgen. So beispielsweise bei Bauerngütern oder Gemeinschaftsalpen, die innerhalb der letzten 35 Jahre von Großgrundbesitzern zur Vergrößerung von Jagddomänen, zu Aufforstungszwecken oder zu Luxuszielen aufgelauft worden sind; bei Grundstücken, die vorzugsweise nur im Wege der Verpachtung genutzt werden, und bei schlecht bewirtschafteten Grundstücken. Die Enteignung erfolgt über freiwilliges Anbot; nur im Weigerungsfalle soll mit der Zwangsenteignung vorgegangen werden.

Hand in Hand mit der Enteignung wird eine wohlorganisierte Besiedlungsaktion in der Weise eingeleitet, daß aus der gewonnenen Fläche Eigen-, Erbpacht- und Rentengüter gebildet werden. Letztere sind ganz besonders dazu berufen, Landarbeitern, Heimkehrern, verabschiedeten Offizieren, pensionierten Beamten und ehemaligen Arbeitern und Dienstboten die Schaffung einer Existenz zu ermöglichen, da zur Erwerbung nur zirka 10 Prozent des Kaufwertes erforderlich sind. Zur Sicherung dieser großzügigen Innenbesiedlung sind im Gesetzentwurfe alle jene Vorkehrungen vorgesehen, die sich auf die Herstellung der erforderlichen Baulichkeiten und Anlagen sowie auf die Beschaffung des notwendigen Fundus instructus beziehen. Abgesehen von der Vermehrung der Bodenproduktion, werden dadurch dem festhalten Bauernstande neue Elemente zugeführt. Der Gesetzentwurf, der überdies für einen heilsamen Bewirtschaftungszwang Sorge trifft, umfaßt 76 Paragraphen und regelt dieses schwierige Problem unter heikelster Rücksichtnahme auf alle damit zusammenhängenden wirtschaftlichen und sozialen Nebenfragen. Weitere Entwürfe behandeln die Abschaffung der Eigenjagdberechtigung, die Neuorganisation der Landesagrarkörper und die Verhinderung freihändiger Veräußerungen zwecks Hinterziehung der Enteignung.

Kürzlich beginnen sich auch die Zentralstellen in Wien mit der Agrarreform zu beschäftigen. Vor kurzem fand in Wien eine Beratung der zwischenstaatlichen Kommission für die Agrarreform statt. Den Gegenstand der Verhandlungen bildeten die Gesetzentwürfe über die Wiederbesiedlung gelegter Bauerngüter und Häusleranwesen sowie über den Abbau des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes.

### Internationale Wirtschafts- gefahren und ihre Vorbeugung

Die großen Organisationen der Bergarbeiter, der Eisenbahner und der Angestellten anderer Transportunternehmungen werden in England als die „Tripelalliance“ bezeichnet. Von der Macht dieser Tripelalliance, nur eines Gliedes dieser Alliance, haben wir soeben einen fürchtbaren Beweis erhalten. Wie im politischen Leben gibt es aber auch unter den Organisationen der Arbeitnehmer neben Großmächten zugleich kleinere Gebilde, und jedes hiervon ist in erregten Zeiten in der Lage, das Wirtschaftsgetriebe zu schädigen oder es sogar stillzulegen. Ein Unstimmigkeit folgt dem anderen in immer rascherer Reihenfolge, und die Gefahren wachsen zusehends. Die Erfolge der Eisenbahner werden aller Wahrscheinlichkeit nach in Bälde neue Lohnbewegungen entfachen, besonders unter den übrigen staatlichen Angestellten, wo erhebliche Differenzierungen zwischen den Bezügen der einzelnen Bedienstetenkategorien auf die Dauer aus verschiedenen Gründen nicht aufrecht erhalten werden können. Die Wogen drohen über unseren Köpfen zusammenzuschlagen. Wo findet das Auge den rettenden Kahn?

Nahrungsmittelmangel und ungenügende Entlohnung werden allgemeiner Ansicht nach als die Triebfedern des jüngsten Ausstandes angesehen. Daß die Verhältnisse nach beiden Richtungen hin überaus traurig und an der Entwicklung der Geschehnisse mit schuldtragend sind, bedarf nicht erst einer Erläuterung. Dennoch ist der Hauptgrund der Bewegung vorwiegend doch nur in der eigenartigen Geistesverfassung aller Arbeitnehmer zu suchen. Sie glauben, jetzt sei die Zeit angebrochen, die ihnen eine erhöhte gesellschaftliche Stellung, ein selbst relativ erheblich größeres Einkommen bringen, ihrem Dasein einen ganz neuen Inhalt bieten werde. Mit Vernunftgründen und wirtschaftswissenschaftlichen Beweisführungen ist dagegen nicht anzukämpfen. Auch die Großindustrie, die Bankwelt, die Kaufmannschaft — auch sie wollten während des Krieges nicht begreifen, daß, wenn Millionen Menschen hingenommen, andere Millionen erwerbslos, zu Bettlern werden, daß, wenn die Allgemeinheit zugrunde geht, nicht ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung zu ansehnlichem, fabelhaftem Reichtum gelangen könne. Die glänzenden Göttergötter der „Kriegskonjunktur“ werden den wenigsten zum Segen gereichen. Ebensovienig kann aber auch ein ausgebreiteter Wirtschaftskörper den breiten Massen dieselben, geschweige denn bessere Lebensbedingungen bieten als zuvor. Das wollen aber, wie bereits erwähnt, die Angestellten nicht einsehen. Jede Aufklärungsarbeit ist — wenigstens jetzt — vergeblich. Bezeichnend dafür ist der Umstand, daß der jüngste Eisenbahnerausstand ohne jegliche Mitwirkung der politischen und gewerkschaftlichen Führer ausgebrochen ist. Erst Wäterlein wußten diese die Leitung an sich zu reißen, wie sie denn überhaupt bis jetzt mit aller Klugheit und Geschicklichkeit vorgegangen sind, um gefährlichen Strömungen Einhalt zu gebieten. Dennoch zeigt es sich deutlich, daß sich die Angestellten immer weniger lenkbar erweisen und die Autorität der bisherigen Führer nicht besonders hoch anerkennen. In zahlreichen — auch staatlichen — Betrieben, ja selbst bei Behörden und Beamten bestehen Arbeiter- und Beamtenträte aller Art, und täglich werden neue gebildet, nunmehr bei den

Eisenbahnern, sogar unter staatlicher Mitwirkung. Es wird jetzt in Deutschösterreich viel beraten. Zeit dazu ist, bei der durch die Blockade herbeigeführten Lähmung jeglichen wirtschaftlichen Lebens, mehr als genügend vorhanden. Auch bei den Eisenbahnen. Um nur ein Beispiel anzuführen: Auf den Nordbahnlinien beruhten vor dem Kriege rund 1000 Rüge täglich. Jetzt wird sich die Rügeanzahl in allen von der Nordbahn durchzogenen Nationalitätenstaaten vielleicht auf 50 Rüge belaufen. Das vorhandene, wenig restringierte Personal hat daher, neben der Bewältigung des „Verkehrs“, genügend Muße zur Besprechung der freilich trostlosen Standesverhältnisse. Durch lange Besprechungen werden aber die Gemüter nicht ruhiger, sondern immer erregter. In den wenig beschäftigten Arbeitsstätten sammelt sich der Mühsstoff.

Und damit kommen wir zur Hauptursache aller Kalamität: der Blockade. Deren Aufhebung kann vorerst, wie an dieser Stelle schon einmal nachgewiesen worden ist, die Ernährungsverhältnisse nur wenig bessern. Aber sie wird doch die Einfuhr gewisser Rohstoffe, die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten gestatten. Die Gemüter werden abgelenkt werden, in die Betriebsstätten wird ein neuer Geist einziehen, und die fest an die Scholle gebundene Menschheit wird größere Bewegungsfreiheit erlangen. Die Rindstoffmassen können abgetrauen werden. Die radikalste Aufhebung der Blockade könnte das mittlere Europa noch retten — aber auch die westlichen Staaten vor unahnbaren Schädigungen bewahren. Auch dort ist die „Tripelalliance“ der Arbeitnehmer am Werke. In England hat, wie kürzlich im Abgeordnetenhaus von Sir Eric Geddes hervorgehoben wurde, die Steigerung der Löhne dazu geführt, daß beinahe alle Verkehrsmittel passiv sind. „Sollen sie“ — so wurde gefragt — „in Einkunft sich nicht mehr selbst erhalten, sondern nur mehr auf Kosten der Steuerträger betrieben werden?“ Dabei ist das Ende der Bewegung gar nicht abzusehen, dergleichen nicht das Maß, bis zu dem die Forderungen der englischen Kohlenarbeiter steigen werden. Auch für Woytitz ist gereizt, auch sie glauben an den Anbruch eines neuen Zeitalters. Steht es so im klassischen Lande der Gewerkschaften, um wie viel leichter könnten die Funken, die von den „besiegten“ Staaten hinüberdröhen, in den übrigen

Ländern der Sieger ein schreckliches Feuer entfachen. Will die Entente sich vor der Wirtschaftsanarchie schützen, so muß sie uns vor allem, so schnell als nur möglich, neben Nahrungsmitteln auch Arbeitsmöglichkeit geben, die finanziellen und materiellen Mittel zur reichlichen gewerblichen Betätigung. Sie möge sich nicht länger täuschen: Es geht auch um ihre Haut.

3./IV. 1919

**Geld und Sozialisierung. \*)****Die Ungarn wollen das Geld abschaffen.**

Die ungarische Regierung hat denn auch vorläufig darauf verzichtet, die „Bezugscheinwährung einzuführen, und alle ihre Verordnungen setzen den Geldverkehr voraus. Sie hat verfügt, daß zu Lohnauszahlungen Geld in unbeschränktem Ausmaße behoben werden kann, sie hat Maximaleinkommen von 36.000 Kronen für geistige Arbeiter, von 24.000 Kronen für Kaufleute, Industrielle und Gewerbetreibende und Minimaleinkommen von 16.000 Kronen für manuelle Arbeiter und Tagelöhner festgesetzt. Es werden also die Löhne in Geld ausbezahlt

\*) Siehe den Artikel in unserer gestrigen Nummer.

werden. Nicht ganz klar ist, wer die Löhne bezahlen soll. Da so wie der Hausbesitz auch die Fabriken und Betriebe enteignet werden, so müßte eigentlich der Staat die Löhne bezahlen; indessen scheint es doch, als fielen diese Aufgabe vorläufig den Unternehmern zu, da der Staat die Fabriken und Unternehmungen noch nicht tatsächlich leitet, sondern nur kontrolliert. Aber ob nun dies oder jenes der Fall ist, sicherlich wird die Sozialisierung eine Steigerung aller Arbeitslöhne zur Folge haben und dadurch den Geldbedarf wesentlich erhöhen. Hand in Hand mit den Lohnerhöhungen werden auch die Preise steigen, selbst dann, wenn der Staat die vorhandenen Warenvorräte enteignet und selbst verkauft; da sie dem Bedarf nicht genügen, können allenfalls eine Zeitlang solche Waren gewissermaßen geschenktweise billig abgegeben werden, aber auf die Dauer müssen die Preise steigen. Zumal durch die Zurückdrängung der Unternehmer sowie die eingetretene Verwirrung die Produktion gewiß keine Erhöhung erfahren wird. Dazu kommt die Sozialisierung der freien Berufe, vor allem der Ärzte, und die Kosten für die „Rote Armee“. Man sieht keine Spur eines Weges, auf dem das Geld abgeschafft werden könnte. Im Gegenteil, der Geldbedarf des Staates, bzw. der Unternehmer, die seine Tätigkeit supplieren, muß eine ungeheure Steigerung erfahren, und er wird nur durch die Banknotenpresse befriedigt werden. Für eine Zeitlang würde dieser Geldbedarf allenfalls ausgeschaltet werden können, wenn die Sozialisierung mit der äußersten Brutalität erfolgt, wenn die Warenvorräte im Groß- und Kleinhandel ohne Entschädigung enteignet werden und die ausbezahlten Löhne daher in Form von Kaufpreisen an den Staat zurückfließen, wenn die Bankguthabungen, die jetzt nur geherrt sind, konfisziiert werden. Aber eine solche Maßnahme würde nicht nur tausende von Existenzen an den Bettelstab bringen, nicht nur die jetzt bestehende unerzehlliche Verteilungsorganisation vernichten, die von der Regierung nicht so bald ersetzt werden kann, sie würde der staatlichen Geldnot auch nur provisorisch, höchstens für eine Produktionsperiode, abhelfen. Den Ertrag der nächsten Ernte beläme der Staat nicht mehr in seine Hand, wenigstens nicht unentgeltlich, der Ertrag der industriellen Produktion, den er sich allenfalls bei guter Organisation und Disziplin der Fabrikarbeiter sichern kann, wird unbedeutend sein, ihr Erlös wahrscheinlich hinter den Kosten zurückbleiben. Ob überschüssige Waren zum Naturalaustausch mit dem Ausland vorhanden sein werden, ist mehr als

fraglich; Kredit wird im Ausland sicherlich nicht zu finden sein, und das ungarische Geld, dessen Fundierung und Organisation die Regierung vernachlässigen zu können glaubt, wird im Auslande kaum genommen werden. Nein, was der russischen Sowjetregierung, die über die reichsten Naturschätze verfügt, nicht gelungen ist, das wird die ungarische Regierung, welcher ein um seinen wertvollsten Boden, um seine wichtigsten Fabriken gebrachtes Land untersteht, nicht zustandebringen. Das Geld wird nicht ausgeschaltet, im Gegenteil, es wird in den größten Mengen produziert und noch viel ärger entwertet werden als bisher. Die Warenproduktion zu erhöhen, ihre Verteilung neu zu organisieren, ist sehr schwer. Papiergeld produzieren ist aber sehr leicht und das bequemste Verlängerungsmittel unhaltbarer Zustände.

Die Ausschaltung des Geldes im internen Verkehr, sein Erfolg nicht durch Bezugscheine, sondern durch Wertanweisungen, die jedoch immer auf einer Geldrechnung beruhen müssen, kann allenfalls der letzte Schritt bei einer vollkommen durchgeführten Sozialisierung sein, die Krönung eines Systems, bei dem der Staat die ganze Produktion und den ganzen Verteilungsapparat vollkommen und ungestört beherrscht, und wenn die Lebensrenten der abgelösten Unternehmer bereits erloschen sind. Diese Wertanweisungen werden dann noch immer den Charakter des Geldes haben, wenn man mit ihnen auch keine Produktionsgüter kaufen kann. Der Handels- und der Reiseverkehr mit dem Ausland wird den Geldcharakter dieser Anweisungen noch viel stärker betonen. Man mag diese Entwicklung für wünschenswert und für möglich halten oder nicht; auf alle Fälle ist es ausgeschlossen, die Sozialisierung mit der Entziehung des Geldes zu beginnen. Der ungarische Staat wird kaum zu einer vollständigen Beherrschung der Produktion und des Umlaues gelangen. Die Zeit ist dazu noch nicht reif, und brutale, schlecht überlegte Eingriffe in das Naderwert des Wirtschaftslebens sind der aller schlechteste Weg zu diesem Ziele. Er wird das Geld nicht abschaffen, er wird im Gegenteil den Geldumlauf erhöhen und den Geldwert neuerdings verschlechtern.

### Finanzielle Verhandlungen zwischen Deutschland und Deutschösterreich.

Wie wir erfahren, treffen in den nächsten Tagen Finanzvertreter der deutschen Regierung hier ein, um über finanzielle Angelegenheiten, die beide Staaten berühren, zu beraten. Diesen Verhandlungen kommt dadurch besondere Bedeutung zu, daß sie Gegenstände berühren, die mit der Anschlussfrage zusammenhängen. Es werden unter anderm zur Diskussion gelangen: Angleichung der Finanzverwaltung Deutschösterreichs an die Finanzverwaltung Deutschlands, Angleichung der Steuerpolitik beider Staaten, Angleichung in der Bankfrage, ferner Angleichung der heiderseitigen Währung, über die heute in unserm Blatte bereits Mitteilungen gemacht wurden.

6./IV. 1919

### Reise einer amerikanischen Mission nach Wien. Erhebungen über langfristige Kredite und Rohstoffsendungen für Deutschösterreich.

Wien, 4. April.

In der nächsten Woche wird eine amerikanische Mission in Wien eintreffen. In den Vereinigten Staaten ist heute noch das Gesetz in Geltung, wonach an Feindesländer weder Kredite gegeben, noch Waren geliefert werden dürfen, und infolge dieser Vorschrift hat sich die amerikanische Regierung nicht direkt an dem Kredit von 30 Millionen Dollar beteiligt, den England, Frankreich und Italien Deutschösterreich für Lebensmittelbezüge bewilligten. Dieses Gesetz wird jedoch mit dem Abschluß des Friedens seine Geltung verlieren und die amerikanische Mission beabsichtigt, wie verlautet, in Wien die Frage wohlwollend zu prüfen, in welcher Art die gegenwärtige Wirtschaftssituation Deutschösterreichs mit Hilfe Amerikas am raschesten beendet werden könnte. Auf amerikanischer Seite sieht man mit Recht das geeignetste Mittel in der Zusendung genügender Rohstoffmengen und in der Ueberwindung der Schwierigkeiten bei der Bezahlung derselben. Die Beseitigung des letzterwähnten Hindernisses wäre wieder nur durch langfristige Kredite der Vereinigten Staaten möglich. Es wird hierbei anscheinend daran gedacht, daß amerikanische Firmen deutschösterreichischen Krediten gewähren und daß die amerikanische Regierung an dieser Transaktion mitwirkt. Dieselbe will zugleich eine Kontrolle schaffen, daß die Rohstoffe nicht aus Deutschösterreich in jene Länder gelangen, für welche die Entente Verkehrsverbote erlassen hat. Zur Ordnung all dieser Fragen wird die Mission von amerikanischen Fachleuten nach Wien kommen. Man hält es auch nicht für ausgeschlossen, daß die Entente, um die Valutaschwierigkeiten Deutschösterreichs zu mildern, eventuell eine gewisse Menge von Gold zur Verfügung stellen wird.

### Die Aufhebung der Blockade und die Rohstoffbezüge.

Wien, 4. April.

Ueber den vermutlichen Einfluß der Aufhebung der Blockade auf unsere Rohstoffversorgung wird von zuständiger Seite eine Darstellung veröffentlicht, der folgendes zu entnehmen ist: Der deutschösterreichischen Kommission, die mit der internationalen Approvisionierungskommission in Triest Besprechungen pflegt, wurde, wiewohl es sich in erster Linie um Lebensmittel handelt, mitgeteilt, daß die interalliierte Kommission auch beauftragt sei, über die Versorgung Deutschösterreichs mit Rohstoffen und Industrieartikeln zu verhandeln und sie durchzuführen. Infolgedessen wurde der deutschösterreichischen Kommission auch ein Vertreter des Staatsamtes für Handel und Gewerbe beigegeben. Die Schaffung einer interalliierten Kommission in Wien ist jedenfalls wärmstens zu begrüßen. Die Entente hat während des Krieges für alle wichtigeren Nahrungsmittel und Rohstoffe Kommissionen errichtet. Angeblich sollen nicht weniger als 26 bestehen, von denen nur ein Teil wieder aufgelassen werden soll. Bisher hat die Entente den alliierten Staaten eine vorzugsweise Versorgung sowohl der Menge nach als hinsichtlich der Preise gesichert, so daß die feindlichen Länder mit den übrig gebliebenen Mengen und ungünstigen Preisen vorliebnehmen mußten. Im Zusammenhang mit diesen Tendenzen steht die angebliche Absicht einer Rationierung des Weltbedarfes, wobei den nicht zur Entente gehörigen Ländern nur jene Rohstoffmengen zugewiesen werden sollen, die für den Gebrauch ihrer eigenen Bevölkerung notwendig sind. In diesem Falle wäre eine Produktion zur Ausfuhr nach anderen Ländern unmöglich. Aber selbst wenn die Entente liberaleren Anschauungen huldigen sollte, wird sie sich vielleicht doch wenigstens für bestimmte Artikel und für eine bestimmte Zeit eine Art Rationierung des Weltverbrauches zum Ziele setzen, da ja auf der einen Seite der Bedarf an Rohstoffen außerordentlich gestiegen ist und auf der anderen Seite die Produktion in einzelnen Rohstoffen und die verfügbaren Vorräte mehr oder weniger weit hinter dem Bedarf zurückbleiben. Es würden sich also verschiedene Möglichkeiten des Vorgehens ergeben. Eine davon wäre die Rationierung des Bedarfes der einzelnen Länder, die sich bisher mit der Entente im Kriegszustande befanden, so daß diesen Ländern ihr Bedarf von einer Ententekommission geliefert würde und sie sich selbst um den Einkauf nicht zu kümmern brauchten. Eine andere Möglichkeit wäre, die Rationierung und gleichzeitige Bezugsbewilligung für eine gewisse Menge, so daß wir uns dann diese Quantitäten dort zu beschaffen hätten, wo wir es eben können. Die dritte Möglichkeit wäre der freie Handel ohne Rationierung. Voransichtlich wird aber diese Frage für verschiedene Artikel auch verschieden beantwortet werden. Damit hängt naturgemäß für uns auch die Frage zusammen, wie wir den Einkauf organisieren sollen, ob sich die Industrie für den zentralisierten Einkauf entschließt oder nicht. Schließlich wird auch die Schwierigkeit der Finanzierung die Notwendigkeit einer freien Zahlungsnahme mit der Entente bedingen. Ein reiches Beratungsmaterial, an dessen Erledigung voransichtlich sogleich nach dem Eintreffen der interalliierten Handelskommission geschritten werden soll,

Ostdeutsche - Rundschau

Z. IV. 1919

124

Erhöhung der Druckortenpreise im Scheckverkehr. Die fortgesetzte Preissteigerung des Papiers und Druckes hat die Herstellungskosten der Druckorten derart erhöht, daß mit den bisherigen Verkaufspreisen der Scheckhefte, Erlagscheine und Scheckwerte unmöglich das Auslangen gefunden werden kann. Demzufolge ist das Postsparkassenamt genötigt, nachstehende Preiserhöhungen eintreten zu lassen. Vom 7. d. M. angefangen kosten ein Scheckheft (50 Blatt) 5 R., ein Erlagschein 6 S. und 50 Scheck-

werte 2 R. Die bei dem Postsparkassenamt vor dem 7. d. M. eingelangten Bestellungen werden noch zu den alten Preisen ausgeführt.

## Der Kommunismus und die geistigen Arbeiter.

Kommunistische Werbeversammlungen in Wien. — Eine Absage der Linzer.

Sonntag veranstalteten die Wiener Kommunisten wieder zwei Versammlungen, von denen die vormittags in Dreher's Gastwirtschaft auf der Landstraße tagende der Gewinnung geistiger Arbeiter, das heißt der Intelligenzberufe, für die kommunistischen Parteizwecke galt. In dieser Versammlung, die von etwa 500 Personen, zumeist neugierigen Angehörigen des industriellen Arbeiterstandes, besucht war, führte der Hauptredner Dr. Friedländer aus, daß die Nationalversammlung auf dem Gebiete der Sozialisierung vollständig versagt habe, richtete besonders heftige Angriffe gegen die Sozialdemokratie, und verlangte die baldige Ausrufung der Räterepublik in Deutschösterreich. Ein englischer Sozialdemokrat, den anfangs einige kommunistische Versammlungsteilnehmer als „Abgesandten der Entente“ am Sprechen zu verhindern versuchten, jedoch über Verlangen der überwiegenden Mehrheit reden lassen mußten, trat dem Vorredner mit der Feststellung entgegen, daß eine so wichtige Sache wie die Sozialisierung sich nicht von heute auf morgen erledigen lasse, daß die ökonomische Entwicklung nach der Lehre von Marx ohnedies zur Ver gesellschaftung der Betriebsmittel führen müsse, weshalb die kommunistische Agitation den wirtschaftlichen Werdegang nur störend und zum Schaden des Proletariats eingreifen könne. Er habe schon in mehreren Ländern Europas gearbeitet und zu viel Erfahrungen gesammelt, um sich noch durch solche überhitzte Schläamworte täuschen zu lassen. Man müsse schon einen heillosen Respekt vor der Zersplitterung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in die verschiedenen Gruppen, z. B. Sozialisten, Kommunisten, Ehrlichalisten und andere „isten“ haben. Das Wohl der Arbeiter hänge nicht von den Reden neuer Bader Komunisten, sondern nur von dem folgerichtigen, raschen Ausbau der internationalen Gewerkschaftsorganisation ab. Die Rede wurde von einem Großteil der Versammlung mit lebhaftem Beifall begrüßt. In ähnlichem Sinne sprach ein anderer Redner, der sich ebenfalls gegen die kommunistischen Bestrebungen aussprach. Ihre Beweisgründen bemühten sich sodann mehrere jugendliche Redner zu entkräften, von denen einer sich besonders gegen den von Seiten der Arbeiter erhobenen Vorwurf verteidigte, daß die jetzige kommunistische Antelligenz nur Konjunkturpolitik treibe. Dr. Friedländer schloß mit dem Rufe: „Hinten mit der Sozialdemokratie!“, weshalb auch der Apparat der Bourgeoisie zerfallen werde.

In der Nachmittagsversammlung im Rirkus Rusch sprachen Dr. Friedländer und Frau, die nach einer warmen Empfehlung der ungarischen Räterepublik zur Wahl der Arbeiterräte aufforderten, die dann die Nationalversammlung veriaßen mußte. Ungarische Kommunisten warben durch Verteilung von Flugzetteln für ein Orientabündnis mit dem Sowjet-Ungarn gegen den Verbund.

Heute Montag berief die kommunistische Partei in den Reichshallen eine Versammlung für die Schauspieler ein, um sie unter dem Titel der Sozialisierung der Theater für die Parteizwecke zu gewinnen. Hier sprach wieder Dr. Friedländer. Es kam hierbei zu verschiedenen Auseinandersetzungen mit den anwesenden Sozialdemokraten, von denen zwei Redner die Agitation der Kommunisten als herberblich verurteilten.

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

Wien, 7. April.

Wiener und Linzer Kommunisten veranstalteten hier in der letzten Zeit eine eigene „Kommunistenwoche“. Mit einem riesigen Aufwand an Agitationskraft und Material (Wer zahlt das alles?) wurden namentlich Arbeiter und Soldaten bearbeitet. Es fanden in allen Teilen der Stadt zahlreiche Werbeversammlungen statt, deren Erfolg aber zu den angewendeten Mitteln in gar keinem Verhältnis stand. In einer Soldatenversammlung sprach am Sonntag, dem letzten Tage der „Kommunistenwoche“, der Kommunist Janetschek aus Wien, dessen Aufforderung, den Krieg gegen den Kapitalismus und die Bourgeoisie nötigenfalls auch mit den Waffen in der Hand zu führen, von den Soldaten mit sehr wenig Begeisterung aufgenommen wurde. Die Behauptung des Redners, daß die Räterepubliken Rußland und Ungarn uns mit Lebensmitteln unterstützen werden, begegnete bei den Versammelten viel berechtigtem Zweifel.

Eine glatte Absage holten sich die Kommunisten bei den geistigen Arbeitern, für die sie ebenfalls dieser Tage eine große Versammlung einberiefen. Die Versammlung war sehr gut besucht und der kommunistische Anhang, der zur Deckung der kommunistischen Redner in die Versammlung gekommen war, verschwand förmlich in der Masse der Gegner. Der kommunistische Redner Arwingrad, der zunächst für die Anwendung der nackten Gewalt eintrat, um die Räterepublik an Stelle der Volksvertretung zu setzen, kam auf die wirtschaftlichen Segnungen des Bolschewismus zu sprechen und behauptete, unter dessen Regime würden zwei bis drei Stunden täglicher Arbeit genügen. (Große Heiterkeit.) Als der

Redner meinte, auch in Deutschösterreich müsse die Räterepublik ausgerufen und der Entente Halt geboten werden, erschollen stürmische Rufe: „Wir wollen keinen neuen Krieg! Das ist neues Blut und neuer Hunger!“ Die Bemerkung des Redners, daß die ungarische Räterepublik und die russischen Sowjets uns mit Lebensmitteln versorgen würden, so daß man auf die Gnade der Entente nicht angewiesen sei, wurde mit schallender Heiterkeit aufgenommen.

Unter stürmischem Beifall der ganzen Versammlung zerpfückte hierauf der erste Gegenredner Dr. Hauslmaier die Versprechungen Arwingrads. Er sagte, wenn die Kommunisten die Bürgerlichen in den Keller verweisen und aus ihnen wieder Proletariat machen, dann beginne der Kampf aufs neue. Der Intelligenz drohe übrigens, wie in Rußland, nur die Sklaverei. Ober-revident Neuhuber, ebenfalls oft von tosendem Beifall unterbrochen, legte dar, daß die heutige Zeit der Schreie nach Brot und nach einem Messias kennzeichne. Es sei als ob wir unser Haus anzünden und dabei hoffen, daß auch der Nachbar abbrenne. Eine andere Gefahr bestehe darin, daß der Bolschewismus von unverantwortlichen Elementen und internationalen Verbrechern propagiert werde, die sich damit bereichern. (Stürmische Rufe: Juden!) Was wir übrigens von Ungarn zu erwarten hätten, sei bekannt, ebenso wie Lenin mit den geistigen Arbeitern verfahren. Die Sozialisierung müsse so durchgeführt werden, wie es im Interesse unseres kranken Körpers liege, nur ein Kurpfuscher könne die Heilung auf einmal machen. So wie der Bolschewismus habe noch keine Partei der Welt den Terror gegen die Freiheit der Presse ausgeübt. Dann meldete sich u. a. noch der Obmann des Linzer Arbeiterrates Straßer, der ausführte, daß die Arbeiter noch bloß Sozialdemokraten seien, aber eine energische soziale Arbeit von der Nationalversammlung fordern müßten.

## Deutschösterreichs und Wiens Wirtschaftslage.

Eine Rede des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner.

In einer Versammlung des Wählervereins der vereinigten Christen im 1. Bezirke führte Bürgermeister Dr. Weiskirchner aus: Unsere Lage ist eine äußerst schwierige geworden. Der Kurs der Krone in der Schweiz bedeutet, daß wir nicht mehr vor dem Bankrott stehen, sondern mitten im Bankrott drinnen sind. Wie sollen wir unsere Wirtschaft aufbauen, wenn wir aus dem Auslande mit fremder Währung kaufen müssen und unser Geld ins Bodenlose entwertet ist? Die Arbeitslosenunterstützung erfordert Millionen, die Aufzählung des Staates auf die ausländischen Weizenpreise erfordert eine Milliarde, die Anforderungen der Fingestellten steigen von Tag zu Tag, die der Arbeiter von Minute zu Minute. In dem Augenblicke, wo die Schleichhandelspreise zu Regulatoren des Lohnes und Gehaltes werden, steuern wir in das Uferlose. Unser staatlicher Ernährungsdienst hat einen totalen Zusammenbruch erlitten, und unsere Finanzwirtschaft folgt diesem Zusammenbruche. Andererseits wird in den verschiedenen Ländern Deutschösterreichs der Ruf „Los von Wien“ immer mächtiger. Der Staatskanzler spricht von der Anarchisierung der Verwaltung; die Macht der Regierung reicht aber bald nicht mehr über Wien hinaus; die Länder tun, was sie wollen. Gewiß schickt uns die Entente Lebensmittel, aber trotzdem. Wir brauchen soviel Nahrung, daß unsere Kinder nicht vor Hunger sterben, daß unsere Bevölkerung nicht an Unterernährung zugrunde geht, daß wir uns nicht nur notdürftig erhalten, sondern arbeiten können. Es kommt Ententekommissionen an Ententekommission nach Wien und alle studieren. Ich sage der Entente: Hört doch endlich mit Euren Beratungen auf und kommt zu einem Schlusse, wir wollen Frieden haben! (Stürmischer Beifall.) Der Weizen und das Mehl der Entente sind so teuer, daß, wenn wir das Brot daraus zu den Herstellungskosten abgeben würden, überhaupt niemand mehr, der in diesem Saale sitzt, sich ein Stückchen Brot kaufen könnte. Was der Staat bisher daraufgezahlt hat, kostet täglich 2 Millionen Kronen. Wie lange hält das der Staat aus? Es sollen nun die Selbstversorger einen gewissen Teil der Grundsteuer erhöht bekommen, und die Verbraucher in den Städten müssen eine einmalige Brotsteuer zahlen. Es wird die Brotabgabe vom Finanzamt als eine einmalige betrachtet; ich habe aber kein Vertrauen in einmalige Abgaben und weiß nicht, ob nächstes Jahr der Staatssekretär für Finanzen nicht wieder mit einer Brotaufgabe kommt. Sie werden jetzt in der nächsten Zeit ein besseres, feineres, weißes Mehl bekommen: es ist Ententemehl. Trotz der Brotaufgabe und trotzdem wahrscheinlich nach Ostern die Brotpreise erhöht werden, bleibt immer noch mindestens ein 200 Millionen Kronen-Defizit, das aus eigenen Staatsmitteln gedeckt werden muß.

Wir haben in der Gemeinde eine ganze Reihe von Investitionsarbeiten in unser Programm aufgenommen, und diese Arbeiten haben begonnen. Es wird unser Beispiel auch auf Private anregend wirken. Wichtiger wäre, wenn wir Rohstoffe von der Entente bekommen, welche geeignet wären, auch unserer Industrie das nötige Material zuzuführen. Was die Kohle anbelangt, so glaube ich nach den letzten Verhandlungen des Staatssekretärs Zerdik auf eine wesentliche Besserung der Verhältnisse rechnen zu können. Wenn die deutsche Regierung ihre Versprechungen einlöst, wird sich Wien während des Sommers für den kommenden Winter einigermaßen bedorrt sein können. Eines der wichtigsten Kapitel im städtischen Haushalt ist die Frage der Angestellten und Arbeiter. Wir haben im November vorigen Jahres ein Anlehen von 250 Millionen aufgenommen. 100 Millionen haben wir dem Investitionsanlehen von 1915 refundiert, vom Rest hat die Gemeinde heute nur mehr 37 Millionen. Der Gemeindehaushalt weist ein Defizit von 150 Millionen auf. Das Defizit ist nicht aus einer sorglosen, unverantwortlichen Wirtschaft entstanden, sondern aus dem einfachen Grunde, weil notwendige Ausgaben in einer Weise gewachsen sind, welche nicht vorhergesehen und auch nicht bedeckt werden konnten. Welche Steuer kann nun die Gemeinde erhöhen? Unser Realbesitz ist in einer Weise belastet, daß er eine weitere Belastung nicht verträgt. Soll ich die Erwerbsteuer erhöhen? Da müßte ich nicht beurteilen können, in welcher schwerer Notlage sich unser Gewerbe befindet. Dann kommen die Tarife der Unternehmungen; ich habe auch dazu im gegenwärtigen Augenblick keinen Mut. Es bleibt nichts übrig, als eine Anleihe zu machen und es unseren Enten und Krenten zu überlassen, diese Schuld zu zahlen.

(Finanzierung unserer Lebensmitteleinfuhr durch Holzexporte.) In den Beratungen der Länderkonferenz teilte der Vertreter des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft Sektionschef Dr. Deutsch mit,

daß, nachdem der ursprüngliche Plan, im Wege eines Exportsyndikats die notwendigen Vorschüsse für die Deckung der Lebensmitteleinfuhren zu sichern, auf allgemeinen Widerstand gestoßen sei, das Staatsamt diesen Plan aufgab, und auf andere Weise das beabsichtigte Ziel zu erreichen bestrebt ist. Die Beschaffung der Kredite soll danach nicht durch Vermittlung dieses Syndikats erfolgen, sondern durch eine Simultanhypothek auf alle größeren Forste des Staates und des Religionsfonds sowie die größeren Privatforste, wobei die Kredite unmittelbar von Staat zu Staat, mit Ausschaltung jeder Zwischeninstanz sichergestellt werden sollen. Die Lösung der Hypothek würde sukzessive nach Maßgabe der tatsächlichen Lieferungen von Holz erfolgen. Er appelliere an die Vertreter der Länder dringendst, baldigst die Holzlandesstellen zu errichten, welchen die Beschaffung des Holzes in den einzelnen Ländern in zweckmäßiger Weise möglich sein wird. Staatskanzler Dr. Renner unterstützte unter Hinweis auf die Dringlichkeit der Angelegenheit diesen Appell auf das wärmste. Am Schlusse der Beratungen konstatierte Staatskanzler Dr. Renner, daß die vierte Länderkonferenz deutlich gezeigt habe, wie sehr sich die Einrichtung der Länderkonferenz bewähre. Er sprach die Hoffnung aus, daß bei der demnächst stattfindenden fünften Länderkonferenz die dringendsten Fragen, wie jene des Holzexports und das Ernährungsproblem einer endgültigen ge-  
dehlichen Lösung werden zugeführt werden können.

Der Neue Tag  
9. IV. 1919

128

## Italienische Käufe österreichischer Effekten.

Wir haben kürzlich über die andauernde und vehemente Kurssteigerung der Schiffahrtaktien berichtet, die auf das Bestreben Italiens, die österreichischen Schiffahrtsgesellschaften zu nationalisieren, zurückgeführt wird. Es wäre hiezu zu bemerken, daß die italienischen Käufe sich nicht nur auf die vertragmäßige Erwerbung eines größeren Gruppenbestandes beziehen, sondern auch börsenmäßig erfolgen. Auf die erstere Art wurde bisher nur der Besitz der Unionbank an Lloydaktien und der Besitz der Gruppe des Bankvereines an Austro-Americana-Aktien erworben. Die Gruppe des Bankvereines besaß etwa ein Drittel des Aktienkapitals der Austro-Americana. Der Kaufpreis betrug etwa 1460 K pro Aktie und wird in festgesetzten Raten bezahlt. Die in Lire einlaufenden Raten werden der deutschösterreichischen Regierung übermittelt und zur Bezahlung von Lebensmittelpimporten verwendet. Man könnte sagen, wir essen unsere Schiffe langsam auf. Soweit die Aktien börsenmäßig verkauft werden, kann die Regierung ihre Hand nicht auf den Kaufpreis legen, und man sollte bei Erfassung der Vermögensbestandteile ein besonderes Augenmerk nicht nur auf die ausländischen Effekten legen, sondern auch auf die Aktien aller Gesellschaften, deren Beherrschung von den Italienern angestrebt wird. Denn auch diese werden dadurch zu Auslands-, bzw. Valuta-Papieren. Der Kaufpreis für die Aktien ist im allgemeinen vom italienischen Standpunkt nicht besonders hoch, nur in Kronen ausgedrückt stellt er sich bedeutend dar, weil durch den Lauf der Ereignisse die Lire, die noch vor einem Jahre weniger wert war als die Krone, den dreifachen Wert erlangt hat. Wirklich hoch — auch in Lire, ist nur der Kurs der Aktien der Navigazione Libera (6500 K), einer der ausichtsreichsten und erfolgreichsten Gesellschaften der österreichischen Schiffahrt. Wie verärgert streikten zwei Gruppen um die Beherrschung dieser Gesellschaft.

Das italienische Interesse beschränkt sich aber nicht ausschließlich auf die Schiffahrtsgesellschaften, es wendet sich vor allem auch den Schiffswerken zu. Für die Aktien des Cantiere Navale sollen angeblich 500 Lire, für die der Austria-Werft A. G. (Stabilimento Tecnico) 4000 Lire geboten werden. Diese Bif-

fern werden an der Börse genannt, sie sind keineswegs verlässlich. Die Aktien des Cantiere Navale notierten an der Wiener Börse im Sommer 1917 über 1400 K; erst, als die völlige Zerstörung der Werft in Monfalcone bekannt wurde, setzte ein heftiger Kursrückgang ein. Selbstverständlich wird die deutschösterreichische Regierung die Opfer, zu denen sich die österreichische Regierung im Sanierungsüberkommen von 1918 verpflichtet hat, nicht übernehmen. Wenn das Stabilimento Tecnico verkauft wird, muß die Werte in Lire jedenfalls abgerechnet werden.

Ferner interessiert sich Italien für die Hochofenanlagen der Erzaischen Industriegesellschaft in Servola. Da die Gesellschaft auch große Eisenwerke in Jugoslawien, in Apling, Zuerburg und Feistritz besitzt, dürften hier kaum die Aktien, sondern nur die Werke von Servola gekauft werden. Neuerdings spricht man auch von italienischen Bemühungen um die Destillationsgesellschaft „Ampele“. Es gibt auch sonst noch verschiedene Gesellschaften in Görz, in Istrien und in den zwischen Italien und Jugoslawien streitigen Gebieten Dolmations, deren Nationalisierung Italien mit der Zeit anstreben wird. Die Nationalisierung fällt Italien leichter als irgend einem der anderen Nationalstaaten, einerseits wegen seiner gegenwärtigen Machtstellung, die es z. B. den Schiffahrtsgesellschaften nicht rätlich erscheinen läßt, auf ihrem Besitze zu beharren, andererseits eben wegen des hohen Wertes der Lire.

Die italienischen Aspirationen gehen aber noch über die Nationalisierung hinaus. So sollen die großen Käufe, die in den letzten Monaten in Südbahnaktien stattgefunden haben, für italienische Rechnung gemacht worden sein. Es scheint, daß die Italiener sich für den Fall der Internationalisierung der Südbahn eine beherrschende Rolle sichern wollen. Fraglich ist es, ob die französischen Prioritäre sich damit einverstanden erklären und ob sie sich nicht in einem solchen Falle gegen die Internationalisierung aussprechen werden. Schließlich wird auch behauptet, daß eine italienische Gruppe sich auch für die Aktien der österreichischen Featwerke interessiert, die wohl eine Gründung der Turiner Featwerke, aber ein rein österreichisches Unternehmen geworden sind.

11./IV. 1919

11

Kast hätte ich gesagt: „in die einfachste Form bringt“. Aber das ist es nicht. Ich fühle, hier müssen Form und Inhalt sich berühren in einer Weise, die für uns Geheimnis ist.

Ich weiß mir keinen Rat: wenn ich in einem großen Menschengrubel bin (etwa in einem Vergnügungsort), so überkommt mich oft ein Gefühl von erhabener Einsamkeit, das mich aus der Menge sondert, mich mit einer gewissen feierlichen Andächtigkeit und mit intensivem Selbstbewußtsein erfüllt. Dann pflegt eine Stimme mir zu sagen: ich müsse doch wohl etwas Besseres sein als diese stupide Menge des profanum vulgus. Ich erhebe mich aus dem trotz allem äußeren Glanz sich trübenden Wirbel, entrücke mich dem Erdbrodem, fugiente penna...

Aber ich frage mich auch manchmal, ob diese meine Höhe nicht Täuschung, diese meine Vereinsamung nicht ein Defekt ist: die Unfähigkeit, mich meinen Mitmenschen verstehend und verstanden zu nähern. Am Ende fliege ich gar nicht durch des Saales Decke empor, sondern sitze weinend auf den Stufen draußen und werde nicht eingelassen? Und bilde mir meinen Flug nur zum Trost ein? Eine Phantasie des Kindes, das nicht mitspielen darf?

Was ist das Wahre?

### Glossen zum „geistigen Arbeiter“.

Ärzte und Techniker.

Zu den in den letzten Tagen an dieser Stelle erschienenen Aufsätzen über Lage und Ausichten der geistigen Berufe sind uns aus den Kreisen einzelner Berufsstände teils beistimmende, teils polemische Zuschriften zugekommen, von denen wir hier zwei uns bedeutsam scheinende Erörterungen eines Arztes und eines Ingenieurs zum Abdruck bringen.

Der Arzt.

Zu dem im Ersten Morgenblatt vom 3. ds. erschienenen Aufsatz über „Die Entlohnung der geistigen Arbeiter“ von -ck schreibt uns Dr. B. W. a.:

„Alle geistigen Arbeiter sind schlecht, mehr als sehr schlecht entlohnt, und es gibt nur eine Ausnahme: Die Ärzte haben nach wie vor gute Einnahmen.“ Es ist keinerlei Schlussfolgerung des Verfassers aus seinen sonstigen Aufstellungen, aber es liest sich fast so; er hat es nur so nebenbei als bekannt vorausgesetzt; er brouchte eine Ausnahme für die von ihm im übrigen mit Glück nachgewiesene Regel; aber er hat eine falsche Ausnahme erwischt, die es verdient, in aller Deffentlichkeit und in allen Ehren in die Regel eingestellt zu werden. Also einmal eine Regel ohne Aus-

nahme, das beweist in sich ja wieder, daß eben keine Regel ohne Ausnahme ist.

„Nach wie vor“, also zuerst einmal „vor“. Vor dem Kriege konnten die Kosten des medizinischen Studiums auf 25 000 Mark veranschlagt werden. Die Reineinnahmen (nach Abzug nur der Geschäftsunkosten) betragen für 50 Prozent aller deutschen Ärzte bis zu 5000 Mark, für weitere 25 Prozent 7 bis 8000 Mark. Da die Ärzte keine Pensionen beziehen und sie deshalb gezwungen sind, um Weib, Kind und sich selbst einigermaßen die Zukunft sicherzustellen, jährlich 2 bis 3000 Mark Prämien für alle möglichen Versicherungen zu zahlen, so konnten vor dem Kriege die Einnahmen nicht wohl als „gute“ bezeichnet werden.

Der Krieg ist aus, also „nach“. Die Kosten des Studiums haben sich in nicht leicht zu errechendem Maße durch die Entwertung des Geldes, durch die Teuerung der Lebensmittel, der Bücher, der Instrumente usw. ausgewachsen. Sind die Einnahmen der Ärzte auch nur dementsprechend gestiegen? Das Volk, für das und von dem der Arzt lebt, ist ärmer geworden und wird es noch mehr werden. Die Privatpatienten (vor dem Kriege der Hauptpunkt im Geschäftsbuch des Arztes) sind weniger zahlungsfähig und seit dem Erlaß vom 2. Dezember 1918 in ihrer Zahl derart im Rückgang begriffen, daß die Masse der Ärzte in durchaus absehbarer Zeit ihre Einnahmen fast nur noch aus den Kran-kenkassen beziehen wird. Die Leistungen der Krankenkassen an die Ärzte (durchschnittlich ein Zehntel der Beiträge) erreichen nirgends in Deutschland, auch heute noch nicht, in Zahlung für Einzelleistungen umgerechnet (wie in der Privatpraxis), die Gebührensätze für „nachweisbar Unbemittelte“ (1.50 Mark für den Besuch, 1 Mark für die Beratung). Als Teuerungszulage erscheint heute dem Reichsarbeitsamt eine Erhöhung der kassenärztlichen Honorare um etwa 20 Prozent (nicht 200 Prozent!) als angemessen!

Wird die Zukunft „gute Einnahmen“ für die Ärzte bringen? Durch das Uebergehen der Privatpraxis in die Kassenpraxis wird, wie die Entlohnung der Einzelleistung, so die Gesamtvergütung für ärztliche Leistungen überhaupt in Deutschland kleiner, und es besteht keinerlei begründete Aussicht, daß sich in diesem Punkte etwas ändern wird; so wird an sich schon das Einkommen des einzelnen Arztes geringer werden. Wie noch die Möglichkeit, daß das Tempo, in dem die Zahl der Ärzte im Verhältnis zum Steigen der Bevölkerungsziffer wächst, sich verlangsamt. Die Zahl der Medizinstudierenden betrug im Jahre 1905: 6310, im Jahre 1916: 15 581; approbiert wurden im Jahre 1906: 545, im Jahre 1916: 1697. Aber allein im Jahre 1913/14 fanden 3747 Approbationen statt und im ganzen Kriege 5800, gegenüber einem Abgang während des Krieges von bis jetzt 3000. Die Zahl der heute Medizinstudierenden steht noch nicht fest; es ist aber sicher, daß sie außerordentlich im Wachsen begriffen ist. Nun könnte eingewandt werden, daß der Krieg so viele Menschen behandlungsbedürftig gemacht habe, und zwar auf lange Zeit hinaus, daß ein Mehr von Ärzten notwendig sei. Das ist bis zu einer gewissen Grenze zutreffend, aber diese Grenze ist bereits längst überschritten. Der Verband der Ärzte Deutsch-

## Judentum und Bolschewismus.

Dem schuldige Mann geht's Grausen an. Die engen Zusammenhänge zwischen der Bolschewikenagitation und den Juden, die in Moskau, Budapest, Wien, Berlin, München überall an der Spitze der Unruhestiftung stehen, sind, wie man sich täglich auf der Straße überzeugen kann, eine ernste Gefahr. Die Bolschewiken lassen uns nicht zu Ruhe und Arbeit kommen, sie bedrohen sogar unsere künftige Lebensration; die Führer der Bolschewiken sind überall Juden. So erwächst eine tiefe Erbitterung im Volke gegen die mit merkwürdiger Regelmäßigkeit sich überall dort Juden obenauffschwingen, wo es nach Revolution und Umsturz riecht. Es ist interessant, daß es heute gerade drei dem Wiener Judentum nahestehende Blätter sind, die sich heute ängstlich mit dieser Tatsache beschäftigen. Am oberflächlichsten meint das Wiener Zionistenblatt der Sache damit beizukommen, daß es behauptet, die Juden seien vom Krieg am grausamsten mitgenommen worden — daher der Name Kriegsverbienner! —, ferner habe sich noch nie ein jüdischer Revolutionär als Nationalfeind bekannt und schließlich wird das Allheilmittel auch hierfür die Errichtung des Judenstaates empfohlen. Gewiß, und wir geloben, daß wir uns dann nicht mit einer Bolschewikenagitation in Palästina revanchieren werden, wenn die jüdischen Bolschewiken uns in Ruhe lassen. Aber werden die nach Palästina gehen? Was aber auch die Zionisten am tiefsten trifft:

Die Situation, in der sich das Judentum befindet, ist verzweifelt. Das Judentum hat keinen sicheren Boden unter den Füßen. Es konnte in Mitteleuropa sich eine gewisse privilegierte Oberschicht schaffen, die jeder antisemitischen Regierung mit dem Geldbeutel in der Hand entgegentrat. Das Judentum hat für alles gezahlt: mit seinem Geld, mit seinem Blut. Es kann heute nicht mehr zahlen.

Dieser Ausblick ist grandios: Auch die Gelder, die der Juden hat ihre Grenzen — am Gelde selbst und weil dieses heute entwertet ist, werfen sich die Juden sofort auf die andere Seite. Also wäre die Führerschaft der Juden bei den Kommunisten nur eine Börjerkonjunktur? Dem stimmt auch die nicht minder jüdische „S. und Mont.-Ztg.“ zu, indem sie in einem Artikel „Die Juden und der Kommunismus“ über „die Landauer, Lewin, Levit und Löwy, Cohn mit C und Kohn mit K, Haase und Kirsch, Kuhn und Friedländer alias Eisner und alias Trotsky“ schreibt, das seien

Gewisse Juden, die bisher von ihren eigenen Stammesgenossen als recht minderwertig angesehen wurden, die eine Bewegung inszenierten, um ohne weitere Anstrengung leicht und mühelos das zu ernten, was Lächerliche mit dem Fleiße ihres Lebens bisher geschaffen haben? Momentan floriert dieses Geschäft recht gut. Gleichzeitig beginnen die Völker, durch sie immer mehr und mehr verleidet, die Beweggründe der an der Spitze stehenden Führer einzusehen und sich etwas genauer um ihr Vorleben zu informieren. Damit wird der ganze Kommunismus zusammenstürzen, leider aber nicht ohne eine Reaktion, die das betrogene Volk mit Wut und Abscheu gegen ihre Verräter erfüllen muß. Deswegen muß das Judentum schon heute das größte Interesse daran haben, zwischen sich und den jüdischen Führern der radikalen sozialen Bewegung eine deutliche Trennungslinie zu ziehen.

Und in einem Artikel „Kommunismus und Antisemitismus“ des „N. W. Tgl.“ wird ebenso die Befürchtung ausgesprochen,

daß sich dem Volkszorn gegen den sinnlosen Bolschewismus die überlauten jüdischen Führer des Gewaltregimes als die im Vordergrund lärmenden, nach der Macht greifenden Urheber der Umsturzbewegung von selbst verbieten. Meist sind es jüdische Intellektuelle aus Osteuropa, daneben aber auch jugendliche jüdische Wirrköpfe heimischer Herkunft. Ihre Predigt ist die nackte Vergewaltigung, sie schreien nach Niederschlagung der Geaner. Ihre Waffe ist nicht der Geist, den jüdische Denker, ein Heine und Börne, ein Karl Marx und Lassalle, in den Dienst ihrer Ideen gestellt haben, sondern die Handgranate. Es mag unter diesen kommunistischen Agitatoren vereinzelte Idealisten geben. Die Mehrzahl dürfte nur der Ritzel der Großmannsucht treiben. Sie sind geradezu Schrittmacher der Reaktion. Das jüdische Bürgertum möge sich vor Augen halten, daß alle Reaktion gern die Leidenschaften des getäuschten Volkes auf jubenfeindliche Bewegungen abzulenkten gesucht hat. Man sieht die Schöplinge dieser antisemitischen Renaissance bis und da schon aus dem Boden brechen. Der bolschewistische Exzedent schafft den antisemitischen Exzedenten. Die Judenchaft wird sich des Einen am besten erwehren, wenn sie den Andern rasch und kräftig vom Arme beutelt.

Drei Betrachtungen vom jüdischen Standpunkte über Antisemitismus, drei Warnungen an die Rassegenossen, den Bogen nicht zu überspannen. Allerdings, der Pogrom, der hier als Schreckgeist erscheint, ist etwas anderes als Antisemitismus. Aber die Ablehnung der jüdischen Führung — nicht nur bei den Kommunisten — wächst naturgemäß als ein antisemitisches Minimalprogramm aus diesen Geständnissen gepreßter Seelen heraus.

14. IV. 1919

### Die Wünsche der Finanzwache.

Einreichung in die Dienstpragmatik. — Die Versammlung im Militärkasino.

Die „Stützen des alten Staates und das Musterbeispiel treuer Pflichterfüllung im alten wie im neuen Staate“ nannte ein Redner in der Versammlung, die gestern im Militärkasino stattfand, die Finanzwache. Damit ist diese Gruppe von Staatsangestellten, deren Dienst nebst Intelligenz und Fachwissen persönlichen Mut und nie erlahmende Ausdauer erfordert, treffend gekennzeichnet und diese allgemein anerkannten Eigenschaften der Finanzwacheangehörigen lassen ihre Forderung nach Pragmatifizierung um so berechtigter erscheinen, als mit ihrer Erfüllung keinerlei finanzielle Mehrbelastung für den Staat erwächst, weil viele der Finanzwacheangestellten nach längerer Dienstzeit

von 2 K. hinausgeschickt könne. Auch die Vergütung der Tabakbegleitung müsse auf andere Grundlagen gestellt werden. Redner trat schließlich für die gemeinsame Vertretung der Interessen mit jenen der Finanzwachebeamten ein und schlug vor, die Führung der Verhandlungen im Staatsamt dem niederösterreichischen Personalrat unter Zuziehung der Landesvertreter zu übertragen. Dieser Antrag wird angenommen, worauf der Abgeordnete Forstner noch darauf hinwies, daß die den Eisenbahnern gewährten materiellen Zugeständnisse für alle Staatsangestellten, also auch für die Finanzwache, gelten. Respizient Frohmann (Salzburg) erklärte, die Salzburger seien für den Fall der Nichtbewilligung der Pragmatifizierung zum Äußersten entschlossen. Oberaufseher Baugger (Steiermark) meinte, die Finanzwacheangestellten verrichten dem Staate kaufmännische Dienste, seien darum eine Aktivpost im Staatshaushalt, und hätten Anspruch, als solche behandelt zu werden.

Respizient Wirllach (Tirol) erklärte, ein Finanzwacheangestellter könnte, wenn er „ein Auge zudrückt“, in einer Stunde mehr verdienen, als der Staat ihm in einem Jahre gebe. Einem Herrn, der im Jahre 1915 wegen Betruges in Untersuchung stand und ein bekannter Hazardspieler ist, schickte die Finanzverwaltung 100.000 Kronen zur Aufdeckung des Banknotenschmuggels nach Tirol. Der Erfolg werde sicherlich gleich Null sein. Soblei könne ein Finanzwacheangestellter aber auch in zehn Jahren nicht verdienen. Oberaufseher Preindelsberger (Vorarlberg) führte aus,

daß die Finanzwache in Vorarlberg während der Notenabstempelung 14 bis 16 Stunden Dienst hatte, am dem Banknotenschmuggel nach der Schweiz zu begegnen. Sie haben den schwierigen Dienst ohne Murren verrichtet, obwohl jeder in einem Tage 100.000 K. hätte verdienen können. Finanzwachkommissär Weiß brachte eine Reihe von Forderungen der Finanzwachebeamten vor und kündigte deren gleichzeitige Ueberreichung im Staats-

amte an. Schriftleiter Kornthener („Zoll- und Finanzwach-Zeitung“) trat für die Abschaffung der Prüfungen bei Gewährung der Pragmatifizierung ein und wies darauf hin, daß die Erregung draußen größer sei, als in Wien, weil man von der Freiheit mehr erwartet habe. Assistent Felix empfahl im Namen der Organisation der Zintienbeamten Wiens den Zusammenschluß aller Gefällsangestellten ohne Unterschied des Ranges zu einem festen Block im Rahmen einer gemeinsamen Gewerkschaft. Oberaufseher Mandl wies auf die wichtige Rolle hin, die den Finanzorganen bei der bevorstehenden Vermögensabgabe zufallen werde. Eine sodann vom Vorsitzenden Streitfeld vorgeschlagene Entschlieung, in der die Pragmatifizierung gefordert wird, wurde angenommen, worauf noch Oberkommissär Gahleit sprach, der seine Solidarität mit der Finanzwache erklärte, und Oberaufseher Schrei, der für die Verbesserungen im Stipendienwesen eintrat.

Sehr ernste Lage in Kasinen. Die Finanzwacheangehörigen sind in der Lage, die Forderungen der Finanzwachebeamten vor und kündigte deren gleichzeitige Ueberreichung im Staatsamte an. Schriftleiter Kornthener („Zoll- und Finanzwach-Zeitung“) trat für die Abschaffung der Prüfungen bei Gewährung der Pragmatifizierung ein und wies darauf hin, daß die Erregung draußen größer sei, als in Wien, weil man von der Freiheit mehr erwartet habe. Assistent Felix empfahl im Namen der Organisation der Zintienbeamten Wiens den Zusammenschluß aller Gefällsangestellten ohne Unterschied des Ranges zu einem festen Block im Rahmen einer gemeinsamen Gewerkschaft. Oberaufseher Mandl wies auf die wichtige Rolle hin, die den Finanzorganen bei der bevorstehenden Vermögensabgabe zufallen werde. Eine sodann vom Vorsitzenden Streitfeld vorgeschlagene Entschlieung, in der die Pragmatifizierung gefordert wird, wurde angenommen, worauf noch Oberkommissär Gahleit sprach, der seine Solidarität mit der Finanzwache erklärte, und Oberaufseher Schrei, der für die Verbesserungen im Stipendienwesen eintrat.

## Niederösterreichische Eskomptegesellschaft.

Wien, 14. April.

Unter Vorsitz des Präsidenten Max Feilchenfeld wurde heute die sechszehnjährige ordentliche Generalversammlung der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft abgehalten. Der Geschäftsbericht führt aus:

Das für die ehemalige österreichisch-ungarische Monarchie so überaus unglückliche Ende des Weltkrieges und in seiner unmittelbaren Nachwirkung der Zerfall derselben in einzelne Nationalstaaten stellen der Volkswirtschaft unserer neubegründeten Republik die bedeutende Aufgabe eines durchgreifenden **Neuaufbaues**, eine Aufgabe, die um so schwieriger und behutsamer zu lösen sein wird, als die schweren Lasten, welche schon in den letzten Jahren sich überaus drückend fühlbar machten, in der Folge eine Milderung nicht erfahren werden. Wie der Ihnen vorliegende Rechnungsabschluss dartut, haben diese Lasten das Erträgnis unserer Anstalt auch schon im abgelautenen Jahre nachhaltig beeinflusst, indem einem Bruttoertrag, welcher den vorjährigen um 524.243 K. übersteigt, ein um 3.165.830 K. geringerer **Reingewinn** gegenübersteht, weshalb wir uns bemüht haben, Ihnen für das Geschäftsjahr 1918 eine Kürzung der Dividende von 12 Prozent auf 10 Prozent im Vorschlag zu bringen.

Im einzelnen beehren wir uns, bezüglich unserer Gebarung im abgelautenen Jahre nachstehendes mitzutheilen: Auf die achte österreichische und ungarische Kriegsanleihe wurden durch unser Institut in der ersten Hälfte des Berichtsjahres insgesamt nominale 440.743.250 K. gezeichnet. Anlässlich der Ende November 1918 erfolgten Emission der 4prozentigen deutsch-österreichischen steuerfreien kündbaren **Schaffscheine** haben wir für uns und unsere Kommitenten nominale 30.729.450 K. subskribiert. An dem Syndikate der Wiener Banken für die Uebernahme und Verwertung von nominalen 250.000.000 K. 4prozentige steuerfreie Anleihe der Stadtgemeinde Wien vom Jahre 1918 haben wir quotenmäßig teilgenommen und die vom Oesterreichischen Kreditinstitut für Verkehrsunternehmungen und öffentliche Arbeiten emittierten nominale 60.000.000 K. 4prozentige staatsgarantierte Obligationen Emission 1918 zur Realisierung gebracht. Bei den von unseren ungarischen Freunden zur Subskription gestellten nominalen 150.000.000 — K. 4 1/2prozentiger **Budapester Stadtanleihe** vom Jahre 1918 waren wir mit einer mäßigen Quote unterbeteiligt. Gemeinsam mit dem Pester Ersten Vaterländischen Sparkasservereine und einigen Konsorten gründeten wir die **Boenische Industrie- und Handelsbank** in Sarajewo mit einem Aktienkapital von 6.000.000 K., ferner im Vereine mit der Pester Ungarischen Kommerzialbank in Budapest und türkischen Interessenten die **Banque Générale de Turquie** in Konstantinopel mit einem Kapital von 500.000 türkischen Pfund.

Die **Kapitalerhöhungen** nachfolgender Gesellschaften haben wir — zum Teile in Gemeinschaft mit uns befreundeten Instituten — zur Durchführung gebracht: Oesterreichische Versicherungsgesellschaft „Donau“ von 3.000.000 K. auf 4.000.000 K., Felten & Guilleaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke Aktiengesellschaft von 8.500.000 K. auf 10.000.000 K., Maschinen- und Waggonbaufabrik Aktiengesellschaft in Sumering vormals H. D. Schmid von 14.000.000 K. auf 18.000.000 K., Union-Vergesellschaft von 3.288.000 K. auf 5.000.000 K., Vereinigte Elektrizitäts-Aktiengesellschaft von 15.000.000 K. auf 18.000.000 K., Vereinigte Maschinenfabriken Aktiengesellschaft vormals Stoda, Kufstein, Bromovsky & Ringhoffer von 20.000.000 K. auf 25.000.000 K., Glasfabriken und Raffinieren Josef Inwald Aktiengesellschaft von 6.000.000 K. auf 7.000.000 K., Gaswerksbau- und Maschinenfabriks-Aktiengesellschaft Franz Manoschel von 1.500.000 K. auf 2.500.000 K., „Asphalt“, Aktiengesellschaft für Asphalt- und chemisch-technische Industrie von 1.000.000 K. auf 2.000.000 K., Glashüttenwerke vormals J. Schreiber & Keffen von 4.000.000 K. auf 5.000.000 K., Leopold Landeis Aktiengesellschaft von 1.250.000 K. auf 2.000.000 K.; endlich partizipieren wir an den für die Kapitalerhöhungen nachbenannter Banken gebildeten Garantiesyndikaten: Anglo-Oesterreichische Bank von 130.000.000 K. auf 150.000.000 K., Oesterreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe von 170.000.000 K. auf 200.000.000 K., Oesterreichische Länderbank von 130.000.000 K. auf 160.000.000 K., Wiener Bankverein von 150.000.000 K. auf 180.000.000 K., Ungarische Allgemeine Kreditbank von 120.000.000 K. auf 160.000.000 K.

Zu den einzelnen Positionen des Ihnen vorliegenden Rechnungsabchlusses bemerken wir nachstehendes: Die Zinsen von Wechseln per 2.932.721 K. weisen gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 422.942 K. auf, während die sonstigen Zinsen per 16.143.779 K. um 808.758 K. gesunken sind, so daß die gesamten Zinseneinnahmen per 19.076.500 K. jene des Jahres 1917 um 1.231.701 K. übersteigen. Die Provisionen per 3.700.650 K. zeigten gegenüber dem Vorjahre eine Verminderung von 170.350 K., ebenso sind die Gewinne an Dividen, Effekten und Konjunktialgeschäften per 4.858.034 K. um 538.207 K. und die Erträgnisse des Kauf- und Wechsellagergeschäftes und der Kommanditen per 1.898.585 K. um 11.041 K. niedriger als im vorigen Jahre. Die Steigerung der Personalauslagen per 4.233.952 K. gegenüber 3.636.700 K. im Vorjahre erklärt sich aus den durch die Ungunst der Verhältnisse notwendig gewordenen erhöhten Zuwendungen an die Angestellten der Anstalt. Die Speisen sind infolge Verteuerung aller in Betracht kommenden Utensilien und Materialien von 1.174.058 K. auf 1.248.772 K. angewachsen. Die Steuern und Gebühren per 10.897.330 K. übersteigen die im Vorjahre verrechneten um 2.811.052 K. Die Erhöhung der Abschreibungen an Realitäten um 79.584 K. ist durch die behördlich angeprochene Ueberlassung des Kupferdaches unseres Anstaltsgebäudes an die Pester Verwaltung bedingt. Die **Kassenbestände** waren mit 35.128.039 K. um 21.876.590 K. höher als im Vorjahre. Das **Wechselportefeuille** weist einen Stand von 66.218.687 K. gegenüber 57.191.018 K. im Jahre 1917 aus. Der Bestand an Effekten per 5.063.748 K. ist infolge Realisierung diverser Bestände um 9.283.640 K. niedriger als am 31. Dezember 1917, während die Einzahlungen auf Konjunktialgeschäfte per 33.172.567 K. am 7.544.119 Kronen höher sind als an diesem Tage. Die **Debitoren** per 955.331.558 K. haben eine Zunahme von 256.916.137 K. erfahren. Demgegenüber zeigen die Kreditoren per 872.574.874 K. eine Steigerung von 208.551.870 K. gegenüber dem Vorjahre. Gegen **Kassascheine** und Einlagsbücher haben uns am Jahreschlusse insgesamt 72.996.889 K. zur Verfügung. Die **Akzente** per 18.995.165 K. weisen gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung um 15.806.065 K. auf.

Der **Gewinn** des Jahres 1918 beträgt 12.789.562 K. Davon kommen in Gemäßheit der Statuten im Vorschlag: 1. die 4prozentige Quote für den Reservefonds 639.478 K., 2. die Quote für den Reservefonds der Kreditnehmer 2102 K., 3. die Quote für die Mitglieder des Komitees des Kreditvereines 1401 K., das sind 642.982 K., von den noch verbleibenden 12.146.579 K.

ist der Betrag von 5.000.000 K. zur Verteilung eine 4prozentige Dividende zu verwenden und von dem Reste per 7.146.579 K., sind als 10prozentige **Tantième** 714.657 K. den Mitgliedern des Verwaltungsrates zuzuwenden, wonach 6.431.921 K. verbleiben. Zugüglich des Gewinnvortrages vom Jahre 1917 per 684.546 K. stehen somit 7.116.468 K. zur Verfügung der Generalversammlung. Der Verwaltungsrat stellt den Antrag, hiervon 5.000.000 K. zur Bezahlung einer **Superdividende** von 5 Prozent zu verwenden, wonach die Gesamtdividende 10 Prozent, d. i. 40 K. per Aktie, betragen würde, von den erübrigenden 2.116.468 K. den Betrag von 1.500.000 K. dem außerordentlichen Reservefonds zuzuführen und den Rest von 616.468 K. als Gewinn auf das Jahr 1919 zu übertragen.

Unsere Anstalt hatte im abgelautenen Jahre das Hinscheiden ihres Verwaltungsratsmitgliedes Herrn **Georg Boschan** zu beklagen. Derselbe gehörte seit dem Jahre 1881 dem Verbands unserer Anstalt an und war bis zum Jahre 1895 Komiteemitglied unseres Kreditvereines und von da ab bis zu seinem am 4. Oktober v. J. erfolgten Ableben Mitglied des Verwaltungsrates. Herr Georg Boschan hat stets das regste Interesse für unsere Anstalt bezeugt und ihr wiederholt höchst erprießliche Dienste geleistet, in deren dankbarer Anerkennung wir dem Verewigten immerdar ein ehrendes Andenken bewahren werden. Es ist uns ein Herzensbedürfnis, jetzt, wo der mehr als vier Jahre währende Weltkrieg sein Ende erreicht hat, auch jener unserer Angestellten zu gedenken, welche, dem Rufe zu den Fahnen folgend, auf dem Felde der Ehre gefallen, beziehungsweise im Kriegesdienste verstorben sind. Es sind dies die Herren **Josef Anterl**, **Adolf Breitenfeld**, **Rudolf Grabenweger**, **Paul Gräner**, **Stephan Münster**, **Josef Oberhammer**, **Otto Peschke**, **Ernst Placzek**, **Josef Ruff**, **Oskar Spira**, **Alfred Spitzer**, **Franz Wacho**, **Karl Weiß**. Wir werden die Erinnerung an diese Braven, die in treuer Pflichterfüllung ihr Leben für das Vaterland geopfert haben, in unserer Mitte stets in Ehren halten.

Die statutenmäßige **Funktionsdauer** für die Mitglieder unseres Verwaltungsrates **Alfons Erhard**, **Viktor Mautner-Markhof** und **Ludwig Urban jun.** geht mit der heutigen Generalversammlung zu Ende. Wir laden Sie ein, die bezüglichen Erskwahlten vorzunehmen, wobei wir bemerken, daß nach § 31 unserer Statuten die zum Austritte bestimmten Mitglieder des Verwaltungsrates wiedergewählt werden können.

Von dem **Reingewinn** per 13.474.109 Kronen werden dem **Reservefonds** 639.478 Kronen zugewiesen, 40 Kronen per Aktie als Dividende verteilt, 1.500.000 Kronen dem außerordentlichen Reservefonds zugeführt und 616.468 Kronen auf neue Rechnung vorgetragen.

In den Verwaltungsrat wurden die ausscheidenden Herrn **Alfons Erhard**, **Viktor Mautner-Markhof** und **Ludwig Urban jun.** wieder gewählt.

## Berufsberatung.

Die Theoretiker verlangen als Vorbedingung für eine richtige Berufsberatung eine ärztliche Untersuchung und eine Prüfung der Begabung, sie berücksichtigen auch die Vorliebe für ein Fach; als Praktiker halte ich für die wichtigste Vorbereitung eine Berufsstatistik.

Werde ich zum Beispiel gefragt, ob ein Junge Apotheker werden soll, so muß ich vor allem trachten, zu erfahren, wieviele Pharmazeuten im Staate ihr Auskommen finden, wieviele sich jetzt für diesen Beruf ausbilden, wieviele Apotheker jährlich in den Ruhestand treten oder sterben u. a. m. Leider gibt es keine amtliche Veröffentlichung, aus der ich Antworten auf diese Fragen entnehmen könnte, und doch wäre dies die wichtigste Unterlage für eine Berufsberatung.

Der Apothekerberuf ist nicht der einzige, dem die Berufsstatistik fehlt; es gibt vielmehr keinen einzigen Beruf, in bezug auf den amtliche Quellen uns Aufklärung bieten über ähnliche Fragen, wie wir sie oben gestellt haben.

Solange wir aber nicht durch übersichtliche Zahlenangaben jedermann klarmachen können,

warum wir dringend vor dem und jenem Beruf warnen, so lange ist unsere Berufsberatung wenig wirksam. Am deutlichsten zeigt sich das bei dem Handelsfach. Ein Meer von Stellenlosen sucht vergeblich Arbeit. Trotzdem sind alle Handelsschulen überfüllt und werden auch im nächsten Schuljahr überfüllt sein.

Warnungen vor dem Eintritt in die Handelsschulen sind schon deshalb zwecklos, weil man den Eltern nicht raten kann, für welchen Beruf sie ihre Kinder ausbilden sollen, denn jetzt sind alle Berufe überfüllt; die Wahl ist wirklich schwer.

Was nützen die Erlässe gegen den Zudrang zu den Mittelschulen, wenn der Staat unterläßt, genügend viele Fachschulen zu schaffen, die für praktische Berufe vorbereiten. Die Unwirksamkeit derartiger Erlässe hält wohl das Staatsamt für Unterricht ab, Erlässe gegen den Zudrang zu den Handelsschulen und Lehrerinnenbildungsanstalten herauszugeben.

Unser Gehenlassen vernichtet die große Schar der Stellenlosen in allen Berufen, und es wäre wohl die Aufgabe der Unterrichtsverwaltung, Mittel und Abhilfe zu erwägen und auf gründliche Berufsstatistik gestützte Richtlinien für die Berufsberatung zu empfehlen. Die Ausbildung der Jugend zu Berufen, in denen ohnehin genügend viele Stellenlose auf Arbeit warten, muß mit allen Mitteln gehemmt werden.

In einer Zeit, in der sich alle Menschen Einschränkungen gefallen lassen müssen, sollte man zum Beispiel die Sperrung der ersten Jahrgänge aller deutschösterreichischen Handelsschulen in ernstliche Erwägung ziehen. Solch ein Eingriff würde besser als alle Warnungen auf die Eltern wirken und zur Aufklärung über die Aussichtslosigkeit des Besuchs einer Handelsschule beitragen.

Wohin soll man aber den Strom der bildungsbegeisterten Jugend lenken? Deutschösterreich erzeuget zu wenig Nahrungsmittel. Die Geflügelzucht, die Fischzucht, die Champignonzucht, der Gemüsebau, die Butter- und Käseherzeugung wird bei uns zu wenig gepflegt. Wir haben zu wenig hauswirtschaftliche Schulen, zu wenig Musterwirtschaften, in denen Knaben und Mädchen sich für diese Lebensberufe vorbereiten können. Oft genug predigt man unseren Kindern die falsche Lehre, daß das Handwerk einen goldenen Boden hat. Von der Tier- und Pflanzenzucht könnte man dies mit viel mehr Recht behaupten. Jetzt, wo wir alle unter dem Mangel an Lebensmitteln leiden und einsehen, wie schädlich es für uns ist, daß wir so viele Nahrungsmittel aus dem Ausland einführen müssen, sollten die Staatsämter und auch die Wiener Stadtverwaltung dafür sorgen, daß es der Jugend erleichtert wird, sich für diese landwirtschaftlichen Berufe heranzubilden.

Es muß das Ziel unseres Strebens sein, daß alle Eier, die wir brauchen, im Inland in großen Geflügelmastanstalten gelegt werden; mit inländischen Fischen müssen alle unsere Märkte reichlich beschickt werden können. Wenn allen Knaben und Mädchen, die im nächsten Jahre in die Handelsschulen eintreten wollen, die Möglichkeit geboten würde, sich für hauswirtschaftliche Berufe heranzubilden, das wäre eine nützliche Berufsberatung. An allen Schulkosten müßten grobe Anzeigen auf diese Möglichkeiten hinweisen; das wäre eine lobenswerte Hemmung des Andranges zu den Handelsschulen die auch unserer Versorgung mit Nahrungsmitteln zugute käme. Alleinseligmachend ist diese Gruppe von Berufen sicher nicht. Für Mädchen ist zum Beispiel auch die Ausbildung zur Kinder-

gärtnerin empfehlenswert. Werden bei der Neugestaltung unseres Erziehungswesens so viele Kindergärten errichtet, als wir brauchen, so werden wir nicht genügend viele Kindergärtnerinnen haben. Wenn alle Mädchen, die im nächsten Schuljahr in unsere Lehrerinnenbildungsanstalten eintreten wollen, durch Sperrung der ersten Jahrgänge gezwungen würden, ihren Plan aufzugeben und sich dem Kindergartenberuf zu widmen, dann könnte der heimische Bedarf mit Inländerinnen gedeckt werden. Jetzt liefert uns das Ausland die Mehrzahl der Erzieherinnen, die in den Familien wirken. Ausgebildete Kindergärtnerinnen werden auch mit Vorliebe von unseren Jugendämtern als Kinderpflegerinnen herangezogen. Die städtische Akademie für soziale Verwaltung erleichtert es den Kindergärtnerinnen, modernen sozialen Berufen sich zuzuwenden.

Den Knaben wäre die Erlernung der Landessprachen unserer Nachbarstaaten dringend anzupfehlen. Bedauerlicherweise geschieht seitens unserer Unterrichtsverwaltung gar nichts, um diese Erlernung zu erleichtern. Die neuen Nationalstaaten werden ja bald ihren Siegesrausch überwunden haben und dann sicher versuchen, ihre Beziehungen zu Deutschösterreich vernünftig zu regeln. Dann werden die Sprachkundigen ein gutes Fortkommen finden. Die toten Sprachen sind Bildungsmittel, die wirklich nicht mehr in die Zeit passen; dagegen werden wir in allen Berufen Menschen brauchen, die sich mit unseren Nachbarn verständigen können.

Der Unterrichtsbeirat, den das Staatsamt für Unterricht einberufen will, wird sich mit diesen Fragen zu beschäftigen haben. Wenn sich diese Körperschaft für Vermehrung der Fachschulen und der Sprachkurse aussprechen wird, wird sie die Berufsberatung wesentlich erleichtern.

20. IV. 1919

## Gemeinwirtschaft und Selbstverwaltung.

Von Rudolf Wissell, deutschem Reichswirtschaftsminister.

Nach fast einem halben Jahre der Revolution liegt die deutsche Zukunft noch immer dunkel vor uns. Niemand vermag zu sagen, was sie uns im einzelnen bringen wird. Nur das wissen wir im voraus, daß es keine Zeit sorglosen Lebens sein wird, daß wir schwer und hart werden arbeiten müssen, daß wir weit unter dem wirtschaftlichen und sozialen Lebensstande der letzten Vorkriegsjahre stehen werden. Das ist unserem Volke noch nicht im entferntesten völlig klar geworden. Viele meinen, sich jetzt, nachdem die Kampfhandlungen eingestellt sind, für die vielen Entbehrungen der Kriegsjahre schadlos halten und wirtschaftlich erholen zu können. Das gilt auch von den Arbeitern. Um so notwendiger ist es, immer und immer wieder auf die überaus ungünstige wirtschaftliche Lage Deutschlands hinzuweisen.

Um aus dem Wirrwarr herauszukommen, in den uns die Not der Zeit gestürzt hat, muß es unser Hauptziel sein, sobald als nur möglich unser Wirtschaftsleben auf seinen lebendigen Kräften aufzubauen und für die großen Zweck die einzelnen, die im Wirtschaftsleben stehen, selbst mit heranzuziehen. So werden wir am sichersten den beiden Grundgedanken, der **Gemeinwirtschaft** und der **Selbstverwaltung**, zum Durchbruch verhelfen, die in dem von der deutschen Nationalversammlung angenommenen Sozialisierungsgesetz und Gesetz zur Regelung der deutschen Kohlenwirtschaft enthalten sind.

Ich habe bereits in der Nationalversammlung am 8. März ausgeführt, daß es unsern liegt, von oben herab in bürokratischer Weise regieren zu wollen. Es kommt uns vielmehr darauf an, daß jeder einzelne sich in die Gesamtwirtschaft einfügt, daß er zu seinem Teil an der Bildung des Gesamtwillens mit teilnimmt. Wenn das geschieht, wenn jeder im Bewußtsein der Verantwortung für das Volksganze sich freiwillig dem unterordnet, was im Innern der Gesamtheit geboten ist, dann wird unser Wirtschaftsleben auch blühen und sich entwickeln können. Und ich führe dort weiter aus, daß Gemeinwirtschaft nicht Staatswirtschaft bedeutet, sondern Selbstverwaltung. Der Staat ist kein geeigneter Träger der Wirtschaft; er soll und kann die oberste Aufsicht führen, der oberste Sachwalter der Gesamtheit sein, Interessengegensätze mit Weisheit und Gerechtigkeit ausgleichen. Allein er soll mit seinen starren Formen, mit seinen ehrlichen, aber auch oft käppischen Manieren nicht in das feine System von Adern und Aderchen eingreifen, das dem Volkskörper die nahrunggebenden Säfte zuführt. Das geschäftliche Handeln soll er im Rahmen der im Interesse des Volksganges gebotenen Notwendigkeiten denen überlassen, die vermöge ihrer Zugehörigkeit zu dem betreffenden Wirtschaftszweige Verständnis für dessen Bedürfnisse besitzen und bei denen auch das Gefühl der Verantwortlich-

keit für das Gedeihen dieses Wirtschaftslebens durch die Verbindung mit den eigenen Interessen geschärft ist. An einer solchen Mitarbeit und Mitverantwortlichkeit sollen auch in Zukunft die deutschen Arbeiter teilnehmen.

Um auf das erwähnte Gesetz einer großzügigen Sozialisierung zurückzukommen, so muß ich immer wieder aufs neue betonen, daß es nicht nur eine Befugnis des Reiches enthält, sondern auch zugleich ein Programm: das Bekenntnis dazu, wirtschaftliche Unternehmungen zu sozialisieren, die für die Volksgesellschaft geeignet sind, die reif sind, aus der rein privatwirtschaftlichen Verwaltung in die Hand der Gesamtheit gelegt zu werden, und als Unternehmungen dieser Art ist die Gewinnung von Bodenschätzen besonders hervorgehoben worden.

Wenn hier von Bodenschätzen die Rede ist, so handelt es sich ausschließlich um die toten Bestandteile der Erde, also die Produkte des Bergbaues; die Gewinnung von Bodenerträgen, alles, was mit der Bebauung des Bodens zur Förderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zusammenhängt, interessiert uns hier nicht.

Es braucht nicht erst betont zu werden, welche hervorragende Rolle bei diesem Gesetzentwurf die Regelung der Kohlenwirtschaft spielt. So ist es denn auch nur angemessen wenn nicht mehr einige wenige Kohlenmagnaten nach reinen privatkapitalistischen Interessen, sondern ein aus 50 Mitgliedern bestehender Reichskohlenrat im Interesse der Allgemeinheit die, den wichtigen Bestandteil des deutschen Wirtschaftslebens unter der Aufsicht des Reiches leiten wird.

Das aber ist das unumgänglich notwendige und zur Befundung des Volksganges unentbehrliche Moment hierbei, daß die an dem betreffenden Wirtschaftszweige unmittelbar beteiligten Kreise herangezogen werden. Jetzt haben nicht nur mehr Erzeuger und Händler zu verfügen, sondern auch der Verbraucher hat ein Wort in die Waagschale zu werfen. Mag auch die mit diesem neuen Wirtschaftssystem verbundene Zentralisation die Gefahr der Schematisierung in sich bergen und dem freien Wettbewerb Fesseln auferlegen: die unter Reichsaufsicht stehende Selbstverwaltung der beteiligten Kreise ist dazu angetan, dieser Gefahr entgegenzuwirken und die eine persönliche Initiative bedrohenden Allgemeinvorschriften auszugleichen.

Es ist wohl möglich, daß in den ersten Uebergangszeiten dieser notwendige Ausgleich nicht immer gefunden wird, aber ich zweifle nicht, daß er kommen wird. Denn es wird sich zeigen, wie wenig hier im letzten Grunde Gegensätze vorliegen, wie sehr die Zeit vielmehr eine höhere Einheit, die den Interessen aller dient, herausbilden wird.

### Das neue Raubgesetz.

#### Was ist's mit den Villen der Kriegsverdiener?

Zu der Ankündigung der Staatskanzlei, daß zur Schaffung von Volkspflege- und Fürsorgestätten Schlösser und Paläste ohne Entschädigung beschlagnahmt werden sollen, wird uns geschrieben: Jedermann wird es begrüßen, wenn nach soviel Demagogie endlich wirklich etwas für die Kriegsbeschädigten und Kinder geschehen soll. Warum aber, fragt man sich, will man zu diesem Zwecke gerade nur die Schlösser und Heimstätten des Adels treffen, Besitztümer, die vielfach auf jahrhundertalte Rechte zurückgehen und vielfach von den Vorfahren der jetzigen Inhaber der Bildnis abgerungen und in moderne Wirtschaften umgewandelt worden sind? Das Volksempfinden wird auf die Dauer diesem Schwindel nicht aufsitzen, sondern es verlangt schon heute, daß vor allem und in erster Linie der während des Krieges erworbene Luxusbesitz zu diesen gemeinnützigen Zwecken herangezogen werde; in weiterer Folge aber sollte bei der Auswahl berücksichtigt werden, wie lange sich das einzuziehende Objekt im Besitz der innehabenden Familie befindet, und daß die kürzere Besitzdauer auch für die frühere Beschlagnahme entscheidet. Damit könnte man die Luxusbauten der jüdischen Kriegsgewinner und des jüdischen Großkapitals endlich einmal auch treffen.

Auch sachlich wäre diese Maßnahme begründet. Ich kenne z. B. alle kaiserlichen Schlösser in und um Wien, und weiß, daß sie mangels an Klosett und Badezimmeranlagen für den gedachten Zweck wenig brauchbar sind. Ein Umbau wäre teils undurchführbar, teils äußerst kostspielig. Hingegen weisen die modernen Villen der reichen Juden allen erdenklichen Komfort auf. Es wäre nicht übel angebracht, bei dieser Gelegenheit einmal statistische Daten anzuführen, wie viel Häuser durch Juden allein in Wien während des Krieges erworben wurden, wie viele der in Betrieb befindlichen Autos Juden gehören, und ähnliches. Denn auf die Dauer wird die Bevölkerung sich die Ausbeutung durch eine jüdische Minderheit nicht gefallen lassen.

## Die Anwälte des Raubgesetzes.

Mit den lärmenden Naturtönen der angeborenen demagogischen Unehrllichkeit unterbricht heute das sozialdemokratische Regierungsorgan seine offiziellen Stilübungen, um die „Reichspost“ wegen ihrer Stellungnahme gegen das neueste Raubgesetz anzugreifen. Wir haben die Pflicht des Besitzes, für die Kranken und Krüppel und erholungsbedürftigen armen Kinder beizutragen, mit Nachdruck betont. „Was für die Kranken, die Krüppel, die armen Jugendlichen und Kinder geschehen kann, das soll geschehen, wenn es auch große Opfer kostet. Bis zum Rande unserer Kraft müssen wir darin gehen. Denn das ist Wiederaufbau unserer Zukunft.“ Für die Heranziehung des Besitzes an diesen Aufgaben gibt es verschiedene Mittel und wir sprechen die Ueberzeugung aus, daß auf einen einfachen öffentlichen Ausruf, für dieses Werk geeignete Baulichkeiten zur Verfügung hinzustellen, genug geeignete Gebäude freiwillig freigemacht werden. Auch das Erbbaurecht und andere Rechtsformen kommen hierbei in Betracht. Grundsätzlich aber abzulehnen ist, daß, unter welchem Titel immer, die Rechtsordnung gebrochen und die staatsgrundgesetzlich gewährleistete Unverletzlichkeit des rechtmäßigen Eigentumes angegriffen werde. Werden einmal derartige Verletzungen zugelassen, dann ist der Ärmste nicht, so lange er irgend etwas auf dem Leibe hat, vor Beraubungen sicher. Aus grundsätzlichen Erwägungen muß deshalb eine andere Form gesucht werden, um den Zweck des Gesetzes, die Errichtung von Volkspflegestätten, zu erreichen.

Das sozialdemokratische Regierungsorgan verfälscht den Sinn unserer Ausführungen durch Unterziehungen. Das ist keine Gewohnheit und wird niemanden überraschen. Aber angenagelt zu werden verdient, welche Ignoranten in dem sozialdemokratischen Blatte das Wort führen, wo es sich auch um das Schicksal wichtiger Kulturinteressen handelt. Die „Arb.-Ztg.“ schreibt in ihrem wunderbaren Jargon:

Der christlichsoziale Schwindler will uns einreden, „der Kunstbesitz vieler dieser Schlösser war bis heute ein geistiger Gemeinbesitz des ganzen Volkes, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht“. Namen nennen! Man nenne uns auch nur ein einziges Schloß, von dessen „Kunstbesitz“ die Öffentlichkeit das Geringste gehabt, gesehen, genossen hätte! In Wahrheit haben diese Allerreichsten zwar Kunstschätze angehäuft, sie aber in des Wortes verwegenster Bedeutung als ihren Besitz betrachtet: ihn also hermetisch abgeschlossen, ihn sich und ihrer Sippe vorbehalten; der Volksgesamtheit ihn in aller Form geraubt.

Das schreibt ein Blatt in einer Stadt, in deren nächster Nähe die Burg Kreuzenstein steht, ein Juwel auserlesenen Sammlerleibes, der Bevölkerung willig zugänglich gemacht, eine Lehrstätte der Kunstgeschichte, wie sie niemals der Staat hätte schaffen können. Wieviel Tausende und Tausende aller Stände haben sich jährlich an den Schönheiten dieser Burg erfreuen können. Und das schreibt ein Blatt in jener Stadt, in der die herrlichen Privatsammlungen der Drehtenstein-Galerie, die Czernin-, die Harrach-, die Schönborn-Galerie dem Publikum geöffnet sind, jahraus, jahrein in Friedenszeiten die Kunstwanderungen stattfanden, in denen den Besuchern selbst die Privatwohnräume offenstanden. Nicht zu reden von den zahlreichen Sammlungen und Schlössern in den Ländern draußen, die der Bevölkerung Kunstgenuß und Erholung boten.

Entweder hat man in der „Arb.-Ztg.“ von all dem keine Ahnung oder man will es verschweigen. Und so was redet von Kultur und Fortschritt und Volkswohl.

**Arbeiterkammern und Ruhegesetz.****Das Konfiskationsgesetz zurückgestellt.**

Der Ausschuss für soziale Verwaltung erledigte heute nach einem Referate des Abg. Dr. Maier eine Reihe von Initiativanträgen, worin verschiedene Maßnahmen sozialpolitischer Natur getroffen werden. Es handelt sich hierbei um die Errichtung von Arbeiter- und Staatsangestelltenkammern, um eine Entschuldungsaktion der Staatsbediensteten aller Kategorien und endlich um Maßnahmen zur Hebung des Supplementeneleuds. Mit der Berichterstattung an das Haus wurde Abg. Dr. Anton Maier betraut.

Zum Gesetze über die Mindestruhezeit, zum Ladenschluß und Sonntagsruhe in Handelsbetrieben und anderen Betrieben wurde eine Reihe von Abänderungen beschlossen. Der Ausschuss wird morgen nachmittag das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen in gewerblichen Betrieben beraten.

Es ist selbstverständlich, daß angesichts dieser wichtigen sozialpolitischen Aufgaben die nur den demagogischen Bedürfnissen der Staatskanzlei dienende Vorlage über die Konfiskation der Luxusbauten zurückgestellt wurde.

**Die Verstaatlichung der Bezirksschulinspektoren. — Die Erleichterung der Reifeprüfungen.**

Der Ausschuss für Erziehung und Unterricht hat heute, wie wir berichtet, das Gesetz, betreffend die definitive Anstellung der Bezirksschulinspektoren, erledigt. Ein Antrag des Abg. Kunzschak, zu Bezirksschulinspektoren nur in der Regel, nicht aber ausschließlich Fachmänner, die sich auf

dem Gebiete des Volksschulwesens betätigt haben, zu ernennen, blieb in der Minderheit und wurde als Minoritätsvotum angemeldet. Ein Antrag des Abg. Dr. Hildegard Burjan, auch Lehrpersonen weiblichen Geschlechts den Zutritt zum Bezirksschulinspektorat zu ermöglichen, wurde angenommen, ebenso wurde beschlossen, daß über die Auswahl der als Bezirksschulinspektoren in Betracht kommenden Personen ein Gutachten der Lehrerkammern eingeholt werden soll. Eine Abänderung bestimmt, daß die definitiven Bezirksschulinspektoren nicht durchwegs als Staatsbeamte der achten Rangklasse angestellt werden, sondern hinsichtlich ihrer Aktivitätszulage und der Einreihung in die Rangklassen nach den für Professoren an den Staatsmittelschulen geltenden Vorschriften behandelt werden sollen. Ueber Antrag des Berichterstatters Kunzschak werden die den Bezirksschulinspektoren zur Beforgung von Kanzleigeschäften zuzurechnenden Hilfskräfte aus dem Kreise jener Lehrpersonen zu entnehmen sein, welche vor Vollendung ihrer Dienstzeit berufsunfähig geworden sind. Schließlich wurde den Bezirksschulinspektoren zugesichert, daß sie auch im Ruhestande den Titel „Bezirksschulinspektor“ beibehalten sollen. Zum Berichterstatter für das Haus wurde Abgeordneter Kunzschak bestellt.

Auf eine Anfrage des Obmannes Dr. Ingerer erwiderte Unterstaatssekretär Glöckel, daß in den nächsten Tagen ein Erlaß erscheinen wird, demzufolge die schriftlichen Reifeprüfungen aufrechterhalten bleiben und nur bei ungenügendem Erfolge der Kandidat zur mündlichen Prüfung aus diesem Gegenstand herangezogen werden wird. Eine völlige Abschaffung der Reifeprüfung war mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich. Ferner teilt er mit, daß das Assistenzgesetz fertiggestellt ist und im Laufe dieser Woche mit den Vertretern der Assistenten Verhandlungen stattfinden werden. Auch die Frage der Regelung der Ständeverhältnisse der Mittelschulsupplementen bilde gegenwärtig den Gegenstand eingehender Verhandlung.

**Der Ausschussbericht über das Wiederbesiedlungsgesetz.**

Das Wiederbesiedlungsgesetz, das die im letzten halben Jahrhundert zu Forst- oder Jagdzwecken gelegten Bauerngüter wieder durch Enteignung der Wiederbesiedlung zuführen will, ist nunmehr im Ausschusse für Land- und Volkswirtschaft angenommen worden. Der Berichterstatter, der christlichsoziale Abg. Buchinger, verweist in seinen Ausführungen auf die in der „Reichspost“ bereits dargelegten Daten über den erschreckenden Umfang, den die Bauernlegung in einzelnen Ländern angenommen hat, und begründet ausführlich die vom Ausschusse beschlossenen Änderungen der Regierungsvorlage. Diese Änderungen betreffen im wesentlichen die Ausdehnung der Enteignungsmöglichkeit nicht nur auf Bauerngüter, die zu Jagd- und Forstzwecken gelegt

wurden, sondern auch auf solche, die zugunsten landwirtschaftlichen Betriebes gelegt wurden. Die Ausschussbeschlüsse hierüber und über die wesentlichen Abänderungen der Regierungsvorlage, über die seinerzeit ausführlich berichtet worden ist, lauten:

Der Wiederbesiedlung können zugeführt werden: Alle land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke, die ein vollständiges Bauerngut oder Häusleranwesen gebildet, aber seit 1. Jänner 1870 Jagd- oder Forstzwecken dienstbar gemacht wurden oder Bestandteile eines der Hauptsache nach forstwirtschaftlichen Betriebes durch Vereinigung mit anderen Grundstücken eines und desselben Eigentümers (Bauernlegung) geworden sind. Ferner können aber auch Güter und Anwesen, die zugunsten landwirtschaftlicher Betriebe gelegt wurden, zur Wiederbesiedlung im Enteignungswege herangezogen werden, wenn hiedurch der Gesamtwert das Ausmaß eines Bauerngutes übersteigt und nicht in der Familie des gegenwärtigen Eigentümers dafür Anwärter (selbständige Bewirtschafter) vorhanden sind.

Von den Bestimmungen dieses Gesetzes sind ausgenommen die Grundstücke, die im Gebiete einer Stadtgemeinde liegen, sich im Eigentume oder in der Verwaltung des Staates, eines Landes, Bezirkes, einer Gemeinde, gemeinnützigen Anstalt, Unternehmung oder Genossenschaft für landwirtschaftliche Zwecke befinden, ferner dem öffentlichen Verkehre, gewerblichen, industriellen oder Bergbauzwecken dienen oder mit Wohnräumen verbaut sind.

Der Eigentümer, der von der Aufnahme der Grundstücke in das Verzeichnis der zu enteignenden Güter verständigt worden ist und bis zur Inanspruchnahme des Gutes nicht alles unterlassen hat, was den Wert der Grundstücke beeinträchtigen könnte, kann außer zur Wiederherstellung des früheren Zustandes zu einer Geldstrafe bis zu 20.000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten verurteilt werden.

Der Bewerber um ein solches Gut muß deutscher Volkszugehörigkeit sein. Deutschösterreichische Staatsbürger genießen den Vorzug. Er darf nicht schon ein Bauerngut in dem vom Gesetze gefennzeichneten Ausmaße besitzen, muß andererseits aber die fachliche Eignung nachweisen. Neben Einzelpersonen können auch Agrarergemeinschaften und Genossenschaften, Gemeinden sowie das Land oder der Staat für Zwecke der Förderung der Landeskultur, Wohlfahrts- und Heimatspflege in Bewerbung treten.

Die Enteignung kann auch die zwangsweise Einaräumung einer Erbpachtberechtigung zum Gegenstande haben, worüber gesonderte Bestimmungen erlassen werden.

Die Entschädigung des Grundeigentümers (Enteignungspreis) ist in dem Enteignungserkenntnis derart festzusetzen, daß der Erwerber wohl bestehen kann. Dieselbe wird bei Uebertragung des Eigentumes bis zum Fünfunddreißigfachen des Katastralkreinertrages der Grundstücke zur Zeit der Enteignung bestimmt. Ueberhaupt soll der Enteignungserwerber nicht zum Nachteil des Enteigneten bereichert werden.

Die nach diesem Gesetze enteigneten Grundstücke dürfen durch 50 Jahre (Regierungsvorlage 40 Jahre) vom Erwerber an andere Personen als den Ehegatten, Verwandte oder Miteigentümer durch Rechtsgeschäft unter Lebenden nicht veräußert oder verpachtet werden.

Der Erwerber ist zur Instandhaltung des Erworbenen verpflichtet, in der Regel auch zur Bewohnung des Wirtschaftsbetriebes. Kommt er den Bestimmungen nicht nach oder wird über sein Vermögen der Konkurs eröffnet, so kann die Agrarlandesbehörde die Abstiftung zugunsten eines anderen Bewerbers veranlassen. Es wird Vorfrage getroffen, durch Schaffung eines Siedlungsfonds dem Enteignungserwerber einen entsprechenden Kredit zu beschaffen.

Wurde durch drei Jahre nach erfolgter Verzeihung der Grundflächen kein Enteignungsantrag eingebracht oder die etwa gestellten Anträge abgewiesen, hat die Agrarbehörde über Begehren des Grundeigentümers das betreffende Grundstück in dem Verzeichnis zu löschen.

Die Kosten des Enteignungsverfahrens sind von dem Enteignungserwerber zu tragen, soweit sie nicht durch ein ungerechtfertigtes Verhalten der Gegenpartei entstanden sind.

In einer Entschliessung wird die Regierung aufgefordert, dem zu bildenden Siedlungsfonds 50 Millionen Kronen zu widmen.

Der neue Tag  
11. IV. 1919

152

## Die deutschösterreichische Devisenzentrale.

Erst heute — mehrere Tage, nachdem die deutschösterreichische Devisenzentrale ihre Tätigkeit aufgenommen hat, werden die Namen der vom Staatsamt der Finanzen ernannten Mitglieder der Zentrale und diejenigen der ernannten Funktionäre verlautbart.

Folgende Bankinstitute und Bankhäuser werden zu Mitgliedern ernannt:

Adriatische Bank, Filiale Wien; Anglo-Oesterreichische Bank, Wien; Aupis S., Wien; Bank für Oberösterreich und Salzburg, Linz; Bank für Tirol und Vorarlberg, Innsbruck; Bank- und Wechselstuben-Aktiengesellschaft „Mercur“, Wien; Bodenkredit-Anstalt, Wien; Böhmisches Industrialbank, Filiale in Wien, Wien; Böhmisches Unionbank, Filialen in Dornbirn, Graz, Klagenfurt, Linz und Salzburg; Zentralbank der deutschen Sparcassen, Wien; Zentralwechselstuben-Aktiengesellschaft, Niederlassung Wien, Wien; Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien; Depositenbank, Wien; Friedenstein u. Co., Wien; Gebrüder Gutmann, Wien; „Hermes“, Ungarische allgemeine Wechselstuben-Aktiengesellschaft, Filiale Wien, vormals Felix Epstein, Wien; Industrie- und Handelsbank, Wien; Internationale Handelsbank, Wien; Kantor Theodor u. Co., Wien; Länderbank, österr., Wien; Landauer R., Wien; Lieben u. Co., Wien; Liebig J. u. Comp., Wien; Müller F. W. u. Co., Wien; Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft, Wien; Oesterr.-ung. Bank, Wien; Pansch u. Co., Wien; Postsparkassenamt, Wien; Reibes, Gebrüder S. u. M., Wien; Rosenfeld u. Co., Wien; Rothschild S. M. v., Wien; Schellhammer u. Schattera, Wien; Schoeller u. Co., Wien; Spangler Karl u. Co., Salzburg; Steiermärkische Eskomptebank, Graz; Thorsch W. Söhne, Wien; Ungarische Bank- und Handels-

Aktiengesellschaft, Filiale Wien, Wien; Ungarische Kommerz- und Diskontobank-Aktiengesellschaft, Filiale Wien, Wien; Unionbank, Wien; Verkehrsbank, Allgemeine, Wien; Walter u. Co., Wien; Wiener Bankverein, Wien; Wiener Kommerzbank, Wien; Wiener Lombard- und Eskomptebank, Wien; Zentralbank der böhmischen Sparcassen, Filiale in Wien, Wien; Zivnostenska banka, Filiale Wien, Wien.

Die Leitung der Zentralstelle erfolgt durch einen Geschäftsausschuss, dem der Direktor der Zentralstelle oder dessen Stellvertreter als Vorsitzender, die Oesterr.-ungar. Bank, das Postsparkassenamt und eine Reihe von Bankinstituten angehören. Die unmittelbare Geschäftsführung obliegt der Direktion der Devisenzentrale, die aus dem Direktor oder dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, der Oesterr.-ungarischen Bank, dem Postsparkassenamt und vier von dem Geschäftsausschuss aus seiner Mitte für die Dauer eines Kalenderjahres gewählt in Wien ansässigen Mitgliedern besteht.

Zum geschäftsführenden Direktor der Devisenzentrale ist vom Staatssekretär der Finanzen im Einvernehmen mit dem Geschäftsausschuss der Oberinspektor der Oesterr.-ungarischen Bank, Philipp Sztankovits ernannt worden. Zum Kommissär des Staatsamtes der Finanzen bei der Devisenzentrale hat der Staatssekretär der Finanzen den Ministerialrat Dr. Hermann Schwarzwald, zu dessen Stellvertretern den Oberfinanzrat Dr. Franz Bartisch ernannt. Als Kommissär des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten fungiert Regierungsrat Dr. Adolf Drader.

Die Amtsräume der deutschösterreichischen Devisenzentrale befinden sich in Wien, I. Bez., Wipplingerstraße 34 (Börsengebäude).

11./V. 1919

**Die Enteignung von Burgstätten und Palästen.** Der Oesterreichische Ingenieur- und Architektenverein übermittelt uns eine Zuschrift, worin es heißt: Der Oesterreichische Ingenieur- und Architektenverein hat den Antrag gestellt, in kürzester Zeit eine Kunstkommission einzusetzen, welche aus Mitgliedern des Staatsdenkmalamtes und gewählten Vertretern der freischaffenden Künstlerschaft zusammenzusetzen ist. Einzig und allein diesem Forum kann es vorbehalten sein, zu entscheiden, welche Baulichkeiten einer praktischen Verwendung zugeführt werden dürfen. Gleichzeitig gibt der Verein die Anregung, daß alle im Besitz des Staates, der Kirche und im Privatbesitz befindlichen Bauten von hohem künstlerischen Werte der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden sollen. Die vom Staate einzuhaltende Eintrittsgebühr wäre zweckentsprechend für Zwecke der sozialen Fürsorge zu verwenden. Der Wert unserer Kunstdenkmale ist viel zu wenig erkannt, sonst wäre es zum Beispiel unsahbar, daß von verschiedenen Seiten daran gedacht wird, Schloß Hegerndorf, ein Meisterwerk des Maria Theresien-Barock, ausgestattet mit herrlichen Innerräumen, deren Fresken zum Teil von dem größten Barockmalen Oesterreichs, Daniel Gran, stammen, praktischen Zwecken zuzuführen. — In der gleichen Angelegenheit hat der Niederösterreichische Gewerbeverein eine Eingabe an den Staatskanzler Dr. Renner und an die Nationalversammlung gerichtet. Es wird darin ersucht, in Anbetracht der geringen hygienischen Eignung von Schlössern, der Gefährdung der darin enthaltenen Kunstwerke usw., von der Enteignung von Schlössern und Palästen abzusehen und den diesbezüglichen Gesetzentwurf nicht zum Gesetz zu erheben.

11./V. 1919

### Die Errichtung der deutschösterreichischen Devisenzentrale.

Die Deutschösterreichische Devisenzentrale hat bekanntlich vor fünf Tagen ihre Tätigkeit aufgenommen. Von dieser Tatsache gibt jetzt nachträglich die Staatskorrespondenz durch eine Mitteilung Kenntnis, in der diese Umwandlung mit der Aufhebung der Währungsgemeinschaft begründet wird. An Stelle der früheren Devisenzentrale tritt eine deutschösterreichische Stelle, die zur Regelung des Zahlungsverkehrs mit dem Auslande und des Handels mit ausländischen Zahlungsmitteln berufen ist. Die deutschösterreichische Zentralstelle für den Zahlungsverkehr mit dem Auslande (Deutschösterreichische Devisenzentrale) hat sich vor einigen Tagen konstituiert und ihre Tätigkeit aufgenommen, gleichzeitig hat sich die Devisenzentrale aufgelöst. Der deutschösterreichischen Zentralstelle für den Zahlungsverkehr mit dem Ausland gehören sämtliche bedeutenderen Banken in Wien und in der Provinz als Mitglieder an. Zum geschäftsführenden Direktor der Devisenzentrale ist der Oberinspektor der Oesterreichisch-Ungarischen Bank Philipp Szankovits ernannt worden. Zum Kommissär des Staatsamtes der Finanzen bei der Devisenzentrale hat der Staatssekretär der Finanzen den Ministerialrat Dr. Hermann Schwarzwald, zu dessen Stellvertreter den Oberfinanzrat Dr. Franz Barisch ernannt. Als Kommissär des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten fungiert Regierungsrat Dr. Adolf Drucker. Die Amtsräume der Deutschösterreichischen Devisenzentrale befinden sich in Wien, 1. Bezirk, Wipplingerstraße 34 (Börsengebäude).

1877. 1919

**Aufhebung der Fideikomnisse.****Eine Regierungsvorlage in Vorbereitung.**

Dem Vernehmen nach trägt sich die Regierung mit dem Gedanken, die Familienfideikomnisse aufzuheben; eine entsprechende Vorlage ist bereits in Ausarbeitung. Die Idee, Güter für unüberäußerlich zu erklären, um den Glanz einer Familie zu heben, stammt aus Spanien und hat vor Jahrhunderten im alten Oesterreich Eingang gefunden. Danach war gewöhnlich der Erstgeborene eines adeligen Geschlechtes Inhaber des Fideikommissgutes, genoss sein Leben lang dessen Einkünfte, konnte das Gut jedoch nicht veräußern, wohl aber bis zu einem Drittel des Wertes verschulden. Die übrigen Familienmitglieder waren Anwärter, hatten aber kein Nutzungsrecht. Das Fideikommissgut war gebundener Besitz, welcher einer Familie dauernd erhalten werden sollte.

Gegen das Bestehen der Fideikomnisse wurde seit der französischen Revolution ein Kampf geführt; das Frankfurter Parlament wollte sie im Jahre 1848 gleichfalls abschaffen. Nach der Beseitigung des Adelsstitels in Deutschösterreich sollen nunmehr auch die Adelsprivilegien, wozu die Fideikomnisse in erster Linie zählen, abgeschafft werden.

Die Fideikommissgüter sollen in freies Eigentum umgewandelt werden. Man denkt sich dies in der Weise, daß der Fideikommissinhaber Eigentümer des Gutes würde und über dieses frei verfügen könnte. Die übrigen Familienmitglieder, die bisher als Anwärter leer ausgingen, würden eine Abfertigung erhalten. Der Staat als Aufsichtsbehörde will eine Freilassungsgebühr einheben. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß die Aufhebung der Fideikomnisse auch dazu dienen wird, um Bauernland zu schaffen. Die innere Kolonisation, die mit Verwandlung von Jagdgütern in Ackerland eingesetzt hat, würde auf diese Weise ihre Fortsetzung finden.

22. IV. 1919

Die Liquidierung deutscher und österreichischer Vermögen in Rumänien. Von Herrn Leopold Fischl erhalten wir folgende Ausführungen: Man hofft vor dem Friedensschlusse zu stehen, nach langer Zeit der aufgezwungenen Ruhe alte Verbindungen wieder anzuknüpfen zu können, und dazu will die Politik, die in dem soeben veröffentlichten rumänischen Dekret zum Ausdruck kommt, nicht recht passen. Der Österreicher war als Kaufmann in Rumänien beliebt und auch während des Krieges ist dort keine Antipathie gegen Oesterreich laut geworden. Möglich auch, daß diese Verordnung, welche den ausübenden Organen für jeden einzelnen Fall völlig freie Hand läßt, vor allem die reichsdeutschen Kapitalien im Auge hat, möglich auch, sogar sehr wahrscheinlich ist, daß sie nach Friedensschlusse überhaupt nicht zur Durchführung gelangen wird. Da aber das offizielle Gesetzsblatt der Rumänen diese Verordnung verlaublich und auch „Neuösterreich“ mit namhaften Kapitalien in Rumänien beteiligt ist, muß vorsichtigerweise jede Konsequenz ins Auge gefaßt werden. Liquidiert können nach dieser Verordnung werden: Aus dem Kapital der Gesellschaften, Banken, Genossenschaften, Gründungen und sogar privater Unternehmungen die Anteile, Aktienforderungen und Rechte aller Art, welche Angehörige der feindlichen Staaten am 14. (27.) August 1916 (Tag der Kriegserklärung) besessen haben. Ebenso kann der Staat die Liquidierung jener Anteile vornehmen, die feindliche Staatsangehörige nach dem genannten Datum erworben haben. Einige Wiener Banken verfügen über rumänische geschäftliche Niederlassungen. Es ist nicht glaubhaft, daß die rumänische Regierung die Liquidierung dieser Institute anstrebt, respektive die Liquidierung des Aktienbesitzes der Gründer derselben. Diese Institute haben ihr in Friedenszeiten namhafte wirtschaftliche Dienste geleistet. Ein Schaden könnte aber denselben auch im schlimmsten Falle nicht erwachsen. Rumänien, das seine kühnsten Hoffnungen übertroffen sieht, geht einer glänzenden wirtschaftlichen Zukunft entgegen, was auch in den Bukarester Effektenkursen zum Ausdruck kommt. Aus diesen Umständen ist zu ersehen, daß der rumänische Aktienbesitz leicht und gewinnbringend abzustößen ist. Auch dürfte in Banken aus dem Lager der Entente sich gerne bereit finden, einen Teil des Aktienbesitzes und die Gestion dazu zu übernehmen; aber so weit halten wir noch lange nicht. Es muß angenommen werden, daß bei den Friedensverhandlungen auch diese Frage

gründlichst behandelt werden wird, und es ist zu hoffen, daß das österreichische Kapital auch weiter in Rumänien wird befruchtend wirken können sowie daß sein Boykott mit dem abgeschlossenen Frieden sein Ende findet.

## Sozialdemokratie und Finanzkapital.

### Einige kleine Illustrationen.

Da es der sozialdemokratischen Demagogie seit einiger Zeit wieder gefällt, ihre Partei als die Gegnerin der kapitalistischen Kreise und der „Bourgeoisie“ hinzustellen, ist es am Platze, einige kleine Erinnerungen aufzufrischen, die das Verhältnis der roten Regierungspartei zur kapitalistischen Gesellschaft und zur Gesellschaft der Kapitalisten ein bisschen beleuchtet. Des berühmten „Karpelesbriefes“, worin den Wiener Banken gegen entsprechende Summen die Bundesgenossenschaft der sozialdemokratischen Partei im Kampfe zur Ausrottung des gewerblichen Mittelstandes angeboten wurde, ist hier schon mehrmals gedacht worden. Während des Krieges verfocht das sozialdemokratische Hauptorgan in einer ganzen Reihe von Aufsätzen den Gedanken eines Bündnisses zwischen sozialdemokratischer Arbeiterschaft und Großindustrie. Den Importindustriellen wurden im sozialdemokratischen Organ und im Parlamente von sozialdemokratischen Rednern (Dr. Renner!) Einfuhrprämien aus Staatsmitteln versprochen. Solcher Beispiele ließen sich zu Dutzenden anführen. Ganz besonders instruktiv bleibt die Praxis des Bankkapitals und gewisser Großunternehmer gegenüber den sozialdemokratischen Parteiunternehmungen. Es erhellt daraus, daß die Welt des Geldsacks sich vor der „antikapitalistischen“ Sozialdemokratie nicht nur nicht fürchtet, sondern sie mit allen Mitteln liebreichst fördert, zweifellos aus guten Gründen. Konnten doch seinerzeit unwidersprochen folgende Kleinigkeiten mitgeteilt werden, die sehr tief blicken lassen:

Da ist das Eisenbahnerheim im Wiener 5. Bezirke (Margareten Gürtel); es ist belastet unter dem 22. April 1901 mit 700.000 Kronen zugunsten der bourgeois „Allianz“-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt in Wien.

Da ist die sozialdemokratische Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“; sie ist mit folgenden Beträgen belastet: Unter 27. Juli 1909 mit 100.000 Kronen zugunsten des Oesterreichischen Metallarbeiterverbandes; mit 50.000 Kronen zugunsten des Abg. Josef Lomšič; mit 50.000 Kronen zugunsten der Union der Textilarbeiter; mit 20.000 Kronen zugunsten der Arbeiterschaft der chemischen Industrie; unter dem 29. April 1910 mit 100.000 Kronen zugunsten des Abg. Franz Reifmüller und Anton Erben; mit 100.000 Kronen zugunsten des Oesterreichischen Sennfelderbundes; mit 50.000 Kronen zugunsten der Union der Textilarbeiter; mit 30.000 Kronen zugunsten des Oesterreichischen Metallarbeiterverbandes; am 11. Juni 1910 mit 400.000 Kronen zugunsten der bourgeois Zentralparlasse der Gemeinde Wien; am 23. Dezember 1910 mit 100.000 Kronen zugunsten der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft, Wien; am 20. April 1911 mit 50.000 Kronen zugunsten des Abg. Josef Lomšič; am 7. Oktober 1912 mit 25.000 Kronen zugunsten des Verbandes der Bäderarbeiter; am 17. Februar 1913 mit 42.500 Kronen für Abg. Emuh Freundlich.

Da ist das Arbeiterheim in Favoriten; es ist mit folgenden Beträgen belastet: am 6. November 1901 mit 40.000 Kronen und 180.000 Kronen zugunsten des Ignaz Ruffner und Jakob Ruffner, Brauereigesellschaft in Wien; am 28. September 1903 mit 238.000 Kronen zugunsten der „Allianz“-Lebens- und Rentenversicherungs-Kriegengesellschaft in Wien; am 7. Jänner 1904 mit 110.000 Kronen zugunsten des Ignaz Ruffner und Jakob Ruffner, Brauereigesellschaft in Wien; am 8. Mai 1913 mit 400.000 Kronen zugunsten der „Allianz“-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt in Wien; am 24. Mai 1913 mit 300.000 Kronen zugunsten Ignaz Ruffner und Jakob Ruffner, Brauereigesellschaft in Wien.

## Die mineralischen Bodenschätze Deutschösterreichs.

Aus montanistischen Kreisen wird uns geschrieben:

Von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung der Industrie eines Landes sind dessen mineralische Bodenschätze. Durch den Zerfall der österreichischen Länder in einzelne Nationalstaaten sind wesentliche Teile der österreichischen Produktion an mineralischen Produkten in den Besitz der einzelnen Nationalstaaten übergegangen. Immerhin bleibt Deutschösterreich in manchen Urprodukten so viel, daß eine günstige Entwicklung der diese mineralischen Produkte verarbeitenden Industrien vorausgesetzt werden kann.

In Kohle wird Deutschösterreich am schlechtesten gestellt sein, denn die Kohlenförderung Innerösterreichs kann zunächst höchstens auf 20 bis 25 Millionen Meterzentner pro Jahr gebracht werden, eine Menge, die kaum ein Zehntel des deutschösterreichischen Bedarfes zu decken vermag. Allerdings verfügen wir, besonders südlich der Donau, über ergiebige Braunkohlenlager. Die bei einzelnen Kohlenwerksgesellschaften im Zuge befindlichen Investitionen werden im Laufe der Jahre vielleicht eine Jahresförderung von insgesamt 30 bis 40 Millionen Meterzentner ermöglichen, doch wird es nach wie vor an Steinkohle und Koks fehlen. Wir werden also auch in Zukunft auf die Einfuhr von Steinkohlen und Koks aus dem tschechischen Staat und aus Oberschlesien angewiesen sein. Erwähnt sei, daß im Falle der Angliederung Westungarns auch der Braunkohlenbergbau Neufeld, der ungarischen Nachbargemeinde Rillingdorf, der heute pachtweise von der Braunkohलगewerkschaft Rillingdorf ausbeutet wird, an Deutschösterreich fallen würde.

Der Reichtum an Eisenerzen Deutschösterreichs ist erfreulicherweise sehr bedeutend. In Steiermark und Kärnten besitzen wir solche Reichtümer an Erzen, daß bisher auch teilweise aus der Produktion die mährisch-schlesischen Eisenerze versorgt werden konnten. Die Erzvorräte des steirischen Erzberges allein sind so groß, daß man bei einer Jahresförderung von rund 20 Millionen Meterzentner noch mit einer Lebensdauer des Bergbaues von zirka 50 bis 100 Jahren rechnen kann, je nachdem auch die Erzmassen in den benachbarten Gegenden des Erzberges erschlossen werden. Die Erzförderung am Hüttenberger Erzberg ist derzeit nur geringfügig, doch sind auch dessen Erzvorräte recht bedeutend. Jedenfalls reicht die deutschösterreichische Eisenerzgewinnung hin, um die Roheisenerzeugung im bisherigen Ausmaß auch weiter zu ermöglichen, womit der Inlandsbedarf an Eisen gedeckt erscheint. — An Kupfererzen war Oesterreich überhaupt nicht reich. Der Mitterberger Kupferbergbau, der auch schon bisher den überwiegenden Anteil an der gesamten österreichischen Kupfergewinnung hatte, bleibt Deutschösterreich erhalten und liefert jährlich zirka 160.000 Meterzentner Erze. In den Kriegsjahren ist die Förderung sogar teilweise wesentlich höher gewesen. Ueberdies gibt es in Deutschösterreich noch in Tirol und in Kärnten kleinere Kupferbergbaue, die ausgebeutet werden können. Die Kupfermetallerzeugung Oesterreichs, die im letzten Friedensjahre nur 36.845 Meterzentner betragen hat, ist in der Kriegszeit ganz bedeutend gehoben worden. Der Großteil der Erzeugung entfällt gleichfalls auf Salzburg. — Hinsichtlich der Blei- und Zinkgewinnung ist es noch nicht klar, ob die gesamte

Erzgewinnung Kärntens, die im Jahre 1913 rund 178.000 Meterzentner (bei einer Gesamtgewinnung Oesterreichs von 257.500 Meterzentner) betragen hat, Deutschösterreich verbleiben wird. Einige Erzbergbaue im südlichen Kärnten sind derzeit von den Jugoslawen besetzt. Ferner verfügt noch innerhalb Deutschösterreichs Tirol über eine Bleierzförderung von zirka 5000 Meterzentner, während in Steiermark zirka 3000 Meterzentner Erze gewonnen werden. Die Bleimetallerzeugung Oesterreichs hat im Jahre 1913 223.116 Meterzentner betragen, wovon auf Kärnten 133.571 Meterzentner entfielen, der Rest verteilte sich auf Böhmen, Krain und Galizien.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei Zink. Von der österreichischen Zinkerzförderung, die pro 1913 rund 342.000 Meterzentner betragen hatte, entfielen auf Kärnten fast 300.000, auf Tirol 21.000 Meterzentner, ferner auf das Grazer Revier zirka 5000 Meterzentner. Von der kärntnerischen Erzgewinnung ist jedoch gleichfalls das südliche Bergbauegebiet streitig. Eine Zinkmetallerzeugung hat vor dem Kriege in Deutschösterreich überhaupt nicht stattgefunden. Die Produktion war auf die staatliche Hütte in Eisn und auf Galizien beschränkt. — Die Schwefelkiesgewinnung Deutschösterreichs, die früher auf das Leobener Revier (Jahresproduktion 1913 zirka 36.000 Meterzentner) beschränkt war, hat in der Kriegszeit eine wesentliche Ausdehnung erfahren, und es bestehen nunmehr auch einige in Betrieb befindliche Erzbergbaue im Grazer Revier. Auch in Tirol findet derzeit eine Schwefelkiesförderung statt. Jedenfalls hat sich seit Kriegsbeginn der Anteil Deutschösterreichs an der österreichischen Schwefelkieserzeugung (der im Jahre 1913 schon ein Drittel betragen hat) wesentlich erhöht. — Manganerze werden in Deutschösterreich derzeit nicht gewonnen, die österreichische Produktion (jährlich zirka 156.000 Meterzentner) war auf die Bukowina und Krain beschränkt. — Die reichen Bauxitlager des früheren Oesterreich liegen in Krain, Istrien und Dalmatien, in Deutschösterreich gibt es nur einige belanglose Vorkommen. — Molybdänerze werden, außer in

Kärnten jetzt auch in Tirol gefördert. Von den sonstigen Erzen, an denen in Oesterreich eine nennenswerte Produktion bestanden hat, ist noch die Quecksilbererzeugung zu erwähnen, die nunmehr (Adria) ganz verloren geht. — Auch in Edelmetallerzen ist Deutschösterreich arm. Es bestehen nur einige kleine Goldbergbaue in den Zentralalpen, von denen einige in letzter Zeit den Betrieb mit Erfolge wieder aufgenommen haben und auch andere Metallerze abbauen. Einen großen Reichtum birgt der Boden Deutschösterreichs dagegen an Magnesit, einem hochwertigen Produkt, von dem der Ueberschuß der Erzeugung aus Steiermark ins Ausland geht. — Ferner ist schließlich die innerösterreichische Graphiterzeugung von großer Bedeutung. Steiermark und Niederösterreich hatten auch schon vor dem Kriege eine Produktion von rund 173.000 Meterzentner aufzuweisen und einen bedeutenden Prozentsatz dieser Erzeugung ins Ausland abgesetzt.

## Das erbeutete Millionendefizit.

Der Erfolg der Beschlagnahme der Hofgüter.

Wie wir erfahren, weist der letzte Ausweis der hofärarischen Verwaltung ein jährliches Defizit von zwanzig Millionen auf, was die als Staatsgut erklärten hofärarischen Güter betrifft. Das Defizit ist auch durch den Ausfall der Zivilliste nicht zureichend erklärt, da diese nur 14 Millionen betragen hatte.

Die Leute, die nur mit allerlei Spiegelfechtereien nach Beschlagnahme des kaiserlichen Vermögens geschrien haben, da wir sonst nicht die Kriegsfolgen ertragen könnten, sehen sich nun teils entlarvt, teils betrogen; statt des großartigen kaiserlichen Vermögens liegt nun nachdem der Spuk sich verlaufen hat, vor uns weniger als Nichts, nämlich ein Defizit von zwanzig Millionen, daß man mit soviel Schneidigkeit glücklich erbeutet hat. Dafür dürfen wir auch noch die wenig schmeichelhafte Nachrede einstecken, die auch in sehr streng republikanischen Kreisen des neutralen Auslandes unsere Beschlagnahmepraxis sehr peinlich beurteilt. Wir haben nicht einmal den Trost daß wir durch den Ausfall der Zivilliste wenigstens einen Teil des Defizites hereinbringen. Denn erstens haben die 14 Millionen der Zivilliste alle österreichischen Länder aufgebracht, außer den Deutschen auch Polen, Tschechen, Südslaven und Ukrainer und zweitens wurden von der Zivilliste auch noch viele andere Ausgaben bestritten neben denen für die hofärarischen Güter, vor allem bekanntlich sehr hohe persönliche Beträge an Apanagen, Sagen der Hofchargen, Gnadengaben u. dgl., die heute entfallen. Es hat sich bei Berechnung dieser Verhältnisse das Defizit der hofärarischen Güter, das früher die Zivilliste bestritten hat, gewiß verzehnfacht. Dieser negative Erfolg der Beschlagnahme wird hoffentlich durch eine entsprechende Verwendung und Ausnützung der Hofgüter einigermaßen gemildert werden können; denn sonst käme uns die Republik zehnmal so teuer wie ein Hofstaat.

## Minimallohntarife für geistige Arbeiter.

Mit der in der letzten Zeit eingetretenen Stabilisierung des Kronenturms im neutralen Ausland läuft die Erscheinung parallel, daß die hiesigen Preise einer großen Anzahl von Artikeln jener Höhe aufstrebten, die bei Umrechnung der Währung dem tatsächlichen Kostenpreis im Ausland entsprechen würde. Freilich schließen sich davon jene unentbehrlichen Genuß- und Gebrauchsartikel aus, die infolge ihrer Seltenheit und des nicht unter eine bestimmte Grenze herabzusetzenden Wertes gewissermaßen einen Seltenheitswert als Zuschlag zu ihrem natürlichen Preis erhalten, wobei der Zuschlag zumeist als Gleichhandelspreis zum Ausdruck kommt.

Insbesondere sind es die Preise jener Waren, zu deren Herstellung die Bearbeitungskosten gegenüber den eigentlichen Materialkosten bei weitem überwiegen, die diese Bewegung in höchst anschaulicher Weise durchführen. Man denke etwa an die Kosten für Brenn- oder Bauholz oder Sand, die, von den örtlichen Schwankungen abgesehen, im großen ganzen etwa das Acht- bis Zehnfache des Vorkriegspreises betragen, was wiederum dem Sinken der Währung im Verein mit einer allgemeinen Verabsetzung in der Kaufkraft des Geldes entspricht. Daß aber gerade für diese Gegenstände eine solche Preisbildung stattgefunden hat, liegt daran, daß der inländische Arbeitslohn, man wäre versucht zu sagen: automatisch sich der Höhe nähert, die ihn, unbekümmert um die Währungs Grenzen, demjenigen im Ausland gleichstellt. Der Arbeitgeber, sofern er nur mit der inländischen Konkurrenz zu rechnen hat, ist von allgemeinen Lohnsteigerungen ziemlich unabhängig, da sie doch nur den Konsumenten treffen. Deshalb kann er sich einer Steigerung der Löhne schwer verweigern, um so mehr, als sie ihn selber in den meisten Fällen nur wenig berührt — man abgesehen davon, daß ein Widerstreben gegen eine Forderung, die von der wohlorganisierten Arbeiterschaft gestellt wird, heute beinahe nur in der Form einer Preisgabe des Betriebes denkbar wäre.

Anders als gegenüber den manuellen Arbeitern stellt sich der Arbeitgeber hinsichtlich der Forderungen des hochqualifizierten Personals, obwohl er sich der Einsicht nicht verschließen kann, daß gerade dieses ihm die unerlässlichsten Leistungen hervorbringt. Die bisher mit Zögern und unter den verschiedensten Decknamen bewilligten Gehaltserhöhungen (die überdies manchmal in ihrer Form die Drohung der Wiederentziehung enthalten), stehen in keinem Verhältnis zu den Lohnsteigerungen der Arbeiter. Es liegt auf der Hand, daß die Nichtbefriedigung der gerechten Ansprüche der höheren Beamten vor allem darin begründet ist, daß sich diese nicht rechtzeitig zu einer geschlossenen Organisation zusammengefunden haben, die ihre Rechte entsprechend zu vertreten imstande gewesen wäre. Nun stehen aber die Bezüge eines wissenschaftlich vorgebildeten Beamten — wir denken in erster Linie etwa an den Ingenieur, von dem das Wohl und Wehe eines Industriebetriebes abhängt — in einem so schreienden Mißverhältnis zu den reduziertesten Lebensbedürfnissen, einem Verdienst eines Tagelöhners oder, um auf die eingangs angestellte Betrachtung zurückzukommen, zu dem Gehalt eines Kollegen im Ausland, daß da unverzüglich Wandel geschaffen werden muß. Es wird Sache der gewerkschaftlichen Organisationen sein, kräftig einzugreifen; denn nur sie, die die Masse hinter sich haben, sind fähig, sich Geltung zu verschaffen.

Gerade in dem angeführten Fall der Ingenieure kompliziert sich die Frage der Gehaltsregelung ganz außerordentlich durch die Spezialisierung der Fachgebiete und der Leistungen, vielleicht mehr als für irgendeinen anderen Beruf. Die Aufstellung eines gerechten Minimallohntarifs bezeugt daher bei diesem Stande weitaus größeren Schwierigkeiten als bei irgendeinem anderen technischen oder kaufmännischen Berufszweig. Der von der Gewerkschaft der Ingenieure im Privatdienst für ihre Mitglieder aufgestellte Minimaltarif, dessen Annahme durch die Arbeitgeberorganisation in aller nächster Zeit zu gewärtigen ist, berücksichtigt die verschiedensten Ansprüche und wird damit als vorbildlich bezeichnet werden können. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die erhobenen Minimalforderungen, die als solche unter dem Durchschnitt der zu beanspruchenden Gehalte stehen, sich bei den Arbeitgebern ohne große Mühe werden durchsetzen lassen. St.

25. VII. 1919

## Staatssekretär Schumpeter über Friedensbedingungen und Vermögensabgabe.

Wien, 24. Juni.

Der Staatssekretär für Finanzen Professor Doktor Schumpeter äußerte sich gegenüber einem Vertreter der Presse über die bisherigen finanziellen Friedensbedingungen für Deutschösterreich, das Problem der Vermögensabgabe sowie andere inner- und außenpolitische Fragen folgendermaßen:

„Die finanziellen Friedensbedingungen, so wie sie in dem Friedensentwurf der Entente bisher enthalten sind, wären für uns zweifellos ruinös. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man diesbezüglich der Öffentlichkeit die Wahrheit sagen muß. Denn wenn diese Friedensbedingungen wirksam werden würden, könnte von einer korrekten Finanzwirtschaft nicht mehr die Rede sein. Was die Gerüchte über günstigere Friedensbedingungen betrifft, so ist allerdings anzunehmen, daß sich allmählich das Bewußtsein von der grotesken Unmöglichkeit dieser Bedingungen auch in Entente-Kreisen Bahn bricht. Gleichzeitig möchte ich aber darauf warnen, sich zu großen Hoffnungen hinzugeben, ich erinnere daran, daß auch vor Ueberreichung dieser Friedensbedingungen hier auch einen Moment bessere Hoffnung bestand. Diese Erwartung ist hier aber enttäuscht worden, die Schwierigkeiten einer Milderung sind sehr groß, und es wäre ganz unangebracht, größere Hoffnungen zu erwecken. Der Grund für diese Friedensbedingungen kann nur ein Motiv haben, und zwar, Deutschösterreich zu vernichten. Die finanziellen Friedensbedingungen, wie sie bisher vorliegen, sind unersetzlich, es werden uns unsere Aktiven im Ausland, auch im Neu-Ausland, weggenommen und wir sollen die Eigentümer entschädigen; das ist der Regierung natürlich ganz unmöglich, weil diese Aktiven einen großen Teil unseres Volksvermögens darstellen, und vom Reste des Volksvermögens zu verlangen, daß es die letzten Werte hergibt, ist einfach unmöglich.“

Die zwei Hauptpunkte, die der vorliegende Friedensvertrag enthält, haben zur Folge, daß erstens unsere Aktiven in den Nationalstaaten liquidiert werden können und zweitens die ungünstige Umrechnung unserer Valuta in den Nationalstaaten und im Alt-Ausland. Bezüglich der Wiedergutmachung wissen wir ja noch gar nichts.

Während der Friedensverhandlungen kann man das Vermögensabgabegesetz nicht vor das Haus bringen, weil wir nicht wissen, mit welchen finanziellen Mitteln wir dann noch zu rechnen haben können. Der Plan der Vermögensabgabe wird aufrechterhalten, es sei denn, daß die Friedensbedingungen derartige sind, daß die Vermögensabgabe nicht mehr als eine finanzielle Rettung erscheinen kann. Die Vermögensabgabe ist nur möglich, wenn sie rettet. Zur Vermögensabgabe kommt es jedenfalls, solange wir auf eine korrekte Finanzwirtschaft im bisherigen Sinne hoffen können; nur wenn eine geordnete Finanzpolitik infolge der Friedensbedingungen nicht mehr möglich sein sollte, dann würde die Vermögensabgabe unterlassen werden. Denn es ist selbstverständlich unmöglich, sie zu machen, wenn man sie nur für den Gegner macht, und in diesem Falle müßte man sich nach ganz neuen Grundlagen und Prinzipien umsehen.

Ich glaube, daß sich unsere Valuta erheblich bessern läßt, wenn die Friedensbedingungen entsprechende sind und wenn es gelingt, unsere Ausgaben einzuschränken. Zu einer Auseinandersetzung mit den neuen Nationalstaaten bezüglich der Liquidierung muß es natürlich kommen.

Die Frage der Aufnahme Deutschösterreichs in den Völkerbund hängt ganz von der Konstellation ab. Es ist möglich, aber ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß die Aufnahme in den Völkerbund gleich geschehen wird. Der Friede mit Deutschösterreich dürfte in einem bis zwei Monaten unterzeichnet werden, in den Grundlagen ist er für die nächsten Wochen zu erwarten.

Ich glaube nicht, daß der Friede mit Deutschland, so wie er ist, dasjelbe erdrücken wird. Denn Deutschland ist nicht zu erdrücken. Es wird eine Zeit des Hinaufhingens und Hinaufjarens durchzumachen haben, ich bin aber überzeugt, daß sich Deutschland seiner Aufgabe gewachsen zeigen wird. Es wird ja bereits jetzt eifrig gearbeitet, die deutsche Tüchtigkeit zeigt sich überall, und ich zweifle nicht an seiner Zukunft.

Die Beteiligung des Ententekapitals an unserem Wiederaufbau erscheint sowohl notwendig wie möglich. Ordnung in den Staatsfinanzen, Währungsreform und eine reine Wirtschaftspolitik wird, immer unter der Voraussetzung halbwegs erträglicher Friedensbedingungen, durchführbar sein.

Es besteht natürlich der Wunsch, in Innsbruck eine Art „Freihafen“ zu begründen, die Sache ist noch nicht spruchreif, da wir uns über unsere Grenzen noch nicht einig sind. Aber daß wir den Tirolern entgegenkommen, soweit es möglich ist, ist selbstverständlich. Es ist ein Beweis, wie notwendig der Zusammenhang mit Wien für die Kronländer auch wirtschaftlich ist, denn es würde dieser Umschlagplatz und die Hoffnungen, die sich an ihn knüpfen, alle Grundlagen verlieren, wenn Tirol sich loslösen würde. Für diese Station kommen zollfreie Einfuhr, Freilager und freier Transitverkehr in erster Linie in Betracht.

Staatssekretär Dr. Schumpeter sprach dann noch über die aufklärende Tätigkeit der Presse gegenüber den Forderungen der Entente: „Ich denke sehr hoch von der Funktion der Presse, es handelt sich bei der Entente um vollständige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, und dies immer wieder darzulegen, daß man uns nicht verbarrikadieren soll, kann stets nur von bester Wirkung sein.“

Der verschobene Vortrag des Staatssekretärs Doktor Schumpeter in der Nationalökonomischen Gesellschaft über die wirtschaftlichen Friedensbedingungen findet Freitag den 27. d., halb 8 Uhr abends, im großen Saale der Handels- und Gewerbekammer, 1. Bezirk, Stubenting 8/10 I. Stock, statt.

8. VII. 1919

— (Steinwender gegen Schumpeter)  
Staatssekretär a. D. Dr. Steinwender schreibt in den „Deutschen Nachrichten“ über das Budgetprovisorium unter anderem: Bei der Bewilligung einer Staatsanleihe von 2 Milliarden Kronen wurden nur die Ausgaben und Einnahmen des in unserer Verwaltung befindlichen Territoriums von Deutschösterreich, also mit Ausnahme der von den Tschecho-Slowaken und Jugoslawen besetzten Gebiete, zugrunde gelegt. Für dieses verkleinerte Deutschösterreich rechnet man also, da eine Verschuldung mit 2 Milliarden Kronen schon früher bewilligt wurde, mit einem Jahresabgang von 4 Milliarden Kronen, der aber jedenfalls um eine weitere Milliarde steigen wird, wenn die vermehrten Ausgaben für Nahrungseinfuhr dazugerechnet werden. Das hätte einer jährlichen Verschuldung von mehr als 20 Milliarden für den ganzen österreichischen Staat entsprochen, während die tatsächliche Verschuldung in den Kriegsjahren etwas geringer war. Wir verschulden uns also gegenwärtig stärker als in den Kriegsjahren. Daß eine solche Wirtschaft auch nicht ein Vierteljahr weiter gehen darf, kann auch der Leichtsinnigste und Dummste einsehen. Während des Krieges ging es wenigstens mit dem Schuldenmachen, jetzt ist es anders geworden. Auf die erste deutschösterreichische Anleihe wurden noch rund 670 Millionen Kronen gezeichnet, jetzt werden wir es schwerlich auf 300 Millionen bringen. Und daher, so folgert die Regierung, muß die Notenpresse aus- helfen. Nicht unmittelbar, aber mittelbar. Die Regierung läßt Schatzscheine drucken und bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank belehnen. Auf diese Weise druckt nicht die Regierung die Noten, sondern die Bank. Der Erfolg für die Notenmasse und die Wirkung auf Währung und Preise sind die gleichen: der Geldwert sinkt und die Teuerung steigt. Die Sache muß man anders machen. Man erhebe eine gering verzinsliche Zwangsanleihe. Dann gibt es keine Vermehrung der Noten. Die um 2 Milliarden erleichterten Leute werden mit dem Hinauswerfen von Geld aufhören, sie werden mit ihren Kaufanboten zurückhalten, und die Preise werden sinken.

## Mehr produktive Arbeit.

Seit dem Umsturz wird von allen amtlichen Stellen gepredigt, daß Deutschösterreich sich nur dann wirtschaftlich erholen könne, wenn produktive Arbeit geleistet werde, so daß unsere Volkswirtschaft in die Lage käme, die erforderliche Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr durch Fertigware zu bezahlen. Man sollte nun meinen, daß sich die Maßnahmen der Regierung hiernach richten würden. Alle Maßnahmen, die in der letzten Zeit durchgeführt wurden oder geplant sind, deuten nun daraufhin, daß sie alles eher als eine größere Produktivität im Gefolge haben werden. Wir befinden uns diesbezüglich im Gegensatz zum Deutschen Reich, ferner aber auch zur ländlichen Bevölkerung. In Deutschland wird bereits wieder intensiv gearbeitet, die im Kriege abgerissenen Außenhandelsbeziehungen mit dem Ausland werden wieder angeknüpft, einzelne Industriezweige, wie zum Beispiel die Schwerindustrie, befinden sich bereits insofern in einer günstigeren Situation, als die Produktion wieder ansteigt. Bei uns redet man sich immer auf den Kohlen- und Rohstoffmangel aus. Es sei zugegeben, daß ein großer Teil unserer Industrie wegen der Brennstoffnot nur in sehr beschränktem Umfange zu arbeiten in der Lage ist. Es zeigt sich jedoch, daß auch in jenen Betrieben, die nur sehr wenig Kohle benötigen und über genügende Mengen an Roh- und Hilfsstoffen verfügen, relativ sehr wenig geleistet wird. Die Arbeitszeit wurde bei uns in den meisten Betrieben, ohne Unterschied, ob nun Rohstoffe vorhanden sind oder nicht, erheblich gekürzt, an Samstagen wird derzeit soviel wie nichts mehr gearbeitet; jetzt werden noch Arbeiterurlaube angestrebt usw. Auch in den industriellen und kommerziellen Kontors spiegeln sich die neuen Verhältnisse wieder. Es herrscht auch da das Bestreben vor, die Arbeitszeit möglichst zu reduzieren, ohne jede Rücksicht darauf, ob die Abwicklung der Geschäfte darunter leidet oder nicht. Man bedenke nur die schweren Nachteile, die die — ohne gesetzliche Regelung — durchgeführte Verkürzung der Arbeitszeit beim Kohlenbergbau für alle Länder mit sich gebracht hat. Die Kohlennot Europas ist mehr oder weniger nur auf die geringere Produktivität in den Gruben infolge der abgekürzten Arbeitszeit zurückzuführen. Dabei wurde in keiner Weise die seitens der Arbeiterschaft ausgesprochene Hoffnung erfüllt, daß die Förderung trotz Einführung des Achtstundentages bald wieder auf dem normalen Stande halten werde. Im Gegenteil, es zeigt sich sowohl in den nördlichen Revieren, als auch in Deutschösterreich ein bedeutender Rückgang in der Förderung an Kohle.

Ganz im Gegensatz zu der Auffassung in der industriellen Produktion steht die landwirtschaftliche Bevölkerung. Die Landwirtschaft blieb von allen diesen Neueinführungen, die auf eine Verringerung der Produktion hinauslaufen, verschont, und es wird heute in den landwirtschaftlichen Betrieben nach wie vor von früh morgens bis spät abends gearbeitet. Ausgenommen sind hiervon höchstens die großen landwirtschaftlichen Güter, deren Arbeiterschaft gleichfalls eine verkürzte Arbeitszeit durchgesetzt hat. Aber auch in diesen Großbetrieben hatte die Arbeitszeit keinen Produktionsrückgang zur Folge, da es sich ja meist nur um Bezahlung der Ueberstunden handelt, die über die neueregelte Arbeitszeit hinaus gemacht werden. Im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb ist das Verhältnis zwischen Grundherrn und Arbeiter jedoch das gleich intime geblieben. Der Bauer und seine Leute wissen, daß sie arbeiten müssen, damit die Bevölkerung zu leben hat. In den Industrieländern scheint man anderer Ansicht zu sein. Es ist daher auch gar nicht zu verwundern, wenn unsere Bauern heute schon sagen, sie allein seien die eigentlichen Arbeiter, in den Städten werde nur gefaulenzet. Es wäre in der Tat an der Zeit, an eine Umkehr zu denken.

### Darlehenshändeln.

Man schreibt den „Wiener Stimmen“: Ein Kaufmann, in augenblickliche Nothlage geraten, findet im „N. W. Z.“ ein Inserat: „Seriöser Kredit für jedermann“. Er schreibt an die angegebene Adresse. Schon nach zwei Tagen erhält er Antwort: der Kredit von 2000 Kr. werde ihm eingeräumt werden, nur werde er begreifen, daß man sich über ihn zuerst erkundigen müsse. Naivitätlich begreift das der Kreditwerber und da er davon überzeugt ist, daß die einzuholende Auskunft nur günstig lauten könne, zögert er nicht, die verlangten Informationspesen, 50 Kronen, einzusenden. Nach acht Tagen kommt ein zweiter Brief: Die Auskunft war gut, der Kredit sei bewilligt, man erwarte ihn im Bureau. Im Bureau wird dem Kaufmann erklärt, er habe noch fünfzig Kronen Honorar zu entrichten, dann werde er die Adresse des eigentlichen Geldgebers erfahren. Das Bureau sei nämlich nur ein Vermittlungsbureau. Beim Geldgeber könne er das Geld noch heute in Empfang nehmen, das sei schon ausgemacht. Der Darlehensnehmer machte zwar ein enttäuschtes Gesicht, denn er hat sich die Sache eigentlich anders vorgestellt, aber er zahlte die 50 Kronen und geht zum Kreditgeber. Dort werden ihm außer den Zinsen unter den verschiedensten Titeln noch 120 Kronen abgezogen und den Rest erhält er bar gezahlt. Das Interessanteste dabei aber ist: Kreditnehmer und Vermittler sind Vater und Sohn, die ein gemeinsames Geschäft betreiben und es nur in zwei Theile gliedern, um die kreditgebenden Bente desto ungleicher schröpfen zu können.

Der Fall ist nicht vereinzelt. Er ist typisch und ereignet sich sicherlich einige Hundertmal im Tage. Gibt es doch in Wien viele Hundert solcher Darlehenshändeln, und die besten Zuträberdienste leisten ihnen die gewissen-

Blätter, in denen sie ihre Leimruten in Form von Inseraten ausstecken.

Gibt es kein Mittel gegen diesen Wucher?

12. VIII. 1919.

17

171

## Ein französischer Finanzmann über die wirtschaftliche Lage Deutschösterreichs.

Paris, 10. August.

Ein im Auftrage eines französischen Bankkonjunktions aus Wien zurückgekehrter Pariser Großbankier gab dem Pariser Vertreter der „Agence Centrale“ das folgende Bild der finanziellen Lage Deutschösterreichs:

„Ich habe die Antwortnote Kenners noch in Wien gelesen und kann mich als Sachverständiger seinen Vorhalten nicht verschließen. Die von ihm angeführten Argumente der Aufteilung der Kriegsschulden, der Aufteilung der Noten und der gegenseitigen finanziellen Wiedergutmachungen decken sich durchaus mit den Ergebnissen, zu denen man bei eigenem Studium gelangt. Ein Schuldner, der seine Kraft und Zahlungsfähigkeit bekennt, ist heute für den Gläubiger wesentlich wichtiger als ein Schuldner, der das Akzept unterschreibt und gleichzeitig erklären muß: Ich kann es nicht einlösen. In allem und insbesondere in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen ist unbedingte Offenheit am Platze und ich glaube, daß man diese Offenheit auch in Paris nach Gebühr einschätzen und zur Basis für neue Verhandlungen nehmen wird. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die zur Entscheidung stehenden Komplexe zu umfangreicher Natur sind, als daß sie nach meinem Ermessen in Paris überhaupt zur Entscheidung gelangen könnten. Ich sehe aus der Note Kenners, daß der Wiedergutmachungskommission eine bedeutende Rolle zugewiesen wird. Warum man ihr nicht die Hauptrolle zuweist, ist momentan nicht begreiflich, denn nur die Wiedergutmachungskommission als solche wird sich mit dem effektiven Soll und Haben befassen können und somit allein in der Lage sein, Vorschläge zu machen, wann und was bezahlt werden soll. Es würde sofort eine alle europäischen Länder berührende wirtschaftliche Beruhigung auslösen, wenn man diese Fragen, die eigentlich gar nicht mehr vor die Friedenskonferenz gehören, dieser Wiedergutmachungskommission als einem Forum von sachverständigen Leuten vor allem zum Studium, zur Berichterstattung und Antragstellung überweisen würde. Alle beteiligten Kompetenzen hätten dann die unbedingte Sicherheit, daß am Konferenztisch ausschließlich Ziffern und Zahlen sprechen und nicht Empfindungen, die stets geeignet waren, die Beurteilung wirtschaftlicher Fragen zu trüben. Als Großbankier und Leiter eines Syndikates, das sich zur Aufgabe gemacht hat, die notleidenden Länder neu zu finanzieren, bin ich in erster Linie daran interessiert, einen Ausweg zu finden, der uns Gläubigern einen Schuldner schafft, dessen Zahlungsfähigkeit durch uns selbst nicht in Frage gestellt werden kann. Ich werde diesen Standpunkt in Paris vertreten und glaube sicher, daß man darauf, wenn auch nicht freiwillig, so doch unter dem Druck der Tatsachen einzugehen gezwungen sein wird. Damit wäre das Bedrückende im finanzwirtschaftlichen Problem Oesterreich-Ungarns auf das richtige Geleise geschoben. Die erste Folge einer solchen Maßnahme wäre unbedingte Beruhigung des Wirtschafts- und des Valutenmarktes. Wenn der Gläubiger vom Schuldner mehr verlangt, als der Schuldner kann, so hat der Schuldner zwei Möglichkeiten: den Gläubiger anzulügen oder ihn nicht zu bezahlen. In beiden Fällen bedeutet dies einen Staatsbankrott. Ob es ein moralischer oder ein finanzieller ist, ist erst in zweiter Linie maßgebend. Wenn in diesem Zusammenhang nun schon vom Staatsbankrott gesprochen werden soll, so geht meine Meinung nach reiflichem Studium der in Frage kommenden ehemaligen österreichisch-ungarischen Länder dahin, daß so ziemlich alle Staaten in gleichem Maße gut und schlecht sind. Ihre Bewertung hängt nicht einmal so sehr vom Auslande als vielmehr von der wirtschaftlichen Verständigung der neuen Nachfolgestaaten untereinander ab. Die tschechische Krone hat durch die bestehende Ordnung im tschecho-slowakischen Staate eine höhere Bewertung im Auslande gefunden. Sie wurde noch künstlich hochgehalten durch eine abschließende Ausfuhrpolitik der Geldwerte und wird, wenn sie auf den Markt kommt, dahin kommen, wohin sie im Konkursfalle gelangen müßte. Die deutschösterreichische Krone hängt in ihrem

Werte ebenfalls von gewissen innerpolitischen Umständen ab, die geeignet sind, das Bild nach außen wesentlich zu komplizieren. Ein Deutschösterreich mit einer geordneten Polizeimacht, ein Deutschösterreich, das eine ehrliche und aufrichtige Auslandspolitik treibt, ein Deutschösterreich, in dem sich fremdes und eigenes Kapital ohne Gefahr niederlassen und betätigen kann und in dem das Kapital in ruhiger Entwicklung gemeinsam mit der Arbeiterschaft die sozialpolitischen Probleme zu lösen sucht, wird in der großen Finanzpolitik genau so gewertet werden können, wie Tschechoslowakien, nicht zu sprechen von Polen, Ungarn und Jugoslawien.“

## Die Krongüter und ihre Zukunft.

Vom Vizebürgermeister Max Winter.

In der Reihe der Flugschriften des Vereines für Denkmalpflege und Heimatschutz in Niederösterreich ist als siebente eine erschienen, die über den engeren Kreis derer, denen Denkmalpflege und Heimatschutz besonders am Herzen liegen, hinaus Beachtung verdient. Es ist dies die Flugschrift, die sich mit der Zukunft der Krongüter, insbesondere des Lainzer Tiergartens, der Lobau und Schönbrunn befaßt. Die Flugschrift trägt nach einer Vorbemerkung des Generalsekretärs für Denkmalpflege Dr. Karl G i a n n o n i Gutachten von Fachleuten zusammen, die sich mit den verschiedenen gestellten Aufgaben befassen. Im großen und ganzen treffen alle diese Gutachten das Richtige. Nur hier und da geht die Fachleidenschaft nach unserem Empfinden etwas zu weit oder aber die Gutachten gehen auf andere Gebiete, die den Begutachtern offenkundig fremd sind. Da sind dann natürlich Irrtümer oder nicht erörterbare Vorschläge möglich.

Wenn Professor S c h l e s i n g e r, der Konservator am niederösterreichischen Landesmuseum ist, sagt, daß der Lainzer Tiergarten formell als ein Freilichtmuseum und als solches als Volksbildungsstätte ersten Ranges erhalten werden soll, wird ihm jeder, der den Tiergarten kennt, zustimmen. Wien wird damit ein Juwel haben, um das es von allen Großstädten der Welt beneidet werden wird. Wenn aber Herr Dr. Schlesinger meint, daß der Teil des Tiergartens, der zwischen Lainz und Mauer gelegen ist, vom Tiergarten unbedingt abgetrennt werden müsse, weil er ein Hindernis für die Entwicklung Wiens darstellt, so wird ihm der Wiener Kommunalpolitiker nicht beifolien.

Professor Schlesinger meint, daß die neue Mauer in diesem Gebiet vom Sauladentürl mitten durch die Leichwiese gegen den Adolfsberg bei Mauer gezogen werden müsse. Damit gibt er ein Gebot preis, das wichtiger als andere Gegenden des Tiergartens für die Wiener Volksgesundheit ist. Insbesondere die Leichwiese, von der hier die Rede ist, ist ein geradezu idealer Platz für alles Jugendspiel und alle körperliche Betätigung der gesunden Großstadtyugend. Würde mitten durch diese Wiese die Mauer gezogen werden, so würde eine der schönsten und besten Möglichkeiten für alle Zeiten verschüttet werden, der Wiener Jugend großzügig zu Hilfe zu kommen. Dagegen, daß dieser Teil innerhalb der Gesamtmauern des Tiergartens leicht abgetrennt werden könnte, wäre gar nichts einzuwenden. Es würde dann die Naturschutzbestrebung in dem ganzen übrigen Teile des Tiergartens vollkommen unberührt bleiben. Sehr zu begrüßen ist das warme Eintreten des Gutachters für die K o r m o r a n e in der Lobau, denen heuer im Vorfrühling durch einen Landtagsbeschluss das Todesurteil gesprochen wurde. Wie aus der Broschüre hervorgeht, haben sich diese geflügelten Kolonisten aus dem Süden bisher färlker erwiesen als der Wille des niederösterreichischen Landtages. Es ist wohl gelungen, eine Kolonie auszurotten, aber in der anderen halten sie sich noch. Das Gutachten tut die Einwände, die immer wieder gegen die Belassung erhoben werden, in ruhiger und vortrefflicher Weise ab. Es ist nur zu wünschen, daß uns dieses Naturdenkmal erhalten bleibe. Es kostet uns wirklich nur Weißfische.

Das Gutachten des Dr. Tiege, des Sekretärs des Staatsdenkmalamtes, über die Verwendung von Schönbrunn ist indes schon durch einige Tatsachen überholt worden. Dr. Tiege meint, daß der Haupttrakt Schönbrunn nur Musealzwecken zugeführt werden sollte. Indes hat es sich gezeigt, daß die nach dem Süden, Westen und Osten ausladenden Zimmer des z w e i t e n Stockwerkes mit großer Vorteile der Jugendfürsorge zugeführt werden, ohne daß der Denkmalchutz, der mit Recht für das Parkterre und den ersten Stock gefordert wird, irgendwie leiden würde. Dr. Tiege möchte diese Räume für ein M u s e u m nützlich. Dazu sind sie gesundheitlich zu weitvoll. Dr. Tiege liest auch etwas Falsches aus dem Gutachten, das Herr Professor Biquet über die beiden Seitentrakte des Schönbrunner Schlosses, den Belxietrakt und den Meidlinger Kavaliertakt, gibt, heraus. Herr Professor Biquet meint, daß die Räume dieser Trakte für

eine spitalmäßige Verbringung ungeeignet seien, woraus zu ersehen ist, daß wir jetzt schon ganz andere Maßstäbe an Spitaler anlegen als etwa im ersten Kriegejahr, wo wir ganz andere Räume als für Spitalzwecke sehr geeignet erklärt haben. Aber Herr Professor Biquet sagt im selben Absatz, daß sich die Räume für Familienfürsorge für Kinder, zum Beispiel nach Art des Pestalozzi-Vereines, wohl verwenden ließen. Natürlich ließen sich die Räume, was in dem Gutachten gar nicht berührt worden ist, noch weit besser als für Familienfürsorge für Fortzwecke verwenden. Die Fachleute auf dem Gebiet der präventiven Kinderfürsorge würden im Gutachten nicht angegangen, es könnte insofern auch kein Gutachten in dieser Broschüre abgegeben werden. Die Hauptsache ist, daß auch Dr. Tiege gar nicht der Meinung ist, daß in diesen beiden Trakten irgend welche Künkrivette besonders zu schätzen wären, er sagt nur von seinem Standpunkt aus hinzu, daß die unvermeidlichen Abänderungen an diesen Bauten sowie eine spitalmäßige Verwendung überhaupt mit der angestrebten Erhaltung des Charakters des Hauptgebäudes in krassen Widerspruch stehen würden. Aus dem gleichen Grunde ist nach Dr. Tiege an eine Verwendung des G h r e n h ö f e s a l s Kinderspielplatz nicht zu denken, aus welcher Bemerkung hervorgeht, daß Herr Dr. Tiege, was ja auch gar nicht seines Amtes ist, sich mit Kinderfürsorge nie befaßt hat. Die Jugendfürsorge bedarf nicht bester Plätze, wie es der Ehrenhof ist, zum Spiele, sondern weiter Rasenflächen. Solche sind im Fasangarten von Schönbrunn un schwer zu erreichen und als Rasenplätze können für solche Orte leicht einige der Schüsselwiesen im Schönbrunner Park verwendet werden. Dadurch wird die Erhaltung des Parks als historisches Denkmal des Gartenbaues nicht leiden. Es wird sich leicht ein Weg finden lassen, auch den Park so zu schätzen, wie er geschätzt werden soll.

Dr. G i n z b e r g e r von der Zoologisch-Botanischen Gesellschaft äußert sich über die künftige Verwendung des Schönbrunner Tiergartens und macht eine Reihe von hübschen Vorschlägen, die im wesentlichen darauf hinausgehen, den alten Schönbrunner Tiergarten durch Einbeziehung eines Teiles des Tiroler- und Fasangartens in einen modernen zoologischen Garten umzuwandeln. Dabei wünscht er auch, daß ein Stück des Eisenbestandes des Tirolergartens völlig unverändert und sorgfältig unbenutzt erhalten bleibe; auch die schönen alten Bäume, insbesondere in der Umgebung der alten Glashäuser, seien zu schonen. Die Schau- und Kultur-glashäuser sind mit in den Bereich dieser Ausstellung zu ziehen und der wissenschaftlichen Verwertung zugänglich zu machen.

Alles in allem: Die Flugschrift trägt viel dazu bei, welches Schicksal die Krongüter in Zukunft haben sollen, und es ist darum allen, denen die Entwicklung Wiens auch in dieser Richtung am Herzen liegt, sehr zu empfehlen, diese Schrift eingehend zu lesen und über ihre einzelnen Forderungen nachzudenken.

170000  
 1912-1919  
 26/12-28/12  
 Volkswirtschaft  
 allgemein  
 19

26.12.1918

**Volkswirtschaft.**

Wien, 25. Oktober.

**Der tschechische Staat und die Sudetendeutschen.**

Die Tschechen wollen ihren eigenen Staat und sich keineswegs mit einer Föderation österreichischer Nationalitäten begnügen. Dabei denken sie hinsichtlich ihres erträumten tschechischen Staates nicht nur an das eigene tschechische Nationalgebiet, sondern wollen die Sudetendeutschen in dieses Staatswesen mit einberechnen, wollen an den logenannten historischen Grenzen der drei einigen Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien nicht rütteln lassen. Den Sudetendeutschen versprechen sie goldene Berge in der Hoffnung, sie dadurch für ihren Plan leichter zu gewinnen. Nun darf daran nicht gezweifelt werden, daß es keinem Tschechenführer einfällt, die diesbezüglichen Berechnungen auch tatsächlich zu halten. Denn obwohl sich die Tschechen heute als unterdrücktes Volk in Österreich aufspielen, herrschen sie in den Sudetendländern, insbesondere in Böhmen und Mähren, in den verschiedensten autonomen Körperschaften und neuerdings auch in den Zweigstellen der Kriegszentralen. Ihre dortige Tätigkeit läßt uns beiläufig ahnen, wie sich die Verhältnisse für uns Deutsche in dem tschechischen Staat gestalten würden.

Wie schon jetzt die Deutschen gedrückt und ausgepreßt werden, kann man am deutlichsten durch den Vergleich der Ablieferungen aus dem deutschen und tschechischen Sprachgebiete entnehmen. Bei Getreide wurden in Böhmen nach der am 12. Mai 1918 von der Regierung erteilten Beantwortung der Anfrage des Herrenhausmitgliedes Grafen Schönborn in der Herrenhaus Sitzung am 29. d. für den Bezirk Anbaufläche abgestellt:

	Weizen	Korn	Gerste	Safer
von den deutschen Bezirken	73	63	105	65
tschechischen	48	27	76	50

In Mähren wurden von der Ernte des Wirtschaftsjahres 1916-17 abgeliefert:

	Gesamtlieferung Metersentner	tschechisch Metersentner	Prozent	Deutsch Metersentner	Prozent
Weizen	441.200	273.731	61.1	167.469	38.9
Korn	434.400	272.975	62.8	161.525	37.2
Gerste	1.031.500	736.848	71.4	294.652	28.6
Safer	678.400	460.877	68.2	215.523	31.8
Summe	2.583.500	1.744.131	67.5	888.889	32.4

Zum Verständnis dieser Zahlen sei darauf hingewiesen, daß nach der österreichischen Statistik, 3. Band, 9. Heft, in Mähren 662.939 Berufstätige in der Berufsklasse A (Landwirtschaft) gezählt wurden, wovon 141.880 oder 21,3 v. H. Deutsche sind. Die Berufstätigen machen hinsichtlich der Klasse A in Mähren 1.082.882 aus, wovon 222.471 oder 20,5 v. H. auf die deutschen Nationen entfallen.

Dabei sind in den obigen Zahlen hinsichtlich der Lieferungen des tschechischen Gebietes auch die Lieferungen des deutschen im tschechischen Gebiete begüterter Großgrundbesitzer inbegriffen und es haben diese deutschen Großgrundbesitzerlieferungen die tschechischen Zahlen ziemlich hinaufgedrückt, was am besten daraus hervorgeht, daß nach der Arbeit des tschechischen Landesrates Dr. Franz Kojáček „Die Grundsteuervorschreibung in Mähren“, Brünn 1903, auf den Großgrundbesitz 22 v. H. der Steuerleistung entfallen und von der Steuer des Großgrundbesitzes wieder 80,8 v. H. auf den im tschechischen Gebiete liegenden Großgrundbesitz kommen. Berücksichtigt man die großen Lieferungen des Großgrundbesitzes und insbesondere des deutschen Großgrundbesitzes, so wird man finden, daß die Leistungen des tschechischen Kleingrundbesitzes für die allgemeine Volksernährung äußerst gering sind. Tatsächlich gestalten sich die Zahlen der Getreideablieferung im Wirtschaftsjahre 1917-18, wie folgt:

	Gesamt- Metersentner	Kleingrund- besitz Metersentner	Prozent	Großgrund- besitz Metersentner	Prozent
Weizen	431.492	268.475	62.3	163.017	37.7
Korn	443.114	347.908	78.6	95.211	21.4
Gerste	516.802	341.378	66.1	175.424	33.9
Safer	175.057	146.497	83.7	28.560	16.3
Summe	1.566.465	1.104.253	70.5	462.212	29.5

Von den Lieferungen des mährischen Kleingrundbesitzes wurden nur zur Abstellung gebracht:

	Vom tschechischen Gebiet Metersentner	Prozent	Vom deutschen Gebiet Metersentner	Prozent
Weizen	136.940	50.7	132.535	49.3
Korn	191.010	53.0	156.893	47.0
Gerste	232.930	68.3	108.448	31.7
Safer	82.771	56.5	63.726	43.5
Summe	642.651	58.2	461.602	41.8

Der Großgrundbesitz in Mähren hat also statt 22 v. H. rund 30 v. H. an Getreide zur Ablieferung gebracht, der deutsche Kleingrundbesitz statt 21 v. H. circa 49 v. H. abgeliefert, während der tschechische Kleingrundbesitz, der nach seiner Bodensfläche und seiner Bevölkerungszahl 79 v. H. liefern sollte, nur 58 v. H. zur Abstellung gebracht hat.

An Butter wurden in Mähren in den ersten sechs Monaten der amtlichen Aufzählung (April bis Ende

September 1917) nach den Mitteilungen des tschechischen Landesausschussvorsitzers Sontag beim tschechischen Ministerrat am 8. Dezember 1917 von den Tschechen 55,55, von den Deutschen 44,45 v. H. aufgebracht, während die Deutschen nach der Vorschreibung der L. L. Statthalterei und der Bezirkshauptmannschaften 21 v. H., die Tschechen 79 v. H. zu liefern hatten. In Böhmen wurden im Juli 1918 — und ähnlich in den früheren Monaten — von den Deutschen 46,42 v. H. zur Ablieferung gebracht, während die deutsche Landwirtschaft Böhmens kaum ein Drittel der des Landes ausmacht.

Auch in Mähren wurden in einer der letzten Wochen von den Deutschen 53,37 v. H. und von den Tschechen nur 46,63 v. H. Butter zur Ablieferung gebracht und so verhält es sich hinsichtlich aller anderen Lebensmittel.

Die Tschechen haben ihre Erzeugnisse zu teuren Preisen im Schleichhandel abgesetzt und auch bei den Kriegsanleihen haben sie wieder den rein egoistischen Standpunkt herausgeholt. So haben bei den ersten fünf Kriegsanleihen die ländlichen Klassen Deutschböhmens 107 Millionen Kronen, diejenigen Tschechischböhmens aber nur 57,5 Millionen Kronen gezeichnet, obwohl das tschechische Gebiet doppelt so groß ist als das deutsche. In Mähren wurden von allen ländlichen Klassen Deutschmährens bei allen 8 Kriegsanleihen 118 Millionen Kronen, von denjenigen Tschechischmährens 206,5 Millionen gezeichnet, so daß auf eine deutsche ländliche Klasse 396.000 K., auf eine tschechische dagegen nur 244.000 K. entfallen. Auf jeden in der Landwirtschaft Berufstätigen, einschließlich der Familienangehörigen, der Dienstboten und Tagelöhner kommen in Deutschmähren 835 K., hinsichtlich Tschechischmährens aber nur 396 K.

So arbeiten die Tschechen heute, wo sie wohl im Lande die Herrschaft besitzen, aber noch einer deutschen Zentralgewalt unterstellt sind. Wie erst wird das Los der Deutschen sich gestalten, wenn die Tschechen als unumschränkte Herren gelten werden.

Die Leiden von vier Kriegsjahren, das systematische Aushungern der deutschböhmisches Randgebiete und der deutschmährischen Industrieorte durch die Tschechen zeigen uns mehr als all die schönen Reden, daß den Sudetendeutschen — im Falle sich Wilson tatsächlich zum Verfechter der Forderungen der Tschechen hergibt — nur die Wahl bleibt, im tschechischen Staate entweder als Sklaven allmählich zugrunde zu gehen oder bis zum äußersten gegen die Unterjochung deutscher Gebiete zu kämpfen.

Wollen die Tschechen in eine Föderation österreichischer Volkstaaten nicht einwilligen, dann bleibt den Sudetendeutschen, wie überhaupt allen Deutschen Österreichs, nichts anderes übrig, als den Anschluß an das Deutsche Reich zu suchen und zu finden, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen im weitestgehenden Maße zu fördern, die Einverleibung Deutschösterreichs als deutschen Bundesstaat zu erkämpfen und dadurch die Vereinigung aller deutscher Gauen zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz und des gesamten deutschen Volkes zu ermöglichen.

Gewissenshaftsinstrutor Franz Hilmer, Brünn.

# Der Ökonomist.

Was tut nol?

## Ein Vorschlag zur Lösung der wirtschaftlichen Krise.

Von Hauptmann im Generalstabkorps Rudolf Riets,  
Leiter der Angewandtschaftsgruppe im  
k. u. k. Kriegesministerium.

Wien, 29. Oktober.

Der Beginn der großen politischen Umbildung der bisherigen Staatsform steht unter dem Zeichen wirtschaftlicher Erscheinungen, welche die Bevölkerung aller beteiligten künftigen Staatengebilde beunruhigen müssen und in ihrer weiteren Folge das ruhige Ablauen und die folgerichtige Entwicklung jedwedes gefassten Planes und jedes beabsichtigten Systems gefährden können. Die Gefahr liegt nicht nur, wie meist angenommen wird, in der Ernährungskrise Deutschösterreichs. Die kriegswirtschaftliche Erfahrung lehrt vielmehr, daß das Ernährungsproblem an sich, herausgeschält aus der öffentlichen Wirtschaft, auf nennenswerter Dauer selbständig nicht behandelt werden kann. Der Versuch solcher Improvisationen ist gleichbedeutend mit dem Aufschub von Tagen. Die drohenden Gefahren bestehen nicht zum letzten auch darin, daß der Anschluß des gegenwärtigen wirtschaftlichen Verwaltungsapparats mit dem zukünftigen verloren gehen kann.

Scheu vor gewissen Worten ist der Beginn der Scheu vor Verantwortung: es gilt im Interesse aller, ohne Beurteilung der politischen Ziele, es gilt im Interesse der menschlichen Gesellschaft und ihrer primärsten Form, der Familie, die wirtschaftliche Anarchie zu vermeiden, über jenen Zustand der Selbsthilfe hinwegzukommen, die von jedem nächstkleineren Wirtschaftskörper aufgenommen wird, sobald der größere versagt.

Diese von niemandem gewollte Entwicklung kann eintreten, wenn nicht in letzter Stunde Maßnahmen dagegen getroffen werden.

Kein wirtschaftlicher Gedankengang scheint hierbei gefährlicher, seinem wäre energischer entgegengetreten als jener hinauschiebenden Ueberlegung, die zuerst die Lösung des politischen Problems abwartet, um sodann zur Lösung der wirtschaftlichen Fragen zu schreiten. Diese verkehrte Reihenfolge (die letzten Endes auf der historischen Ueberschätzung der Politik und Unterschätzung der Wirtschaft beruht) hat die Menschheit bereits genug gekostet. Es ist der Moment gekommen, die Reihenfolge endgültig umzustellen.

Die folgenden Erwägungen gehen darauf aus, darzulegen, daß es ebenso dringend als möglich ist, das wirtschaftliche Problem vor der Klärung des politischen anzuschneiden, ohne daß diesem durch jenes im geringsten präjudiziert werden muß. In allen Völkern und in allen Parteien wird in Kürze die Erkenntnis reifen, daß weder ihr Ziel noch irgendein anderes ohne vorherige Inangriffnahme des wirtschaftlichen Problems erreichbar ist. Der Beweis hierfür erübrigt sich: er liegt in dem anspörenden Einfluß, den das andauernde Fehlen der täglichen Bedürfnisse auf die Bevölkerung ausübt. Wer nun den bisher bestandenen weitverzweigten Apparat zur Beschaffung dieser Bedürfnisse und seine Eigenschaften kennt, dem wird es klar, daß die drohende Gefahr weder durch einen opportunistischen noch durch einen doktrinären Standpunkt, der sich auf das theoretisch noch unversehrte Staatsrecht stützt, auch nur hinausgeschoben werden kann. Diese Behauptung ist so lange richtig, als hungernde und frierende Menschen nicht mit Staatsrecht und Disput, sondern mit Nahrungsmitteln, Kleidern und Kohlen befriedigt werden müssen. Maßgebende Stimmen in den Nationalversammlungen sind laut geworden, daß die Wiener Zentralstellen zur Lösung des wirtschaftlichen Problems nicht mehr geeignet seien, des Problems, das gestern ein inneres war und heute ein äußeres ist. Dabei muß immer wieder vor Augen stehen, daß sich keine politische Entwicklung ungehindert vollziehen kann, wenn die betroffene Bevölkerung schweren wirtschaftlichen Erschütterungen ausgesetzt ist.

Zu deren Vermeidung scheint es als erste Maßnahme notwendig, ehestens das Problem der gegenseitigen Aus-, Ein- und Durchfuhr zwischen den künftigen Staatengebilden zu regeln und den Anschluß an das bestehende System herzustellen. Gleichzeitig müßten die Regime der primären wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Staaten festgelegt werden.

Wer soll und wer kann nun diese Probleme lösen? Das gemeinsame Ministerium des Neuzerns würde seine wirtschaftliche Liquidation allein durch die Anerkennung des Problems aussprechen. Jedes k. k. Ministerium erfährt durch den Versuch dieser Regelung, kein Ministerium der vertragsschließenden Teile zu sein. Es müßten daher unverzüglich wirtschaftlich verhandlungsfähige Stellen geschaffen werden, welche von den Nationen, denen das Gestaltungsrecht ihrer Zukunft bereits eingeräumt ist, autorisiert sind. Der nächstliegende, wiewohl durch die Geschichte des Parlamentarismus kaum bewährte Ausweg, wäre die Bildung wirtschaftlicher Ausschüsse in den Nationalversammlungen. Dieser Vorgang dürfte kaum zum Ziele führen, da der Sitz in der Nationalversammlung von der Zufälligkeit des früheren Reichsratsmandats abhängig ist und somit in einem solchen Ausschusse vielleicht der politische Wille zum Ausdruck käme, sicherlich aber nicht jene Stellen vertreten wären, welche die wirtschaftliche Kraft und den wirtschaftlichen Willen der Nation verkörpern.

Auf dem Boden der Nationalversammlung fußend müßte daher ein neuer Apparat geschaffen werden, der offen und unverrückbar auf der künftigen demokratischen Grundlage der werdenden Staaten steht. Die so geschaffenen wirtschaftlichen Stellen hätten zwischen den entstehenden Nationalstaaten ein Vertragsinstrument zu schaffen, das in seinem Wesen den Wirtschaftsabkommen ähnlich ist, die bisher Oesterreich-Ungarn mit

# Der Ökonomist.

Was tut uot?

## Ein Vorschlag zur Lösung der wirtschaftlichen Krise.

Von Hauptmann im Generalstabkorps Rudolf Vints,  
Leiter der Außenwirtschaftsgruppe im  
L. u. L. Kriegsministerium.

II.

(Siehe Nr. 19482 der „Neuen Freien Presse“ vom 30. Oktober.)

Die Möglichkeit, eine befriedigende Lösung zu finden, ist den k. u. k. sowie auch den k. h. Ämtern und auch den von diesen Stellen bevollmächtigten Personen und Vereinigungen von den Nationalversammlungen und von anderen Stellen wiederholt abgeprochen worden. Bei der Errichtung des zu schaffenden Apparates erscheint nun nichts naheliegender, als die Augen dorthin zu wenden, wo solche Einrichtungen bereits bestehen und die Feuerprobe höchster Anspannung der wirtschaftlichen Kräfte glänzend bestanden haben: das ist auf die kriegswirtschaftlichen Einrichtungen Schwedens und Dänemarks, in welsch letzterem Staate insbesondere die demokratische Durchführung die vollendetste ist und, soweit es nur möglich war, das Land von den wirtschaftlichen Schäden des Weltkrieges ferngehalten hat. Diese Wirtschaftsverfassung beruht auf einer autonomen Stellung der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und der beteiligten Interessenten. Den hier besprochenen momentanen Bedürfnissen der künftigen Staaten angepaßt, wäre nach diesem Vorbilde durch jede Nationalversammlung ehestens der „Industrierat“ und der „Handelsrat“ zu bilden. Beides sind Körperschaften, welche nicht mehr als je ungefähr zwanzig Mitglieder besitzen, die aber so gewählt sein müssen, daß sie trotz der beschränkten Zahl möglichst die wirtschaftliche Kraft und den wirtschaftlichen Willen der Nation repräsentieren. Infolge der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit und auch, um das Entstehen eines Bewerbungsverfahrens zu verhindern, scheint fürs erste die Bildung dieser Körperschaften durch Affirmation in der Nationalversammlung nicht unzweckmäßig. Diese Art der Bildung kann nur als erstmalige gelten und würde nach Festlegung der gesetzlichen Grundlagen einer entsprechend reiferen Platz machen. Auch hier wird das Bedenken vor dem Fehlgehen der Wahl der Personen nicht die gänzliche Unterlassung rechtfertigen, wenn erwogen wird, hauptsächlich die mit diesem Gegenstande bisher befaßten Personen fürzuwählen und ihre Mithilfe durch eine entsprechend kurze Funktionsdauer zu begrenzen. Die hiedurch entstehenden Kompetenzen und Zusammensetzung wären folgende:

1. Der Industrierat. Er besteht aus den Vertretern der zunächst in Betracht kommenden Industrie und Gewerbe (einschließlich der Lebensmittelindustrie) und der in diesen Industrien und Gewerben beschäftigten Arbeiter. Er ist eine beratende Behörde der Nationalversammlung und kann nach und nach mit autonomen Funktionen ausgestattet werden. In seine Kompetenz fällt die Regelung aller Produktionsverhältnisse, somit unbedingt auch der Ein-, Aus- und Durchfuhr, wobei er hinsichtlich der Lebensmittel an das Votum des Handelsrates gebunden ist. Er bereinigt ferner die in diesem Komplex enthaltenen zwischenstaatlichen Abmachungen, wobei es sich in erster Linie um jene zwischen den entstehenden Nationalstaaten handeln wird.

2. Der Handelsrat. Er besteht aus den Vertretern des legitimen Handels einschließlich jener Produzenten, deren Produkte vornehmlich an Zwischenhändler der Organisationen für den legitimen Zwischenhandel gelangen (wobei es sich in erster Linie um die Landwirtschaft handelt) und der betroffenen Arbeiter und Gehilfen, aus den Vertretern der bestehenden oder entstehenden Effekten- und Warenbörsen und aus den Vertretern der Finanzinstitute. In seine Kompetenz fällt die Regelung aller Handelsbeziehungen (hinsichtlich der Lebensmittel, die industriell nicht bearbeitet werden, auch der zwischenstaatlichen Beziehungen, deren Regelung sonst dem Industrierat obliegt), schließlich die Finanzierung des gesamten Handels, somit auch der auswärtige Anleihedienst. In allen zwischenstaatlichen Angelegenheiten unterbreitet er seine Entwürfe nicht direkt der Nationalversammlung, sondern im Wege des Industrierates.

Die von einer der beiden Körperschaften der Nationalversammlung vorgelegten und von letzterer genehmigten Entwürfe müßten eine staatsrechtliche Stellung erhalten, welche zunächst den L. L. Ministerialverordnungen gleichkommt und diese späterhin ersetzt. Wenn die Nationalversammlungen nicht aus eigenem Willen zu der Entscheidung gelangen, auf diese Weise bestehende Ministerialverordnungen nur allmählich und in ruhigem Uebergange durch das neue System abzubauen, so würde auch jede andere Uebergangsmäßnahme krisenhafte Erscheinungen nicht verhindern können. Es wäre vielleicht eine berechtigte staatsrechtliche Empfindlichkeit, auch diesen neu geschaffenen Zustand als *Ex lege* Zustand bis zur Einrichtung einer definitiven Gesetzgebung und Verfassung ansehen zu lassen.

Zwei Erscheinungen mögen zunächst an diesem Entwurfe auffallen: einerseits das Zusammenlegen der sogenannten inneren Wirtschaftsfragen mit den äußeren, andererseits das Fehlen eigener Körperschaften zur Regelung der Ernährungs- und der Finanzfrage. Beides ist mit Absicht so vorgeschlagen. Die kriegswirtschaftlichen Erfahrungen nicht nur Oesterreich-Ungarns, sondern auch anderer Staaten sprechen entschieden für diese Lösung. Die Unmöglichkeit des Ernährungsproblems an sich, ohne engsten Zusammenhang mit der gesamten öffentlichen Wirtschaft, wurde bereits angedeutet. Die Finanzgebarung nicht nur als organische Entwicklung der Wirtschaft und nicht nur lediglich als deren Hilfsmittel hat Leiden über Leiden gebracht. Die Behandlung äußerer Wirtschaftsfragen in gesonderten Ämtern, die in jedem Einzelfalle



## Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

## Deutschösterreichs industrielle und finanzielle Kräfte.

Wien, 2. November.

Deutschösterreich ist seit drei Tagen lebendige Wirklichkeit geworden. Im Drange der höchsten Not wurde der neue Staat mit Wien als Mittelpunkt und den Alpen als Rückgrat gezimmert und sofort, sobald nur die ersten Wehen der Entstehung überwunden, der äußere Frieden nach mehr als vierjährigem Kampfe gesichert ist, wird er darangehen müssen, sich auf seine wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte zu besinnen. Noch sind die Umrisse des neuen Gebildes nicht mit Sicherheit zu erkennen, noch ist es ungewiß, wie weit seine Grenzen gehen werden, allein schon jetzt tritt der wirtschaftliche Charakter der deutschösterreichischen Volksgemeinschaft als Industriestaat deutlich in die Erscheinung. Eine Arbeitsgemeinschaft, die durch Jahrhunderte bestand und während der letzten Generationen zur höchsten je erreichten Entwicklungsstufe ausgereift ist, kann nicht über Nacht gelöst werden. Die Fäden zwischen den einzelnen Staaten, in die das Reich zerfallen ist, sind dicht verflochten und so kunstreich geknüpft, daß eine gewaltsame Durchschneidung nicht möglich ist, ohne daß der ganze Blutkreislauf zum Stillstande gelangt. Böhmen bleibt auf Innerösterreich in tausenden von Belangen angewiesen, wie auch wir wichtige Zustüsse aus den reichen nördlichen Ländern nicht gut vollkommen entbehren können. Die Natur hat die Schätze des Bodens auf die einzelnen, bisher vereinten Kronländer ungleich aufgeteilt. Deutschösterreich ist der Sitz des größten Eisenvorkommens, der tschechische Staat hat den stärksten Reichtum an Kohle. Von der Eisenerzförderung Oesterreichs, die vor dem Kriege 228 Millionen Meterzentner betrug, wurden 16 Millionen oder fast 70 Prozent in Deutschösterreich gewonnen. Die Produktion Böhmens betrug immerhin noch 6-7 Millionen Meterzentner im Jahre, allein auch dieser Erzeberg ist im Schwinden und dürfte in wenigen Jahren vollständig erschöpft sein, während der steirische Erzberg noch Eisen für weit mehr als hundert Jahre liefern wird. Deshalb haben auch die Sudetenländer sich immer stärker auf die Verhüttung von Erzen verlegt, die aus der Fremde eingeführt wurden. Im Jahre 1916 haben die Hochofen der nördlichen Gebiete über 3 Millionen Meterzentner Erz aus Steiermark, über 5 Millionen Meterzentner aus Schweden, Ungarn und Bosnien verarbeitet, in der letzten Zeit nahm die Erzversorgung aus Steiermark durch die Unsicherheit der schwedischen Erzzufuhren einen noch breiteren Raum ein. Aber nicht nur der Rohstoff, sondern auch das Halbprodukt wurde in beträchtlichen Mengen aus dem Süden von Böhmen eingeführt; Böhmen hat ein Viertel seines Roheisenbedarfes, fast drei Viertelmillionen Meterzentner nicht selbst erzeugt, sondern in den Alpenländern gedeckt. Noch günstiger steht es für Deutschösterreich mit der Stahlindustrie. Von den vier großen Qualitätsstahlwerken gehört nur eines, die Poldi-Hütte, Böhmen an; die übrigen sind in Niederösterreich und Steiermark und haben sich derart vergrößert, daß sie weit mehr als den Eigenverbrauch des Landes decken und einen namhaften Teil vom Bedarf der Sudetenländer übernehmen können.

In der Kohle ist die Lage eine umgekehrte; hier werden von der Gesamtzeugung fast die ganze Steinkohle und achtzig Prozent der Braunkohle in den Gruben gefördert, die den Sudetenländern angehören. Vor dem Kriege wurde der überwiegende Teil dieser Kohlengewinnung im Lande selbst verbraucht, größere Mengen wurden für die Fabriken Innerösterreichs verwendet, die sich mit erheblichen Teilen ihres Bedarfes auch in Deutschland versorgten. Im neuen Frieden werden die Kohlenbezüge aus Deutschland hoffentlich sofort in verstärktem Umfange ausleben und die Abhängigkeit von Böhmen mindern, das seine Uberschüsse willig gegen das unentbehrliche Eisen abgeben wird. Aber auch im Lande selbst liegt ein anderer Reichtum, der in noch höherem Maße die Selbstgenügsamkeit hinsichtlich der Triebkräfte der industriellen Erzeugung heben kann. Das sind die Wasserfälle in den Alpen, die einen erst zum geringsten Teile erschlossenen Reichtum bilden. Auf 1 1/2 Millionen Pferdestärken werden diese verwertbaren Wasserkräfte veranschlagt; sie sind dauernde Energiequellen, deren Wert in dem Maße höher eingeschätzt werden muß, als die Ergiebigkeit der Kohlenabfälle nachläßt und die Kohlenförderung durch die Schwierigkeiten der Arbeiterfrage teurer wird. Auf die Erschließung der Wasserkräfte muß sofort die stärkste Energie des heimischen Kapitals gerichtet sein. Die Stadt Wien hat schon vor einiger Zeit Pläne ausarbeiten lassen, die auf eine Nutzbarmachung der Enns für Beleuchtung und Kraft abzielen. Die Fabriken eines großen Teiles von Niederösterreich könnten von einem solchen Mittelpunkt aus betrieben, der Bedarf der Reichshauptstadt in seinen mannigfachen Verzweigungen ganz gedeckt werden. Die Kommune will sofort den Bau der Untergrundbahnen aufnehmen, und dieses Werk ist in doppelter Beziehung wichtig: für die Beseitigung der Verkehrsnot und für die Beschäftigung der vom Felde heimkehrenden Menschen. In der weiteren Zukunft wird die Erschließung der natürlichen Reichtümer der Alpen sicherlich nicht minder bedeutsam werden. Die Ernährung der Bevölkerung von acht Millionen werden wir aus den eigenen Ernten nie decken können, obwohl Oberösterreich und das Marchfeld reiche Böden haben und ihr Ertrag noch wesentlich gehoben werden kann. Bei einer vernünftigen Wirtschaftspolitik werden uns die Uberschüsse der ganzen Welt, in erster Reihe der Sudetenländer, Ungarns und des Balkans stets zur Verfügung stehen, wenn wir imstande sein werden, sie aus den Erzeugnissen unserer eigenen Arbeit zu bezahlen.

Deutschösterreich besitzt mannigfache Bodenschätze und eine umfassende finanzielle Organisation, die durch ihre zahlreichen direkten Verbindungen und Zweigniederlassungen bisher die stärkste Geldquelle der Sudetenländer gewesen ist. Die deutschösterreichischen Institute verfügen über ein Mehrfaches der Kapitalkraft der tschechischen Banken, von denen nur eine ein großes Eigenkapital und bedeutendere Einlagen erlangt hat. Auch die größten

böhmischen Industrien haben ihren Kredit in Wien bekommen und werden bei einer Ausgestaltung in der Folgezeit wohl aus den gleichen Quellen schöpfen. Die Aktien auch der meisten böhmischen und mährischen Unternehmungen befinden sich zum großen Teile bei deutschösterreichischen Besitzern; eine Repatriierung kann, wenn überhaupt, nur im Verlaufe von vielen Jahren vollzogen werden und bis dorthin muß der Einfluß des deutschösterreichischen Kapitals in manchen Belangen erhalten bleiben. Die Maschinenindustrie Deutschösterreichs ist jener der Sudetenländer überlegen, die großen Establishments der Fahrzeugmittelindustrie, die Waggon-, Lokomotiven- und Automobilfabriken, ferner die Elektrizitätsunternehmungen haben vorwiegend in Niederösterreich ihren Sitz. Wien allein vereinigt eine große Anzahl dieser Betriebe und ist selbst das stärkste Industriezentrum. Eisen und Holz, diese zwei wichtigsten Erzeugungsmaterialien, besitzen die Fabriken Deutschösterreichs in zureichender Menge in der Heimat. Der Holzreichtum der Wälder Innerösterreichs, der Alpen und nördlichen Randgebiete ist im Kriege wegen des Fehlens der Arbeitskräfte wenig erschlossen worden, die Arbeit der Fällung wird, wenn die Männer in die Heimat zurückkehren, überall erhöht aufgenommen werden. Im Innern des Landes wird Holz in größtem Umfange benötigt werden, für den Wiederaufbau zerstörter Häuser und Brücken, für Tausende von Objekten, wo das schwere Eisen nicht in zureichenden Mengen zur Verfügung steht. In Belgien und Nordfrankreich, wo die stärksten Zerstörungen zu setzen sind, wird gleichfalls der größte Holzbedarf zu befriedigen sein; Deutschösterreich wird für seine Waldbestände im Inlande und in fremden Ländern ausgiebige und lohnende Verwertungsmöglichkeiten finden.

Ungeheuer sind die Aufgaben des Wiederaufbaues, der Industrie und der Wirtschaftskraft Deutschösterreichs werden die größten Ziele gestellt werden. In der Periode des Ueberganges, wo die Heereslieferungen beendet sind und die Betätigung für den Wiederaufbau noch nicht begonnen hat, mag es Schwierigkeiten geben, an deren Ueberwindung Geist und Energie aller gewendet werden müssen. Die Vorbereitungen für diese mühevollste Zeit wurden seit zwei Jahren getroffen und wiewohl diese Vorarbeiten ein viel weiteres Betätigungsgebiet, das des ganzen alten Oesterreich, betrafen, so können diese für die verkleinerten Gemarken Deutschösterreichs, des Staates mit dem stärksten industriellen Einschlag der Bevölkerung, voll Anwendung finden. Aus den Gütern der Demobilisierung werden hierfür reichlich Materialien zur Verarbeitung verfügbar sein. Diese Artikel haben Werte von Milliarden und werden bei vernünftiger Zuweisung in befruchtende Arbeit umgesetzt werden können. Die Industrie hat in den Kriegsjahren ihre Anlagen durchwegs abgebraucht und nur das Allerdringendste nachgeschafft; sie wird sich selbst beschäftigen und ihre Arbeiter für die Wiederherstellung der eigenen Werke verwenden, bis die hinreichende Nachfrage für den Verkauf in größerem Umfange einsetzt wird. Einem vollständigen Neuaufbau müssen die Fahrzeugmittel der Bahnen unterzogen werden. Sie werden während der Monate bis zur gänzlichen Demobilisierung noch großen Leistungen ausgesetzt sein, ihre Erneuerung, die Reparatur der alten Waggonen und Lokomotiven sowie die Nachschaffung neuer Maschinen wird der Industrie auf Jahre Arbeit geben und auch Aufträge für die nördlichen und südlichen Staaten zuführen. Industrielle Rohstoffe und industrielle Tätigkeit werden die Mittel sein, um die Nahrung, die wir aus den Sudeten- und südslawischen Ländern sowie aus Ungarn beziehen müssen, zu erwerben und solche Importe anzulocken. Die nationale Arbeit darf keinen Augenblick unterbrochen, muß vielmehr in beschleunigtem Tempo aufgeboren werden, um Beschäftigungslosigkeit und Hunger als gefährliche Massenerscheinungen zu bannen, die Ernährung zu sichern, die furchtbaren Wunden, die der Krieg geschlagen hat, allmählich zielbewußt zu heilen.

## Zukunftswirtschaft.

Aus einem Staatsstreich ist das Chaos entstanden, das vorläufig als deutsche Republik bezeichnet wird. Den Rechtsboden für endgültige Gestaltung und dauernden Bestand soll ihr erst eine Nationalversammlung schaffen, um deren Einberufung man jetzt streitet. Erst wenn sie gesprochen hat, werden sich Grundlinien, Aufbau, Gliederung und Hierarchien des Bauwerks erkennen lassen, das man zu errichten gedenkt. Daß es republikanisches Gepräge tragen wird, kann niemand zweifelhaft erscheinen. Damit wird sich jeder abzufinden haben. Was vergangen, kehrt nicht wieder. Wie aber wird die Gesellschaft beschaffen sein, die den künftigen Bau bewohnen, ihm Inhalt und Leben geben soll? Sozialistisch, sagt man, und befundet damit, daß mit der staatsrechtlichen auch eine wirtschaftsrechtliche Neugestaltung kommen soll, die dem künftigen Aufbau der Gesellschaft andre Unterlagen gibt. Während aber die Monarchie zusammengebrochen ist, so daß man Neues an ihre Stelle setzen muß, ist unsre alte Wirtschaftsordnung erhalten geblieben, hat sich sogar über Erwarten stark erwiesen und alle Kriegsstürme überdauert. Hat uns auch immer wieder in stets sich verjüngender Kraft die Mittel geliefert, deren wir zum Durchhalten und zur Abwehr unsrer Feinde bedürfen. Trotzdem will man sie jetzt beseitigen. Mit verstärktem Nachdruck fordern die linksstehenden Gruppen der Sozialdemokratie die Verstaatlichung aller Produktionsmittel und schleunigste Durchführung dieser Maßnahme. Keine Nationalversammlung soll darüber entscheiden; die Diktatur des Proletariats will sie durchsetzen.

„Die Bergwerke, die Betriebe der Schwerindustrie und der verwandten Industrie, die Werke der Textilindustrie, die Werke der chemischen, der Nahrungsmittel-, der elektrischen, der Lederindustrie, sie alle müssen Nationaleigentum werden.“ So erklären die Unabhängigen in ihrer „Freiheit“. Das stimmt ganz überein mit dem Erfurter Programm, das die „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum“ fordert. Im Vorwärts meint neuerdings Professor Wilbrandt zu der Frage: „In die Hand des Staats wird übernommen nur der Besitz, nicht der Betrieb. Und zwar sowohl im Gewerbe wie in der Landwirtschaft. Der Staat wird Kapitalist und Grundherr, nicht Betriebsleiter. Aber“, so fügt er hinzu, „zunächst Begrenzung des Bergesellschaftungsprozesses auf denjenigen Besitz, der schon so behandelt werden kann. Das ist der, bei dem sich Besitz und Betrieb getrennt hat, also Patente, Zinse, Zinsen und Aktienbesitz.“ Hier wird sonach der Forderung eine wesentliche Einschränkung beigelegt. Auch im Programm der neuen demokratischen Partei ist von Bergesellschaftung die Rede. Es verlangt, für monopolistisch entwickelte Wirtschaftszweige die Idee der Sozialisierung aufzunehmen und zur Einschränkung des Großgrundbesitzes zu schreiten.

Überall also kehrt der Gedanke der Bergesellschaftung oder, wie man auch sagt, der Sozialisierung wieder. Das ist nicht neu und kann nicht überraschen. Denn viel ist bisher schon auf diesem Gebiet geschehen. Eisenbahnen, Posten und Telegraphen sind längst verstaatlicht, Bergwerke werden gleichfalls vom Staat betrieben, und andre Körperschaften des öffentlichen Rechts sind ihm auf diesem Weg gefolgt. Längst sind auch unsre Gemeinden Unternehmer geworden, die ihre Angehörigen mit Wasser, Gas, Elektrizität und andern versorgen, Straßenbahnen betreiben und ständig nach neuen Betätigungsbereichen Umschau halten. Kein Zweifel auch, daß auf diesem Weg noch weiter gegangen werden wird, zumal die Finanznot des Staats gebieterisch die Erschließung neuer Einnahmequellen verlangt. So wird man wohl zu diesem oder jenem Staatsmonopol gelangen, wenn auch der Kriegsausgang manchen derartigen Plan schon wieder über den Haufen geworfen hat. Eins aber darf man bei allem dem nicht vergessen: wo ein bestimmt abgegrenzter und leicht zu übersehender Bedarf an Lieferungen oder Leistungen zu decken ist; wo ferner der Betrieb schematisiert und in bestimmte starre Formen gebracht werden kann, da sind Staats- und Gemeindebetrieb ohne allzu großen Nachteil für die Gesamtheit zu verwirklichen oder auch zu fordern. Etwas ganz anderes aber ist die Forderung nach allgemeiner Bergesellschaftung aller Betriebe und Betriebszweige. Wer dazu übergeht, schaltet sofort die wichtigste Kraft aus, die unser ganzes Wirtschaftsleben bewegt und bisher ständig vorwärtsgetrieben hat, das Streben nach Gewinn. Und er schaltet weiter aus die wirtschaftliche Selbstverantwortlichkeit des Unternehmers, die dafür bürgt, daß mit geringstem Aufwand größtmögliche wirtschaftliche Leistung erzielt wird. Das alles kann keine staatliche Organisation, kein noch so guter wirtschaftlicher Beamtenapparat ersetzen. Der Mißerfolg unsrer zwangsläufigen Kriegswirtschaft ist ein deutlicher Beweis dafür. Und noch eins muß sozialisierten Betrieben immer fehlen: die kaufmännische Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit an die Erfordernisse des Augenblicks. Vor allem auch die Fähigkeit, im Verkehr mit dem Ausland rasch und entschlossen zu handeln. Dazu eignet sich kein wie immer vorgebildetes und geartetes Beamtenamt. Am allerwenigsten eins, das von irgendwelchen parlamentarischen oder andern vielköpfigen Gebilden abhängig ist. Hier sucht ganz naturgemäß der einzelne die Verantwortung für sein wirtschaftliches Handeln auf die übergeordnete Stelle abzuschieben. Die notwendigsten und dringendsten Anwendungen wurden erfahrungsgemäß schon in unsrer bisherigen Wirtschaft nicht gemacht, solange sie vom zuständigen Parlament nicht genehmigt waren. Und zwecklos wurde Geld ausgegeben, Arbeit verschwendet, sofern nur, wenn vielleicht auch unter ganz andern Voraussetzungen, die Bewilligung der entscheidenden Körperschaften dafür ausgesprochen war. Darin liegen ungeheure Gefahren für unsre Gesamtwirtschaft. Dreifach groß und bedenklich in einer Zeit, in der es gilt, die gewaltigen Kapitalverluste wenigstens einigermaßen wieder auszugleichen, die vier Kriegsjahre uns gebracht haben. Dazu ist rasche und kräftige Neubildung von Kapital erforderlich. Die aber wird am besten gewährleistet durch die von Selbstverantwortung getragene Unternehmerfähigkeit. Der Staatsbetrieb, der immer teuer arbeitet, kann wohl äußerlich dieselbe Leistung erzielen, aber mit weit größerem Aufwand als die Privatwirtschaft. Die Grundlage unsrer Wirtschaftsordnung, Freiheit der Person, Freiheit des Eigentums und Freiheit in seiner Nutzung, die uns bisher zu Riesenerfolgen getragen hat, sollte deshalb nur da eingeschränkt oder verlassen werden, wo ein zwingendes Interesse der Gesamtheit es erfordert.

Ungeheuerlich aber will uns scheinen, daß man jene allgemeine Bergesellschaftung der Produktionsmittel in einem Augenblick fordert und durchführen will, in dem wir alle unsre Kräfte anspannen haben, um völliger Vernichtung zu entgehen, in einem Augenblick, der politisch bewegt ist wie kein anderer Abschnitt unsrer Volksgeschichte und uns befehlt, zunächst nicht nur ein neues Staatsgebäude zu errichten, sondern auch die bitterste Not von allen unsern Volksgenossen abzuwenden. Wer trotzdem sofortigen Umsturz unsrer ganzen Wirtschaft fordert, handelt unverantwortlich gerade an denen, die angeblich den Vorteil von der berühmten neuen Wirtschaftsordnung haben sollen. Er liefert sie dem größten Elend und die Gesamtheit dem Bolschewismus aus.

27./11. 1918. 23

# Der Staat des sozialen Rechts.

Leitfaden für eine demokratische Wirtschaftspolitik.

III \*)

A. F. Die Landfrage ist ausschließlich eine Besitzfrage; die sozialwirtschaftlichen Probleme der Industrie- und des Bankkapitals sind viel mehr, und gerade im Entscheidungsfeld, Fragen der Herrschaft. Denn die Macht, die sich da zusammengestellt hat, beruht nur zu einem Bruchteil auf eigenem, zum ausschlaggebenden Teil aber auf „fremdem Geld“: durch die Aktienform sind die Hundertmillionenkapitalien der Großindustrie-Gesellschaften aufgebracht; durch die Sammlung von Spargeldern und verfügbaren Betriebsfonds aus allen Kanälen der Volkswirtschaft sind die Milliardenbeträge zusammengeströmt, die die Großbanken verwalten; durch Verschmelzungen (im bequemen Wege des Aktienausstauschs) und durch einfache Verträge sind die großen Trusts, die Syndikate und Verbände entstanden, die in immer wachsender Zahl das Schicksal großer Industriegruppen und ganzer Industriezweige lenken. Das Ergebnis des riesenhaften Konzentrationsprozesses aber, der sich in den letzten Jahrzehnten auf dieser Grundlage abgespielt hat, ist, daß die Freiheit des Gewerbes, die in Fortschritt und Wohlstand als Säule des Staats gefeiert wurde, in großen Teilen unserer Wirtschaft tatsächlich mehr oder minder verschwunden ist, die Freiheit der darin Tätigen ebenso wie die Freiheit der Konkurrenz. Die größten und wichtigsten Industrien — Kohlenbergbau, Eisen-, Elektrizitäts-, chemische Industrie, Großschiffahrt, aber auch noch viele andere, weniger oft genannte — sind monopolartig zusammengeschlossen; die paar Großbanken beherrschen den Kapitalmarkt fast absolut. Und eine Gruppe von allenfalls ein paar hundert Menschen, eine neue Herrenklasse, diktiert unkontrolliert und unverantwortlich (vielleicht: nur durch den materiellen Erfolg kontrolliert und zur Rechenschaft zu ziehen) diese ganzen, ungeheuren Wirtschaftskomplexe. Sie treiben trotz dem Staate in größtem Stille innere und äußere Wirtschaftspolitik und bestimmen dadurch oft genug, und oft verdeckt genug, auch die große Politik. Und der Staat, der alte Staat, sah zu und tat so gut wie nichts. Der neue Staat aber muß sehr vieles tun. Nur von dem Wirtschaftlichen ist ja hier die Rede; das tragische und auch größte Kapitel „Kapital und Geist“ gehört auf ein besonderes Blatt. Aber schon beim rein Wirtschaftlichen greift es unmittelbar in die staatlichen Hoheitsrechte, wenn durch die einseitige Lohnpolitik eines privaten Verbandes der soziale Frieden vorhergehend gebürt wird, wenn ein Industriearbeiter kraft seiner Monopolmacht eine private Sonderbesteuerung auf seine Abnehmer legt, wenn ein Trust durch seine Preis- und seine Ausfuhrpolitik alle staatlichen Zollmaßnahmen illusorisch macht, wenn durch solche Absahypolitik eines monopolistischen Syndikats die ganze Struktur einer weiterverarbeitenden Industrie, von deren Ergehen vielleicht das Schicksal ganzer Gegenden und ihrer Gemeinden abhängt, verändert wird, wenn durch die Kreditpolitik der Großbanken hier eine Industrie hypertrophisch sich ausdehnt und dort vielleicht ein anderer Zweig verkümmert, und so fort. Das geht nicht mehr. Privatmonopole sind nicht zu ertragen. Die Demokratie muß fordern, daß durch sie, und nicht durch einzelne Gruppen von herrschenden Interessenten die Richtlinien der Entwicklung vorgezeichnet werden, daß ihre Gesichtspunkte bestimmend seien für die zentrale Leitung der Wirtschaft. Einfluß, Kontrolle und Macht muß sie sich schaffen. Denn das Ganze steht über den Teilen und der demokratische Staat über den partikularen Wirtschaftsgewalten.

Sehr verschiedenartige Wege stehen dafür offen. Die vollständige Verstaatlichung eines Gewerbezweigs durch Übernahme von Besitz und Betrieb in die Hand des Staates (Reiches) oder der Kommunen unter Abfindung der privaten Besitzer: die staatlichen Eisenbahnen, die städtischen Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen usw. Oder Verstaatlichung des Besitzes unter Beibehaltung des privaten Betriebes: der Staat übernimmt die Aktien, läßt aber das Unternehmen unverändert als Aktiengesellschaft weiterführen; ein Beispiel ist die Aktiengesellschaft Hibernia, deren Aktien jetzt sämtlich dem preussischen Staat gehören. Oder der gemischtwirtschaftliche Betrieb: der Staat oder die Kommune oder beide übernehmen eine knappe Mehrheit (z. B. Proz.) der Aktien, während der Rest in privaten Händen bleibt; dann wirken öffentliche und Erwerbsinteressen nebeneinander, ohne Gefahr einer Ueberstimmung der ersteren (wenn sie sich nicht überdöseln lassen) und doch mit einem Schwung gegen Bürokratisierung des Betriebs. Bei allen diesen Methoden ist das Entscheidende der staatliche Besitz oder Mitbesitz; die große Schwierigkeit liegt in dem Erwerbsergebn. Enteignungspreis. Ihn gewaltig und billig niedrig festzusetzen, bedeutete (wie natürlich noch mehr eine Konfiskation) eine Sondervermögensbesteuerung desjenigen, der sein Vermögen mehr oder minder zufällig gerade in solchen Werten angelegt hat, die dem Staate jetzt zur Verstaatlichung

geeignet erschienen; die einfache Übernahme zum Börsenkurs kann, je nach dem Zeitpunkt, umgekehrt fastlich dazu führen, daß der Staat den privaten Kapitalisten die Dividende der Hochkonjunktur oder gar der Kriegskonjunktur als ewige, vom Staate zu zahlende Rente garantiert, wie es der Staat bei dem Erwerb der Hibernia standalweise getan hat und wie er es künftig gewiß nicht wieder tun wird; wirklich gerechte Grundzüge eines neuen Enteignungsrechts müssen gesucht und gefunden werden. Indessen gibt es auch noch ganz andere Wege zu dem erstrebten Ziele. So hat z. B. schon in den letzten Friedensjahren die Reichsbank mehrfach einen gewissen Einfluß auf die Politik der Großbanken ausgeübt, die sich ihr fügen mußten, weil der Kredit der Zentralnotenbank ihnen unentbehrlich ist; das ließe sich ausbauen. Für den Kohlenbergbau haben wir selbst, um ein anderes Beispiel zu nennen, vor einiger Zeit statt der Verstaatlichung aller Bergwerke, der auch sehr schwere Bedenken entgegenstehen, die sehr leicht zu bewerkstelligende Umwandlung der Anopolspolize, der Aktiengesellschaft Kohlenyndikat, in ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen nach dem Muster der Reichsgetreidestelle vorgeschlagen. Es wäre dadurch erreicht, daß alle eigentlich wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Syndikats (auch über die Preise), nicht mehr wie jetzt einfach von den Zeichenbesitzern gefällt würden, sondern von einem Gremium, in dem neben diesen als Produzenten auch Vertreter der Arbeiter säßen, ferner die Kohlenverbraucher, repräsentiert durch Wortführer der verarbeitenden Industrie, der Eisenbahn und der Schiffahrt, der Kommunen als der Hauptverbraucherzentren, der Landwirtschaft und des sachkundigen Handels, endlich gleichberechtigt mit Produzenten und Konsumenten Vertreter des Reichs zur Wahrung der Allgemeininteressen. Wäre das erreicht, dann könnte, zum Vorteil der Wirtschaft, der technische Betrieb der Kohलगewinnung und der kaufmännische Betrieb der Kohlenverwertung ruhig in der Hand der Privaten bleiben. Etwas damit verwandte, im einzelnen allerdings noch sehr auf ihre Wirkung zu prüfende Pläne hat ferner das Reichswirtschaftsamt unter dem Motto industrielle Selbstverwaltung mit behördlicher Spitze für die Uebergangswirtschaft ausgearbeitet, wonach (an Stelle der nicht zum mindesten durch ihre Oligarchie verhästeten Kriegsgesellschaften) für die notwendige Rohstoffverteilung und anderes Industrie-Verbände errichtet werden sollten, in denen neben den eigentlichen Produzenten auch die Verarbeiter, der Handel, die Angestellten und die Arbeiter (aber nicht nur als schöne Dekoration!) vertreten sein sollten, unter Aufsicht des Reichskanzlers und unter oberster Leitung einer Reichsstelle.

Und so ließen sich ähnliche und andere Formen in noch größerer Zahl ausdenken. Entscheidend aber ist, daß man sie suchte — daß man jedes Einzelproblem als Sonderfall erforsche und für jedes nur den individuell dafür geeigneten Weg wähle. Entscheidend ist vor allem, daß man bei jedem Einzelproblem fest im Auge behalte, was gerade bei diesem Sonderfall erstrebt werden muß, was notwendig ist und was umgekehrt überflüssig und vielleicht direkt schädlich wäre. Denn die zur Lösung stehende Aufgabe hat ein doppeltes Gesicht: Schädlich emporgewucherte Herrschaftsgewalt ist der Demokratie zu unterwerfen, damit sie die Möglichkeit ihrer Ausbeutung unterbinde — aber gleichzeitig darf die Produktivität der Arbeit nicht unterbunden werden, denn nur deren Aufrechterhaltung und weitere Steigerung ermöglicht die allmähliche Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Kapitalien und die Erhaltung des Lebens; ihre Unterbindung hieße Verelendung für alle.

Allerdings, für das Einzelschicksal des Arbeiters und Angestellten ändert sich bei solcher Sozialisierung zunächst noch wenig. Aber es muß klar erkannt werden, was wir schon in unserem ersten Artikel betonten: dieses Schicksal wird im Ausschlaggebenden durch die Technik gesont. In der Bandwirtschaft geht die Entwicklung, wenn die Demokratie sich einschließen zeigt, zu radikaler Verminderung der Löhnerbeit durch den selbstwirtschaftenden Familienbetrieb; in der Industrie wird, weil höchstgesteigerte Rationalisierung und damit der arbeitsleilige Großbetrieb unentbehrlich ist, das Lohnarbeitsverhältnis nur noch zunehmen, auch bei vollständiger, direkter Verstaatlichung. Denn, um es nochmals zu sagen: die Betriebsform ist unabhängig vom Kapitalismus und Sozialismus; der Kohलगauer im Staatsbergwerk und der im Privatbergwerk tragen das gleiche Los, und dem Arbeiter in der Seisenfabrik macht es wenig Unterschied, ob diese einer Konsumgenossenschaft oder einem Kommerzentat gehört. Er arbeitet, wie der Angestellte auch, in Abhängigkeit. Und darum ist, wenn wirklich hier soziales Recht geschaffen werden soll, noch ein doppeltes nötig. Einmal: es muß das Recht des Arbeitsverhältnisses erneuert, hergestellt werden, so, daß es „aus einem Gewaltverhältnis zum wirtlichen Rechtsverhältnis“ wird, Selbstbestimmungsrecht, Mitbestimmungsrecht und was sonst dazu gehört. Zum Zweiten aber: es muß der Anteil der Arbeitenden am Arbeitsertrage grundsätzlich geändert werden gegenüber der Rente und gegenüber phantastischen Unternehmergewinnen. Das mag im einzelnen Betriebe, im einzelnen Industriezweige schon möglich sein durch neue Lohn- und Gehaltsvereinbarungen,

doch wird diesem Verfahren vielfach schon früh durch die notwendige Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit eine Grenze gesetzt sein. Aber es gibt ein anderes Mittel, das radikal durchgreifen und grundfänglich Neues schaffen kann. Dieses Mittel ist — die Steuer!

Mit einem Worte: der demokratische Staat hat sich als Oberherr des gesamten National Einkommens und Vermögens zu fühlen und unerbittlich danach zu handeln. Er kann nicht jedem das gleiche Einkommen zuweisen; denn das wäre unsinnig. Und er kann auch nicht jedem besonders sein gerechtes Einkommen zumessen, so wenig wie jeder Ware ihren gerechten Preis, denn das gibt es nicht und jeder Versuch dazu würde zusammenbrechen. Aber er kann allerdings, und muß deshalb, neue und je nach der Wirtschaftslage sich verändernde Normen dafür aufstellen, wie weit jeder Volksgenosse an den materiellen Gütern zur Verbrauchung, Vererbung und Ernährung, ebenso wie an den Kulturgütern der Erziehung und Belehrung beteiligt sein soll, bevor andere einzelne das Recht für sich beanspruchen dürfen; mehr davon zu genießen — er kann und muß durch den demokratischen Willen der Volksmehrheit beschließen, welche Aufgaben für die Volkswohlfahrt die Volksgemeinschaft sich stellen will, bevor der einzelne noch verbrauchen und vererben darf. Statt der oligarchischen Sozialpolitik der staatlichen sozialen Fürsorge, die der von einflussreichen Schichten beherrschte Staat in patriarchalischem Wohlwollen den Schwachen gewährt, kommen wir so zur wirtlichen sozialen Reform der Demokratie. Die Steuerpolitik aber, die bisher nur der knappen Bedarfsdeckung für das diente, was auf den Nägeln brannte — und schmählich ist es, für wie viel brennende Aufgaben im alten Staate kein Geld aufzutreiben war — wird so der Hebel zur Umformung der Gesellschaft. Bis her stieß jede neue, und vor allem jede gerechte Steuererhöhung auf den Widerspruch derjenigen, denen sie es erschwerte, ihr Leben in der gewohnten Weise weiterzuführen; Sinn jeder Steuer schien, daß sie nicht getragen, daß sie abgewälzt würde. Das wird nun anders. Die Steuern auf Besitz, auf Erbe und Einkommen werden in einem Umfang erhoben werden, daß das alte Leben aufhören muß, und ihre Aufgabe ist es, das zu erzwingen. Sie sollen mit einer tiefgreifenden Besteuerung des Vermögens ganz anders als bisher das arbeitslose Einkommen vor dem Arbeitseinkommen treffen; sie sollen durch Beschränkung des Erbes der Allgemeinheit ihren hohen Anteil an dem zuführen, was der Nachfahre nicht selbst erarbeitet hat; sie sollen durch schärfste Heranziehung der hohen Einkommen dem Staate direkt seinen Anteil daran nehmen. Sie sollen die fürchtbare soziale Zerküftung ausgleichen, der jeder innere Rechtsittel fehlt, und die ungeheuren Unterschiede in Besitz und Einkommen und damit in allen Möglichkeiten des Lebens so weitgehend beseitigen, daß wir wirklich wieder zu einem Volke werden, in dem es nicht mehr feindliche Klassen, ausgebeutete und ausgebeutete, gibt, sondern nur noch gleichberechtigte Menschen!

Dann wird allerdings auch das innere Lebensschicksal des Einzelnen sich wandeln. Denn der Arbeiter und der Angestellte wird dann wissen, daß er nicht für fremden Nutzen frohndet, sondern daß er Mitglied einer solidarischen Volksgemeinschaft ist, die ihm sein Recht gibt, wie sie von ihm höchste Pflichterfüllung für das Ganze fordern darf. Der Unternehmer aber wird lernen, daß auch er zu dienen hat, und daß dieser Dienst am Ganzen auch seinem Dasein erst Sinn und Güte gibt, nicht das Geld, das er zwar weiter einnehmen kann, das er aber künftig in einem bisher ungeahnten Verhältnis mit der Gesamtheit teilen muß. Hätten wir diese soziale Demokratie vor dem Kriege verwirklicht, dann hätten wir wohl einen Volksstaat des sozialen Glücks aufbauen können, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Das ist vorbei. Jetzt, nach diesem Kriege, werden wir uns mit dem Volksstaat des sozialen Rechts begnügen müssen, der vor der harten Aufgabe steht, nicht den Wohlstand, sondern die Verarmung zu sozialisieren und damit den Boden zu bereiten, auf dem wir in spartanischem Ernste — aber eben doch, und das soll uns erheben, mit neuem Recht und nicht mit altem Unrecht — dem Frieden die Zukunft aufbauen sollen. Hieron, von Krieg- und Friedensfolgen, soll noch ein Schlusssatz sprechen.

\*) Vergl. Erstes Morgenblatt vom 23. und 26. d. M.

## Die wirtschaftliche Bedeutung eines Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland.

Der Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich bildet begreiflicherweise unausgesetzt den Gegenstand lebhafter Erörterung pro und contra. Politisch, national und kulturell dürfte es wohl kaum ein Moment geben, welches gegen den Anschluß an das Deutsche Reich spricht. Dagegen schienen wirtschaftlich mannigfache Bedenken der Lösung der alten Verbindung entgegenzustehen. Was zunächst die Abrechnung zwischen den Nationen, insbesondere die Aufteilung der Staatsschulden, anlangt, unterliegt es keinem Zweifel, daß alle Beteiligten gleichmäßig an einem ordnungsgemäßen Verlauf der Liquidation interessiert sind und daß keiner der Staaten sich der vertragsmäßigen Ordnung des Auseingehens entziehen kann, ohne sich selbst auf das schwerste zu schädigen, namentlich ohne die Regulierung seiner Valuta unmöglich zu machen. Daher ist bei den Liquidationsverhandlungen jeder Teil gleich stark, daher kann nur die Gerechtigkeit das regulierende Prinzip sein. Auch das wäre keine Erschwerung des Liquidierungsprozesses, daß Deutschösterreich beim Anschluß an Deutschland von der Kronen zur Markwährung übergehen müßte; der Teil der Bankschuld, welchen die deutschösterreichische Regierung übernimmt, würde dann eventuell in Mark umgerechnet werden; der Teil der Noten, welche als deutschösterreichische Noten übernommen werden, würden als Marknoten ausgegeben werden; das Umrechnungsverhältnis zwischen Mark und Kronen wäre eine interne Frage zwischen Deutschland und Deutschösterreich. Wobei sich dann noch die Möglichkeit ergibt, daß das Deutsche Reich die Schuld an die Notenbank, beziehungsweise an die Reichsbank übernimmt.

Stärker sind die Bedenken, die sich gegen die Vertauschung des bisherigen Absatzgebietes der deutschösterreichischen Industrie in den anderssprachigen Gebieten der Monarchie mit reichsdeutschen Absatzgebieten richten. Industrie und Handel wollen ihren gegenwärtigen inländischen Absatzmarkt und ihre gegenwärtigen Produktionsbedingungen nach Möglichkeit beibehalten. Zwar wissen sie, daß das Absatzgebiet des Deutschen Reiches viel größer und reicher ist, als das der alten Monarchie war, und daß gegenüber der Wahrscheinlichkeit einer wenigstens teilweisen Verkleinerung dieses Gebietes um Galizien, Bukowina und Siebenbürgen die Differenz zugunsten des Anschlusses an das Deutsche Reich noch um vieles größer würde. Aber sie wissen auch, daß in Deutschland nicht nur das Absatzgebiet größer, sondern auch die dortige Industrie viel leistungsfähiger und tüchtiger, auch mehrfach durch natürliche Bedingungen günstiger gestellt ist. Viele Industrien, nicht alle, fürchten daher die Konkurrenz der deutschen Industrie und fühlen sich nur hinter separaten Zollmauern sicher. Sie waren darum von jeher Gegner des mitteleuropäischen Gedankens, der ihnen zu dem freien Absatz in der Monarchie noch den freien Absatz in Deutschland — aber beides in offener Konkurrenz mit der deutschen Industrie — gestattet hätte, und sie fürchten sich jetzt um so mehr vor der Möglichkeit, daß der Markt bei den andern Nationen der Monarchie ihnen genommen oder wenigstens nur als Exportmarkt belassen und als Ersatz dafür ihnen nur die offene Konkurrenz auf dem Marke des Deutschen Reiches gegeben wird.

Die Furcht vor Mitteleuropa war immer ungerechtfertigt. Selbst die bestehenden Fabriken und Unternehmungen hätten aus der Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes wahrscheinlich viel mehr Nutzen als Nachteil gezogen. Das Beispiel der ober-schlesischen Montanindustrie, die unter viel ungünstigeren Bedingungen arbeitet als die rheinisch-westfälische, lehrt, daß auch im freien Wirtschaftsgebiet die schwächere durch die stärkere Industrie nicht einfach erdrückt wird. Wie ungeheuer verschieden sind doch auch die Produktionsbedingungen unter den österreichischen Fabriken selbst! Ein Umstand, der bei der Festsetzung der Eisenrichtpreise in der letzten Zeit oftmals hervorgehoben wurde. Wichtiger aber als die Interessen der bestehenden sind die Interessen der noch ungeborenen Industrien, der Industrien, die sich infolge des Anschlusses an Deutschland entwickeln würden, die aber jetzt noch keine Fürsprecher und interessierten Parteigänger haben. Ein großes Wirtschaftsgebiet, das ist die erste und hauptsächlichste Grundlage einer entwicklungsfähigen Industrie. Es würde sich sofort zeigen, daß für eine große Reihe von Fabriken und Unternehmungen die Produktionsbedingungen in Deutschösterreich viel günstiger sind als im Deutschen Reich, und diese Unternehmungen würden dann im größten Stil für das ganze Reich und infolgedessen auch für den Weltmarkt arbeiten können. Dazu läme

der elektrifizierende Einfluß der deutschen Arbeitsmethoden und der deutschen Verwaltung.

Es ist nicht zugehen, daß sich die Ubergangszeit für manche bestehende Industrie bei einer Trennung von den slavischen Nationen und dem Anschluß an Deutschland sehr schwierig gestalten kann, viel schwieriger als bei der Errichtung eines mitteleuropäischen Zollvereines, die nur eine Vergrößerung und nicht gleichzeitig auch eine Verkleinerung des Absatzgebietes mit sich gebracht hätte. Wir verweisen zum Beispiel auf die Situation der großen Exportzuckerrefinerien im deutschen Teil Böhmens, die ihren Rohzucker zum größten Teil von den tschechischen Rohzuckerfabriken erhielten und denen dieser Bezug künftig durch Böhle verteuert oder ganz abgesperrt würde; sie müßten sich ganz umorganisieren und die Rübenproduktion entweder in Deutschböhmen oder in Sachsen zu steigern suchen. Jrgendwie würde sich schon ein Heilmittel finden lassen. Das Wichtigste ist jedoch, daß Amorganisation und Umlernen ohnehin nicht zu vermeiden ist. Es bleibt ja auf keinen Fall das Wirtschaftsgebiet der Monarchie in seiner bisherigen Form bestehen. Denn so viel sieht schon jetzt fest, daß die österreichischen Slaven, vor allem die Tschechen, einen wirklichen österreichischen Bundesstaat mit gemeinsamen Organen für alle gemeinsamen Interessen nach dem Muster Deutschlands, der Schweiz und der Vereinigten Staaten nicht wollen. Sie denken allenfalls an eine wirtschaftliche Gemeinschaft, die allerbestenfalls soweit ginge wie die bisherige Gemeinschaft Österreichs mit Ungarn. Wie sehr hat unsere Wirtschaft unter dieser Gemeinsamkeit gelitten! Wie weit ist unsere Entwicklung dadurch aufgehalten worden, daß in jeder zehnjährigen Ausgleichsperiode wenigstens die drei letzten Jahre die allgemeinen Produktionsgrundlagen unsicher wurden und auf alle Investitionen verzichtet werden mußte. Kein mathematisch mußte sich dadurch unser Entwicklungstempo um wenigstens 30 Prozent verlangsamen. Dazu kam noch das Bemühen Ungarns, eigene nationale Industrien durch Steuerbegünstigungen und bei Lieferungen aller Art zu bevorzugen und die fremdnationale Industrie zu schädigen. Diese Tendenz hat schon bisher die Entwicklung ganz großer Industrien verhindert; sie war auch schon bisher in Böhmen und in Galizien merkbar, aber doch nur heimlich und illegalerweise; als herrschende Tendenz in allen Nationalstaaten würde sie überall nur die Existenz kleiner oder mittelgroßer Fabriken gestatten; Stillstand und Rückschritt wären aber das sichere Los der deutschösterreichischen Industrie, wenn sie aus Furcht vor dem Unbekannten jeden Versuch ablehnen würde, den deutschen Markt zu gewinnen.

Noch eine Perspektive eröffnet sich bei einem etwaigen Anschluß an Deutschland: Wenn wir uns anschließen, ist auch kein Wirtschaftskrieg zwischen den Nord- und Südslaven möglich. Südslaven aber vor allem braucht ein Hinterland für seine Rüste. Es wäre demnach leicht möglich, daß sich zuerst die Südslaven wirtschaftlich an das vergrößerte Deutsche Reich anschließen, daß dann die andern Nationen des alten Österreichs diesem Beispiel folgten, und daß auf diesem Wege nachträglich Mitteleuropa zustande käme. Dann hätten wir das neue und das alte Wirtschaftsgebiet, ja vielleicht mit Grenzen nach dem Osten, die man jetzt für ausgeschlossen ansehen mag.

Dr. Alfred Schöner.

# Zeitung

1704

## Arten Sachen

1 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40 %, Teuerungsszuschlag. Die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 22-28, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Sozialisierung.

Von

Georg Bernhard.

Dem Neuen, was werden soll und werden muß, darf sich das Bürgertum nicht entgegenstellen, indem es sich selbst beiseite stellt. Denn der Drang nach einer Umformung der gesellschaftlichen Zustände setzt sich unter allen Umständen durch. Das Bürgertum täuscht sich heute wohl kaum mehr darüber: wie das Jahr 1789 der Ausgangspunkt der bürgerlichen Freiheiten war, so wird die Geschichte dereinst von 1918 ab die Ära der sozialen Umwälzungen zählen. Das mag mancher bedauern, der die Welt früher schöner fand. Aber für diejenigen, die sich noch jung und tatkräftig fühlen, winkt die Pflicht, für sich und die nach ihnen Kommenden an dem Aufbau des Neuen mitzuhelfen.

Der Grundriß der kommenden Neugestaltung liegt fest. Er ist gezeichnet von dem Sehnen der Massen, in stärkerem Maße als bisher an den Glücksgütern teilzunehmen, die aus dem Reichtum deutscher Produktion gewonnen werden kann. Aber das Haus, das auf diesem Grundriß aufgerichtet wird, kann ganz verschieden aussehen. Und darüber, wie es im einzelnen zu gestalten ist, herrscht selbst unter den Sozialdemokraten keine einheitliche Auffassung.

Sie wollen alle die Sozialisierung. Was man jetzt so bezeichnet, nennt das kommunistische Manifest — die grundlegende Urkunde des modernen wissenschaftlichen Sozialismus — „die Vergesellschaftung der sachlichen Produktionsmittel“. Die Männer des Spartakusbundes wählen nach dem Muster der russischen Revolution, die sie in allen Stücken nachahmen, dafür die Bezeichnung „Nationalisierung“. Die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands wollen nur das vergesellschaften, was nach seiner kapitalistischen Entwicklung dafür reif ist. Die Spartakusleute dagegen wollen jeden Betrieb und jede wirtschaftliche Tätigkeit nationalisieren. Die Sozialdemokratie will, daß die Revolution den Schlußpunkt eines folgerichtigen Entwicklungsprozesses bildet. Das utopische Ungestüm derer um Spartakus will nicht Neuformung, sondern Neuschöpfung aus dem Chaos.

Bei all diesen Dingen handelt es sich um Schwierigeres als in früheren Revolutionen. Es ist leicht, an die Stelle der Despotie die konstitutionelle Herrschaft, an die Stelle des Königtums die Republik zu setzen. Staatsverfassungen sind leicht zu erfinden. In ihrem Wandel bleibt die Hauptsache — die Ernährung, die Versorgung des Lebensbedarfs — unberührt. Aber die soziale Umgestaltung greift in das Rädergetriebe der täglichen Bedarfsdeckung ein. Jeder Mißgriff kann Hunger und Elend bedeuten. Jedes verunglückte Experiment kann Verzweiflung und den Tod von Millionen hervorrufen. Politische Maßnahmen, die sich nicht bewähren, können leicht und ohne großen Schaden wieder abgestellt werden. Schlechte Wirtschaft entpuppt sich sehr schnell und ist nicht abzubürden. Wirtschaften will gelernt sein. Die Leitung der Produktion ist an die Voraussetzung von Kenntnissen und Erfahrungen gebunden, die nicht durch guten Willen und gewählte Beiräte zu ersetzen sind.

Das deutsche Bürgertum ist sich in seinen führenden Kreisen darüber völlig klar: es handelt sich heute nicht mehr darum, ob sozialisiert werden soll oder nicht, sondern darum, wie sozialisiert werden wird. Ob sachverständig unter Mitwirkung der bisherigen Leiter und Verwalter oder ob unsachgemäß ohne und gegen das Bürgertum.

Das Bürgertum hat auf diese Weise die wichtige Aufgabe übernommen, daran mitzuarbeiten, daß in Zukunft der deutsche Wirtschaftsapparat in neuer Formung einem Millionenvolk in demokratischem Zusammenarbeiten die Erzeugung der notwendigen Verbrauchsgüter zu eigener Versorgung und zum Austausch mit anderen Völkern ermöglicht. In seiner Hand ist die sachverständige Obhut über die deutsche Wirtschaftsmaschinerie gegeben, die durch seine Mitarbeit allein in Gang gehalten und auf die Bedürfnisse der Zukunft eingestellt werden kann.

Solche sachverständige Sozialisierung hat drei Aufgaben: sie muß prüfen, was von deutschen Unternehmungen reif zur völligen Sozialisierung ist, welche Formen hier die Sozialisierung anzunehmen hat und wie bei den Betrieben und Gewerbebezügen, die nach wie vor in freier Hand bleiben müssen, Einfügung und Anpassung an die neue Wirtschaft notwendig ist.

Der Sozialismus ist in der Gedankenwelt seiner Schöpfer stets die vollkommenste Wirtschaftsform gewesen. Sie soll höchste Arbeitsleistung für die Gesamtheit mit dem größtmöglichen Glied für den einzelnen verbinden. Die sozialistische Wirtschaft löst gleichzeitig das Problem der Produktion und das Problem der Verteilung. Für den Sozialisten bleibt daher

29/11  
27

18. VII. 1918

## Der Ansbau der Wasserkräfte.

Wien, 17. Dezember.

Durch eine Mitteilung des Staatskanzlers ist bekannt geworden, daß der Staatsrat als eine der ersten und wichtigsten großen Aufgaben der staatlichen Investitionstätigkeit den Ausbau der Wasserkräfte betrachtet und diese Angelegenheit derart fördern will, daß mit den Arbeiten im Terrain bereits im Frühjahr 1919 begonnen werden kann. Von welcher ungeheurer Bedeutung es ist, daß der deutschösterreichische Staat als Besteller und Arbeitgeber größten Stils bereits in wenigen Monaten auftritt, braucht wohl nicht näher auseinandergelegt zu werden. Die Schwierigkeiten, die sich ergeben müssen, wenn die Aktion zum Ausbau der Wasserkräfte auf breiter Grundlage sofort in Angriff genommen werden soll, sind naturgemäß groß. Aber sie müssen überwunden werden, damit gleichzeitig an vielen Stellen des neuen Staates Arbeitsgelegenheit in ausreichendem Maße geschaffen wird, damit recht viele Fabriken Aufträge für Arbeitsmaschinen, für Baumaterialien und für Ausrüstungsgegenstände erhalten können. Nichts wäre jedoch verfehlter, als wenn man derartige Investitionsbauten einzig und allein vom Standpunkte der Notstandsarbeiten betrachten wollte. Deutschösterreich kann sich den Luxus nicht leisten, seine Arbeitskraft für Herstellungen aufzuwenden, die eine volle Rentabilität, eine starke Erhöhung der Produktion oder eine entsprechende Ersparnis von fremden Rohstoffen nicht gewährleisten. Von diesen Gesichtspunkten aus ist der Gedanke, die Wasserkräfte auszunützen, wärmstens zu begrüßen, denn da Deutschösterreich über eine genügende eigene Kohlenproduktion nicht verfügt, so werden die neuen großen Aufgaben, welchen sich der Staat unterzieht, zur Folge haben, daß in steigendem Maße die Einfuhr von Kohle erspart und dadurch der Warenaustausch mit dem Auslande erleichtert wird. Alle Rechnungen, welche hinsichtlich der relativen Rentabilität bei der Ausnützung der Wasserkräfte seinerzeit aufgestellt wurden, haben dadurch eine große Verschiebung erfahren, daß die Kohlenpreise fast auf das Zehnfache gegenüber den Friedensjahren gestiegen sind. Es besteht in Fachkreisen kein Zweifel darüber, daß ein Abbau der Kohlenpreise nur innerhalb gewisser Grenzen möglich sein wird und daß auch in Zukunft mit einer starken Verteuerung zu rechnen ist, weil die Arbeitslöhne wohl dauernd hoch bleiben werden und auch die sachlichen Erfordernisse des Bergbaubetriebes nie mehr zu den Friedenspreisen befriedigt werden können.

Der Staat selbst ist ein äußerst wichtiger Kohlenverbraucher, und dies hauptsächlich durch den Besitz der Eisenbahnen. Deutschösterreich verfügt nur über sehr wenig im Eisenbahnbetriebe verwendbare Kohle. Was der Staat also für seine Eisenbahnen braucht, muß aus Ländern bezogen werden, welche wir heute als Ausland zu betrachten haben. Es liegt also nahe, die durch den Ausbau von Wasserkräften zu gewinnende elektrische Energie vor allem für den Betrieb unserer Eisenbahnen zu verwenden. Vor dem Kriege sind die Pläne der Elektrifizierung der Hauptbahnen auf Widerstand bei den Militärs gestoßen, welche aus strategischen Gründen die Beibehaltung der Kohlenfeuerung forderten. Diese Erwägungen haben wohl derzeit an Bedeutung verloren und können kein Hindernis für die Einrichtung des elektrischen Betriebes bei unseren Eisenbahnen bilden. Es wird jedoch gut sein, in Erinnerung zu bringen, daß der Ausbau unserer reichen Wasserkräfte vor dem Kriege vor allem dadurch gehemmt war, daß ein gangbarer Weg zur Beschaffung der sehr großen Mittel, welche dieser Ausbau erfordert, eigentlich nicht gefunden wurde. Die zahlreichen Projekte, mit denen man sich schon in der Vergangenheit befaßt hatte, konnten nicht realisiert werden, weil, insofern die Eisenbahnen sich nicht zur Elektrifizierung entschlossen, eine Sicherheit dafür fehlte, die durch einen großzügigen Ausbau zu gewinnende Energie sofort in genügendem Ausmaße und zu günstigen Preisen abzusetzen. Großabnehmer hätten gewisse Industrien sein können, sofern sie sich an Ort und Stelle beispielsweise der Erzeugung von Karbid, Kalkstickstoff und Aluminium gewidmet hätten. Von diesen Fabriken schien nur Aluminium aussichtsvoll zu sein, während der Bedarf der anderen Produkte durch die vorhandenen Erzeugungstätten bereits gedeckt erschien. In dieser Hinsicht haben sich natürlich infolge des Krieges gewisse Verschiebungen ergeben. Sofern die erzeugte elektrische Energie durch derartige Großabnehmer nicht konsumiert werden könnte, wäre man aber im Frieden darauf angewiesen, sie durch weit-ausgedehnte Verteilungsnetze den kleineren Abnehmern, darunter auch der Landwirtschaft, zuzuführen, und es müßte daher immer damit gerechnet werden, daß die volle Ausnützung der Leistungsfähigkeit der zu schaffenden Anlagen nur im Verlaufe von Jahren erreicht werden könnte, so daß bei den in Aussicht zu nehmenden billigen Strompreisen eine Verzinsung der für den Bau zu emittierenden Obligationen nicht immer von vornherein sichergestellt werden könnte. Man hätte demnach, so wie die Dinge bis jetzt standen, große Trustgesellschaften bilden müssen, welche das Risiko der Anfangsjahre bei den einzelnen zu errichtenden Werken verteilt und so vielleicht die Grundlage für die Aufbringung großer Mittel geboten hätten.

Wenn nunmehr in Aussicht genommen wird, die zu gewinnende Energie für den Betrieb der Eisenbahnen zu verwenden, so entfällt von vornherein die Sorge um den Absatz. Aber wie einer staatlichen Investitionstätigkeit entgegenstehenden Schwierigkeiten bei der Aufbringung von so großen Beträgen, wie sie naturgemäß für den Ausbau von Wasserkräften erforderlich sind, sind infolge der eingetretenen Veränderungen zumindest nicht geringer als vor dem Kriege. Diese Finanzierungsfragen löst nun in wirksamster Weise ein vom Präsidenten Dr. v. Landesberger dem Staatskanzler in einem die gesamte Frage beleuchtenden Exposé gemachter Vorschlag, welcher es dem Staat ermöglichen würde, mit Sicherheit und zu relativ billigen Bedingungen die Mittel für den Ausbau von Wasserkräften zu beschaffen. Dieser Finanzierungsplan geht aus von den Bestimmungen des § 47 des Gesetzes vom 19. Mai 1874 (R. G. Bl. Nr. 70), wonach die Betriebskosten im Falle der Zwangsverwaltung oder des Konkurses einer

Bahn einen Vorzug sogar vor den Zinsen und Tilgungsquoten der erstrangig eingetragenen Prioritätsobligationen genießen. Daß die Erfordernisse für die Kohle zu den wichtigsten Betriebskosten zählen, ist unbestreitbar. Die Kosten der elektrischen Kraft treten nun an die Stelle der Ausgaben für Kohle, und daher würden auch die Kosten der elektrischen Energie bei der Bahn das Vorzugsrecht selbst vor den jährlichen Erfordernissen für die an erster Stelle eingetragenen Prioritätsobligationen haben. Es wäre daher nur in die Wege zu leiten, daß die Unternehmungen zur Abgabe elektrischer Energie, welche entweder im Besitze des Staates oder einer gemischtwirtschaftlichen Organisation sich befänden, mit den Staats- und Privatbahnlagen Verträge wegen Abgabe elektrischer Energie abschließen. Die auf Grund solcher Verträge von den Bahnen an die Wasserkräftunternehmungen abzuführenden Leistungen würden naturgemäß unter den Betriebskosten zu verrechnen sein und daher ipso jure den Vorrang vor den Annuitäten der auf den betreffenden Eisenbahnlagen eingetragenen Prioritätsobligationen besitzen. Diese Forderungen der Wasserkräfte, beziehungsweise Elektrizitätsunternehmungen würden demnach eine allererste Sicherheit genießen und auf Grund der aus solchen Verträgen sich ergebenden Leistungen könnten nach Abzug einer gewissen, bei Erzeugung der elektrischen Energie durch Wasserkraft nicht allzu hoch einzuschätzenden Betriebskostenquote, Obligationen ausgegeben werden, welche, auf diese in die Betriebskosten der Bahnen einzurechnenden Leistungen fundiert, eine solche Vorrangstellung einnehmen würden, daß sie zu den allererstklassigsten Papieren zählen und daher eines sehr guten Absatzes auf dem Kapitalmarkte sicher sein würden. Es ist anzunehmen, daß diese Obligationen daher den Prioritätsobligationen gut gehender Eisenbahnunternehmungen sogar noch vorgezogen und daß sie sowohl im Inlande als auch im Auslande — was das letztere anbelangt, mit der selbstverständlichen, durch die Valuta gegebenen Einschränkung — einer starken Nachfrage zu relativ billigen Bedingungen begegnen würden.

Würde der Gedanke des Präsidenten v. Landesberger realisiert werden, so könnte auf Grund desselben ein sehr großes Kapital, welches im Hinblick darauf, daß die derzeitigen Ausgaben der deutschösterreichischen Eisenbahnlagen für Kohle auf 120 Millionen Kronen im Jahre geschätzt werden können, mit 1 bis 1½ Milliarden Kronen bemessen werden darf, aufgebracht werden. Es ist auch ohne weiteres anzunehmen, daß die Aufbringung des Kapitals auf einer derartigen, in der Zukunft gesicherten Finanzierungsgrundlage, vorläufig im Wege von Beteiligungen des Privatkapitals an gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen und durch Beschaffung von Interimskrediten, in jenem Tempo erfolgen könnte, welches der so rasch als möglich in Angriff zu nehmende Ausbau der Wasserkräfte erfordert, so daß die Sorgen bezüglich der Kapitalbereitstellung nicht mehr wie vor dem Kriege ein Hindernis für die Inangriffnahme der Arbeiten und ihre rasche Förderung bilden würden. Im Hinblick auf die außerordentliche Bedeutung, welche den Absichten der deutschösterreichischen Regierung zukommt, die große Arbeiten bald in Angriff nehmen, die damit der Arbeitslosigkeit steuern und gleichzeitig für den Ersatz von bedeutenden Kohlenquantitäten sorgen will, wäre es notwendig und ist vom Staatsrat auf Grund des Vortrages des Staatskanzlers anerkannt worden, daß alle Aktionen zugunsten des Ausbaues der Wasserkräfte die stärkste Förderung erfahren und im Mittelpunkt des staatlichen und öffentlichen Interesses verbleiben.

# Finanzpolitische Ausblicke.

Von Philipp Broch,

Direktor der Allgemeinen Verkehrsbank.

Weihnachten im Zeichen des Friedens! Wie ganz anders haben wir uns den Augenblick vorgestellt, der mit dem Ruhen des Kampfes die Wiederkehr friedlicher Arbeit, die Wiederaufnahme des internationalen Güter- und Geldverkehrs eröffnen sollte. Unsere Wirtschaftsorganisation, die den wechselvollen Phasen des Weltkrieges, den stärksten Proben ihrer Leistungsfähigkeit gewachsen schien, ist in dem Augenblicke zusammengebrochen, da die großen und schönen Aufgaben des Friedens an sie herangetreten waren. Es sollen hier nicht die Ursachen des Zusammenbruchs erörtert werden, es muß aber gesagt sein, daß der politische Zusammenbruch unhaltbarer Verhältnisse auch unseren gesunden Wirtschaftskörper mit in den Niederbruch hineingezogen hat. Es ist eine alte Wahrheit, daß es in erster Reihe die Volkswirtschaft ist, welche die Sünden einer schlechten Politik zu büßen hat und andererseits nur ein wirtschaftlich aufstrebendes Volk zu politischer Geltung zu kommen vermag. Wollen wir uns wieder aufrichten, müssen wir zunächst die großen wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben lösen, die uns über die Krise des Augenblickes ohne allzu großen bauernben Schaden hinwegbringen sollen.

Der Krieg hat alle Vorräte der Volkswirtschaft aufgebraucht. Was früher an Vorräten in den Fabriken sowohl wie in den kaufmännischen Betrieben vom Großhändler bis zum kleinsten Krämer in der Provinz vorhanden war, ist mobilisiert und ebenso ist die Landwirtschaft ihrer Vorräte, insbesondere an Pferden und Vieh vollkommen entblößt. Für alle diese Milliarden Vorräte, die das eigentliche mobile Volkvermögen darstellten, ist der Gegenwert der Volkswirtschaft in Form von Kriegsanleihen und Banknoten zugeslossen. Die Frage nach der Zukunft dieser Werte, auf welche die Hoffnung der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft aufgebaut ist, mußte zuerst gelöst werden, soll das Vertrauen in die Zukunft, das den stärksten Antrieb zur Arbeitsfreudigkeit bildet, neubelebend in unser Wirtschaftsleben eintreten.

Die Frage der Kriegsanleihen ist nicht nur eine Frage der Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens, sie ist auch eine Frage der breitesten Schichten des deutschösterreichischen Volkes geworden, dessen Ersparnisse in den Raiffeisenkassen, Vorschußvereinen, Sparkassen, Banken und Versicherungsgesellschaften zum großen Teile in Kriegsanleihen angelegt sind. Aber auch die früheren Anlagen der Waisengelder, die früher in Hypotheken, Pfandbriefen und Prioritäten angelegt waren, wurden über behördlichen Auftrag abgestoßen und in Kriegsanleihen angelegt. Eine Entwertung der Kriegsanleihe würde hunderttausende Witwen und Waisen dem bittersten Elend preisgeben. Auch die große Masse der Fitzpöbeln, deren einzige Ersparnisse die Einzahlungen in ihre Pensionsinstitute bilden, ist um ihre Zukunft besorgt, denn eine Entwertung der Kriegsanleihe bedeutet auch einen Zusammenbruch der meisten Pensions- und Altersversorgungsinstitute. Kein Wunder, wenn die Frage der Kriegsanleihe die Frage ist, die heute unsere Deffentlichkeit am meisten beschäftigt und, solange sie ungelöst ist, eine lähmende Wirkung auf unsere Volkswirtschaft ausübt.

In so bewegten Zeiten gewinnt der Pessimismus nur zu leicht die Oberhand. In der Frage der Kriegsanleihen gründet er sich mehr auf Stimmungen als auf Tatsachen. Die Frage der Kriegsanleihen darf aus dem Komplex der Lösung der gesamten Staatsschuld, insbesondere auch aus der Banquetfrage nicht herausgerissen werden. Sie ist eine Frage nicht nur Deutschösterreichs, sie ist eine Frage aller Staaten der ehemaligen Monarchie und greift darüber hinaus auch in die unmittelbaren Interessen des Auslandes ein. Rußland, Polen, die Ukraine, Serbien, Rumänien, Bulgarien, mit ihren Millionen Verständen an Kronen sind heute ebenso an der eindernehmlichen Lösung der österreichischen Staatsschuld interessiert, wie die neutralen Staaten des Westens, die über viele hunderte Millionen Kronenbestände verfügen und große Kredite gegen Kriegsanleihen bewilligt haben. Die engen finanziellen Beziehungen, die vor dem Kriege zwischen Frankreich und der Monarchie bestanden, lassen auch Frankreich, das noch immer Millionenbeträge bei uns elociert hat, als starken Interessenten an der Aufrechterhaltung der Solvenz des alten Staates erscheinen. Aber auch England, das vor dem Kriege in erster Reihe die Rohstoffbezüge der Monarchie finanziert und daraus Millionenbeträge von uns zu fordern hat, wird darauf bedacht sein, daß die Staaten der ehemaligen Monarchie den Verpflichtungen des alten Staates nachkommen, abgesehen davon, daß in England österreichisch-ungarische Renten in großen Beträgen untergebracht sind.

Man kann daher ruhig sagen, daß die Frage der Regelung der Verpflichtungen des alten Staates keine Frage ist, die nur die Staaten allein angeht, die sich auf dem Boden der alten Monarchie gebildet haben, ebenso wie die Frage der Regelung der russischen Staatsschuld eine internationale Frage ist. England und Frankreich, als die großen Weltbankiers der Vergangenheit sowohl als auch der Zukunft, werden sicherlich nicht zulassen, daß die bloße Erklärung „ich zahle nicht“ dazu ausreichen könnte, einen staatlichen Schuldtitel ungültig zu machen. Soweit ist es übrigens auch gar nicht! Im Gegenteil, alles, was bisher von hervorragenden Finanzmännern, insbesondere des tschecho-slowakischen

Staates, über diese Frage geschrieben worden ist, läßt den berechtigten Schluß zu, daß speziell dieser Staat, als der reichste unter den neuen Staaten, die Frage der Staatsschuld mit Ernst und Sachlichkeit behandeln, daß alle diese Argumente, die hier dargelegt sind, dort ebenso beachtet und gewürdigt werden, wie bei uns, daß man auch dort bestrebt ist, die Frage der Staatsschuld vom Standpunkte der Ehre und Würde eines reichen Staates zu lösen, dies umso mehr, als die Wahrung der eigenen Interessen unseren nördlichen Nachbarstaat dazu drängen wird, als größter und mächtigster der neuen Staaten mit seinen ganzen Nachmitteln gegenüber den übrigen auf die resloste und einwandfreie Liquidierung des alten Staates hinzuwirken. Wie immer die Quotenverteilung bei der Uebernahme der Staatsschulden ausfallen möge, Deutschösterreich darf sich keiner Täuschung hingeben, daß es diese Lasten ungleich härter und drückender empfinden wird, wie die übrigen Staaten. Die Bemühungen Deutschösterreichs werden dahin gehen, einen Vergleich mit den Nachbarstaaten herbeizuführen und den Boden wieder vorzubereiten, der frei von konkurrierenden staatlichen Gegensätzen durch wirtschaftliches Zusammenwirken die volle Entfaltung aller Kräfte der früheren Monarchie zu neuem wirtschaftlichen Gedeihen ermöglicht. Wenn eine Vereinbarung nicht zustandekommen sollte und jeder der Staaten sich darauf beschränken würde, sein eigenes Haus in Ordnung zu bringen, wird auch Deutschösterreich sicherlich die Möglichkeit haben, mit seiner Quote und wahrscheinlich mit weniger das Auslangen zu finden, um die Kriegsanleihen und Notenforderungen seiner Bevölkerung aus dieser Quote zu decken. Dieses Erfordernis wird wesentlich höher angenommen, als es tatsächlich besteht. Der Umstand, daß Wien das vornehmlichste Geldzentrum des Reiches ist und ungezählte von Millionen hier verwaltet werden, die ihrem Ursprung und ihrer Zugehörigkeit nach den übrigen Teilen der früheren Monarchie gehören, hat über den Reichum Deutschösterreichs ein falsches Bild gegeben.

Ein großer Teil des mobilen Kapitals Deutschösterreichs ist durch die kommerzielle Zentralisierung der großen industriellen, Verkehrs- und bankgeschäftlichen Betriebe nur in örtlicher Verwaltung Deutschösterreichs, stellt also Kronenforderungen der übrigen Staaten und des Auslandes dar. Wenn jeder Staat sich darauf beschränken würde, die Kronen und Kronenguthabungen seiner eigenen Steuerträger auf Grund der vorgelegten Vermögenssaffion zu übernehmen, würde ein großer Teil von Kronennoten und Kriegsanleihen, der heute noch als deutschösterreichischer Besitz betrachtet wird, weil er in Deutschösterreich verwaltet wird, aus der Uebernahmepflicht Deutschösterreichs auscheiden. Wenn die Krone in Prag außer Kurs gesetzt wird, so würde zu gleicher Stunde auch in Wien die Aufrechterhaltung dieser Noten erfolgen. Wohl oder übel müßten sich alle übrigen Staaten der früheren Monarchie entschließen, die ihrer Bevölkerung gegenüber Noten und Kriegsanleihen, aber auch die Kronenforderungen, die sie an Deutschösterreich zu stellen haben, zu übernehmen. Nun befinden sich aber auch große Notennengen nicht nur in Galizien, sondern auch in Rußland, Polen, in der Ukraine, in Bulgarien, Rumänien, ganz besonders aber in Serbien. In letzterem Lande allein werden die Noten und Kronenforderungen auf 800 Millionen geschätzt, weiters befinden sich große Beträge in Kronen und Kronenforderungen nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Schweiz, Holland und Schweden. Was soll aus diesen Millionenbeträgen werden?

Es braucht dieser Gedanke nicht weiter ausgeführt zu werden, um darzutun, daß durch die Weigerung zur Uebernahme der alten Staatsschulden keiner der Staaten etwas profitieren, alle aber sich in ein großes finanzielles Chaos stürzen würden. Ihre Währungen wären von Geburde auf mit dem Makel der Insolvenz behaftet und der Kredit im Ausland, insbesondere bei jenen Staaten, die durch die Insolvenz zu Schaden gekommen sind, würde sehr schlecht behandelt, vielleicht sogar boykottiert werden. Andererseits jedoch würde die bloße Tatsache, daß die Staaten der früheren Monarchie sich zur Abwicklung der Verbindlichkeiten des alten Staates geeinigt haben, eine solche Wirkung auf unsere Valuta im Ausland ausüben, daß darin schon allein die Differenz überreich aufgewogen werden würde, welche möglicherweise dadurch entstehen könnte, daß der eine oder der andere der Staaten hiedurch mehr oder weniger Prozente der Schuld zu zahlen hätte. Die Ordnung der Verbindlichkeiten des alten Staates ist eine valuta-politische Notwendigkeit aller Staaten der früheren Monarchie, denn sie alle werden in Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit auf den Kredit des Auslandes angewiesen sein.

Die Aufrichtung des Wertes unserer Valuta ist aber nicht nur ein Akt staatspolitischer Klugheit, sie ist auch eine Notwendigkeit für unsere Privatwirtschaft, die aus Vorkurschüssen und für Rohstoffbezüge in großen Beträgen an England und Frankreich verschuldet ist. Diese Schulden, die vor dem Kriege in die hunderte Millionen gingen, sind durch die Verschlechterung der Valuta und die hinzugekommenen Zinsen und Zinseszinsen zu Milliardenbeträgen angewachsen. Die Solvenz vieler dieser Schuldner in der Monarchie wird davon abhängen, zu welchem Kurse diese Verbindlichkeiten zur Einlösung gelangen. Vorzugsweise ist es die Textilindustrie, die ja fast ausschließlich ihren Sitz in den Subetländern hat, welche große Sterlingverbindlichkeiten in London hat, während Frankreich zumeist Wollvorkurschüsse an die verschiedenen Geldinstitute der Monarchie verleiht hat. Auch Belgien hat insbesondere in Ungarn neben Frankbeträgen auch große Kronenbeträge zu fordern.

Wir sehen also, daß die Frage der Kriegsanleihen nur ein Teil des ganzen finanziell-politischen Problems ist, dessen ordnungsgemäße Lösung für alle Staaten, die sich auf dem Boden der früheren Monarchie gegründet haben, eine unabänderliche Notwendigkeit ist, der sich niemand entziehen kann.

Vielfach wird noch die Frage aufgeworfen, welcher Weg für die gemeinsame Durchführung dieses Schulden- und Währungsproblems der geeignetste wäre. Vielleicht wäre es möglich, die Oesterreichisch-ungarische Bank als gemeinsames Organ der früheren Staaten zu einer Detté publique auszugestalten, zumindest ihren Wirkungsbereich als Liquidationsinstitut der alten Monarchie zu erweitern!

Da die Abwicklung der Verbindlichkeiten des alten Staates noch längere Zeit erfordern wird und diese Verbindlichkeiten an Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank lauten, wäre es auch schon unter diesem Gesichtspunkte im Interesse aller Staaten gelegen, das Institut bis zur vollständigen finanziellen Liquidierung der alten Monarchie zu erhalten. Die Frage der Aufrechterhaltung der Oesterreichisch-ungarischen Bank als Noteninstitut für alle Staaten ist eine politische und hängt damit zusammen, ob sich die Staaten auch zu einem Zollbündnis zusammenschließen werden. Daß wir vor schweren wirtschaftlichen Erschütterungen bewahrt bleiben, die die plötzliche Lösung jahrhundertelanger Beziehungen nach sich ziehen müßte, liegt auf der Hand. Wenn es schon nicht möglich wäre, diese wechselseitigen Beziehungen, die zumindest auf wirtschaftlichem Gebiete eine aufstrebende Entwicklung aller Gebiete der Monarchie bewirkt haben, bauernd zu erhalten, so wäre eine längere Uebergangsperiode bis zur Wiederkehr normaler Verhältnisse für alle ein großer Vorteil.

Wie immer die Verhältnisse sich gestalten sollten, das Eine sehen wir, daß uns eine eiserne Lebensnotwendigkeit dazu drängt, miteinander zu verhandeln und uns zu verständigen. Wenn wir nicht selbst dazu gelangen sollten, wird uns diese Verständigung durch Nachdruck vorgeschrieben werden. Sieger wie Besiegte werden noch lange die finanziellen Lasten dieses Krieges tragen, niemand wird davon ausgenommen werden. Wir müssen die wirtschaftliche und finanzielle Verständigung anstreben, weil sie von selbst zu einem Abbau der nationalen Gegensätze führen würde.

Deutschösterreich steht vor großen und schweren Lasten. Sie zu bewältigen, brauchen wir tragfähige Steuerobjekte, Kapitalstärke, prosperierende, entwicklungsfähige Unternehmungen. Die Vermögensabgabe, die zur Abbürdung eines Teiles unserer Kriegsschulden eine unabänderliche Notwendigkeit ist, darf die finanziellen Grundlagen unserer Produktion nicht erschüttern. Eine unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik muß den verschüchterten Unternehmergeist neu erwecken, um unserer Bevölkerung neue Arbeit und neue Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Die Vermögenssteuer soll alle Vermögensobjekte gleichmäßig umfassen, dann wird sich auch die große Lücke, welche die Vermögensabgabe in unserem Wohlstande zurücklassen wird, bald wieder schließen.

Immer wieder tauchen Vorschläge auf, welche dahin zielen, die eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den Besitzern von Kriegsanleihen zu reduzieren, das nominale Zerabzugesen und sonstige Maßnahmen, welche einer Bestrafung jener Bevölkerungskreise gleichkommen würden, die ihr Vermögen in Kriegsanleihe angelegt haben. Demgegenüber muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß die Besitzer von Kriegsanleihen nicht schlechter gestellt werden, als die Besitzer von Aktien, Hypotheken, Pfandbriefen, Zinshäusern und landwirtschaftlichen Gütern oder die Besitzer von Banknoten. Die Vermögensverteilung muß bei jeder Art von Besitz eine gleichmäßige sein, niemand darf höher betroffen werden als der andere, weil er in schwerer Zeit seine Pflicht gegenüber dem Staate erfüllt hat.

Dagegen darf es nicht als eine Schädigung der Kriegsanleihe betrachtet werden, wenn dieselbe vorzeitig zur Rückzahlung geneigt werden würde, damit die Liquidationsmasse nicht länger mit den hohen Zinsen belastet wird. Die Einlösung der Kriegsanleihe würde im Zusammenhange mit der Einstellung der Ausgabe von Kassenscheinen der Oesterreichisch-ungarischen Bank die Verwertungsmöglichkeit so enormer Kapitalien auf ein solches Maß herabsetzen, daß es ohne weiters möglich wäre, neue durch gemeinsame Haftung aller Staaten konsekierte Anleihen oder Teilanleihen der Einzelstaaten zu einem stark reduzierten Zinsfuß zu unterzubringen und im Zusammenhange mit der unter einem durchzuführenden Vermögensabgabe die künftigen Lasten der beteiligten Staaten auf ein leichter erträgliches Maß herabzubringen.

Das Kriegsanleihe- beziehungsweise das Staatsschuldenproblem ist im übrigen ja kein Problem, das uns allein bedrückt. Auch die künftigen Budgets der reichen Westmächte werden gewaltige Lasten zur Deckung der Kriegsschulden aufweisen. Es wird auch unseren Finanzmännern gelingen, dieses Problem auf einer Grundlage zu lösen, die es allen Staaten der früheren Monarchie ermöglichen wird, als ehrliche und aufrechte Schuldner in den neuen Abschnitt ihrer Geschichte einzutreten.

25. XII. 1918

### Die nächsten Aufgaben der sozialen Fürsorge.

#### Ein Gespräch mit Staatssekretär Hanusch.

Wien, 24. Dezember.

Einer unserer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, mit dem Staatssekretär für soziale Fürsorge, Ferdinand Hanusch, über die Aufgaben zu sprechen, die der Staatsverwaltung gerade jetzt auf dem so wichtigen Gebiete der sozialen Fürsorge erwachsen.

„Obzwar erst seit kurzer Zeit im Amte, habe ich dennoch,“ so begann Staatssekretär Hanusch seine Ausführungen, „die Notwendigkeit eines sofortigen Eingreifens erkannt, um der durch den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft hart betroffenen Bevölkerung durch geeignete Fürsorgemaßnahmen unverzüglich Hilfe zu bringen. So habe ich im Staatsrate sofort die Vorausgabe von drei Vollzugsanweisungen erwirkt, welche die Not des Tages erheischte. Die erste dieser Verfügungen sichert den Arbeitslosen und deren Familien eine anslömliche Unterstützung zu. Ich betrachte die zeitweilige Versorgung der Arbeitslosen als eines der wichtigsten Verhütungsmittel der Gefahren, welche die jetzige Zeit mit sich bringt. Um die neuen Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung, welche mit 18. November d. J. in Wirksamkeit traten, raschestens durchzuführen, habe ich erfahrene Beamte in die Provinzen geschickt, die die Organisation in die Wege geleitet haben. Die größeren Arbeitsvermittlungsamter wurden mit der Aufgabe betraut, als Meldestellen für die Arbeitslosen zu fungieren. Aus der Zahl der Personen, die sich bei diesen Stellen zum Empfange der Unterstützungen melden, erhalten wir bald ein zuverlässiges Bild über die faktische Ausdehnung der Arbeitslosigkeit. Im übrigen ist das Problem der Arbeitslosigkeit auf das engste mit der Kohlenfrage verbunden. Gelingt es, genügend Kohle zu beschaffen, so wird sich der Uebergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft ohne große Erschütterungen des Arbeitsmarktes vollziehen.“

Was nun die programmatifchen Aufgaben betrifft, die das Staatsamt für soziale Fürsorge in nächster Zukunft zu lösen haben wird, so gedente ich diesbezüglich in objektiver Weise vorzugehen. Ich bin wohl als Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften zur Leitung des Staatsamtes für soziale Fürsorge berufen worden, aber ich lege besonderen Wert darauf, zu betonen, daß ich in allen Fragen meines Amtes nur nach sachlichen Gesichtspunkten und mit strengster Unparteilichkeit vorgehen werde.

Eine der wichtigsten Aufgaben des von mir geleiteten Staatsamtes bildet die Jugendfürsorge. Ich werde trachten, die zur Verfügung stehenden Geldmittel ungefäumt zur Ausgestaltung des Hortwesens, zur Förderung von Tagesheimstätten und zur Subventionierung aller verdienstvoll wirkenden Jugendfürsorgevereine ohne Unterschied ihrer Parteirichtung zu verwenden. Auch die baldige Einführung der Fürsorgeerziehung scheint mir sehr notwendig, um der überhandnehmenden Verwahrlosung

## Volkswirtschaft.

### Die Beschaffung des Produktivkapitals nach dem Kriege.<sup>\*)</sup>

Von Dr. Berthold Reményi.

Budapest, 27. Dezember.

Unter allen großen kriegsführenden Mächten sind es gewiß die Vereinigten Staaten von Amerika, denen der unbestreitbare Vorrang bezüglich der Fähigkeit der Vorfriedigung des Produktivkapitalbedarfes nicht nur unseres eigenen, sondern jedes an Produktivkapital notleidenden Landes einzuräumen ist; die Vereinigten Staaten, die vermöge einer überaus geschickten Wirtschaftspolitik ihrer Neutralitätsjahre und des Zusammenstreffens sonstiger glücklichen Umstände wohl auch heute noch an relativem Kapitalreichtum hinter keinem der neutral gebliebenen Ländern zurückstehen, bezüglich des absoluten Ausmaßes ihres Reichtums an Produktivmitteln aber jedes von ihnen sicherlich weit überragen. Aus diesem Grunde dünkt uns Amerika bezüglich unseres Imports nach dem Kriege nicht nur seinen sämtlichen Alliierten, sondern auch der Schweiz, Holland und den übrigen wichtigen neutralen Ländern gegenüber hervorragende Bedeutung zu besitzen, durch welchen Umstand die notwendige Richtung unserer wirtschaftlichen Orientierung nach dem Kriege mit genügender Deutlichkeit mit determiniert wird.

Gewiß darf nicht außer acht gelassen werden, daß Amerikas Wirtschaftsleben hauptsächlich infolge der seinen heutigen Alliierten gewährten Darlehen auch gegenwärtig schon mit Rentekapital reichlich durchtränkt ist. Dieser Umstand könnte die optische Täuschung erwecken, als ob der Zustand der Sätturiertheit in bezug auf diese Kapitalart auch in Amerika bereits eingetreten wäre, infolgedessen es nicht nur nicht daran denken könnte, unsere überschüssigen Rentekapitalien aufzunehmen, sondern sich erst von dem eigenen Ueberfluß an fremden Obligationen zu befreien frachten müßte. In Wirklichkeit aber ist es um die Sache anders bestellt. In Amerika bedeutet ein großer Teil des Besitzes an Rentekapital (nämlich die Menge der ausländischen Darlehensobligationen) eine reine Vermögenszunahme der Privatwirtschaften, ohne gegenüberstehende Belastung der Staatswirtschaft: sind doch bis zum Eintritt Amerikas in den Krieg nicht die Vereinigten Staaten selbst, sondern fremde Staatswesen zu Schuldnern der Obligationeninhaber geworden. Soweit bildet dort auch das Rentekapital ein reines Aktivum des Volksvermögens, da es nicht auf Kosten des Produktivkapitals, durch dessen Aufzehrung, entstanden ist, und daher auch für die Zukunft der Kontinuität der Produktion nicht im Wege steht. Im Gegenteil: Dadurch, daß Amerika durch die Gewährung von Anleihen an fremde Kriegsführende in die Lage versetzt wurde, seinen Export auch über die momentane Zahlungsfähigkeit seiner Abnehmer hinaus zu entwickeln, gelangte es zu einem derartigen Aufschwung der eigenen Produktion, der dem ganzen Wirtschaftsprozess einen bedeutend erhöhten Standard verlieh. Die Rahmen des Wirtschaftsbetriebes paßten sich, in individuellem sowohl wie auch in nationalem Sinne, der neuen Lage: einer in mancher Hinsicht monopolistischen Weltmarktstellung, rapid an. Während Amerikas Handelsbilanz im Staatsjahr 1913/14 (1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914) noch mit einem verhältnismäßig unbedeutenden Exportüberschuß von 471 Millionen Dollar abschloß,<sup>\*\*)</sup> ergab sich im Jahre 1914/15 schon ein Ausfuhrplus von 1094, im Jahre 1915/16 von 2135 und im Jahre 1916/17 von 3635 Millionen Dollar.<sup>\*\*\*)</sup> Einer solchen Entwicklung entspricht ein derart tiefgreifender Umschwung sowohl im Umfang wie auch in der Intensität der Produktion, der ohne katastrophale Erschütterungen nicht wieder rückgängig gemacht werden kann. Möge ein wirtschaftlicher Entwicklungsprozess noch so revolutionäre Dimensionen annehmen: die kleinste Nation mag diese Art von Erschütterung ertragen; doch die Revolution der Rückentwicklung müßte selbst einen Nationenkoloß wie die Vereinigten Staaten in seinen Grundfesten erschüttern. Deshalb wird Amerikas Wirtschaft den erreichten Produktionsstandard beim Aufhören der Kriegslieferungen nicht ohne Uebergang aufgeben können, sondern es wird für neue Abflussskanäle seiner den eigenen Bedarf übersteigenden Produktion dringend Sorge tragen müssen. Da werden gerade die Länder der Zentralmächte dem mächtigen Industriestaat im fernen Westen als ganz besonders wünschenswertes Abgabebiet erscheinen. Denn wenn auch in absolutem Sinne nicht von einer Sätturiertheit Amerikas mit Rentekapital gesprochen werden kann, ist dies um so mehr in relativem Sinne, das ist mit Bezug auf die Entente-Länder, der Fall; diese haben sich nämlich während des Krieges in derart hohem Maße an Amerika verschuldet, daß sie auf dieser Basis ohne ernstliche Gefährdung ihres Kreditstatus keineswegs weiterwirtschaften könnten, selbst wenn sie dessen bedürfen sollten; ja diese Schuldnerstaaten müssen sich im Gegenteil endlich auch an die Tilgung der horriblen Schuldenlasten heranzemachen. Die Reaktion der umfangreichen Kreditinanspruchnahme dieser Länder zeigt sich in der Tat schon jetzt, während des Krieges: den Weg der Schuldobligationen von Ost nach West legen jetzt ihre Kupons in entgegengesetzter Richtung zurück, die in Beiträgen von Hunderten von Millionen nach Europa zurückströmen. Diesem doppelten Umstande, der naturgemäßen Begrenztheit der Kreditanspannung einerseits, die als Reaktion der Verschuldung nach einer

<sup>\*)</sup> Siehe Morgenblatt des Post Lloyd vom 27. Dezember.

<sup>\*\*)</sup> S. The American Year Book, 1914.

<sup>\*\*\*)</sup> S. Maurice Lewandowski: „La puissance financière des États-Unis et son expansion mondiale.“ — Revue des Deux Mondes, vom 1. Februar 1918.

## Kirchenreichtümer?

### Aufklärende Worte zur Wahlbewegung.

Zu der jetzt beliebten „Klosterhebe“, die auch dazu da ist, die Aufmerksamkeit von den Nutznießern des Weltkrieges, den politischen und wirtschaftlichen, abzulenken, sei nun hier ein aufklärendes Wort gesagt über Kirchenvermögen und Judenvermögen.

Wie groß ist das Kirchenvermögen in Altösterreich? = Nach sozialdemokratischer Schätzung, die dabei gewiß nicht durch Brillen mit Verkleinerungsgläsern geschaut hat, hat es im Jahre 1900 betragen: rund 813 Millionen Kronen. In Domkirchen, Bischofsitzen, Pfarren, Klöstern usw. haben 38.500 geistliche Personen 813 Millionen Kronen „besessen“, aber zum kleinsten Teil im Baren, der Großteil steckt in Grund und Boden, in Kirchengut, Schulen, Spitälern, Armen- und Waisenhäusern und anderen wohltätigen Anstalten. (Der Staat weiß genau, was die Kirche an Vermögen besitzt: Grund und Boden stehen im Grundbuch verzeichnet, die bewegliche Habe muß in Staatspapieren angelegt sein, die der Staat aufbewahrt. Wenn das auch beim Privatbesitz Vorschrift wäre!) Rund ein Viertel jener 813 Millionen fallen auf das Kirchenvermögen in Deutschösterreich. Was Grund und Boden und diese Papiere tragen, das wird zum größten Teil wieder für das Gemeinwohl ausgegeben. Die Barmherzigen Brüder haben im Jahre 1900 in Wien 20.500 Kranke gepflegt, Wiener Klosterfrauen 25.000 bis 30.000 Kranke und in Armen- und Waisenhäusern 40.000 bis 50.000 Pflöge. Im Jahre 1912 haben in Altösterreich katholische Ordensfrauen betreut: 483 Krankenhäuser, 112 Niederlassungen für Krankenpflege von Haus zu Haus, 83 andere Heilanstalten, 124 Waisenhäuser, 267 Armenhäuser, 49 Diensthäuser, 25 Volksschulen. (Siehe: „Das neue Reich“, 1918, Heft 9.) Ein Strom von Wohltun ist aus dem als „tote Hand“ beschimpften Kirchenvermögen auch auf Schimpfer geflossen, die „tote Hand“ war eine warme, lebendige Hand. Deren Arbeit ist dem Staate äußerst billig gekommen. Hätte er sie leisten müssen, wäre sie vier- bis fünfmal so hoch zu stehen gekommen. In Oesterreich-Ungarn waren die geistlichen Grundbesitzer die ersten, welche für Kriegsheimkehrer Grund abgetreten haben. Ihr Vermögen hat die Kirche im Laufe von mehr als 1500 Jahren erworben, vorzüglich durch überfließende Liebesgaben ihrer Kinder, besonders im Mittelalter und durch ehrliche Arbeit bis auf den heutigen Tag: Sie hat Sümpfe ausgetrocknet, Wälder ausgerodet, Ansiedlungen und Dörfer mit Kirchen angelegt.

Siehe heute noch die Arbeit der Trappisten und Missionäre.

Das redlich erworbene und größtenteils zu Werken der Nächstenliebe und zum Wohle der Allgemeinheit verwendete Kirchenvermögen in Altösterreich (österreichische Monarchie) von 813 Millionen würde, wenn es aus Bargeld und nicht zum großen Teile aus liegenden und zehrenden Gütern bestünde, auf die 38.000 geistlichen Personen verteilt, ein Jahres Einkommen von 740 Kronen pro Kopf ergeben.

Wie steht es aber nun mit dem Judenvermögen? Der vielzitierte Artikel des „Deutschen Volksblattes“ vom Jahre 1901, demzufolge allein der Baron Rothschild bei seiner Zunirung 1901 an lastenfreiem Reinerwerb über elf Milliarden besessen haben soll — eine Summe, die bei einer bloß 4%igen Verzinsung jährlich 440 Millionen Kronen, täglich 1.200.000 Kronen, stündlich 50.000 Kronen oder je 833 Kronen in der Minute abwerfen würde — mag übertrieben sein oder auf nicht ganz zuverlässigen Angaben beruhen. Aber noch viel gewisser ist die Angabe der heutigen „Sonntag- und Montagsztg.“, die das Gesamtvermögen des Wiener Rothschild „vor dem Kriege“ auf 600 Millionen Kronen schätzt, eine odulatorische „Verhöhnung“ der trasserer Wirklichkeit. Jedoch bleiben wir bei dieser Unwahrscheinlichkeit! Welch ein schreiender Gegensatz zwischen dem 600 Millionenbesitz der einen Rothschildfamilie und dem 813 Millionenbesitz der 38.000 geistlichen Personen und neben 200 Millionen Kirchenbesitz in ganz Deutschösterreich! Und doch bedeutet dieses Mißverhältnis der Vermögensziffern noch gar nichts neben dem Mißverhältnis der Leistungen. Was leistet der Rothschild für die Allgemeinheit? Er verdient an ihr und am Staate, er ist der typische „Ich nehme“. Das Kirchenvermögen ist dagegen die gehende Hand! Was die 38.000 Personen, denen das Nutzungsrecht am Kirchenvermögen zusteht, für die Allgemeinheit, in Kirche und Schule, Spitälern und Wohltätigkeitsanstalten leisten, welche Rieslasten sie dem Staate und dem Staatsfiskus abnehmen, wurde bereits angedeutet. Und dieses Vermögen des Wiener Rothschild, eines der „Künig Frankfurter“, denen das in der Schlacht von Belle Alliance vergossene Blut der Christenböcker so gut ange-schlagen hat, ist natürlich während des Krieges nicht geringer geworden, es ist gewachsen wie das aller Kriegsgewinner. Man hat in den letzten Wochen ein großes Wesen aus der kaiserlichen Zivilliste von 29 Millionen und seinem Einkommen als Armeeoberkommandant gemacht — Summen also, die reiflos wieder als tägliche Spenden und in Form von Aufwendungen für Kultur-zwecke usw. ins Volk zurückfließen — aber bezog nicht der eine Rothschild allein als Staatsgläubiger an Zinsen von der Bevölkerung das Vielfache der Zivilliste, und zwar ausschließlich für die eigenen Taschen? Und niemand

# Zeitung

704

ten Sachen

8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 4 1/2% Teuerungszuschlag. Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. in SW 68, Kochstr. 22-23, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## ding.

### Deutschösterreichs Wiederaufbau

Von

Karl Lahm,

Berichterstatter der „Bösischen Zeitung“.

\* Wien, im Dezember.

Deutsch-Österreich hat seine Krone abgelegt, ist eine sozialistisch-demokratische Republik geworden; aber es hat noch seine Kronenwährung, und die ist heruntergekommen wie die ganze kapitalistisch-reaktionäre Finanzwirtschaft des alten Österreich. Ist das neue Staatswesen allein für sich lebensfähig? Wird es sich retten können, wird es dem großen Deutschum, zu dem es hinüber will, nicht nur keine Last sein, sondern ein freudig und stolz begrüßtes, entwicklungsstarkes Glied werden? Die Lage ist ernst, die Aussichten sind nicht rosig. Aber während die Auguren, den unfehlbaren Bankerott des deutschen Torso voraus sagten, als noch im Wiener Riesenparlament die tschechischen, polnischen, südslawischen, rumänischen und italienischen Abgeordneten mit samt den ungarischen Delegierten durcheinander liesen, haben sie jetzt eingelenkt, da deutsche Flüchtigkeit mitten unter den Ruinen der habsburgischen Hinterlassenschaft aufzuräumen beginnt. Der deutsch-österreichische Zusammenbruch ist schon nicht mehr so sicher, weder finanziell, noch wirtschaftlich und politisch.

Da sitzen der Sozialdemokrat Seitz, den sie gern den „Diktator“ nennen und der mit den beiden anderen provisorischen Präsidenten der Nationalversammlung und Republik, den Bürgerlichen Dinghofer und Hausler, ein im ganzen strammes Regiment führt; da ist der sozialdemokratische Kanzler Renner, der als gewesener L. L. Bibliothekar Wahlgesetze und andere Vorlagen, höchst modern, bei aller Ordnung umfänglich, nur so aus dem Ärmel schüttelt, und da sitzen der Demokrat Steinwender als Finanzoperator und der Sozialdemokrat Bauer, der Exekutor des deutschen Testaments Viktor Adlers, als Leiter des Auswärtigen.

Die Wiener Regierung arbeitet nicht antikapitalistisch-kommunistisch und doch schon etwas mehr als kapitalistisch-demokratisch. Sie scheint eine ganz gute Mischung von sozialistisch-demokratischem Regierungssystem gefunden zu haben.

Nach dem äußeren Kredit zu urteilen, den Deutsch-Österreich gegenwärtig genießt, setzt man draußen freilich noch kein großes Vertrauen in seine Zukunft. Dieser Kredit, die Kronenwährung, wird nach den Valutaziffern gegen die Friedenszeit im deutschen Mutterlande kaum auf die Hälfte, auf dem neutralen Geldmarkte gar nur auf ein Drittel eingeschätzt. Der Schweizer bewilligt knapp 30 Centimes für die Krone. Indessen ist nicht zu übersehen, daß dieser Niederbruch dem Kredit des ganzen früheren Österreich-Ungarn angeht und daß Tschechen, Südslawen, Galizier und Ungarn gleicherweise von der Minderachtung ihres Zahlungsvermögens betroffen werden.

Tschechen und Madjaren hatten sich in den vier Kriegsjahren für ihre Bodenerzeugnisse von den Deutsch-Österreichern Milliarden auszahlen lassen. Sie schwammen im Gelde. Weil aber die gemeinsame Notenpresse für alle drückte, und mit Hochdruck — bis heute 32 Milliarden Kronen! — weil dieselbe Krone — Krone in Wien, Prag und Budapest Geltung hatte, ließen sich besonders diejenigen unter der Entwertung, welche die dicksten Bündel davon aufgestapelt haben. Die Tschechen behaupten, daß der Banknotenumsatz in tschecho-slowakischen Gebieten allein zehn Milliarden Kronen beträgt. Wäre aus Deutsch-Österreich viel an Waren herauszuholen, dann könnte man jetzt Wien auslaufen. Aber dort ist nichts. Auch wurden die böhmischen Banken gesperrt mit Krieganleihe. Versuche sind gemacht worden, die Anleihepapiere weit unter dem offiziellen Kurs den Wienern zuzurückzubringen. Das entsprach mehr nationalitätlichen Anwendungen als kluger Überlegung. Denn schließlich hatte man dafür den vollen Ausschreibebetrag angelegt. Obendrein erklärte der tschecho-slowakische Nationalrat, ebenso sehr aus Anstands- wie aus Besinnungsgründen, daß der tschechische Staat seinen Anteil an der Gesamtschuld des früheren Reiches übernehmen werde. Rechtlich kann eine Friedenskonferenz die Völker der alten Monarchie auch gar nicht von der gemeinsamen Schuld entlasten.

Die deutsch-österreichische Regierung tat sehr gut daran, als sie jetzt ihren Willen zeigte, nicht länger für die gemeinsame Rechnung aufzulommen, und als sie die Zahlungen für die vom L. u. L. Kriegsministerium noch geschuldeten Beträge einstellte, damit die als Liquidierungskommission auftretenden Gesandten der slowakischen Nationen in Wien sich etwas mehr mit der Quotenfeststellung befassen. Da sind noch rund eine Milliarde, mindestens acht-hundert Millionen Kronen für Heeresleistungen zu hochrechnen! Sätte Deutsch-Österreich abermals die Sorge für die Unternehmer und Fabrikanten in allen Teilen des früheren Reiches übernehmen sollen? Nur die auf seinem eigenen Boden befindlichen Werke, denen zusammen etwa hundertvierzig Millionen Kronen geschuldet werden, sollen Vorschüsse bis dreiviertel der Betragshöhe erhalten, damit den Arbeitern weiter die Löhne gezahlt werden können. Die

28/12/18

42

## Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

### Die Renten. Die Schweizer Anleihe.

Wien, 28. Dezember.

Unregelmäßige stoßweise Bewegungen und eine schwer zu erklärende Verschiedenheit der Bewertung sind auf dem Anlagemarkte zu beobachten. Der ungeheure Block der Kriegsanleihen in seiner Höhe von 35 Milliarden Kronen liegt vollständig unbeweglich. Verkäufe in nennenswert großem Umfang sind kaum auszuführen; die Minimalcourse, die täglich verzeichnet werden, sind nur nominell, im verbotenen Schleichhandel bilden sich Bewertungen heraus, die um viele Prozente tiefer sind und für jene, die sich zum Verkaufe veranlaßt sehen, schwere Verluste bedeuten. Dagegen hat sich die Vorliebe des Marktes plötzlich den alten österreichischen Renten zugewendet, sie werden überraschenderweise in großen Posten gehandelt und zu steigenden Preisen bezahlt. Seit Jahr und Tag, während der ganzen letzten Kriegsjahre, seit sich ein regelmäßiger Marktverkehr entwickelt hatte, bewegten sich die vierprozentigen österreichischen Renten um den Stand von 73 Prozent. Im November sank angeichts des katastrophalen Kriegsausganges und des Zerfalls Oesterreichs der Kurs auf 66 Prozent herab. Wochenlang blieben die Renten fast umsatzlos, bis in den letzten Tagen die unvermittelte Wendung eintrat. Durch Käufe für Prager Rechnung wurde die Aufmerksamkeit auf die Renten gelenkt. Rente und österreichische Kronenrente stiegen auf die Höhe von 78 Prozent empor, die ungarische Kronenrente wird fast zum nämlichen Preise umgesetzt, die österreichische Goldrente hat sich beim Stande von 117 Prozent dem alten Pari hart genähert. Seit einer Woche hat sich der Preis der vierprozentigen Renten um 12 Prozent gehoben. Die 5½prozentigen Kriegsanleihen wurden zu Preisen losgeschlagen, die einen fast achtprozentigen Ertrag bedeuten. Die vierprozentigen Renten verzinsen sich bei den jetzigen Kursen mit knapp fünf Prozent, um drei Prozent ungünstiger als die Kriegsanleihen. Aber auch wenn man die Renten anderer Staaten zum Vergleiche heranzieht, ist der Preisstand schwer zu erklären. Die vierprozentige französische Rente wird mit 71 Prozent, um 8 Prozent niedriger als die österreichische Kronenrente, gehandelt. Der Kurs der alten dreiprozentigen französischen Rente, die auf eine Vergangenheit von mehr als einem Jahrhundert zurückblickt, wird in Paris mit 61½ Prozent bewertet; auch ihre Rentabilität ist kaum viel niedriger als jene der österreichischen Kronenrenten.

Die Kursbesserung der vierprozentigen österreichischen Renten wurde durch die Taktik der tschechischen und der südslawischen Regierung ausgelöst, die ihren Standpunkt dahin festgestellt haben, daß sie einen Teil der vor dem Kriege entstandenen Schulden des alten Oesterreich übernehmen, während sie jene Kriegsanleihen, die ohne parlamentarische Bewilligung begeben worden sind, nicht als für sie rechtsverpflichtend anerkennen wollen. Daß eine solche Stellungnahme nicht wird festgehalten werden können, wurde erst jüngst in diesem Blatte von einem der ersten Juristen Europas, Franz Klein, mit überzeugenden Beweisgründen dargelegt. Das letzte Wort in der Frage der Schuldenübernahme ist noch nicht gesprochen, meritorisch kaum das erste, und eine Vereinbarung ist schon wegen des unlöslichen Zusammenhanges zwischen Kriegsanleihe und Banknoten auch für die Nationalstaaten eine Sache des eigenen Interesses. Zu den jüngsten Käufen in vierprozentigen Renten hat auch der Umstand beigetragen, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank vor Weihnachten die weitere Ausgabe von vierprozentigen Kassenscheinen eingestellt hat. Die flüssigen, Anlage suchenden Gelder sind noch immer groß, und die vierprozentige, wenigstens den inneren Streitigkeiten entrückte Rente wurde für diesen Zweck herangezogen. Die Gründe, die ehemals für die Wahl und dem Wechsel von Anlagen bestimmend waren, haben im Kriege ihre Schlagkraft verloren. Sonst pflegte sich der Kapitalist sorgsam auszurechnen, was ihm die einzelnen Papiere tragen, er gab selbstverständlich den besser rentierenden Werten den Vorzug und ließ sich nur durch überzeugende Gründe zum Wechsel veranlassen. Im Kriege haben wir aber wiederholt beobachtet, daß sich der Vermögensbesitz plötzlich und unvermittelt zum Tausche seiner Anlagen entschloß. In der ersten Zeit wurden Wertpapiere aller Kategorien wahllos hingeworfen, das Kapital war bestrebt, sich zu den Anteilen an Grund und Boden zu flüchten; Häuser und Güter wurden zu Preisen erworben, die nur eine höchst magere Verzinsung von zwei oder drei Prozent abwarfen und den Fährlichkeiten, denen gerade der Immobilienbesitz in Zeiten sozialer Umwälzungen ausgesetzt ist, in keiner Weise Rechnung trugen. Dann wendete sich die Gunst des Kapitals wieder den Industrieaktien zu, namentlich solchen, die einen Anteil an Bodenschätzen, Kohle, Erz, Petroleum, oder an Wäldern sicherten. Vorübergehend bestand auch eine Epoche der Staatswerte, die namentlich die kurzfristigen Kriegsanleihen dem Paristande zuführte. Zwischendurch war die Vorliebe für die ungarischen Kriegsanleihen entbrannt und verhalf ihnen zu Kursen, die um viele Prozente über die österreichischen hinausgingen. Im heurigen Sommer und Herbst wurden die böhmischen Pfandbriefe und auch die Aktien der Unternehmungen bevorzugt, die im neu gegründeten czecho-slowakischen Staat ihren Sitz haben. Damit verwandten Erwägungen entspringt auch die neueste Vorliebe für die alten Renten; ob sie einen längeren Bestand haben wird als die vorausgegangenen Episoden auf anderen Marktgebieten bleibt abzuwarten.

Häufiger unvermittelter Wechsel der Anlagen ist ein Ausfluß der allgemeinen Nervosität und Unruhe, welche den Besitz erfaßt hat und jetzt am Ausgange des Krieges stärker ist als in seinen wechselnden Phasen. Sie entspringt den unbestimmten Befürchtungen, dem blinden Triebe, sich aus einem allgemeinen Chaos mit seinem Besitze zu retten. Solche Bestrebungen führen dann oft zu den verkehrtesten Entschlüssen. Wieviele Leute waren in den letzten Wochen und Monaten bemüht, ihre Kriegsanleihen um jeden Preis loszu-

# Der Economist.

## 1918.

### Eine ökonomische Rundschau.

Während der schwersten und düstersten Zeiten, die der Weltgeschichte bekannt sind, hat die Politik seiner Herrscher niemals das einigende Band aus den Augen verloren, das die auseinandergerissenen Teile noch einigermaßen zusammenhielt. In dem weiten Umfang des ungeheuren Reiches herrschte stets der freie Verkehr, konnte der Kaufmann unbehindert seine Straße ziehen und seine Ware jedem anbieten, wurde überall das gleiche Recht gesprochen und ist die Ueberlieferung einer Bergangenheit von vielen Jahrhunderten nie ganz ausgelöscht worden.

Edward Gibbon.  
Der Untergang des römischen Weltreiches.

Wien, 31. Dezember.

Ein dichter Volkenvorhang verhüllt die nächste Zukunft. An der Schwelle des Jahres 1919 sind die ungeheuren Probleme, welche das politische und wirtschaftliche Anklitz der Erde für mehrere Generationen grundlegend verändern werden, so dunkel und ungelöst wie je zuvor. Der katastrophale Ausgang des Weltkrieges nach einem beispiellosen Ringen gegen eine dreifache Uebermacht, die wirtschaftliche Erschöpfung bei ungebrochener militärischer Kraft machen es zur traurigen Gewissheit, daß die Mittelländer nur mit weitgehender Verkleinerung und finanzieller Schwächung aus dem so ungleichen Waffengange hervorgehen können, daß sich für die unmittelbar folgenden Zeiten das ökonomische Schwergewicht der Erde entscheidend nach dem Westen verschoben hat. Mit diesen Tatsachen, mit gewaltigen Länderverlusten und schwerwiegenden wirtschaftlichen Einbußen wird gerechnet, ihr Ausmaß und ihre Tragweite sind aber ungewiß und deshalb fehlen noch die Elemente für die Beurteilung der Voraussetzungen, von denen die Erholungsmöglichkeit nach der furchtbaren Blutentziehung aller Zeiten bestimmt sein wird. Die Gebietsabtretungen Deutschlands im Westen und Osten, die Erzgruben in Lothringen sowie die Kohlenwerke des Saarreviers und des reichen ober-schlesischen Beckens, der Untergang der alten Monarchie der Habsburger und der Verlust der Herrschaft über die adriatische Küste, die Höhe der Entschädigungen und sonstigen finanziellen Lasten aus dem kommenden Frieden sind durchwegs Fragen, von denen jede einzelne ebeneden den Zankapfel der Großmächte und den Keim kriegerischer Verwicklungen in sich barg. Nicht minder einschneidend sind die inneren Probleme, die Lösungen der sozialen Spannungen, die ihren Höhepunkt in Deutschland haben, die Ausgleichung zwischen Arbeit und Besitz, der wirtschaftliche und finanzielle Neuaufbau, die bevorstehenden enormen Steuern und die Wiederherstellung der überall auf das ärgste zerrütteten Währungen. Die seit Jahrhunderten durch die engsten politischen und wirtschaftlichen Bande verknüpften Länder des Donaureiches sind in sechs Einzelstaaten zerrüttet worden, deren künftiges wirtschaftliches Leben wesentlich davon beeinflusst werden wird, ob es möglich sein wird, eine gewisse Gemeinsamkeit der Handelsinteressen, eine Sicherung des freien Verkehrs und ungehinderten Güterausstausches aufrechtzuerhalten oder ob der politische Zerfall auch die volle ökonomische Loslösung und Entfremdung hervorgerufen muß. Auf alle diese Schicksalsfragen wird das Jahr 1919 die entscheidende und endgültige Antwort bringen, von der die neue Zeit mit ihren ganz anders gearteten Problemstellungen ihren Ausgang nehmen muß.

Während der schwersten und düstersten Zeiten, die der Weltgeschichte bekannt sind, hat die Politik seiner Herrscher niemals das einigende Band aus den Augen verloren, das die auseinandergerissenen Teile noch einigermaßen zusammenhielt. In dem weiten Umfang des ungeheuren Reiches herrschte stets der freie Verkehr, konnte der Kaufmann unbehindert seine Straße ziehen und seine Ware jedem anbieten, wurde überall das gleiche Recht gesprochen und ist die Ueberlieferung einer Bergangenheit von vielen Jahrhunderten nie ganz ausgelöscht worden.

Während der schwersten und düstersten Zeiten, die der Weltgeschichte bekannt sind, hat die Politik seiner Herrscher niemals das einigende Band aus den Augen verloren, das die auseinandergerissenen Teile noch einigermaßen zusammenhielt. In dem weiten Umfang des ungeheuren Reiches herrschte stets der freie Verkehr, konnte der Kaufmann unbehindert seine Straße ziehen und seine Ware jedem anbieten, wurde überall das gleiche Recht gesprochen und ist die Ueberlieferung einer Bergangenheit von vielen Jahrhunderten nie ganz ausgelöscht worden.

machen. Aus dem Gewirre der durcheinander fließenden Strömungen ringt sich die Ueberzeugung los, daß die Wiederkehr ähnlicher Gewaltthaten durch gegenseitige bindende Abmachungen dauernd unmöglich gemacht, daß das Verhältnis Deutschösterreichs zu den nord- und süd-slawischen Teilstaaten auf die Grundlage vertragsmäßiger Sicherung des durch die inneren Schranken nicht gehemmten Verkehrs mit der Regelung der dringenden staatsfinanziellen Bedürfnisse gestellt werden müsse. Eine wirtschaftliche Lebensgemeinschaft von mehreren Jahrhunderten löst sich nicht durch die politische Absprengung mit einem Tage; die Erfordernisse eines auf die gegenseitige Abhängigkeit der Versorgung und des Absatzes eingerichteten Erzeugungsprozesses drängen nach Erhaltung und werden sich gebieterisch geltend machen, wenn die wirtschaftliche Tätigkeit wieder in ihr normales Gefüge zurückgeleitet werden soll. Deutschösterreich soll vom Grund aus aufgebaut werden, muß sich auf seine wirtschaftlichen Kräfte, auf die Leistungsfähigkeit seiner Bevölkerung und die Exploitationsmöglichkeiten seiner nationalen Arbeit erst besinnen. Eine gewaltige Konsumentenchar von zwei Millionen Menschen in der Hauptstadt, fruchtbare Böden an den Niederungen des Tullner Beckens, im Marchfeld und in Oberösterreich, treffliche Viehzucht und ausgedehnte Wildbestände in den Alpen nebst den natürlichen Kraftquellen der Wasserfälle in Werten von Milliarden, die reichsten Lager des besten Eisenerzes neben großen auf das modernste ausgestatteten Verarbeitungsanlagen, ein Fonds technischer und kaufmännischer Intelligenz mit einem hochentwickelten Aufbauepparat der Kapitalorganisation, nicht zum mindesten eine arbeitswillige, in ihrer Lebensführung bescheidene, zumeist gut geschulte Bevölkerung in Stadt und Land, zahlreiche hochrentierende Fabrikanlagen der Finalindustrie — alle diese wirkenden Faktoren geben genügende Grundlagen für eine erfolgreiche Tätigkeit der Zukunft, wenn es einmal gelingen wird, die ungeheuren Lasten aus der Kriegszeit abzulassen und unter gleichen Bedingungen den Wettbewerb mit den anderen Produktionsländern aufzunehmen. Dieses Ziel kann nicht in wirtschaftlicher Vereinjamung gelöst werden. Der Zustand der Abschließung kann kaum im schwersten Kriege ertragen werden, die Wiederaufnahme friedlicher Arbeit drängt zur Erweiterung der Tätigkeit, zur Anlehnung an größere Arbeitszentren mit gegenseitiger Ergänzung und mit den auf die Bedürfnisse des anderen Teiles abgestimmten natürlichen Produktionsvoraussetzungen. Bald wird bei den nördlichen und südlichen Nationalstaaten die Erkenntnis dämmern, daß auch sie mit dem Zustande voller innerer Selbstgenügsamkeit das Auslangen nicht finden können; ist einmal der erste Heißhunger des im Kriege unversorgt gebliebenen eigenen Bedarfs nach Gütern aller Art gestillt, so wird auch die böhmische Industrie daran gehen müssen, sich die dauernde Nachfrage für ihre Ueberzeugung zu sichern. Die Ausfuhr über die Zollgrenze kann ihr einen solchen ständigen Absatz nicht verbürgen, weil sie auf den Weltmärkten erst die seit alters her ererbte Konkurrenz der weit kräftigeren englischen, amerikanischen und deutschen Fabriken überwinden müßte — von selbst wird sie sich veranlaßt sehen, die alten Verbindungen, ihre früher unbestrittene Stellung in der Versorgung der zentralen Gebiete Innerösterreichs, aufzusuchen. Die Zollgemeinschaft aller Teile sein, die unter den gleichen Schwierigkeiten und Voraussetzungen arbeiten und ihr Ziel in einer gegenseitigen Ergänzung und Durchdringung finden werden. Für den jetzigen Zustand ist sie der selbstverständliche Ausfluß des Uebergangs, in welchem Jölle wegen der Entgüterung der Wirtschaft und des unzureichenden Ausmaßes der Erzeugung überhaupt keinen Sinn haben; in Zukunft wird sie die bewußte Richtung der Entwicklung werden, die auf die beste Ausnutzung der vorhandenen Kräfte und die zukünftigste Anpassung der Erzeugung an den Bedarf hinzielt.

Die europäische Wirtschaft wird in der ersten Friedenszeit im Zeichen der beispiellosen Kapitalaufzehrung der vier Kriegsjahre stehen. Die ungeheuren Summen, die für diese unproduktiven Zwecke verloren gegangen sind, erheben in dem folgenden Zahlenbild zusammengefaßt mit dem vollen unsere ziffermäßigen Gruppierungen an:

### Die Kriegskosten der Welt.

1000 Milliarden Francs, davon konsolidiert die Hälfte.

Gesamtsumme der sieben kriegsführenden Großmächte vor dem Kriege: 125 Milliarden Francs Höhe der Kriegskosten.

Deutschland	Österreich-Ungarn	England	Frankreich	Italien	Rußland	Amerika
200	75	230	160	60	85	100

Die Ziffern der Kriegskosten und des Kapitalaufwandes der letzten Jahre gehen über das scharf umgrenzte konkrete Fassungsvermögen hinaus und verlieren sich ins Nebelhafte. Wie für den gemeinen Verstand die vom Astronomen errechneten Entfernungen des Welttraumes nur ungefähr Orientierungspunkte bedeuten, so ist auch die Billion Francs, welche der Krieg in seinem Verlaufe von vier Jahren verschlungen hat, trotzdem jede einzelne Summe bar ausbezahlt und verrechnet wurde, doch keine greifbare Größe. Auch diese Phantaziffer ist noch nicht endgültig, weil die Demobilisierung sich langsam vollzieht und bei den Westmächten noch Riesenhäere mit einem täglichen Verbrauch, der auf mindestens sechzig bis achtzig Millionen Francs berechnet wurde, unter Waffen gehalten werden. Das Vermögen der sechs europäischen, sämtlich in den Kampf verwickelten Großmächte war vor dem Ausbruche des Weltkrieges auf zwei Billionen Francs geschätzt worden; fügt man auch die außereuropäischen, von der Natur viel reicher bedachten Länder hinzu, so gelangt man vielleicht zum Dreierfachen dieser Summe. Was in den Ziffern des Aufwandes nicht inbegriffen ist und die Wirtschaft der nächsten Zeit noch stärker schädigen muß, ist die Verringerung der zurückgebliebenen Erzeugungskraft, die Dezimierung der arbeitenden Hände, die Schwächung der Leistungsfähigkeit des einzelnen, die Verarmung der Böden — durchwegs Umstände, die alle Länder Europas, Freund und Feind gleichmäßig treffen und das Uebergewicht der westlichen Halbkugel auch gewaltig verstärken müssen. Zwar ist auch ein allerdings mäßiger Teil dieser Aufwendungen produktiven Anlagen, dem Bau von Bahnen, Straßen und bewohnbaren Häusern, gewidmet gewesen, viele Fabriken werden einen Teil der im Kriege errichteten Anlagen der friedlichen Gütererzeugung dienstbar machen können; im großen und ganzen muß aber doch an der fast ziffermäßig zu beweisenden Tatsache festgehalten werden, daß in Österreich, Deutschland und Frankreich, zum Teile auch in England die Hälfte des in der Entwicklung von Jahrhunderten angesammelten Nationalvermögens durch den Krieg verschlungen, die andere Hälfte vorläufig wenigstens minder erträgnisreich geworden ist. Für die eingehende wirtschaftliche Betrachtung bezahlte sich der Krieg in der ungeheuersten Aufzehrung von Gütern, welche die Weltgeschichte niemals in einer so relativ kurzen Spanne Zeit gesehen hat; die Mobilisierung der riesigen Vorräte und Leistungen war nur durch Heranziehung der bereits angesammelten und die Vornahme künftiger Ersparnisse, durch Begebung von Anleihen und durch eine über alles je Dagewesene weit hinausgehende Ausgabe von Papiergeld möglich. Hierfür sollen die folgenden Belege vorgeführt werden:

### Die Geldbeschaffung für den Krieg.

	Österreich-Ungarn	Deutschland	Frankreich	England	Amerika
Kriegsanleihen	53	103	41	44	52
Schuld an Notenbanken	34	35	16	—	—
Zusammen	87	138	57	44	52

Konsolidierte Kriegsanleihen aus den Volkserparnissen und den verflüssigten Betriebsmitteln der Wirtschaft, schwebende Schulden bei den Zettelbanken in der Gestalt neuer, dem Verkehr zugelassener Noten, Ausschöpfung der unversorgten Gelder des freien Marktes sind die Wege, auf denen sich die Finanzierung des Krieges in allen Ländern vollzogen hat. Alle drei Mittel sind Kinder der Not und können durchaus nicht bleibende Einrichtungen der künftigen Geldwirtschaft werden. Die Kriegsanleihen haben die gleiche Form wie die Renten der früheren Friedenszeit, und ein erheblicher Teil von ihnen diente der Anlage von Sparsummen, die teils im Kriege neu entstanden, teils aus anderen minder fruchtbringenden Anlagen herausgezogen worden sind. Sehr erhebliche Bestände von vielen Milliarden wurden aber von Industrie- und Handelsfirmen, zum Teile unter starker Zanspruchnahme des Kredits in diesen hochverzinslichen Titres veranlagt, ein Teil davon hat bei uns wie in Deutschland bereits den Weg in das Lombardportefeuille der Notenbanken gefunden, und diese Entwicklung muß ihre Fortsetzung nehmen, wenn die wieder mit Vollkraft arbeitende Wirtschaft ihre Betriebsgelder benötigen wird. Ein großer Teil der Kriegskosten ist in allen Ländern durch den Kredit bei den Zettelbanken bestritten worden. Die gewaltigste Notemission ist überall eingezogen, Deutschland mit seinem Umlauf von dreißig Milliarden Mark, Österreich und Ungarn von zweieunddreißig Milliarden Kronen, die französische Wirtschaft mit ihrer Notemenge von beinahe dreißig Milliarden Francs geben davon Zeugnis, selbst in England nähert sich der Papiergeldumlauf der zehnten Milliarde Francs, überall sind die Geldzeichen, die den Verkehr vermitteln, gegenüber der Friedenszeit fast verzehnfacht. Noten und hohe Warenpreise stehen in Wechselwirkung, die allgemeine schwere Leuerung bedingt auch einen erheblich größeren Geldbedarf wie andererseits die Ueberfülle der verfügbaren Noten die Warenpreise emporreibt; die Auflösung der eben so hoch entwickelten Kreditwirtschaft bedeutet ebenfalls, daß die Zahlung in barem Gelde überall einen wesentlich kleineren Raum einnimmt. Dennoch gehen die Ziffern der Papierzirkulation ins Ungeheuerliche, und ihr Abbau wird einer der wichtigsten Finanzprobleme der Friedenswirtschaft bilden müssen, wenn der Geldumlauf wieder halbwegs elastisch und der Kredit in seine alte Stelle eingesetzt werden soll. Die fundierten Kriegsschulden werden im Laufe der Zeit durch Vermögensabgaben sowie durch Annahme für Steuerzahlungen auf einen erträglichen Stand zurückgeführt werden, vielleicht wird auch in der Folge eine Periode der Kapitalsfülle die Gelegenheit bieten, die Zinsenlast des Staates zu erleichtern. Die überschüssigen Noten werden allmählich in wachsenden Teilmengen in der Gestalt von Einlagen bei Sparkassen und Banken aus dem Verkehr schwinden und zur Notenbank zurückströmen, namentlich wenn ein Sinken der Güterpreise den Bedarf des täglichen Verkehrs nach Bargeld mindert. Die Schulden an die Notenbanken werden die Staaten erst später, wenn nach Jahren günstiger Friedenswirtschaft die Finanzkraft erstarbt ist, durch fundierte Anleihen tilgen. Am sichtbarsten tritt der Niederschlag des Krieges und seiner schädigenden Folgen für die Gesamtwirtschaft in der Gestaltung der Wechselkurse zutage:

### Zerrüttung des Geldwesens.

Künstliche Stützung der Währungen der Westmächte. — Vorschüsse Amerikas an seine Verbündeten über sieben Milliarden Dollar.

	Mark	Schilling	Francs	Dollar
Kurs Ende 1918	185.85	653.25	74.85	325.75
Parität	117.74	198.37	24.04	96.00
Disagio in Prozenten	61	230	204	155

Der katastrophale Ausgang des Krieges hat der niedergleitenden Bewegung des Marktes und des Kronenkurses auf den neutralen Märkten ein rapid beschleunigtes Zeitmaß

2. I. 1919

48

die annulieren, als wären sie heute geschrieben: „Gewaltiger als je noch die uralte Frage an die Pfosten der Gesellschaft, wie Individual- und Gesamtinteressen, Freiheit und Gerechtigkeit,

# Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 1. Jänner.

## Das letzte Wirtschaftsjahr des Weltkrieges.

### Ein Rückblick und Ausblick.

Gewaltiger als je noch die uralte Frage an die Pfosten der Gesellschaft, wie Individual- und Gesamtinteressen, Freiheit und Gerechtigkeit, Besitz und Arbeit, die aristokratische Stellung der Mächtigen und Reichen, und die demokratische der Massen zu veröhnen seien. Da gilt es, von reaktionärer Erhaltung alles Bestehenden, wie von utopisch überjähren Neuerungen gleich weit entfernt, mit nüchtern wissenschaftlichem Sinne die Eingetretenen zu suchen und zu begründen.

Gustav Schindler

Ueber einige Grundfragen der Sozialpolitik und der Volkswirtschaftslehre.

Dr. Schindler. Mitten im stürmischen Fluß der Ereignisse, nach den Sturzwellen, die über uns hinweggingen, auf den Trümmern der Altäre der alten Welt ist uns die ganze Größe des weltgeschichtlichen Ereignisses noch nicht zum Bewußtsein gekommen, dessen überwältigende Bedeutung auch die spätesten Geschlechter ergreifen wird: Die Wiedergeburt des Friedens nach mehr als vier Jahren eines erbarmungslosen Krieges. Wenn auch jeder das ungeheure Glück der großen Wendung empfindet, so haben wir doch noch nicht die richtige Distanz zur Tatsache des Unbruchs eines neuen Zeitalters gewonnen, die Kampf- und Kampfergebnisse sind noch nicht verrückt, wie weit ist noch der Tag entfernt, von dem der Philosoph sagt, daß bei einem Evangelium der Weltensharmone sich jeder mit seinem Nächsten vereinigt, verjöhnt, verschmolzen fühlen werde. In die Freude über die Beendigung des gigantischen Ringens, zu welchem die Völker der Erde angetreten sind, mengt sich vor allem der tiefe Schmerz darüber, daß alle Opfer vergeblich gewesen sind, daß nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie wirtschaftliche, finanzielle und soziale Zerrüttung unser Erbteil wie das aller unterlegenen Staaten sind, während unsere Gegner sich zu einer vollen Ausnützung des Sieges rüsten, der ihnen beschieden gewesen ist.

In einer seiner denkwürdigen Botschaften rief Wilson aus: „Gewalt, Gewalt bis zum äußersten, Gewalt ohne Maß und Grenzen, die rechte und triumphierende Gewalt.“ Das war die Parole, mit der der Präsident der Vereinigten Staaten die Alliierten zur höchsten Kraftleistung aufpeitschte. Nachdem in England, namentlich im Zusammenhang mit der Munitionindustrie eine völlige Revolutionierung der Arbeitsmethoden eingetreten war, nachdem Frankreich unter dem Diktator Clemenceau den Anforderungen des technischen Krieges bis zum Weißbluten gerecht geworden war, galt es nun im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten die Riesenbetriebe in gesteigertem Maße auf die Hervorbringung aller Nachmitteln zu instabilisieren, um mit „triumphierender Gewalt“ den Weltkrieg zu Ende zu bringen. Und wenn auch die staatssozialistischen Eingriffe des Präsidenten den Unternehmungsgeist vielfach hemmten, wenn sich dadurch auch unerquickliche Auseinandersetzungen in der breiten amerikanischen Öffentlichkeit ergeben haben, so ist doch die Militarisierung der amerikanischen Wirtschaft zu einer Vollendung gediehen, wie sie eben nur in der Heimat der großen Retorte möglich war. Mit gerechtem Stolz darf die Union namentlich auf ihre Leistungen in der Schiffbauindustrie blicken, die für den Ausgang des Krieges von so entscheidender Wirkung gewesen ist. Als letztes Jahr das Schiffbauamt geschaffen wurde, sagte kürzlich dessen Vorsitzender Edward Nash Hurley, gab es in unserem Lande 65 Bauplätze mit 136 Einzelwerften, jetzt sind es 195 Plätze mit 800 Werften, zweimal mehr als vor dem Kriege in der Welt bestanden. Vor einem Jahre beschäftigte Amerika 45.000 Arbeiter auf den Werften, heute (im November) 400.000. Im Jahre 1916 bauten wir 136.000 Tonnen, in den letzten drei Monaten bauten wir eine Million Tonnen. Aber auch in den anderen auf noch nicht dagewesene Massenerzeugung eingestellten Arbeitsstätten von fünf Weltteilen wurden Waffen und Kriegsmaterial erzeugt, um die Zentralmächte in eiserner Umklammerung zu erwürgen — bis sich dann deren Schicksal vor allem auf den französischen Schlachtfeldern im Zeichen der amerikanischen Tanks erfüllte.

Wenn aber auch diese fieberhaft durchgeführten Rüstungen im Vereine mit der sich immer schärfer fühlbar machenden Weltblockade das unabwendbare Verhängnis schon lange ahnen ließen, vermochten sie doch zunächst den Glauben an den Sieg des Verbundes nicht zu erschüttern. War doch zu Beginn des abgelaufenen Jahres der Friede zu Brüssel-Briand geschlossen worden, dem wenige Wochen später der Friede von Brestlaube folgte, und welche ausschweifenden Hoffnungen hatten sich daran geknüpft. Zu Ende der Krieg mit Großrußland, mit der Ukraine und mit Rumänien, ein Geländegewinn der Mittelmächte von 770.000 Kilometern, und vor allem wirtschaftliche Vereinbarungen, denen man die größte Tragweite beimessen zu müssen dachte, schienen sie uns doch durch die Sicherung von Lebensmitteln und Rohstoffen schweren Sorgen zu entziehen. Beträchtliche Kontingente an Getreide, Vieh und Fleischwaren glaubte man „greifbar“, nicht zu vergessen der Vereinbarungen hinsichtlich der rumänischen Petroleumindustrie und der Verkehrsverträge. Im Deutschen Reich wurde weiter, wie man damals noch meinte, aus einem unerschöpflichen Reservoir heraus das Hindenburg-Programm durchgeführt, auch in

der Monarchie nach Kräften für die entscheidenden Kämpfe gerüstet. In Oesterreich allein konnten in zwei Kriegsanleihen 12 Milliarden Kronen aufgebracht werden, immerhin noch ein Dokument der Zuversicht auf ein glückliches Ende: wenn es auch niemals ein Geheimnis war, daß es ausschließlich die Deutschen Oesterreichs gewesen sind, die, wie auf den Schlachtfeldern auch hier ihre Opferwilligkeit bekundet haben. Das Deutsche Reich schlug mit seinen 14 1/2 Milliarden Kronen bei den Kriegsanleihen alle bisher erzielten Ergebnisse seiner staatsfinanziellen Transaktionen während des Krieges. Und als glänzende Erlöse der deutschen Waffen die große Offensive im Westen einleiteten, da flammte noch einmal das Siegesgefühl machtvoll auf.

Unwiderlegbare Zeugnisse, die seither der Öffentlichkeit zugänglich geworden sind — wir denken namentlich an die Enthüllungen des Grafen Czernin — erweisen, daß man sich trotz alledem an den kompetenten Stellen über die trostlose Situation namentlich in Oesterreich keiner Täuschung hingeeben hat, kein Zweifel darüber bestand, daß wir am Rande unserer Kräfte angelangt waren. Die Kriegskonjunktur, die im Jahre 1916 ihren Höhepunkt erreicht hatte, im Jahre 1917 schon merklich abgeflaut war, neigte nun ihrem Ende zu angesichts der unerhörten Produktionschwierigkeiten, unsere Industriellen waren zu einem immer aussichtsloseren Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe verurteilt. Es herrschte ein steigender Mangel an Rohmaterialien und Halbfabrikaten, immer unerbittlicher gestaltete sich vor allem die Beschaffung der notwendigen Mengen an Kohlen und an den Produktionsstoffen aller Fabrikationen, wozu noch Störungen des Verkehrs gekommen sind. Wenn auch die Aufträge für militärische Lieferungen sich verlangsamten, so überstiegen die Ordres doch weitaus die Kapazität der Werke, die aber nicht ausgenützt werden konnte. Es vollzog sich ein unaufhaltbarer Rückgang der Erzeugungsmengen, und das bei schärfster Belastung des Budgets der industriellen Unternehmungen für Löhne und Fürsorgemaßnahmen, die der Unterernährung der Arbeiterschaft steuern sollten.

Die Unterhöhlung der inneren Front war ja in erster Linie eine Folge der Ernährungsschwierigkeiten. Und zum ewigen Gedächtnis muß festgestellt werden, daß nichts die Stimmung in Oesterreich so heruntergebracht hat, wie das Verhalten Ungarns in der Lebensmittelfrage. Diese Unterstüßung der feindlichen Abwehrpolitik war die ärgste Verwundung gegen den Geist der Gemeinbürgerschaft, die allein den Krieg erfolgreich gestalten konnte. Gewiß sind die Anklagen gegen die mangelnde Voraussicht und gegen die Planlosigkeit der für die Aufbringung und Verteilung verantwortlichen Stellen vielfach nur allzu begründet gewesen, aber eine Ordnung der Verhältnisse mußte über ihre Kraft gehen, vor allem angesichts der Obstruktion Ungarns: zwei Ziffern illustrieren in der Tat die Sachlage: zehn bis fünfzehn Millionen Meterzentner betrug in normalen Jahren der Bezug Oesterreichs an Getreide und Mehl, im letzten Wirtschaftsjahre des Weltkrieges haben aber kaum eine Million Meterzentner Getreide hauptsächlich im Wege der Kompensation mit Industrieartikeln Oesterreichs, den Weg zu uns gefunden und auch in einzelnen österreichischen Kronländern ist passive Resistenz geübt worden. „Ungarn ist stets ein unfreundlicher Nachbar und unwilliger Lieferer geblieben, auch das besetzte Galizien ist kaum wieder zu einer kriegswirtschaftlich leistungsfähigen und leistungswilligen Verwaltung gelangt, im größten Kronland Böhmen schwollen die nationalpolitischen Widerstände gegen die Nahrungsmittellieferung nach Wien oder auch nur nach den deutsch-böhmischen Randbezirken immer stärker an.“ So ist trotz strengster Requisition die Ernährungspolitik in Oesterreich schließlich auf einem toten Punkt angelangt, da obendrein die rumänischen Zuschüsse den Erwartungen nicht entsprachen, die ukrainischen hauptsächlich für die Armee bestimmt waren und der deutschen Hilfsbereitschaft Grenzen durch die Unzulänglichkeit der eigenen Bestände gesetzt waren. „Die Länder der heiligen ungarischen Krone“ schwelgen eben im Rauhe des finanziellen Erfolges aus den Kriegslieferungen, aus den letztjährigen Ernten an Brotfrucht, die ebenso wie alle anderen landwirtschaftlichen Produkte, wie Wein, Holz usw. zu Kriegspreisen abgesetzt werden konnten. Mit dem Worte: „Hybris“ wollen die Griechen bekanntlich jenen Hochgrad des Hochmuts bezeichnen, der vor dem Falle kommt. Die Ueberheblichkeit, mit welcher Ungarn im Vertrauen auf seine starke finanzielle Position, seine Suprematie in politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung innerhalb der Monarchie zur Geltung zu bringen suchte, erinnert an diese Charakterisierung. Man hatte eben daran vergessen, daß bei fiamessischen Zwillingen der zweite den Tod des ersten nur kurze Zeit überlebt. Eine Zeit schwerer Not ist für die Bevölkerung Oesterreichs das letzte Wirtschaftsjahr des Weltkrieges gewesen infolge der Knappheit der Nahrungsmittel: die Milch verschwunden, Fleisch, Kartoffel, Mehl und Fett in geringen Mengen, die Brotquote vorübergehend auf einen halben Loth für die Woche herabgesetzt — eine Zeit des großen Sterbens auch im Hinterlande, erschütternde Ziffern der steigenden Mortalität sind erst in den jüngsten Tagen verlaublich worden.

Es stand nur im Einklang mit der zunehmenden Verwirrung, daß auch die Finanzpolitik des Staates fortwährend Irritationen ausgesetzt war, die Schuldenverwaltung jedes Verstandes für eine rationelle Sebarung vermessen ließ und auf der anderen Seite die Milliardenanwendungen für die Unterhaltsbeiträge das Budget verunstalteten. Vergeblich war der Appell an das Parlament, durch Inangriffnahme der Finanzreform endlich Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen und damit auch der schon aufs stärkste in Mitleidenhaft gezogenen heimischen Valuta eine Stütze zu bieten. Heute wissen wir es aber, in welchem Maße die Formel von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die Geister im österreichischen Parlament schon gefangen gehalten hatte. Dem Worte: Der Staat muß leben, jetzen die slavischen Parteien ihr: Der Staat darf nicht

leben entgegen — die wahre „Nach uns die Sintflut“ Politik, und inzwischen schwoh der Notenumlauf immer gefährlicher an. Der Synodus der Handelskammer in Frankfurt am Main Professor Dr. Trumpler führt in seiner Theorie der Inflation aus, die Geldflüssigkeit habe zur Folge, daß Kapital im erhöhten Maße zur Warenbeschaffung benötigt wird. Man bräde das damit aus, daß man sage, ein niedriger Geldstand reize die Unternehmungslust, die namentlich im Zustande einer liquidierten Wirtschaft eine verstärkte Nachfrage nach Waren bedinge. In der Kriegswirtschaft mit ihrer Umschichtung der Vermögen, die einerseits große privatwirtschaftliche Gewinne gebracht hat — die allerdings im letzten Jahre nicht mehr so reichlich geflossen sind — andererseits zahlreichen Schichten so schwere Wunden schlug, hat dies darin seinen Ausdruck gefunden, daß auf dem Schmuggelmarkt für Lebensmittel jeder Preis bezahlt wurde, während die geschwächte Kaufkraft des Geldes alle Kategorien der Unbemittelten mit voller Wucht getroffen hat — ein Zustand, der die Reizungen gleichfalls vermehrte.

Die letzten Monate sind ja noch in Erinnerung, wie da in rasendem Tempo sensationelle Ereignisse sich überstürzten, die an den Nerven rissen. Mit der Vernichtung der bulgarischen Armee begann der letzte Akt des Kriegsdramas, dessen bewegten Phasen die Friedensbitte Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der Türkei, das kaiserliche Manifest über die Errichtung von Bundesstaaten, das Sonderfriedensangebot Andraßys, die schmählichen Waffenstillstandsbedingungen der Entente bildeten und das in dem Zerfall der Monarchie und in dem Sturze der Habsburger Dynastie ausmündete. Welche erregende Zeit, da die Truppen, die durch mehr als vier Jahre einer Welt von Feinden getroht hatten, nun regellos zurückzuziehen, im Hinterlande aber die Furcht vor Plünderung, vor dem Bürgerkrieg, vor dem Kampf aller gegen alle die Gemüter im Banne hielt. Auf den Effektenmärkten der Zentralmächte derouteartige Rückgänge, ein Run auf Banken und Sparkassen, um, wie man in falschen Vorstellungen besaß, vermeinte, die Ersparnisse in Sicherheit zu bringen, Gerüchte über ein Moratorium, Ausgabe von Notgeld, auf den neutralen Plätzen vernichtende Angriffe gegen die Kronenwährung. Die Bestürzung des In- und Auslandes über das Desaster ist in den Panikerscheinungen auf finanziellem Gebiete zu prägnantem Ausdruck gekommen. Ganz im Ungewissen lagen ja die Grenzen des aus Krieg und Revolution geborenen deutschösterreichischen Staates, ganz im Ungewissen die künftigen Beziehungen der auf dem Boden der Monarchie entstandenen neuen Staaten, und damit war auch das kritische Problem der Staatsschuldfrage aufgerollt. Jetzt hielten die neuen Staaten auch den Augenblick für gekommen, um sich in ihrer traditionellen Töbfeindschaft gegen das deutsche Volk in Oesterreich ausleben zu können. Ein früh einbrechender Winter, verschärft durch eine tödliche Seuche, fand die Bevölkerung der einstmaligen Haupt- und Residenzstadt Wien ohne Nahrung und ohne Kohle, ein Noisshrei nach dem anderen gegen die Aus- und Durchfuhrverbote der uns umgebenden Republiken gestülte durch die Deffektivität, und der düstere Anblick der durch Gas- und Elektrizitäts-einschränkungen in Dunkel gehüllten Stadt war das Symbol der Stimmung der Bevölkerung. Erst in den allerletzten Wochen zeigen sich Anzeichen einer Klärung, vor allem sind Ruhe und Ordnung aufrechterhalten worden und doch schon ein etwas leidlicheres Verhältnis mit den Nationalstaaten angebahnt worden, so kehrt auch an der Jahreswende die Hoffnung wieder.

Im Nachstehenden einige Ziffern über die Entwicklung des heurigen Jahres:

### Die fürchtbaren Menschenverluste im Kriege.

Die Opfer auf den Schlachtfeldern. — Große Sterblichkeit im Hinterlande. — Der Ruf nach einer großzügigen Bevölkerungspolitik.

Gesamtverluste und Verminderte Millionen Menschen	Deutschland und Frankreich, Gesamtverluste Millionen Menschen	Frankreich und Vereinigte Staaten (neutrale Schätzungen) Milliarden Grant	Wien Todesfälle	Wien Sterblichkeit infolge Unterernährung
80	4	538	1917: 46.131 1918: 33.268	20 bis 30%
			+ 12.863	

Wenn man das Hauptaugenmerk des echten Kameradisten, sagt Johann Heinrich Gottlob v. Justi, „wozu er bei allen Maßregeln und Anstalten zu sehen hat, in ein Wort fassen wollte, so mühte man durchaus: Bevölkerung ausruhen.“ Diese Devise werden alle Staatsmänner und Volkswirte in der nächsten Zukunft mehr als als je beherzigen müssen, die Verhältnisse stehen nach einer großzügigen Bevölkerungspolitik. Die vorstehenden schrecklichen Ziffern geben einen annähernden Begriff von der fürchtbaren Zerstörung der Volkskraft, die der Krieg und die Hungerblockade zur Folge gehabt haben. Graneroll ist die Mitteilung, daß mehr als elf Millionen Menschen in den Schlachten des Weltkrieges den Tod gefunden haben, mehr als neunzehn Millionen Menschen im Kriege mehr oder weniger ihre Gesundheit einbüßten. Die Zentralmächte aber haben nicht nur schreckliche Opfer auf den Schlachtfeldern bringen müssen, erschütternd sind auch die Ziffern über die verheerenden Wirkungen der Ausperrung von den großen Lebensmittelstapelplätzen der Erde. Das Hungergespenst hat in tausende von Familien des Mittelstandes, des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft seinen Einzug gehalten, jahrelange Unterernährung infolge der Entziehung des unumgänglichen Lebensbedarfes zeigt sich in einer Statistik von ergreifender Wirkung. Das Deutsche Reichsernährungsamt stellt, um nur eine Ziffer zu nennen, fest, daß im Jahre 1917 die Sterblichkeit an Tuberkulose, bei je 10.000 Einwohnern von 15,17 Prozent auf 21,7 Prozent gestiegen ist. Schon im Jahre 1915 ist die Zahl der weiblichen Todesfälle in Berlin im Oktober 1915 auf 3136 von 1097 gewachsen. Eine gleich drastische Sprache sprechen die Ziffern des Berichtes, den der Vorstand des städtischen Gesundheitsamtes in Wien vor kurzem den Regierungen der Entente übermittelt hat. Die Zahl der Todesfälle, die infolge der Unterernährung eingetreten sind, stellt sich auf ungefähr 20 bis 30 Prozent. Die absolute Zahl der Todesfälle stieg von 33.268 im Jahre 1914 auf 46.131 im Jahre 1917. In Deutschland und in Deutschösterreich ist auch eine starke Abnahme der Geburten festzustellen, die sich auf Jahre hinaus als ein „Hungerkrieg“, der sich nicht nur gegen die Kombattanten, sondern auch gegen Frauen und Kinder und in seiner Auswirkung gegen die ganze künftige Generation wendet, die Kriegsgrenel sind in die Zukunft hinein verlängert worden.

2.1.1919

Magnum Speck, Mengen, die zur Befriedigung der Massen nicht annähernd ausreichen, so daß Tausende mit leeren Händen abziehen mußten. Als Ersatz wurden nebst Schaffleisch Pferdewürste ausgegeben. Die Auswahl an Geflügel war dürftig, abgesehen von den teuren Bouskards war nichts zu haben. Der Gemüsemarkt wurde günstiger besichtigt. Zwiebel und Kohlräben langten in größeren Mengen ein. Kapsel reichten aus. Auf vielen Märkten gelangten Kühlhausierer zur Ausgabe.

### Volkswirtschaft.

1918—1919.

Rückschau und Ausblick.

Den Krieg, den Oesterreich-Ungarn geführt, hat es mit seiner Existenz bezahlt. Vor einem Jahre schien er in das Stadium der Liquidation getreten zu sein. Die Friedensverhandlungen mit Rußland und Rumänien waren eingeleitet, das Gebiet des österreichisch-ungarischen Staates war vom Feinde geäubert, seine Armeen hatten Serbien und Montenegro besetzt und standen weit in der venetianischen Ebene. Und an der Westfront hatten die Millionenheere der Entente bis auf einen schmalen Streifen in Flandern alles wieder eingebüßt, was sie kurz vorher mit ungeheuren Verlusten den deutschen Heeren abgerungen hatten. Nun konnte, so meinten wir, der allgemeine Friede nicht mehr fern sein, der an Stelle der zerstörenden Arbeit des unglücklichsten aller Kriege wieder schaffende Arbeit setzen sollte. Damals oder nur wenige Monate später, als die Mittelmächte auf dem Gipfelpunkt ihrer militärischen Erfolge standen, war für sie der Augenblick gekommen, zu sagen: Eine Welt stand wider uns und hat uns nicht niederzuringen vermocht, aber auch wir wissen, daß wir die Welt, die sich gegen uns verbündete, nicht bezwingen können; nicht die einen, noch die anderen können schachtmatt werden; die Partie ist remis. Diesen psychologischen Moment haben die Mittelmächte veräumt und unwiderbringlich war für sie verloren, was sie vom Augenblick ausgeschlagen. Gewiß ist es leicht, ein nach rückwärts gefehrter Prophet zu sein, nach der Entwicklung, die die Dinge seither genommen haben, zu sagen, was damals die Stunde geboten hätte. Aber durch den Grafen Czernin wissen wir, daß jene, die in Oesterreich-Ungarn damals am Ruder waren, wohl wußten, wohin sie steuerten. Und sie steuerten in den Zusammenbruch. Der Großstaat, der in den Krieg auszog, von seinen Vorkern in den Krieg gezogen wurde, ist von der Karte Europas verschwunden, und Deutschland, das unüberwindlich schien in seiner sicheren Kraft, seiner Pflichttreue, seiner Arbeitsamkeit und Wirtschaftlichkeit, ist niedergebroschen und mehrlos seinen Feinden und dem politischen und wirtschaftlichen Elend preisgegeben. Und die ungeheure Tragik dieses Krieges wird noch durch die Tatsache überboten, daß der Völkerrhaß, der ihn entbrennen ließ, an seinem Ausgang keine Abschwächung, eher noch eine Verschärfung zeigt, und daß auch die entsetzlichen Wunden, die die Menschheit sich selbst geschlagen hat, die Menschlichkeit nicht zu Wort kommen lassen. Deutschland soll, wenn seine Feinde ihren Willen durchsetzen, durch Generationen ein Helotenstaat im Dienste erbarmungsloser Herren sein, und in das Gebiet, das ehemals Oesterreich-Ungarn hieß, hat sich der Balkan vorgehoben, und die Kleinen spielen Imperialismus.

#### Hunger und Teuerung.

Unzählige Mischees sind als Eisen geworden. Daß sie uns trotz alledem nicht aushungern können, war auch ein solches Mischee. Mit Genugtuung wurde vor Jahr und Tag auf das Wort Lloyd Georges hingewiesen, das selbst für die englische Ernährung eine kritische Stunde gekommen sei. Aber mit unsern Verhältnissen verglichen, herrschte in den Staaten der Entente geradezu Ueberfluß. Wir waren nicht nur von ihnen, sondern auch von Ungarn blockiert, und schließlich blockierte eine Provinz die andere und die reichen Lebensmittelbezüge aus der Ukraine und Südrußland, die uns der „Profriede“ versprochen hatte, blieben aus. Für Deutschösterreich hat der Zerfall Oesterreichs die Lage verschlimmert. Sein jährlicher Mehlverbrauch beträgt an 11 Millionen Meterzentner, wovon der eigene Ackerboden nur acht Mi-

tionen decken kann. Die Vorräte sind erschöpft, und Wien, das den anderen immer so viel gegeben hat, muß jetzt der kleinen Schweiz innigen Dank für jeden Bissen sagen, den sie mitteilig und mildtätig ihm jendet. Das wird erst anders werden, wenn der Friede die Grenzen öffnen und nach wirtschaftlichen Gesetzen, deren Wirksamkeit auf die Dauer nicht zu hemmen ist, der Ueberfluß der Welt dorthin strömen wird, wo der Bedarf am dringendsten ist. Auch im abgelaufenen Jahre konnte die unübersehbar Zahl der behördlichen Anordnungen der ungeheuren Teuerung nicht Herr werden. Bei einer lückenlosen Erfassung und gleichmäßigen Rationierung aller lebensnotwendigen Vorräte hätte sie bestimmte Grenzen nicht überschritten und die preissteigernde Wirkung der Notenerhebung hätte sich nur dort ungehemmt äußern können, wo Angebot und Nachfrage keinen Beschränkungen unterlagen. Aber die gesetzlichen Vorschriften waren teils unzulänglich, teils war es ihre Handhabung, und das Meer der Preistreiber und Kriegswucherer ist bis zum Ende des Krieges unüberwindlich geblieben. Die Geldentwertung trieb die Preise immer mehr in die Höhe, die Preissteigerung führte immer wieder zu neuen Erhöhungen jedes Arbeitsentgelts und die Erhöhung der Arbeitslöhne zu neuen Preissteigerungen. So unökonomisch wie möglich hat der Staat im Kriege gewirtschaftet, in unverantwortlicher Weise haben die Verantwortlichen das Geld vergeudet und verschwendet. Milliarden hätten bei ordentlicher und gewissenhafter Gebarung erspart werden können. Solange der Staat der größte Verbraucher war, müßten alle Lohn erhöhungen und Preissteigerungen in seinem Schuldbuch und es gab unbeschränkte Arbeitsgelegenheiten. Das ist mit einem Male anders geworden. Die grundstürzende Umwälzung hat alle sorgfältig durchdachten Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft über den Haufen geworfen, zunehmende Arbeitslosigkeit, leider auch vielfach Unlust zur Arbeit verringerten die Erwerbsmöglichkeiten, und mit einer zerrütteten Wirtschaft, einer ungeheuren Schuldenlast und einer noch erschreckenderen Geldentwertung schließt die finanzielle und wirtschaftliche Bilanz des Krieges.

#### Die Träger der Staatsschulden.

Bis zum Ausbruch des Krieges betrug die österreichische Staatsschuld rund 13 Milliarden Kronen. Seither hat sie ohne Berücksichtigung der noch zu leistenden Zahlungen aus Heereslieferungen und Kriegslieferungen eine Vermehrung um mehr als 70 Milliarden erfahren. Davon entfallen 35 Milliarden auf die Kriegsanleihe, an 27,5 Milliarden auf die Vorschüsse der österreichisch-ungarischen Bank, einschließlich des österreichischen Anteils am Erlös ihrer Kassenheime. Diese riesigen Schulden werden durch den Erlös der Heeresgüter verringert, von denen der tschechische Finanzminister jüngst sagte, daß ihr Wert sich durch den Zusammenbruch der Front von 12 auf 6 Milliarden verminderte. Auf Vermögen und Einkünfte des alten Staates wurden seine Schulden aufgenommen, wie bezüglich seiner Aktiven, so müssen auch bezüglich seiner Passiven die Nationalstaaten, die aus Oesterreich hervorgegangen sind, als dessen Rechtsnachfolger angesehen werden. Aber grundsätzliche Erklärungen, daß alle die österreichische Staatsschuld auf ihre Rechnung übernehmen werden, haben sie bisher nicht abgegeben. Es liegen nur Aeußerungen einzelner ihrer Politiker vor, die man zunächst nur als taktische Versuche betrachten möchte, sich für die kommenden Liquidationsverhandlungen möglichst zu verschonen. Rechtlich ist das Verhältnis Deutschösterreichs zum alten Staate kein anderes, als das der übrigen Nationalstaaten; aber wenn die einzelnen Staaten die verhältnismäßige Haftung für die Kriegsschulden nicht voll übernehmen würden, fiel es schwer ins Gewicht, daß sich der Hauptteil der Kriegsanleihen im Besitze von Deutschösterreichern befindet. Gleichwohl würden sich die slawischen Staaten selbst der größten finanziellen und wirtschaftlichen Gefahr aussetzen, wenn sie die Teilnahme an den österreichischen Kriegsschulden ablehnten. Die österreichisch-ungarische Bank ist eine gemeinsame Institution, ihr Notenumlauf erstreckt sich auf alle Nationalstaaten, und je weniger Kriegsanleihe sich in den slawischen Ländern befindet, desto größer ist ihr Banknotenbesitz. Ein namhafter Teil der Kriegsschulden besteht in Vorschüssen der Notenbank, und mehr als 6 Milliarden der Kriegsanleihe hat sie mit 75 Prozent des Nennwertes belehnt. Würden die slawischen Staaten die Übernahme des entsprechenden Teiles der österreichischen Kriegsschulden auf ihre Rechnung ablehnen, dann müßte es zu einem Zusammenbruch der

Oesterreichisch-ungarischen Bank und der österreichisch-ungarischen Währung kommen und in den Strudel einer solchen Katastrophe würden alle Staaten des alten Staates ohne Ausnahme hineingerissen werden.

#### Die Valuta der Besiegten.

Selberisch hat Recht behalten: Nur die Valuta des Siegers ist gut geblieben oder geworden. Heute vor einem Jahre wurde die Krone in Zürich mit 61, die Reichsmark mit 89 Centimes bezahlt, nachdem zwei Monate früher der Kronenkurs 33, der Markkurs 62 notiert hatte. Heute vor einem Jahre war es die Erwartung des Weltfriedens und der baldigen Wiederkehr eines normalen internationalen Handelsverkehrs, was zu einer sprunghaften Besserung unseres Geldes im neutralen Auslande führte. Seither ist die Verschuldung Oesterreich-Ungarns um wenigstens zwanzig Milliarden gestiegen, die Gestaltung der politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Staaten, für die die Notenbank und die antwortete Kronenwährung heute die letzte Gemeinsamkeit bildet, ist unabsehbar. Von dem Preise, den sie vor Jahresfrist aufwies, ist die Krone tief herabgesunken, auf den tiefsten Stand, den sie je verzeichnete, und nicht anders ist es den deutschen Zahlungsmitteln ergangen. Nichts ist so kennzeichnend für den politischen und finanziellen Umchwung, als der Vergleich zwischen der Kursbewegung unseres und des italienischen Geldes. Fast zu derselben Zeit, da für 100 Kronen in Zürich 60 Franken gegeben wurden, zahlte man für 100 Lire dort 40 Franken. Nun ist der Kronenkurs auf 30 gefallen, der Lirekurs auf 75 gestiegen. Es wird Jahre dauern, bis allmählich wieder eine Vorratswirtschaft bei uns wird einsetzen können. Lebensmittel und Rohstoffe müssen wir aus dem Auslande beziehen und werden in den Goldwährungsländern alles doppelt so teuer bezahlen müssen, als es vor Jahresfrist möglich gewesen wäre, unter Berücksichtigung der Geldentwertung und der auch im Auslande gestiegenen Warenpreise im Durchschnitt mindestens fünfmal so teuer als vor dem Kriege. Erst vor kurzem haben wir erfahren, wie sich der Warenverkehr Oesterreich-Ungarns mit dem Auslande im Kriege gestaltet hat. Die Handelsbilanz war im letzten Friedensjahre mit 251 Millionen Kronen passiv, die Monarchie führte Waren im Werte von 3509 Millionen ein und Waren um 2988 Millionen Kronen aus. In den ersten sieben Monaten des abgelaufenen Jahres war die Handelsbilanz mit rund 12 Milliarden passiv. Dadurch ist die Verschuldung ans Ausland in außerordentlichem Maße gestiegen, und die Zahlungen für die Warenbezüge und die Verzinsung der für Warenbezüge aufgenommenen Kredite haben reichlich dazu beigetragen, den Wert der Krone im Auslande herabzubrühen. Ein radikaler Abbau der Warenpreise hat eine Besserung unserer Währung zur unumgänglichen Voraussetzung. Unser Geld muß erst wieder mehr wert werden, wenn wir mehr dafür bekommen sollen als jetzt. Seine Kaufkraft kann aber nur gehoben werden durch eine starke Verminderung des Notenumlaufes, eine ausgiebige Verringerung der Staatsschuld und eine Vermehrung der Güterproduktion. Auf die Dauer können wir unsere Warenbezüge aus dem Auslande nicht mit Anleihen und Krediten decken, sondern müssen sie mit Waren bezahlen.

#### Landwirtschaft und Industrie.

Das abgelaufene Jahr war für die Landwirtschaft im ehemaligen Oesterreich, trotzdem sie abermals nur eine weniger als mittelmäßige Ernte zu verzeichnen hatte, wieder ein sehr gutes. Was gegenüber einem vollen Ernteergebnis weniger eingeheimst wurde, konnte reichlich durch die erzielten höheren Preise mehr als wettgemacht werden. Die Entschuldung der Landwirtschaft hat weitere erhebliche Fortschritte gemacht, bei allen Pfandbriefanstalten hängen sich vorzeitige Rückzahlungen von Hypotheken. Die Landwirtschaft ist heute so kapitalkräftig wie nie zuvor und um so rascher werden die notwendigen Ertragsanschaffungen und noch notwendigeren Meliorationen des Ackerbodens vor sich gehen können. Während von den Kulturlächen des alten Staatsgebietes 35,41 Prozent auf Acker entfielen, umfaßt der Ackerboden Deutschösterreichs nur 26,9 Prozent seiner Kulturläche. Mit allen Mitteln muß eine Intensivierung der Bodenbebauung angestrebt werden, um die Getreidebezüge aus dem Auslande möglichst einzuschränken. Die Industrie blickt mit wenigen Ausnahmen auf ein unbefriedigendes Jahr zurück.

# Volksparofen „Vesuv“

Patente erteilt und weitere angemeldet.

Sensationelle Erfindung in der Heiztechnik! Garantiertes Ersatz für alle Gaskocher!

5 dkg Holz und 30 dkg Kohle genügen, um 3 Liter Wasser in 18 Minuten zum Kochen zu bringen und noch 10 Minuten weiter kochen zu lassen. Um dieselbe Leistung mit dem Gaskocher zu erreichen, sind 250 Liter Gas nötig.

Preis des Volks-Sparofens „Vesuv“, zirka 3 Kilogramm schwer, K 30.—

Provinzversand franko bei Voraussendung des Betrages ab Fabrik Wien K 35.—

## Das Wirtschaftsjahr 1918.

Das abgelaufene Wirtschaftsjahr durchzieht ein Ris, wie er breiter und tiefer noch niemals, seitdem von einer Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsgeschichte gesprochen wird, beobachtet werden konnte. Wir haben es gleichzeitig mit zwei durchaus selbständigen Teilen eines Jahres zu tun: mit einer vollkommen abgeschlossenen Periode, an die sich der erste Beginn einer ganz neuen Zeit reiht. Diese plötzliche und überraschende Wende von der Vergangenheit ist nicht etwa dem Umstand zuschreiben, daß eine immerhin wirtschaftlich hochstehende Großmacht durch einen allzu lang geführten Krieg ganz ausgehöhlt wurde und schließlich wie ein Kartenhaus zusammengestürzt ist. Entscheidend war vielmehr das Entstehen neuer Staaten, die überaus schnell, beinahe über Nacht, nicht nur zu politischer, sondern auch zu unbeschränkter wirtschaftlicher Selbständigkeit gelangten. Die Mauern, die sie jetzt voneinander trennen, sind wie aus dem Boden emporgewachsen und können nur mühsam, nach langwierigen Unterhandlungen, an einzelnen spärlichen Stellen überschritten werden.

Mehr als drei Viertel des abgelaufenen Jahres weisen das wohlbekannte Bild der Kriegswirtschaft eines von der Außenwelt isolierten Staates auf. Wir sehen wieder die alten Gestalten in verschärften Zügen. Wenn auch keine allgemeinen militärischen Einberufungen mehr stattfinden, so ist doch aus zweierlei Gründen der Mangel an geeigneten Arbeitskräften im Zunehmen. Erstens, weil bei dem verhältnismäßig geringen Arbeiterstande auch besondere Einberufungen (zum Beispiel Rückgängigmachung von Enthebungen) fühlbar werden, und zweitens, weil der natürliche Abgang (durch Tod und Krankheiten) ein viel größerer war als in normalen Zeitläuften. In vielen Betrieben ist zeitweilig sogar ein Drittel der Angestellten arbeitsunfähig gewesen. Dazu kam noch, daß infolge der Unterernährung die Arbeitsleistung immer geringer wurde, was sich zum Beispiel im Verban in sehr fühlbarer Weise geltend machte. Die Blockade äußerte sich in doppelter Weise: Sie entzog uns einen großen Teil der unbedingt erforderlichen Nahrungsmittel, der Holz- und Hilfsstoffe, und sie lähmte überdies einen stets größeren Teil unserer industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung. Ein furchtbarer Kreislauf! Wir waren verhindert, unsere Arbeitskräfte zu entsalten, weil wir uns nicht ernähren konnten, und wir konnten uns nicht ernähren, weil wir nicht zu arbeiten vermochten.

Die Knappheit an Sachgütern aller Art hatte ein weiteres Fortschreiten der staatlichen Bewirtschaftung zur Folge. Auch das kleinste Abgehen von diesem Wege, beispielsweise auf dem Gebiete der Luftversorgung, erwies sich als verhängnisvoll. Der freie Handel war und ist unmöglich, solange die unbedingt erforderlichen Bedarfsgegenstände noch nicht in einem halbwegs ausreichenden Ausmaß vorhanden sind, solange der Käufer der Ware und nicht die Ware dem Käufer nachläuft.

Mit dem Schwinden der Vorräte und dem Sinken der Erzeugung schritt Sand in Sand die Zunahme der Teuerung, die durch Preistreiberi, Schleich- und Kettenhandel wirksam unterstützt wurde. Die staatlichen Machtmittel konnten dagegen trotz aller Verschärfung der Verordnungen nicht aufkommen: die wirtschaftlichen Gesetze erwiesen sich als stärker. Die Liquidierung der Wirtschaft und der ungeheure Geldaufwand des Staates führten zu einem weiteren Steigen der Notenüberschwemmung, der die Kriegsanleihen um so weniger begegnen konnten, als die österreichische Finanzverwaltung der Lage durchaus nicht gewachsen war und es unterließ, rechtzeitig eine kühne, vollstündliche Steuerreform durchzuführen. Die hemmungslöse Noten-erzeugung trieb die Preisschraube zu einer noch rascheren Tätigkeit an und es stiegen nicht nur die Preise der beweglichen und unbeweglichen Sachgüter, sondern auch die der Wertpapiere auf immer steilere Höhen. Die Börse wurde von fiebriger Spielleidenschaft durchrüttelt. So schien alles im beschleunigten Tempo den durch vier lange Jahre des Feldzuges bereits angewohnten Gang zu gehen und wir machten uns auf einen fünften Kriegswinter gefaßt, als plötzlich, im vierten Jahresviertel, mit unheimlicher Wucht die Katastrophe hereinbrach.

Sofort nach dem Zerfall Oesterreichs zeigte es sich, daß wir unter allen Staaten uns in der schlechtesten Lage befinden. Wir waren früher in Bezug auf die Ernährung, um die amtliche Bezeichnung anzuwenden, ein Versorgungsgebiet, dessen Bedarf zum großen Teil von den Ueberflüssen der Aufbringungsgebiete (besonders Böhmens und Galiziens) gedeckt werden mußte. Die Aufbringungsgebiete wurden aber zum Ausland, und die feindlichen Abperrungsmassnahmen näherten sich ganz dicht unserem Körper, verengten sich zur Blockade Oesterreichs. Zum Nahrungsmittelmangel, der bald unerträglich wurde, gesellte sich der Kohlenmangel, der selbst die restlichen katalischen Funktionen des Wirtschaftslebens behinderte. Der Verkehr wurde immer mehr eingeschränkt, und der Fahrplan der Eisenbahnen gleicht einer Karrikatur. Wir mußten in endlosen „diplomatischen Verhandlungen“, deren Ergebnisse überdies ganz unzuverlässig waren, geradezu um jeden Bissen Brot, um jedes Stückchen Kohle bitten. Kurzum, der Waffenstillstand hat uns nicht eine Erleichterung, sondern eine wesentliche Erschwerung der Lage gebracht.

Der Zerfall Oesterreichs gab nicht nur den obersten staatlichen Beamten und Behörden den Todesstoß. Auch die kriegswirtschaftlichen Organisationen, die allgemein als Zentralen be-

zeichnet werden, haben ihre Bedeutung ganz eingebüßt. Sie mußten ihre Wirksamkeit auf das kleine Gebiet Oesterreichs beschränken, falls sie es nicht vorzogen zu liquidieren. Nur in ganz vereinzelten Fällen blieben gewisse zentrale Einrichtungen bestehen, wie zum Beispiel die Zentralwagenlenkung der österreichischen Eisenbahnen, die in veränderter Gestalt auf dem Boden der früheren Monarchie den Wagenpark noch einheitlich verwaltet und, als wichtigste Institution, die Oesterreichisch-ungarische Bank, die bis zum Ende dieses Jahres noch in sämtlichen Staaten ihr Privilegium ausüben wird. Das endgültige Los der Oesterreichisch-ungarischen Bank und ihrer Noten ist aber ganz ungewiß. Es hängt aufs innigste mit dem Schicksal der Kriegsanleihen zusammen. Aber schon der Umstand, daß man von der Zukunft der Kriegsanleihen sprechen, ihren vollen Zinsendienst und ihre Einlösbarkeit in Frage stellen konnte — schon dies hat genügt, daß seit dem Niederbruch des früheren Staates die Effekten in unheimliche Tiefen gestürzt sind. Viele Wertpapiere, wie zum Beispiel Kreditanstalt, Wiener Bankverein, Prager Eisen, Alpine, Ekoda und andere haben sogar niedrigere Notierungen erreicht, als im Durchschnitt des letzten Friedensjahres, wobei nicht außer acht gelassen werden darf, daß der Wert unserer Krone kaum ein Drittel des Friedenswertes darstellt. Zugleich war eine weitere erhebliche Verteuerung des Geldes ausländischer und besonders neutraler Staaten zu verzeichnen. Auch in der Aufwärtsbewegung der Nahrungsmittelpreise ist in den letzten Wochen kein Stillstand eingetreten. Nur die Phantasiereise einiger Sachgüter sind, da doch mit einer nicht allzu fernen Einfuhrmöglichkeit gerechnet wird, niedriger geworden. Ebenso die Preise auf dem Wiener Realitätenmarkt, was lediglich dem Umstand zuzuschreiben ist, daß die Zukunft der gewesenen Reichshaupt- und Residenzstadt vielen Kreisen Besorgnisse einflößt. Zu den unerfreulichen Erscheinungen des Wirtschaftskrieges gesellte sich in den letzten Wochen ein Ueberhandnehmen der Arbeitslosigkeit. Die aus dem Armeeverbande entlassenen Soldaten, die „Heimkehrer“, konnten in vielen Fällen keine Beschäftigung finden, zumal zahlreiche Unternehmungen auch die Kräfte der schon angestellten Bediensteten nicht auszunutzen vermochten. Es hätten daher in weitem Maße Entlassungen um sich gegriffen, wenn dem nicht ein durchaus zweckmäßiges Gesetz vorläufig vorgebeugt hätte. Dagegen wurden weibliche Angestellte aller Art in großer Zahl aus den von ihnen während des Krieges nach und nach erlangten Stellungen entfernt. Ein besonders großer Ueberfluß an Arbeitskräften ist in verschiedenen staatlichen Behörden und Ämtern zutage getreten, was in der letzten Zeit zu verschiedenen drastischen Massregeln (zum Beispiel vorzeitige Pensionierungen) Anlaß geboten hat.

Der Ausblick in die Zukunft ist nicht erfreulich. Wir haben den Krieg — einen furchtbaren Krieg, der uns das Mark ans den Knochen gesogen hat — vollständig verloren. Wir stehen da ohne alle Vorräte, wirtschaftlich aufs äußerste geschwächt, mit einer Währung, die im Ausland keinen hellen Klang hat. Auch die Konstruktion unseres Staates, der mit Deutschböhmen und dem Sudetenland mehr als neun Millionen, ohne diese Länder etwas über sechs Millionen Einwohner zählt, wovon der dritte Teil in Wien wohnt, ist nicht besonders glücklich. Ganz alltägliche Nahrungsorgen verbittern unser Dasein, und gleich Almosenempfängern sind wir, nur um uns über den Tag halten zu können, auf fremde Wohlthätigkeit angewiesen. Wir wissen ferner, daß Milliarden über Milliarden erforderlich sind, damit wir bloß die ersten Grundlagen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau legen können. Dabei noch die vollständige Unkenntnis über die nächste politische Zukunft. Welches Schicksal bereitet uns, in geheimnisvollen Besprechungen, die allmächtige Entente vor? Wann wird sie das Bild vom undurchdringlichen Schleier befreien?

Diese und andere Erwägungen lassen keine Hochgefühle aufkommen. Aber gerade in den furchtbarsten Lebenslagen zeigt sich der Wert des Menschen und der Völker. Das niedrige Geschick konnte uns alles nehmen, aber nicht unsere Fähigkeiten und unsere Arbeitskraft. Letztere müssen wir gegen alle demagogischen Bestrebungen hüten und pflegen, denn in ihr liegt die wahre Quelle des Reichthums. Auch hat uns die Natur mit wertvollen Hilfsmitteln mit nützlichem Erz und mit Wasserkräften bedacht. Wir werden schon, mit stahlharter Energie, Güter erzeugen können und uns zu behaupten vermögen. Unser Haus ist niedergebrannt? Gut, wir werden ein neues aufbauen! Nur der ist verloren, der sich selbst aufgibt.

# Wirtschaft

## Politik

### der Stände



halbjährlich  
Marl  
ngarn  
ennig.  
12421.

Anzeigenpreise: Grundpreis der siebenzeiligen Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 80 Pf., im Abendblatt sowie in der Montagausgabe 1 M. Reklamen: Grundpreis der dreizeiligen Zeile 2,50 M. Zu diesen Preisen treten 50 v. H. Teuerungszuschlag. Stellengefuche die Zeile 50 Pf.

39. Jahrgang

en.

anderen Orten.

### Deutschlands Wiederaufbau.

Die harten Bedingungen, unter denen voraussichtlich der Frieden geschlossen wird, drohen in Verbindung mit der ungeheuren Schuldenlast, die wir abtragen müssen, das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft, unserer Industrie, zu brechen. Mit Elsaß-Lothringen gehen uns drei Viertel unserer Eisenerzeugung verloren. Falls auch das Saarbecken verlorengeht, ist ein Zehntel unserer Kohlenproduktion, und falls es den Polen gelingt, in Oberschlesien Fuß zu fassen, ein weiteres Viertel unserer Kohlenausbau gefährdet. Damit verliert die Kohlen- und Eisenindustrie, die einzige, welche die Rohstoffe aus dem Lande selbst beziehen kann, ihre Stellung als Grundpfeiler der deutschen Volkswirtschaft und gefährdet damit auch die Weltbedeutung der deutschen Elektrizitäts- und der chemischen Industrie.

Die Folge des Zusammenbruches der Industrie werden Arbeitslosigkeit und damit Lohnrückerei und eine kolossale Auswanderung sein. Millionen Deutsche würden gezwungen sein, in der wenig erfreulichen Stellung von Gehaltsunterbiotern im Ausland ihr Brot sauer zu verdienen.

In dieser trostlosen Lage bleibt uns ein einziger Lichtblick: die von der jetzigen Regierung geplante Ansiedlung von Millionen kleiner und kleinster Landwirte innerhalb von Deutschland selbst. Diese Besiedlung ist für Deutschland aus bevölkerungs- und machtpolitischen Gründen eine zwingende Notwendigkeit. Nur so werden wir imstande sein, den Verlust von fast 2 Millionen im Felde gefallener kräftiger Männer und den enormen Geburtenrückgang in der Heimat etwas auszugleichen; kamen doch nach neuesten Forschungen auf dem Lande 168, in der Stadt 118 Geburten auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren.

Weite Gebiete in Deutschland lassen eine ausgedehnte Besiedlung als zukunftsreich erscheinen: in den Alpen Bayerns, an der Nord- und Ostsee (Schleswig-Holstein und Mecklenburg), im deutschen Osten kommen auf den Gebietskilometer nur 20 bis herab auf 5 bis 4 Menschen gegen den Reichsdurchschnitt von 120! In weiten Strichen des Ostens war die Bevölkerungsziffer 1895 gegen 1871 bedeutend zurückgegangen. Wie eine eingehende Untersuchung gezeigt hat, läßt sich die Bodenproduktion im Vergleich zu Holland und Dänemark bedeutend verbessern. Im größten Teile Deutschlands herrscht noch heute die Dreifelderwirtschaft, wie vor 1000 Jahren, in Bayern die Feldgraswirtschaft, und nur West- und Süddeutschland hat das Fruchtwechselfystem rationell durchgeführt. Der Osten, auch Schleswig-Holstein im Vergleich zu Dänemark, leiden außerordentlich an Leute-mangel und haben deshalb im allgemeinen keine genügend intensive Wirtschaft betreiben können. Dies wird noch schlimmer werden, wenn die Entente, wie sie beabsichtigt, uns die billigen Arbeitskräfte der Polen und Ruthenen vor-zieht. Der deutsche Arbeiter muß also an ihre Stelle treten. Bis jetzt hat er sich immer ängstlich vom Lande ferngehalten. Mit der eintretenden Aenderung, mit der Möglichkeit, zu günstigen Bedingungen auf dem Lande Eigentum zu erwerben, werden Scharen derer, die bei der Industrie kein Fortkommen mehr finden, gern aufs Land zurück-zutreten.

Um nun die Ansiedlung einer sehr großen Anzahl von deutschen Stammesgenossen auf dem Lande zu ermöglichen, hat unser Berliner Gelehrter, Geheimrat Sering, dessen Ausführungen vor der Berliner Studentenschaft ich hier folge, einen umfassenden Plan ausgearbeitet, der die Genehmigung der Regierung gefunden hat und hoffentlich bald zur Ausführung kommt.

Geheimrat Sering schlägt vor, durch Teilung von Grundstücken und großen Gütern die Ertragnisse des Landes zu verdoppeln, so daß wir in der Versorgung mit Lebensmitteln tatsächlich unabhängig vom Ausland würden, dadurch unsere Valuta heben und der Industrie Ersatz für im Ausland verlorengelungene Märkte geben könnten. Im Westen, dessen Agrarverfassung glücklicher ist, hofft er mehr Menschen in die Dörfer durch Ausbau der Dorfschaften mit Errichtung von Heimstätten anzusiedeln. Ferner beabsichtigt er, die Hochmoore Ostfrieslands zu nutzbarem Lande umzuwandeln. Im Osten sollen durch Großsiedlung die Gutsbezirke zu Dörfern ausgebaut werden. Ein Drittel der Gesamt-gutsfläche der östlichen Provinzen soll zur Kolonisation freige-macht werden, so daß auch dort, wie zur Zeit Friedrichs,

bei Wallsee errichtet werden, die kommissionelle Verhandlung über das Projekt hat bereits im vergangenen Frühjahr stattgefunden. Während der Kriegszeit wurde die große Wasserkraftanlage in Faal an der Donau durch die Steiermärkische Elektrizitätsgesellschaft fertiggestellt. Diese Wasserkraftanlage sollte mit elektrischem Strom das steiermärkische Gebiet versorgen und namentlich die Stromlieferung bis nach Graz bewerkstelligen. Ob jetzt bei den geänderten politischen Verhältnissen, wo die Elektrizitätsquellen im jugoslawischen Staate liegen, die Freizügigkeit des Stromabflusses nach einem deutschösterreichischen Gebiete aufrecht bleiben wird, werden die Ereignisse lehren. Das Werk steht der Betriebsöffnung entgegen.

Für die Eisenbahnverwaltung und die Elektrifizierung der Alpenbahnen kommen in erster Reihe die Tiroler Wasserkräfte in Betracht, von denen sich das Eisenbahnministerium eine ganze Reihe von Konzessionen zur Selbstausübung gesichert hat. In letzter Zeit ist bezüglich der Wasserkraft zum Betriebe der Arlbergbahn gleichfalls das wasserrechtliche Verfahren durchgeführt worden. Ein anderes Projekt, allerdings noch im ersten Anfangsstadium, aber für die Kraftversorgung der Stadt Wien von hervorragender Bedeutung, ist die Verwertung des Ennswassers. Hier standen sich gegensätzliche Autonomiebestrebungen im Wege. Das Land Steiermark hat die Gemeinde Wien konfiszuriert und, damit das Kollegium voll werde, hat auch die Regierung die Ennswasserkräfte mit Beschlag belegen lassen wollen. Jetzt, wo die deutschösterreichischen Interessen sich mehr aneinanderschließen müssen, und mehr aufeinander angewiesen sind, dürfte sich hier ein billiger Ausgleich erzielen lassen, besonders wenn das Strombedürfnis Steiermarks durch die Faalwasserkraft gedeckt sein wird. Dann wird die Ennswasserkraft hervorragend für den Wiener Bedarf benützt werden können, was technisch und wirtschaftlich die einfachste Lösung und die Befreiung aus der jetzigen unhaltbaren Kohlsituation Wiens bedeuten würde.

Große Wasserkräfte gibt es im Salzlammergut, sie sind aber schon im festen Nutzungsbetrieb der Baufirma Stern und Hasserl, welche aus den Gosauwerken den Strom über Wels bis nach Linz leitet; ihre Anlagen sind derart ausgestaltungsfähig, daß sich ein weites Ausbeutungsgebiet auch hier erschließen ließe.

Die Wasserkraftaktion gestaltet sich um so aussichtsreicher, als der Vorrat an verfügbaren und baulichen Projekten für die deutschösterreichischen Ländergebiete auf eineinhalb Millionen Pferdeträfte geschätzt wird, von denen bis jetzt kaum der zehnte Teil ausgebaut ist, also große Schätze an elektrischer Energie noch ungenutzt sind. Einer der wertvollsten Bestandteile des Nationalvermögens Deutschösterreichs harret der Erschließung durch nationale Arbeit und nationales Kapital.

#### Die Wiener Handelskammer und die Wasserkräfte.

Die Wiener Handelskammer beschäftigt sich seit mehreren Wochen in eingehender Weise mit den Fragen der zukünftigen Energiewirtschaft in Deutschösterreich. Die Kammer hat vor ihrer endgültigen Beschlussfassung noch die Zustimmung mehrerer hervorragender Fachmänner entgegengenommen. Dieser Sitzung, der der stellvertretende Vorsitzende der Kammer Director Dr. Hammerichlag präsidierte, wohnten Kommerzialrat Freiherr v. Bachofen, C. H. Stadtbauinspektor Ingenieur Goldemann, Generaldirector Ingenieur Dr. Günther, Hofrat Professor Hochenegg, Ingenieur Janesch, Direktor v. Kainl, Direktor der südlichen Elektrizitätswerke Ingenieur Karel und Vordirektor Ingenieur Stern bei. Der Beratung lag ein vom Kammersecretär Dr. Götzinger ausgearbeiteter Bericht über die Energiewirtschaft in Deutschösterreich zugrunde. Die Experten haben übereinstimmend die große Dringlichkeit der Inangriffnahme des Ausbaues unserer Wasserkräfte hervor. Der sofortige Beginn der Arbeiten sei notwendig. Nicht wenige große Projekte könnten sofort zur Ausführung kommen. Als Organisationsform für manche Projekte empfiehlt sich die gemeinschaftliche Form, ohne daß jedoch in anderen Fällen die rein gemeinschaftliche oder die rein privatwirtschaftliche Organisationsform ausgeschlossen wäre. Im Hinblick auf die hohen Baukosten in der Übergangszeit müßte der Staat mit finanziellen Beihilfen, wie Zinsengarantien oder Darlehen zu begünstigtem Zinsfuß helfend eingreifen. Unerlässliche Vorbedingungen einer Einleitung unserer Elektrizität und Wasserwirtschaft sind ein gutes Elektrizitätsgesetz, eine Ausgestaltung unserer Wasserrechtsgesetze und Vereinigung und Konzentrierung der Verwaltungskompetenzen auf dem Gebiete der Wasser- und Elektrizitätswirtschaft.

## Verwertung der Wasserkräfte.

Mit der Kohlenkrise, unter der jetzt Deutschösterreich leidet, hat das Problem der Verwertung der Wasserkräfte an Aktualität bedeutend gewonnen. Dies hat nicht bloß die wirtschaftspolitische Öffentlichkeit, sondern auch die Regierung des jungen Staates herausgeholt, weshalb sie den Ausbau der Wasserkräfte in beschleunigter Weise durchzuführen versprochen hat. Bestimmend hierfür ist neben der dringenden Abhilfe gegen die Kohlennot auch die Absicht, neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen und wohl auch das große nationale Kapital, über welches das sonst arme Deutschösterreich in seinen Wasserkraften verfügt, für die Energieverwertung nutzbar zu machen. Die Verwertung der Wasserkräfte soll in Deutschösterreich im Dienste der Elektrizitätspolitik stehen, und es handelt sich dabei in weitaus erster Linie um die Schaffung wasser-elektrischer Anlagen. Ein neues, alle Elektrizitäts- und Wasserwirtschaftsangelegenheiten zusammenfassendes Elektrowirtschaftsamt wird die Aufgabe erhalten, die Wasserkraftkonzessionen, soweit sie für den Ausbau reif sind, rasch zu verleihen, zu bewirken, daß die Arbeit womöglich schon im Frühjahr beginne und die Wasserwerke bald in Betrieb genommen werden.

Die frühere Regierung hat nach ihren seinerzeitigen programmatischen Erklärungen einer Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Kapital zugeneigt. Wie sich die deutschösterreichische Regierung zu diesem Problem stellt, steht noch dahin. Aber es ist kaum anzunehmen, daß der deutschösterreichische Staat allein die gewaltigen Mittel wird aufbringen wollen, welche die Elektrifizierung von Bahnen und die Errichtung von Großkraftwerken erfordert, sondern daß er bei der Finanzierung der Wasserkräfte in Deutschösterreich der Mitwirkung der großen Kapitalassoziationen, der Banken und der einschlägigen Industrie- und Gewerkschaften nicht wird entraten wollen. Diese bringen auch tatsächlich schon seit langem der Verwertung der Wasserkräfte ein reges Interesse entgegen, und bereits vor einiger Zeit hat ein eigenes Bankenkonfessionarium, mit dem ersten Bodenkreditinstitut an der Spitze, seine eingehenden Studien und Pläne in einer Denkschrift an die Regierung zusammengefaßt. Möglicherweise wird die deutschösterreichische Regierung jetzt auf diese Pläne zurückgreifen und deren baldige Verwirklichung fördern. Das Ziel dieses Wasserkraftsyndikats, wenn man es als solches bezeichnen kann, bildete eigentlich die Ausnützung der Donauwasserkräfte. Die betreffende Anlage soll

## 1919, ein Jahr des Abbaus.

(Korrespondenz.)

Man gibt sich sehr viel Mühe, besonders in den Ententestaaten, von Rekonstruktion, das heißt vom Wiederaufbau der durch den Krieg gestörten oder zerstörten Zivilisationsstruktur, zu sprechen. Am Willen zur Rekonstruktion zweifeln wir nicht, auch nicht an der Trefflichkeit mancher Pläne: doch bis diese Pläne und bis dieser Willen zu Taten oder gar zur beherrschenden Tätigkeit des geschichtlichen Verlaufs werden, kann noch einige Zeit vergehen. Einstweilen vollzieht sich in der Praxis und im breiten Tageslicht nicht ein Aufbau, sondern ein Abbau unseres Kulturlebens, eine Zerfegung der stolzesten Leistungen und Denkmäler unserer vorkrieglichen Kulturbemühungen. Die Kräfte der Auflösung sind einstweilen noch stärker und wirken über weitere Gebiete als die Kräfte, die schöpfen und ausbauen. Das heißt, der Krieg ist noch nicht vorbei: seine Geschütze sind zwar losgegangen, und wir haben ihr Dröhnen vernommen; aber die Geschosse haben noch nicht alle ihre Ziele getroffen und das Zerbröckeln des schon getroffenen Mauerwerks hat noch nicht aufgehört. Es ist nicht ein Zufall, daß gerade die kunstvollsten und luxuriösesten Gebilde der modernen Kultur, die Großstädte Wien, Petersburg, Berlin am ehesten und stärksten die Spuren des Verfalls aufweisen. Ein Bauerngehöft, ein Landstädtchen hängt zu sehr mit der natürlichen Lebensmittelbeschaffung zusammen, als daß es durch Störungen im Kommunikationsbetrieb, in der Auslösung der Arbeit und dergleichen, ruiniert würde. Aber die Millionenstädte sind so künstliche, geradezu überkünstelte Gebilde unseres Gesellschaftslebens, daß sie vermöge ihrer delikaten Konstitution allen sozialen und wirtschaftlichen und allen Verkehrsstörungen gegenüber sehr empfindlich sind. Darum finden wir die Revolution, die Symptome des Unbehagens und des extremsten Daseinskampfes nicht auf dem Land, sondern in den Volkszentren, nicht in den Wäldern, sondern in den Industrieregionen. Solange ein Volk als Ganzes zunimmt und gedeiht, ist es natürlich, daß auch die Zentren des Volkslebens zunehmen und gedeihen; wenn aber die Zentren auf Kosten des Volks- und Landesganzen Kräfte zu sammeln und zu absorbieren beginnen, wenn die Hauptstädte eher zu Leichtlebens- und Genußrichtern werden und ihr Charakter als Austausch- und Direktionspunkt verliert, dann darf man sie als Geschwüre, als ungesunde, wenn auch noch so üppig wuchernde Parasitäreildungen am Fleisch eines Landes und Volkes auffassen. Athen ist an seinem eignen heißliebigen Städtertum zu Grunde gegangen, Rom hat das alte Italien und die Provinzen des Mittelmeers ausgezogen und ist schließlich an einer wasserfüchtigen Aufblähung seines Volumens verendet. Der Mob von Byzanz hat die Kräfte des oströmischen Reichs verspielt und das Paris der letzten Bourbonen hat gezeigt, wie auch im modernen Europa ein Volk nicht mehr ein städtisches Zentralorgan besitzt, wie es eines wünscht und verdient, sondern daß die Hauptstadt sich in Zeiten des Glücks und des Elends so geberdet, wie wenn sie das ganze Volk wäre. Besonnene Nationalökonomien sagen, das neue Rußland vermöge kein

Petersburg, das neue Deutschland kein Berlin, das neue Oesterreich kein Wien von der Herrlichkeit der Vorkriegszeit mehr zu tragen: das scheint sehr richtig zu sein. Die Dinge, die sich jetzt in den drei Großstädten abspielen, wären dann nichts anderes als die Zukunfts eines Lebewesens, das infolge eines wirtschaftlichen Kräfteentzugs innerhalb kurzer Zeit auf zwei Drittel oder die Hälfte seines Lebensumfangs und seiner Lebensintensität zurückgeschraubt wird. Die Operation ist furchtbar schmerzlich: so und so viel Menschen müssen freiwillig oder durch den Druck von Not und Gewalt ausgeschieden werden; in die übrig bleibenden Existenzmittel müssen sich die übrig bleibenden Menschen unter heftigen Auseinandersetzungen teilen und das Ende der Teilung wird eine allgemeine Schwächung der noch vorhandenen Menschen infolge der vorangegangenen Kämpfe und eine Entwertung der Existenzmittel infolge ihrer Verschleuderung oder Unbrauchbarmachung während der Kämpfe sein.

Diese grausamen Reduktionsprozesse nennt der Historiker dann nachträglich Revolution, und die armen Menschenkinder, welche selbst mitten darin stehen und sich wie Verzweifelte gegen das Los wehren, zu denjenigen zu gehören, die bei dieser Operation ihr Leben und ihre Habe oder ihr Auskommen verlieren müssen, unbedingt müssen (weil der neue Landesorganismus nur eine stark beschränkte Zahl erhalten kann), glauben im Delirium ihrer fiebernden Erregtheit, sie stritten für die Befreiung und das Glück der Menschheit.

Es ist symptomatisch auch interessant festzustellen, daß die Arbeitsstündigungen, d. h. die Gesinnung: „Nehmt mache ich nicht mehr mit, jetzt ist's mir verleidet!“ zuerst immer bei den größten Betrieben, Eisenbahnen, Kohlenbergwerken, Munitionsindustrien auftraten: diese großen Organisationen fühlen sich zum Revollieren am mächtigsten und die Motive des Mißbehagens sind in ihrem Innern am stärksten. Wir sehen: es sind tatsächlich, wie wir schon aus theoretischen Gründen annehmen würden, die höchstorganisierten, raffiniertesten Gebilde unserer Kultur, welche zuerst versagen und durch ihre Fesonie das Leben aller anderen Organe des staatlichen und wirtschaftlichen Organismus lähmen.

Es mag uns ein kleiner Trost sein, zu erwarten, daß Paris, London und New-York gewinnen, was Berlin, Petersburg und Wien verlieren. Aber wir fragen uns unwillkürlich: wird es den westlichen Großstädten nicht in kurzer Zeit auch so gehen müssen, wie den deklaffierten Kaiserstädten an der Donau, an der Spree und an der Newa? Und namentlich, da wir doch nun einmal Schweizer sind, haben wir so viel direktes Interesse am Aufblühen jener Wasserrosen in England und Amerika und am Verschieben des Weltarbeits- und Weltentwöhnungsschwerpunktes nach dem atlantischen Westen? Wir wollen mit der Antwort noch zuwarten. Im Augenblick ist uns ein blühendes Paris oder London sicher mehr wert als ein sterbendes Wien und ein von arauigen Beständen besessenes Berlin. Vielleicht schafft die deutsche Revolution eine tabula rasa, auf der sich später einmal wieder ein ganz nettes Gebäude erheben kann. Aber heute, das wollen wir uns gesagt sein lassen, sind die Boränge im Norden unseres Landes in erster Linie nicht etwas Bewolltes, sondern eine Katastrophe infolge des politischen Zusammenbruchs. Man stelle sich vor: man werre zehn Menschen, die bis jetzt in herrlichen Schächern und auf weiten Gärten gelebt haben, plötzlich in eine zwei Quadratmetrige Bude mit einem Bett und zwei Paßen Brot und einem Krug Wasser ein. Sind diese Menschen vernünftig, so vertragen sie sich, teilen den Raum; treten einander stundenweise das Bett ab; sie rationieren gewissenhaft Brot und Wasser. Weshalb? Erstens aus Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Anstand. Zweitens um die Scheußlichkeit eines Kampfes aller gegen alle zu vermeiden, der entstehen müßte, weil auf die Länge nicht Raum und Nahrung für alle, sondern nur für einen oder zwei da sind. Drittens, weil Hoffnung besteht, daß sie, wenn sie es nur eine Zeit lang aushalten, befreit werden. In einer solchen Lage ist heute das deutsche

Volk. Revolution in einer solchen Lage aber heißt: nicht verständig, nicht menschlich, gerecht und anständig sein, sondern den Kopf verlieren und lieber alle und alles vernichten, als mit den Genossen des Glücks auch solidarisch das Unglück teilen. Wir geben unsere Hoffnung nicht auf, daß die deutsche Disziplin der desparaten Triebe des Egoismus Meister wird. Freilich, bisher gefällt uns die schmerzliche Resignation, mit der Wien sein schweres Schicksal trägt, besser als die burleske Ungeberdigkeit, mit der das immerhin besser ernährte Berlin in Demonstrationen und Antidemonstrationen zuckt.

A. R.

byd *elbany*  
9.1.1919

# Volkswirtschaft.

## Zur Bodenreformfrage.

Von Ingenieur Oskar Kutasi.  
Budapest, 8. Januar.

Eine Bodenreform ist im Entstehen begriffen, die berufen sein wird, die gesamte Agrarproduktion Ungarns in neue Bahnen zu lenken: der Großgrundbesitz soll aufhören, mehrere Millionen Katastraljoch sollen, in Kleinpargellen aufgeteilt, den Besitzlosen übergeben werden. Es handelt sich um die wichtigste Existenzfrage unseres Landes. Ungarn war auch in seinem bisherigen ungeschmälernten Umfange ein Agrarstaat par excellence und wird es in Zukunft noch mehr als bisher bleiben müssen. Sein oder Nichtsein des Landes hängt daher von der richtigen Lösung unserer Agrarfrage ab. Die geplante Bodenreform wurde nach ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Seite hin zur Genüge erörtert; es sei uns gestattet, die Frage nun auch aus dem Gesichtspunkte des Ingenieurs hier einigermaßen zu beleuchten.

Wie verlautet, hat der Ackerbauminister bei seinen Vorarbeiten ursprünglich das ganze Gebiet des bisherigen Ungarn ins Auge gefaßt und auf dieser Basis die Parzellierung von insgesamt fünf bis sechs Millionen Katastraljoch Großgrundbesitz vorgesehen. Leider verneinern sich von Tag zu Tag die Anzeichen dafür, daß mit der Gebietsintegrität des Landes kaum weiter gerechnet werden darf; aber auch abgesehen hiervon ist die Aufgabe der Bodenverteilung eine derartig gewaltige, daß sie im ersten Jahre nur zum Teil durchgeführt werden kann. Im besten Falle kommt daher nach unserer Ansicht für das Jahr 1919 die Aufteilung von Maximum zwei Millionen Katastraljoch in Frage. Die Aussteckung, Vermessung und Parzellierung eines Komplexes von insgesamt zwei Millionen Katastraljoch — zirka 4000 bis 5000 Joch pro Anno als Arbeitsleistung eines Ingenieurs gerechnet — wird im nächsten Jahre 400 bis 500 Ingenieure beschäftigen. Der Ackerbauminister beabsichtigt sehr richtig, diese technische Arbeit an sachkundige Zivilingenieure auf Grund von Einheitspreisen zu vergeben. Die diesbezüglichen Details werden bereits mit den Fachleuten verhandelt und die Parzellierungsvermessungen dürften — sofern die politischen Verhältnisse es gestatten — schon im Februar oder März 1919 in Angriff genommen werden.

Außer diesen eigentlichen Bodenvermessungen wären jedoch auch andere, mit der Reform ebenfalls eng zusammenhängende Ingenieurarbeiten durchzuführen, die wir für ebenso wichtig und vielleicht für noch dringender halten als die obigen, und auf die wir hier ganz besonders die Aufmerksamkeit der kompetenten Faktoren lenken wollen. Diese sind: die auf den aufzuteilenden Gebieten zu errichtenden landwirtschaftlichen Eisenbahnen, Wirtschaftswege, Vertiefungs- und Entwässerungskanäle, Drainagen, Hochwasserabfuhrbauten. Die Lösung dieser Fragen müßte für alle Fälle der eigentlichen Bodenverteilung vorangehen, und sie ist von eminentem volkswirtschaftlichen Interesse. Die Regierung darf nicht dabei stehenbleiben, die Bauern aus den aufzuteilenden Groß- und Mittelbesitzen — die bisher sozusagen die alleinigen intensiv bewirtschafteten Gebiete Ungarns waren — ganz einfach mit Grund und Boden zu versorgen und sie sodann ihrem weiteren Schicksale zu überlassen. Auf diese Weise würde an Stelle der so nötigen Mehrproduktion entschieden eine Minderproduktion entstehen, indem der Bauer — weder über die materiellen Mittel noch über die technischen Vorbedingungen einer den Transport erfordernden und für den Export geeigneten intensiveren Produktion verfügend — sich auf seiner Pargelle bloß auf die Produktion seines eigenen Bedarfs beschränken würde und, zum großen Schaden des Landes, eine erhöhte Produktion oder eine Produktion industrieller Gewächse nicht hervorbringen könnte. Des Ingenieurs hatet in erster Reihe die Aufgabe, auch bei zerböckelten Bodenbesitzverhältnissen durch technische Bauten und Maßnahmen die Grundbedingungen einer intensiven Bewirtschaftung und Mehrproduktion zu schaffen. Erst wenn die technische Möglichkeit hierzu tatsächlich vorhanden ist, kann der Staat die kleinen Landwirte — wenn nötig auch zwangsweise — in Gruppen, Genossenschaften, Genossenschaften organisierend, zur Mehrproduktion anhalten. Schmalspurige Kleinbahnen, Wirtschaftswege, Vertiefungs- und Entwässerungskanäle, Drainagen usw. müssen den aufzuteilenden Boden durchqueren, damit zur Mehrproduktion geschritten werden kann.

Durch landwirtschaftliche Bahnen werden die kleinen Landwirte befähigt, einerseits zur industriellen Aufarbeitung geeignete Massenartikel (z. B. Zuckerrübe usw.) zu produzieren, andererseits infolge des leichteren Transportes auf der Kleinbahn, ihren Boden durch zugeführten Dünger verbessernd, einen erhöhten Ertrag und rentablere Produktionszweige (Obst, Gemüse, Weinkultur usw.) zu erzielen. Vertiefungskanäle sind bei unseren schwankenden klimatischen Verhältnissen zur Einführung und Erhaltung von Gartenbau und sonstigen intensiveren Kulturen nötig. Entwässerungskanäle würden die heute unter Binnenwässern stehenden großen Grundflächen unserer Tiefebene urbar machen, Drainagen die Ertragsfähigkeit des Bodens erhöhen, durch Schutzdämme endlich würden große, durch Hochwasser heimgejagte Gebietskomplexe von der verheerenden Natur einer intensiven Produktion zurückerobert werden.

Schaffen wir diese Vorbedingungen nicht gleichzeitig mit der Bodenverteilung, so wird sich der Bauer damit begnügen, das für sich und seine engere Familie nötige geringe Quantum von Startoffeln, Mais, Weizen usw. in der primitivsten Weise aus dem Boden hervorzubringen, und Ungarn würde dieserart als zusammengekrümpertes, ausschließlich agrarisch-züchtendes Land auf das Niveau einer niedrigen Bauernwirtschaft — ähnlich dem Serbiens

vor dem Kriege — herabsinken. Dies kann unmöglich das Ziel der Regierung sein. Wir Ingenieure aber können keine wichtigere und dringendere Aufgabe kennen, als das Land mittels raschster Durchführung der eben beschriebenen Arbeiten vor diesem Rückfalle, der zum sicheren Ruin führen würde, zu bewahren. Eine durch sämtliche Hilfsmittel der Technik bis zur äußerstmöglichen Grenze potenzierte Mehrproduktion, die blühende landwirtschaftliche Industrien alimentiert und die höchstmöglichen Werte hervorbringt, wäre der einzige Weg, daß selbst für den Fall, als wirklich bloß eine kleine Bauernrepublik von sechs bis sieben Millionen Einwohnern aus unserem schönen Ungarn übrigbliebe, diese kein primitiver Bauernstaat, kein Altserbien, sondern eher zu einem hochkultivierten ungarischen Dänemark oder Holland werde. Nur auf diese Weise wird hier nicht allein der für sein eigenes Bedürfnis sorgende Bauer existieren können, sondern auch der industrielle Arbeiter sein Fortkommen finden und die große Anzahl der Intellektuellen zu Erwerb gelangen.

Wie wir vernehmen, beschäftigt die Frage der nötigen Wasserbauten bereits die Regierung, die sie durch ein besonderes Gesetz regeln dürfte. Bezüglich der landwirtschaftlichen Eisenbahnen jedoch sind unseres Wissens bisher keine wie immer gearteten Maßnahmen getroffen worden, obgleich wir gerade diese Frage für ganz besonders wichtig halten. Infolge des langen Krieges hat sich der Bestand der Zugtiere im Lande stark vermindert; durch die Bodenverteilung bleibt der größte Teil der kleinen Landwirte ohne Bahnverbindung. Diese beiden Umstände machen es zur gebieterischen Notwendigkeit, daß ehestens ein Kleinbahnenetz entstehe, das der landwirtschaftlichen Massenproduktion einen verlässlichen, ökonomischen, von Vitterungsverhältnissen unabhängigen Transportweg sichert. Falls wir uns die aufzuteilenden zirka zwei Millionen Katastraljoch einfachheits- und übersichtlich halber aus belläufig 400—500 durchschnittlich je zirka 4000 bis 5000 Joch umfassenden Gebietskomplexen vorstellen, und auf je ein derartiges Gebiet eine nur zehn Kilometer lange Kleinbahn rechnen, müßten insgesamt zirka 5000 Kilometer landwirtschaftliche Bahnen erbaut werden, um zu erreichen, daß der größte Teil der zur intensiven Bewirtschaftung geeigneten Pargellen und der zu errichtenden Dorfsiedlungen in die Nähe dieser Bahnen gelange. Diese Feldbahnen könnten natürlich in Privatbesitz nicht mehr wie bisher als Privateigentum einzelner Interessenten für deren alleinigen Bedarf und aus deren eigenen Mitteln gebaut werden. Kostet doch ein Kilometer Feldbahn unter den einfachsten Verhältnissen, und selbst wenn als Oberbau und Fahrplan eventuell billige militärische Demobilisationsmaterialien in Kombination kommen, durchschnittlich minimal zirka 30.000 Kronen, somit die ganze Bahn bei einer minimalen Entfernung von nur 10 Kilometern zirka 300.000 Kronen. Eine derartige Investition aber konnte sich bei den bisherigen Bodenverhältnissen nur der größere Grundbesitzer gestatten, dessen Besitz sich auf mindestens 2000 bis 3000 Joch belief. In Zukunft, wo derartige Besitztümer aufhören, können all diese Feldbahnen nicht mehr wie bisher als Privatbahnen, sondern sie müssen für den allgemeinen Verkehr als gemeinnützige Schmalspurbahnen ausgebaut werden. Zu weit würde es führen, wollten wir hier auch die zweckmäßigsten Finanzierungs- und Betriebsführungsmöglichkeiten dieser Bahnen erörtern. Wir halten es für wahrscheinlich, daß vorläufig in erster Reihe der Staat die Baukosten wird aufbringen müssen; das investierte Kapital könnte am einfachsten in dem Kaufpreis der interessierten Pargellen Dedung finden und als intabuliertes Amortisationskapital getilgt werden. Nebenfalls wäre die Frage dieser Bahnen ebenfalls ehestens durch ein besonderes, den veränderten Verhältnissen angepaßtes Gesetz zu regeln.

Unsere Ausführungen zusammenfassend, kommen wir zu dem Schlusse, daß in erster Reihe, bevor noch die Bodenverteilung in ihren Details durchgeführt wird, zumindest die allgemeinen Pläne der Bahnen, Wege und Wasserbauten der aufzuteilenden Gebiete festgelegt werden müssen. Nur auf diesen Plänen als Grundlage können die detaillierten Bodenverteilungspläne wirklich sachgemäß aufgebaut werden, vorausgesetzt, daß die Regierung nicht eine nur auf Schlagwörtern beruhende, ephemere Grundbesitzpolitik betreiben will, sondern wirklich die Schaffung einer bleibenden, die Mehrproduktion fördernden, gemeinnützigen und sozialen Bodenreform bezweckt.

17. I. 1919

# Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 17. Jänner.

## Die bankpolitischen Maßnahmen der neuen Nationalstaaten.

(Festsetzung eines Verhältnisses zwischen Krone und Dinar in Jugoslawien. — Der Protest der Oesterreichisch-ungarischen Bank gegen das Lombardverbot für Kriegsanleihe in Böhmen. — Die Vertretung der Tschechen im Generalrat.)

Bisher sind nur die Verordnungen der Zentralregierung in Belgrad und die — übrigens abweichend lautenden — Verfügungen der einzelnen Nationalregierungen in Jugoslawien bekannt gewesen, die sich auf die Ueberstempelung der Banknoten zum Zweck der Konstriktion derselben beziehen. Gestern aber wurde amtlich eine Verordnung der jugoslawischen Regierung verlautbart, die die Abstempelung der Kronennoten nach einem bestimmten Verhältnis beinhaltet. Das amtliche Laibacher Korrespondenzbureau veröffentlicht ein Communiqué aus Belgrad, wonach der Kurs der Krone mit 250 Kronen gleich 100 Dinar festgesetzt wird.

Vor einigen Tagen ging bekanntlich die Meldung durch die Blätter, daß die Abstempelung im Verhältnis von 3:1 vor sich gehen soll. Man war schon damals allgemein der Anschauung, daß es sich bei der Lancierung dieser Nachricht um einen Versuchsballon handelt. Der Sturm, der sich gegen die angekündigte Maßnahme in den betroffenen Teilstaaten der Monarchie erhoben, scheint insofern nicht ohne Wirkung gewesen zu sein, als von der Devaluierung der Krone in dem ursprünglich in Aussicht genommenen Ausmaß abgesehen wurde, vielmehr das Verhältnis 2½ in 1 gewählt wurde. Dazu ist nun zu bemerken, daß im allgemeinen in Jugoslawien der Dinar mit zwei Kronen bezahlt wird, doch mag das Verhältnis auf einzelnen Plätzen immerhin 2.20 oder 2.30:1 sein. Unter allen Umständen bedeutet die „Auf rundung“ auf 250 Kronen für 100 Dinar einen ganz willkürlichen Akt, der eine Durchbrechung der Währungseinheit und eine Deklassierung der Banknote in den Gebieten des jugoslawischen Staates darstellt — und gegen den alles das wiederholt werden muß, was gegen die ursprünglich beabsichtigte Abstempelung im Verhältnis von 3:1 eingewendet worden ist. Das Notenwesen und das Geldwesen sind, wie insbesondere Knapp stets betont, staatliche Regale, und davon macht der jugoslawische Finanzminister Gebrauch, ohne daß allerdings der jugoslawische Staat bisher anerkannt worden wäre! Es fällt auch auf, daß es in der Verordnung heißt: „Nach diesem Kurse werden in allen Ländern des jugoslawischen Staates, somit auch in Kroatien und Slavonien, die Bezüge der Staatsbeamten ausbezahlt werden.“ Daraus ist nicht ersichtlich, ob das auch in Slowenien der Fall ist.

Es ist oben darauf hingewiesen worden, daß die Verordnungen der Nationalregierungen nicht gleich lauten. So wird in der Verordnung der Nationalregierung in Sarajevo ausgeführt, daß das Finanzministerium des Königreiches Serbien, Kroatien und Slavonien zur allgemeinen Kenntnis bringe, daß die durch die Oesterreichisch-ungarische Bank nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie mit dem Datum vom 27. Oktober 1918 ausgegebenen Geldnoten zu K. 20 (2. Gm.), K. 25, K. 200 und K. 500 wegen Mangel an Deckung von den Staats- und öffentlichen Kassen des obgenannten Königreiches als Zahlungsmittel nicht angenommen werden, daher auch zur gegenwärtigen Ueberstempelung nicht zugelassen werden können. Auf Grund dessen werde die Bevölkerung hiemit aufmerksam gemacht, die obervähnten Geldnoten zur Ueberstempelung nicht vorzuweisen und dieselben auch im Privatverkehr nicht anzunehmen. Abgesehen davon, daß in der vorstehenden Verlautbarung von 500-Kronennoten die Rede ist, die bekanntlich nicht existieren, sind die dort angeführten Argumente haltlos. Mit Recht heißt es in einer Verlautbarung des „Währungsschutz“: „Diese Verfügung ist viel weitergehend, als was bisher authentisch aus Jugoslawien über die Währungsmaßnahmen berichtet worden ist. Damit wird für die gesamte Banknotenemission der nachrevolutionären Zeit die Geltung in Jugoslawien aufgehoben. Daß diese Banknoten keine Deckung haben, kann nicht zugegeben werden. Sie haben eben dieselbe Deckung wie alle anderen, nämlich die Forderungen der Notenbank an österreichisch-ungarische Staatsverwaltungen. Sie sind auf Grund parlamentarisch genehmigter Kredite ausgegeben worden und müssen bei der finanziellen Liquidation der Monarchie ebenso anerkannt werden wie die älteren Banknoten. Das Vorgehen Jugoslawiens zeigt aber die Dringlichkeit dieser finanziellen Auseinandersetzung. Vorerst kommen durch die Maßnahme nur die Besitzer dieser Banknoten in Jugoslawien selbst zu Schaden, da deren Verwertung außerhalb Jugoslawiens bei dem eingeschränkten Verkehr und den bestehenden Ein- und Ausfuhrverboten für Banknoten schwer möglich sein wird. Aber wenn jeder Staat ohne Einvernehmen mit dem anderen auf dem Gebiete der ehemaligen Monarchie entstandenen Staaten solche oder ähnliche Verfügungen erlassen würde, dann würde die Basis des Vermögens, des Kredit- und Zahlungsverkehrs allgemein erschüttert werden. Daß einzelne Staaten die Bank noch benützen müssen, um ihren Geldbedarf zu befriedigen, ist sehr bedauerlich, aber das liegt in der Liquidation des mehrjährigen Krieges begründet und geschieht selbst in den siegreichen Ländern wie Frankreich, wo die Bankvorschuße an den Staat fortgesetzt steigen. Es müssen aber Vereinbarungen zwischen den Teilstaaten getroffen werden, in welcher Weise der Geldbedarf gedeckt wird, ohne daß durch einseitige Maßnahmen eines oder des anderen Staates, der die Oesterreichisch-ungarische Bank nicht in Anspruch nimmt, der Geltungsbereich der Banknoten nachträglich verengt und das Vertrauen in die Banknoten erschüttert wird.“ Ueber die Beweggründe der Abstempelung unterrichtet offenbar

1919

# Der Volkswirt.

## Die staatliche Bewertung der Wasserkräfte Deutschösterreichs.

Von Sektionschef Dr. Robert Erienberger.

Ueber den Stand der Ausnützung der Wasserkräfte in den österreichischen Alpenländern, die ja letzter Linie in Betracht kommen, haben die im Jahre 1917 erschienenen Mitteilungen des Eisenbahnbauamtes über die Vorbereitungen zur Ausnützung der Wasserkräfte und zur Elektrifizierung der Vorkampfbahnen schätzenswerte Aufschlüsse gegeben. Wie in anderen Ländern, zum Beispiel in Bayern, ward in Österreich im Jahre 1905 ein Studienbureau gegründet, das die ausnützbaren Wasserkräfte aufsucht, sie auf ihre Eignung für die elektrische Traction der Bahnen prüft und gegebenenfalls Projekte behufs Erwerbung der Wasserkraftkonzession ausarbeiten sollte. In den erwähnten Mitteilungen ist das Ergebnis dieser umfassenden und erschöpfenden Arbeiten niedergelegt. Es kommt dabei auch deutlich zum Ausdruck, warum es notwendig ist, die über bereitenden Studien geblieben ist. In erster Linie waren es finanziell-wirtschaftliche Erwägungen, denn der Ausbau großer Wasserkräfte war, wie der Wasserwirtschaftsverband der österreichischen Industrie im Jahre 1911 hervorhebt, ein sehr riskantes Unternehmen, das selbst im Mutterlande der Wasserkraftausnützung, der Schweiz, in der Regel nur eine sehr knapp bemessene Verzinsung bringe. Dazu kam, daß Österreich, im Gegensatz zu Ländern, in denen die Ausnützung der Wasserkräfte vorgeschritten war, wie in der Schweiz, Italien, Skandinavien, damals in der glücklichen Lage war, über reiche Kohlengebiete verfügen zu können, wodurch sich der „kritische Strompreis“, das heißt die Parität der Kosten der Erzeugung des Stromes durch Wasserkraft oder durch Dampfkraft, zumungunsten der Wasserkraft kalkulierte. Und zu einer voraussetzenden, vielleicht auch momentan nicht völlig rentablen Wirtschaftspolitik hatten wir im alten Österreich, in dem so viel Geld zur Befriedigung oder Befriedigung nationaler Wünsche verwendet werden mußte, niemals die Mittel. Trotzdem also angesichts unseres damaligen Kohlenreichtums der Ausbau der Wasserkräfte keineswegs überall rentabel war, unterließ es das Eisenbahnministerium keineswegs, immer wieder zu betonen, daß die Rohstoffnot, der Mangel an Eisenbahnfahrzeugen, der Stand unserer Valuta, aber insbesondere das Steigen der Kohlenpreise die rascheste Ausnützung unserer Wasserkräfte und den elektrischen Betrieb von Staatsbahnen notwendig mache.

Und jetzt sind wir in der Situation, daß die glücklichen Voraussetzungen, die uns ein großes vorsichtiges Vorgehen bei der Ausnützung der Wasserkräfte gebietet, nicht mehr zutreffen, daß wir ein kohlenarmes Land geworden sind, das seinen Bedarf an Kohle für seine Bahnen kaum zur Hälfte aus dem eigenen Gebiete decken kann und hinsichtlich der Beschaffung der übrigen Kohle für die Bahnen, des gesamten Hausbrandes und der Industriekohle auf die Gnade, das Wohlwollen und Wohl in erster Linie auf die bessere Einsicht unserer Nachbarn angewiesen sind. Welche Bedeutung jetzt der raschen und zielbewußten Ausnützung unserer Wasserkräfte zukommt, bedarf keines weiteren Beweises.

Rasch und zielbewußt müssen wir vorgehen, müssen zugreifen, ohne große weitverbreitete Prognosen, wo sich die Gelegenheit zur raschen nutzbringenden Verwendung brachliegender Wasserkräfte bietet, und hierbei nur darauf Bedacht nehmen, daß durch keine rechtlichen oder technischen Vorkehrungen etwa dem späteren umfassenderen Ausbau der Wasserkraft vorgegriffen werde. Wir müssen sehen, wo und auf welche Weise am raschesten die Kohle durch die Wasserkraft ersetzt werden kann. Daß womöglich die Bahnen vor allem der durch Wasserkraft ermöglichten Elektrifizierung zugeführt werden müssen, ist bei dem Umstande, daß sie die größten Kohlenverbraucher sind, einleuchtend. Wir müssen uns aber hierbei vor Augen halten, daß nicht das ganze Bahnnetz auf einmal elektrifiziert werden kann und daß die Umgestaltung der Bahnanlagen, die Herstellung der elektrischen Lokomotiven immerhin eine geraume Zeit erfordern wird, während der die Wasserkraft für andre, rascher einer Umgestaltung auf elektrischen Betrieb zugängliche Unternehmungen herangezogen werden kann. Schließlich ist es für den Endeffekt gleich, ob die Kohle bei der Bahn oder bei einem andern Unternehmen erspart wird, aber jeder Tag, an dem eine Wasserkraft früher zur Verwendung kommt, ist für die Volkswirtschaft Deutschösterreichs ein Gewinn. Die Bahnanlagen, bei denen die Vorkehrungen für den elektrischen Betrieb am weitesten vorangeschritten sind, bei denen auch die Wasserkraft teils schon verwirklicht vorhanden ist, teils ohne Schwierigkeit im Walde gewonnen werden kann, sind die Arlbergstrecke

und die Salzlammertgutbahn; die Elektrifizierung der letzteren war technisch und finanziell bereits im Jahre 1912 vollkommen sprudelfähig und gesichert, scheiterte aber an finanziellen Bedenken.

Ueber den Reichtum der Wasserkräfte, die ausnützbare sind, gibt die Zusammenstellung in den „Mitteilungen“ über die studierten Gefällstufen in den österreichischen Alpenländern Aufschluß. Sie umfaßt 433 Projekte, von denen allerdings jetzt ein großer Teil infolge der politischen Neugestaltung für Deutschösterreich in Wegfall gekommen ist. Über immerhin bleibt ein sehr ansehnlicher Teil übrig. Namentlich der Nordabfall der Zentralalpen von der Schweizer Grenze bis zum Laufe der Mur mit seinen schematisch wiederkehrenden Gefällstufen, den in zahlreichen Gebirgsseen und ausgedehnten Gletscherfeldern bereits vorhandenen natürlichen Speichern bedingt eine außerordentliche Menge ausnützbare Wasserkräfte. Fast in jedem Seitental der Tauernkette liegen unerzöglichen leicht ausnützbare, leicht fahbare Wasserkräfte. Um lange Fernleitungen zu ersparen, wird es allerdings notwendig sein, daß Industrien sich in der Nähe dieser Wasserkräfte ansiedeln, denn gegenwärtig sind diese Gebirgstäler

den zahlreichen, noch ausnützbaren Wasserkräften der Mur bestell, die für bestehende Industrien und namentlich für die Beleuchtungs- und Verkehrszwecke der Stadt Graz Verwendung finden können. Eine besondere Bedeutung gewinnt in diesem Zusammenhang die Wasserkraft der Enns, die vom Zusammenfluß bis Altenmarkt mit etwa 80.000 Pferdekraften geschätzt werden kann. Da die Ausnützbare der Donau bei Wallsee mindestens in weiter Ferne liegt, bildet die Wasserkraft der Enns die einzige große Wasserkraftquelle, die für die Bedürfnisse Wiens jetzt in Betracht kommt; es ist begreiflich, daß sich die Gemeinde Wien schon seit langem um die Erwerbung dieser Kraftquelle bewirbt. In welcher peinliche Lage der Staat Deutschösterreich durch die Abhängigkeit seiner Hauptstadt von den Kohlenzuschüssen aus den nördlichen Nachbarstaaten gekommen ist, haben wir jetzt schmerzhaft empfunden; hierin Wandel zu schaffen, ist geradezu eine Lebensfrage des Staates.

Der Staat ist es, der jetzt das allergrößte Interesse an der ausgiebigen Ausnützung der Wasserkräfte, dieses gerade bei der gegenwärtigen Gestaltung des Staates unendlich wertvollen Nationalvermögens, hat. Er muß daher unter allen Umständen die Hand auf alle Wasserkräfte legen und seinerseits alles beitragen, was die rascheste Bewertung der Wasserkräfte ermöglicht. Ein Staatsmonopol auf alle Wasserkräfte erscheint als ein Gebot unserer Volkswirtschaft, wobei die Ausnützung dieses Monopols auch der privaten Tätigkeit auf beschränkte Zeit überlassen werden kann. Aber daß die Wasserkräfte in Deutschösterreich Eigentum des Staates sein müssen, an diesem Grundsatz dürfte nicht gerüttelt werden. Es darf keine Landesmonopole geben, die schon mit Rücksicht auf das Zueinandergreifen der Flußgebiete unrationell wären, man denke an die Wasserkräfte des steirischen Salzlammertgutes, die nach Oberösterreich hin orientiert sind, und an die des Ungarn, die zum Flußgebiete der steirischen Mur gehören, und ähnliche hydrographische Verhältnisse. Daß sie möglichst unabhängig vom Auslande werden, ist eine der Hauptaufgaben unserer Staatswirtschaft; um das Ziel zu erreichen, müssen dem Staate auch die Mittel hierfür zur Verfügung stehen, und eines dieser Mittel ist die Verfügung über die Wasserkräfte. Hat der Staat das Monopol über die Wasserkräfte einmal in Anspruch genommen, dann lassen sich die verschiedenen Formen der Ausnützung dieses Monopols leicht regeln. In vielen Fällen wird der Staat die Kraftwerke selbst bauen müssen und den Strom, sofern er ihn nicht für eigene Zwecke benötigt, verschleifen, in den meisten Fällen wird es entweder zu einem Zusammenarbeiten mit autonomen Körperschaften oder Privaten oder zur völligen Ueberlassung der Ausnützung an private Unternehmungen kommen, wobei über das Entgelt der Ueberlassung (Wasserzins — Gewinnanteil — Heimfall) und die an die Ueberlassung zu knüpfenden Bedingungen (Maximalhöhe des Strompreises und ähnliches) in jedem einzelnen Falle Vereinbarungen zu treffen sein werden. Hierdurch und nicht durch eine allgemein geltende gesetzliche Bestimmung wird es möglich sein, der Verschiedenheit der Verhältnisse Rechnung zu tragen.

Um aber die Ausnützbare der Wasserkräfte für den Staat in jeder Beziehung sicherzustellen und Klarheit in die Verhältnisse zu bringen, wodurch allein ein rascher Erfolg der Aktion erzielbar ist, werden einige gesetzliche Vorkehrungen zu treffen sein. Zunächst muß alles Gewässer als Staats-eigentum erklärt und die wenigen Privatgewässer, die, wie einige Seen (zum Beispiel Spillsee, Mähntsee) meist Zufalls-eigentum Privater sind, vom Staate gegen Entschädigung des gegenwärtigen Marktwertes in Anspruch genommen werden. Für die Errichtung der Wasserkräftenanlagen

Bezugsbedingungen

Wien: Mit Zubehörung ins Haus:  
 Wöchentlich . . . . . K 1.—  
 Monatlich . . . . . 4.20  
 Vierteljährig . . . . . 12.60

Provinz und Ungarn:  
 Monatlich . . . . . K 4.30  
 Vierteljährig . . . . . 13.90

Demischland: Viertel. K 20.—  
 für alle anderen dem Weltpostverein  
 angehör. Länder: Viertel. K 25.—

Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Rechte  
 Alsenste 97, und in den Filialen:  
 I. Schulstrasse 12, Tel. 9193  
 II. Baumgartengasse 30, Tel. 40228  
 X. Wienplatz 6, Tel. 89044  
 XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 88128  
 XVI. Klausgasse 24, Tel. 84148  
 XVII. Radnergasse 24, Tel. 12126  
 XXI. Angererstrasse 14.

für die an fernde Adressen oder  
 Beschleüßer bezahlten Beträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 Offene Reklamationen sind portofrei.

# itung

sterreich.

Ihr nachmittags.

XXXI. Jahrgang.

Chemiker überwacht. Und mit dem Wirtschaftsprozess hat sich unser ganzes Leben vergeistigt, verwissenschaftlicht. Unsere Städte mit ihren Wasserleitungen, Telephonen, Kraftzentralen, Spitalern sind Kristallisationen des wissenschaftlichen Denkens, das Massendasein unserer Staaten bedarf von Tag zu Tag mehr einer nach wissenschaftlichen Grundsätzen arbeitenden Verwaltung; die juristische Kunst allein tut's nicht mehr.

Wie sich die Stellung der Wissenschaft zur Wirtschaft änderte, mußte auch die Stellung des Wissenschaftlers in der Gesellschaft eine andere werden. Der Gelehrte von einst, mochte er sich im Mittelpunkt der Kultur fühlen, befand sich an der Peripherie des praktischen Lebens, das unverändert um die alten handwerklichen Ueberlieferungen, um die alten zünftlerischen Bräuche kreiste. Der Wissenschaftler von heute ist ein notwendiges Glied sowohl des wirtschaftlichen wie des staatlichen Lebensprozesses. Die geistigen und die körperlichen Tätigkeiten der Arbeit verteilen sich auf die beiden Träger, die geistigen und die physischen Arbeiter, während die Funktionen des Unternehmens immer mehr zur bloßen Arbeit des Profitmachens herabsinken, zu einer immer deutlicher betonten parasitären Daseinsform. Mein wie die Wissenschaft durch die ungeheuren technischen Veranstellungen, die sie geschaffen, denselben Arbeiter, der zu ihrer Bedienung unentbehrlich ist, zugleich wehrlos gemacht hat — denn er kann niemals hoffen, Herr und Eigentümer der Maschine zu werden wie ehemals des Handwerkszeuges —, so hat ihre Entwicklung auch den wissenschaftlichen Betrieb selbst vollständig abhängig gemacht von einer ungeheuren Fülle literarischen und technischen Apparats. Der Forscher von einst war mit wenigen Büchern und Instrumenten Herr seines Arbeitsfeldes, der Wissenschaftler von heute kann in seinem Fache nicht arbeiten ohne die Versuchsanstalten, Konstruktionsbüros u. s. f., die nur der Staat oder die Industrie aus ihren Mitteln herzustellen vermögen. Die Wissenschaft hat ihre geistigen Schöpfer und Mitarbeiter, wie ihr Kind, die Industrie, die Arbeiter, ihres Handwerkszeuges beraubt und nötigt sie gleichfalls, sich dem Kapital oder dem Staate in den Dienst zu stellen, wenn sie mit den Produktionsmitteln des wissenschaftlichen Berufes, dem instrumentellen, stofflichen und literarischen Apparat überhaupt in Berührung kommen wollen.

Auch der geistige Arbeiter tritt auf den Markt, auf dem er nichts zu verkaufen hat als seine geistige Arbeitskraft. Die Verkaufsbedingungen haben sich aber für diese ebenso ungünstig gestaltet wie für den Verkauf der physischen Arbeitskraft, und zwar aus dem gleichen Grunde: durch die Verwissenschaftlichung und Mechanisierung des Arbeitsprozesses. Der Handwerker von einst konnte in seiner besonderen Geschicklichkeit einen individuellen Wert darstellen, der unwiederholbar und einzig war, wie noch heute in manchen Geschmacksgewerben einzelne hervorragend begabte Arbeiter, Zeichner, Zuschneider. In der Großindustrie jedoch ist selbst der gelehrteste Arbeiter nur der Inhaber von Fertigkeiten, die ein anderer ebenso erlernen kann, ein stets vertretbarer Wert. Steht es um die wissenschaftliche Arbeit anders? Die Madonnen Rafaels bleiben auch seiner Schule gegenüber das Einmalige, Einzig und Einzig, aber was als Götterfunke des Gedankens im Kopfe eines Bunsen oder Helmholtz aufgeblüht, wird zehn Jahre später jeder halbwegs unterrichtete Chemiker oder Physiker als geläufige Vorstellung innehaben, mit sicherem Griff handhaben. Die Wissenschaft hat die Höhenlage des Daseins außerordentlich gesteigert, aber ihre bereits durchmessenen Stufen sind jederzeit für jeden fast durch bloßen Fleiß erreichbar, ihre tiefsten Gedanken, ursprünglich aus gründlichster Geistesanstrengung erwachsen, unmittelbar übertragbar. Auch der wissenschaftliche Arbeiter kann demnach im Durchschnitt nur, was jeder ebenso Geschulte gleichfalls zu leisten vermag; er ist also für den Unternehmer nichts anderes wie der industrielle Arbeiter, bloß ein vertretbarer und vertauschbarer Wert. Ja es ist die Frage, ob den Fabrikanten der Austritt seines Chemikers nicht noch gleichgültiger läßt als das Ausschneiden eines tüchtigen Werkmeisters. Denn die hohen Schulen des Staates, Universitäten und technische Lehranstalten, sorgen dafür, daß aus den Tausenden Zöglingen, die sie jährlich entlassen, für die Fabriken nicht minder eine wissen-

## Die geistigen Arbeiter.

Die geistigen Arbeiter haben ihren Platz im politischen Leben noch nicht gefunden. Mit den Kleinbürgern stecken sie in der Hinterlassenschaft der Bourgeoisie, zwischen den einzelnen demokratisch oder national gefärbten Kapitalistenparteien hin und her schwankend. Und doch ist durch die wirtschaftliche Entwicklung ihre Klassenlage nicht weniger eindeutig als die der industriellen Arbeiter bestimmt. Der Industrialismus, der das Heer der von ihren Produktionsmitteln getrennten Arbeiter unter dem Regime der Maschine zusammenfaßt, bedeutet nach seiner geistigen Seite die Verwissenschaftlichung des Arbeitsprozesses. Die Gütererzeugung, die bis zum Ende des achtzehnten, ja bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts auf der Ueberlieferung handwerklicher Geschicklichkeit, auf einer empirischen Regellehre der Handgriffe ruhte, ist heute in einen technischen Prozeß verwandelt, der wissenschaftliche Gedanken verwirklicht. Die Wissenschaft ist Herrin unseres Wirtschaftslebens geworden nicht nur in dem Sinne, daß die Maschine, diese Vergegenständlichung wissenschaftlicher Ideen, den Arbeitsablauf zwangsläufig bestimmt, dessen eigentliche Kraftquelle sie ist, sondern auch dadurch, daß die Herstellung der wichtigsten Gebrauchsgüter steter lebendiger Mitwirkung und Kontrolle durch den wissenschaftlich geschulten Mitarbeiter erheischt. Das gilt ebensowohl von neuen Industrien, die, wie die Elektrotechnik, selbst Kinder der neuen wissenschaftlichen Zeit sind, als von den ältesten und ehrwürdigsten Arbeitsprozessen, etwa von der Erzeugung von Stahl oder Gese, die heute der

Vierteljahr. Bezugspreis: in Köln 8.40 M., einschließl. Bestellgeld, bei den auswärtigen Vertriebsstellen 10.40 M., einschließl. Bestellgeld, bei den deutschen Postanstalten 8.40 M., ausschließl. Bestellgeld. Preis für die Anzeigenzelle oder deren Raum 1.40 M. für die Reklamenzelle oder deren Raum 4.40 M.

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmter bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Vertragsgenossen: Koblenz C. Heinen, Krefeld J. P. Houben, Lannep A. D. Mann, Mainz Mainz Ver.-Anst. Mannheim D. P. enz. Mülheim (R.) H. Baedeker-Buchh. M.-Gladbach E. Schellmann, Neudorf Garenfeld, Neuwohlfeld Trumm, Romschold C. A. Kocherath, Rheindorf O. Berger, Ruhrort Andrene & Co. Saarbrücken J. C. Schäfer, Siegburg A. Fritz, Solingen Ed. Elven, Wiesbaden H. Gieß. — Sonst. Vertreter in Deutschland: in allen größ. Städten: Haasensteins & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. M. & H., Invalidendank, Bremen Herm. Wüller, Wih. Schellier.

## Hat das Bürgertum noch eine Aufgabe?

Von Dr. Freundt, Berlin.

Angeichts der Übereinstimmung in den Anschauungen weiten bürgerlicher Kreise mit den Grundthesen der Mehrheitssozialisten sind Zweifel darüber entstanden, ob die bürgerlichen Parteien eine geistig selbständige Stellung neben den Vertretern der Sozialdemokratie einnehmen können. Diese Auffassung entspricht einer vollkommenen Verleugnung der Tatsachen. Verwirrt durch die Ereignisse, die die Vertreter der Handarbeiterschaft an die Spitze der Regierung gestellt haben, haben sich die Millionen der Kopfarbeiterschaft zu dem Glauben verleiten lassen, daß es ein für allemal mit der politischen Führerschaft des Bürgertums vorbei wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Jeder Tag, der uns mit neuen Phantasien der sozialdemokratischen Theorien bekannt macht, sei es die Trennung von Staat und Kirche, sei es die Sozialisierung der Wirtschaft, sei es die Solidarität der internationalen Arbeitermassen in ihrer Wirksamkeit für einen gerechten Frieden — jeder Tag beweist uns aufs neue, daß die Lehren und Parteibooktrinen der jetzigen Parteiregierung verhängnisvoll für das deutsche Volk sind und bleiben werden.

1. Die Sozialdemokratie will eine Klassenkampfpartei sein, d. h. eine Interessenspartei der Handarbeiterschaft. Das hat Noske noch am 22. Oktober im Reichstag deutlich ausgesprochen, das wird von den Sozialisten aller Schattierungen mit stolzem Bewußtsein ausgesprochen. Nun ist die Frage: Kann die Kopfarbeiterschaft sich vertreten lassen durch eine Klassenkampfpartei der Handarbeiterschaft? Wohl erklärt die Partei der Handarbeiterschaft, daß sie demokratisch gesinnt wäre, das heißt die Interessen aller vertreten wolle. Wie stimmt damit aber überein, daß man sich andererseits als die Vertretung des Proletariats, also als Klassenpartei ausgibt? Hier liegt eine Täuschung durch Schlagworte vor. Die wahre Demokratie kann nicht zur Verwirklichung einer Klassenherrschaft führen. Wir wollen keine Diktatur des Proletariats, keine Handgranatenpolitik. Das Bürgertum sieht es also als seine Aufgabe an, die Forderungen der Klassen und Berufsstände gegenseitig auszugleichen. Es soll ein gerechtes Urteil über die Leistung der verschiedenen Volkskreise ermöglicht werden. Diese Gerechtigkeit kann von einer Klassenkampfpartei nicht erwartet werden. Die Wohlfahrt aller kann nicht dem Urteil einer Parteiherrschaft der Handarbeiterschaft allein unterstellt werden. Dafür muß das Bürgertum sorgen. Die gerechte Durchführung des Sozialismus als die Wohlfahrt aller kann heute nur vom deutschen Bürgertum gewährleistet werden.

2. Der Sozialismus ist kein Vorrecht der Arbeiterschaft, sondern bedeutet Gerechtigkeit und freie Entwicklung für alle. Seine Verwirklichung wird heute durch die Selbstsucht großer Teile der Arbeitermassen gefährdet. Die Streiks, die phantastischen Lohnforderungen, die Bedrohung leitender Persönlichkeiten zeigen, daß das Verantwortungsgesühl für die Wohlfahrt aller bei der Arbeiterschaft nicht immer vorhanden ist. Ohne Anhören der Nationalversammlung wolle ein großer Teil der Arbeiterschaft seine einseitigen Forderungen durchsetzen. Die durch die Sozialdemokratie der unabhängigen Richtung angestrebte Vereitelung der Vertretung aller beweist, daß die Wahrnehmung der Rechte aller verhindert werden sollte. Ein solcher Sozialismus wäre Betrug, deshalb tritt das Bürgertum für eine ehrliche Durchführung des Sozialismus ein. Wer den gerechten Sozialismus, d. h. die Wohlfahrt aller, will, der wähle die Vertreter der Deutschen Volkspartei.

3. Die Parteidoktrin der Sozialdemokratie gefährdet die Verwirklichung des sozialen Ideals, indem sie die Lebenshaltung durch die Bureaufaktisierung der Wirtschaft zu verschlechtern droht. Es ist weder bewiesen noch wahrscheinlich, daß die Bureaukratie die schöpferische Kraft der selbständigen Persönlichkeit ertöten kann. Das Wirtschaftsleben ist eine Entwicklung zu immer neuen Formen. Eine Produktionsweise wird durch eine andere nur dann abgelöst, wenn sie einen größeren Ertrag verspricht, das hat schon Marx erkannt. Deshalb wird die kapitalistische Produktionsweise so lange bleiben, als ihre Ertragsfähigkeit größer ist als die der Bureaukratie. Die Betriebsordnung der Volkswirtschaft, bei der der Kessel durch den Erwerbstrieb des einzelnen geheizt wird, hat sich heute noch immer als die rationellste herausgestellt. Auf der andern Seite beweisen zahlreiche Erfahrungen mit staatlichen, d. h. bureaufaktisierten Betrieben, daß diese Betriebsordnung den Ertrag vermindert. Wer also die Wohlfahrt aller will, kann nicht die bureaufaktisierte Wirtschaft fördern. Es ist ein Irrtum, einen Gegensatz konstruieren zu wollen zwischen dem durch gesteigerte Arbeitsleistung des einzelnen geschaffenen Vermögen und Einkommen einerseits und dem Interesse der Gesamtheit andererseits. Ein Gegensatz besteht hier nicht, vielmehr die völlig gleiche Interessiertheit am Ertrag. Die Gesamtheit nimmt an dem, was der einzelne schafft, auf dem Wege der Besteuerung teil. Angeichts der starken Inanspruchnahme des privaten Einkommens und Vermögens muß dieser Anteil für die Gesamtheit als außerordentlich groß angesprochen werden. Kapitalistische Produktionsweise bedeutet Arbeit des Unternehmers im Alford. Wer etwas von industrieller Arbeit versteht, der weiß, daß diese Alfordarbeit der bureaufaktisierten Stundenlohnarbeit bei weitem an Ertrag überlegen ist. Wer also die freie Entfaltung der Kräfte vor dem Rheumatismus, d. h. der Bureaukratie bewahren will, wer den vollen Ertrag seiner Leistungsfähigkeit erreichen will, der wähle die Vertreter der Deutschen Volkspartei.

4. Die sozialdemokratische Handarbeiterpartei erklärt sich als internationale Klassenpartei. Sie erwartet, daß die Handarbeiterrevolution in aller Welt für die gerechten Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern sorgen wird. Da aber angesichts der starken Nationalisierung aller Volkswirtschaften auch die künftig etwa von den Arbeitermassen regierten Staaten ihre selbstständigen Interessen verfolgen werden, kann die Lösung aller der aus der heutigen furchtbaren Lage des deutschen Volks sich ergebenden Fragen nicht auf dem Wege über die internationale Handarbeiterpartei erreicht werden. Darum vertritt die Deutsche Volkspartei die nationalen Forderungen des deutschen Volks auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Diese Forderungen können nicht bis zu dem Zeitpunkt aufgeschoben werden, wo die Handarbeiterklasse international zur Macht und zur Einsicht über die Notwendigkeiten und Bedürfnisse der einzelnen Völker gelangt ist. Die Theorien der Sozialdemokratie, die uns auf die Gerechtigkeit der internationalen Handarbeiterschaft vertritt, können uns heute nicht helfen. Darum stellen wir den nationalen Gedanken dem internationalen voran.

5. Die sozialistische Bureaukratie, die in einem von der Arbeiterklasse allein beherrschten Staate entstehen würde, würde die Freiheit der Persönlichkeit sowohl auf politischem, geistigem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet gefährden. Die Schulgesetze eines Adolf Hoffmann, der vor der Überzeugung des andern nicht haltmachen will, sondern uns zwingen will, die Heldentaten unsrer Männer während des Krieges zu vergessen und zu verleugnen! Hier wird eine so gewaltige seelische Kraft des Volks gegen den Doktrinarismus eines Buchstabengläubigen sprechen, daß wir nicht in Sorge sind, daß die Entwicklung uns, die wir auch die marxistische Lehre von der allein seligmachenden Herrschaft des Proletariats für überholt halten, recht geben wird. Darum wird es unser oberster Grundsatz sein, die geistigen Überlieferungen des Bürgertums, die auf geistige Kämpfe von Jahrhunderten zurückgehen, hochzuhalten gegenüber dem Materialismus der Handarbeiterschaft, die erst seit einem dreiviertel Jahrhundert überhaupt als Klasse sichtbar in die Erscheinung getreten ist.

6. Die Kopfarbeiterschaft, das sogenannte Bürgertum — ein völlig unzulänglicher Ausdruck —, ist aber nicht nur um seiner demokratischen Ideen willen notwendig, vielmehr zeigen auch die durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse, daß praktische Arbeit ohne diese Volksschicht überhaupt nicht geleistet werden kann. Die Handarbeiterklasse ist nicht in der Lage, die Regierung des Staates allein durchzuführen, viel weniger die Wirtschaft als Ganzes zu leiten. Typisch dafür ist die Befehung der Fachministerien. Man hat trotz jahrelanger Kritik an der Steuerpolitik des alten Reichs keinen Mann in der Sozialdemokratie, dem man die Führung des Reichschatzamtes anvertrauen könnte. Dafür mußte der Nationalliberale Schiffer einspringen. Wenn

76  
73

## Wien, das Hamburg des Ostens.

Wien, am 9. Jänner.

Der Zerfall der Monarchie bringt Wien in eine böse Lage, und verschiedene Pläne werden erwogen, dem alten Kulturzentrum an der Donau, in dem geistiges und wirtschaftliches Schaffen von Millionen fulminierte, in seiner bisherigen Bedeutung zu erhalten und damit für die Stadt und für ganz Deutsch-Österreich ungeheure Werte zu retten.

Wien als Kunst- und Fremdenstadt? Wien als Stadt der Studenten? Wien ein Venedig und ein Weimar? Das ist ein schönes, ein ästhetisch schönes, wahrscheinlich auch rentables Programm, aber Venedig hat — 100.000 und Weimar 35.000 Einwohner; München, dessen Umland Bayern etwa so groß ist, wie unsere Alpenländer, hat 600.000 Einwohner und Wien hat deren über zwei Millionen. Es kann nicht nur von Nutzen und Liebe leben, und auch von den alpenländischen Provinzen nicht, die uns nicht nötig haben und ethische Werte wohl kaum überzahlen werden.

Wien muß einen neuen Weg gehen, den, welchen ihm seine geographische Lage weist und die Ausnutzung der in dieser Stadt aufgespeicherten wirtschaftlichen und kulturellen Werte ermöglicht, den Weg, der ihm als deutscher Stadt allerdings wohl leichter gangbar wird. Die Donaustadt muß das Hamburg des Ostens werden, das Handelszentrum Mitteleuropas, der Mittler zwischen Ost und West.

Damit das werden kann, bedürfen wir zunächst einer großzügigen Wasserstraßenpolitik. Wir haben die Donau, einen Winterhafen und Kanalprojekte. Das sind die Ansätze, welche entwickelt werden müssen. Es ist zu hoffen, wenn auch — meines Wissens — nirgendwo davon zu lesen war, daß wir der Friedenskonferenz unsere Stellung zum Donauproblem zur Geltung bringen. Die freie Schifffahrt auf der Donau unter internationalen Garantien, die Neutralisierung der Donaumündungen, mit Rekonstituierung der internationalen Donaukommission, die Internationalisierung der 1 Quadratkilometer (Helgoland 0,55 Quadratkilometer) großen Schlangeninsel im Schwarzen Meer sind für uns Lebensfragen. Die Donauuferstaaten müßten im Mündungsgebiet und auf dieser Insel kleine Settlements für Hafenanlagen, Umladeeinrichtungen, Reparaturwerkstätten, Lagerhäuser u. dgl., unter dem Schutze aller Staaten stehend, besitzen. Mit der völkerrechtlichen Lösung dieser Fragen steht und fällt unsere Zukunft.

Wir benötigen ferner einen „Wiener Lloyd“, eine heimische Fluß- und Seeschifffahrtsunternehmung, welche den Handel nach Südrussland, mit seinem reichen Wasserstraßensystem, nach Mittelasien und dem Orient vermittelt. Diese Länder sind, wenn man nur die günstigste, zunächst dem Schwarzen Meer gelegenen Gebiete, wie die ehemaligen russischen Gouvernements Charkow, Kiew, Laurien, Jekaterinoslaw, das Dongebiet, Kaukasien und die Türkei in Betracht zieht, reich an Rohstoffen. Es ist nicht die Rede von noch ungehobenen Schätzen, von leise anklingender Zukunftsmusik, sondern im Gegenteil nur von den normalen Produktionsverhältnissen.

Die Volkswirtschaft unseres jungen Staates wird vor allem Baumwolle, Kohle, Wolle, Felle und Häute, Getreide, Mehl, Vieh, Petroleum, tierische Fette, Hafer, Flachs und Tabak aus Einfuhrgütern benötigen.

In allen übrigen Dingen, wie Reis, Kaffee, Kautschuk, Seide usw., werden wir schon Rat schaffen; sie fallen, so notwendig sie sind, hinsichtlich Menge und Wert etwas weniger ins Gewicht, und wir werden eben sehr sparen. Übrigens ist die Weltmarktlage so, daß wir uns in Zukunft wegen Kaffee, Seide usw. keine Sorgen zu machen brauchen. Die früher genannten Rohstoffe aber werden mindestens 60—70% unserer Einfuhr darstellen, wobei die Möglichkeit, schwarze Kohle durch die weiße Kohle unserer Wasserkräfte zu ersetzen, ins Kalkül gezogen wurde.

Häute, Getreide, Mehl, Vieh, Fette und Petroleum waren schon immer die wichtigsten Ausfuhrartikel Südrusslands, und wir werden sie ohne Schwierigkeit bekommen können, wenn wir nur etwas dafür zu bieten vermögen, ebenso Tabak, den uns Bulgarien, die Türkei und der Kaukasus liefern werden. Was die Schwarzen-Meer-Länder und deren Grenzgebiete unse-

rer Textilindustrie an Rohstoffen, also vorzüglich an Baumwolle und Wolle, geben können, hängt davon ab, wie sich dort die politischen Verhältnisse gestalten werden. Eines scheint sicher, daß die Republiken Georgien und Armenien im Kaukasus unabhängig und frei, von großrussischem Wirtschaftsimperialisismus befreit, von großrussischem Wirtschaftsimperialisismus befreit bleiben werden. Die Friedensproduktion dieser beiden Staatengebiete an Baumwolle würde genügen, unseren Eigenbedarf daran zu decken, wobei uns zustatten kommt, daß wir im Donauweg eine unvergleichlich günstigere Verbindung besitzen. Wenn die Ukraine ebenfalls unabhängig bleiben sollte, so daß wir in diesem Lande mit Großrußland in freie Konkurrenz treten, nicht aber durch eine großrussische Monopolstellung ausgeschaltet werden würden, scheint auch unsere Vollversorgung gesichert, denn die Ukraine ist einer der bedeutendsten Schafwollproduzenten der Welt. Hans und Flachs hat Rußland, wenn auch nicht gerade Südrussland, weit über den Bedarf produziert, und wären für uns immerhin auf dem südlichen Weg erreichbar.

Die Schwarzen-Meer-Gebiete sind nicht nur hinsichtlich Produktion und geographischer Lage für die Lösung unseres Rohstoffproblems von größter Bedeutung, sie stellen auch für unsere kleine Industrie, und das ist nicht weniger wichtig, gleichzeitig lehrende Abhänggebiete dar. Die ungeheuren Werte der russischen Ausfuhr nahmen ihren Weg überwiegend aus dem Süden des Reiches und wir können die Mittler sein, die diese Werte ins Herz Europas und nach dem Westen führen. Von den früher erwähnten Ausfuhrgütern sei nochmals Petroleum erwähnt, welches der Kaukasus mit einer Jahresproduktion von 8.000.000 Tonnen, die Galizien und Rumänien um ein Mehrfaches übertreffend, ausführt. Könnten nicht Wiener Donauantriebsdampfer diese wertvolle Flüssigkeit zu uns und ins Herz Deutschlands tragen? Der Kaukasus (Georgien) ist auch der weitaus größte Förderer an Manganerz, welches nicht nur die Stahlindustrie benötigt.

Schließlich sind die Küsten des Schwarzen Meeres die wirtschaftlichen Einfallspforten ins Innere Russlands, zu den Baumwoll- und oßgebieten Turkestans, zum nördlichen Persien. Die Gunst unserer geographischen Lage wird selbst englischer oder anderer Wirtschaftsimperialisismus in ihrer Wirkung nicht ganz auszuschalten vermögen, wenn wir sie zweckmäßig ergänzen durch geschickte Nutzung einer wertvollen Waffe, durch — Organisation. Da liegen Möglichkeiten, aber auch Gefahren. „Az Ussaq“ veröffentlichte kürzlich Mitteilungen des Fregattenkapitäns Döbrentey, des ehemaligen Leiters der Donauschifffahrtsgruppe, der in Angelegenheit der Wiederaufnahme der Donauschifffahrt und der endgültigen Regelung der Donaufahrt Schritte eingeleitet und seine Vorschläge sowohl den Donaustaaten, als auch den daran interessierten Entente-mächten unterbreitet hat. Nach den Ausführungen des Genannten sei die sofortige Möglichkeit der Wiederaufnahme des Donauverkehrs in einer radikalen Internationalisierung aller Donaufahrtbetriebsmittel gegeben; zur reibungslosen und sicheren Befahrung der Donau von Regensburg bis Sulina würden die privaten Schifffahrtsunternehmungen auf lange Zeit wegen ihres nationalen Charakters kaum Gelegenheit haben. Fregattenkapitän Döbrentey stellt sich die Internationalisierung der Donaufahrtbetriebsmittel derart vor, daß alle im Besitze der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung befindlichen Fahrzeuge auf Grund des Waffenstillstandsvertrages requiriert werden. Des Weiteren wäre unter dem Protektorate der Entente-großmächte und Beteiligung aller größeren Donauschifffahrtsgesellschaften eine Internationale Donauschifffahrtsgesellschaft zu gründen, in welche die an der Donau interessierten Staaten Ausnahme finden sollen. Amerika sei bereit, die finanzielle Regelung der Donaufahrt vorzunehmen, wozu eine Summe von rund 100 Millionen Dollars notwendig sei. In Belgrad tage seit längerer Zeit eine gemischte Kommission, bestehend aus amerikanischen, englischen, französischen und deutschen Delegierten unter Vorherrschaft des englischen Admirals Troubridge. In Belgrad würden Ententeoffiziere in Wien eintreffen, welche die praktische Durchführung der Wiederaufnahme des Donauverkehrs vorbereiten sollen. In dortigen Kreisen werde also die Frage der Internationalisierung der Donau als prinzipiell entschieden betrachtet. Der Zweck der Belgrader Donaufahrtkonferenz, die für die allernächsten Zeit geplant sei, zu der alle Donaustaaten

und alle Donauinteressenten eingeladen werden, solle dahin gerichtet sein, eine gerechte Einigung der sich widersprechenden Interessen zustande zu bringen und darüber zu entscheiden, wie diese Internationalisierung durchgeführt, die finanzielle Frage geregelt und hauptsächlich die Sicherheit der Schifffahrt garantiert werde. Proger und jugoslawische Kreise seien mit dem Vorschlag einverstanden, während in Bayern und Deutschösterreich die Ansichten über diese Art der Lösung noch geteilt sind.

Der Vorschlag ist kein guter Dienst. Das Einzige, was uns geblieben ist, die Donauschifffahrt, soll dem Ententekapital ausgeliefert werden und die Internationalisierung der Donau, die wir so dringend benötigen, würde aus einer Einrichtung der Freiheit in eine Zwangsjacke verkehrt. Es soll zu Ende sein mit den Entwicklungsmöglichkeiten, die unserem Fleiß und unserer Intelligenz gegeben waren. Es ist anzunehmen, daß die deutschösterreichische Regierung und die Gemeinde Wien gegen den Plan, sollte es sich wirklich um ein Schifffahrtsmonopol und Aneignung unserer deutschösterreichischen Donauschiffahrt handeln, energisch Stellung nehmen.

Eine conditio sine qua non der Organisation ist die Kenntnis der Faktoren, mit denen zu rechnen ist. Wien muß die Zentrale alles Wissens über den Gesamtkomplex der Ostfragen werden. Zu diesem Zwecke sollte ein „Wiener Orientinstitut“ geschaffen werden, welches alles, was an ähnlichen Einrichtungen schon besteht, aufnimmt und ausgestaltet. In Deutschland gibt es vorbildliche Anstalten dieser Art, von welchen wir trotz unserer traditionellen Beziehungen zum Osten noch viel zu lernen haben. Bei der Anlage darf nicht vergessen werden, daß das einstige Rußland und der Balkan für uns von besonderer Bedeutung sind. Auch die Nationalstaaten der ehemaligen Monarchie werden für uns an Wichtigkeit gewinnen, aber erst dann, wenn ihre Vertreter nicht mehr zu Verhandlungen den Revolver mitbringen. Das Wiener Orientinstitut muß Forschungsinstitut, Haus der Freundschaft, Lehranstalt für orientalische Sprachen, wirtschaftspolitische Auskunftsstelle, Stellenvermittlung und so weiter, alles in einer Schöpfung vereint, sein. Wie die Sache angepackt wird, davon hängt alles ab.

Der enggesteckte Rahmen dieser Ausführungen macht eine noch gründlichere Durchleuchtung der angeschnittenen Fragen unmöglich. Vielleicht empfiehlt es sich, daß die Stadt Wien, die vielleicht einmal ein eigener deutscher Bundesstaat sein wird, ehestens ein wirtschaftspolitisches Referat schaffe, mit der Aufgabe, die Voraussetzungen unserer wirtschaftlichen Neuorientierung zu schaffen.

Wien braucht nicht zu verzweifeln, aber wir müssen arbeiten und den Umsturz und damit den Zusammenbruch von unserem fragilen Wirtschaftsleben fernhalten. Soziale und wirtschaftliche Experimente halten wir nicht mehr aus; sie, aber auch nur sie, würden für uns das nicht mehr gut zu machende Ende mit Schreden bedeuten.

Oberleutnant J. Mayerhölzer.

## Ein sozialpolitisches Weltprogramm.

Deutsche Vorschläge für die Friedenskonferenz.

Das Reichsarbeitsamt hat im Einvernehmen mit Sachverständigen aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften und von Sozialreformern ein Programm aufgestellt, mit dem die deutsche Regierung in die auf der allgemeinen Friedenskonferenz zu erwartenden Beratungen über eine internationale Regelung des Arbeiterrechts eintreten will. Das Programm, an das sich die Regierung nur bei allseitiger Annahme gebunden erachten würde, besteht, wie die „Deutsche Allgem. Ztg.“ mitteilt, aus 27 Punkten.

Es sieht die internationale Regelung des Freizügigkeits-, des Koalitionsrechts, der Arbeitsvermittlung, Sozialversicherung, des Arbeiterschutzes, der Arbeitshygiene, der staatlichen Arbeitsaufsicht und der internationalen Durchführung vor.

Auswanderungsverbote sind unzulässig, ebenso generelle Einwanderungsverbote, wenn sie nicht zum Schutz der Volksgesundheit oder mit Rücksicht auf zeitweilige Arbeitslosigkeit bestimmt sind oder durch die Forderung bestimmter Mindestkenntnisse im Lesen und Schreiben zum Schutz gewisser Betriebe eingeschränkt werden.

Das freie Koalitionsrecht und das Recht der Koalitionen, die wirtschaftlichen Interessen, besonders in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vertreten, ist gleichmäßig für in- und ausländische Arbeiter zu gewähren, einschließlich des Streikrechts. Ausländische Arbeiter werden in Lohnfragen den inländischen gleichgestellt und dürfen nicht wegen gewerkschaftlicher Handlungen ausgewiesen werden. Vor der Vollstreckung von Ausweisen kann an die richterliche Entscheidung appelliert werden.

Die Arbeitsvermittlung ist durch den Ausbau der Arbeitsmarktschlichter von den vertragschließenden Staaten zu regeln. Die Statistiken werden durch eine internationale Zentralstelle in kurzen Zeiträumen ausgetauscht.

Die Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Betriebsunfall, Alter und Arbeitslosigkeit, ferner Hinterbliebenen- und Mutterschaftsversicherung werden in allen Staaten eingeführt und zwar unter Gleichstellung der Ausländer. Die Gegenseitigkeit der Staaten in bezug auf die Fortzahlung der Renten an rückwandernde Ausländer soll vereinbart werden.

Die Gesetzgebung für Arbeitshygiene, insbesondere der Schutz in gefährlichen Betrieben, sind in allen Staaten auszuführen, bewährte Schutzvorrichtungen gegen Unfallgefahr und Berufskrankheiten sind international zu vereinbaren. Ein besonderes Seemannsrecht und ein Seemannsschutz sind unter Mitwirkung der betreffenden Organisationen zu schaffen.

In gewerblichen Betrieben wird der Achtstundentag eingeführt, die Arbeitsdauer für Arbeiterinnen beträgt am Sonnabend vier Stunden und zwar bis 12 Uhr mittags.

Jugendliche dürfen vom vollendeten 14. Lebensjahre an Lohnarbeit leisten und müssen bis zum 18. Lebensjahre Fortbildungsunterricht genießen. Arbeiterinnen dürfen vor und nach ihrer Niederkunft insgesamt zehn Wochen — davon mindestens sechs Wochen nach der Niederkunft — nicht beschäftigt werden. Für gleiche Arbeitsleistung ist Arbeiterinnen der gleiche Lohn wie Arbeitern zu zahlen. Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ist, abgesehen von dringenden technischen Erfordernissen, zu verbieten. Die wöchentliche Ruhepause beträgt mindestens 32 Stunden, und zwar zwischen Sonnabend und Montag früh. In bestimmten Ausnahmefällen muß sie an Wochentagen gewährt werden.

Alle diese Bestimmungen finden angemessene Anwendung auf die Heimindustrie. Heimarbeit, die mit schwerer Gesundheitsgefahr verbunden ist oder der Herstellung von Lebens- und Genussmitteln dient, ist zu verbieten.

Ferner wird Fürsorge für die fremdsprachlichen Arbeiter und für die staatliche Arbeitsaufsicht getroffen. Die Berichte der Aufsichtsorgane sind alljährlich zu veröffentlichen.

Zur Vereinheitlichung der sozialen Einrichtungen werden mindestens alle fünf Jahre internationale Konferenzen in Bern veranstaltet, auf denen jede Macht eine Stimme hat und bindende Beschlüsse mit vier Fünftel Mehrheit gefaßt werden müssen. Eine ständige Kommission, die von den Vertragsmächten, vom internationalen Gewerkschaftsbund und vom internationalen Arbeitsamt in Basel besetzt wird, ist in Bern zu bilden. Sie arbeitet in ständiger Fühlung mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel.

1. I. 1919

### Finanzielle Liquidation.

Von Dr. Gustav Eder.

Wien, 31. Januar.

In früheren Artikeln habe ich darzulegen versucht, warum uns die tschechische Drohung der Nichtanerkennung der österreichischen Staatsschuld nicht hängen zu machen braucht. Die tschechischen Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker scheinen die Grenzen ihrer Handlungsfreiheit selbst nicht zu kennen. Immerhin ist seit einiger Zeit eine gewisse Wandlung der Ansichten wahrzunehmen. Die unbedingte Ablehnung wird nicht mehr so schroff ausgesprochen wie früher, und wie bezüglich der politischen und territorialen Fragen so auch bezüglich der finanziellen die Friedenskonferenz als entscheidende Instanz bezeichnet. Jeder Nationalstaat, der nicht wirtschaftlichen Selbstmord begehen will, ist bei der finanziellen Liquidation auf das Einberufen, das paratale Vorgehen mit allen anderen Nationalstaaten angewiesen. Da eine selbständige Aktion mit den schwersten Bedenken verbunden ist, muß gegenseitig billige Rücksicht geübt werden. Zu dieser Erkenntnis werden die Tschechen ebenso gelangen, wie sie die Deutschen schon längst zu betätigen bereit sind.

Banknoten und Kriegsanleihe sind in gleicher Weise der Gegenwert der Güter, die im Krieg und durch den Krieg verbraucht worden sind. An Stelle und zur Bezahlung dieser Güter hat der Staat Schuldschine, das ist Forderungen an seine künftigen Einnahmen, Ansprüche auf die Einkommen aus unserer künftigen volkswirtschaftlichen Produktion ausgegeben. Diese Forderungen kann er nicht einfach nullifizieren, weil dies eine revolutionäre Einkommens- und Besitzverschiebung von geradezu chaotischen Folgen bedeuten würde. Das gilt für den tschechischen Staat ebenso wie für den deutsch-österreichischen und die anderen. Das volkswirtschaftliche Sachkapital bliebe dadurch unberührt. Jeder Staat würde nachher über ebensoviel Grundbesitz, Fabriken, Maschinen, Mineralien usw. verfügen wie vorher. Aber der ganze volkswirtschaftliche Zirkulationsprozeß müßte unter völlig veränderten Bedingungen von neuem einsetzen, und wann das nach einer solch katastrophalen Erschütterung des öffentlichen Vertrauens gelingen könnte, dafür fehlt alle Erfahrung. Das bolschewistische Rußland gibt von der Wirkung einer solchen Aufhebung des Staatskredits eine beiläufige Vorstellung. Aber die Verheerungen wären in Böhmen oder Deutschösterreich im selben Maße größer, als ihre Wirtschaft höher entwickelt ist als die russische. Und ob die politischen Sympathien der Entente für den tschechischen Staat nach einer solchen Schuldabschüttelung sich finanziell realisieren ließen, dürfte auch den Tschechen zweifelhaft sein.

Somit wäre noch kurz die Frage zu prüfen, wie eine gemeinsame Liquidation durchzuführen wäre. Dazu erweisen sich verschiedene Wege als gangbar. Es ist möglich, die frühere österreichische (und ungarische) Staatsschuld zu internationalisieren, das heißt unter die gemeinsame Verwaltung der auf dem Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Nationalstaaten und der übrigen Nachbarstaaten, die Teile der früheren Monarchie erworben haben, zu stellen. In diesem Falle könnte die gesamte Schuld allmählich liquidiert und ihr Zinsen- und Tilgungsdienst durch vertragsmäßig festzustellende Beitragsquoten unter internationale Garantie gestellt werden. Es wäre dann jedem Staat überlassen, in welcher Weise er die regelmäßigen Beiträge aufbringt. Allerdings müßten auch gewisse Garantien geschaffen werden, daß sich nicht der eine oder andere Staat ganz oder teilweise seinen Verpflichtungen entzieht, was antien, die den Kredit der Nationalstaaten dann nicht deklassieren würden, wenn sie von allen Nationalstaaten gegeben werden müßten. Empfehlener würde sich dieser Weg der finanziellen Liquidation durch eine gemeinsame zwischenstaatliche Verwaltungskommission, vor allem im Falle der Aufrechterhaltung einer Währungsgemeinschaft zwischen den österreichisch-ungarischen Nationalstaaten.

Sollte eine Währungsstrennung eintreten, dann müßten allerdings auch die Schuldquoten gesondert werden, weil dann die Krone, auf welche die Schuldurkunden des österreichischen und ungarischen Staates lauten, aufhören würde, Währungsgeld zu sein. Auch dann wäre es noch möglich, eine gemeinsame Verwaltung der übernommenen Staatsschuld in der Weise fortzuführen, daß einer der Nationalstaaten jenseit die ganze jüngere Staatsschuld als Treuhänder übernimmt, während die anderen zu einer ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden jährlichen oder einmaligen Beitragsgleichung verpflichtet würden. Ich glaube, daß diese Form der Liquidation von Deutschösterreich abgelehnt werden müßte, weil sie uns in ständiger Abhängigkeit von den anderen Nationalstaaten erhalten würde, die jederzeit mit der Einstellung der Zahlungen drohen könnten.

Für den geeignetsten Weg der Liquidation würde ich folgenden halten: Sämtliche Nationalstaaten teilen die gesamte österreichische Staatsschuld (also alte Renten, Kriegsanleihen, Schuld an die Notenbank, an die Postsparrasse und die privaten Banken, Auslandsschulden usw.) unter sich in bestimmten, ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden Beträgen auf. In welcher Weise dieser Schlüssel zu ermitteln wäre, ist in diesem Zusammenhange nicht zu erörtern. Als mögliche Vergleichsgrundlage kämen etwa die Vermögensverhältnisse der Steuerleistungen oder die gleichzeitige Vermögensanmeldung in allen Nationalstaaten in Verbindung mit einer Vermögensabgabe, so daß nur dem angemeldeten Vermögen staatlicher Schutz zugesichert würde.) Ist die Aufteilung ziffernmäßig vereinbart, dann rufen die Nationalstaaten für einen bestimmten Termin alle Banknoten, Kriegsanleihen, Renten usw. zum Umtausch in Nationalanleihen der betreffenden Staaten auf. Das wäre zugleich der Termin, zu dem die Währungsstrennung vor sich gehen und die neuerrichteten nationalen Notenbanken ihre Tätigkeit aufnehmen müßten. Da der Verkehr nicht

völlig von Zahlungsmitteln entblößt werden kann, müßten die neugeschaffenen Notenbanken sofort unter bestimmten Bedingungen die Nationalanleihen nach Maßgabe des nachweisbaren Zahlungsmittelbedarfes in Noten der neuen Währung befehlen. Aus welchem Besitz die zum Umtausche eingereichten Banknoten stammen, wäre in diesem Falle von untergeordneter Bedeutung, da jeder Staat doch nur zum Umtausch eines genau festgelegten Betrages verpflichtet wäre, der im allgemeinen dem Besitz seiner Staatsangehörigen entsprechen würde und jedermann bestimmt da oder dort auf die Erlangung seiner Banknoten oder Staatsstitres rechnen könnte. Sollte übrigens etwa bei den tschecho-slowakischen Klassen ein größerer Beitrag zum Umtausche eingereicht werden, so würde höchstens der tschecho-slowakische Staat Forderungen an den deutsch-österreichischen Staat erwerben, die von diesem natürlich eingelöst werden müßten.

Diese Form der Liquidation schieene mir den besondern Vorteil zu bieten, daß sie den größten Teil der thesaurierten Banknoten zu Verschwinden und Umtausch in Anleihen brächte, und so die inflationistische Gefahr auch vor der Durchführung der Vermögensabgabe erheblich gemildert, die Vermögensabgabe selbst aber dadurch technisch außerordentlich erleichtert würde. Für Deutschösterreich wäre damit zugleich der Termin für den Uebergang von der Kronen- zur Marktwährung gegeben. Aus Prag und Budapest liegen Nachrichten vor, daß dort die Errichtung selbständiger Notenbanken so weit vorbereitet sei, daß sie jederzeit ins Leben treten könnten. Ebenso trifft Polen für Galizien seine Vorkehrungen, während die slowakischen Gebiete der Dinarwährung angegeschlossen würden. In Deutschösterreich hat man sich bisher damit begnügt, eine Gemeinamkeit zu verewidigen, deren Aufrechterhaltung doch nicht in unserer Macht steht. Ich glaube, daß hier bereits Besäumnisse von unabsehbarer Tragweite begangen worden sind und daß es die höchste Zeit ist, über unsere währungspolitische Zukunft Klarheit zu schaffen. Unsere maßgebenden Stellen werden zu prüfen haben, ob Deutschösterreich in der Lage ist, eine eigene Währung und eine eigene Notenbank zu errichten. Bei der hohen Passivität unserer Wirtschaft, mit der auf viele Jahre hinaus zu rechnen ist, halte ich es auch dann für ausgeschlossen, wenn uns finanzielle Ententehilfe zuteil werden sollte. Daß diese uns — wenn überhaupt — nur um einen politischen Preis gewährt würde, den wir nie und nimmer bezahlen dürften, sei nur nebenbei erwähnt. Aufgabe der nächsten Zeit wird es daher sein, den Uebergang Deutschösterreichs zur Marktwährung vorzubereiten und im Verhandlungswege von Regierung zu Regierung die Bedingungen festzustellen, unter denen sich dieser Uebergang ohne Schädigung unserer wirtschaftlichen Interessen vollziehen ließe. Dabei wären vor allem drei Fragen zu klären: der Umtauschskurs, das Schicksal unserer Marktschuld an das Deutsche Reich und das Verhältnis zwischen der deutsch-österreichischen und der reichsdeutschen Staatsschuld. Die Probleme unserer finanziellen Auseinandersetzung mit Deutschland für den Fall unserer staatsrechtlichen Vereinigung sollen ein andermal eingehender erörtert werden.

Es ist mir in diesen Artikeln nicht darauf angekommen, einen auch nur annähernd vollständigen Plan der finanziellen Liquidation zu entwerfen. Es sollten lediglich gewisse grundlegende Zusammenhänge aufgedeutet werden, welche die breite Öffentlichkeit soweit beruhigen können, daß das Interesse Deutschösterreichs an einer geordneten Liquidation des früheren österreichischen Staates weder größer ist als das der tschecho-slowakischen Republik, noch auch für diese die praktische Möglichkeit besteht, sich einer solchen geordneten Liquidation unter irgendeinem Vorwand zu entziehen. Nervosität wegen der Unsicherheit der alten österreichischen Staatsanleihen ist deshalb solange unbegründet, als man den Handlungen der verschiedenen Nationalregierungen noch einen Rest von egoistischer Vernunft zutraut und man nicht in Wien den Stopp verliert. Wir brauchen in Prag bei finanziellen Verhandlungen keineswegs als die hilflosen Bettler aufzutreten, die um Gnade und Milde bitten. Die Unlösbarkeit der finanziellen Solidarhaftung der tschechischen Regierung klarzumachen, ist die erste und wichtigste Aufgabe unserer Unterhändler.

Daneben aber müssen wir unabhängig davon zur Selbsthilfe schreiten. Der deutsch-österreichische Kriegsanleihebesitz muß solange geschützt werden, als die Besitzer ihr Vermögen dem deutsch-österreichischen Staat als Steuerobjekt darbieten. Solange sind Kriegsanleihe und Banknoten Bestandteile des deutsch-österreichischen Volksvermögens und daher Elemente unserer Steuerkraft. Bis zur Regelung dieser Fragen aber muß die deutsch-österreichisch-ungarische Bank restlos ihre Pflichten gegen die Anleihebesitzer und den deutsch-österreichischen Staat erfüllen. Davon wird sich die Bank weder durch Klüßlichkeiten auf ihre Aktionäre noch auf einzelne Nationalregierungen abhalten lassen dürfen. Jeder aggressive Schritt gegen die Nationalstaaten muß unterbleiben. Aber es geht nicht an, daß die deutsch-österreichisch-ungarische Bank ihr Verhalten gegen die deutsch-österreichische Regierung und das deutsch-österreichische Volk vom Diktat der anderen Nationalregierungen allein abhängig macht. Wenn die Bankleitung nicht selbst genug Energie aufbringt, ihre Selbständigkeit gegen alle Nationalstaaten zu wahren, dann wird es Sache der deutsch-österreichischen Regierung sein, der Bank deutlich zu machen, daß das Diktat der einen Nationalregierung nur so viel gilt wie das der anderen.

2./II. 1919

## Wien und die Alpenländer. \*)

Von Dr. Max Birker.

Aus Graz ist uns kürzlich ein gutes Wort zu Gesicht gekommen. Es stammt von dem bekannten Musikschriftsteller und Dichter Ernst Decsey: „Die Abtragung des Semmering“. Decsey sagt: Das Herz von Deutschösterreich liegt heute im Alpenland. Aber in Wien hat man das lange nicht einsehen wollen. Der Wiener steht mit dem Gesicht nach Norden und Osten, die Sudeten erfüllen den Wiener Gesichtskreis. Den Wiener trennt vom Marburger eine weitere Welt als vom Lemberger und Znaimer: er weiß nicht, daß dort ein kräftiger, fleißiger, leidengeschuller Menschenschlag lebt. Das kommt davon her, daß ein Großteil der Wiener Intelligenz in den fünfziger und sechziger Jahren aus Böhmen, Mähren, Westungarn, Galizien eingewandert ist. Ihre Seele sucht die alte Heimat: Böhmen... Und nicht nur die Seele, auch das wirtschaftliche Interesse war nach Norden und Osten gerichtet. Dort lagen die Kornkammern der Monarchie: Böhmen und Ungarn, die großen Alpenländer gaben der eckfreudigen Millionenstadt zu wenig, daher waren sie das Aschenbrödel. Aber das keirische und kärntische Eisen wird die Industrie schätzen, die ungeheuren Wasserkräfte der Alpen werden der gesamt-deutschösterreichischen Industrie zugute kommen. Freilich wird es für Wien immer notwendig sein, zu den schätzerreichen Sudetenländern handelspolitische Beziehungen zu pflegen, aber trotz alledem wird man an die Abtragung des geistigen Semmering, der zwischen Wien und den Alpenländern ausgerichtet ist, schreiten müssen. Von hier erhält Wien eine frische, ungebrochene Geistigkeit, denn an politischer Reife, aber auch vielfach an ungebrochenen künstlerischen Instinkten ist die Provinz dem Großstädter zumindest nicht unebenbürtig. Es trifft hier ein unpolitisches Wort Woodrow Wilsons zu: „Das wahre Schrifttum kommt aus dem Freien, wo die Luft frisch ist und Natürlichkeit zum Gesetze wird.“ Wo ist diese Natürlichkeit mehr zu Hause als auf den Bergen und bei ihren Bewohnern, die aber ihrerseits wieder die Nähe eines großen Kulturzentrums brauchen. Und das ist Wien seit Jahrhunderten gewesen, erst als die zentralistischen Kräfte nachließen, als sich die fremdnationalen Kulturen absonderten, als das alte Österreich-Ungarn in jahrzehntelangem Todeskampfe zu Grabe getragen ward — da loderten sich auch die Beziehungen zu den Alpenländern. Beide Teile litten darunter. Wien verlor sein bayerisches Gepräge, es pflegte nur mehr traditionell die Altwiener Museal- und Theatererinnerungen. Die Alpenländer aber besitzen kein Zentrum, das stark genug gewesen wäre, die überall verstreuten Kräfte zu sammeln. Man liest mit stiller Behmut das wundervolle Kapitel „Wien“ in dem vor kurzem erschienenen dritten

\*) Aus der fochten im Amalthea-Verlag (Zürich—Leipzig—Wien) erschienenen aktuellen und inhaltreichen Broschüre Doktor Max Birkers „Die Zukunft der deutschösterreichischen Alpenländer“, auf die wir noch zurückkommen.

Bande von Josef Nablens genialer Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften: welche Fülle von Gestalten gerade aus dem innerösterreichischen, alpenländischen Kulturkreis zieht da vor unserem geistigen Auge vorüber!

Deutsche Herzen schlugen überall im Alpenland und auch in Wien: ja, man kann, wie es Max Mell in einem schönen Essay tut, mit vollem Recht von einem „bairischen Wien“ sprechen. Das Urwüchsige und dabei Harmlose der Alt-Wiener Art ist bayerischen Stammes, noch war der Stephanssturm ein Magnet, der weit hin in den deutschen Südwesten wirkte, immer wieder kamen mächtige Zuflüsse bairischen, schwäbischen, alpenländischen Blutes — bayerisch war das Theater des Volkes in den Vorstädten, aus den mittleren und unteren, völlig deutschen Volksschichten stiegen die Bühnentalente heraus in die Höhen international anerkannter Kunst. Auch die Schaffenden waren mit dem deutschen Kleinbürgertum Wiens eng verwurzelt und von diesen deutschen Wienern läuft die Linie hinüber ins oberösterreichische Alpenvorland, zu Grillparzer und zu Angenruber, dem Abkömmling eines oberösterreichischen Bauerngeschlechtes, dem Freunde Peter Rosegger, der in Wien nie heimisch ward, aber doch einen Freundeskreis hier besaß.

Das alles ist heute eine versunkene Welt und hat scheinbar recht wenig mit den ernstesten Dingen zu tun, die heute uns in ihrem Bann halten. Aber nur scheinbar — denn alle diese künstlerischen und geistigen Dinge sind nur die oberste Blüte einer tiefgehenden Verflechtung wienerischen und alpenländischen Wesens, die ein Beweis ist, daß es nicht immer ausschließlich die wirtschaftlichen Interessen sind, die Städte und Länder verknüpfen. Freilich mögen für das bescheidenere Alt-Wien auch die Naturschätze der Umgebung genügt haben — die Reiseberichte wissen aber doch schon von den damals noch auffallend national gekleideten Gestalten der Ungarn und Slowaken zu erzählen. Von kultureller Bedeutung für Wien waren diese fremden Gäste niemals. Heute aber ist speziell die wienerische Tschechenfrage längst ein sehr ernstes realpolitisches Problem geworden. Schon vor diesem sehr einleuchtenden Grunde haben die politischen Führer der Alpenländer die Pflicht, an Wien festzuhalten und die separatistischen Bestrebungen, die gewiß manche berechtigten Gründe haben, im gesamtdeutschen Interesse in die richtigen Bahnen zu lenken. Diese Sonderungswünsche sind zuerst von Tirol herübergeklungen. Tirol war immer eine Welt für sich, es war auch wirtschaftlich nie an Wien gefesselt, es gravitierte vielmehr nach München. Zu dieser sehr begreiflichen Anziehungskraft Münchens, das ja auch eine geistig bewegtere und billigere Stadt als Wien ist, kamen in letzter Zeit noch sehr ernste Bedenken gegen die Wiener Regierung. Man sah sich wie im Jahre 1809 schuklos preisgegeben, man sah in Wien noch immer den verhassten Bureaokratismus am Werke, den schon Hermann v. Gien mit herben Worten gekennzeichnet hatte. Dazu mögen immerhin auch liberal-monarchistische Einflüsse kommen, denn die Gien sind auch heute noch eine kleine Minderheit im „heiligen Lande“. Doch ist heute die republikanische Gesinnung auch in Tirol ebenso lebendig wie in den übrigen Alpenländern. In Kärnten hat der republikanische Gedanke eine gut organisierte Bewegung für die unabhängige, international garantierte Kärntner Republik ausgelöst, ein Gedanke, der im bedrängten Lande manchen Widerhall fand. Die „Freunde der Kärntner Republik“ haben ein ausführliches wirtschaftliches und politisches Programm ausgearbeitet, das von dem natürlichen, einheitlichen Wirtschaftsgebiet Kärntens ausgeht und eine Reihe wirkungsvoller Argumente aufweist. Man verweist auf noch kleinere Staaten: Montenegro, Luxemburg, Island. Und man richtet sich eine Natural- und Tauschwirtschaft ein, wobei Kärnten mit Eisen, Blei, Magnesit, Holz, Leder, Vieh die notwendige Einfuhr von Getreide, Textil- und Kolonialwaren bezahlen soll. Als letztes und wichtigstes Argument wird ein politisches aufgestellt: Kärnten als neutrales Grenzland dreier Staaten wäre eine Friedensgarantie, ähnlich der Schweiz, die auch auf Kärnten eine große geistig-politische Anziehungskraft als vorbildliches Alpenland ausübt. Nun hat man aber in Kärntner politischen Kreisen selbst darauf aufmerksam gemacht, daß die Schweiz viermal so groß ist als Kärnten, daß sie eine achtmal größere Einwohnerzahl hat, daß ihre hauptsächlichsten Einnahmequellen ihr weltberühmter Fremdenverkehr, ihre im Laufe vieler Jahrzehnte entstandene Feinindustrie und ihre Viehzucht sind. Kärnten würde in die neue Ära seiner Selbständigkeit nicht nur keine nennenswerte Industrie, sondern auch eine beträchtliche Schuldenlast mitbringen, auch Fremdenverkehr und Viehzucht vertragen noch keine schweizerische Parallele. Und neben diesen wirtschaftlichen auch die nationalen Bedenken. Die Deutschen Österreichs wurden nur durch den Zwang der Ereignisse dem Bunde deutscher Staaten ferngehalten und gerade in den Alpenländern lebte das lebendige, nicht zu unterdrückende Gefühl der inneren Zugehörigkeit zum deutschen Volke viel stärker als in Wien. Aus diesem allen deutschen Alpenländern gemeinsamen Volksgefühl heraus haben auch die maßgebenden Kreise Kärntens den separatistischen Gedanken abgelehnt, haben aber das Wertvolle der Unabhängigkeitsbewegung sich zu eigen gemacht: den Gedanken der schweizerischen Kantonalverfassung innerhalb des deutschösterreichischen Staates. Damit ist den Freunden der unabhängigen Republik, die durchaus wackere, von den besten Absichten geleitete Männer sind, in wichtigen Punkten entgegengekommen und auch Wien kann zufrieden sein. Der Seldenkampf der Kärntner gegen die jugoslawischen Banden hat übrigens auch in der Wiener Öffentlichkeit sympathische Aufnahme gefunden, und die Säuberung des Landes von den vandalisch verwüstenden Eindringlingen hat freudige Beugung hervorgerufen. Es wird weiterhin Pflicht der Wiener Regierung, der Presse und der gesamten Öffentlichkeit sein, den politischen Zusammenhang mit den Alpenländern auch nach der wirtschaftlichen, geistigen und künstlerischen Seite hin auszugestalten.

# Wirtschaft bei uns und den Feinden.

Von  
Georg Münch.

Täglich hört man neue Klagen über die vielen Schwierigkeiten, die unserer Industrie im Wege stehen. Mehr und mehr zeigt sich dabei, wie verhängnisvoll für uns die von den Feinden erzwungene Auslieferung von rollendem Eisenbahnmateriale ist. Jeder geordnete Verkehr ist zur Unmöglichkeit geworden. Angespante Tätigkeit in den deutschen Bauanstalten für Waggonen und Lokomotiven tut not. Doch wie soll man das jetzt erreichen, wo der Mangel an Transportmitteln ebenso wie die ewigen Ausstände der Bergleute die Zufuhr von Kohlen und anderen Rohstoffen zum Teil oder gar ganz unterbinden und schließlich auch noch die Unlust der eigenen Arbeiter der Eisenbahnmaterialefabriken hemmend wirkt? Die Arbeitsleistung in unserem Bergbau ist in erschreckender Weise zurückgegangen. Während im Sommer des vorigen Jahres bei den ober-schlesischen Gruben die tägliche Wagenstellung durchschnittlich 11000 Stück und in Rheinland-Westfalen 22500 betrug, bezifferte sie sich am Schlusse des eben abgelaufenen Monats nur auf 2400 und 9700. Streiks und Wagenmangel reichten sich die Hand, um diese betrübende Wendung herbeizuführen. Die Ablieferungen an die Entente greifen da geradezu verheerend ein. So hatte allein die Eisenbahndirektion Essen in den letzten Wochen den Feinden etwa 24000 leere Wagen zu übergeben. Da ein Wagen etwa vier Tage Umlaufzeit beansprucht, so kommen jene Auslieferungen einem täglichen Ausfall von 6000 Stück gleich. Außerdem verlangt die Entente, daß aus den Beständen des Essener Bezirkes täglich 1300 Waggonen für sie ausgesondert und abgefahren werden. Sie erschwert nun die Erfüllung dieser ohnehin schon furchtbaren Erpressung noch durch weitgehende Anforderungen an die Beschaffenheit. So kommt es, daß zur Ablieferung dieser 1300 Wagen täglich etwa das Vierfache, also 5200 dem Feinde vorgeführt, das heißt dem Betriebe entzogen werden müssen. Der Wagenumlauf des Ruhrbezirks wird dergestalt um täglich 11200 Wagen (6000 zuzüglich 5200) gekürzt. Dazu kommt, daß aus dem besetzten Gebiet fast keine leeren Wagen mehr zurückkommen und daß die Abgabe von 5000 Lokomotiven an den Feind uns vom nötigsten Zugmaterial entblößt hat. Der Verkehr stockt deshalb in unserem wichtigsten Industriegebiet zum Schaden für unsere gesamte Gütererzeugung, die ohne die wichtigsten Rohstoffe, ohne Kohle, Erze und Eisen, nicht gedeihen kann.

Man ersieht aus alledem, daß nicht allein die Beilegung der Streikbewegung, sondern auch die Behebung unseres Verkehrsleids dringend erforderlich ist. Ebenso nötig ist Klarheit über die „Vergesellschaftung“. Die im Sozialisierungsprogramm der Regierung — dem sogenannten Reichsenergiegesetz — festgelegten, durchaus annehmbaren Richtlinien der Gemeinwirtschaft beschränken sich, was den Kohlenbergbau angeht, auf den Gedanken der Verstaatlichung, des Kohlenhandels, also der Syndikate; sie haben demnach mit der Auffassung der Bergarbeiter, daß die Gruben in ihren Besitz überzugehen hätten, nichts gemein. Der „wilden“ Sozialisierung ist damit der Boden unter den Füßen entzogen, und die Regierung dürfte ihr ja nun auch mit alledem Nachdruck entgegenzutreten. Es ist zu hoffen und es sieht auch so aus, daß der Höhepunkt der Arbeiterunruhen in den Bergbaubezirken überwunden ist. Das käme zunächst der industriellen Erzeugung in jenen Gebieten zugute. Mehr Eisen ermöglicht die Herstellung von mehr Maschinenteilen. Das rollende Material der Bahnen kann ergänzt werden, und wenn wir erst auf diesem Wege flotter vorwärts kommen, so wäre der jetzige, überaus gefährliche tote Punkt unserer Wirtschaft überwunden. Fachkreise des Lokomotivenbaues hoffen in der Tat, daß sich im laufenden Monat ein solcher Umschwung vorbereiten und im März noch deutlicher aussprechen werde, natürlich unter der Voraussetzung des Ausbleibens neuer Arbeiterausstände.

Ein Rad des Wirtschaftsgetriebes greift innig ins andere. Die Lösung der Ernährungsschwierigkeiten, die ja eigentlich der tiefere Grund all der unser Volk durchzitternden Erregung sind, hängt ebenfalls von der Wiedereinkehr ruhiger Ueberlegung in die Arbeiterkreise ab. Entblößung von Kohlen würde jeden Betrieb, auch den der Nahrungsmittelbereitung, erdrosseln. Viel unersetzlicher Schaden ist schon angerichtet worden. Durch das Fehlen der Kohlen ist die Tätigkeit unserer Stickstofffabriken eingeschränkt worden. Demgemäß mangelt es der Landwirtschaft an Düngemitteln, worunter zum Beispiel der Rübenzuckeranbau stark gelitten hat. Man will darum schon jetzt für das neue Jahr eine schlechte Zuckerversorgung voraussehen. Auch sonst wird die Ertragsfähigkeit unserer Landwirtschaft unter mancherlei Widrigkeiten zu leiden haben. Neben dem Kohlen-, Arbeiter- und Materialmangel fallen die politischen Vorgänge in unseren Ostgebieten unheilvoll ins Gewicht. Darum ist die Regelung der Lebensmittelzufuhr aus dem Auslande, das heißt aus Amerika, von um so größerer Bedeutung. Sie ist allem Anschein nach jetzt ziemlich gesichert. Allerdings, nicht ohne daß ihr im letzten Augenblick eine große Gefahr entstanden war. Die deutschen Seeleute traten mit der Forderung einer erheblichen Lohnsteigerung für die Fahrt auf den deutschen Seeschiffen hervor, die uns unter der Kontrolle der Entente Lebensmittel zuführen sollen. Im Falle einer Nichteinigung mit den Reedern hätten zunächst einmal die Schiffe nicht auslaufen können; eine weitere Folge wäre wahrscheinlich die Besetzung der Schiffe mit Matrosen der Entente und der glatte Raub unserer Handelsflotte durch die Feinde gewesen. Darum ist es zu begrüßen, daß noch rechtzeitig eine Verständigung der Parteien erzielt wurde, die, wie der Zentralverein der Reeder mitteilte, die „ungestörte Zufuhr von Lebensmitteln für das deutsche Volk ermöglichen soll“. Vorbedingung ist natürlich auch Ruhe in den Hafenstädten. Eine bolschewistische Wirtschaft, wie sie in Bremen eingerissen, ist der Tod eines jeden Handelsverkehrs. Doch stehen wir wohl auch in dieser Beziehung vor einer Klärung, nachdem sich die Berliner Regierung gegenüber der spartakistischen Minderheit in dieser Hansestadt zur Anwendung der Reichsexekutive entschlossen hat. Bedauerlich genug, daß erst durch Drohen mit Waffengewalt die terroristischen Elemente zur Vernunft gebracht werden müssen! Aber es geht nicht an, daß des Irrwahns einer kleinen Gruppe wegen ein Volk von 70 Millionen Menschen,

ohne eines von seinen äußeren Feinden geächtigt und gepöbelt, von der hohen-See abgeschlossen wird.

Wem es in deutschen Landen nützen soll, wenn die Verwirrung durch das Treiben bolschewistischer Hetzpostel bis zum äußersten gesteigert wird, ist wahrlich nicht einzusehen. Nichts weiter würde damit erreicht, als daß den Feinden der Vorwand zu noch tieferen Eingriffen in unser Land, in unsern Besitz in die Hände gespielt wird. Was der Arbeiter davon zu erwarten hat, zeigt recht deutlich die vom Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Dr. August Müller, in diesen Tagen in öffentlicher Versammlung mitgeteilte Tatsache, daß den deutschen Arbeitern in den elstässischen Kaliwerken von den Franzosen eine zehnstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 35 Pf. vorgeschrieben worden ist, und daß Arbeitsunwillige daselbst von der farbigen Soldateska Frankreichs zur Arbeit gezwungen wurden.

Doch dies nur nebenher. Die Hauptsache ist, daß unsere Arbeiterbevölkerung begreift, wie vollkommen ihre bessere Ernährung von ihren eigenen Leistungen abhängt. Was würde ihr selbst die Möglichkeit einer geregelten Zufuhr von Lebensbedürfnissen aus Amerika nützen, wenn es uns an Geldern zur Bezahlung dieses Imports fehlen würde? Solche Mittel kann uns nur unsere Arbeit schaffen. Sie hat sich in erster Linie auf den Bergbau, die Eisenherstellung sowie auf den Bau und die Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven zu erstrecken — ganz abgesehen von der selbstverständlichen fleißigen Bewirtschaftung unseres eigenen Bodens. Alsdann gilt es, die Möglichkeiten unserer Warenausfuhr auszunützen. Sie haben sich in der letzten Zeit eher verbessert als verschlechtert. Deshalb nämlich, weil die Wirtschaft der Feinde ähnliche Krankheitserscheinungen wie die unsere zu zeigen beginnt. In England gewinnt die bolschewistische Propaganda an Boden. Man predigt die Notwendigkeit eines Generalstreiks, um, ganz wie bei uns, stehen die Bergleute im Mittelpunkt der Bewegung, was um so bedeutender ist, als es ohnehin um die Kohlenversorgung Großbritanniens schlecht bestellt ist. Die englische Kohlenförderung, die zu Beginn des Jahres 1917 monatlich noch etwa 20¼ Millionen Tonnen betrug, machte gegen den Schluß des Jahres 1918 nur 17¼ Millionen Tonnen im Monat aus. Alle Industriebezirke des Reiches klagen über knappe Brennstoffversorgung. Die Bergleute fühlen sich darum als Herren der Lage. Sie verlangen eine 30proz. Lohnerhöhung und den sechsstündigen Arbeitstag sowie die Verstaatlichung der Gruben. Allein die Mehrforderung an Löhnen würde 40 bis 50 Millionen Pfund Sterling im Jahre ansprechen, wodurch die Konkurrenzfähigkeit der gesamten britischen Industrie naturgemäß betroffen würde. In Frankreich gärt es ebenfalls bedenklich. Vor wenigen Tagen berichteten die Pariser Zeitungen von einem Generalausstand der im Verkehrswesen tätigen Arbeiter. Offenbar im Zusammenhang hiermit steht die Rohstoffnot der französischen Industrie; zahlreiche Betriebe sind bereits zum Stillstand gekommen; an 700 000 Arbeitslose zählt man allein in Nord- und Ostfrankreich.

Wer solche Anzeichen, dazu die Spannung beobachtet, welche sich zwischen Amerika und England infolge der Herabsetzung der Schifffahrtstarife im transatlantischen Verkehr durch die Amerikaner herausgebildet hat, wird der Meinung zuneigen, daß auch die Bäume der Entente nicht in den Himmel wachsen. Statt immer neue Erpressungen Deutschland gegenüber zu ersinnen, werden ihre Machthaber wohl nun ernstlich an die Wiederherstellung des Weltfriedens denken müssen. Sache unserer Unterhändler ist es, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Feinde in ihre Rechnung einzustellen. Jene haben kaum geringeren Anlaß als wir, einen baldigen dauernden Frieden herbeizuführen. Dauernd aber kann er nur sein, wenn er unsere Lebensbedingungen nicht untergräbt.

## Wirtschaftliche Zukunft.

Der Zerfall des alten Reiches hat die Grundlagen unserer ganzen Volkswirtschaft zerstört. Wir waren ein Teil eines großen, fünfzig Millionen Menschen umfassenden Wirtschaftsgebietes. Unsere Industrie und unser Handel, unser Bankwesen und unsere staatlichen Einrichtungen waren diesem großen Wirtschaftsgebiet angepasst. Da nun dieses Wirtschaftsgebiet zerstört ist, werden wir unsere Volkswirtschaft auf ganz neuer Grundlage neubauen müssen.

Die erste und augenfälligste Wirkung des Krieges ist die Entwertung des Geldes. Die Krone hat heute im Ausland nur eben solche Kaufkraft, wie sie 28 Heller vor dem Kriege hatten. Und ihr Wert sinkt von Monat zu Monat. Darin liegt für die breiten Volksmassen die größte Gefahr: Sinkt der Wert des Geldes, so steigen die Preise aller Waren. Die Arbeiter können ihre Löhne nicht ebenso schnell emportreiben, wie die Warenpreise steigen, es sinkt daher der Reallohn der Arbeiter. Und noch schlimmer ergeht es den Beamten, Angestellten und Pensionisten, die ihre Bezüge noch viel schwerer erhöhen können als die Arbeiter. Der Entwertung unseres Geldes Einhalt zu gebieten, ein festes Wertverhältnis zwischen unserem und dem ausländischen Gelde wiederherzustellen, ist eine der größten und der wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik.

Die anderen neuen Nationalstaaten gehen alle mit der Absicht um, zu neuen Währungen überzugehen. Die Polen müssen das tun, denn jetzt sind ja im polnischen Gebiet Zahlungsmittel von vier verschiedenen Währungen (Rubel, Kronen, polnische und deutsche Mark) im Umlauf. Die Südslaven werden ebenfalls die Krone aus dem Umlauf ausscheiden müssen, denn auch in ihrem Staatsgebiet konkurrieren jetzt drei verschiedene Währungen. Sie haben ja mit der Abstempelung der Kronennoten den ersten Schritt zu währungspolitischer Selbstständigkeit schon getan. Ebenso wird die Krone unzweifelhaft aus den Gebieten verdrängt werden, die an Rumänien und an Italien fallen werden. Aus alledem entsteht nun eine ungeheure Gefahr: die vielen Milliarden Kronen, die in den polnischen, den südslavischen, den rumänischen und den italienischen Gebieten der einstigen Monarchie, in der Ukraine und in Serbien in Umlauf waren, werden zu uns strömen, die Masse der in unserem Gebiet umlaufenden Noten wird ungeheuer vergrößert werden, der Wert der Krone wird dadurch neuerlich gesenkt werden. Wir können uns gegen diese Gefahr gar nicht anders schützen, als indem auch wir zu einer neuen Währung übergehen.

Der tschecho-slovakische Staat kann das vergleichsweise leicht tun; denn seine Zahlungsbilanz wird hoch aktiv sein und er wird eine Basylanleihe von der Entente unschwer bekommen. Unser Deutschösterreich aber könnte, auf seine eigene Kraft gestellt, eine neue wertbeständige Währung sicherlich noch lange nicht schaffen. Denn wir werden Getreide und Kohle aus dem Ausland beziehen, ungeheure Zahlungen an das Ausland zu leisten haben; aber unsere Industrie ist nicht groß und exportfähig genug, mit ihren Erzeugnissen unsere Verbindlichkeiten an das Ausland zu bezahlen. Unsere Zahlungsbilanz wird also sehr ungünstig sein und darum werden wir aus eigener Kraft nicht imstande sein, eine wertbeständige Währung zu schaffen. Wollen wir also zu einer wertbeständigen Währung gelangen, wollen wir unsere Volksmassen vor der Gefahr immer weiter fortschreitender Entwertung unseres Geldes, immer weiter fortschreitenden Rückganges seiner Kaufkraft schützen, dann müssen wir in die deutsche Währungsgemeinschaft eintreten. Wohl ist auch die Mark entwertet und auch Deutschland wird schwer arbeiten müssen, um ein festes Wertverhältnis der Mark zum Golde wiederherzustellen; aber so sehr auch Deutschland durch die Niederlage geschwächt ist, seine wirtschaftliche Kraft ist doch unvergleichlich größer als die unsere, es wird viel früher als wir seine Bezüge aus dem Ausland mit den Erzeugnissen seiner Industrie und seines Bergbaues bezahlen, viel schneller und viel leichter als wir zu einer wertbeständigen Währung gelangen können. Das also wird unser erster Gewinn aus dem Anschluß an Deutschland sein: daß wir schneller und mit kleineren Opfern, als wir das allein zu tun vermöchten, zu einer wertbeständigen Währung zurückkehren können.

Mit der Sorge um unsere Währung paart sich die Sorge um unsere Industrie. Unsere agrarischen Nachbarvölker, deren Länder bisher das Absatzgebiet unserer Industrie waren, haben jetzt ihre selbständigen Staaten gegründet. Sie werden sich, politisch selbständig geworden, nun auch industriell zu selbständigen streben: mit all den wohlbekannten Mitteln der merkantilistischen Politik werden sie eine eigene nationale Industrie zu züchten bemüht sein. Unserer Industrie droht daher die Gefahr, ihre alten Absatzmärkte zu verlieren. Wir werden möglichst gute Handelsverträge mit Ungarn, Südslaven, Rumänen und Polen anstreben müssen, um uns gegen diese Gefahr zu schützen. Was man aber bei Handelsvertragsverhandlungen erreichen kann, hängt von den Gegenzugeständnissen ab, die man zu bieten vermag. Unser kleines, armes Deutschösterreich könnte den Nachbarvölkern nur wenig bieten. Anders das große Deutschland. Wenn es seinen großen kaufkräftigen Markt den Agrarprodukten der Polen und der Ungarn, der Südslaven und Rumänen öffnet, wird es für seine Industrieerzeugnisse ganz andere Zugeständnisse

durchsetzen als unser kleines Deutschösterreich. Nur wenn wir ein Teil des großen Deutschen Reiches sind, nur dann kann uns die wirtschaftliche Kraft des großen Deutschen Reiches Handelsverträge mit den Nachbarvölkern sichern, die unserer Industrie ihre alten Absatzgebiete retten.

Freilich, wir können nicht mit einemmal und nicht ungeschützt in das deutsche Zollgebiet eintreten. Sonst würde ja so manche unserer Industrien auf unserem eigenen Markt von der überlegenen deutschen Konkurrenz geschlagen. Wir werden für eine Reihe von Waren Uebergangsbestimmungen zum Schutz unserer Industrie nicht entbehren können. Solche Schutzbestimmungen können in verschiedener Weise getroffen werden. Für manche Waren werden Binnenzölle notwendig sein, die den deutschösterreichischen Markt gegen die deutsche Industrie schützen. Bei anderen Waren, die von Industrieverbänden bewirtschaftet werden, wird man dasselbe Ziel durch die Satzungen der Industrieverbände erreichen können. Auf solche Weise wird unsere Industrie im Besitz unseres heimischen Marktes so lange geschützt werden müssen, bis sich die Produktionskosten haben und drüben ausgleichen, bis unsere Industrie daher eines besonderen Schutzes nicht mehr bedarf. Während dieser Uebergangsperiode wird unsere Industrie auf dem heimischen Markt gegen den deutschen Wettbewerb geschützt sein, zugleich aber doch schon die Vorteile, die aus der Zugehörigkeit zu dem großen deutschen Wirtschaftsgebiet fließen, genießen können: den Vorteil der günstigeren Handelsverträge mit den Südslavikern, den die überlegene wirtschaftliche Kraft des Deutschen Reiches ihr zu sichern vermag, und den Vorteil der günstigeren Handelsbeziehungen mit Rußland und der Ukraine, deren Märkte uns, wenn wir ein Teil des Deutschen Reiches sein werden, viel leichter erschlossen werden können als bisher.

Wir haben bisher viel teurer produziert als Deutschland und waren darum auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Werden wir aber ein Teil des Deutschen Reiches, dann werden die Produktionskosten ausgeglichen werden. Unsere Eisenbahnen hatten bisher viel höhere Tarife als die deutschen; denn unsere Bahnen sind Gebirgsbahnen, die deutschen durchziehen die Ebene. Gehen wir aber in einer deutschen Eisenbahngemeinschaft auf, dann gelten dieselben Tarife hier und dort und die Bewohner des deutschen Tieflandes zahlen einen Teil der Mehrkosten unserer Alpenbahnen mit. Unsere Industrie war bisher mit weit höheren Steuern belastet als die deutsche, weil auf Oesterreich weit schwerere Staatsschuldbürde lastete als auf dem Deutschen Reiche. Werden wir ein Teil Deutschlands, so können wir die Steuerlast ausgleichen; die staatsfinanziellen Vereinbarungen über den Anschluß können und müssen uns sichern, daß unsere Steuerlast die deutsche nicht mehr übersteigt. Nur so können wir auf dem Weltmarkt, vor allem auf den großen Märkten Ost- und Südosteuropas, konkurrenzfähig werden, um dort Absatz zu finden für die Absatzgebiete, die uns jetzt verlorengehen.

Bisher war Wien der Sitz der Behörden, der Banken, der Industriegeellschaften eines großen Reiches. Das hört nun auf. Wien wird nur noch die Hauptstadt eines kleinen Landes sein. Die neuen Nationalstaaten werden die Industriegeellschaften zwingen, ihren Sitz von Wien weg nach Prag, Warschau, Belgrad zu verlegen; das Bankwesen der neuen Nationalstaaten wird sich von Wien lösen. Daher droht Wien die größte wirtschaftliche Gefahr. Das kleine deutschösterreichische Staat hätte, auf sich selbst gestellt, nicht die Kraft, Wien zu retten. Das große Deutschland wird es können. Es wird einige seiner Reichsbehörden und seiner wirtschaftlichen Zentralstellen nach Wien verlegen können. Es wird mit seiner mächtigen staatlichen und finanziellen Hilfe dazu beitragen, Wien in eine große Industriestadt zu verwandeln. Es wird die wirtschaftliche Macht, die es den kleineren Nachbarvölkern gegenüber immer besitzen wird, in den Dienst Wiens stellen können: wenn die Tschechen wollen, daß Hamburg ihr Hafen im Norden sei, werden sie zustimmen müssen, daß ihr Handel nach dem Süden und Südosten über Wien gehe. Vor allem aber wird Deutschland seinen Unternehmungsgeist, seine überlegene Organisationskunst, seine trotz alledem im Vergleich zu der unseren immer noch gewaltige Kapitalkraft aufwenden können und müssen, um Wien und Deutschösterreich vor der drohenden Verelendung zu retten, unsere Bodenschätze zu heben, neue Industrien auf unserem Boden zu entwickeln. Nur deutsche Arbeitskraft, deutscher Unternehmungsgeist, deutsche Organisationskunst können verhindern, daß der Zusammenbruch Oesterreichs zur Rückbildung und Verelendung unserer Wirtschaft führt.

Die Deutschösterreicher haben einem Staats- und Wirtschaftsgebiet von fünfzig Millionen Menschen die Staatsbeamten und die Offiziere, die Industrie-, Handels- und Bankangestellten, die Ingenieure, Chemiker und Techniker gestellt. Was soll jetzt mit diesen Zehntausenden Menschen geschehen? Das kleine Deutschösterreich kann nicht die Beamten und Offiziere verwenden, die die große Monarchie gebraucht hat. Die Zehntausende deutscher Privatangestellten, die bisher in den slavischen Gebieten beschäftigt waren, werden jetzt von dort verdrängt werden und das kleine Deutschösterreich wird sie nicht aufnehmen können. Wir haben einen ungeheuren Ueberfluß an intelligenten Arbeitskräften, den wir auf unserem Boden nicht zu

beschäftigen vermögen. Wo sonst sollten sie unterkommen, wenn nicht im großen Deutschen Reiche? Sind wir ein Teil Deutschlands, dann verteilt sich unser Ueberfluß an geistigen Arbeitern auf das ganze Deutsche Reich. Und wenn auch Deutschlands Aufnahmefähigkeit für einige Zeit wesentlich geschwächt sein mag, so wird doch das Siebzigmillionenreich unseren Ueberfluß an hochqualifizierten Arbeitskräften viel leichter und schneller aufzunehmen vermögen als das kleine Deutschösterreich.

Die Grundlagen unserer Volkswirtschaft sind zerstört. Wir werden uns ganz neuen Daseinsbedingungen anpassen müssen. Das wird in jedem Falle ein schwieriger und schmerzhafter Prozeß sein. Aber dieser Anpassungsprozeß wird sich unvergleichlich leichter vollziehen im Rahmen eines großen, einheitlichen, von der Kraft eines tüchtigen und fleißigen Siebzigmillionenvolkes getragenen Wirtschaftsgebietes als in der Enge und Dürftigkeit eines kleinen, armen Zwergstaates, der, auf seine eigene Kraft angewiesen, politisch zum Vasallen, wirtschaftlich zum Ausbeutungsobjekt seiner Nachbarstaaten werden müßte.



So ergibt sich dann, daß die "Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland" nur ein Schritt zur inneren Kolonisation ist. Er ist ein guter, klarer, voller Schritt, aber auch nicht mehr. Es muß schnell u. energig weitergearbeitet werden, wenn man wirklich vorwärts kommen will, und nicht nur unterliegen werden, was die innere Kolonisation mehr und mehr zur Aufgabe zu machen. Erst wenn jeder wieder auf dem Lande einen Platz oder eine Scholle zu besetzen hat, ist die notwendige enge Bindung zwischen Stadt und Land wieder hergestellt, deren die Volkswirtschaft, sozialpolitisch und kulturell bedürfen.

Die Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland, deren Inhalt in der Morgenausgabe der "Vossischen Zeitung" (Nr. 56) vom 31. Januar ausführlich wiedergegeben wurde, bezweckt, die Grundlage für eine innere Kolonisation ganz großen Maßstabes zu schaffen. Ueber die Notwendigkeit dazu braucht kaum noch ein Wort verloren zu werden. Auch wer früher die Aussichten unserer Exportindustrie und unseres Ueberschadens so günstig eingeschätzt hat, daß ihm daneben die Fragen der inneren Kolonisation vielleicht geradezu als Spielerei und Krähwinkerei erscheinen mochten, wird heute zugeben müssen, daß die greifbarste Möglichkeit zur Verwertung und Entfaltung der produktiven Kräfte Deutschlands und die begründetste Hoffnung, den Zwang zur Auswanderung einzudämmen zu können, für absehbare Zeit in einer planmäßigen und nachdrücklichen Förderung der landwirtschaftlichen Vinnensiedlung beruhen. Eine innere Kolonisation, die diese Wirkung haben soll, muß allerdings Millionen Hektar Landes und Millionen Menschen — Landarbeiter und Ansiedler — in ihre Rechnung einstellen, so selbstverständlich es ist, daß diese hohen Zahlen nicht von heute auf morgen, sondern erst im Laufe von 10—20 Jahren erreicht werden können. Aber man muß den Mut haben, an sie zu glauben und die Anlage der Arbeit von vornherein auf sie einzustellen.

Das Verdienst der Großzügigkeit kann man den Urhebern der Verordnung in der Tat nicht streitig machen. Wird alles Land erfasst, das nach der Verordnung für die innere Kolonisation erfasst werden kann, dann werden mit der Zeit wirklich einige Millionen Hektar Großgrundbesitzumsfläche und Oedländer in Kleinsiedlungs- und Dauerstand umgewandelt, und es können außerdem noch Millionen Pachtstellen für Landarbeiter geschaffen werden. So würden beispielsweise die Landlieferungsverbände aus dem Bestande des Großgrundbesitzums zu beschaffen haben: In Ostpreußen bis zu 300 000 ha, in Westpreußen bis zu 200 000 ha, in Brandenburg 240 000 ha, Pommern 340 000 ha, Posen 300 000 ha, Schlesien 270 000 ha, Prov. Sachsen 140 000 ha, Schleswig-Holstein 70 000 ha — alles in abgerundeten Ueberschlagszahlen gerundet. Hierzu kämen dann noch im Ganzen des preussischen Staates 100—140 000 ha staatliche Domänen, vor allem aber die großen Moor- und Heideflächen, die auch in solchen westlichen Provinzen Preußens, die ihrer Grundbesitzverteilung nach keine Landlieferungsverbände des Großgrundbesitzums zu bilden haben, so namentlich in Hannover, aber auch in Westfalen und im Rheinland, in vielen 100 000 ha der Urbarmachung harren.

An Land also braucht es auf Grund der neuen Verordnung nicht zu fehlen. Die Frage ist, ob die von den Bundesstaaten zu begründenden gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen mit dem nötigen Nachdruck arbeiten können und arbeiten werden, um das Land zu nutzen. In Preußen kommen natürlich als Träger der Ansiedlung in erster Linie die provinziellen Land- und Siedlungs-Gesellschaften in Frage, die in den letzten Jahren vor dem Kriege und zum Teil erst während des Krieges überall gebildet worden sind. Es wird zunächst kaum zweckmäßig sein, die Siedlungsunternehmungen weiter, etwa nach Regierungsbezirken, zu vermehren, denn sie müssen kapitalträchtig sein, und die Beschaffung von Kapital wird zu den schwierigsten Aufgaben der Siedlungsstätigkeit gehören. Eher wird es sich empfehlen, den provinziellen Land- und Siedlungsgesellschaften gefällig die Möglichkeit zu geben, alle sonstigen in ihrem Bezirk vorhandenen Träger gemeinnütziger Ansiedlungsstätigkeit sich in irgendeiner Form organisch anzuschließen oder sich ihrer doch zur Durchführung bestimmter Sonderaufgaben zu bedienen. Auf diese Weise könnten zum Beispiel die Bestrebungen zur Schaffung von Obstbaupflanzungen auf bodenreformerischer Grundlage (Erbpacht und Erbbaurecht) unter Wahrung ihres idealen Grundcharakters in den Zusammenhang mit der allgemeinen Siedlungspolitik gebracht werden, was vermutlich beiden Teilen zum Vorteil gereichen würde. Namentlich aber würde es möglich sein, die Mittel- und Großstädte, deren agrarpolitische Aufgaben ebenso groß wie bisher leider anerkannt sind, zur Inangriffnahme der ihnen speziell zukommenden wirtschaftlichen Kulturaufgaben anzuregen und ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet als bald in den Rahmen der allgemeinen Praxis und Erfahrung der inneren Kolonisation zwanglos einzuschließen.

Andererseits bedürfen die provinziellen Land- und Siedlungsgesellschaften, wenn sie die gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen im Sinne der Verordnung und somit die Hauptträger der inneren Kolonisation sein sollen, einer organischen Fortbildung ihres funktionellen Apparates. Sie sind bisher vor allem die Organe der praktischen Siedlungstechnik und in dieser Eigenschaft durch keine anderen Behörden oder Körperschaften zu ersetzen. In ihnen hat sich die siedlungstechnische Übung und Erfahrung kristallisiert.

# Der Anfang des Siedlungswerks

Von Gerhard Hildebrand.

Die Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland, deren Inhalt in der Morgenausgabe der "Vossischen Zeitung" (Nr. 56) vom 31. Januar ausführlich wiedergegeben wurde, bezweckt, die Grundlage für eine innere Kolonisation ganz großen Maßstabes zu schaffen. Ueber die Notwendigkeit dazu braucht kaum noch ein Wort verloren zu werden. Auch wer früher die Aussichten unserer Exportindustrie und unseres Ueberschadens so günstig eingeschätzt hat, daß ihm daneben die Fragen der inneren Kolonisation vielleicht geradezu als Spielerei und Krähwinkerei erscheinen mochten, wird heute zugeben müssen, daß die greifbarste Möglichkeit zur Verwertung und Entfaltung der produktiven Kräfte Deutschlands und die begründetste Hoffnung, den Zwang zur Auswanderung einzudämmen zu können, für absehbare Zeit in einer planmäßigen und nachdrücklichen Förderung der landwirtschaftlichen Vinnensiedlung beruhen. Eine innere Kolonisation, die diese Wirkung haben soll, muß allerdings Millionen Hektar Landes und Millionen Menschen — Landarbeiter und Ansiedler — in ihre Rechnung einstellen, so selbstverständlich es ist, daß diese hohen Zahlen nicht von heute auf morgen, sondern erst im Laufe von 10—20 Jahren erreicht werden können. Aber man muß den Mut haben, an sie zu glauben und die Anlage der Arbeit von vornherein auf sie einzustellen.

Das Verdienst der Großzügigkeit kann man den Urhebern der Verordnung in der Tat nicht streitig machen. Wird alles Land erfasst, das nach der Verordnung für die innere Kolonisation erfasst werden kann, dann werden mit der Zeit wirklich einige Millionen Hektar Großgrundbesitzumsfläche und Oedländer in Kleinsiedlungs- und Dauerstand umgewandelt, und es können außerdem noch Millionen Pachtstellen für Landarbeiter geschaffen werden. So würden beispielsweise die Landlieferungsverbände aus dem Bestande des Großgrundbesitzums zu beschaffen haben: In Ostpreußen bis zu 300 000 ha, in Westpreußen bis zu 200 000 ha, in Brandenburg 240 000 ha, Pommern 340 000 ha, Posen 300 000 ha, Schlesien 270 000 ha, Prov. Sachsen 140 000 ha, Schleswig-Holstein 70 000 ha — alles in abgerundeten Ueberschlagszahlen gerundet. Hierzu kämen dann noch im Ganzen des preussischen Staates 100—140 000 ha staatliche Domänen, vor allem aber die großen Moor- und Heideflächen, die auch in solchen westlichen Provinzen Preußens, die ihrer Grundbesitzverteilung nach keine Landlieferungsverbände des Großgrundbesitzums zu bilden haben, so namentlich in Hannover, aber auch in Westfalen und im Rheinland, in vielen 100 000 ha der Urbarmachung harren.

An Land also braucht es auf Grund der neuen Verordnung nicht zu fehlen. Die Frage ist, ob die von den Bundesstaaten zu begründenden gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen mit dem nötigen Nachdruck arbeiten können und arbeiten werden, um das Land zu nutzen. In Preußen kommen natürlich als Träger der Ansiedlung in erster Linie die provinziellen Land- und Siedlungsgesellschaften in Frage, die in den letzten Jahren vor dem Kriege und zum Teil erst während des Krieges überall gebildet worden sind. Es wird zunächst kaum zweckmäßig sein, die Siedlungsunternehmungen weiter, etwa nach Regierungsbezirken, zu vermehren, denn sie müssen kapitalträchtig sein, und die Beschaffung von Kapital wird zu den schwierigsten Aufgaben der Siedlungsstätigkeit gehören. Eher wird es sich empfehlen, den provinziellen Land- und Siedlungsgesellschaften gefällig die Möglichkeit zu geben, alle sonstigen in ihrem Bezirk vorhandenen Träger gemeinnütziger Ansiedlungsstätigkeit sich in irgendeiner Form organisch anzuschließen oder sich ihrer doch zur Durchführung bestimmter Sonderaufgaben zu bedienen. Auf diese Weise könnten zum Beispiel die Bestrebungen zur Schaffung von Obstbaupflanzungen auf bodenreformerischer Grundlage (Erbpacht und Erbbaurecht) unter Wahrung ihres idealen Grundcharakters in den Zusammenhang mit der allgemeinen Siedlungspolitik gebracht werden, was vermutlich beiden Teilen zum Vorteil gereichen würde. Namentlich aber würde es möglich sein, die Mittel- und Großstädte, deren agrarpolitische Aufgaben ebenso groß wie bisher leider anerkannt sind, zur Inangriffnahme der ihnen speziell zukommenden wirtschaftlichen Kulturaufgaben anzuregen und ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet als bald in den Rahmen der allgemeinen Praxis und Erfahrung der inneren Kolonisation zwanglos einzuschließen.

Andererseits bedürfen die provinziellen Land- und Siedlungsgesellschaften, wenn sie die gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen im Sinne der Verordnung und somit die Hauptträger der inneren Kolonisation sein sollen, einer organischen Fortbildung ihres funktionellen Apparates. Sie sind bisher vor allem die Organe der praktischen Siedlungstechnik und in dieser Eigenschaft durch keine anderen Behörden oder Körperschaften zu ersetzen. In ihnen hat sich die siedlungstechnische Übung und Erfahrung kristallisiert.

# Handel, Industrie und Verkehr

## Die Protestkundgebung der Wiener Börsenkammer.

Gegen die Äußerungen des Finanzministers Dr. Raschin.

Die abfälligen Äußerungen des tschecho-slowakischen Finanzministers Dr. Raschin haben der Plenarversammlung der Wiener Börsenkammer gestern den Anlaß zu einer Protestkundgebung gegeben, die durch ihre eindringliche Sprache, durch ihren würdigen, streng sachlichen, aber kraftvoll-entschiedenen Ton wohl der allgemeinen Zustimmung gewiß sein darf. Es ist ganz unerklärlich, welche Gedankengänge Herrn Dr. Raschin dazu geführt haben, die Wiener Börse nach berühmtem Vorbild gewissermaßen als „Giftbaum“ hinzustellen, dessen lodenden Früchte brave tschechische Staatsbürger nicht auf Abwege bringen sollen, auch nach solchen verbotenen Genüssen Begehr zu tragen. Die Vergangenheit, die in zahlreichen Kapiteln der Wiener Börsengeschichte verzeichnet ist, läßt allerdings unter einem Gesichtspunkt diese Mahnung des tschechischen Finanzministers erklärlich erscheinen. In der Kundgebung der Wiener Börsenkammer wird mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit gesagt, daß, wenn spekulative Ausschreitungen während des Krieges vorgekommen sein mögen, nicht nachdrücklich genug betont werden könne, daß sie zum Großteil nicht von Wien, sondern von Plätzen der nunmehrigen neuen Staaten ausgegangen seien. Das tschecho-slowakische Publikum hat sich eben niemals als Kostverächter erwiesen, und deshalb gewinnt die Annahme an Wahrscheinlichkeit, daß die peremptorische Sprache Dr. Raschins weniger ein Zeichen der Stärke als vielmehr der Schwäche ist; nur durch Anschläge der chauvinistischen nationalen Rote glaubt er den in seinen Landesgenossen schlummernden spekulativen Antrieb einigermaßen eindämmen zu können. Wie dem auch sei, die Börsenkammer hat gestern in einer feierlichen Verwahrung den Versuch zurückgewiesen, sie in welcher Absicht immer vor der Öffentlichkeit herabzusehen. Die nachhaltigste Wirkung muß der in der Entschliebung enthaltene Hinweis darauf machen, daß der Wiener Platz seit Jahrzehnten den tschechischen Finanzinstituten bereitwillig einen großen tragfähigen Markt für ihre verschiedenen Gründungen und Emissionen zur Verfügung gestellt hat. Und überaus glücklich ist auch die Wendung, daß die Wiener Börse niemals auf dem engherzigen Standpunkt gestanden sei, das Aufblühen anderer Börsenplätze als Beeinträchtigung ihres Gedeihens anzusehen. Im übrigen gibt die Entschliebung der Börsenkammer in einem kurzen Wriß ein Bild ihrer Tätigkeit im Laufe eines halben Jahrhunderts, deren objektive Würdigung sie doch vor so voraussetzungslosen Angriffen bewahren sollte. Das Vorgehen des tschecho-slowakischen Finanzministers erscheint auch aus faktischen Gründen unklug, weil nach dem Grundsatz der Reziprozität durch die Rede des Dr. Raschin der Vorwand zu Einmischungen auch in bezug auf die Vorgänge an der Prager Börse gegeben ist.

Nachstehend die Mitteilung der Wiener Börsenkammer: Die Wiener Börsenkammer hat in der gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Otto v. Seydel abgehaltenen Plenarversammlung nachstehende

### Entschliebung

gefaßt:

Nach Zeitungsberichten hat der Finanzminister der tschecho-slowakischen Republik Dr. Raschin bei Wiedereröffnung der Prager Börse eine Rede gehalten, in welcher er die Wiener Börse in leidenschaftlicher und agitatorischer Art angreift und sie der ihre neue Wirksamkeit beginnenden Prager Effektenbörse als abschreckendes Beispiel hinstellte. Die Wiener Börse hat von Seite der tschecho-slowakischen Regierung alles eher als eine derartige Stellungnahme erwartet, da gerade der Wiener Platz seit Jahrzehnten den tschechischen Finanzinstituten bereitwillig einen großen tragfähigen Markt für ihre verschiedenen Gründungen und Emissionen zur Verfügung gestellt und dadurch erheblich zu dem Emporkommen der bedeutendsten slowakischen Unternehmungen beigetragen hat. Umso mehr fühlt sich daher die Wiener Börsenkammer verpflichtet, gegen die ebenso ungerechtfertigten, wie schädlichen Angriffe feierlich und mit allem Nachdruck Verwahrung einzulegen. Ungerechtfertigt sind diese Angriffe deshalb, weil die Wiener Börse niemals auf dem engherzigen Standpunkte gestanden ist, das Aufblühen anderer Börsenplätze als Beeinträchtigung ihres eigenen Gedeihens anzusehen. Sie war vielmehr und ist noch unverändert der Ansicht, daß bei den regen Wechselbeziehungen des internationalen Effektenmarktes die kräftige Entwicklung neuer geschäftlicher Zentralpunkte ihre eigene Tätigkeit nur zu fördern geeignet ist. Sie hat deshalb jederzeit an einen freundschaftlichen Verkehr mit den Schwesterbörsen des früheren gemeinsamen Wirtschaftsgebietes den größten Wert gelegt, hat diese in allen gemeinsamen Aktionen tatkräftig unterstützt und Studienkommissionen, sowohl aus den Gebieten der neuen Nationalstaaten, wie auch aus anderen Ländern stets bereitwillig ihre Einrichtungen und Usancen zugänglich gemacht. Dabei hat es sich in keinem einzigen Falle gezeigt, daß ihre „Sitten und Gebräuche“ irgendwie eine abfällige Kritik gefunden hätten. Im Gegenteil, es wurden ihre Einrichtungen, wie z. B. das Arrangement-Bureau, die Organisation des Marktes, die Geschäftsbedingungen, die Schiedsgerichte etc., stets als musterbildend anerkannt und allenthalben nachgeahmt. Die Wiener Börsenkammer glaubt demnach, daß es vielmehr im Interesse der reorganisierten Prager Effektenbörse und der gesamten tschecho-slowakischen Volkswirtschaft gelegen wäre, die bisherigen guten Beziehungen zwischen der Wiener und Prager Börse auch unter den geänderten Verhältnissen zu pflegen, statt durch derartige Angriffe den ja doch unausweichlichen gegenseitigen wirtschaftlichen Verkehr zu stören und zu vergiften. Wenn der Herr Finanzminister für den katastrophalen Zusammenbruch einer verfehlten Weltwirtschaftskonstruktion im Jahre 1873 die Wiener Börse allein verantwortlich machen will, so verkennt er dabei — abgesehen davon, daß dieses Ereignis schon lange nur mehr historischen Charakter hat und überdies in die Zeit vor der

Autonomie der Wiener Börse fällt — daß die Bedeutung Wiens als einer der Stützpunkte des europäischen Wirtschaftsbauwerks sowohl auf geschichtliche wie auch auf geographische Ursachen zurückzuführen ist und daß daher eine Erschütterung dieses Platzes ohne eigenes Verschulden sich überallhin bemerkbar machen müßte. Gerade, daß der Wiener Platz durch strengste Selbstdisziplin und völlige Neuordnung seiner Einrichtungen verhältnismäßig rasch die Folgen dieses juchstbaren Ereignisses überwinden und wieder „tönangebend“ werden konnte, bildet eines der ehrenvollsten Kapitel seiner Geschichte. Wien ist nicht auf Kosten der Provinzbörsen und durch Unsnüfung ihrer Kraft groß geworden, sondern vermöge seiner eigenen Leistung und finanziellen Bedeutung und hat durchaus nicht andere Börsenplätze in ihrer Entwicklung gehemmt. Das beste Beispiel hierfür ist wohl die Budapester Börse, die es, ohne dabei die Wiener Börse irgendwie zu schädigen, in den letzten Jahrzehnten zu kraftvoller Geltung gebracht hat.

Was das Verhalten der Wiener Börse in der Kriegszeit anbelangt, muß daran erinnert werden, daß sie als die erste und vollständig aus eigenem Antriebe bei Kriegsausbruch ihre Pforten geschlossen und dadurch die Volkswirtschaft Oesterreich-Ungarns, darunter nicht zum wenigsten auch die tschechische, vor unabsehbaren Wertzerstörungen bewahrt hat. Sie ist mit dieser Maßnahme ohne Rücksicht auf die Erwerbsinteressen ihrer Mitglieder vorangegangen und hat damit zweifellos die Weltwirtschaft rechtzeitig und richtig erkannt, was dadurch bewiesen wird, daß in rascher Folge alle Börsen der ganzen Welt ihr Beispiel nachgeahmt haben. Durch lange Zeit hindurch war den Angehörigen der Wiener Börse auf diese Art jede Erwerbsmöglichkeit unterbunden und erst im Jahre 1916 hat die Wiener Börsenkammer unter ganz besonderen Vorzichten und Einschränkungen, welche zum Teile noch heute bestehen, den Verkehr wieder aufgenommen. Wenn trotzdem spekulative Ausschreitungen während des Krieges vorgekommen sein mögen, so kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die Börseleitung immer und immer wieder ihre warnende Stimme dagegen erhoben hat und vor allem, daß der Anstoß dazu nicht von der Börse selbst, sondern von dem Publikum außerhalb der Börse, und zwar zum Großteile nicht von Wien, sondern von Plätzen der nunmehrigen neuen Staaten ausgegangen ist. Die Wiener Börse hat als erste unter allen Effektenmärkten der Welt die durch den Kriegsausbruch in Schwere gelassenen Friedensengagements liquidiert und dabei nicht eine einzige Insolvenz zu verzeichnen gehabt; sie hat gegenüber den größten Schwankungen der politischen Lage ihre Ruhe und Widerstandskraft bewahrt, ist niemals während dieser schweren Zeit panikartigen Zuständen anheimgefallen und hat jederzeit selbst mit großen Opfern ihre kaufmännische Zuverlässigkeit und Ehre bewahrt. Sie kann sich daher durch so unpassliche, mit den wirklichen Verhältnissen in schärfstem Widerspruch stehende Beschuldigungen nicht getroffen fühlen, und sieht unter energischer Zurückweisung all der erwähnten haltlosen Verhätigungen ihrer Zukunft als internationaler Effektenmarkt von maßgebender Bedeutung mit ruhiger Zuversicht entgegen.

## Zwangweise Enteignung auswärtiger Wertpapiere in Deutschland.

Wien, 19. Februar.

Reichsminister Erzberger hat gestern zu Weimar in seiner Rede erklärt, daß zur Sicherung der Nahrungsmittel, und um das deutsche Volk über die schwerste Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzuführen, die Kapitalisten ihre fremden Werte dem Deutschen Reich zur Verfügung stellen müssen. Wenn der Appell der Regierung seine Wirkung tue und das fremde Kapital im deutschen Besitze nicht genügend zur Verfügung gestellt werden sollte, müßte sich die Regierung vorbehalten, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Diese Ankündigung ist eine Verwirklichung der Absichten, die schon seit langer Zeit in Deutschland bestanden haben. Die deutsche Reichsregierung hat bereits im Jahre 1917 eine Erhebung über die deutschen Forderungen im Ausland und den Besitz des deutschen Kapitals an fremden Wertpapieren vorgenommen. Das Resultat war ein Besitz von vielen Milliarden Mark. Damals war allgemein angenommen und auch offiziell angekündigt worden, daß Deutschland diese auswärtigen Wertpapiere im Frieden in Anspruch nehmen werde, um den ersten dringenden Bedarf an Rohstoffen zur Aufnahme der industriellen Produktion zu bestreiten. Man hatte nicht an eine zwangsweise Enteignung, sondern an eine leihweise Ueberlassung gedacht, ähnlich wie dies auch die englische und französische Regierung im Verlaufe des Krieges hinsichtlich des Besitzes ihrer Staatsangehörigen an amerikanischen Wertpapieren getan hatten, um den Wechselkurs zu stützen. Der unglückliche Ausgang des Krieges hat bewirkt, daß die Wertpapiere Deutschlands in erster Linie nicht für Käufe von Rohstoffen, sondern von Lebensmitteln benötigt werden, um die Bevölkerung vor dem Hunger bis zur nächsten Ernte zu schützen. In dieser bedrängten Lage wird auch nicht von einer leihweisen Ueberlassung, sondern von einer Beschlagnahme und Zwangsentziehung gesprochen, weil nach der Sachlage nicht so leicht anzunehmen ist, daß eine Rückstellung bald werde erfolgen können. Wie aus Berlin gemeldet wird, soll eine Vorlage zu diesem Zwecke schon in der nächsten Zeit der Nationalversammlung übermittelt werden.

Der Besitz Deutschlands an ausländischen Wertpapieren war stets sehr bedeutend, da vor dem Kriege die deutsche Arbeit sich über alle fünf Weltteile erstreckte und mannigfache Verbindungen schuf, die auch zur Erwerbung von auswärtigen Anleihen und Wertpapieren anderer Art führten. An der Berliner Börse sind zahlreiche Kategorien dieser Papiere notiert. Hierher gehören in erster Linie türkische Werte, nämlich Türkenloose, Orientbahnaktien, die Titres der anatolischen Bahnen und Tabakaktien, dann die Staatsrenten Rumaniens, Argentinens, Mexikos, Chiles, Japans und Chinas, von amerikanischen Bahnen die Aktien der Baltimorebahn und der Canada Pacific-Bahn, die belgischen Prince Henri-Bahn-Aktien, von chinesischen Werten die Schantungbahnaktien. Außer den in Berlin direkt kotierten Papieren befindet sich ein großer Stock sonstiger amerikanischer Werte, namentlich amerikanischer Industriepapiere, wie Steel, Kupferaktien sowie anderer amerikanischer Bahnen, wie der Union Pacific und der Northern Pacific-Bahn, mit großen Posten im Besitz des deutschen Kapitals. Man hatte diesen Besitz auf reichlich zehn Milliarden Mark geschätzt. Soweit diese Papiere in Berlin kotiert sind, wurden die Stücke effektiv nach Deutschland bezogen und liegen im Portefeuille der Berliner Banken. Die übrigen amerikanischen Werte wurden zumeist, um den deutschen Stempel zu sparen, nicht tatsächlich eingeführt, die Besitzer haben vielmehr Konti in London oder Newyork, wo diese Werte hinterlegt sind.

In den deutschen Finanzkreisen wurde die Ankündigung der Zwangsentziehung dieser Papiere als eine Notwendigkeit ohne Widerspruch hingenommen, allerdings auch als ein Zeichen dafür aufgefaßt, daß die übrigen Kredite, welche Deutschland im Ausland besaß, erschöpft sind. Auf dem Berliner Markte hat die Ankündigung über die Zwangsentziehung große Schwankungen hervorgerufen; anfangs trat bei einzelnen dieser Werte eine starke Erschütterung des Kurses ein, die jedoch im späteren Verlaufe zum großen Teil wieder hereingebracht wurde. Diese stöckweisen Bewegungen entspringen der Erwägung, daß hinsichtlich der Bedingungen für die Uebernahme dieser Papiere durch das Deutsche Reich volle Ungewißheit besteht. Selbstverständlich ist bei der Zwangsentziehung an eine Ablösung gedacht; den Besitzern wird für ihre auf ausländische Währungen lautenden, ein Miteigentum an ausländischen Unternehmungen darstellenden Papieren der Kaufpreis in deutscher Währung gezahlt werden. Wieviel der einzelne Besitzer erhält, ist von zwei Bedingungen abhängig: dem Kurse der auswärtigen Märkte, zu dem die Wertpapiere angenommen werden, und dem Preise der deutschen Valuta, der bei der Umrechnung zugrunde gelegt wird. Für die auswärtigen Notierungen ist in erster Linie der Londoner und der Newyorker Markt maßgebend. Es ist möglich, daß die gegenwärtigen Kurse oder vielleicht ein Durchschnitt der vorangegangenen Zeit, etwa der Kriegsjahre, als Basis für die Ermittlung herangezogen wird. Diese Grundlage wird übrigens nicht von der deutschen Regierung allein, sondern wahrscheinlich im Einvernehmen mit der Entente festgestellt werden, weil die Wertpapiere für die Lebensmittellieferungen den Kaufpreis bilden, der als Bezahlung an die Entente abgeführt werden muß. Nicht minder wichtig ist für die deutschen Besitzer der Markkurs, der bei der Umrechnung der Vergütung gewählt wird. Gegenwärtig notiert die Mark auf den neutralen Plätzen außerordentlich niedrig, und wenn man von dem jetzigen Markkurs ausgehen würde, so würde der Betrag, der den deutschen Besitzern in Marknoten auszufolgen wäre, ungemein hoch, die Vergütung zu diesem Kurse für den deutschen Staat äußerst drückend sein. Eine zweite Eventualität, nämlich die Um-

scheinlich angenommen. Für die Besitzer, welche ihre Papiere vielfach erst im Kriege erworben und für die fremde Valuta einen hohen Kaufpreis gezahlt haben, würde dies eine schwere Schädigung bedeuten. Auf dem Berliner Plage nimmt man deshalb an, daß die deutsche Reichsregierung einen Mittelweg einschlagen, nicht den gegenwärtigen äußerst ungünstigen Kurs der Marknoten, sondern einen Durchschnittskurs der letzten Zeit zur Grundlage wählen werde. Irgend eine Sicherheit besteht aber dafür nicht, die Anhaltspunkte für die Bewertung dieser Papiere durch das deutsche Kapital fehlen, und deshalb sind die Schwankungen in Berlin so stark gewesen.

Auch Deutschösterreich muß Lebensmittel von der Entente beziehen und das Erfordernis bis zur neuen Ernte wird mit anderthalb bis zwei Milliarden Kronen geschätzt. Der heimische Besitz an fremden Wertpapieren ist im vorigen Jahre seitens des Finanzministeriums durch die Oesterreichisch-ungarische Bank erhoben worden. Damals wurde festgestellt, daß dieser Besitz ein Kapital von 2½ Milliarden Kronen darstellt, wovon 860 Millionen im Inlande, 1048 Millionen im verbündeten und neutralen, endlich 859 Millionen im feindlichen Auslande sind. Die Hauptposten sind deutsche Wertpapiere, dann Balkanpapiere, nämlich bulgarische, serbische und türkische Werte, Orient- und Tabakaktien, sodann italienische Werte, mit großen Summen, endlich noch amerikanische Industrie- und Bahnaktien. Es ist möglich, daß die Entente eine Zwangsentziehung verlangen wird. Dann dürfte wohl die Krone gleichfalls nicht nach dem jetzigen äußerst ungünstigen Kurse, sondern nach einem gewissen Durchschnitt der Valutenpreise berechnet werden. Diese Reserven für die Sicherung der Lebensmittelversorgung würden allerdings in dem späteren Zeitpunkte, wo es gilt, die Rohstoffe für die Aufnahme der industriellen Arbeit zu sichern, fehlen.

## Die Beschlagnahme deutscher und deutsch-österreichischer Auslandsvermögen.

Von einem Fachmann.

So wenig erfreulich die Nachrichten über die Beschlagnahme der Auslandsvermögen und guthaben jeder Art zur Beschaffung von Lebensmitteln für die Mittelmächte sind, so dürfen sie doch nicht zu ernstlicher Beunruhigung der betreffenden Privatpersonen Anlaß geben. Da wir eine Gegenleistung von unseren Feinden erhalten sollen, welche für uns eine Lebensfrage ist, kann nur die technische Durchführung dieser Frage größere Schwierigkeiten auslösen. Das Vermögen der Gebiete des alten Oesterreich-Ungarn, also der Länder der Kronenwährung, im feindlichen Auslande dürfte mit vier bis fünf Milliarden nicht zu gering veranschlagt werden. Das Vermögen Deutschlands im feindlichen Auslande beträgt ein Vielfaches dieser Summe. Dabei ist die Höherbewertung infolge des starken Disagios der Kronen- und Markwährung nicht berücksichtigt. Volkswirtschaftlich genommen besitzen wir also tatsächlich ein immerhin sehr bedeutendes Vermögen im Auslande, dessen Verwertung zur Bezahlung von Lebensmitteln unter den jetzigen Umständen einen richtigen Gedanken enthält. Es kommt dabei jedoch alles auf die technische Durchführung an, und es wäre jedenfalls zu unterscheiden, ob lediglich die Vermögen in den feindlichen Staaten zwangsweise herangezogen werden oder auch die Vermögen im neutralen Auslande. Diese Erstreckung auf das neutrale Ausland, wie es vielleicht von unseren Feinden gewünscht wird, ist deshalb viel bedenklicher, weil das Wirtschaftsleben während der ganzen Kriegszeit doch mit den Neutralen seinen Weg weiter genommen hat und nicht eine Scheidelinie durch den Kriegsausbruch gezogen ist. Die Entente hat Erhebungen darüber eingeleitet, wieviel österreichisches Vermögen sich in den einzelnen Ententestaaten befindet, und die Vermögen wurden zum großen Teil sequestriert, zu einem vielleicht ebenso großen Teil sogar liquidiert. Der Erlös befindet sich in der Gewalt staatlicher Treuhänderstellen oder die Vermögen sind wenigstens unter Aufsicht staatlicher Behörden gestellt, so daß sie jederzeit leicht greifbar sind. Es wird unbedingt notwendig sein, die Berechnungen der Entente, die Verwaltung der Vermögen während der Kriegszeit und im Falle der Liquidation oder Veräußerung die Durchführung des Verkaufes mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes auf das genaueste zu überprüfen. Es besteht sonst die Gefahr von Verschleuderungen und die Rechnung würde zu unseren Ungunsten ausgehen. Der Kern der Frage liegt darin, wenigstens vom Standpunkte der betreffenden Privatpersonen, daß sie möglichst vor materiellem Schaden behütet werden. Dem Inländer ist daher eine entsprechende Forderung gegen den eigenen Staat zuzugestehen, was etwa in der Form der Ausgabe von Obligationen möglich wäre. Es wäre also eine Art Zwangsanleihe des Staates bei seinen eigenen Staatsbürgern, welche Guthaben und Vermögen im Auslande besitzen. Bei entsprechender Konstruktion könnte auf diese Art die Auslandsvaluta beschafft werden, welche die inländischen Schuldner an das feindliche Ausland zu ihren Zahlungen in Francs- oder Pfundwährung benötigen.

Handelspolitisch ist es von größter Wichtigkeit, daß nicht die Unternehmungen inländischer Firmen, die wir in überseeischen Kolonien besitzen, soweit sie noch nicht liquidiert sind, einbezogen werden. Dies würde dann bedeuten, daß sie dauernd verschwinden. Es wird wohl möglich sein, diese Vermögen im Auslande nicht zur Gänze dem anderen Vertragspartei durch den in Rede stehenden Vorgang zu überantworten; bei vernünftiger Handhabung wäre wohl zu erreichen, daß das Vermögen lediglich als Kreditgrundlage verwendet wird. Wir müssen uns davor hüten, daß die Pläne der Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 namentlich ihre Verwirklichung finden, die durch Kampfmaßnahmen gegen Privatrechte die wirtschaftliche Stellung der feindlichen Staatsangehörigen im Auslande und besonders in Uebersee dauernd zerstören wollte. Das ganze Projekt, worüber vorläufig ja noch nur die ersten allgemeinen Nachrichten vorliegen, könnte bei entsprechender Durchführung der gesamten Volkswirtschaft gewiß auch von Nutzen und Vorteil sein, immer vorausgesetzt, daß die Zukunft unseres Auswärtigen

### Die Liquidierung der Kron Güter. Das Jahresdefizit von 17 Millionen Kronen.

Die tschecho-slowakische Regierung hat aus Anlaß von Abholzungsarbeiten im Lainzer Tiergarten wieder einmal bei unserm Staatsrate mit einer „Berührung“ gegen Veräußerungen von Kron Gütern sich erwidert. Wir teilten aus diesem Anlasse gestern mit, daß das Jahresdefizit der Objekte, die die Verwaltung des Hofarsars (als Treuhänder der am Besitze beteiligten Nationalitätenstaaten) zur weiteren Bewirtschaftung bis zur Aufteilung übernommen hat, nicht weniger als 17 Millionen Kronen jährlich beträgt. Dabei handelt es sich um einen Silberkomplex, der Werte von weit über eine Milliarde Kronen darstellt. Es wird die Heftigkeit gewiß interessieren, zu erfahren, wie dieser gewaltige Abgang sich zusammensetzt. Die nachfolgende Darstellung gibt diesbezüglich einige Aufklärungen.

#### Die Hauptobjekte der hofararischen Verwaltung.

Die bedeutendsten Objekte, die die Verwaltung des Hofarsars seit dem Zerfall der Monarchie zu beschaffen hat, sind: Die Hofburg mit allen ihren Nebengebäuden und deren Inhalt (Schatzkammer, Museen, Hofbibliothek), die beiden Hoftheater, die Schlösser und Gärten Schönbrunn, Belvedere, Augarten, Layenburg, Seefeld, der Prater, der Lainzer Tiergarten, die Lobau, die Residenzen in Innsbruck und Salzburg mit Hellbrunn, ferner noch in Wien das Hofmobiliendepot (Mariahilferstraße), die Gardegebäude, die Hofallburg, die Hofallgebäude und eine Anzahl von Häusern. Jüngst wurde angeordnet, daß die beiden Hofmuseen, der jacoburg-Lothringische Hausschatz (Schatzkammer) und die Hofbibliothek aus diesem Komplex ausscheiden und in die Verwaltung des Staatsamtes für Unterricht übergehen, was aber auf die Höhe des Defizits kaum von Einfluß sein dürfte.

#### Die bedeutendsten Posten des Defizits.

Der Jahresabgang, mit dem die provisorische Verwaltung des Hofarsars zu rechnen hat (siebzehn Millionen), wäre noch bedeutender, wenn für die von der deutschösterreichischen Regierung eingesetzte Treuhänderverwaltung auch noch die Ofner Pönigsburg, Gödöllö, Bradschin und Miramar in Betracht kämen. Aber um deren Verwaltung haben sich jetzt die ungarische Volksrepublik, beziehungsweise die andern nationalen Regierungen zu kümmern, die diese Güter in Besitz genommen haben.

Selbstverständlich legen wir Deutschösterreich das Geld für die Verwaltung der bis auf weiteres in unser Obhut verbliebenen Objekte nur aus. Bei der Abrechnung muß es uns zurückgezahlt werden. Bis jetzt hat unser Staatsamt für Finanzen allerdings noch nicht einen Heller auf das Defizit der ehemaligen Kron Güter aufzahlen müssen. Denn das kaiserliche Obersthofmeisteramt hatte finanzielle Reserven zurückgelassen, aus denen der Abgang auch für die seit dem 1. Jänner 1919 verfllossene Zeit gedeckt werden konnte. Die Reserven sind nun fast ganz zusammen geschmolzen. Ueberdies sind noch alte Rechnungen in nicht unbeträchtlicher Höhe zu begleichen. In der alten Zeit floß mit dem Neujahr die erste große Rote der kaiserlichen Zivillisten in die Kassen der Hofverwaltung. Nun muß Deutschösterreich das Geld vorstrecken.

#### Die einzige Ersparnis der Republik.

Die einzige Ausgabe post aus dem Hofarsar, die der junge republikanische Staat kurzweg streichen und glatt ersparen konnte, sind die Kosten für die Ordensverleihungen aller Art. Sie machten im kaiserlichen Budget eine bedeutende Summe aus. Man muß nur bedenken, daß in den letzten Kriegsjahren die Auszeichnungen auf rund 10.000 Verleihungen pro Jahr gestiegen waren. Und wie teuer sind diese Auszeichnungen zu beschaffen gekommen, wir meinen die einzelnen Stücke. Der Stephans- und der Leopoldorden kommen nicht erst in Betracht, weil sie nicht so häufig verliehen werden sind. Betrachten wir aber beispielsweise diejenigen Orden, die für Offiziere und bürgerliche Kreise der Zahl nach am schwersten ins Gewicht fallen: den Orden der Eisernen Krone dritter Klasse und das Ritterkreuz des Franz Josef-Ordens. In Friedenszeiten kostete die Herstellung einer Eisernen Krone der erwähnten Klasse 110 K., wobei die Umwickelstern aber echtes Gold verwendete, ein Franz Josef-Orden (Ritterkreuz) 90 K. Im Kriege mußte man gar bald aufhören, diese Orden aus Gold anfertigen zu lassen. Man verlieh sie in Bronze. Aber auch die Preise für das unedle Metall waren im Laufe des Krieges so sehr gestiegen, daß ein

so viel kostete wie früher ein echter, nämlich 70, beziehungsweise 60 K. Bei dieser Preiserhöhung kamen auch die ungeheuren Steigerungen für Arbeitslöhne in den Goldarbeiterwerkstätten in Betracht. Die Arbeit an solchen Dekorationen ist aber keine kleine. Der Franz Josef-Orden zum Beispiel ist aus nicht weniger als 24 Bestandteilen zusammengesetzt, deren jeder sorgfältig poliert, emailliert und zurechtgerichtet werden mußte.

Nicht besonders hoch zu stehen kamen die Militärverdienst- und die geistlichen Kreuze etc. Aber bei ihnen nahm wieder die Masse die Finanzen des Hofarsars stark in Anspruch. Die Verwaltungen der früheren k. u. k. Orden leiner Vermögen besitzen, mußte die kaiserliche Zivilliste für die Kosten der Verleihungen aufkommen. Im Frieden waren sie nicht gerade bedeutend, weil ja die Erben jedes Ordensritters dessen Dekoration zurückgeben mußten. Man konnte sie dann anderweitig verkaufen; überdies gab es immer einen Ordensvorrat. Aber im Kriege kam die Zahl der wegen Todes des Besitzers zurückgestellten alten Ordensstücke gegen die neu zu verleihenden kaum mehr in Betracht. Die Ausgaben betragen daher viele hunderttausende Kronen im Jahre. Unse Republik erspart sie...

#### Die Hoftheater als Objekte des größten Defizits.

Das größte Defizit — wenn auch nicht die bedeutendste Ausgabe post — erwächst der hofararischen Verwaltung aus der Führung des Burg- und Operntheaters. Man schätzt es neuerdings auf fünf bis sechs Millionen jährlich. Hierbei sind außerordentliche, in Zukunft voraussichtlich nicht mehr wiederkehrende Ausgaben und Ausgabe posten in Betracht gezogen, wie zum Beispiel: die ständigen Kohlenkosten des vergangenen Betriebsjahres, die durch Grippe bedingten Ferien sowie der regelmäßige Ausfall der Montag- und Dienstagvorstellungen — an beiden Hoftheatern 25.000 K. pro Tag, also ein monatlicher Ausfall von 200.000 K.! Ferner sind bei dieser Defizitiffer berücksichtigt die jüngstens für die Arbeiterchaft und die Orchestermitglieder bewilligten Zulagen und die in deren Folge von andern Dienst kategorien, wie Chor und Ballet etc., geltend gemachten Forderungen, die in einem gewissen Maße auch bewilligt werden dürfen. All diese Ausgaben werden erst vermindert werden können, bis der traurige Prozeß der Geldentwertung sein Ende gefunden haben wird. Jedenfalls war das Hoftheater defizitär nie so groß! Dabei gehen die Geschäfte geradezu glänzend. Ueber die Kosten, vor allem die fabelhaften Preise, die für die notwendigsten Bühnenmaterialien gezahlt werden müssen, fressen alles auf. Allerdings fallen auch gewisse, sehr kostspielige Engagements ins Gewicht, die in der allerletzten Zeit der kaiserlichen Theaterverwaltung, nämlich in der kurzen Herrschaftsära des Generalintendanten Baron Andrian getroffen worden sind. Daß für ihn ausschließliche Mitsprachen auf die künstlerische Führung der Hoftheater maßgebend waren, wird man gern zugeben. Aber wie teuer seine Maßnahmen dem Hofarsar zu stehen konnten, mögen unter andern folgende Ziffern darlegen:

Bis vor kurzem hatte das Operntheater einen Direktor (Hans Gregor); seine Gehühren betrugen jährlich 52.000 K. Die neue Direktion Schalk-Richard Strauß kostet aber viel mehr. Der Direktor Schalk bezieht wohl nicht so viel wie sein Vorgänger, aber Dr. Strauß hat beträchtlich höhere Bezüge, als Gregor allein sie erhielt. Die Operndirektion kostet jetzt also mehr als das Doppelte wie früher.

Ähnlich sind die Verhältnisse in der Direktion des Burgtheaters. Außer dem Direktor, der angemessen honoriert werden muß, wirkt in der Leitung ein erster Dramaturg, der bis zur Übernahme seines Amtes ein bedeutendes Einkommen aus seiner schriftstellerischen Tätigkeit bezog, das man ihm ersetzen mußte, und der überdies für eine leitende Stelle in Aussicht genommen war. Es ist Hermann Waher. Er bezieht 40.000 K. jährlich. Daneben fließen aus dem Direktionsbudget für Dramaturgen, Lektoren und einem Weirat noch andre Gehalte. Und was kostete der Stab von Beamten, mit dem sich der Intendant Baron Andrian in seiner Kanzlei umgab!

Auch an den finanziellen Folgen der Herrschaft Milenkovich hat das Burgtheater noch zu leiden. Die Anstellung des Fränklers Hofarar allein brachte die Notwendigkeit der Erhöhung einer ganzen Reihe von Künstlergehältern mit sich. Denn die Gage der genannten Dame war von andern, dem Hause unentbehrlichen Kräften als unverhältnismäßig hoch empfunden worden. Die Bezüge der Frau Bleibtreu mußten zunächst erhöht werden, es kamen aber noch andre beträchtliche Aufbesserungen. Nun ist auch Alexander Moissi für einige Monate im Jahre engagiert, was vom Publikum gewiß freudig begrüßt werden wird. Aber das Burgtheater wird jährlich 70.000 K. mehr einnehmen müssen.

beden. Um die Theater zu bekommen zu sein bergangenen für entfallene 10 K. zurück bedeutende Ausg noch bevor, r erfüllt wird, die ihre Gagen ordnen waren. A. und wäre 3. der Kriegs-

#### Pensionen.

die aus der zu begleichen sind die Pensioner der ehemit einem bis sieben Die meisten bestand versteht zum eine Ver die einige agenden Sub-Hofverwaltung Pensionen in stituten r arkten. In noch fover in den ngstechnisch in rblage errichtet Bettragsleistung

cht behandelten so sind auch arbeitet mit ffoments- und sichten nicht an rhaltung und

#### Lang.

Kron Güter ist Selbstverständlich inrigeburg oder samtkatus der wie die Wiener beziehungsweise diese Gebäude alle zur Zivill- Kommission Staatsamt wird die Ver- en um einen r Rutzbar- ist Sache der rachten müssen. 3 einzelner von ern. Zumindest gliedert her: Bau- Schalk-Richard Strauß kostet aber viel mehr. 1. die auf dem Direktor Schalk bezieht wohl nicht so viel wie sein ab, vor allem kein Geld für sertation“ fehlt sersions.

9. III. 1919

## Die Kronsgüter und ihre Zukunft.

Ein bemerkenswerter Vortrag in der „Urania“.

Professor Dr. Günther Schlesiinger, Referent der Fachstelle für Naturschutz in Deutschösterreich, Konservator des Niederösterreichischen Landesmuseums, hielt heute abend in der „Urania“ einen hochinteressanten Vortrag über die Wald- und Auengüter der Krone und ihre Zukunft, besprach die Art, wie sich die breite Öffentlichkeit mit der Frage der Zukunft dieser Güter befaßte, welche Vorschläge laut wurden, und bezeichnete es als ein wahres Glück, daß das Staatsamt für Landwirtschaft beim Oesterreichischen Heimatschutzverband, Wien, 9. Bezirk, Severingasse 9, eine Fachstelle für Naturschutz in Deutschösterreich errichtet hat, die sofort nach der Umsturzbewegung und nach der öffentlichen Diskussion der Kronsgüterfrage eine Konferenz einberief, an der sämtliche in Betracht kommende Fachleute (Naturwissenschaftler, Forstwirtschaftler, jagdliche und touristische Fachmänner u. dgl.) teilnahmen, und die auch von einem Großteil unserer Universitätsprofessoren, mit dem Rektor an der Spitze, besucht war. Es ist im Interesse dieser Konferenz gelegen, ihre Beratungen der Öffentlichkeit voll zugänglich zu machen, und es ist deshalb auf das dankbarste zu begrüßen, daß die „Urania“ sich bereit erklärt, die Plattform für diese Veröffentlichung abzugeben.

Der Vortragende wandte sich dann zunächst der Darstellung des

### Wainzer Tiergartens

und der damit verbundenen Projekte zu. In einer Serie von Bildern wurde die landschaftliche Pracht des Wainzer Tiergartens vorgeführt. Er stellt im wesentlichen den Typus des Wienerwaldes dar; infolge der vielhundertjährigen Abgeschlossenheit aber treten uns dort Buchenwaldbestände von einer Stärke entgegen, die wir nirgends im Wienerwald mehr antreffen. Die einzelnen Baumindividuen erreichen einen Durchmesser von über einen Meter. Solche Bestände sind insbesondere in der Gegend zwischen dem Dachsgeschleif und dem Gittengrabenstadel vorhanden. Ferner sind die mächtigen Eichenbestände am Johannerkogel hervorzuheben. Ein noch viel größerer Wert des Tiergartens liegt in seinen Wildbeständen. Vor allem ist diesbezüglich das Schwarzwild hervorzuheben; es ist nicht eingesehtes Tiergartenwild, sondern noch der letzte Rest eines einstmalig über ganz Niederösterreich ausgedehnten Wildbestandes. Das Hochwild ist zwar mit verschiedenen Rassen durchkreuzt; es ist aber immerhin für den Großstädter eine Seltenheit, in so unmittelbarer Nähe der Stadt Hochwild überhaupt zu sehen. Damwild und Mufflon sind eingeführte Südeuropäer, in ihrem Heimatgebiet aber derart im Rückgange, daß eine Erhaltung erfreulich wäre. Von Raubformen sei insbesondere der Edelmarder hervorgehoben, der im freien Wienerwald nahezu verschwunden ist. Aus den prächtvollen Lichtbildern, die auch durch einen Film aus dem Vogelleben des Wainzer Tiergartens noch belebt waren, ist ersichtlich, daß es sich in der Erhaltung des Wainzer Tiergartens um unerfessliche Güter für Wissenschaft, Kunst, Schule und Volksbildung handelt.

Für die Erhaltung des Wainzer Tiergartens als Freilichtmuseum und Naturpark stellte der Vortragende folgende Punkte auf: 1. Mit Rücksicht auf die Entwicklung Wiens müßte wohl auf den vorstehenden Teil zwischen Mauer und Wainz verzichtet werden; er könnte der Parzellierung zugeführt werden. — 2. Die forstliche Nutzung könnte, insofern es nicht die im folgenden genannten Reservatgebiete betrifft, ohne weiters aufrechterhalten werden. — 3. Auch die jagdliche Nutzung kann aufrecht bleiben; das Wild wäre nach den Grundsätzen einer mäßigen Ueberhege zu halten, um es auch dem jagdlich unerfahrenen Besucher möglich zu machen, Wild in freier Bahn zu sehen. — 4. Die Mauer müßte bleiben. Das Gebiet soll zugänglich gemacht werden, allerdings nicht wahllos. Der Eintritt wäre auf eine Maximalzahl zu beschränken, die Karten in der Stadt zu beheben. Dringendste Beobachtung der Besuchsordnung wäre allen Besuchern einzuschärfen, Sammeln und Mitnehmen von Sammelgeräten im Interesse der Allgemeinheit zu verbieten. — 5. Die großartigen Buchen-, Eichen- und Eichenbestände müßten für ewige Zeiten von jeder Nutzung ausgenommen werden. Entsprechende Teile wären einzufrieden, damit durch den Wildverbiss das Jungholz nicht leidet und ursprüngliche Urwaldsbilder im Laufe der Zeit wieder erstehen. — 6. Einzelne Gebietsstrecken sollen aus wissenschaftlichen Gründen und zum Zwecke der Ruhe des Wildes zeitweise vom Besuche ausgenommen werden. — 7. Könnte schließlich ein geeigneter Trakt der Villa „Serres“ als Museum zur Darstellung des heimischen Wildes eingerichtet werden. — 8. Die Erfüllung dieser Punkte wäre vom Staate zu gewährleisten. Der Zentralverwaltungsstelle soll eine Kommission als Fachbeirat angegliedert werden, in welcher Vertreter aller Belange, in erster Linie des Naturschutzes, Sitz und Stimme haben müßten.

Betreffs des

### Walters

besprach der Vortragende, unter Zuhilfenahme einer Serie von ausgewählten Lichtbildern, vor allem die Erhaltung der mächtigen Baumriesen im unteren Teile, und warnte vor der Trockenlegung der verschiedenen Lämpel und Ausläufer, die ein unerschöpfliches Reservoir an Kleintieren für den Unterricht an allen unseren Schulanstalten und für die Volksbildungsbestrebungen darstellen.

Darauf wandte sich der Vortragende der

### Waldau

zu. Es gibt kein zweites Gebiet in der Nähe irgendeiner Großstadt, das landschaftlich einen derartigen Urwaldcharakter aufweist, wie die Auen am linken Donauufer. Man kann sie geradezu als Antipoden der Oedländer des Hochgebirges bezeichnen. Die Landschaftsbilder sind besonders bei aufgehender und sinkender Sonne von geradezu überwältigender Schönheit. In einer Bilderreihe wurden zunächst die mächtigen Auwiesen mit ihren Begrenzungen durch riesige Auhäuser (Pappeln, Weiden, Ulmen) gezeigt. Dann führte der Vortragende die Hörer-

Sonntag, 9. März 1919

# Zeitung

1704

## ersten Sachen

Loch 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich  
 als Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 1 M. u. 30 %, Teuerungszuschlag.  
 e Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.  
 Berlin SW 68, Kochstr. 23-28, und in allen Geschäftsstellen des Verlages

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800,  
 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## liner Osten.

### Mittelstand und Demokratie.

Von

Handwerkskammer Syndikus Hermann, Neuffingen,  
 Mitglied der Nationalversammlung.

Die Blutopfer des Krieges haben alle Stände gleichermaßen gebracht, die Opfer an Gut dagegen sind bis jetzt sehr ungleichmäßig zwischen den einzelnen Volksschichten verteilt. Das zweiarige Ende dieses wahnwichtigen Krieges bedeutet ja für das gesamte deutsche Volk ungeheuerlichen, nicht abzusehenden Schäden, der um so schwerer auf den Mittelschichten lastet, als es gerade die Kräfte des selbständigen handwerklichen und kaufmännischen Mittelstandes sind, die schon während des jahrelangen Krieges ungeheurer Schäden litten und in ihren Grundfesten bis auf tiefste erschüttert wurden. — Ich übersehe dabei nicht, was Beamte und Privatangestellte gelitten haben. — Durchschnittlich waren 50 v. H., zum Teil 60 v. H. der Handwerksbetriebe infolge Einziehung des Meisters zum Heere geschlossen. Nicht ganz so schlimm war es beim kaufmännischen Mittelstande, der aber durch den Ausbau der Zwangswirtschaft schließlich in eine ebenfalls sehr bedrängte Lage kam. Wenn dem etwa entgegengehalten würde, daß ja recht zahlreiche Handwerksmeister und Kaufleute durch Beteiligung an Heereslieferungen Geld verdient hätten, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß das ein verschwindender Bruchteil des Mittelstandes ist. Auf Grund vorläufiger Schätzungen komme ich für das gesamte deutsche Handwerk auf einen tatsächlichen Gesamtschaden von mindestens 5 Milliarden M. Ganz abgesehen von nicht zu errechnenden weiteren Milliarden-schäden. Weder das Reich noch die Einzelstaaten sind imstande, diesen ungeheuren Schaden je wieder gutzumachen.

Ist angesichts dieser Sachlage ein Wiederaufbau des selbständigen Mittelstandes überhaupt möglich? Und welche Wege sollen dazu eingeschlagen werden? Diese Fragen möchte ich heute vom Standpunkte der bürgerlichen Demokratie aus beantworten. Der Wiederaufbau des Mittelstandes ist möglich, sofern unsere gesamte Wirtschaft vor dem absoluten Zusammenbruch bewahrt bleibt. Und wir haben die feste Zuversicht, daß die neue Reichsregierung zusammen mit der Nationalversammlung durch Schaffung von Ruhe und Ordnung und Abschluß eines baldigen Friedens unsere wirtschaftlichen Verhältnisse einer Gesundung entgegenführen. Aber nicht nur möglich, auch absolut notwendig ist dieser Wiederaufbau!

Der selbständige Mittelstand, ganz besonders das Handwerk, haben in der Vergangenheit sowohl wie ganz besonders aber im Kriege eine unverwundliche Ausdauer und Lebensfähigkeit erwiesen, die viele in Staunen versetzt hat. Seine volkswirtschaftlichen Funktionen können nicht beliebig durch andere Faktoren unseres Wirtschaftslebens ersetzt und ausgeübt werden. Aber auch als Faktor sozialen Ausgleiches ist ein selbständiger Mittelstand im neuen Deutschland unentbehrlich. Das mögen sich ganz besonders die Reichen und Wohlhabenden dieser Welt gesagt sein lassen! Nicht zu vergessen aber seine Bedeutung für unser gesamtes Kulturleben! Wieviel tüchtige Industrielle, Führer unseres Wirtschaftslebens, Beamte, geistige Führer unseres Volkes sind alle aus dem gewerblichen Mittelstande herausgewachsen? Das soll erst recht im neuen, demokratischen Deutschland der Fall sein, wo keine Klassenunterschiede mehr den Aufstieg des Tüchtigen hemmen dürfen. Ein armes Volk, das keinen Mittelstand in sich birgt!

Deshalb muß auch das gesamte Volk erkennen, daß dieser Wiederaufbau unseres hart bedrohten Mittelstandes nicht etwa eine Standesangelegenheit desselben allein sei, vielmehr eine Staatsnotwendigkeit ersten Ranges ist. Die bürgerliche Demokratie hat sich vorbehaltlos auf diesen Boden gestellt. Die Demokratie geht dabei aber davon aus, das geschäftliche Unfähigkeit und Rückständigkeit keinen Anspruch auf besonderen Schutz haben, denn nirgends gilt der Grundsatz mehr als im Handwerk und Kaufmannstande, daß für den Tüchtigen die Bahn frei sein muß. In ganz anderem Maße als seither muß der Handwerker auch Kaufmann sein! Der Mittelstand muß deshalb von sich aus mit einem neuen, zielbewußten Geiste an die Lösung seiner Schicksalsfragen gehen. Nicht rückwärtsgewandt auf das Mittelalter, auf Zeiten, die für immer vorbei sind, die nebenbei bemerkt auch keine „goldenen“ für das Handwerk waren, sondern den Blick vorwärts gerichtet und gefestigt durch den unerschütterlichen Glauben an sich selbst, muß der Handwerker und der Kaufmann in die neue Zeit eintreten.

Das alles mag theoretisch ganz schön und gut sein, wird mir der Großteil der Handwerker und Kaufleute sagen, was sollen wir anfangen, wenn wir keine Rohstoffe und Waren zur Verarbeitung und zum Verlaufe haben? Dieser Einwurf ist leider nur zu richtig. Die Rohstoff- und Warenversorgung gestaltet sich leider immer schwieriger, letzten Endes kann hier nur der Friede

## Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

## Aufhebung der Blockade. Die Banken.

Wien, 22. März.

Die Lösung der schweren Fesseln, die fast fünf Jahre lang den wirtschaftlichen Körper der österreichischen Länder umklammerten, wirft wichtige Fragen der Kreditpolitik auf. Wir können jetzt Güter frei beziehen, wie sollen wir sie aber bezahlen? Der Weg früherer Friedenszeiten, die Begleichung durch Waren, ist nur in begrenztem Umfange möglich und kann erst allmählich in Gang kommen. Italien, der nächste feindliche Nachbar, der uns Lebensmittel, überseeische Rohstoffe, Erzeugnisse seiner hochentwickelten Baumwollindustrie liefern könnte, hat großen Bedarf nach dem Holze aus unseren Wäldern, nach Eisen und Stahl aus der steirischen Hüttenwerken. In späterer Zeit werden wir in diesen beiden außerordentlich wichtigen Erzeugnissen in hohem Maße exportfähig sein, werden auch manche andere Produkte, Zement, Magnesit, Maschinen, verschiedene Finalartikel regelmäßig an das Ausland abgeben können. Vorläufig stehen aber die mächtigen Hochöfen und Walzwerke, die sich um den steirischen Erzberg gruppieren, zum großen Teile still, weil die nötigen Brennstoffe für ihre Bedienung nicht zugeführt werden können. Die Forste in den Alpenländern haben die wertvollsten, im Auslande sehr geschätzten Baumbestände, die Fällung war aber während der letzten Jahre ganz ungenügend, wird auch jetzt nur in beschränktem Umfange allmählich aufgenommen, das dort geschlagene Holz wird für den inneren Bedarf, für die unentbehrlichsten Neubauten und Ergänzungen benötigt, für die Ausfuhr ist wenig oder nichts verfügbar. Ausgiebige Kredithilfe könnte der deutschösterreichischen Wirtschaft eine große Anleihe in den Entente-Ländern, in erster Reihe in den Vereinigten Staaten, schenken; eine solche liegt aber noch in einiger Ferne, wird erst nach vollständiger Einrichtung der Friedenswirtschaft und Herstellung des Vertrauens möglich sein, und vorerst fehlen noch alle Anzeichen dafür, daß bereits die ersten Fäden angeknüpft worden wären. Warenkredite in mäßigem Umfange wurden in Holland eingeräumt; in der Schweiz haben die in der letzten Zeit angestellten Versuche dieser Art keinen rechten Erfolg gehabt, da im Lande selbst Geldknappheit herrscht, auch Anleihen der großen Städte nicht untergebracht werden konnten und umfassende ausländische Guthaben, die dort vorübergehend gehalten wurden, in der letzten Zeit abgezogen worden sind. In Argentinien zeigt sich eher Geneigtheit, uns die Zahlungen für die allerdings zu den teuersten Preisen getauschten Lebensmittel auf längere Zeit zu stunden; in allen diesen Ländern umfassen aber die bisher abgeschlossenen Kredite nur bescheidene Summen, die für den noch bestehenden großen Bedarf kaum entscheidend ins Gewicht fallen.

Die Aufgabe, die sofort mit dem Uebergange zu einer normalen Friedenswirtschaft gelöst werden muß, liegt in der Erschließung ausgiebiger Kreditquellen aus den Reservoiren der ausländischen Märkte. Mit kleinen Mitteln kann nur für den Tag vorgesorgt werden, hier muß die öffentliche Initiative eingreifen, mag der Staat selbst der Kreditwerber sein oder die unter seiner Führung sich für den Außenverkehr organisierende Industrie. Zur Erlangung zureichender Borgungen im Auslande ist aber die vollste Sicherung des Vertrauens unerlässlich. Die Verwirrung in den Verhältnissen der Währung, die durch die rechtswidrige Abspaltung der Nationalstaaten bewirkt wurde, erscheint keineswegs geeignet, dieses Vertrauen zu stärken. In der Schweiz ist die Einfuhr von Kronennoten gesperrt, bis die volle Klärung über das Schicksal der nicht abgestempelten Noten herbeigeführt wird. Versuche unsererseits, durch Erlangung eines größeren Kredits in deutscher Mark, unserer künftigen Währung, die Geldbeschaffung für auswärtige Warenbezüge schon jetzt anzubahnen, sind an der Ablehnung des Präsidenten Havenstein gescheitert. Wir müssen vorerst noch weiter Kronenkredite anstreben und zu diesem Zwecke die Grundlagen der deutschösterreichischen Währung scharf umgrenzen durch die Abstempelung des inländischen Umlaufes, durch die zweifellose Uebernahme unserer Quote von den im Auslande verbreiteten Noten, durch die schleunigste Errichtung der eigenen Notenbank und der Devisenzentrale; unbedingte Sicherung der Rechtsverhältnisse ist die oberste Vorbedingung, nicht minder bedeutsam ist aber die Wiedererweckung der Stimmung. Das Ausland muß auf die vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten in Deutschösterreich hingewiesen, es muß den fremden Kapitalisten vor Augen geführt werden, daß das Risiko bei einem Kronenkurse von 23 Francs in der Schweiz, von 12 Gulden in Holland doch nach unten sehr begrenzt ist, die Möglichkeit des Gewinnes nach oben aber ein Vielfaches der Verlustchancen nach unten darstellt, daß Deutschösterreich in seinen natürlichen Hilfsquellen, in der Organisation seines Kapitals, in der ernstesten Entschlossenheit zur unbedingten Erfüllung aller Verpflichtungen Elemente der Vertrauenswürdigkeit besitzt, auf denen eine zureichende Kreditoperation aufbauen kann. Sind einmal alle notwendigen Einrichtungen geschaffen, die Wiederkehr zur normalen Arbeit angebahnt, die Bedingungen des Ertrages gesichert, dann werden wir im Ausland den Kredit erlangen, um unsere Wirtschaft auf neuer Grundlage aufzubauen und dauernd lebensfähig zu erhalten.

Die notwendigen Vermittlungsdienste werden hierbei die Banken leisten müssen. Die Wiener Banken sind in ihrem Bestande von mehr als einem halben Jahrhundert im Auslande sehr bekannt, besitzen wichtige Beziehungen mit allen Plätzen und waren auch in den letzten Monaten wiederholt bemüht, die im Kriege abgerissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Die Banken sind nicht besser ausgerüstet als die ganze Wirtschaft, die Schäden, welche der Krieg geschlagen hat, treffen auch sie, und deshalb sind die Maßnahmen, welche sie jetzt vorführen, auch gegenüber dem Auslande von hervorragender Wichtigkeit, weil sie den Maßstab für die Kritik unserer Zustände liefern. Das

## Ein Wirtschaftsbeirat.

Von Dr. Brosche.

Bei der Bedeutung, die das Wirtschaftsleben für den Staat schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewonnen hatte, dämmerte selbst unter der Herrschaft des unverhüllten Absolutismus die Erkenntnis auf, daß in wirtschaftlichen Kreise nicht entbehrt werden könne. In der freiheitlichen Bewegung des Jahres 1848 war eine der ersten Forderungen der Handels- und Gewerbetreibenden die nach Errichtung von Handels- und Gewerbekammern. Schon im Oktober 1848 wurde ihr durch eine provisorische Verfügung entsprochen. Die Regierung erhielt den Auftrag, die Kammern vor dem Erlaß von Gesetzen und Verordnungen in Gewerbe- und Handelsangelegenheiten um ihr Gutachten zu vernehmen. Im Laufe der Jahre wurden den Kammern immer neue Verwaltungsaufgaben übertragen, ihr ursprünglicher Aufgabenkreis aber, Beratungsorgan der Regierung bei der Vorbereitung aller Gesetze zu sein, blieb unberührt und so entwickelten die Kammern zunächst eine sehr ausgebreitete begutachtende Tätigkeit. Die konstitutionelle Ära räumte dann den Kammern auch einen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung dadurch ein, daß sie das Recht erhielten, in den Reichsrat und in den Landtag Abgeordnete zu entsenden. Ueberdies wurden auch Vertreter der Industrie in das Herrenhaus berufen. Mit der Beseitigung des Kurienparlamentes gingen aber die Handelskammern dieses Zusammenhanges mit der Gesetzgebung verlustig und durch die Neugestaltung des staatlichen Lebens in Deutschösterreich und die Beseitigung des Herrenhauses verloren Handel, Gewerbe und Industrie auch diesen letzten Zusammenhang mit der Gesetzgebung. Über schon in den letzten Jahren vor dem Zusammenbruch waren die Handelskammern als Gutachter wiederholt ausgeschaltet worden und zugleich hatten sie in den breiten Schichten der wirtschaftlichen Kreise an Ansehen Einbuße erlitten: das Zusammenarbeiten der Gruppen Handel, Industrie und Gewerbe, zwischen denen oft Interessengegenstände bestanden, hatte die Kammern in ihren Gutachten oft zu Kompromissen gezwungen, in welchen die Meinungen der einzelnen Gruppen nicht mehr klar zum Ausdruck kamen. Die aktive Mitarbeit der gewählten Mitglieder trat in den Hintergrund und die Kammergutachten und Kammeraktionen wurden immer mehr und mehr durch die übrigen ausgezeichneten Mitglieder des Kammerbureaus bestimmt.

Mittlerweile aber begannen die einzelnen Erwerbsgruppen sich zu freien Organisationen zusammenzuschließen. Zunächst fanden sich einzelne hervorragende Industrielle im Industriellen Klub zusammen, und dieser ersten Vereinigung gelang es durch die geistige Kraft der führenden Persönlichkeiten und durchaus nicht etwa durch ihre industrielle Machtposition in Fragen der Handelspolitik eine maßgebende Rolle zu spielen. Die Interessen der Handelspolitik führten auch die einzelnen Fachverbände zu einem Zusammenschluß im Zentralverband und bald darauf erfolgte auch die Gründung des Bundes österreichischer Industrieller, deren Führer mit großer agitatorischer Kraft den Organisationsgedanken in der Industrie erfolgreich popularisierten. Gleichzeitig führte die große politische Bewegung, die in den Gewerbetreibenden ihre mächtigste Stütze hatte, zum Zusammenschluß in großen Gewerbeverbänden, während die Kaufleute sich in einzelnen kaufmännischen Vereinen organisierten, die dann in eine Zentralstelle zusammengefaßt wurden. So entstanden neben den Handelskammern freie Organisationen, in deren Wirken die Willensmeinung und die Wünsche der einzelnen Interessengruppen weit deutlicher zum Ausdruck kamen, als in den Boten der Kammern. Auch in Regierungskreisen wurde bei der stets wachsenden Bedeutung der Industrie für den Staat die Notwendigkeit erkannt, eine beratende Körperschaft zur Verfügung zu haben. So wurde im Jahre 1898 der Industrierat ins Leben gerufen. Er hat sich als beratendes Organ der Regierung vortrefflich bewährt: in äußerst wertvollen Gutachten, zahlreichen Initiativanträgen, in der Befürwortung industrieständlicher Aktionen, sowie in mehr oder minder erfolgreichen Versuchen, die Industriepolitik der Regierung zu beeinflussen.

äußerte sich die Tätigkeit des Industrierates, dessen Bedeutung insbesondere zur Zeit des 14. Regimes die eines gewöhnlichen Beirates weit überragte und der damals geradezu als Parlamentserfah angesehen und behandelt wurde. Sein großer Wert für die Industrie lag insbesondere auch darin, daß er so manches vermittelte, was zu ihrem Nachteil beabsichtigt war und daß er industriefeindlichen Tendenzen mit Erfolg begegnete. Neben den Industrierat wurde später auch ein Gewerbebeirat zur Vertretung der gewerblichen Interessen berufen. Wie der Großhandel seine Vertretung im Industrierat gefunden hatte, wurde die Vertretung des Kleinhandels in den Gewerbebeirat eingeschaltet. Die Interessen der Landwirtschaft fanden im Landwirtschaftsrat tatkräftige Förderung, ohne daß dadurch die Landeskulturräte und Landwirtschafts-Gesellschaften in ihrer umfangreichen Betätigung beeinträchtigt wurden. Der Staats-eisenbahnrat und noch einige Fachbeiräte waren zur Begutachtung sachlicher Spezialfragen berufen. Endlich wurde gleichzeitig mit dem Industrierat der Arbeitsbeirat geschaffen, der aber infolge seiner unglücklichen Zusammensetzung die ihm gestellten Aufgaben nicht lösen konnte.

Seit Kriegsbeginn ist die Einberufung der verschiedenen Beiräte nicht mehr erfolgt. Trotz der revolutionierenden Einflüsse, die der Weltkrieg auf unser gesamtes Wirtschaftsleben ausgeübt hat, hielt es die Regierung, so wie sie die Volksvertretung ausgeschaltet hatte, auch nicht für notwendig, die wirtschaftlichen Beiräte, denen durch ihre Organisationsstatuten geradezu das Recht zur Mitwirkung bei der Lösung wirtschaftlicher Fragen eingeräumt war, zusammenzuberufen. Daß auf diese absichtliche Unterlassung der Beratung mit den sachkundigen Kreisen viele und schwere Mißgriffe der Verwaltung während des Krieges zurückzuführen sind, steht außer Zweifel. Nach zwei Jahren, in denen, wie erwähnt, die Regierung auf jede Mitarbeit und Beratung der berufenen Fachkreise verzichtet und sich nur in Einzelfragen des Rates wahllos berufenen Persönlichkeiten bedient hatte, schien sie doch die Notwendigkeit der sachlichen Mitarbeit der wirtschaftlichen Kreise einzusehen und berief im Jahre 1917 den Hauptauschuß für Kriegs- und Ubergangswirtschaft, den aber schon seine unmögliche Konstruktion zu einem vollkommen unmöglichen Organ machte. Der Zusammenbruch bereitete auch der lendenlahmen Tätigkeit dieser Körperschaft ein Ende.

Es bestand also im alten Oesterreich ein ganzes Netz von Organisationen und Einrichtungen, die zur Mitwirkung an der wirtschaftlichen Gesetzgebung und Verwaltung berufen waren und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch das neue Deutschösterreich der Mitarbeit der wirtschaftlich tätigen Kreise bei der Lösung der schwerwiegenden wirtschaftlichen Aufgaben nicht entraten kann, die der geordneten, raschen und richtigen Lösung bedürfen, wenn der Staat nicht unter der überhöhen Last seines Notstandes zusammenbrechen, wenn unser Volk sich aus dem jetzigen Elend wieder zu geordneter und intensiver Produktion emporarbeiten soll. Aber gerade in diesem kritischen Augenblick, in dem das Wohl und Wehe des Staates und des Volkes von der Wiedererweckung und dem Neuaufbau des Wirtschaftslebens abhängt, fehlt jede Organisation zur Heranziehung und Zusammenarbeit der wirtschaftlich orientierten Stände, fehlt jede sachkundige Beratung der Regierung in den vitalsten Fragen, die sie zu lösen hat. Allerdings wird es nicht möglich sein, die früheren Beratungskörper unverändert wieder in Aktion treten zu lassen. Sie waren alle auf den früheren österreichischen Staat zugeschnitten und umfaßten zum großen Teile jetzt ausländische Elemente. Eine Reorganisation des Beiratswesens wird daher unbedingt notwendig und auch dazu zu bemühen sein, früher bestandene Mängel zu beseitigen. Ansätze, freilich noch unzureichende, sind schon vorhanden. So haben die Staatsämter für Verkehrswesen, für Landwirtschaft und für Ernährungswesen Spezialbeiräte ins Leben gerufen, das Staatsamt für soziale Fürsorge hat die Industriekommission eingesetzt, die in Fragen des Arbeitsverhältnisses ihr Gutachten abzugeben hat, und eine Reform der Handels- und Gewerbekammern befindet sich im Zuge der Verhandlung. Alle diese Maßnahmen entbehren aber des einheitlichen und großen Zuges, der notwendig ist, um die Teilnahme der wirtschaftlichen Berufsstände an der Neuordnung der Wirtschaftspolitik organisieren zu lassen und zu sichern. Soll das Volk als alleinige Quelle der staatlichen Gesetzgebung

4. IV. 1919

121

## Berufsberatung und Berufswahl.

Von Margarete Hündorf.

Schon vor dem Kriege machte sich bei der Jugend — und zwar nicht nur in den Kreisen der Geistlichen — lebhafter Widerspruch geltend gegen die absolute Nationalisierung des Berufes. Man ahnte, daß diese Art der Berufsanschauung und Berufsausübung, indem sie die jeder Arbeit innewohnenden geistigen Werte ignorierte, die Persönlichkeit verkümmerte und somit den Wert ihres Wirkens für die Allgemeinheit verringerte. Der Krieg, diese grauenerregende Mechanisierung des Lebens, brach hier Erkenntnis auch in jenen Kreisen Bahn, die für die Berufswahl und -Zuweisung nur Vernunftgründe gelten lassen wollten. Und dies ist zu begrüßen, denn mehr als je wird Arbeit in Zukunft für Millionen Frauen und Männer wesentlicher Faktor zur Erweckung und Vervollendung der Persönlichkeit sein. Und damit sie dies sein könne, muß eine andere, eine reichere Bewertung der Berufstätigkeit seit schon der Schuljugend eingebläut werden.

Für Kinder, die aus irgend welchen Gründen praktischen Berufen bestimmt sind, wäre die schon so oft verlangte Arbeitsprobe das zur Erkennung der Sonderbegabung Gegebene. Die Arbeit in verschiedenen Werkstätten würde bald erweisen, welchem Beruf der Junge wirklich zuneigt. Jetzt verliert so ein Bestler alles Mögliche, bleibt aber bei allem in der vermitteltesten Stabilität, denn um Können und Tüchtigkeit zu entwickeln, fehlen ihm Anleitung und Handwerkzeug. Eitelkeit und praktische Erwägung der Eltern geben dann den Ausschlag für Wahl eines Berufes, zu dem oft, trotz der Neigung, dem Jungen nicht alle Vorbedingungen beschieden sind, die zur höchsten Leistung befähigen. Und doch kann nur diese volle Befriedigung geben und der Mechanisierung der Arbeit vorbeugen. Und die neue Zeit braucht Menschen mit Arbeitsfreude auch im geringsten. Handwerkerstum ohne den rechten Geist wird nicht genügen.

Wie sehr auch Mode, oder Fiktion günstiger Konjunkturen, die Berufswahl beeinflussen können, das erleben wir augenblicklich. Mechaniker, Elektromonteur, Maschinenschlosser sind zur Zeit sehr beliebt. Kriessoldat. Selbst die jüngsten Lehrlinge in der Metallindustrie wurden im Kriege rekrutiert, Hilfsarbeiter hatten Gelegenheit, praktische Lehren durchzumachen, in denen sie zu qualifizierten Arbeitern wurden. Nun fehlt die Arbeit. Das gleiche gilt für die Sattlerei. Gewiß war die Kriessoldaterei nicht sehr umfassend und wird in besseren Zeiten vollendet werden müssen. Ohne Zweifel auch sind diesen Berufen zahlreiche Lehrlinge zugeführt worden, die mehr

Eignung für eine andere Tätigkeit gehabt hätten. Jedenfalls sind nun diese Berufe überfüllt, während im Bekleidungs- und im Baugewerbe die Lehrlinge fehlen. Ungünstig war der Krieg den Brauern, Metzgern und Bäckern. Lehrlinge konnten nur als Probekünder ausgebildet werden, haben also auch noch einen Teil der Lehre nachzuholen. In diesen Gewerben wäre nur zu raten, wenn die Lehre im elterlichen Geschäft absolviert werden kann. Auch in den meisten Kursgewerben ist kaum Nachfrage. So ist also die Auswahl in Lehrstellen vorläufig beschränkt und wird sich erst mit der Zunahme der Rohstoffe und der Kaufkraft, die das Luxusbedürfnis steigert, erweitern.

Besonders schwierige Aufgaben stellen der Berufsberatung die aus der Kriegsindustrie entlassenen ungelerten Arbeiter, deren manche dem Alter nach der Lehre entwachsen sein würden. Manche von ihnen können in die unterbrochene Lehre zurückkehren, andere, besonders die jetzt fast zwanzigjährigen, sträuben sich gegen die gebotene Unterordnung unter den Lehrern. Die Frankfurter Erwerbslosenfürsorge macht die Unterbringung dieser jungen Leute vom Besuch einer Fortbildungsschule abhängig, und durch diese und den Zuspruch der Berufsberater ist es gelungen, zahlreiche einer Lehre zuzuführen. Sind diese Kriegsarbeiter im ersten Jahre aus der Schule entlassen, so wird während der Lehre ein jährlicher Zuschuß von 100 M. gezahlt. Mehr erhalten bei zweijähriger Lehre einen Zuschuß von 150 M., bei dreijähriger Lehre übernimmt das Jugendamt den Zuschuß für das letzte Jahr. Vielleicht wäre es möglich, sehr bedürftigen und besonders qualifizierten Knaben und Mädchen einen höheren Zuschuß zu geben, um so die Gefahr, daß ein wirklich Befähigter aus wirtschaftlichen Gründen aus einer Fachlehre herausgenommen wird, zu verringern. Diese Erwägung dürfte nicht an der Kostenfrage scheitern. Der neue Staat muß Geld für seine jungen Menschen haben, die seine Zukunft sichern sollen. Zu bedenken wäre auch, ob die Ausbildung der Mädchen zum häuslichen Beruf nicht eine längere sein müßte. Ein Mädchen, das wackeren häuslichen Tätigkeiten ränzlich entwöhnt ist und das höchsten Stufen und Nähen, das es in der Schule gelernt hat, gründlich vergeressen hat, in sechs oder acht Wochen zu einer Hausangestellten zu bilden, die Ansprüche erheben kann, ist nicht möglich. Der Durchschnittshaushalt verdrängt gegenwärtig kein Experimentieren, er ist so kompliziert und stellt größere Ansprüche an Intelligenz und fachliches Können als der Haushalt unserer Großeltern. Schlecht Vorbildete werden also nur in armen Häusern als dritte Mädchen, d. h. als Nebenbrüder, Unterkunft finden. Man wird nicht wagen, ihnen Arbeiten anzuvertrauen, bei denen Material verborben werden könnte.

Dann wäre es vielleicht möglich, Berufe, die für Frauen besonders geeignet erscheinen, diesen vorzubehalten. Ich denke hier an das Kellner- und Friseurgewerbe. In letzterem sind die Aussichten für unbemittelte Männer nicht günstig. Ueber fünfundzwanzig Jahre alte Gehilfen finden selten nur gute Stellen. Auch der Kellner hat wenig gute Aussichten, vor allem muß er damit rechnen, daß ihm seine beste Erwerbsquelle, das Ausland, noch lange verschlossen bleiben wird. Und dann ist ja dieser Beruf immer ein wenig weiblich. Hier könnte ein Rückgang des männlichen Ansohns erzielt werden, indem man die Wirte entweder zur Einstellung der gleichen Anzahl männlicher wie weiblicher Lehrlinge verpflichtet oder die Lehrlingsausbildung nur Betrieben gestattet, in denen eine bestimmte Anzahl Kellner beschäftigt wird.

Zur Berufsberatung wären noch mehr als bisher Vertrauensleute heranzuziehen. Selbst dem tüchtigsten Berater kann nicht verlangt werden, daß ihm alle Forderungen und Möglichkeiten eines Berufs bekannt sind. Instinkt und offener Blick können hier manche Lücken auffüllen, aber am besten wird jeder auf den Gebieten raten, wo er selbst zu Hause ist. Also Spezialisierung, um der Mechanisierung vorzubeugen. Ohne Zweifel werden praktisch arbeitende Männer und Frauen erschöpfend zu beantworten vermag, Auskunft zu geben. Gewiß werden sie auch gern mit dem Lehrern sprechen und die Lieberwachung einer Lehre übernehmen, wenn die Begabung eines Kindes zweifelhaft erscheint.

Eine ganz neue Kategorie von Beratern hat der Krieg geschaffen. Das sind die Kriegsprimaer und die Einjährigjährigen, die aus der Schule ins Heer eintraten und deren wirtschaftliche Verhältnisse die Wiederaufnahme des Schulbesuchs oder unterbrochenen Studiums nicht gestatten. Wohin mit ihnen? Die mittlere Beamtenkarriere, die im alten Staat vielleicht manchen offen gestanden hätte, ist überfüllt. Viele Stellen sind doppelt besetzt. Bevorzugte Bewerber sind die Kriegsbefähigten. Auch der kaufmännische Beruf ist überfüllt, in ihm werden nur wirklich Begabte in Zukunft etwas erreichen können. Praktische Berufe wie Chemiker und Techniker bieten ohne Hochschulvorbildung wenig Aussicht. Und doch sollte es möglich sein, für diese jungen Leute, die in der harten Schule des Krieges früh zu Persönlichkeiten gereift sind, Ausbildungsmöglichkeiten zu finden, die auf den vorhandenen Kenntnissen aufbauen, damit nicht neun oder zwölf Schuljahre und vielleicht noch einige Semester Studium unnütz verfließen. Hier wäre die Eingabe der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Studenten

halten, die folgende Hauptmomente enthält: Das frühere imperialistische Regime hat das deutsche Volk in Ungarn als Kulturvolk betrachtet, seine gelinden und Charaktereigenschaften ausgehöhelt, das Volk aber politisch unterdrückt, um es womöglich zu entnationalisieren. Die Revolution brachte eine Besserung, aber erst die Räteregierung hat durch die Anerkennung des föderalistischen Prinzips und die völlige völlige Freiheit gegeben. Das Volkamt für deutsche Angelegenheiten hat folgende Pläne bezüglich der Förderung des Deutschtums: Es

ten zu beantworten, die fordert, daß auch beruflich Tätige zur Immatrikulation zugelassen werden. Dies würde zahlreichen die Wahl eines Berufes ermöglichen, der nach ihrer Vorbildung der gegebene für sie ist. Für Chemiker, Tierärzte, Apotheker, Techniker, also für die mehr wissenschaftlichen Berufe, sollte in Zukunft nicht mehr das Abiturium Vorbedingung zum Hochschulstudium sein, sondern der Nachweis jener Summe von Kenntnissen, die als Vorbereitung für diese Studienfächer in den letzten beiden Schuljahren erworben wird, also die Reife in Latein, Physik, Mathematik. Daß aus den Kreisen dieser „Arbeiterstudenten“ dem Staate ganze Männer zuwachsen werden ist sicher. Verbindung mit dem praktischen Leben und die Gebundenheit an seine Forderungen schärfen den Blick und vermitteln Erkenntnisse, welche die Berufsausübung erspriehlicher zu gestalten geeignet sind, als exklusives Herkommen und das berühmte „soziale Verständnis“. Zu ändern wäre auch das Stipendienwesen, das jetzt zumeist noch zu Petitionieren zwingt, die statt aus Betteln streifen. Daß jedem zu dem Platz im Leben gefaßt wird, an den seine Befähigung ihn verweist, sollte selbstverständlich werden. Wirkungsmöglichkeiten für die Volksgemeinschaft dürfen in Zukunft weder erkauf noch erlassen werden können. Daß dies nicht mehr geschehn wird, dafür muß die Allgemeinheit, zu deren Nutzen die Reform sein soll, Opfer bringen.

Dann müssen für diese Kriegsfreiwilligen besondere Beratungen eingerichtet werden. Am zweckmäßigsten wohl anschließend an die schon bestehenden. Hier hätten Vertreter der verschiedensten akademischen und nichtakademischen Berufe, dann vielleicht auch Lehrer der verschiedenen Schulsysteme mitzurufen. In jedem Einzelfall müßte festgestellt werden, welche Schulkenntnisse noch vorhanden sind, welche besonderen Fähigkeiten im Felde ausgebildet wurden. Man könnte die Ratnehmenden veranlassen, um über ihre Befähigung klar zu werden, vielleicht besonders zu errichtende Kurse zu besuchen. Praktisch wären Unterstufen zu gewähren, wie den anderen arbeitslosen Kriegsteilnehmern, vielleicht auch, wenn sofort in eine Lehrstelle eingetreten wird, die Lehrhilfe. Denn es ist doch nun so, daß durch den Krieg viel breitere Schichten der Bevölkerung gründlicher proletarisiert sind, als bei laubere Stehkräften ihrer Angehörigen ahnen läßt. Aber auch noch ein anderes Moment spricht für die finanzielle Melioration dieser Berufs- und Erwerbslosen mit den Arbeiterklassen. Der Staat hat für die höheren Schulen und Universitäten, die doch nur der Ausbildung eines Bruchteiles der Bevölkerung dienen, viel größere Summen aufgewandt, als für die Volksschulen. Diese Summen sind in Menschen investiert. Verwenden diese

## Das „Wiederbesiedlungsgesetz“.

Kontenbank und Siedlungsamt.

Von einem Volkswirt.

Der vom Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft eingebrachte Gesetzesantrag über die Wiederbesiedlung gelegter Bauerngüter und Häusleranwesen bildet einen neuen Schritt auf dem Wege der Agrarreform, deren wir so dringend bedürfen. Der Gedanke, das verlorene Bauernland möglichst wieder zu gewinnen, ist durchaus zu begrüßen. Wie steht es mit seiner Durchführung im jetzigen Zeitpunkt?

Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese Aktion sehr viel Geld benötigt, die finanzielle Grundlage ist geradezu Voraussetzung ihres Gelingens, unsere Verschuldung durch den Krieg läßt auf Staats- und Landeshilfe wenig hoffen. Aber auch die Kräfte des Einzelnen, d. i. des bäuerlichen Erwerbers, die ja heute vielleicht groß erscheinen, dürfen nicht überschätzt werden. Wir haben eine Steigerung des Grundwertes, die man nur als überspannt und unnatürlich bezeichnen kann, wir haben eine ebenso überspannte Steigerung aller Baukosten und wir haben eine katastrophale Entwertung unseres Geldes; und zu all dem rückt die Vermögensabgabe immer näher, die, gepaart mit erhöhten Steuern, die mittleren, erwerbenden Stände gewiß

wieder am meisten belasten wird; man wird zugeben, daß solche Zustände für Bauführungen und Investitionen auf landwirtschaftlichem Grund und Boden nicht gerade einladend sind. Unfern Bauern hat der Krieg finanziell zwar genügt, ich bezweifle aber, ob sie in einigen Jahren noch so reich sein werden, um ohne Gefährdung ihrer Existenz die hohen Grundpreise und Investitionskosten zu ertragen. Ich glaube, daß man die großen Gefahren, welche die Regierungsvorlage für die Ersteher in sich schließt, nur durch die Errichtung einer unter Staatsaufsicht stehenden Bodenbank bannen kann, die von allem Anfang an den Siedlern das zum Kauf und Wiederaufbau nötige Kapital gegen Rentenabzahlung vorstreckt und sie hiedurch vor Entäußerung (um nicht zu sagen Verschleuderung) ihres Kapitals und vor unvermeidlichen Rückschlägen bewahrt. Auch aus sozialpolitischen Gründen ist die Maßregel nötig. Soll das Wiederbesiedlungsgesetz sozial ausgleichend wirken, dann muß auch dem mittellosen Häusler oder Bauernknecht der Erwerb einer Wirtschaft ermöglicht werden, was am besten durch das Rentendarlehen geschieht. Das finanzpolitische Moment scheint mir so wichtig, daß es nicht durch nachträgliche Verordnung, sondern gleichzeitig mit der Erlassung eines Siedlungsgesetzes gesetzlich geregelt werden muß.

Siezu kommt aber noch folgendes: Bei der Wiederbesiedlung gelegter Bauerngüter ist nur der Gesichtspunkt der Vermehrung der Produktion tatsächlich dringend, nicht der bevölkerungspolitische, d. h. in den nächsten Jahren haben wir noch nicht die Gefahr einer größeren Abwanderung vom Lande, wohl aber haben wir schon längst das dringende Bedürfnis nach möglichstster Hebung unserer landwirtschaftlichen Produktion. Es drängt also in erster Linie nicht so sehr die Wiedereinsetzung und Vermehrung des bäuerlichen Elementes, als die Vermehrung der Produktion. Ich will nicht mißverstanden werden; ich bin überzeugt, daß wir unsere ländliche Bevölkerung, vor allem den selbständigen Bauernstand, im Interesse des Staats- und Volkswohles vermehren müssen; aber ich glaube, daß wir auf eine zweckmäßigere und vor allem billigere Art zu diesem Ziele gelangen, wenn wir vorläufig dem Besitzer eines Wald- und Jagdgutes, das gelegtes Bauernland enthält, das Messer des Produktionszwanges an die Kehle setzen!

Nehmen wir an, die Nationalversammlung würde ein Gesetz beschließen, das den Besitzern früheren Bauernlandes (im weitesten Sinne des Wortes) die Verpflichtung auferlegt, auf dieser Fläche binnen einer angemessenen Frist (etwa nach dem jetzigen Zustand des früheren Bauerngutes auf ein bis drei Jahre bemessen) den vollen landwirtschaftlichen Betrieb einzurichten. Die Strafe für die Nichtbefolgung würde in einer angemessenen Geldbuße bestehen. Die nötigen Erhebungen und Ueberprüfungen würden auf Kosten des Besitzers gehen. — Ein solches Gesetz hätte folgende Wirkung: entweder der Gutsbesitzer würde sich auch weiterhin den Luxus seines Wald- und Jagdgutes erlauben — dann wäre der Staat durch die Geldbuße für den Entgang an Produktion schadlos gehalten; oder der Besitzer würde die Wiederbewirtschaftung in die Wege leiten, sei es in eigener Regie, sei es durch einen Pächter, dann wäre der Zweck der Hebung der Produktion erreicht, ohne daß damit die Gefahr heraufbeschworen würde, daß sich junge Landwirte in dem löblichen Streben, zu einer eigenen Scholle zu kommen, verbluten, und der Staat könnte sich außerdem bei mangelhaftem Betrieb an den Gutsbesitzer halten; oder endlich, der Besitzer würde sich seiner Verpflichtung dadurch entziehen, daß er das gelegte Bauern- oder Häusleranwesen verkauft, was bei Bestand einer Rentenbank für den Ersteher um so ungefährlicher wäre, als der Kaufpreis sich bei dem freiwilligen Verkaufsanbot wahrscheinlich nicht unverhältnismäßig hoch stellen würde. Der Produktionszwang müßte sich natürlich auf alles Land, das einmal Bauernland war, erstrecken, einerlei, ob seine Wiederherstellung rationell wäre oder nicht, ausgenommen, wenn die Aufforstung nötig oder volkswirtschaftlich nützlicher als der Bestand des Bauerngutes war. In jenen Fällen, wo das Gut nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten zur bäuerlichen Bewirtschaftung zurückgeführt werden kann, oder wo der Besitzer die Bewirtschaftung in der vorgeschriebenen Zeit nicht durch-

10. IV. 1919

### Die Erfassung der ausländischen Wertpapiere.

Von Alfred Landsburgh.

Berlin, 5. April.

Sinnen wenigen Wochen wird Deutschland vor der Notwendigkeit stehen, erhebliche Mengen Lebensmittel, welche die Entente dem ausgezogenen Reiche zuführen will, bar zu bezahlen. Denn bis auf weiteres ist die feindliche Koalition nicht geneigt, Deutschland einen Kredit einzuräumen. Diese Konzession wird man vermutlich erst dann machen, wenn es sich um die Lieferung gewisser Rohstoffe handelt, an deren Export den überseeischen Mitgliedern der Entente gelegen ist. Und auch wohl dann nur gegen Äquivalente auf handelspolitischem Gebiet. Vordringend ist Deutschland jedenfalls in der Zwangslage, sofort bezahlen zu müssen, was ihm das Ausland liefert, und es muß sich daher nach geeigneten Zahlungsmitteln umsehen.

Vor dem Kriege hat Deutschland seine Einfuhr in der verkehrsüblichen Weise mit seiner Ausfuhr, seinen Forderungszinsen und seinen Dienstleistungen bezahlt. Zu dieser Art von Gegenleistung ist es heute außer Stande. Der Rohstoffmangel und mehr noch die anarchischen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und im Kohlenbergbau haben den deutschen Export lahmgelegt. Guthaben aus deutschem Kapitalbesitz im Auslande sind nicht verfügbar. In den Ententestaaten sind sie beschlagnahmt worden, um demnächst als Faustpfand für die Entschädigungsansprüche zu haften, die man im Friedensvertrag an Deutschland zu stellen gedenkt. In den neutralen Ländern sind sie zum größten Teil in nichts zertrümmert, weil der deutsche Besitz an verbriehten Forderungen im Laufe des Krieges weitgehend realisiert worden ist. Und zu internationalen Dienstleistungen ist Deutschland nicht imstande, solange es seines eigenen Schiffsverkehrs sowie seiner überseeischen Banken und Handelshäuser beraubt ist.

So sieht sich denn das Deutsche Reich in die Zwangslage versetzt, sein Vermögen anzugreifen, wenn es in den Besitz des ihm unentbehrlichen Zuschusses an Nahrungsmitteln kommen will. Vor der Revolution stand es in dieser Beziehung vor einem Embarras de richesse. Die Privatunternehmung im neutralen und selbst im feindlichen Auslande war in solchem Grade bereit, Aktien und Schuldverschreibungen deutscher Gesellschaften zu erwerben oder Beteiligungen einzugehen, daß man sorgenvoll an die Möglichkeit dachte, wichtige Gebiete des deutschen Erwerbslebens könnten unter die maßgebende Kontrolle des Auslandes kommen. Dieser Sorge ist man jetzt enthoben. Die politische Umwälzung hat den werbenden Wert der deutschen Unternehmungen mit einem Schlage derart reduziert, daß die Zuneigung des Auslandes sich in Abneigung verwandelt hat. Und es bleiben Deutschland als sofort greifbare Mittel der Zahlungseistung heute nur noch zwei wichtige Aktivposten: sein Goldbestand und der noch nicht realisierte Teil seines Besitzes an Auslandspapieren.

Der Goldbestand der Reichsbank hat trotz der großen Exporte, mit denen die Bank der Währungsverschlechterung entgegengewirkt hat, noch immer eine beträchtliche Höhe. Mit rund 2 1/2 Milliarden Mark ist er nicht unwesentlich größer als bei Kriegsausbruch. Aber er ist nicht frei verfügbar. Er ist mit starken Verpflichtungen belastet, deren ganzer Umfang sich erst nach der endgültigen Auseinandersetzung mit den ehemals verbündeten Nationen übersehen lassen wird. Das in der Reichsbank zentralisierte Gold kann daher nur zu einem kleinen Bruchteil und erst in letzter Linie als Zahlungsmittel in Betracht kommen. Und das Gold, das sich noch im freien Verkehr befindet, ist unbeachtlich, sowohl nach Menge wie nach Verwendungsmöglichkeit. Seine Besitzer haben es durch Ankauf im Schleichwege erworben oder es jahrelang versteckt gehalten. Dadurch haben sie sich in solchem Maße als Fehler kompromittiert, daß sie das Gold nicht herausgeben würden, selbst wenn man ihnen die höchsten Prämien bieten würde; was übrigens aus Billigkeitsgründen nicht angeht, nachdem man den ehrlicheren Teil der Bevölkerung, der sein Gold dem Vaterlande zur Verfügung stellte, mit minderwertigen Noten abgefunden hat.

So bleibt denn bis auf weiteres, nämlich bis der internationale Kredit wieder funktioniert, nur der deutsche Besitz an ausländischen Wertpapieren. Vor dem Kriege hat dieser Besitz einen stattlichen Teil des deutschen Volksvermögens ausgemacht. Man hat ihn auf etwa 25 Milliarden Mark geschätzt. Aber in dieser Ziffer ist seit langem eine starke Bresche geschlagen. Ein paar Milliarden sind im weiten und dritten Kriegsjahr, als das Disagio sich schärfer ausprägte und den auf Pfund, Kronen usw. lautenden Börsenpapieren einen Arbitragewert verlieh, in das Ausland abgeströmt. Einige weitere Milliarden sind im Sommer 1917 dem Reiche darlehensweise zur Verfügung gestellt worden und gleichfalls abgeflossen. Die Auswanderung hat dann in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres einen noch größeren Umfang angenommen, weil sich jetzt zu den valutatischen Gründen das Moment der Steuerflucht hinzugesellte. Wie groß der Bestand an Auslandspapieren heute noch ist, weiß man nicht. In roher Schätzung, die keinen Anspruch auf Zuverlässigkeit machen kann, wird man ihn auf ein Drittel seiner ursprünglichen Höhe veranschlagen können.

Es handelt sich also jetzt für das Reich darum, sich in den Besitz dieses noch im Lande verbliebenen Restes von Auslandseffekten zu setzen. Denn so viel ist sicher: Selbst nach Abzug der im Moment nicht oder nur schwer verwertbaren Papiere (wie die österreichisch-ungarischen und russischen Anleihen, gewisse exotische Aktien u. dgl.) bleibt noch immer ein Restbetrag, der die deutschen Importe der nächsten Monate mehr als hinreichend decken kann. Zumal die Papiere der Länder mit relativ intakter Währung von ihrer Zahlungskraft im Auslande nichts eingebüßt, sondern sie, in Mark ausgedrückt, ungefähr verdoppelt haben. Eine erhebliche Schwierigkeit bietet nur die Lösung der Frage, wie man die Privatleute am zweckmäßigsten veranlassen kann, ihre Papiere dem Reiche zur Verfügung zu stellen. Denn wer bisher an seinem Besitz festgehalten hat, der hat seine

guten Gründe dafür gehabt. Und der vaterländische Gedanke hat durch die letzten politischen Ereignisse zum mindesten keine Kräftigung erfahren.

Zunächst hat man versucht, größere Effektenmengen durch Ankauf im freien Markte hereinzubringen. Das als „Stempelvereinigung“ bekannte Berliner Bankkonjortium wurde Mitte Februar beauftragt, für die Regierung mit Käufen vorzugehen. Aber es war bald zu erkennen, daß sich auf diese Weise nur verhältnismäßig kleine Mengen und zu rapid emporschnellenden Kursen beschaffen ließen. Und so machte man sich denn mit dem Gedanken vertraut, so bald als möglich zur Zwangsent eignung der noch im Lande befindlichen Effektenmengen zu schreiten. Ein generelles Ausfuhrverbot, das die Regierung, von der Nationalversammlung ermächtigt, Anfang März erlassen hat — bis dahin dürften die Banken fremde Wertpapiere unter Benachrichtigung der Steuerstellen ausführen — bereitet der Enteignung den Boden.

An sich begegnet der Gedanke der Zwangsent eignung kaum noch einem ernstlichen Widerspruch, weil man einseht, daß die Regierung sich in einer Zwangslage befindet. Man braucht die Lebensmittel der Entente und muß sie daher in Werten bezahlen, die internationale Geltung haben. Geteilt sind die Meinungen nur in Bezug auf den „gerechten Preis“, zu dem die Enteignung vorgenommen werden soll. Und es bekämpfen sich augenblicklich zwei Richtungen, die man wohl die „moralische“ und die „opportunistische“ Richtung nennen kann.

Die „moralische“ Richtung sieht es als ein krasses Unrecht am Volksganzen an, wenn man den Besitzern der fremden Wertpapiere einen höheren Kurs als denjenigen bewilligen wollte, den die Papiere bei Kriegsausbruch hatten. Wenn heute der Kursstand in Berlin ein höherer, vielfach doppelt so hoher ist als damals, so ist das die natürliche Folge der Entwertung der Reichsmark, also eines nationalen Unglücks. Und man darf nicht zulassen, daß einer bestimmten Kategorie von Kapitalisten aus diesem nationalen Unglück ein Vorteil erwächst. Man muß die Papiere daher zu einem sehr niedrigen Kurse enteignen. Die Differenz zwischen diesem und dem höheren Weltmarktwert der Effekten muß der Volksgemeinschaft zugute kommen, und zwar in der Weise, daß man den Mehrerlös dazu benützt, die Preise der eingeführten Lebensmittel zu ermäßigen. Es ist nicht zu leugnen, daß in dieser Argumentation ein gesunder ethischer Kern steckt.

Demgegenüber macht die „opportunistische“ Richtung zweierlei geltend. Erstens meint sie grundsätzlich, daß summum jus hier gleichbedeutend mit summa injuria in allen den Fällen sein würde, wo der Besitzer der Papiere selbst einen hohen Kurs angewendet oder sie im Auslande, also für vollwertige Pfund, Dollar usw. erworben hat, oder endlich da, wo die Papiere dazu bestimmt sind, eine Auslandsschuld zu tilgen. Aber davon abgesehen sei das „moralische“ Verfahren schon aus praktischen Gründen nicht anwendbar. Die Auslandspapiere würden sich dem Reiche entziehen, wenn man sie nicht zu ihrem vollen Weltmarktpreise bezahlte. Alle polizeilichen Erfassungsversuche würden hieran nichts ändern können. Es sei freilich bedauerlich, wenn man auch solchen Kapitalisten, die Auslandspapiere gekauft hätten, wo sie Kriegsanleihen hätten zeichnen sollen, eine Prämie für ihr egoistisches Verhalten zahle. Aber man werde auf andere Weise zu keinem Resultat kommen.

Man muß leider konstatieren, daß diese zweite, nüchterne Auffassung das größere Gewicht für sich hat. Es mag die Regierung, die das Banner der sozialen Gerechtigkeit aufgepflanzt hat, schwer ankommen, in diesem Falle realpolitisch statt sozialpolitisch handeln zu müssen. Aber es scheint, daß sie sich nach längerem Schwanken doch den opportunistischen Gedankengang zu eigen machen und schweren Herzens die Prämie bewilligen wird, ohne die ein großer Teil der Auslandspapiere sich ihr versagen würde. Die Kursbewegung an der Berliner Börse läßt die Veränderung in der behördlichen Auffassung deutlich erkennen. Während vor einigen Wochen die Befürchtung einer Zwangsent eignung zu niedrigem Preise die Kurse der Auslandspapiere unter Druck hielt, ist seitdem eine außerordentliche Steigerung eingetreten, die unverständlich sein würde, wenn jene Befürchtung heute noch anhielte. Man rechnet eben damit, daß das Reich die Effektenfrage unter dem Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit lösen wird. Und da der Preis der fremden Zahlungsmittel sich immer weiter verteuert, der Regierung also das Feuer auf den Nägeln brennt, so dürfte ihr in der Tat nichts anderes übrig bleiben, als den Weg zu gehen, der ihr den größtmöglichen Besitz von Auslandspapieren sichert, das heißt den vollen Weltmarktpreis zu zahlen.

# Volkswirtschaft.

## Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschösterreichs.

Erklärung eines Bundes für Wirtschaftsfreiheit.

Unter reger Beteiligung von Vertretern landwirtschaftlicher, industrieller, kaufmännischer und genossenschaftlicher Korporationen aller Parteien fand gestern die gründende Versammlung des Bundes für Wirtschaftsfreiheit statt, dessen Hauptaufgabe der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Deutschösterreichs und die Beseitigung jeglicher Zwangswirtschaft ist.

Das einleitende Referat erstattete der Proponent der neuen Organisation Kommerzialrat Julius Meisl. „Unser Wirtschaftsleben“, führte er aus, „ist auf einem toten Punkt angelangt. Wenn es so weitergeht, führerlos und ohne Ziel, steuern wir dem Abgrund entgegen. Wir müssen den Wiederaufbau, die Produktion, die Arbeit beginnen. Mit Höchstpreisen aber, die ein Viertel des Weltmarktpreises betragen, mit Methoden, die nur Mißstimmung hervorrufen, fördert man die Produktion nicht. England hat es verstanden, dadurch, daß es den Landwirten die ihnen zugestandenen Preise bis auf fünf Jahre nach Kriegsende garantierte, die Produktion auf das Vierfache zu erhöhen. Amerika hat durch ähnliche Begünstigungen die landwirtschaftliche Produktion im Vorjahre auf das Doppelte einer guten Friedensernte gebracht und damit einen Rekord erzielt, den man früher nicht für möglich gehalten hätte. Wir haben Kapital genug, Banknoten genug, aber was fangen wir mit den Banknoten an, wenn die Produktion gehemmt ist, wenn wir zu den festgesetzten Preisen nichts bekommen? Die Aufhebung der Blockade durch die Entente nützt nichts, solange nicht die innere Blockade aufgehoben wird. Die Bevölkerung hat die unauslöschliche Ueberzeugung gewonnen, daß das System schlecht ist. An Stelle der Zentralen sind die Wirtschaftsverbände getreten; es sind also die Rollen vertauscht worden, der bürokratische Apparat hat durch diesen Wandel nicht gelitten. Mächtige Einflüsse sind im Spiele, die größtes Interesse haben, dieses unheilvolle System fortzusetzen. Nur eine Gegenorganisation der wirtschaftlichen Kreise kann hier Abhilfe schaffen. Wir kämpfen nicht, schloß Redner, gegen Personen, gegen eine politische Partei, wir kämpfen für unser eigenes Prinzip.“

Der Rektor der Hochschule für Bodenkultur, Professor Dr. Winkler, schloß sich den Ausführungen des Vorredners an und wies nach, daß z. B. die verkehrte Preispolitik die Milchwirtschaft erdrückt hat. Man solle der Landwirtschaft das Recht einräumen, einen Teil der Steuern in Landeserzeugnissen abzutragen; dann könnten auch die Mindestbemittelten mit Mehl und Fett versorgt werden. „Unsere Stärke“, sagte Redner, „liegt in der Viehzucht, in der Milchwirtschaft. Hier können wir so viel leisten, daß wir ins Ausland exportieren können.“ (Zustimmung.)

Nach dem Nationalrat Friedmann sprach Dr. Frh. v. Epishmüller, der darauf hinwies, daß es bei Gründung des Bundes notwendig sei, zu betonen, daß diese mit der Sozialisierungsdaktion nichts zu tun habe, es handle sich nur um Fragen wirtschaftlicher Natur, Fragen der Lebenseristenz. (Beifall.)

Nationalrat Partit sagte, man sei dank der Hilfslosigkeit des Ernährungsamtes und der Zwangswirtschaft in Deutschösterreich bis zur „Verdorfung“ gekommen. Im Ernährungsausschusse sei sein Antrag, daß wenigstens bei der kommenden Ernte die Kartoffeln nicht mehr staatlich bewirtschaftet werden, mit einem Sturm der Entrüstung aufgenommen worden. Und doch sei für die Preisbildung der Handel das beste Regulativ. (Beifall.)

Bei der Wahl der Bundesleitung wurden sodann zum Präsidenten Professor Dr. Wilhelm Erner, zum Stellvertreter Kommerzialrat Julius Meisl gewählt.

## Notstandsbeiträge in der niederösterreichischen Großindustrie außerhalb Wiens.

Die Hauptstelle der Industriellen Arbeitgeberorganisationen verlauffahrt:

Zwischen den zuständigen Unternehmerorganisationen und dem „Bund der Industrieangestellten Oesterreichs“ wurde, um einer Beunruhigung der Beamtenschaft der außerhalb Wiens gelegenen Industriebetriebe Niederösterreichs vorzubeugen, in einer am 8. d. stattgefundenen Verhandlung beschlossen, in jenen Betrieben, in denen die Beamtenschaft der Betriebsleitung im Zusammenhang mit der Aktion des „Bundes der Industrieangestellten“ Forderungen auf Abschlagszahlungen oder Gewährung eines außerordentlichen Notstandsbeitrages stellt, eine Abschlagszahlung auf die in Behandlung zwischen Organisation und Organisation stehenden Forderungen zu gewähren, und zwar:

Alle Beamten, welche am 21. März 1919 in Stellen waren, erhalten: Ledige Kronen 400.—, Verheiratete, sofern sie Familienerhalter sind, Kronen 600.—; für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahre, wenn es eine Mittels- oder höhere Fachschule besucht, bis zum 18. Lebensjahre Kronen 40.—.

## Der Entwurf des Enteignungsgesetzes.

### 1. Abschnitt. Enteignung.

#### § 1.

1. Die Vergejellschaftung von Wirtschaftsbetrieben durch Enteignung nach dem Gesetze vom 14. März 1919, St. G. Bl. Nr. 181, kann über Beschluß der Staatsregierung durchgeführt werden.

a) zugunsten des Staates, der Länder oder Gemeinden, oder zugunsten von Verbänden dieser Gebietskörperschaften,

b) zugunsten von gemeinwirtschaftlichen Organisationen.

2. Die Enteignung kann eine Vollenteignung oder eine Teilenteignung sein.

#### § 2.

1. Die Vollenteignung erfaßt das Unternehmen als Ganzes, das ist den gesamten Grundbesitz und Bergbesitz, die darauf errichteten Baulichkeiten, die maschinellen und sonstigen Einrichtungen, das gesamte Zubehör, Berechtigungen (Patente, Lizenzen, Konzessionen u. ä.), die vorhandenen Betriebsstoffe, Vorräte und Reserven, die von der Unternehmung des Investitions- und sonstigen Zwecken angesammelten Fonds, sowie den Gesamteinhalt der rechtlichen, geschäftlichen und finanziellen Beziehungen der Unternehmung, die von ihr für den Bau und Betrieb und im Rahmen der ordentlichen Geschäftsführung begründeten Rechte und Verbindlichkeiten.

2. Der Unternehmer haftet für die Passiven nur bis zur Höhe der Entschädigung (§ 5).

3. Den Eintritt in Verträge, die von der Unternehmung eingegangen wurden, ohne in der ordentlichen Geschäftsführung begründet zu sein, kann der Uebernehmer ablehnen. Ebenso kann der Uebernehmer Verbindlichkeiten zurückweisen, die eingegangen wurden, um einem Dritten auf Kosten der Unternehmung nicht gerechtfertigte Vorteile zuzuwenden.

4. Bei der Vollenteignung können einzelne selbständige Teile der Unternehmung (Betriebe, Berechtigungen u. ä.) samt den darauf haftenden oder damit zusammenhängenden Lasten und Verbindlichkeiten aus der Enteignung ausgeschaltet werden.

#### § 3.

Die Teilenteignung erfaßt einzelne Betriebe oder Berechtigungen einer Unternehmung nebst den dazugehörigen unbeweglichen und beweglichen Vermögensstücken, Rechten und Verbindlichkeiten.

#### § 4.

Bei der Enteignung gehen alle mit den in der Unternehmung beschäftigten Arbeitern, Angestellten und Beamten mündlich oder schriftlich abgeschlossenen Dienst- und Arbeitsverträge unter Aufrechterhaltung aller hieraus entspringenden Rechte und Pflichten auf den Uebernehmer über; doch steht den Dienstnehmern und dem Uebernehmer, letzterem jedoch nur gegenüber solchen Beamten und Angestellten, deren Gesamtbezüge den Betrag von 12.000 Kronen übersteigen, das Recht zu, innerhalb eines Monats nach Uebernahme den Vertrag unter Einhaltung einer einjährigen Frist zu kündigen. Von kürzeren gesetzlichen oder vertragsmäßigen Terminen der Vertragslösung kann beiderseits Gebrauch gemacht werden. Pensionsansprüche und sonstige Ansprüche gleicher Art bleiben gewahrt.

#### § 5.

1. Die Entschädigung (§ 365 A. b. G. B.) hat dem tatsächlichen, nach der dauernden Ertragsfähigkeit der Unternehmung zu bestimmenden Wert derselben zu entsprechen. Bei der Berechnung dieses Wertes ist insbesondere auf die Höhe des Anlagekapitals, auf die Höhe der bisherigen Gewinne und Verluste, auf die künftigen Ertragsaussichten und auf die Aenderung der Gestehungskosten Bedacht zu nehmen. Die für die Unternehmung entfallene Kriegsgewinn- oder Kriegsteuer ist in Abschlag zu bringen. Nicht zu berücksichtigen sind auch Verhältnisse, hinsichtlich deren erhellt, daß sie in der Absicht hervorgerufen wurden, um eine Erhöhung der Entschädigung zu erzielen.

2. Die erforderlichen Nachweisungen sind insbesondere durch Betriebsrechnungen und Bilanzen zu erbringen, welche bei den öffentlichen Rechnungslegung unterliegenden

Unternehmungen nach den Grundbüchern aufzustellen sind, die das 2. Hauptstück des Gesetzes vom 25. Oktober 1893 St. G. Bl. Nr. 320, betreffend die direkten Personalsteuern, enthält. Bei anderen Unternehmungen sind die Grundbücher der §§ 159 bis 162 und 163 desselben Gesetzes anzuwenden. Bei der Teilenteignung sind Teilrechnungen und Teilbilanzen aufzustellen.

#### § 6.

1. Bei der Abstattung der Entschädigung kann der Uebernehmer sich zur Selbstzahlung der von der Unternehmung ausgenommenen Anleihen mit den im Zeitpunkt der Enteignung nach dem genehmigten Tilgungspläne noch ungetilgt ausstehenden Beträgen an Stelle der Unternehmung verpflichten, die zu zahlende Entschädigung ist dementsprechend zu kürzen.

2. Die Abstattung der restlichen Entschädigung kann in barem oder in vierprozentigen Ablösungsschuldverschreibungen zum Nominalwerte geschehen. Nähere Bestimmungen über die Ausgabe dieser Ablösungsschuldverschreibungen und die hierfür zu bestellenden Sicherheiten werden durch ein besonderes Gesetz erlassen.

### 2. Abschnitt. Verfahren.

#### § 7.

Das Enteignungsverfahren wird eingeleitet durch einen Beschluß der Staatsregierung auf Enteignung der Unternehmung zugunsten eines der in § 1 genannten Uebernehmer. Dieser Beschluß hat auszusprechen, in wessen Eigentum und Verwaltung die Unternehmung übergehen und mit welchem Zeitpunkt die Uebernahme geschehen soll. In dem Beschluß ist auch der mit dessen Durchführung beauftragte Staatssekretär zu bestimmen.

#### § 8.

1. Der Beschluß ist der Unternehmung sofort anzuzeigen und in den amtlichen Landesblättern kundzumachen. Auch nach erfolgter Anzeige hat die Geschäftsleitung der Unternehmung unter ihrer Haftung deren Verwaltung und Betrieb mit der Umsicht und Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes weiterzuführen. Sie darf jedoch Aenderungen und Erweiterungen der Anlagen, Vertragsabschlüsse und finanzielle Transaktionen, welche über den Bereich des regelmäßigen Geschäftsbetriebes hinausgehen oder eine dauernde Belastung begründen, ohne Zustimmung des beauftragten Staatssekretärs nicht mehr vornehmen.

2. Erforderlichenfalls sind gleichzeitig mit der Anzeige des Beschlusses ein oder zwei Vertrauensmänner des beauftragten Staatssekretärs der Geschäftsleitung beizugeben, die ohne Hemmung des Geschäftsbetriebes die Interessen des Uebernehmers zu wahren haben. Sie haben gegen Beschlüsse, Handlungen und Unterlassungen, welche diesen zuwiderlaufen, Einspruch zu erheben, über den der beauftragte Staatssekretär in kurzer Frist endgültig entscheidet.

#### § 9.

1. Der Beschluß auf Enteignung ist den zuständigen Gerichten, behufs Anmerkung in den öffentlichen Büchern bei den Liegenschaften und Forderungen der Unternehmung und, wenn deren Firma im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen ist, in diesem Register, erforderlichenfalls auch dem Patentamt behufs Anmerkung im Patentregister mitzuteilen.

2. Die Anmerkung hat die Wirkung, daß weitere Eintragungen während des Verfahrens nur mit Zustimmung des beauftragten Staatssekretärs geschehen können.

#### § 10.

Sofort mit der Anzeige des Beschlusses sind die Verhandlungen über die Enteignung insbesondere zur Feststellung des Gegenstandes der Enteignung, sowie der Entschädigung, mit der Unternehmung einzuleiten. — Die Unternehmung hat den hierzu vom beauftragten Staatssekretär entsendeten Organen auf Verlangen Auskünfte zu erteilen, Einsicht in den Betrieb, die Bücher und geschäftlichen Aufzeichnungen zu gewähren und alle erforderlichen Nachweisungen zu liefern.

#### § 11.

1. Vermögensrechtliche Streitigkeiten, die anlässlich der Uebernahme entstehen, sind durch die Entscheidung eines Schiedsgerichtes auszutragen, das aus drei Berufsrichtern, von denen einer den Vorsitz führt und aus vier sachverständigen Laienrichtern besteht. — Zwei Laienrichter werden von der Staatsregierung, zwei von der enteigneten Unternehmung entsendet. Nähere Vorschriften über die Auswahl der Berufsrichter und die Aufstellung der Liste der sachverständigen Laienrichter werden durch Vollzugsanweisung erlassen.

2. Liegt in dem in der Anzeige festgesetzten Termin der Uebernahme noch keine Vereinbarung oder rechtskräftige Entscheidung vor, so ist der Uebernehmer mit Zustimmung des beauftragten Staatssekretärs berechtigt, undeshalb der späteren endgültigen Entscheidung des Schiedsgerichtes, gegen Bezahlung eines angemessenen Teilbetrages, mindestens von 20 Prozent der von ihm angebotenen Entschädigung in Barem oder in Ablösungsschuldverschreibungen, ohne weitere Zustimmung der Unternehmung und ohne gerichtliche Dazwischenkunft, den physischen Besitz und die Verfügung über die Unternehmung in dem von ihm beanspruchten Umfange von dem im Beschluß bezeichneten Zeitpunkte ab zu übernehmen. Wird das Anbot von der Unternehmung nicht angenommen, so kann der Betrag mit den vorbezeichneten Wirkungen der Zahlung zu Gericht erlegt werden.

3. Die Behörden haben zur Besitzübernahme die nötige Unterstützung zu gewähren. Der Vollzug der Besitzübernahme wird dadurch nicht gehindert, daß deren Gegenstand von der enteigneten Unternehmung an einen Dritten übergegangen ist oder daß sich andere rechtliche Veränderungen hinsichtlich dieses Gegenstandes ergeben haben.

#### § 12.

1. Die vollzogene Uebernahme ist den zuständigen Gerichten und Behörden behufs Anmerkung in den öffentlichen Büchern und Eintragung im Handels-, gegebenenfalls Genossenschafts- und Patentregister, anzuzeigen und durch die hierzu bestimmten öffentlichen Blätter bekanntzumachen. Durch diese Bekanntmachung sind zugleich die Gläubiger aufzufordern, ihre Ansprüche binnen einer dreimonatigen Frist beim Uebernehmer anzumelden, widrigenfalls die Gläubiger, soweit sie nicht pfandrechtlich gesichert sind, den Anspruch gegen den Uebernehmer nicht mehr geltend machen können. Auf diese Rechtsfolge ist in der Bekanntmachung ausdrücklich aufmerksam zu machen.

2. Der Uebernehmer kann auch angemeldete Ansprüche gemäß § 2, Absatz 2 und 3, ablehnen.

#### § 13.

Vom Zeitpunkte der Uebernahme wird der Betrieb der Unternehmung nach Maßgabe der Bestimmungen in §§ 2 und 3 auf Rechnung des Uebernehmers geführt; alle Betriebseinnahmen gehen zugunsten, alle Betriebsausgaben zu Lasten des Uebernehmers. Die aus der Abrechnung bis zu diesem Zeitpunkte sich ergebenden Reinerträge bleiben der Unternehmung, welche dagegen auch für alle aus dem Betriebe bis dahin erwachsenen Abrechnungsschuldigkeiten und sonstigen Passiven allein aufzukommen hat.

#### § 14.

Nach erfolgter Vereinbarung oder schiedsrichterlicher Entscheidung über die strittigen Rechtsfragen geschieht die Auseinandersetzung zwischen dem Uebernehmer und der Unternehmung unter Berücksichtigung der zwischenzeitig entstandenen gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten auf Grundlage eines Zinsfußes von 4 Prozent.

Auch ist sodann die Einverleibung des Eigentumsrechtes an den Liegenschaften und die Uebertragung der Forderungen der Unternehmung an den Uebernehmer zu bewilligen.

#### § 15.

Dieses Gesetz tritt mit seiner Kundmachung in Wirksamkeit. Mit seinem Vollzuge ist die Staatsregierung betraut.

12./IV. 1919

## Der Economist.

### Keine Einlösung ungarischer Schatzwechsel.

Wien, 11. April.

Morgen wird eine große Serie ungarischer Schatzwechsel, die bei den Wiener Banken begeben worden sind, fällig. Für die Einlösung sind aber bisher keine Mittel nach Wien überwiesen worden, und es ist deshalb anzunehmen, daß die Bezahlung nicht erfolgen, sondern der Umlauf der Wechsel zunächst notleidend werden wird. Die ungarische Regierung hat im vorigen Jahre Schatzwechsel im Betrage von 600 Millionen Kronen an ihr Konjunktionsbegeben. Davon wurden 440 Millionen Kronen von den Wiener Banken und 160 Millionen Kronen von den Budapester Instituten übernommen. Die Schatzwechsel haben eine Laufzeit von 1 1/2 bis 1 1/2 Jahren; morgen ist der vereinbarte Zahltag. Die Verzinsung erfolgt zum jeweiligen Bankfuß, der gegenwärtig fünf Prozent beträgt. In den offiziellen Verhandlungen, die von Wien aus mit der ungarischen Regierung angeknüpft worden sind, wurde ein besonderes Augenmerk auf die Einlösung dieser Schatzwechsel gelenkt und von ungarischer Seite wurde auch die Bezahlung in Aussicht gestellt. Bisher ist aber keine Vorkehrung für die Zahlung getroffen. Die ungarischen Schatzwechsel werden am morgigen Tage beim hiesigen Gesandten der ungarischen Räterepublik Feenyö zur Einlösung präsentiert werden. Der Gesandte ist heute in Budapest, wo er zweifellos auch Informationen über die Frage der Einlösung der Schatzwechsel einholt. Eine Bezahlung am morgigen Tage gilt als unwahrscheinlich, ebenso eine formelle Prolongation, und so würde man sich vorerst notgedrungen damit begnügen, die Tatsache der nicht erfolgten Einlösung offiziell feststellen zu lassen.

Nebst den Schatzwechseln wurden im Kriege auch größere Emissionen kurzfristiger staatlicher Kassenscheine begeben. Es sind dies drei verschiedene Serien. Die erste dieser Emissionen umfaßt 5 1/2-prozentige Kassenscheine vom November 1916 in der Höhe von 600 Millionen Kronen. Die Besitzer haben das Recht, vom 1. Januar 1918 die Kassenscheine zur Rückzahlung auf sechs Monate zu kündigen. Von diesen Kassenscheinen befinden sich erhebliche Beträge im Besitze des deutschösterreichischen Kapitals; am 1. Januar haben viele Besitzer von dem Rechte der Kündigung Gebrauch gemacht und die gekündigten Kassenscheine müssen am 1. Juli zurückgezahlt werden. Weiter sind 700 Millionen Kronen 5 1/2-prozentiger ungarischer Kassenscheine gleichfalls zum Teile in Wien begeben worden, bei denen die Besitzer das Recht haben, vom 1. März 1920 die Kündigung durchzuführen. Endlich wurden im vorigen Jahre ungarische Kassenscheine von 150 Millionen Mark begeben, welche vom 1. April 1921 kündbar sind. Im heutigen Jahre kommt also nur die erste Kassenscheinemission von 600 Millionen Kronen zur Rückzahlung in Betracht. Der überwiegende Teil ist gekündigt worden und muß am 1. Juli zur Einlösung gelangen.

Die ungarische Staatsschuld hat sich im Kriege ganz außerordentlich vermehrt. Vor dem Kriege betrug die Staatsschuld Ungarns 798 Milliarden Kronen. Die Kriegsschulden Ungarns betragen 33 Milliarden Kronen. Sie setzen sich zusammen aus Kreditsanleihen von 18 1/2 Milliarden, Darlehen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank von 9 Milliarden, Kassenscheinen bei der Bank von 1 1/2 Milliarden, Vorschüssen bei den Instituten von 2 1/2 Milliarden, Markschulden von 1 7/8 Milliarden. Von dieser Staatsschuld befinden sich mehrere Milliarden im Besitze des deutschösterreichischen Kapitals. Die Kronenrente und auch andere ungarische Staatspapiere sind früher mit Vorliebe auf dem Wiener Platze und beim Publikum Deutschösterreichs abgesetzt worden. Von allen acht Kriegsanleihen wurden bedeutende Summen zum Teile im Wege des Kaufes in Deutschösterreich begeben. Auch die Annuität der Staatseisenbahngesellschaft ist mit der Rate des zweiten Semesters von 10 Millionen Kronen am 1. Juli fällig, und ein erheblicher Teil davon betrifft jenen Aktienbesitz, der in den Händen des deutschösterreichischen Kapitals ruht. Die unmittelbaren finanziellen Interessen Deutschösterreichs in Ungarn sind also sehr große und eine Ordnung ein Gebot unbedingter Notwendigkeit.

### Die Oesterreichisch-ungarische Bank und die Nationalstaaten.

Zu der heute abgehaltenen Generalratsitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank, der die Vertreter sämtlicher aus der ehemaligen Monarchie hervorgegangenen Nationalstaaten sowie zwei in Wien anwesende ungarische Generalräte beiwohnten, wurde die allgemeine Situation des Noteninstituts erörtert. Bizgouverneur Dr. Wimmer berichtete über die Reise, die er nach Prag in Gemeinschaft mit dem Generalsekretär Rapp unternommen, und über die Verhandlungen, die er mit dem tschechischen Finanzminister geführt hat. Derselben sind noch nicht zum Abschlusse gelangt und werden in Wien ihre Fortsetzung finden. Zu der Sitzung wurde ferner mitgeteilt, daß ein Protest gegen die ungarische Regierung nicht erfolgte und auch nicht beabsichtigt sei, zumal die ungarische Regierung ja eine Abstempelung der in Ungarn zirkulierenden Banknoten noch nicht vorgenommen habe. Dagegen habe sich die Notwendigkeit ergeben, gegen die polnische Regierung wegen der beschlossenen Banknotenüberstempelung durch einen Protest vorzugehen, wenn auch verlautet, daß die polnische Regierung von ihrem diesbezüglichen Plane Abstand genommen habe, was auch von dem anwesenden polnischen Regierungsvertreter bestätigt wurde.

Zur Beratung kam ferner die Vorbereitung für die demnächst vorzunehmende Kreditoperation der deutschösterreichischen Regierung, die in der Ausgabe dreimonatiger Schatzwechsel besteht. Die Belehnung dieser Schatzwechsel soll in die Wege geleitet werden. Zu diesem Zwecke werden allerdings Sonderbestimmungen getroffen werden müssen.

Auch über den Abban der Kriegsanleihen wurden Erörterungen gepflogen. Diese Frage ist für die Bank von großer Wichtigkeit, da ja mit Ende März Schluss der Rückzahlung abläuft. Es wird

erklärt, daß die Bank auch in Zukunft in ihren diesbezüglichen Dispositionen dem Publikum gegenüber das möglichste Entgegenkommen zeigen werde.

Schließlich wurde auch Mitteilung gemacht, daß morgen in der Bank eine Sitzung in Angelegenheit der Errichtung einer deutschösterreichischen Devisenzentrale stattfinden wird, zu der Vertreter sämtlicher Bankinstitute erscheinen werden. Die neue Devisenzentrale soll im Laufe der nächsten Woche ihre Tätigkeit aufnehmen.

### Einberufung der 25- und 200-Kronennoten.

Zu der heutigen Generalratsitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank wurde beschlossen, die 25- und 200-Kronennoten zum 30. April einzuberufen.

### Die Enteignung deutschösterreichischen Eigentums in Ungarn.

Die Leitung der Schutzstelle für österreichische Vermögen im Auslande berief für heute in den großen Saal der Handels- und Gewerbekammer eine Versammlung von Interessenten der Industrie, des Handels und Gewerbestandes ein, um für geeignete Schutzmaßnahmen gegen die Enteignungsverfügungen der ungarischen Räteregierung vorzusorgen. Der Vorsitzende wies in der Eröffnungsansprache darauf hin, daß die Schutzstelle die Verpflichtung übernommen habe, für die gefährdeten deutschösterreichischen Interessen einzutreten, weil dies die Verhältnisse dringend erheischen und auch von maßgebender Seite der Wunsch geäußert wurde, daß ein zerstückeltes Vorgehen zu vermeiden und die Schutzstelle die geeignetste Organisation sei, um durch enge Fühlungnahme mit den Interessenten die erforderlichen Schutzmaßnahmen vorzunehmen. — Kammersekretär F i s c h m e i s t e r gab eine Uebersicht jener Anordnungen, welche die Räterepublik Ungarns auf industriellem und kommerziellem Gebiete getroffen hat. Er verlas die Verfügungen, betreffend die Warenverkehrs, die gewerbliche Produktion, die Organisation der Kleinindustrie, dann hinsichtlich sonstiger Vermögensobjekte, von Grund und Boden und skizzierte zuletzt die finanziellen Maßnahmen, wobei er erwähnte, daß drei Filialen der deutschösterreichischen Gebührentinstitute nicht unter Kontrolle stehen. — Der Vertreter des Staatsamtes für Handel, Gewerbe und Industrie, Ministerialrat Dr. N o c h d o r f, erstattete einen Bericht über eine unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs R i e d l abgehaltene Sitzung von Vertretern der Staatsämter für Handel und Finanzen, industrieller und kommerzieller Organisationen, der Schutzstelle für deutschösterreichisches Vermögen im Auslande, in welcher alle jene Maßnahmen erörtert wurden, die aus Anlaß der Ereignisse in Ungarn zum Schutze der Interessen der deutschösterreichischen Handelswelt, der industriellen und gewerblichen sowie Finanzkreise vorzunehmen sind. Es wurde beschlossen, eine Organisation deutschösterreichischer Interessenten bei der Schutzstelle zu konzentrieren, die als beratendes Organ der Regierung, als Erhebungsorgan und als Vertreterin privater Interessen zu betrachten ist. Auf offiziellen Schutz haben nur jene Ansprüche, die sich an die Schutzstelle wenden. So wird ein aus allen Interessenten zusammengesetztes Komitee geschaffen, in dem auch die Regierung vertreten sein wird. Außer dieser Zentrale als Inlandorganisation ist eine Vertretung unserer Interessen durch Errichtung eines Bureaus der Schutzstelle in Budapest zu schaffen, dem sich auch kleine Kommissionen von geeigneten Vertretern des Handels, des Gewerbes und der Industrie anzuschließen haben. Dem Bureau, sowie den Kommissionen ist Exterritorialität zu gewähren. Die zu den Verhandlungen mit der ungarischen Regierung berufenen staatlichen Funktionäre haben in engster Fühlung mit der Budapester Delegation der Schutzstelle, beziehungsweise der Wiener Zentralorganisation vorzugehen. Besondere Vorkehrungen sind für die Sicherung der Korrespondenz mit der Niederlassung der Schutzstelle in Budapest zu treffen. Die Feststellung unserer Interessen auf ungarischem Gebiete hat sich zu erstrecken auf Anlagen für Fabriksunternehmungen, Beteiligung und Aktienbesitz, Immobilien, Hypotheken, Effekten, Bargeld und Depots, kaufmännische Forderungen und Forderungen gegenüber dem Staate, Ansprüche aus Patenten und Urheberrechten. Vorzusorgen sind ferner Maßnahmen wegen der vorläufigen Sicherstellung des schleunigen Abtransportes unserer Besitzes an Wertpapieren und Bankdepots. — Kammersekretär Dr. F e r e l s beantragte die Einsetzung eines aus Vertretern der größten industriellen und kaufmännischen Korporationen bestehenden engeren Komitees, welches auch durch Vertreter der Schutzstelle zu erweitern wäre. Vereint mit diesem Komitee werden die Schutzstellen trachten, ihre schwierige Aufgabe im Interesse von Handel, Industrie und Gewerbe befriedigend zu lösen. Der Antrag wurde angenommen und die Nominierung der Vertrauensmänner den einzelnen Korporationen überlassen.

17. IV. 1919

## Die wirtschaftliche Zukunft Deutsch-Österreichs.

### Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen über Elektrizitätswirtschaft und Kohlenförderung.

In der gestern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Sanusch fortgesetzten Konferenz der Interessenten der Metallindustrie, der auch der Volksbeauftragte der ungarischen Räterepublik Wilhelm Böhm beizuhöhen, nahm Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen das Wort. Er sagte, die Arbeiterschaft kenne genau die Gefahr, die in einer dauernden Arbeitslosenunterstützung liege. Sie wolle Verdienst und keine Almosen. Aber auch die Unternehmer müssen die elektrische Hochspannung unserer Zeit in Betracht ziehen und einsehen, daß der Arbeiter nicht nur in der Politik und in der Verwaltung, sondern auch im Betriebe als ein gleichberechtigter Bürger anerkannt werden muß. (Beifall.)

Das Wasser- und Elektrizitätswirtschaftsamt (W. E. W. A.), habe die Aufgabe, die Urquelle unserer Arbeit, die Kohle, durch die Erschließung neuer Kraftquellen zum größten Teil wenigstens zu ersetzen. In dieser Richtung steht leider der Länderseparatismus unsern Bestrebungen vorläufig hindernd im Wege.

Die Industriellen mögen ihrerseits mit-helfen, diesen Länderseparatismus zu besiegen. Leider muß ich gestehen — Sie werden schon wissen, was ich meine —, daß vielfach aus Ihren Kreisen eine geradezu unbegreifliche, fanatische Förderung dieser Verfechtung des Staatsganzen zu bemerken ist. Den Bemühungen des Wasser- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes ist es vorläufig gelungen, mit Borsarlberg eine gegenseitige Unter-stützung beim Ausbau der Wasserkraft zu verein-baren. Ich hoffe, daß es mit den andern Ländern auch gelingen werde. Aber es wird nur gelingen, wenn diese von einem gewissen Geiste der Anarchie eingegebenen Tendenzen der Auseinandertragung der zusammenfassenden Kräfte überwunden werden.

#### Die Elektrifizierung der Staatsbahnen.

Das Kabinett hat außerdem die Elektrifizierung der Staatsbahnen beschlossen, um sie vom Auslande, insbesondere von der Tschecho-Slowakei, unabhängig zu machen. Wir wünschen, diese Ketten abzustreifen. Es ist daher beschlossen worden, zunächst die Arlbergstrecke als die für die Elektrifizierung reifste auszubauen und in das nächstjährige Budget den Betrag von fünfzig Millionen Kronen dafür ein-zusetzen. Da dieses Werk mehrere Jahre erfordert wird, so hat der Kabinettsrat beschlossen, vorläufig 25 Millionen Kronen als Notstandskredit für die Durchführung der vorbereitenden Arbeiten aus-zuwenden. Auch diese Arbeit setzt aber den Besitz von Kohle voraus. Es war daher das Bestreben des Staatsamtes, die unerläßliche Kohlenmenge herbei-zuschaffen. Es ist insbesondere das Verdienst des Herrn Staatssekretärs Berdiz, daß die uns aus dem Auslande zur Verfügung gestellte Kohlenmenge vermehrt wurde.

Ferner mußte das Augenmerk auf die Kohlen-förderung im eigenen Lande gerichtet werden. Das Staatsamt hat sich bemüht, eine Umgestaltung der bestehenden Kohlenförderungsanlagen herbei-zuführen, und in einer Reihe von Unternehmungen ist es tatsächlich gelungen, die Tagesleistungen schon jetzt zu erhöhen. Es ist zu erwarten, daß in zirka zwei Jahren die bisherige Tagesleistung von etwa 300 Tonnen täglich auf 1500 Tonnen erhöht werden wird. Das Staatsamt lenkt sein Augenmerk darauf, noch nicht erschlossene Kohlenflöze neu zu erschließen. Die diesbezüglichen geologischen Arbeiten sind bereits im Gange.

#### Förderung der Bautätigkeit.

Zunächst wurden 7000 Tonnen ausländische und 3000 Tonnen inländische Kohle dem Bau-gewerbe zugewiesen. Diese Mengen reichen hin, um 18.000 Bahnwagen Zement und 76 Millionen Ziegel, also für eine ganze Saison, herzustellen. Ein Teil dieser Kohle wird für staatliche Not-standsarbeiten in Anspruch genommen, es bleibt aber noch immer eine große Menge für die Privatindustrie übrig. Das Staatsamt nimmt auch in Aussicht, die Rohauer Kaserne zu demo-lieren, wodurch 20 Millionen Ziegel und ein großer Baugrund für Hochbauten gewonnen werde. Es ist geplant, in Wien 16 Häuserblocks für Arbeiterwohnungen und 20 Hochbauten zu errichten, abgesehen von der Biesing- und Schwarzregulierung. Durch diese Bautätigkeit werden 12.000 arbeitslose Bauarbeiter Beschäftigung finden, ebenso viele Arbeiter des Metallgewerbes und der Holzverarbeitenden Gewerbe. Aber auch hier muß gesagt werden, daß der Länderseparatismus den Bestrebungen der Regierung im Wege steht.

Durch eine große Kreditoperation sollen auch jene Industrien gefördert werden, die durch noch unbezahlte Forderungen an das liqui-dierende Kriegsministerium not-leidend geworden sind. Ebenso hat sich das Staats-amt für Finanzen bereit erklärt, die in den Magazinen vieler Betriebe vorfindlichen Produkte aufzukaufen. Durch alle diese Vorkehrungen werden die Betriebe in den Stand gesetzt werden, neu zu produzieren.

#### Die Wiederherstellung des Verkehrs mit dem Auslande.

Alle diese Maßnahmen verschwinden jedoch vor der Notwendigkeit, den normalen Verkehr mit dem Auslande wieder herzustellen. (Zustimmung.) Außer der Kohle benötigen wir auch dringend Rohstoffe. Wenn der Staat nicht imstande ist, durch staatliche Kreditoperationen die nötigen Devisen zu beschaffen, dann kann man es ruhig dem einzelnen überlassen, sich diesen Kredit zu besorgen. Diese Förderung der Biegel kann allerdings nicht plötzlich

und schrankenlos vor sich gehen. Auf drei Dinge muß besonders Rücksicht genommen werden: auf die Ver-sorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bekleidung, ferner darauf, daß wir Materialien für Kompensationen brauchen, und schließlich darauf, daß nur die notwendigsten Artikel importiert werden und Luxusartikel nur insoweit, als sie zur Veredlung und zum Reexport bestimmt sind. In dieser Hinsicht ist eine Reihe von Er-leichterungen in Aussicht genommen, vor allem eine Einschränkung der sogenannten generellen Verbotsliste für Importe; ferner die Beseitigung aller Schikanen und Hemmnisse, wie Transport-scheine, Einkaufsbewilligungen usw.

Es soll eine einheitliche Kommission unter Bei-ziehung der Interessenten gebildet werden, die den verschleppenden Instanzenzug ausschalten soll. Ebenso soll eine gewisse Einschränkung der Anbotspflicht erfolgen. In bezug auf die Devisen soll eine gewisse Erleichterung geschaffen werden. Die Regierung ist sogar bereit, für Geschäfte, die auf Veredlung be-ruhen, unter gewissen Kautelen Devisen vor-zuschicken. Kurz, das Staatsamt ist entschlossen, in einer ganzen Reihe von Belangen der normalen Wirtschaft die Wege zu ebnen. Zum Schluß gibt der Unterstaatssekretär der Hoffnung Ausdruck, daß wir vor der Anarchie und vor den Schred-nissen der Massenpsychose, die wir ringsum uns sehen, bewahrt bleiben, und an die welt-erlösende und weltbefreiende Arbeit gehen werden. (Lebhafter Beifall.)

Staatskanzler Dr. Renner teilt die Er-gebnisse der Anschaffungsbeitrags- und Lohn-kommission mit und bittet zum Schluß, diesen Vor-schlag der Kommission anzunehmen und dann un-verzüglich in die Tarifverhandlungen einzutreten. Er hofft, daß es, wenn die Uebergangszeit bis zur neuen Ernte und bis zum Wirksamwerden des Friedens überwunden ist, gelingen werde, durch ein-mütiges Zusammenwirken aller staatlichen Faktoren dahin zu bringen, das niedergebeugte Land wieder emporzuwirtschaften und die Industrie als das wichtigste Glied unserer Volkswirtschaft neu zu beleben.

### Staatssekretär Schumpeter über die industrielle Lage.

Staatssekretär für Finanzen Dr. Schum-peter hält es für seine Aufgabe, die Rückwirkung der Verhandlungen auf die Staatsfinanzen dar-zulegen. Der Fehlbetrag im Staatshaushalte sei so groß, daß es unmöglich sei, die Staatslasten zu er-höhen oder auf Einnahmen zu verzichten. Arbeits-gelegenheit zu schaffen, sei die erste und oberste Sorge aller staatlichen Faktoren und auch der Finanzpolitik. Wenn man von verschiedenen Seiten höre, daß bei den Arbeitern keine Arbeitswilligkeit vorhanden sei, sei das einfach nicht wahr, denn man müsse bedenken, daß so gut wie alle Voraussetzungen für die Arbeit fehlen. Die erste Voraussetzung, Arbeit zu ermöglichen, sei die Beschaffung von Lebensmitteln. Nicht nur aus Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen stehe die Industrie still, sondern insbesondere auch deshalb, weil sie finanziell nicht weiter könne.

Das komme vor allem daher, daß der alte Staat nicht nur mit Papiergeld gewirtschaftet habe, sondern auch seine vielen Verpflichtungen nicht einmal in Papiergeld bezahlt habe. Daher seien viele Betriebe, die ihre Forderungen nicht erhalten haben, in eine Situation geraten, die es ihnen unmöglich mache, auch nur die Löhne für die nächsten Wochen zu bezahlen. Bemühungen, von den Banken Kredit zu erhalten, seien erfolglos, weil diese nicht über so viel flüssige Mittel verfügten. Der Staats- sekretär könne selbstverständlich nicht die Ver-pflichtungen, die die ganze alte Monarchie betreffen, aus deutschösterreichischen Mitteln zahlen. Da nun der Staatssekretär sich bewußt sei, daß man die Industrie nicht stilllegen und damit ein Meer von Elend und Arbeitslosigkeit erzeugen könne, habe er eine D i l l s a k t i o n eingeleitet, durch welche diese Forderungen soweit bevorschusst werden, als notwendig ist, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Der Erfolg dieser Aktion sei davon abhängig, daß man ungefähr in dem bisherigen Ausmaße weiterarbeiten könne. Wenn aber allzuweit gehende Lohn-forderungen gestellt werden, sei man in einer Woche, nachdem diese Vorschüsse aufgebracht sind, wieder in derselben Lage, und die Industrie müßte wieder zusperren. Der Staatssekretär richtet an die Arbeiter den Appell, sich mit den Unternehmern zu einigen und dieses fürchterliche Unglück, das den Staat rettungslos ins Elend stoßen würde, zu verhüten. Der Staatssekretär erinnert daran, was alle während des Krieges geleistet und erduldet haben, und bittet, jetzt, wo der erste Hoffnungsstrahl wieder leuchtet, wo man hoffen könne, in einigen Wochen

wieder den Frieden zu haben, noch einige Zeit auszuhalten.

Wenn jetzt der Industrie die Mittel weg-genommen werden, die notwendig sind, sie in Gang zu erhalten, wenn die Lohnforderungen so hoch werden, daß sie einfach nicht bewilligt werden können, so würde das das größte Elend für alle bedeuten. Dann würden auch die Voraussetzungen zer-stört werden, die für die Sozialisierung und für die Besserung der Lage der Arbeiterschaft notwendig sind. Verstören Sie diese Voraussetzungen nicht, schließt der Staatssekretär, und geben sie soweit nach, als es geht. Alle gesetzgeberischen Aktionen, die wir planen, Sozialisierung, Vermögens-abgabe, müssen mißlingen, wenn wir so weiter-gehen. Wir können unsern administrativen und politischen, unsern ökonomischen Aufbau nur durch-führen, wenn wir jetzt noch zusammenhalten.

### Ein Schlusswort des Staatskanzlers Dr. Renner.

Zum Schluß der Sitzung ergriff Staatskanzler Dr. Renner das Wort und sagte:

Es zeigt sich, daß die Ereignisse, die sich in den letzten Wochen und Monaten vollzogen haben, die Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit sowohl bei der Unternehmerschaft als auch bei der Arbeiterschaft nicht ohne tiefen Eindruck geblieben sind. Wir alle haben in gewissem Grade umgelernt, nicht zu unserm Schaden. Wir haben bei der allgemeinen Entwicklung der Dinge gesehen, daß sich jetzt tatsächlich schon ein Beginn der Freie auf-tut, indem unsre Ein- und Ausfuhr von Tag zu Tag mehr erleichtert wird, die inneren Be-dingungen der Produktion immer deutlicher zu überschauen sind. Wir wissen, daß, wenn wir nur noch die Kraft haben, einige Zeit — sagen wir, diese fünf Monate, für die der Vertrag abgeschlossen wurde, — auszuhalten, wir dann über den Berg sind.

In diesen fünf Monaten sollen wir durch-halten für die Sicherung unsrer Freiheiten, für eine neugeordnete, bessere Staats- und Volkswirtschaft. Und nun, haben wir gerade jetzt das Recht un-geduldig zu sein, sollen wir gerade jetzt in den letzten fünf Monaten zusammenbrechen, sollen wir gerade jetzt nicht noch das letzte Opfer bringen, das letzte Opfer an Geldmitteln und Ausdauer und, wenn es sein muß, an Entbehrungen, damit wir gerade über dieses Stück Weg noch hinwegkommen! Denn bei jedem Werk im Leben entscheidet immer der letzte Atemzug und die letzte Stunde. Es wäre überaus traurig und gefährlich für uns, wenn wir gerade diese letzte Stunde nicht mehr überstehen. Was der Zusammenbruch in letzter Stunde bedeutet, haben wir gerade in militärischen Dingen erfahren. Bereiten wir uns nicht selber die wirtschaftliche Niederlage und Auflösung, indem wir gerade in letzter Stunde die Fassung verlieren.

Obwohl ich die Schwierigkeiten sehr genau sehe und täglich beurteilt bin, mit diesen Schwierigkeiten zu ringen, bin ich im großen und ganzen guten Mutes. Durch 50 Jahre im Besitze der allgemeinen Volksschule, durch Jahrzehnte im Besitze einer selbst-geschaffenen Organisation, arm zwar von Natur aus, aber reich an Gaben und Talent, reich an Er-innerungen einer schönen, in tüchtiger Arbeit verlebten Zeit, haben wir kein Recht, an uns zu verzweifeln. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die Pflicht, an uns zu glauben, nur müssen wir im letzten Moment noch ruhige Nerven be-wahren. Darum bitte ich Sie: Haben Sie jetzt noch die Geduld, für uns selber, für das ganze Volk und für seine Freiheit fünf Monate noch durchzuhalten, um mehr wird es sich nicht handeln. Aus den Ver-handlungen haben Sie entnommen, daß die Ver-treter des Staates, die Fleisch von Ihrem Fleische und Blut von Ihrem Blute sind, während des ganzen Verles unter ihnen als Gleiche unter Gleichen waren. Sie sehen ja, der Volksstaat ist für Sie und ist mit Ihnen. So bitte ich Sie denn, auch das gleiche zu tun. Lassen Sie den Staat nicht im Stiche in den Gefahren, die ihm drohen. Seien Sie für die Gesamtheit, so wie die Gesamtheit für Sie sein wird, und ich hoffe, wir kommen in allen diesen Fragen zu einem zwar nicht rosigem, aber im großen und ganzen guten Ende. (Stür-mischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Der Staatskanzler schließt hierauf mit Dankes-worten an die Versammelten die Sitzung.

20. IV. 1919

**Zur Errichtung von Volkspflegestätten.**

Wien, 19. April.

Das Kabinett hat in seiner letzten Sitzung einen Gesetzentwurf über die Errichtung und Unterbringung von Volkspflegestätten beschlossen. Durch die Vorlage soll die Regierung die Ermächtigung erhalten, Schlösser, Paläste und andere derartige Luxuswohngebäude im ganzen Staatsgebiet samt Nebengebäuden und sonstigem Zugehör zu enteignen und sie für die Unterbringung von Invaliden, Kranken, Genußenden und heilbedürftigen Jugendlichen zu verwenden. Die bisherigen Eigentümer sollen dem Staat diese Gebäude ohne jede Entschädigung überlassen müssen, nur für die Grundflächen und landwirtschaftlichen Betriebe, die mit den enteigneten Schlössern und Palästen in Verbindung stehen, und die ebenfalls, wenn sie benötigt werden, enteignet werden können, wird ihnen eine Entschädigung zuerkannt. In den Gebäuden selbst dürfen sie nur durch ein Jahr lang die bisher tatsächlich bewohnten Räume in einem der Kopfszahl ihrer Familie entsprechenden Ausmaß weiterbenutzen; sie sind vom 1. Mai d. J. an in der Veräußerung und dinglichen Belastung eingeschränkt und an die Zustimmung der zu schaffenden Enteignungsstelle gebunden.

Es wird somit in dieser Vorlage ein Grundsatz in unsere Gesetzgebung eingeführt, der ihr bisher völlig fremd war. Die Enteignung ohne Entschädigung widerspricht der Bestimmung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches, das bestimmt, daß das vollständige Eigentum einer Sache nur gegen eine angemessene Schadloshaltung abzutreten sei. Auch die neuen Gesetzentwürfe über die Sozialisierung halten daran fest, daß eine Enteignung nur gegen Entschädigung zu erfolgen hat. Ebenso ist die deutsche Gesetzgebung nie von diesem Grundsatz abgewichen. Es müßte die ernstesten Folgen für unser ganzes wirtschaftliches Leben haben, wenn wir hier neue Wege betreten würden. Schon der erste Schritt kann eine tiefe Beunruhigung herbeiführen, in einer Zeit, da nichts nötiger ist, als jede Erschütterung zu vermeiden, jede neue Sorge und Unsicherheit von der Bevölkerung fernzuhalten. Auch die Fassung der Vorlage muß Bedenken hervorrufen. Der Begriff Palast ist sehr unbestimmt. Man kann, wenn man will, jedes prächtig ausgestattete Haus so nennen. Noch vieldeutiger sind die Worte „andere derartige Luxuswohngebäude“. Selbst was als Schloß anzusehen ist, kann sehr strittig sein; namentlich auf dem Lande ist die Bevölkerung gewohnt — und in Frankreich ist dies sogar durchaus üblich — alle größeren Wohngebäude, die auf einem Gute oder in einem Park liegen, Schloß zu nennen. In der Vorlage findet sich zwar der Satz, daß bei Anwendung des Gesetzes im einzelnen Falle die Grundsätze der Billigkeit zu beobachten seien. Immerhin wird den Behörden die weiteste Auslegung ermöglicht. Die Nationalversammlung wird den Gesetzentwurf einer eingehenden Prüfung unterziehen müssen und zu erwägen haben, ob sie dem Grundsatz der Enteignung ohne Entschädigung Geltung verschaffen will. Einmal eingeführt, wäre die Grenze schwer zu ziehen, bei dem er haltzumachen hat. Es ist bedauerlich, daß ein so wichtiges soziales Werk wie die Errichtung von Volkspflegestätten mit der Auswertung einer so schwerwiegenden Frage belastet wird.

Die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes lauten:

Zur Hebung und Förderung der Volksgesundheit werden öffentliche Heil- und Pflegestätten (insbesondere für Kriegsbeschädigte) und zur Stärkung und Ertüchtigung der

Jugend öffentliche Jugendfürsorgestätten errichtet (Volkspflegestätten). Der Staatssekretär für soziale Verwaltung kann bestehende oder neu zu gründende Anstalten und Einrichtungen der erwähnten Art, die von einem Lande, einer Gemeinde oder einer anderen öffentlichen Körperschaft, von einer öffentlichen Krankenkasse, von einer gemeinnützigen Gesellschaft oder Genossenschaft oder einem gemeinnützigen Verein erhalten und verwaltet werden, für öffentlich erklären, wenn sie nach ihrer Einrichtung und Führung den Fortschritten einer vom Staatsamte für soziale Verwaltung zu erlassenden Volkspflegestättenordnung entsprechen. Öffentliche Volkspflegestätten haben Anspruch auf Unterbringung durch den Staat.

Zur Unterbringung der öffentlichen Volkspflegestätten sowie ähnlicher öffentlicher Wohlfahrtsanstalten können Schlösser, Paläste und andere derartige Luxuswohngebäude im ganzen Staatsgebiete samt Nebengebäuden und sonstigem Zugehör zugunsten des Staates enteignet werden. Die bisherigen Eigentümer dieser Gebäude erhalten keine Entschädigung; doch dürfen sie, sofern die Staatsregierung nicht für sonstige angemessene Unterbringung sorgt, durch ein Jahr vom Tage der Enteignung die bisher tatsächlich bewohnten Räume in einem der Kopfszahl ihrer Familie entsprechenden Ausmaße weiter benutzen. Dasselbe gilt für Angestellte und Bedienstete der Eigentümer, soweit sie zur Zeit der Enteignung in dem enteigneten Gebäude tatsächlich wohnen. Die Jahresfrist kann auf Ansuchen des Benützers verlängert werden, wenn er keine geeignete Wohnung findet und ihm auch eine solche der Staatsregierung nicht zugewiesen wird.

Grundflächen und landwirtschaftliche Betriebe desselben Eigentümers samt Zugehör, die mit enteigneten Gebäuden in räumlicher Verbindung stehen oder ihnen nahegelegen sind und für die Wohlfahrtszwecke benötigt werden, für die die Enteignung stattfindet, können gegen Entschädigung zugunsten des Staates enteignet werden. Die Entschädigung ist im Verhältnis zum bisherigen Ertrage zu bemessen. Die bisherigen Eigentümer haben, solange sie das Recht der Wohnungsbenützung haben und es tatsächlich ausüben, für sich und ihre auf der Liegenschaft wohnenden Hausgenossen Anspruch auf angemessenen Fruchtgenuß als Selbstversorger.

Die Entscheidung darüber, welche Gebäude, Grundflächen und landwirtschaftlichen Betriebe zu enteignen sind, steht der Staatsregierung zu. Die Feststellung der Entschädigung obliegt einer Enteignungsstelle, über die das nähere durch Vollzugsanweisung bestimmt wird.

Die Oberaufsicht über die für öffentlich erklärten (nicht-staatlichen) Volkspflegestätten und über die enteigneten Liegenschaften liegt der Volkspflegestättenkommission ob, die aus den Staatssekretären für Inneres und Unterricht, für soziale Verwaltung und für Landwirtschaft besteht. Der Kommission steht ein Ausschuss aus fünf für Volkspflegestätten zur Seite, in den der Staatssekretär für soziale Verwaltung sechs, die beiden anderen Staatssekretäre je drei Leute auf drei Jahre zu entsenden haben.

Veräußerungen oder dingliche Belastungen aller Art, die freiwillig oder im Wege der Zwangsvollstreckung in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1919 mit den Gebäuden oder Grundstücken vorgenommen werden, sind nur gültig, wenn sie mit Zustimmung der Enteignungsstelle stattfinden. Vom 1. Januar 1920 an sind derartige Veräußerungen und Belastungen ungültig, wenn im öffentlichen Buche auf Antrag der Enteignungsstelle angemerkt ist, daß sich auf der Liegenschaft ein Luxuswohngebäude befindet. Vom Tage der Kundmachung dieses Gesetzes bis zum 31. Dezember 1919 oder bis zur früheren tatsächlichen Uebernahme einer enteigneten Liegenschaft darf der Eigentümer Geschäfte, die nicht zum ordentlichen Geschäftsbetriebe gehören, nur mit Zustimmung der Enteignungsstelle vornehmen, und er haftet nach den Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches.

Miet- und Pachtverträge über enteignete Liegenschaften erlöschen mit der Rechtskraft des Enteignungserkenntnisses. Sie können auf Ansuchen der Bestandgeber oder Bestandnehmer durch den Ausschuss für Volkspflegestätten verlängert werden. Vor dem 1. Mai 1919 oder später mit Zustimmung der Enteignungsstelle begründete dingliche Lasten der Liegenschaften gehen auf den Staat über.

**Die Begründung der Vorlage durch die Regierung.**

In Begründung dieses Gesetzentwurfes erfährt die „Staatskorrespondenz“ von unterrichteter Seite: „Der Gesetzentwurf beruht auf längeren Vorberatungen. Daß die Vorlage so spät kommt, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Staatsregierung durch die Drangsale des Tages und durch die Bemühungen zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens leider allzu stark in Anspruch genommen war, um die Gesetzesarbeiten in wünschenswerter Weise zu beschleunigen. Der Entwurf sieht die Enteignung aller Prunk- und Luxuswohnstätten der Paläste und Schlösser Privater vor, um sie für Invalide, Kranke, Genußende und die heilbedürftige Jugend zu verwenden. Unser Volk, das durch den Krieg körperlich herabgekommen und seelisch leidend geworden ist, braucht Heil- und Pflegestätten in großer Zahl. Solche jetzt zu erbauen, ist wirtschaftlich und finanziell unmöglich; außerdem käme die Fertigstellung der Bauten viel zu spät. Einem allgemeinen Volksnotstande wird nun abgeholfen, indem Baulichkeiten, die bisher Privatbesitzern gehörten und nur zur Prachtentfaltung und zum Wohlbehagen einzelner Menschen da waren, dem Volkswohle gewidmet werden. Die Opfer, die hier den Höchstbesitzenden zugemutet werden, müssen verstanden werden als eine gerechtfertigte Sühne für unverschuldetes Leid der Massen und es ist zu erwarten, daß die Höchstbegüterten diese Sühne willig auf sich nehmen. Im einzelnen können dabei Härten entstehen. Darum sieht der Gesetzentwurf vor, daß bei seiner Handhabung im allgemeinen nach den Grundsätzen der Billigkeit verfahren werde.“

## Kapitalsaufzehrung.

Von Universitätsprofessor Dr. Richard Reich,  
Direktor der Bodentreditanstalt.

In dem großen politischen Prozeß unserer Zeit wird auch über den „Kapitalismus“ zu Gericht geseffen. Ob hierbei das oberste Ziel jedes Gerichtsverfahrens, die Erforschung der objektiven Wahrheit, überhaupt angestrebt und nicht vielmehr durch vorgefaßte Parteidoctrin verdunkelt wird, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls kommen die Formen des modernen Verfahrens insofern nicht zur Geltung, als dem angeklagten Privatkapital aus den Reihen seiner verschüchterten Freunde kaum Verteidiger zur Seite treten und jedenfalls deren Stimmen im turbulenten Chorus der Ankläger nicht zu Gehör gelangen. Das Verdikt mag daher leichtmöglichst zuungunsten des Privatkapitals ausfallen und seine Verurteilung zum Tode oder doch zu derartigen Lebensbedingungen nach sich ziehen, daß eine fernere gedeihliche Entwicklung ausgeschlossen ist. Allerdings, einen Nekrolog zu schreiben, schiene mir bei der Unsicherheit aller künftigen Entwicklung denn doch noch wesentlich verfrüht; hingegen mag es ganz zeitgemäß erscheinen, rückschauend der Verdienste zu gedenken, die sich das Privatkapital bislang unzweifelhaft um unsere Volkswirtschaft errungen hat, und hierbei namentlich auf jenes Verdienst zu verweisen, das es sich gerade während der gegenwärtigen Prozeßführung noch tagtäglich erwirbt.

Wer gegen den Kapitalismus eifert, übersieht, daß wir es in letzter Linie doch nur ihm zu danken haben, wenn wir derzeit unsere Existenz überhaupt noch fortzuführen vermögen; denn wenn wir mit einigen Vorräten in den Krieg getreten sind, wenn wir heute noch da und dort ein Weniges verfügbar haben, und wenn wir vor allem in der Lage sind, uns wenigstens das Unentbehrliche aus dem Auslande zu beschaffen, so danken wir wir dies nur der dem Kapitalismus eignen Borrats- und Produktionswirtschaft, ohne welche unsere Lage zweifellos eine gänzlich unhaltbare wäre. Nur weil wir Kapital besitzen, sind wir in der Lage, von unserm Kapital zehren zu können — und das tun wir derzeit in aller Form und in den verschiedensten Formen! Wir zehren vom Kapital, wenn wir auf Erbschaften aller Art verzichten und statt der Reproduktion von Kapitalgütern unmittelbare Konsumtionsgüter erzeugen oder statt der Erzeugung neuer Kapitalgüter durch den Krieg zerstörte Objekte wiederherstellen. Wir zehren vom Kapital, auch wenn wir Gehalte und Löhne in einer Höhe bewilligen, die aus dem Produktionsertrage nicht bestritten werden können, oder wenn wir den Arbeitern feiernder Fabriken monatelang die Löhne weiterzahlen; wir verbrauchen unser Kapital vor allem aber in dem Maße, als wir die notwendigsten Lebensmittel zu enormen Preisen importieren, ohne über entsprechende Exportgüter aus der laufenden Produktion zu verfügen und dem Auslande dennoch den Gegenwert beschaffen zu müssen.

Die Kapitalaufzehrung darf hierbei natürlich nicht dahin verstanden werden, als ob das vorhandene Geld, die umlaufenden Obligationen und Aktien, ja auch nur die bestehenden Produktionsmittel für die Volksernährung unmittelbar verwendet werden könnten: In einer Gemeinde, in welcher kein Mehl und keine sonstigen Lebensmittelvorräte vorhanden sind, kann dem Hunger der Einwohner durch Verteilung von Geld und

sonstigen Vermögenswerten nicht abgeholfen werden, und was von der Gemeinde gilt, hat in erhöhtem Maße für eine ganze, von der Außenwelt abgeschlossene Volkswirtschaft Geltung. Die Kapitalaufzehrung geht vielmehr nur in der Weise vor sich, daß die vorhandenen Werte entweder gegen Bedarfsartikel umgetauscht oder aber zuerst in Geld umgewandelt und sodann für dieses Geld Bedarfsartikel angeschafft werden. Es muß daher vor allem die Möglichkeit der Beschaffung derartiger Bedarfsartikel gegeben sein, und sodann müssen möglichst günstige Umtauschbedingungen gesichert werden. Diese beiden Erkenntnisse werden in den jetzt epidemisch auftretenden Kämpfen um Gehalts- und Lohnerhöhungen gänzlich außer acht gelassen. Da diese Erhöhungen nämlich nicht zu einer Vermehrung der Güterproduktion oder auch nur zu einer Vermehrung des Güterimports führen, während die im Inlande vorhandene Gütermenge absolut unzulänglich und im übrigen streng rationiert ist, so gibt die vermehrte Nachfrage der momentan leistungsfähiger gewordenen Käufer nur einen verstärkten Anreiz für den Schleichhandel. Dies bewirkt einerseits die Verschlechterung der allgemeinen Versorgung infolge mangelhafter Erfassung der beschlagnahmten Güter, andererseits die Einstellung unsres gesamten Preisniveaus auf die Schleichhandelspreise, was mit einer Verschlechterung der Kaufkraft unsres Geldes im Inlande gleichbedeutend ist. Diese Verschlechterung wirkt aber bedauerlicherweise über das Inland hinaus auch auf das Ausland; denn für zwei verschiedene, insbesondere für von der Metalldeckung losgelöste Währungen ist die Menge der für eine Währungsseinheit eintauschbaren unentbehrlichen Bedarfsartikel der einzig verlässliche Vergleichsmaßstab. Sieht das Ausland, daß für eine Krone im Inlande täglich weniger eingekauft werden kann, so muß es daraus notwendig die Konsequenz ziehen, auch seinerseits für die Krone, die ja doch nur wieder im Inlande verwendet werden kann, in seiner Währung weniger zu bieten. Dies ist gegenwärtig tatsächlich der Fall und für uns, die gegenwärtig, um überhaupt weiter leben zu können, die lebensnotwendigsten Dinge zu jedem Preise aus dem Auslande kaufen müssen, von katastrophalster Bedeutung — wir bekommen für die Veräußerung unsrer Kapitalgüter weniger Lebensmittel herein, beziehungsweise wir werden unsern nicht allzu großen Kapitalbestand früher erschöpfen, als dies bei einer rationelleren Lohn- und Preispolitik der Fall wäre.

Der Kapitalexport — und dieser bildet für die nächste Zeit den Angelpunkt unsrer ganzen Wirtschaftspolitik! — spielt sich in der Weise ab, daß wir Kapitalgüter (Gold, Edelsteine, abmontierte Maschinen und dergleichen) unmittelbar zur Ausfuhr bringen oder aber Ausländern Rechte auf an ihrem bisherigen Standorte verbleibende Kapitalgüter (Fabriken, Häuser und Grundstücke u.) einräumen. Eine der wichtigsten Formen, in welchen solche Rechte in unsrer modernen Rechtsordnung in die Erscheinung treten, sind die Werteffekten, zum Beispiel Aktien, die einen ideellen Anteil an einem wirtschaftlichen Unternehmen darstellen, Obligationen, welche ein Pfandrecht an Eisenbahnen, ferner Pfandbriefe, welche ein Pfandrecht an Haus- und Grundstücken einräumen, endlich Staats- und Stadtanleihen, welche auf dem Umwege über die betreffenden öffentlichen Kassen einen Anspruch auf künftige Erträge öffentlicher Unternehmungen oder auf die Steuerkraft der Bevölkerung begründen. Da wir gegenwärtig, wie bereits bemerkt, durch die laufende Produktion nicht entfernt so viel Exportgüter herstellen können, als wir zur Bezahlung unsrer Importe benötigen, erübrigt uns nichts anderes, als für diese Importe im Ausland Schulden zu machen oder aber durch Kapitalexport zu bezahlen. Kredit wird für uns im Auslande im nötigen Umfange nicht — wenigstens nicht ohne Handeinräumung auf inländische Güter — zu haben sein; es erübrigt somit als unser wichtigstes Hilfsmittel nur der Kapitalexport. Hier trifft es sich verhältnismäßig noch günstig, daß wir in Deutschösterreich manche Werteffekten besitzen, die in den Subjektionsstaaten gelegene Unternehmungen betreffen, auf deren Nationalisierung die Re-

ist bisher  
s Schiff-  
n  
anleibe.)  
Schun-  
verliehen,  
haltung  
anleibe  
int war  
zu wozu  
ren Wege  
ern Weg  
beschaffen  
urde, im  
kann und  
enswerten  
h nicht er-  
Bezahlung  
l (Zuder  
ng haben  
wender  
Steuern  
diese Zu-  
u spät er-  
bei der  
he Chance  
die durch  
en Doktor  
nen ver-  
uerflucht,  
tsgesetzes,  
meidlichen  
on seinem  
besser ge-  
t werden,  
Wah zu  
re es aller-  
der unire  
en und die  
uzen ein-  
che Kapital  
inländischen  
vielmehr zu  
Staate ver-  
tschaftlichen  
momentan  
ndern auch  
Gründung  
auch zum  
vadezu eine  
lichen Re-  
ch heute nur  
etracht, den  
bedrängten  
lichkeit des-  
daß das  
wirtschaft in  
parpiennig  
atwirtschaft.  
twirtschaft,  
Privatwirt-  
zehren vom  
ativen Be-  
in und daß  
s Kapitals.  
jener er-  
alljährlich aus-  
über einer  
Gemeinschaft  
ng zu ziehen  
Ertrag aber  
ines Agrar-  
wirtschaft nicht  
der Angriffe  
darauf ge-  
und vielleicht  
u gelichteten

## Die Anwälte der Paläste.

Die Staatsregierung wird der Nationalversammlung Donnerstag einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach zur Hebung und Förderung der Volksgesundheit Heil- und Pflegestätten, insbesondere für Kriegsbeschädigte, und zur Erstarbung und Erziehung der Jugend öffentliche Jugendfürsorgestätten errichtet werden sollen. Zur Unterbringung, bestimmt das Gesetz, können Schlösser, Paläste und andere derartige Luxuswohngebäude zu Gunsten des Staates enteignet werden, und zwar, wie eigentlich selbstverständlich, ohne Entschädigung. Den sozialen und tief sittlichen Charakter des Gesetzes hat hier Sonntag Renner erläutert: „Damit werden endlich die Schlösser und Paläste, die bisher dem Luxus, dem Prunk, dem Behagen einzelner Vermöglicher gedient haben, der Volksgesamtheit zugeführt. Nicht mehr dem Schaugepränge, dem maßigen Behagen, dem sorgenlosen Lebensgenuß der durch den Zufall des Erbanges und durch kapitalistische Profite, durch Spekulation und durch Kriegsgewinne Gesegneten sollen diese Bauten und Landsitze dienen, sondern unseren Kindern, unseren Kranken, unseren Krüppeln. Die herrschende Feudalität und die Kapitalistenklasse, die den alten Staat geführt und ausgebeutet, die ihn unter der angeeiferten oder geduldeten Leitung des früheren Herrscherhauses in den Krieg gestürzt haben, bringen hiemit das erste, aber lange nicht das letzte Opfer an das Volk, das Opfer, das zur Sühne dienen soll für das, was an den Volksmassen und insbesondere an unserer Jugend gesündigt worden ist. Nur eine einzige Stimme der Genugtuung wird sich heute aus den gepressten Herzen aller Mühseligen und Beladenen, aller Leidenden und vor allem unserer Jugend losringen und dieses Gesetz begrüßen.“ Die Mühseligen und Beladenen empfinden diese Genugtuung vollauf, aber die Kapitalistenpresse antwortet auf den Anruf an das soziale Gewissen mit einem Aufschrei voll Wut. Keine Entschädigung, das trifft sie im Mark, denn wie soll ihr eine Gesellschaftsordnung gefallen, in der das Gemeininteresse, und sei es das stärkste, über ihre Eigentumsordnung siegt, in der die Ausbeutung ein ewiger Rechtsstitel ist? Der Einzige und sein Eigentum: das ist ihre soziale Welt und das fühlen sie durch das soziale Gesetz angegriffen!

Daß die „N. Fr. Pr.“ wild auffährt, wird weiter kein Erstaunen wecken; die Eigentumsbestie zu vertreten ist ihr Beruf, und so bleibt sie nur bei ihren Grundsätzen, wenn sie dem goldenen Kalb Reverenz macht. Die Enteignung ohne Entschädigung widerspreche dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Natürlich, die über hundert Jahre alten Bestimmungen wird die heutige Welt als Grenzen der sozialen Tätigkeit hinnehmen! Schon der erste Schritt kann eine tiefe Beunruhigung herbeiführen, in einer Zeit, da nichts nötiger ist, als jede Erschütterung zu vermeiden, jede neue Sorge und Unsicherheit von der Bevölkerung fernzuhalten. „Natürlich die Beunruhigung“ der Schloßbesitzer wäre das Furchtbarste, und die Erschütterung, die Sorgen und Unsicherheit der breiten Massen zählen dagegen gar nichts. „Der Begriff des Palastes ist sehr unbestimmt; man kann, wenn man will, jedes prächtig ausgestattete Haus so nennen.“ Man wird wollen; so lange die Armut in Hütten und Döhlen wohnen muß, können prächtig ausgestattete Häuser keinen Respekt verlangen... Genau so der „Neue Tag“, aber den nun wohl jeder, der sich entschlossen hat, dieses rohe Spekulationsblatt zu lesen, ins reine gekommen ist: daß es ein würdiger Ausdruck der Schoellerschen Ausbeuterinteressen ist; auch er ist entsetzt, daß keine Entschädigung gezahlt werden soll. „Der erste Schritt auf dem Wege zum Bolschewismus“, „stärkste Erschütterung des Rechtsbewusstseins“, „Gewalt“: so schreit der Kapitalist auf, da von ihm begehrt wird, er solle einen Bruchteil von dem herausgeben, was er sich durch den Mechanismus der wirtschaftlichen Ausbeutung durch Generationen hindurch angeeignet hat. Ja das Ethos vorgespigelter Sozialpolitiker zerrinnt rasch, wenn es heißt: ohne Entschädigung!

Aber am wütendsten gebärdet sich — merkt es euch, ihr Mühseligen und Beladenen — die christlich-soziale „Reichspost“. Das Gesetz, das bestimmt ist, für die Kriegsbeschädigten Heil- und Pflegestätten, für die Jugend Volkspflegestätten herbeizuschaffen, nennt das christlich-soziale Blatt: ein neues Raub-

gesetz; das alte wird wohl das sein, das den Besitz der angenehmen Familie, die uns durch Jahrhunderte ausgeplündert hat, zum Staatsbesitz, zum Volksgut erklärt hat. „Bruch der Eigentumsordnung“, „neidische Begehrlichkeit“ — neidische Begehrlichkeit, da Schlösser für Invalide und für die Jugend herbeigeschafft werden sollen! — „gewedte Raubgierde“, „barbarische Eingriffe“, „Kulturbarbarei“, „Blindwerk der Sensationshascherei“, „Bauernfängerei für die Oberflächlichen und Dummen“, „Raub und Theaterpielerei“: in diesen gemeinen Schimpfereien entladet sich die christlichsoziale Wut, die überdies wohl auch dadurch aufgeschürt wird, daß es die Besitzer von Schlössern, Palästen und anderen derartigen Luxusgebäuden sind, die mit so freigebiger Hand die Geldmittel für die „Ausgestaltung“ der christlichsozialen Presse und für die diversen Wahlfonds der Christlichsozialen beisteuern. Nun mit dem Sozialismus Ernst werden soll, fallen die christlichsozialen Masken und als schäbige Klopfflechter der Kapitalisteninteressen stehen sie entlarvt da.

Alles, was der christlichsoziale Palasthölbling gegen das Gesetz an „sachlichen“ Gründen vorbringt, ist der nackte Schwindel. „Was für die Kranken, die Krüppel, die Jugendlichen und Kinder geschehen kann, das soll geschehen, wenn es auch große Opfer kostet.“ Woher soll aber der arme Staat die Mittel nehmen, wenn ihm verboten wird, zu nehmen? Und wo soll er es denn nehmen, wenn es ihm vermehrt sein soll, es denen zu nehmen, die es haben? Die Bereitwilligkeit „bis zum Rande unserer Kraft“ zu gehen, ist nicht mehr als Spiegelfechtere: die Kraft des Staates ist gänzlich ausgeschöpft, und daß, wenn er nicht weiter kann, für ihn die Allerreichsten der Reichen eintreten, ist einfach ein süßliches Gebot. Aber freilich, es handelt sich um Schlösser, nämlich „um grundbücherlich geschütztes Eigentum, das bisher als die zuverlässigste und konservativste Grundlage des rechtmäßigen Besitzes vom Staate mit besonders feierlichen Rechtsformen umhegt war“. Also heilig, heilig ist das Grundbuch! Nun folgt ein Loblied den Schlössern und Palästen, das seinen Platz am besten in den Volksschullesebüchern der monarchischen Zeit gefunden hätte. Die Besitzer von Schlössern, Palästen und anderen derartigen Luxuswohngebäuden „haben nicht gewuchert“ und sind überhaupt mit dem „mobilen Kapital“ nicht zu verwechseln. Als ob die „historischen Mächte“, die hochadeligen Schloßinhaber, mit dem Finanz- und Industriekapital nicht versippt wären, und als ob nicht jeder „bessere“ Kriegsgewinner nicht auch seinen Großgrundbesitz und Schloß und Palast dazu hätte! Als ob der Hochadel nicht zur Börse ginge und der Finanzkapitalist nicht auf die Jagd! Als ob sie, die Repräsentanten des „historischen“ Besitzes und die des „modernen“ Eigentums, nicht längst ein Herz und eine Seele wären! Wer wird künftig noch schöne Bauten auführen, Kunstwerke sammeln, das Kunstgewerbe beschäftigen, wenn der Staat ihn dafür mit Beraubung bedroht?“ fragt schmerzbedrückt die „Reichspost“. Erstens werden der Kunstwerke niemandem weggenommen; aber wir finden sogar, daß eine Wirtschaftsordnung, der es an allem Nötigen gebricht, die zu arm ist, um allen Gliedern ein menschliches Obdach bieten zu können, den Stätten der Armut das bescheidenste Behagen schuldig bleibt, gar kein Recht besitzt, sich den Luxus schöner Bauten und eines Kunstgewerbes zu leisten, von dem der allgeröchteste Teil ein zweckloses Ornament ist, das nicht einmal die Blüten unseres Glanzes zu bedecken vermag. Allerdings, der christlichsoziale Schwindler will uns einreden, „der Kunstbesitz vieler dieser Schlösser war bis heute ein geistiger Gemeinbesitz des ganzen Volkes, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht“. Namen nennen! Man nenne uns auch nur ein einziges Schloß, von dessen „Kunstbesitz“ die Öffentlichkeit das geringste gehabt, gesehen, genossen hätte! In Wahrheit haben diese Allerreichsten zwar Kunstschätze angehäuft, sie aber in des Wortes verwegener Bedeutung als ihren Besitz betrachtet: ihn also hermetisch abgeschlossen, ihn sich und ihrer Sippe vorbehalten; der Volksgesamtheit ihn in aller Form geraubt. Denn die Kunst ist entwertet und entwurzelt, wenn sie dazu dient, selbstliche Privatbedürfnisse zu befriedigen. Warum verteidigen wir die öffentlichen Sammlungen und erschrecken bei dem Gedanken, sie könnten in private Hände fallen?

# Finanznöte der Gegenwart.

Don Dr. Alfred Waller.

Das ständige Anschwellen des Notenumlaufs und der neuerliche jähe Fall der Mark im Auslande um rund ein Viertel des Friedenswertes (Parität) gibt den Erörterungen über bevorstehende Maßnahmen zur Einschränkung des Notenumlaufs neue Nahrung und zeitigt Vorschläge zur Einziehung und Abstempelung des Papiergeldes (Dombrowski im Berliner Tageblatt Nr. 160 vom 10. April 1919), die jedenfalls die Wirkung haben, das Vertrauen in unser Geld weiter zu erschüttern, und die durch politische Unsicherheit, Bankstreiks und Steuerfluchtbestrebungen verursachte Neigung zum Halten großer Barbestände im Publikum weiter zu verstärken. Es ist dringend nötig, daß endlich in weitesten Kreisen klare Vorstellungen vom Wert und Wesen des Geldes Platz greifen, damit die vielen Fehlschlüsse unserer Finanzpolitik nicht durch ruinöse Währungsreformversuche getrübt werden.

Die herrschende Unklarheit kommt hauptsächlich daher, daß Laien und vielfach auch Fachleute mit den überlieferten Vorstellungen der Goldwährung und ihres Systems arbeiten, die in Deutschland für die Gegenwart keine praktische Bedeutung mehr hat. Die Frage, ob Wiederherstellung der Goldwährung in Zukunft anzustreben ist, kann im Augenblick ganz ausscheiden. Nehl haben wir in Deutschland ein reines Zettelgeld, für dessen Bewertung die kleine Goldbede belanglos ist, zumal erst der Friedensschluß zeigen wird, was uns davon noch gehört. Unser heutiges reines Papiergeld ist kein Wertträger mehr wie das Gold und die Goldzahlung versprechende Note, kein Wirtschaftsgut, dessen Vermehrung seine Bewertung im Verhältnis zu andern Wirtschaftsgütern beeinflussen könnte. Es ist nur noch Zahlungsmittel, Instrument der Wertübertragung und unterscheidet sich insofern nicht mehr vom Scheck, von dem zum Zahlungsmittel erklärten Zinsschein der Reichsanleihen oder irgendeiner Art Notgeld. Es heißt Ursache und Wirkung verwechseln, wenn man glaubt, eine gewalttätige Verminderung des Notenumlaufs könnte irgend etwas an Geldwert und Preisen ändern. Würden heute drei Viertel aller umlaufenden Noten auf täglichen Abruf bei den Banken eingezahlt, so würden Scheck, Überweisung und Notgeld das staatliche Papiergeld im Verkehr ersetzen, die flüssigen Mittel des Publikums und damit seine Kaufkraft blieben unverändert. Die Verpflichtungen des Reiches aus den zur Reichsbank zurückfließenden Noten würden sich in Giroguthaben der Depositenbanken bei der Reichsbank, Schatzwechsel und Anleihe umwandeln, der Höhe nach jedoch unverändert bleiben. Das aber führt zum Wesen der Sache. Nicht die Zunahme des Notenumlaufs, sondern das Anschwellen der flüssigen Mittel aller Art infolge der Überproduktion neuer Vermögenswerte in Form von Staatsschuldtiteln verschärft die durch Warenknappheit hervorgerufene Teuerung oder Geldentwertung. Der hohe Notenumlauf ist nur Folge, nicht Ursache dieser Erscheinung. In Rußland, wo die Regierungen Noten ohne jede Unterlage gedruckt haben, und die Banken längst nicht mehr in der Lage sind, Depositen zu verzinsen und Guthaben auszusahlen, ist das anders. Dort ist die Rückflussmöglichkeit für die Noten unterbrochen und das Publikum gezwungen, über seinen Bedarf hinaus Noten anzunehmen und als Vermögensanlage zu behalten. In Deutschland war die Rückflussmöglichkeit bislang noch nicht ernsthaft gefährdet. Das Publikum hält nur so viel Noten an sich, wie es aus Gründen verschiedenster Art behalten will. Zu diesen Gründen gehören in erster Linie Steuerflucht und Besorgnis, bei Streiks und politischen Wirren infolge Versagens der Banken ohne Barmittel zu sein. Wer deshalb Noten hantiert, gibt sie nicht aus, drückt also nicht durch Angebot auf den Wert des Geldes. Auch die in Papiergeld erfolgenden Zahlungen der öffentlichen Kassen wirken nicht durch Vermehrung des Zahlungsmittelumsaßes wertmindernd auf das Geld, denn soweit die Empfänger nicht Bargeld zu behalten, es also nicht auszugeben vorziehen, fließen die Noten durch den Bankverkehr zurück und vermindern sich in Giroguthaben oder Schatzwechsel. Würden die Gründe fortfallen, die jetzt in steigendem Maße das Publikum anziehen und sogar zwingen, die Vorräte zu erhöhen, so würde der Notenumlauf gewaltig zurückgehen, doch der Geldwert würde dadurch allein noch nicht gehoben. Die Höhe des Notenumlaufs hatte für Deutschland nur so lange absolute Bedeutung, wie Notenausgabe Inanspruchnahme des Goldschatzes war, der unsere Wirtschaft im System der Goldwährung in die Weltwirtschaft verflocht. Solange die Goldwährung suspendiert bleibt, wie es auf vorerst nicht absehbare Zeit geschehen muß, ist Notenausgabe eine vorteilhafte, weit zinsfreie Kreditoperation für den Staat, die an sich unschädlich bleibt, wenn sie nicht zur Geldbeschaffung mißbraucht und das Publikum nicht gezwungen wird, über seinen freiwilligen Bedarf an Zahlungsmitteln hinaus Banknoten als Vermögensanlage zu behalten.

Die Geldentwertung hat andre Gründe. Sie ist eine internationale Folgeerscheinung der Kriegskreditwirtschaft. Die Durchführung des Weltkrieges ist in allen kriegsführenden Staaten ermöglicht worden durch eine Ausspannung des Staatskredits, die jede Vorstellung der Vorkriegszeit übertraf. Das hochentwickelte privatkapitalistische Wirtschaftssystem der modernen Industriestaaten wurde durch Ausnutzung seines finanztechnischen Mechanismus in den Dienst der Kriegsführung gepreßt. Nicht mehr durch Requisitionen und Kontributionen, wie in den Kriegen vergangener Jahrhunderte wurde Kriegsmaterial und Geld im Inland ausgebracht, sondern durch Ankauf gegen Gewährung hohen Nutzen lassender Preise und hochverzinslicher Rententitel. An einseitigsten ist man in Deutschland unter Hefferichs Führung diesen Weg gegangen und hat, wie bereits Schiffer in seiner großen Gatsrede betonte, die dabei drohenden Gefahren nicht rechtzeitig erkannt. Diese Gefahren bestanden nicht nur in der Belastung künstlicher Budgets mit unerträglicher Schuldenlast, sondern auch — und das wurde ganz übersehen — in der Entwertung des Geldes durch übermäßige Neubildung von künstlichem Kapital. Während im Frieden der aus gesteigertem Güterumsatz ersiehenden Mehrung der Vermögen durch neugebildete Vermögensrechte ein Zuwachs an wirtschaftlicher Substanz des Volksvermögens gegenübersteht (auch das gilt nicht restlos, kann aber hier nicht erörtert werden), sind die Rechtstitel aus Kriegsdarlehen an den Staat und öffentliche Körperschaften in die volkswirtschaftliche Bilanz mit negativen Vorzeichen einzusetzen. Während es im Frieden Prinzip gesunder Finanzpolitik ist, nur werbende Anlagen auf Anleiheerlös zu nehmen, sind diese Wertpapiere, nicht nur soweit sie Kriegsgewinne darstellen, sondern auch insofern sie den Gegenwert von Arbeit, Waren und flüssigen Geldern, die zur Kriegsführung verbraucht wurden, bilden, künstliche Vermögenswerte, Ausdruck eines materiellen Defizits der Volkswirtschaft, kapitalistischer Anspruch auf Erfolg lediglich aus dem Arbeitsertrag der Zukunft. Privatwirtschaftlich aber sind sie wertloses Vermögen, ja sogar besonders lauffähige Vermögensbestandteile, denn ihre Markt-gängigkeit und vom Staate mit allen Mitteln geförderte Beseitbarkeit machten sie zu flüssigen Mitteln ersten Ranges und steigern Kaufkraft und Kauflust ihrer unmittelbaren und mittelbaren (Depositenhalter) Inhaber. Die treiben an dem verkleinerten Markt der Sachgüter die Preise empor und rufen eben dadurch

noch weitere aus der erhöhten Beseitbarkeit der veräuerten Waren entstehende zusätzliche Kaufkraft an den Markt. Das gesamte durch die Kriegskreditwirtschaft erzeugte künstliche Kapital, nicht der kleine Teil, den die Notenpresse produziert, bildet die Ursache der Entwertung des Geldes, oder, anders angesehen, der Wertsteigerung aller Güter, die nicht allein aus Warenknappheit entstanden ist. Diese Geldentwertung ist in allen Ländern, wenn auch in verschiedenem Maße, eingetreten, sogar in den neutralen, die sich selbst nicht nennenswert an der künstlichen Kapitalbildung beteiligt haben und reicher geworden sind, indem sie ihre Schulden abtrugen und von den kriegsführenden Staaten Gold, daneben aber auch künstliches Kapital durch Eröffnung von Krediten aufnahmen. Wenn auch dort die Kaufkraft des Geldes trotz Verbesserung der Währung gesunken ist, so beweist das, wie unrichtig es ist, allein in der Vermehrung des ungedeckten Papiergeldes die Ursache der Geldentwertung zu suchen. Die Geldentwertung ist die internationale Folge der Zerrüttung aller Volkswirtschaften durch die Kriegskreditwirtschaft. Die universale Werbekraft bolschewistischer Ideen und die Gefahr revolutionärer Zertrümmerung unserer ganzen Kulturperiode sind nicht zuletzt zu erklären aus dem instinktiven Aufbegehren der Völker gegen die Uebel, die der Mißbrauch der hochentwickelten privatkapitalistischen Wirtschaftsweise und ihrer Finanzierungsmethoden zu den Zwecken überdehnter Kriegsführung in allen Kulturländern angebracht hat.

Eine internationale Erscheinung wie die innere Entwertung des Geldes ist auch die äußere Minderbewertung der Währungen der kriegsführenden Staaten an den neutralen Märkten. Ihre Ursachen sind ganz andre, bekanntlich in erster Linie im Verhältnis von Exportfähigkeit zu Importbedarf begründet und hinreichend oft in der Presse erörtert. Die inländische Kaufkraft einer Währung übt auf ihre Bewertung im Auslande nur indirekte Wirkung, und die Höhe des Notenumlaufs spielt dabei nur eine sekundäre Rolle, indem überwiegende Zahlungsverpflichtungen an das Ausland Noten hinaustreiben und zu vermehrter Ausgabe im Inlande nötigen. Gewalttätige Berringerung des Notenumlaufs eines Landes ändert nichts an der Bewertung seiner Währung im Auslande, solange sich dort Angebot und Nachfrage für Forderungen in dieser Währung nicht verändern. Den praktischen Beweis hierfür haben die Tschechen bereits geliefert.

Die innere und die äußere Entwertung der deutschen Währung hat sich seit dem politischen Zusammenbruch so verschärft, daß die Gefahr vollständigen finanziellen Zusammenbruchs täglich drohender wird. Jeder weiß, daß das große Heilmittel intensivste Produktion heißt, und daß daneben nach außen noch Friedensbedingungen nötig sind, die uns nicht finanziell erdroffeln. Im Innern aber muß endlich einmal Schluß gemacht werden mit der grandiosen Pumpwirtschaft, die die immer noch nicht verstopfte Quelle der ganzen Geldentwertung ist. Solange Reich, Bundesstaaten und Kommunen fortfahren, mit vollen Händen Geld auszugeben, das sie nicht haben, muß es immer schlimmer werden, und wenn man alle Notenpressen Deutschlands zusammen mit seiner Flotte ins atlantische Meer versenken wollte! Nicht das Zahlungsmittel, sondern die Zahlung selber richtet das Unheil an, weil sie ermöglicht wird durch ständige Neubildung künstlichen Kapitals, durch eine Vermehrung der Gesamtheit geldwerter Vermögensrechte, die als Ansprüche auf Wirtschaftsgut — claims to wealth, so nannte kürzlich der Economist treffend die Bankdepositen — einer ständig abnehmenden Gütermasse gegenüberstehen, wie die Gläubiger eines überschuldeten Kaufmanns seinen Aktiven bei drohendem Konkurs. Es ist ein irreparabler Fehler Schiffers, daß er nicht einmal den Versuch gemacht hat, hier Wandel zu schaffen, daß er Steuern konstruiert hat, statt sie beizutreiben und dadurch die Zunahme der öffentlichen Schulden sofort zum Stillstand zu bringen. Im Gegensatz zu dem Fresko-Stil der Revolutionsgesetzgebung auf andern Gebieten, ist es in Steuerfragen bei der steifsten Geheimrätslichkeit vergangenener Tage geblieben, die ein Steuersystem sorgsam auskügelt und ans letzte Ende eines langwierigen Veranlagungsverfahrens die vielfach gestundete Zahlung zettelt. Diesmal hätte man mit der Zahlung beginnen, hätte unter Vorbehalt späterer Nachprüfung und Verrechnung sofortige Steuerzahlung auf Grund von Selbstanschätzung und besonders sofortige Ablieferung aller flüssigen Kriegs- und Revolutionsgewinne erzwingen müssen in der Erkenntnis, daß alles darauf ankam, die offene Pulsader sofort zu unterbinden und die ungelunde krebsartige Neubildung künstlichen Kapitalgewebes zum Stillstand und soweit wie möglich zur Rückbildung zu bringen. Auch heute kann und muß das noch versucht werden. Unwiederbringliche Zeit ist freilich verloren; Riesensummen ist die Steuerflucht geglückt und noch weit riesigere Kapitalien sind in dem wirtschaftlichen Wirbelsturm der letzten Monate in unsahbare Teile zersplittert und verbraucht worden. Die Einziehung flüssiger Gewinne und Kapitalien hätte das künstliche Kapital und seine Kaufkraft vermindert und dadurch auf die Preise gedrückt, hätte vor allem das tolle Bacchanal der großen und kleinen Kriegs- und Revolutionsgewinner gedämpft, dessen Anblick das darbenende Volk immer weiter zu gewalttätiger Rücksichtslosigkeit aufreizt. Dann wäre auch die Beschränkung der Staatsausgaben, die natürlich die Einnahmen nicht verschlingen dürfen, leichter geworden, denn das Volk hätte, wenn die Besessenen zahlten und der Luxus unterdrückt wurde, eher begriffen, daß nicht Geld sondern Arbeit Brot schafft. Die Industrie stünde sich besser, wenn sie ihre Gewinnreserven dem Staat übergeben hätte, statt sie im Danaidenschiff sinnloser Lohnforderungen verschwinden zu sehen. Sie wäre dann zwar nicht kapitalkräftiger, wohl aber lebensfähiger, weil auf gesündere Lohnbasis gestellt und in ihrer Organisation weniger zerstört durch die gewalttätige Selbsthilfe der Arbeitermassen. Der Kapitalist würde auch nicht ärmer geworden sein, wie er durch die relative Berringerung seiner Kaufkraft ohnehin schon ist, wenn eine Zusammenlegung seiner Anteile am deutschen Volksvermögen ihren Nominalwert wieder auf ein richtiges Verhältnis zu den noch vorhandenen Aktiven zurückgeführt hätte. Gewiß ist dieses richtige Verhältnis ein relativer Begriff, und man könnte versucht sein, sich damit abzufinden, daß die Mark für alle Zukunft nur noch so viel Waren oder Gold zu kaufen vermag, wie zwanzig Pfennig in der Zeit vor dem Kriege. Die wirtschaftliche Substanz des Volksvermögens bliebe dabei die gleiche, aber nicht nur das seine Verteilung vermittelnde Wertmaß wäre verändert, sondern seine Verteilung wäre zerstört, indem alle Forderungsrechte entwertet würden zugunsten der Eigentumsrechte und die Sparer, besonders die Besitzer der Kriegsanleihen, enteignet würden zugunsten der Grundbesitzer und Eigner von Waren und gewerblichem Eigentum. Das würde die wirtschaftlichen Ursachen der Revolution verschärfen statt sie zu beseitigen, denn deren elementarste ist ja der Schrei nach Gerechtigkeit in der Güterverteilung, nach Beseitigung des Druckes krankhafter Kapitalneubildung auf den durch den Abschluß nach außen eingeschränkten Volkskörper. Und darum ist eines der größten bislang nicht angewandten Heilmittel Wiederherstellung des Vertrauens in die steuerliche Gerechtigkeit durch eine rasch durchgeführte zielsichere Steuerpolitik.

27./IV. 1919

19

**Preis der Anzeigen:**  
 Die kleine Zeile 80 f. Abendblatt 41. Reklamen 2.75 f.  
 Abendblatt 43. — 50% Teuerungszuschlag, Stellen-  
 gesuche 10% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen  
 Sonderartik. Platz- u. Datenvorsch. ohne Verbindlich-  
 keit. — Anzeigen nehmen an: Geschäftsstelle Frank-  
 furt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schillerstr. 21.  
 Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstr. 16/18, Dresden A.  
 Waisenhausstr. 25, München: Porusstr. 5, Offenbach:  
 Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-  
 straße 62. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Expositionen.  
 Verlag und Druck der Frankfurter Societät-  
 Druckerei G. m. b. H.  
 Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4437.

## Die geistigen Grundrechte.

Von Dr. Richard Benz.

Immer mehr wird die soziale Frage bei uns zu einer geistigen Frage werden müssen. Denn was wir durch die Revolution an sozialem Ausgleich erreicht haben und noch erreichen werden, sind materielle Dinge: Freiheit, Wohlfahrt, Gedeihensmöglichkeit des Leibes — sie sind die unumgänglichen Voraussetzungen für alles andere, aber sie vermögen an sich und allein den Menschen nicht glücklich zu machen, sie bringen seinem Geist und seiner Seele keinen Gewinn. Unausgesprochen und unbewußt lastet auf unserm Volke die geistige Not, und nichts wird von den Führenden getan, daß sie zum Wort und zur Forderung werde, wie das Politische und Wirtschaftliche Wort und Forderung geworden sind. Denn es handelt sich hier nicht um Dinge, die wie bisher der persönlichen und privaten Pflege überlassen werden können, sondern um Grundrechte des Volkes, die gegenüber dem herrschenden Zustand unserer öffentlichen geistigen Angelegenheiten zur Geltung gebracht werden müssen. Sie müssen dem Volk so gut wie seine politischen und sozialen Rechte in der Verfassung gewährleistet werden, wenn anders die geistige Not sich enden und wahrhafte innere soziale Gerechtigkeit möglich werden soll.

Diese Grundrechte müssen einen zweiseitigen Sinn und Inhalt haben, weil der bisherige Zustand an einem zweiseitigen Uebel krankte: sie müssen dem gesamten Volk die Möglichkeit sichern, am geistigen Leben der Nation teilzunehmen; und sie müssen das schöpferische geistige Leben selbst aus seiner untergeordneten, allem Zufall und aller Willkür preisgegebenen Stellung emporheben, es anders als bisher sichern und schützen und ihm völlige Autonomie neben den politischen und wirtschaftlichen Gewalten verschaffen.

Ueber den ersten Punkt sind wenig Worte zu verlieren. Tatsächlich ist der größte Teil der Nation von der Anteilnahme an der geistigen Ueberlieferung, an Kunst und Kultur, ausgeschlossen. Die bestehenden öffentlichen Kunst- und Bildungsanstalten des Staates und der Gemeinden können für eine wirkliche Volkskultur nichts leisten, weil einmal Geld und zum andern eine bestimmte konventionelle Bildung zu ihrem Besuche vorausgesetzt wird — sie sind also nur einer kleinen Schicht Vermittelter und Gebildeter zugänglich. Man kann sie nicht so, wie sie jetzt sind, durch Beseitigung des einen, des materiellen Hindernisses, der Allgemeinheit öffnen, indem man sie etwa, wozu jetzt das Bestreben sich zeigt, bloß unentgeltlich macht — dieses wäre wieder ein Beweis unserer rein materiellen Einstellung, die das Wesentliche nicht sieht — sondern die Teilnahme an der Kultur darf durch die Art, wie Geist und Kunst dargeboten werden, nicht mehr abhängig gemacht sein von einer bloßen Verstandes- und Gedächtnisbildung, von der Anzahl mechanischer und historischer Kenntnisse, welche den Gebildeten heute vom Volk unterscheiden. Der Geist und die Kunst, die das ganze Volk wieder einigen sollen, müssen anders aussehen als die Kunst der Reichen und Bevorzugten in unseren Theatern, Museen, Akademien und Ausstellungen, als der Geist der Fachgelehrten und Spezialisten in unseren Schulen und Universitäten bisher aussah und noch aussieht. Nur die große, einfache und volksmäßige Kunst, nur die schöpferische, lebendige, anschauliche Wissenschaft der Jahrhunderte, der unser Volk durch den Zustand seiner Kunst- und Bildungsanstalten bisher entfremdet war, ist befruchtend und fähig, zu allen zu sprechen und zu wahrer Kultur zu erziehen.

Dazu muß aber eine sinnvolle Verfassung erst der Kunst und Geistespflege die Einseitigkeit geben, durch die sie fürs Volk überhaupt wirksam werden kann, während heute alle einzelnen Einrichtungen des geistigen Lebens einander widersprechen und gegen einander arbeiten, weil sie nicht von geistigen Menschen verwaltet, sondern von politischen Behörden von außen und oben kommandiert werden, die ihre innere sachliche Zweckmäßigkeit nicht beurteilen können und deshalb das zufällig historisch Gewordene der verschiedenen Institutionen auch dann bewahren und weiterschleppen, wenn das Bedürfnis, dem es entsprang, schon längst nicht mehr gilt. So stammt die Verfassung der Universität aus dem Mittelalter und ist niemals nach modernen Bedürfnissen von Grund aus revidiert worden. Die Einrichtung des Theaters und Museums fußt heute noch auf den Bedürfnissen der Fürsten und Höfe des 17. und 18. Jahrhunderts und der ihnen gemäßen Kenner- und Luxuskunst. Ähnlich sieht es mit der Kunstakademie, die auch heute noch auf dem Lehr- und lernbaren Kunstbegriff der Renaissance sich aufbaut, den ihre Begründer hatten; ähnlich mit der einzigen kulturellen Schule, die wir haben, dem Gymnasium, das seinen Bildungstoff und seine Bildungsmethode aus der klassizistischen Epoche herschreibt.

Infolge solcher verschiedener Herkunft sind diese Institute mit der staatlichen Gesetzgebung, Verwaltung und Aufsicht teils mehr, teils weniger eng verknüpft. Nur die Schule zum Beispiel ist im Kultusministerium durch Fachleute vertreten, wenn auch nur durch Fachleute für die praktische Seite des Unterrichts, während für das Geistes-Kulturelle eine irgendwo zuständige Vertretung auch hier nicht vorhanden ist. Dagegen ist z. B. das Theater- und Musikwesen überhaupt nicht, das

### Judentum und Kommunismus.

„Sozialismus“ und „Kommunismus“ waren früher zwei Namen für denselben Begriff. Das berühmte „kommunistische Manifest“ von Engels war nichts anderes, als das Programm der Sozialdemokratie. Im Laufe der Zeit hat sich der Begriff gespalten. Es ergaben sich mehrere Richtungen der Sozialdemokratie, die ein im Wesentlichen gleiches Ziel hatten, deren Meinungen über die einzuschlagende Taktik und die Zeit, in der das Ziel erreicht werden sollte, aber ziemlich weit auseinandergingen. Die so entstandenen Gesenksche zwischen den, wenn man so sagen darf, konservativen und radikalen Elementen vertieften sich, und das blieb auch nicht ohne Einfluß auf das Ziel selbst. Von dem „Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes“, der noch im Gaijnsfelder Programm Zeitgedanke war, brachte man es in München bis zur „Kommunifizierung der Frauen“. Die Sozialdemokratie bezweckt die größte Umwälzung der Weltgeschichte und es ist kein Wunder, wenn in einer Partei, in der sich so verschiedene Elemente, wie in keiner anderen, zusammenfinden, die Gedanken über einen so gewaltigen Plan in den einzelnen Gehirnen durchaus nicht gleichlauten. So haben sich um die Kerntuppe der Partei, um die ernste, vernünftige, wirkliche Arbeiterschaft, zahlreiche Gruppen gebildet, die mit ihr zum Teil nur mehr rein äußerlich zusammenhängen, zum anderen Teil ihr geradezu feindlich geworden sind. Wir haben in Deutschland blutige Kämpfe zwischen Sozialdemokraten untereinander gesehen, von denen sich die einen „Mehrheitssozialisten“, die anderen „Spartakusleute“ nannten. So sehen wir auch bei uns „Sozialdemokraten“ und „Kommunisten“, beide hervorgegangen aus der politischen Schule der Juden Marchohai (Paul Marx) und Feist Lasal (Lasalle) und doch erbitterte Gegner. Diese Gegnerschaft wäre an sich nicht auffällig. Sie ließe sich einfach mit politischer Meinungsverschiedenheit erklären, als eine Art Fraktionspolitik. Was sie aber so auffällig macht, ist der Umstand, daß in beiden Lagern die leitenden Köpfe Juden sind. Es ist eine Jahrtausende alte Erfahrung, daß das Judentum niemals sich selbst bekämpft, sondern geschlossen gegen alle anderen Völker zusammensteht. Auch in unseren Tagen wird immer wieder — und zwar gerade von jüdischer Seite — betont, daß das Judentum trotz aller Parteizersplitterung eine einheitliche Macht sei. Wir brauchen diese Versicherung gar nicht. Wenn wir vom Kampfschlachtfeld zwischen Cohn-Cobbert und Scharf absehen, suchen wir in der gesamten jüdischen Presse vergebens nach einer wirklichen Gegnerschaft der Juden untereinander. Was wir an Kämpfen sehen, erkennen wir bei näherem Zusehen als Scheingefechte — nach dem Grundsatz: Wasch mir den Pelz . . . Die Anhänger ganz entgegengesetzter politischer Programme behandeln einander mit zärtlichster Schonung. Wo ein Jude getroffen werden könnte, werden die Pfeile von beiden Seiten mit größter Vorsicht abgeschossen.

Nach der Schießerei am 12. November schrieb die „Arbeiterzeitung“: Die kommunistische Gruppe der Sozialdemokratie habe ein Programm der Ungebild. Sie hat also die Kommunisten eine Gruppe der Sozialdemokratie gehandelt und sich zugleich zur kommunistischen Tendenz bekannt; nur langsamer will sie die Geschichte durchführen. Nur ja keinen Genossen verlieren, auch wenn er schon längst nicht mehr in die Partei paßt! Nach diesem Gehändnis, sollte man meinen, hätte sich die bürgerliche und kapitalistische Presse sofort von der bis dahin wohlwollend unterstützten Sozialdemokratie abwenden müssen. Sie tat es nicht. Die jüdischen Blätter behandeln die Sozialdemokratie und ihre „kommunistische Gruppe“ noch heute mit stichlicher Freundschaft. Das geschieht aber nicht aus Angst. Denn heute noch betont Rabbi Bloch immer wieder, daß die Sozialdemokratie eine jüdische Schöpfung sei, und heute noch entschließt da und dort einem jüdischen Sozialpolitiker das schon oft gehörte Eingeständnis: Wir bedienen uns der Masse zur Erreichung unserer Ziele. Das Judentum muß also ganz genau wissen, daß es selbst in der größten Umwälzung oben bleiben wird. Das kommunistische Ziel der Sozialdemokratie stammt ja nicht aus den letzten Tagen und doch haben die Großbanken und hervorragendsten Vertreter des Judentums die Sozialdemokratie seit jeher mit allen Kräften unterstützt. Jüdische Millionäre, also gerade der Teil des Judentums, der am konservativsten sein sollte, haben sich für die Partei eingesetzt, welche Enteignung als ihre Endabsicht erklärte. Wer das Judentum nur einigermaßen kennt, kann unmöglich behaupten, daß der Grundzug seines Nationalcharakters dem Sozialismus irgendwie verwandt sei. Nicht einmal einem Sozialismus innerhalb des Judentums, geschweige denn einem Sozialismus, der den jüdischen und den arischen Völkern gemeinsam wäre. Das Streben des Judentums geht nach der Herrschaft über die Nichtjuden, die Goyims. Das ist seine Verheißung, und die Geschichte des jüdischen Volkes zeigt uns seit Jahrtausenden, daß das Judentum, unbehirtet durch alle Geschehnisse, nur diesem einen Ziele zustrebt An Hunderttausenden von Beispielen sehen wir die feste Zusammengehörigkeit und das eiserne Aufammentstreben dieses Volkes gegen alle anderen Völker. Das Judentum hat bisher noch jedem Volk, bei dem es Einfluß fand, die Grundpfeiler des geistigen und wirtschaftlichen Lebens untergraben und wir können diese zerstörende und zerstörende Tätigkeit bis auf den heutigen Tag genau verfolgen. Ja noch mehr: Nicht nur dort, wo das Judentum zahlreich auftritt, sondern auch dort, wo ein einzelner Jude in einen rein arischen Kreis eindringt, können wir — je nachdem der Widerstand der

Arier gegen ihn stärker oder schwächer ist — nach längerer oder kürzerer Zeit einen Zerfall beobachten, aus dem der Jude für sich und sein ganzes Volk Nutzen zieht. Die merkwürdigste Erscheinung dabei ist aber, daß die anfängliche Gegenwirkung der Arier nach und nach erlahmt und schließlich in eine Art Bündnis mit dem Judentum umschluppert. So lehnt heute ein großer Teil der arischen Arbeiterschaft den Antisemitismus von vornherein ab, trotz aller historischen Erfahrungen und obwohl jede Minute neue Beweise dafür gibt, daß der Antisemitismus das dringendste Gebot der Selbsterhaltung ist. Nicht einmal das offene Eingeständnis des Judentums, daß es die Massen als blindes Werkzeug zur Erreichung seiner Ziele mißbrauche, vermag daran etwas zu ändern. Ein Wiener jüdisches Blatt durfte sogar einmal schreiben: „Fördern wir die Sozialdemokratie, wie es nur angeht, aber seien wir hierbei vorsichtig, damit die breiten Massen es nicht merken, daß die Sozialdemokratie nur eine Juden-schuhtruppe ist.“ Man sollte meinen, daß die Arbeiterschaft daraufhin den jüdischen Führern glattweg die Befolgung verweigern mußte. Sie hat es aber nicht getan.

Wenn wir heute sehen, daß einerseits die Finanzmacht unaufhaltsam in Judenhande übergeht und daß das Judentum jeden Erwerb — mit Ausnahme der schweren körperlichen Arbeit — an sich reißt, und wenn wir andererseits bemerken, daß die Sozialdemokratie und besonders ihre „rassistere Form“, der Kommunismus, vom Judentum ins Leben gerufen wurde und von ihm geleitet wird, so muß uns dieser augensällige Widerspruch doch zum Nachdenken zwingen. Die jüdischen Sozialisten und Kommunisten sind ja keine vereinzelt Erscheinungen, also kann man nicht von individuellen Ausnahmen sprechen. Dem Rassencharakter des Juden entspricht das gänzliche Auffaugen fremden, d. i. nichtjüdischen Gutes, nicht aber die Teilung mit dem Nächsten, der Nichtjude ist. Gleichzeitig widerspricht dem Rassencharakter des Juden die Verbindung mit Ariern gegen seine Rassengeossen, also z. B. mit den Arbeitslosen gegen die Bankhäuser Rothschild und Meiges. Wir haben auch gesehen, daß sich die jüdische Presse nur einmal gegen den Kommunismus erregt hat, und zwar gegen die jüdischen Kommunisten, die sich als „exponierte“ zeigen. Sie hat also nicht vor dem Kommunismus Angst, sondern davor, daß der Kommunismus eine antisemitische Gegenwirkung auslösen könnte. Die Juden, die am Gründonnerstag vor dem Parlament so lange Reden und Brandreden hielten, bis das große Unglück geschah, besorgten auch sofort diesen Wink: Als ihre Reden die gewünschte Wirkung getan hatten, als die ersten Arier sich in ihrem Blute wälzten, waren die Juden samt und sonders verblutet.

Für denkende Menschen ist es nach all dem klar, daß der große Kampf, der sich in unseren Tagen abspielt, ein Kampf des Judentums gegen das Arierium ist und daß kein Jude gegen einen anderen Juden als Feind steht. Und wenn nun beispielsweise die Kohlengruben des Gutmann kommunistisch werden, so kann mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß der Gutmann dabei nicht schlechte fahren wird. Dem Judentum handelt es sich vor allem darum, die Arier zu enteignen. Fällt jüdisches Eigentum mit hinein, so wird der Verlust bald wettgemacht sein. Wo es die Sendung des gesamten Judentums gilt, können Einzelschicksale nicht vor jeder Verführung bewahrt werden. Und der Rassentrieb ist in einzelnen so stark, daß er sein Schicksal dem der Gesamtheit unterordnet. Außerdem weiß er, daß jedes Opfer, das er der Gesamtheit bringt, reiche Rinsen tragen wird.

Das wirksamste Kampfmittel, über welches das Judentum meisterhaft verfügt, ist: Verwirrung in die Reihen der Gegner bringen. Als der Krieg nicht mehr den gewünschten Gewinn abwarf, wurde durch die Revolution Verwirrung gemacht und dabei brachte man in aller Stille die Kriegsgewinne in Sicherheit. Seither kommen wir aus der Verwirrung nicht heraus. Was sich in diesen Tagen abspielt, wird nicht die Letzte sein. Das Judentum führt eben den Kampf mit verbissener Entschlossenheit. Denn jetzt oder nie! Ich nie mehr ist die „Sendung“ ihrem Ziele nahe. Darum muß alles erhalten, was Erfolg verspricht. Darum schreit das Judentum vor nichts zurück, auch nicht vor Aufstachelung zu Mord und Brand. Darum muß das das stärkste Mittel, die Verwirrung, unausgesetzt arbeiten, die Arier dürfen nicht zu Atem kommen, dürfen nicht Zeit haben, einen wirksamen Abwehrgedanken zu fassen. Sie dürfen sich nicht auf ihren Selbsterhaltungstrieb, der Antisemitismus heißt, besinnen. Denn der Jude fürchtet nichts auf der Welt, außer den — Pogrom.

Und doch wird das Stück Weltgeschichte, das wir jetzt erleben, antisemitisch enden!

Carl Baumgarten.

1. V. 1919

allen Staaten Europas erreicht und die Verkürzung der Arbeitszeit näherte sich dem Ziele der acht Stunden. Man darf, weil die Nachwirkungen des Krieges vieles von dem, was so lange ein heiklungsritterer Kampfspreis gewesen, uns in den Schoß geschüttelt haben, von dem vormalig mühevoll und opfervoll Erreichten nicht gering denken. Völlig gewandelt hatte sich schon im Frieden die Stellung des Arbeiters in Staat und Gesellschaft, seine Geltung und Macht war von Grund aus anders geworden und bei der Maiseier eines jeden Jahres konnte man diesen Wandel wie das Steigen der Wasserflut am Pegel messen und festhalten.

Und es war doch nicht bloß ein Wandel im Neuhern, noch tiefer und bedeutungsvoller hatte sich das Proletariat selbst, Geist und Kraft, Wissen und Wollen des Proletariats geändert. Hatte man zuerst bei der Einsetzung der Maiseier zwei nächste Ziele der praktischen Politik und Sozialpolitik zum Zweck des Festes erhoben, so geschah es auch deshalb, weil in höheren und allgemeineren Dingen ein einmütiges Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder nicht zu erreichen war, ja weil es Länder gab, wo der dumpfe, unerweckte Sinn der proletarischen Massen höheren, allgemeineren Dingen sich überhaupt noch nicht erschlossen hatte. Das Proletariat des gesamten Ostens mußte erst durch Losungen, die unmittelbar greifbaren Vorteil versprochen, aus seinem Selbsteinschlaf, aus der Gewohnheit schweigender Unterordnung herausgerissen werden. So wurde die Maiseier für halb Europa zur wirksamsten Wegbahnerin des Sozialismus dadurch, daß sie fürs erste Zwecke verständete, die nichts eigentlich Sozialistisches an sich hatten. Dennoch durchdrang sich von Anbeginn die Maiseier wie von selbst mit dem höchsten Gedankengehalt des Sozialismus. Die Internationalität der proletarischen Bewegung, die verbrüdernde Interessengemeinschaft aller werktätigen Menschen, die weltgeschichtliche Spaltung der Menschheit in die produktiv schaffenden, ausgebeuteten Schichten und in die Schicht der arbeitslos Genießenden und und Ausbeutenden machten das Fest durch seine bloße Begehung, durch seine weltumspannende Geltung anschaulich. Was die Ideenpropaganda erst in Jahrzehnten vermocht hätte, schuf in den Seelen der Ge-

setern, auf sein Banner geschrieben.

Nie hat sonach die Maiseier, die immer eine sozialistische Feier war, selbst als sie noch das Wort nicht aussprach, die letzten Ziele des Sozialismus so unumwunden kundgegeben. Der ersterbenden kapitalistischen Welt ruft sie laut den Urteilspruch der Vernichtung zu. Und diese so von dem Geiste unerbittlicher Feindschaft, von dem unbändigsten Willen zum völlig Neuen, zur Beseitigung alles Ueberlieferungs-kapitalistischen, alles Vergebrichts-Bürgerlich-staatlichen erfüllte, ja überwallende Festfeier hat das Bürgertum nun selbst als Staatsfeiertag, als Festtag der Gemeinschaft anerkannt? Das ist wahrlich nicht bloß äußere Ueberwältigung, Sieg der arbeitenden Massen über eine Minderheit, deren Herrschaft nie in der eigenen Kraft ruhte, sondern begründet war auf der Kraft der Baionette, welche der Krieg zerbrochen. Es ist weit mehr noch innere Entmächtigung, Entgeisterung der Bourgeoisie. Ohne Willen, ohne Begriff, ohne Plan, ohne leitenden Gedanken irrt sie hilflos und verworren in dem Chaos umher, das der imperialistische Krieg zurückgelassen, auf dem Trümmersfeld, das einst die kapitalistische Welt war.

Und so ist die Maiseier, indem sie zum Nationalfeiertag erhoben wurde, erst recht eine proletarische Feier. Denn sie ist das Sinnbild und Zeichen des Triumphs, den an Macht und Geist das Proletariat über alle Mächte der alten ersterbenden Welt errungen.

## Gold und Goldeswert her!

Wir müssen um jeden Preis zur Wiederaufnahme der Arbeit gelangen! Dauert der gegenwärtige Zustand nur noch wenige Monate an, dann ist es vielleicht für lange hinaus zu spät. Die Nerven sind zum Zerreißen angespannt und es kann wahrhaftig nicht genug bewundert werden, mit welcher überirdischen Geduld die Massen ein Martyrium ertragen, so grauenhaft und qualvoll, wie es noch nie einem Volke auferlegt war. Bei vollem Bewußtsein verhungern die Menschen, verspüren den sich unausgesetzt vollziehenden körperlichen, geistigen und seelischen Zusammenbruch. Sie sind verurteilt, mitanzusehen, wie auch die kommende Generation die keine schwerster Krankheit und dauernden Siechtums in sich aufnimmt, lebensuntüchtig wird, ehe noch der Kampf ums Dasein für sie begonnen hat.

Nahrungsmittel und Rohstoffe! Das ist der heiße, gellende Sehnsuchtschrei, der sich erhebt. Zurück zu geregelter Tätigkeit! Nicht mehr herumlungern, nicht mehr das farge Brot der Unterstützung essen, mag auch die soziale Gesetzgebung aus dem Almosen ein Recht gemacht haben. In den Deutschösterreichern ist eine unendliche Fülle guter Anlagen, die selbst das „Stahlbad“ bisher nicht zu zerstören vermocht hat. Gäbe es nur erst Beschäftigung für alle feiernden Hände, hätte das Geld wieder einige Kaufkraft, wäre nicht mehr der Zwang, für den Unternehmer Mehrwert schaffen zu müssen, so würde alsbald die planvoll geordnete Arbeit auch Herz und Hirn in ruhigen Gang bringen, das seelische Gleichgewicht wiederherstellen,

3./V. 1919

n die Hände des großen Wucherers, der die ganze Welt für sich beherrscht und aussaugt, in die Hände des Menschen. Welches Volk nun in die Hände des Weltwucherers fällt, das ann sich nie mehr zum freien Volke erheben und freie Arbeit leisten. Der Mensch hält die Arbeitsbienen gut und läßt sie eben in einem Kolonialreiche, aber den kurzfristigen alten Jungfern raubt er mit regelmäßiger Wiederkehr und tödlicher Sicherheit alle ihre Schätze und läßt ihnen nur so viel, daß sie nicht gerade verhungern. Trotzdem verhungern viele Völker unter den Händen des Weltwucherers.

Und nun sehen Sie, mein lieber Herr. Von der großen Rede habe ich nicht viel verstanden, denn ich bin nur ein einfacher Bauer. Aber das wenige, was ich verstanden habe, was war falsch. Was Drohnen sind, weiß ich, und was Weiberherrschaft ist, weiß ich auch, und die fetten Würmer esse ich auch, und der Völkerbeherrscher bin ich selber. Und ich weiß, daß es nicht gut ist, wenn in meinen Wältern die Königin fehlt. Wer nun das, was ich weiß, falsch sagt, der ann mir auch sonst — na, wir Bauern sind halt grobe Leute. Ich wollte nur sagen: Die Partei wähle ich nicht."

Sprach's, trank seinen Schoppen aus, Lüftete seine Kappe und ging.

Ich dachte bei mir: Die Bauern sind gar nicht so dumm, wie die Städter denken.

## Das Haus Krupp und die Gewinnbeteiligung.

Ein Beitrag zur Sozialisierungsfrage.

Von Siegfried Raeger.

Krupp ist seit vielen Jahrzehnten im Volksmunde der „Kanonenkönig“, obwohl in Wirklichkeit die Erzeugung von Kriegsmaterial nur etwa 5 v. H. seiner gesamten Tätigkeit darstellt. Man sieht es eben einer Bahnschiene, einem Lokomotorrad, dem Steuertruder eines Riesendampfers oder dem gewaltigen Gasometer ohne weiteres nicht an, daß diese Gegenstände aus den Werkstätten der Weltfirma stammen. Auch ist dies „uninteressant“. Die großen Beschüße regen die Phantasie der Menge an, erwecken ein leichtes Brusen und sind für den Laien nicht „Eisen“. Was Wunder, daß sich seit jeher Regenden um die Kruppische Fabrik gebildet haben, deren nicht geringste den ungeheuren Reichtum Krupps behandelt. Schon vor Jahren, wenn von den Banderbills, Rodesellers u. a. die Rede war, wurde Krupp vom deutschen Bürger mit Stolz als ebenbürtig in einem Atem genannt. Und so hat sich der Name Krupp gewissermaßen als Sinnbild für unermeßlichen Besitz in Deutschland eingebürgert.

Da lag es denn nahe, daß „Krupp“ stets die Rammonsburg war, die von Hehern berannt wurde, obwohl es jetzt genug andere ungeheure Stahlunternehmen in Deutschland gibt. Welch schöne Bilder ließen sich da an die Wand malen von dem Plutokraten, der gar nicht weiß, was er mit den Millionen anfangen soll und dem armen schweißtriefenden Arbeiter, der sich für jenen um einen färglichen Lohn schindet und aufreibt! Nur durfte der Schürer dann nicht auf viel Erfolg hoffen, wenn er seine Neben vor den Arbeitern der großen rheinisch-westfälischen Zechen oder Hüttenbetriebe oder gar vor Kruppischen Arbeitern halten wollte. Er hatte höchstens Glück bei einer kleinen Minderheit von Unzuverlässigen, die es überall gibt: Gelegenheitsarbeiter, ganz junge Burschen, Polen, Belgier und andere Ausländer.

Nämlich die Arbeiter der großen Werke wollten in ihrem Unverständnis gar nicht einsehen, daß es ihnen so schlecht ging, wie der Herr Redner meinte. Ja, wenn die verfertigten Wohlfahrts-einrichtungen nicht wären! Dann hätte er mehr Erfolg gehabt. Und deshalb waren diese für Agitatoren immer ein sehr heißer Punkt. Die Arbeiter sind gar nicht so dumm; sie können recht gut mit Zahlen umgehen und auch folgerichtige Schlüsse ziehen.

Mit den Wohlfahrts-einrichtungen aber hat es diese Bewandnis: sie wurden zuerst von Krupp eingeführt, dann von den anderen Großbetrieben in Rheinland-Westfalen und an der Saar nachgebildet — auch der Staat hat mancherlei davon lernen können — und stehen jetzt nach Ausnutzung einer Summe von Erfahrungen auf einer bewundernswerten Höhe. Wenn nachsehend die Verhältnisse und Zahlen von Krupp angeführt werden, so gelten sie als typisch für die westliche Großindustrie.

70er Jahren zu ermöglichen, mußte er in voller Höhe der Baukosten Kredit in Anspruch nehmen.

Als im weiteren Verlauf der Jahre zwar die Löhne immer mehr stiegen, aber auch die Kosten der Lebenshaltung mit der Steigerung Schritt hielten, glaubte Alfred Krupp, daß seine Leute nicht zufriedener geworden seien durch den Mehrverdienst und schuf ein neues ausgedehntes System von Wohlfahrts-einrichtungen. Er baute Wohnungen für die Verheirateten und vermietete sie unter Selbstkosten; er errichtete Logier- und Kosthäuser für die Unverheirateten und legte den Grundstein zu dem heute weitverzweigten Gebilde der Konsumanstalten, welche für Werksangehörige gute und billige Lebens- und Bedarfsmittel fast zum Selbstkostenpreis abgeben und den Jahresgewinn obendrein als Dividende unter die Käufer verteilen.

Dies nur die Hauptzweige der Wohlfahrts-einrichtungen, welche Alfred Krupp vor nunmehr 50 Jahren begann; mit klarem Blick legte er zum Ausbau ein Programm fest, dessen einheitlicher großer Gedanke der war, daß die Wohlfahrts-pflege eine lohn-ergänzende Wirkung haben solle. So werden z. B. die Fabrikwohnungen — heute 9600 bei der Fabrik in Essen und 5900 bei den Außenwerken — an die älteren Arbeiter vermietet und stellen bei einer Miete, die drei Fünftel der ortsüblichen beträgt, eine Altersprämie dar. Die Kranken- und Pensionskassen mit den dazugehörigen Kranken- und Erholungshäusern haben durch Versicherungsgesetze nur wenig von ihrer Bedeutung als lohn-ergänzende Einrichtungen verloren. Auch werden in besonderen Fällen einmalige oder fortlaufende außerordentliche Unterstützungen gewährt.

Welchen Umfang die Kruppische Wohlfahrts-pflege angenommen hat, geht aus den folgenden Zahlen hervor; diese Summen können berechtigterweise in höherem — nicht in rein mechanischem — Sinne geradezu als Gewinnbeteiligung bezeichnet werden.

Aus den Bilanzen der Firma Krupp von 1908 bis 1918 ergibt sich, daß sie aufgewendet hat:

1) laufende Wohlfahrtsausgaben . . . . .	122,6	Mill. M.
2) besondere Zuwendungen an Pensionskassen, Invalidenfonds, Urlaubsstiftung .	48,6	„
3) Stiftungen bei der Hundertjahrfeier . . .	10,0	„
4) Baukosten der Kranken- und Erholungshäuser, Konsum- und Badeanstalten, Speisehäuser, Schulen usw. . .	15,1	„
5) Mietverlust durch billige Werkwohnungen .	11,5	„
	207,8	Mill. M.

also jährlich rund 21 Millionen Mark durchschnittlich in den zehn Jahren! Außerdem wurde ein Betrag von 20 Mill. Mark für die „Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen“ der Allgemeinheit zugeführt, was nebenbei bemerkt sei.

Die jährliche Ausgabe von rund 21 Mill. M. für Wohlfahrts-pflege kann man deshalb, rein rechnerisch betrachtet, als Gewinnbeteiligung ansehen, weil sie den sonst zur Dividendenzahlung zur Verfügung stehenden Betrag schmälert; als Gewinnbeteiligung allerdings, die nicht gleichmäßig nach Arbeitszeit und Arbeitsleistung und zum Teil in natura (Wohnung, Krankenhaus usw.) erfolgt.

Bei einer durchschnittlichen Arbeiterschaft von 100 000 würden diese rund 208 Millionen, wenn die Bezahlung in Bargeld stattfände, jährlich auf den Kopf 208 M. oder arbeitstäglich 70 Pf. ergeben! Dagegen ist der Durchschnittslohn (Zugendliche, Arbeiterinnen usw. eingerechnet) von 5,35 M. arbeitstäglich im Jahre 1908 auf 11,51 M. im Jahre 1918 gestiegen! Bei solchen Löhnen fragt es sich also wohl sehr, ob die Arbeiter auf die Wohlfahrts-einrichtungen verzichten würden, wenn man diese gänzlich beseitigte und dafür den Lohn von z. B. 11,51 M. um die 70 Pf. auf 12,21 M. erhöhte!

Wenn die Wohlfahrts-pflege bei Krupp als Gewinnbeteiligung angesprochen wird, so muß dieser Ausgabe, um ein Bild von dem Verhältnis zu haben, das Einkommen des Unternehmers gegenübergestellt werden. In den letzten zehn Jahren bis 1918 betrug laut Bilanzen die Dividende durchschnittlich 20 Millionen jährlich. Davon sind aber in diesem Zeitraum 70 Millionen, also jährlich 7 Millionen, nicht ausgeschüttet, sondern zu notwendigen Ber-

98 Prozent wurden 464,993,350 K. Nominale mit einem Gegenwerte von 460,343,416 K. gezeichnet. Weiter wurden Litres der österreichischen Kriegsanleihen im Nominale von 116,247,350 K. mit einem Annahmewerte von 110,529,673 K. gezeichnet. Von diesen Kriegsanleihen traf der größte Teil — 39,31 Mill. K. — auf die dritte Kriegsanleihe.

## Nutzung der Wasserkräfte Deutschösterreichs.

Ein Antrag des Abgeordneten Ingenieur Dr. Goldemund und Genossen an die Nationalversammlung regt Maßnahmen zur Nutzung der Wasserkräfte Deutschösterreichs an. Abg. Dr. Goldemund führt in seinem Antrage u. a. das nachstehende aus:

Deutschösterreich braucht jährlich im Durchschnitt 120,000,000 Meterzentner Kohle und hat während des Friedens nur circa 30,000,000 Meterzentner im eigenen Staatsgebiete erzeugt. Die übrige Menge muß durch Einfuhr gedeckt werden. Ungeheure Summen, die selbst bei Sinken des heutigen Kohlenpreises voraussichtlich mehr als 500,000,000 Kronen betragen werden, müssen jährlich in das Ausland gehen und erzeugen dauernd eine Verschlechterung der Handelsbilanz. Die einzige Möglichkeit, sich wenigstens zum Teile vom Auslande unabhängig zu machen, besteht in der Schaffung einer ausgebreiteten Elektrizitätswirtschaft durch Ausnutzung unserer Wasserkräfte zur Gewinnung von elektrischer Energie. Durch die Ausnutzung von vorerst 1,500,000 Pferdekraften bauwürdiger Wasserkräfte, die wir in Deutschösterreich nachweisbar besitzen, wäre bei Annahme von 3000 Stunden Betriebsdauer im Jahre der Ersatz von rund 45,000,000 Meterzentner Kohle des alljährlichen Bedarfes zu schaffen. Dieser Ausbau, der innerhalb zehn Jahren möglich ist, wird voraussichtlich einen Kostenaufwand von nahezu vier Milliarden Kronen bedürfen, die Verzinsung und Amortisation dieser Summe ist aber durch den Wert der alljährlich ersparten Kohle möglich. Die Lösung dieser Frage erfordert technische, rechtliche, politische und finanzielle Vorarbeiten. Die technischen Vorarbeiten werden den größten Zeitraum erfordern, da sie in der Aufnahme und Sichtung der Wasserkräfte, in der Festsetzung der einheitlichen Stromart, in der Ausarbeitung der Entwürfe sowohl für die einzelnen Kraftanlagen als auch für das allgemeine Versorgungsnetz, für die Anlagen der gemeinsamen Spitzenbedeckung bestehen. Die finanziellen Vorarbeiten werden sich darauf zu beziehen haben, innerhalb von zehn Jahren die Summe von rund vier Milliarden Kronen für diese Elektrifizierung zu schaffen. Es wird zu erwägen sein, ob es nicht am zweckmäßigsten sein wird, durch eine Staatsanleihe, welche von den Ländern garantiert wird und welche ausdrücklich zu dem Zwecke der Einrichtung einer großen Elektrizitätswirtschaft in Deutschösterreich bestimmt ist und aus dem Erlös dieser Elektrizitätswirtschaft verzinst und amortisiert wird, die Finanzierungsfrage am einfachsten zu lösen.

Es wird der Antrag gestellt: Die Lösung der Frage der Ausnutzung der Wasserkräfte Deutschösterreichs zur Gewinnung von elektrischer Energie ist sofort einzuleiten und für die erste Bauperiode — innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren — der Ausbau von rund 1,500,000 Pferdekraften in Aussicht zu nehmen. Zur Durchführung der technischen Vorarbeiten ist im Staatsamte für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten sofort eine eigene Direktion für den Ausbau der deutschösterreichischen Wasserkräfte unter technischer Leitung zu schaffen, der zu obliegen hätte: die rascheste Aufnahme der Wasserkräfte und die Vollendung des Wasserkräftekatasters; die Aufnahme aller derzeitigen, mit Dampf oder Elektrizität arbeitenden Betriebe von dem Gesichtspunkte aus, inwieweit die Dampfkraft durch elektrische Energie ersetzt werden kann und inwieweit bei diesem Ersatze auf eine Erweiterung der Betriebe in der nächsten Zukunft Bedacht zu nehmen ist und die Zusammenstellung in einem Kataster; die Schaffung eines einheitlichen Elektrizitätswirtschaftsplanes für ganz Deutschösterreich unter Annahme eines einheitlichen Stromsystems; die Beschaffung der einzelnen Bauentwürfe für die Kraftwerke einschließlich der Wasserrührungs- und Wasseraufspeicherungsanlagen, sofern sie sich nicht auf die ausschließliche Erzeugung von Strom zur Versorgung der deutschösterreichischen Eisenbahnen beziehen. Die deutschösterreichischen Baufirmen und die Sachingenieure der Privatpraxis sind bei diesen Arbeiten nach Möglichkeit zu beschäftigen. Es sind ungekündet die für die Ausnutzung der deutschösterreichischen Wasserkräfte notwendigen Gesetzentwürfe auszuarbeiten und der Nationalversammlung vorzulegen, und zwar: ein Wasserkraftent-

*Tag*  
*1919*

150

18.7.1919

155

## Welche Aussichten haben wir, aus den Staatsschulden herauszukommen?

Von Dr. Berthold Sprung.

Die österreichische Staatsschuld aus der Zeit vor dem Kriege belief sich auf 12,8 Milliarden. Für die acht Kriegsanleihen wurden im ganzen 35 Milliarden subskribiert und die Schuld an die Oesterreichisch-Ungarische Bank ist mit ungefähr 23,6 Milliarden zu beziffern, die Kassenscheine der genannten Bank mit 2 Milliarden, die von den Banken dem Staate gewährten Kontokorrentvorschüsse und ausländischen Kredite mit ungefähr 10 Milliarden. Den Vorkriegsschulden in der heiläufigen Höhe von 12 Milliarden stehen also zirka 70 Milliarden Kriegsschulden gegenüber, von den letzteren sind 32,6 Milliarden auf Grund von Notverordnungen aufgenommen worden.

Diese für Laien Augen überaus drückend erscheinenden Zahlen erfahren durch die ununterbrochenen Alarmgerüchte aus den Dissolutionsstaaten unserer ehemaligen Monarchie ihr ganz besonders düsteres Gebräuge. — Die folgenden Ausführungen sollen dazu dienen, weitere Kreise darüber zu informieren, daß kein einseitig politischer Standpunkt, keine nationalen Empfindungen über die Lösung dieser Fragen entscheiden, sondern rechtliche Grundzüge, welche allerdings in unserem Falle besonders kompliziert liegen.

Wir haben schon beim Beginne des Abbaues unserer Währung, bei den vorbereitenden Maßnahmen zur Vermögensabgabe deutlich empfunden, wie schwierig sich die Situation Deutschösterreichs deshalb gestaltet, weil es einmal als „Liquidator“ der alten Gesamtmonarchie aufzutreten genötigt ist, andererseits die Interessen des jungen neuentstandenen Staates wahren soll. Die passive Resistenz der anderen neuen Staaten bei den schwierigen Liquidierungsarbeiten, der nationale Chauvinismus, der sich austoben will, der nie ausbleibende Revanchegedanke soll uns aber in der kühlen nüchternen Erwägung nicht beirren, daß an dem systemgerechten Abbaue unserer zentralen ehemaligen Wirtschaftsmission unsere sämtlichen Nachbarn, und zum großen Teile auch das neutrale, sowie das bisher feindliche Ausland in gleicher Weise interessiert sind. Würden wir heute wirtschaftliche Selbstmordpolitik betreiben, so würden wir vielleicht auch unsere Nachbarn hiedurch ein wenig ernüchtern. Nachdem wir aber unser ureigenstes Ziel, die Sanierung unseres jungen Staates Deutschösterreich, nicht aus den Augen verlieren dürfen, so bleibt uns nur die Hoffnung, daß eine allgemeine Ernüchterung die noch immer andauernden Leidenschaften um uns herum ablösen, und unsere endgültigen Abbauarbeiten erleichtern wird.

Wenn wir nun die bangen Sorgen der Ungewißheit über die speziell unserem jungen Vaterlande aufgebürdeten Lasten nicht entraten können, müssen wir doch heute schon ein Programm für den Aufbau unseres Staatswesens noch

vor vollendetem Abbau entwerfen, wobei wir von der sicheren Voraussetzung ausgehen müssen, daß weder Freund, noch Feind ein Interesse daran haben kann, uns den Lebensnerv für immer abzuschneiden, und den dünnen Ast mitten im blühenden Garten der Umwelt zu dulden.

Wir fragen uns nunmehr, welche Aussichten wir haben, aus den für uns erübrigenden Staatsschulden herauszukommen? Wir müssen voraussetzen, daß wir die Ermittlung unserer Leistungsfähigkeit nur einer völlig einwandfreien, unparteiischen Instanz anvertrauen können, wie sie ja bei der Tagung einer Friedenskonferenz, an der fast sämtliche neutralen Staaten des Kontinents in gleicher Weise interessiert sind, nicht allzuschwer zu bilden sein dürfte. Nur müßte diese Ermittlung an der Hand unserer direkten Steuern sowie Produktionssteuern erst dann erfolgen, wenn der Abbau unseres zentralen Organismus vollständig erledigt ist. Wir dürfen hoffen, keinen allzu großen Enttäuschungen nach den schweren Stunden der letzten Vergangenheit entgegenzugehen, müssen jedoch in dem Augenblicke, da die Liquidierungsarbeit erschöpft ist, unseren eigenen staatlichen Standpunkt mit derselben Wärme und Energie vertreten, wie dies unsere heißblütigen Nachbarn seit der Stunde ihrer Loslösung von uns zu betonen gewohnt sind.

Andererseits wäre allzu großer Optimismus unsererseits auch nicht am Platze; wir müssen auch bei der gerechtesten Aufteilungsweise an zumindest so schwere Lasten denken, wie sie im Verhältnisse die Gesamtmonarchie ohne Dissolution getroffen hätten.

Eine unabsehbare Forderung unsererseits muß es sein, vor dem Beginne der Aufteilungsermittlung, den nicht bodenständigen Unternehmungen, deren Zentrale bei uns lag, Gelegenheit ihres Sitzes in das Gebiet ihrer Betriebe zu geben. Erst dann können wir den richtigen Stand unserer eigenen Steuerkraft überblicken. Des weiteren muß unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß diese Zentren mit allen ihren Anhängen als Gläubiger unseres alten Gesamtstaates von uns abgehen, um eine richtige und vollständige Ermittlung der Verteilung der Staatsschulden gewährleisten zu können. Schließlich wird sich unser Staat als Liquidator unbedingt die Liquidationsgebühren dieser Unternehmungen, denen er bisher seinen Schutz als Zentralorgan des alten Gesamtstaates angedeihen ließ, vorbehalten müssen. Erst dann könnte man an eine Erfassung der direkten Steuern, der Produktionssteuern, sowie im Anschlusse an die Vermögensabgabe an die Ermittlung der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit unserer Staatsbürger als Steuerträger schreiten. In gleicher Weise müßte auch die Schaffung unserer deutschösterreichischen Notenbank jeder Aufteilungsermittlung unserer alten Staatsschulden vorangehen. Die teilweise übereilten, uns aufgedrungenen Währungsmaßnahmen müßten bei der Arbeit der Aufteilungskommission in entsprechender Weise in Rücksicht gezogen werden. Nur auf solche Art könnte ein gerechter Aufteilungsschlüssel gefunden werden.

Ueberblicken wir unsere nächste Zukunft, so müssen wir gestehen, daß nur zwei Möglichkeiten bestehen, uns zu einem erquicklichen Ziele zu bringen. Größte Sparsamkeit, Ausnützung aller unserer Produktionsmöglichkeiten in Verbindung mit der Ausnützung all unserer Arbeitskräfte.

Voraussetzung für die Realisierung dieses Programmes ist selbstverständlich eine ruhige politische Entwicklung, eine zielbewusste, energische Verwaltung, ein liebevolles Erfassen unserer Wirtschaftslage von Seite der Produzenten und Konsumenten. Nur durch die Stabilität unserer politischen Situation werden wir im neutralen

Auslande jenes Verständnis und Entgegenkommen finden, welches die Durchführung unseres Wirtschaftsprogrammes halbwegs ermöglicht. Wir müssen uns bei allen Aufbauformen soweit radikaler Mittel enthalten, als dieselben geeignet sind, unsere fähigen Wirtschaftssubjekte zur Abwanderung zu bewegen. Ebenso müssen wir darnach trachten, alle unsere aufbaufähigen Wirtschaftssubjekte in eigener Hand zu behalten und sie voll und systematisch auszunützen. Wie sollten wir in der Lage sein, unsere Schulden abzutragen, daneben noch zu leben, wenn man unsere besten Objekte als langfristiges Pfand fremden Wirtschaftssubjekten ausliefern wollte? Wir müssen die Dedung für ausländischen Kredit in dem Aufbau unserer eigenen Wirtschaft suchen, vor allem in dem Ansehen, das wir unserer Arbeitsmethode, unseren Wirtschaftseinrichtungen überhaupt, und insbesondere dem Geiste unserer Verwaltung und Gesetzgebung verschaffen können.

Wir waren bisher weder in unserem Unternehmungsgeiste, noch in der Anpassungsfähigkeit an die technischen Probleme der Gegenwart fortgeschritten, weil wir eben zum größten Teile unter der politischen Verklüftung unseres Heimatlandes, hauptsächlich unter dem Zwiste der Nationalitäten, zu leiden hatten. Ein weltfremder Zug, mehr getragen vom „kapitalistischen Geiste“, als vom „fruchtbringenden Kapitalismus“ durchzog unser wirtschaftliches Leben. Wir kannten die Errungenschaften der Moderne, ohne den Mut zu besitzen, sie als ewig Nörgelnde auf unseren eigenen Herd zu übertragen.

Um jenes Selbstbewußtsein wachzurufen und zu nähren, welches für eine so große Aufgabe, die unser hart, unerlässlich ist, bedarf es vor allem tüchtiger Führer im wirtschaftlichen Betriebe, der Unterstützung und Förderung von Individualitäten, und nicht zuletzt wahrer aufopferungsboller Liebe zu unserer jungen Heimat, deren Scholle uns bisher zu fremd geblieben durch unsere Schuld und durch den üppigen Reichtum unserer Brüder von gestern und Feinde von heute.

Die Erziehungsmethode und Schulung zum frühzeitigen Eintritt in das produktive Wirtschaftsleben muß unsere bisherigen Schulmethoden verdrängen. Die staatliche Einflusnahme auf die Berufswahl muß zumindest für den Anfang stärker hervortreten, bis sich die soziologischen Nachwehen unserer bürokratisierten Gesellschaft verflüchtigt haben werden. Ein gesteigerter Einfluß auf die Bildung des Charakters, der Moral, muß die gelockerten Anschauungen der Kriegsepochen mildern, in die Bahnen der Disziplin hinführen, jener Disziplin, welche allein den wirtschaftlichen Frieden verbürgen kann. Die Schätze unseres Bodens, unserer Wasserkraft, unserer landwirtschaftlichen Reize, die Schätze unseres kampferprobten, tüchtigen und genügsamen Volkes müssen gehoben werden.

Und wir werden, wir müssen aus all den Wirrnissen der Gegenwart gesund und stark herauskommen, wenn wir Montecuccolis bekanntes Wort der Notwendigkeit des Geldes für die Kriegführung dahin variieren, daß wir sagen: Zu unserem Aufbau brauchen wir Sparsamkeit, Tüchtigkeit, Fleiß und wiederum: Sparsamkeit, Tüchtigkeit und Fleiß!

31. IV. 1919

## Staatssekretär Dr. Schumpeter über unsere industrielle Zukunft.

Staatssekretär Dr. Schumpeter hielt gestern abend im Wiener Handels- und Industrieverein einen Vortrag über unsere industrielle Zukunft. Der Staatssekretär besprach in beachtenswerten Ausführungen die wirtschaftlichen Gegenwartsfragen, betonte die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Arbeit, nahm sodann gegen die staatlichen Zwangsartikel Stellung und wendete sich hierauf dem Zoll- und währungspolitischen Verhältnisse gegenüber den andern Nationalstaaten zu, wobei er für eine Zoll- und Währungsunion im gemeinsamen Interesse aller eintrat, da die Staaten des Donaubereichs aufeinander angewiesen seien. Seine Ausführungen werden angesichts des bekanntlich bisher ablehnenden Verhaltens der slawischen Nationalstaaten besonders bemerkt werden. Dr. Schumpeter skizzierte sodann die Voraussetzungen der industriellen Entwicklung in Deutschösterreich und beantwortete den Abbau der Zentralen. Nachstehend der Bericht über die Rede des Staatssekretärs:

Dr. Schumpeter führte einleitend aus: Ich glaube, daß unsere industrielle und finanzielle Zukunft sich gut gestalten kann unter der Voraussetzung eines günstigen Friedens und daß wir nicht selbst unverantwortliche Fehler begehen. Jede Finanzpolitik wäre unendlich, wenn wir an der Mentalität festhalten, daß das ganze Volk vom Staate leben kann. Die Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel sind für die Dauer unhaltbar. Wenn wir so fortfahren wie bisher, brechen wir notwendigerweise zusammen. Vor zwei bis vier Wochen konnte man noch sagen: Wir wohnen zwischen München und Budapest. Damals war der Bolschewismus auf der Höhe. Wir waren nicht in der Lage, unsere Ausgaben zu bremsen. Damit wurde ohne Blutvergießen und ohne äußere Machtmittel der Regierung die Ordnung in Wien aufrecht erhalten, eine Leistung, die nicht zu unterschätzen ist. Das war eine exzeptionelle Zeit. Aber nun können wir so nicht fortsetzen. Wir müssen über die Wege der Zukunft uns entscheiden. Wir können sozialisieren oder kapitalistisch arbeiten, aber immer die Ausgaben erhöhen, geht nicht, absolut nicht. (Zustimmung.) Die dritte Voraussetzung ist die, daß wir noch in anderer Beziehung vernünftige Politik machen. Es ist unglaublich, daß wir es gar nicht verstehen, daß ein verarmtes Volk in unserer Lage, das nur eine Reserve hat, die Arbeit, diese nicht vernünftig verwendet. Ein großer Teil der Bevölkerung arbeitet nur daran, den andern Teil der Bevölkerung zu kontrollieren. (Zwischenruf: Das tun auch Ihre Beamten.) Dr. Schumpeter (fortfahrend): Man kann bestimmte Leute für ein System nicht verantwortlich machen. Wir behindern uns selbst, wir behindern den Wiederaufbau dadurch, daß wir überflüssige Organisationen aufrechterhalten.

Wir haben staatliche Zwangsartikel geschaffen, die einigen Großunternehmungen eine Art Monopolstellung gaben, und diese Politik wird gerade unter dem Schlagworte der Konsumentenpolitik vertreten. Die sozialdemokratische Partei unterstützt diese Organisationen lediglich aus Vorliebe für die äußere Form, aber der Reichtum wird damit nicht erschlagen, sondern damit auch das Aufstreben des bei uns offiziell beliebten kleinen Mannes behindert. Man hat diesen Zustand geschaffen aus Vorliebe für gewisse Gruppen, die damit politisch und wirtschaftlich ihren Vorteil finden. Wir müssen die wirtschaftliche Arbeit vernünftig verwenden. Es gibt nur diesen einen Ausweg, wenn wir ihn selbst nicht verderben, und wenn er nicht von außen versperrt wird durch unerträgliche, ungerechte Verteilung der Kriegslasten, durch eine große Kriegsentschädigung. Sonst brechen wir zusammen, der Bankrott wäre unvermeidlich. Dann ist an eine geordnete Finanzwirtschaft nicht zu denken, dann machen wir lieber die Vermögensabgabe nicht. Aber wenn das nicht der Fall sein wird, dann kann ich dafür eintreten, daß wir unsere Verpflichtungen voll erfüllen.

### Zollkonvention und Währungskonvention.

Ich glaube, führte Dr. Schumpeter sodann aus, daß unser Defizit in etwa fünf Jahren schwinden wird. Wenn unser Defizit erheblich größer ist als das tschechische, so liegt der Grund darin, daß wir mit einem viel größeren Teil der finanziellen Verantwortung belastet worden sind, weil die Zentralen bei uns lagen. Redner warnte vor Retorsionsmaßnahmen gegen die Nationalstaaten, welche, da wir in diesen Staaten Gläubiger sind, leicht uns treffen, und sagte dann: Unsere Finanzlage wird sich bessern durch Abbildung der Kriegslasten, durch notwendige Ersparungen und durch Hebung der Produktion. Dann kann man daran denken, das Geldwesen zu regeln. Wir

müssen wahrscheinlich früher oder später zu einer andern Währung übergehen, welche dieselbe wie in den andern Nationalstaaten oder eine ähnliche ist. Das geht nicht, daß jeder die er Zwergstaaten eine eigene Währung und ein eigenes Zollgebiet hat, bloß um die andern zu schädigen oder zu ärgern. Ein solcher Zustand ist sinnlos, er macht jede vernünftige Kalkulation und damit jeden Handelsverkehr unmöglich, und man wundert sich, daß die Völker einen solchen Zustand erragen, aber die Dinge gehen ihren Weg, die Staaten des Donaubereichs sind auf eine gemeinsame Wirtschaft angewiesen. Ob sie es wünschen oder nicht, in der einen oder andern Form wird ein gemeinschaftliches Zusammenwirken eintreten müssen. Es ist also zweifellos, daß wir, wenn nicht zu einer Zollunion, doch zu einer Zollkonvention, wenn nicht zu einer Währungsunion, so doch zu einer Währungskonvention kommen müssen, die uns die Devisen Prag konstanter macht. Wenn eine derartige Vereinbarung zustande kommt, dann wird unser Staat wirtschaftlich leben können, auch wenn manche notwendigen Rohstoffe, wie zum Beispiel die Kohle, außerhalb seines Gebietes sind. Von größter Wichtigkeit für uns ist, daß wir die großen Aktien retten, die wir in den Nationalstaaten besitzen. Es ist dasjenige, wovon wir leben. Wenn sie wesentlich ungeschmälert aus dieser Krise hervorgehen, dann bleibt Wien der entscheidende Finanzplatz für die Staaten auf dem Boden der ehemaligen Monarchie und dem Balkan. Dann bleibt auch das Bankwesen Wien erhalten, ein großer Teil des Geschäftes wird noch immer über Wien gehen und die Industrie von Wien aus finanziert werden. Solange dies der Fall bleibt, wird die Aenderung der Rechtsformen wenig bedeuten. Die Finanzierung wird über Wien gehen müssen, und wenn wir eine gleiche oder ähnliche Währung haben, wird die Devisen Wien entscheidend sein. Nur die Wiener Banken können die Vermittlung für die Finanzierung des Auslandes werden und die Zivnostenska Banka wird, so tüchtig ihre Verwaltung auch ist, einsehen, daß sie das Geschäft nur in Verbindung mit den Wiener Großbanken machen kann.

### Die Voraussetzungen der industriellen Entwicklung.

Der Vortragende besprach sodann die Voraussetzungen der industriellen Entwicklung in Deutschösterreich und die Maßnahmen, die notwendig sind, um sie zu fördern. Neugegründete Unternehmungen müssen für eine Reihe von Jahren die Zusicherung bezüglich der Nichtsozialisierung haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Schaffung einer Textilindustrie ist von der Erschließung der Wasserkräfte abhängig, aber der Streit der Privaten mit dem Staate und des Staates mit den Ländern muß hier aufhören.

Den Beschluß der Nationalversammlung auf Abbau der Zentralen bezeichnete Redner als ein Hoffnungssymptom für die Zukunft, doch sei es bedauerlich, daß auch hier in Interessentenkreisen die Ausichten auseinandergehen. Das einzige Mögliche für unsern Staat ist die Wirtschaftsfreiheit, dann werden wir sehr bald normalen Zuständen entgegengehen, denn unser Handel und unsere Industrie bieten das einzig richtige Element für den Wiederaufbau. Das Verlangen der Arbeiterschaft nach Sozialisierung dürfte man nicht übersehen. Es ist nicht bloß eine Forderung nach höheren Löhnen, sondern das Verlangen nach andern Arbeitsformen. Man muß sich klar sein, was man sozialisiert, und alles übrige muß man radikal beiseite lassen. Was unerträglich ist, ist das Schwanken zwischen beiden Prinzipien, das ist nicht Kapitalismus und nicht Sozialismus, das macht unser Land zum Tummelplatz ökonomischer Experimente und hindert uns in der Entwicklung. (Lebhafte Zustimmung.) Redner betonte nochmals, daß die Zukunft in Deutschland und Deutschösterreich in der wirtschaftlichen Freiheit liege. Darum müsse man anfangen, abzubauen und die Grenzen der staatlichen Verwaltung enger zu ziehen. Man verwaltet besser, wenn man weniger verwaltet. Staatssekretär Dr. Schumpeter schloß unter lebhaften, anhaltenden Beifallsstundgebungen mit den Worten: Die nächsten Jahre werden vielleicht nicht angenehm sein, aber es winkt uns sicher die Botchaft einer besseren Zeit.

31. 10. 1919

### Staatssekretär Dr. Schumpeter über die industrielle Zukunft Deutschösterreichs.

Wien, 30. Mai.

In der heute abend im großen Saale der Handelskammer abgehaltenen Generalversammlung des Wiener Handels- und Industrievereines erörterte vor einem überaus zahlreichen Publikum Staatssekretär für Finanzen Dr. Josef Schumpeter das Problem der Zukunft der Industrie in Deutschösterreich. Staatssekretär Dr. Schumpeter führte aus:

Es ist ganz unmöglich, in gewisserhafter Weise den Weg, den unsere wirtschaftliche, finanzielle und industrielle Zukunft zu machen hat, zu zeigen. Wer das tun will, ist in der Lage eines Dorfbarbers, der nie in Verlegenheit um seine Diagnose ist, weil er überhaupt nur eine Diagnose und nur ein Heilmittel hat: Scherpe. (Gelächter.) Wenn man gegenwärtig in offizieller Stellung zum Publikum spricht, hat man ein eigenartliches halb melancholisches, halb belustigtes Gefühl. Unser Deutschösterreich hat sich keineswegs so sehr gewandelt, wie man vielleicht glauben könnte. Unter anderen Dingen, die von früher her geblieben sind, ist auch das Gefühl geblieben, daß es eigentlich der politischen Kleiderregel widerspricht, wenn ein Minister vor der Öffentlichkeit eine Rede hält, die nicht herunter gelesen wird, so daß nicht jedes Wort von irgend einem Departement, das dafür verantwortlich ist, mindestens vierzehn Tage vorher festgestellt und den verschiedenen kompetenten Stellen zur Begutachtung unterbreitet wird. (Zustimmung.) Aber Finanzpolitik kann man jetzt nur machen, wenn unsere ganze Gesellschaft mitgeht. Die gewisse Freiheit, die ich in meinen früheren Ausführungen in Anspruch genommen habe, muß ich mir auch weiterhin sichern. Was meinen Optimismus betrifft, so habe ich diesen nicht bloß pro foro interno. Ich glaube an unsere Zukunft, natürlich nur unter gewissen Voraussetzungen, die ich auch jedesmal, wenn ich gesprochen habe, gewissenhaft angeführt habe. Ich glaube in der Tat, daß unsere finanzielle und industrielle Zukunft sich nicht ungünstig gestalten wird, ich bin fest davon überzeugt, daß wir ohne Zusammenbruch durch die nächsten Monate hindurch steuern können, natürlich unter der Voraussetzung eines vernünftigen Friedens und daß wir nicht selbst unverantwortliche Fehler begehen. (Zustimmung.) Zu diesen unverantwortlichen Fehlern würde vor allem die Fortsetzung unserer Ausgabenwirtschaft gehören. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.) Jede Finanzpolitik ist völlig umsonst, so lange unsere Öffentlichkeit und unsere Politiker an der eigentümlichen kindlichen Mentalität festhalten, die schließlich darauf hinauskommt, daß die ganze Bevölkerung vom Staate leben kann. Das ist natürlich nicht möglich. (Lebhafte Zustimmung.) Sowohl die unmittelbaren Zuschüsse zu dem Einkommen der nicht staatlich angestellten Kreise als auch die Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel — das muß mit aller Offenheit vor der Bevölkerung erklärt werden — sind auf die Dauer unhaltbar. (Beifall.) Wenn wir so fortfahren wie bisher, brechen wir einfach zusammen. Vor vierzehn Tagen, vor vier Wochen noch war die Sache etwas anders. Da konnte man sagen, wir stehen zwischen München und Budapest. In München und Budapest war damals der Volkswirtschaft auf der Höhe, nicht nur seiner aktuellen Verbreitung, sondern auch seiner Zukunftsaussichten wegen. Man konnte — und viele Kreise haben das getan — an seine unmittelbare Zukunft glauben und wir waren absolut nicht in der Lage, in den Ausgaben zu bremsen. Vielleicht war das Opfer, das gebracht wurde, ohnehin schon zu groß; jedenfalls aber hat diese Methode und die Ausgabenpolitik, die sie begleitete, das eine für sich, daß damit die Ruhe in Wien ohne Blutvergießen, ohne äußere Machtmittel aufrecht erhalten werden konnte. Die Leistung der betreffenden Mitglieder der Regierung, die sich damals vor allem zu exponieren hatten, ist nicht zu unterschätzen, das war jedoch eine exceptionnelle Zeit. Sowie wir über sie hinaus sind, müssen wir eine andere Finanzpolitik machen.

Vor allem müssen wir arbeiten (Beifall). So wie wir im Kriege uns selbst ausgehungert haben, so hindern wir nun den Wiederaufbau dadurch, daß wir Organisationsformen, die jedenfalls jetzt überflüssig geworden sind (Zustimmung), stärken.

Wenn alle diese Bedingungen erfüllt sind, wenn wir annehmbare Friedensbedingungen erhalten, dann wird der Staat seinen Verpflichtungen nachkommen können und dann wird sich auch die Volkswirtschaft sicher und in verhältnismäßig kurzer Zeit erholen. Trotz des Elends, das uns umgibt, trotz der Leiden der Massen, trotz der Arbeitslosigkeit der Industrie infolge der fehlenden Rohstoffe, trotz der Unterbilanz gibt es einen Ausweg aus dem Elend, wenn wir ihn nicht selbst verderben. Uebrigens kann uns der Ausweg ja auch von außen versperrt werden, dann, wenn uns unerträgliche Friedensbedingungen auferlegt werden, die in irgendeiner erheblichen Kriegsschädigung und einer ungerechten Verteilung der Kriegslasten bestehen. Dann wäre es überhaupt umsonst, an eine korrekte Finanzpolitik zu denken, dann wäre es besser, die Vermögensabgabe lieber gar nicht zu machen. Wenn wir aber nicht überlastet werden, wenn wir nicht mehr zu tragen haben, als was unser Anteil ist, dann ist dafür zu garantieren — und ich kann dafür sachmännlich einstehen — daß jeder Heller unserer Verpflichtung bezahlt werden wird. Unsere Volkswirtschaft bricht vollständig zusammen, wenn die Staatsfinanzen zusammenbrechen. Wenn die Kriegsanleihe nicht honoriert wird, würde geradezu unsere ganze Industrie, jedenfalls unsere ganze Bankwelt zahlungsunfähig werden. Wir haben aber allen Grund, der Kriegsanleihe zu vertrauen, wir können mit der besten Hoffnung in die Zukunft blicken. (Beifall.)

Unter der Voraussetzung, daß eine normale Finanzpolitik möglich sein wird, gestaltet sich unsere Zukunft folgendermaßen: Unser Defizit wird in einigen Jahren, vielleicht in fünf Jahren, verschwinden. Unser Defizit ist natürlich sehr groß, aber es hat in der Gegenwart nichts Abnormales an sich. Das böhmische Budget hat einen Fehlbetrag von drei Milliarden czechischer Kronen. Wenn unser Defizit verhältnismäßig erheblich größer ist, so liegt das nur daran, daß wir mit einem viel größeren Teile der finanziellen Verantwortung für den alten Staat belastet worden sind. Das ist überhaupt die Grundschwierigkeit unserer Finanz- und Währungs politik, daß wir sozusagen ein Herz aus dem finanziellen Organismus herauszuschneiden haben. Es ist in der Czecho-Slowakei relativ leichter gelungen, eine eigene Währung zu erhalten. Bei uns geht es nicht so einfach, und deshalb können wir unserer Bevölkerung wenigstens in unmittelbarer Weise nicht entgegenkommen, wenn

sie von uns Retorsionsmaßregeln, besondere Energie verlangt. Es ist nicht Mangel an Energie, noch weniger Lässigkeit, sondern einfach Rücksichtnahme auf unser Lebensinteresse, die uns heißt, unserem Bankwesen und unserem Handel in höchst jene Stellung zu sichern, die sie hatten. Uebrigens die jetzigen Verhältnisse in der czecho-slowakischen Republik, die bedeutungsvolle Niederlage im Felde gegen Ungarn, die Schwierigkeiten, denen besonders die czechische Finanzpolitik begegnet, werden wohl die vielen Bewunderer, die die czechische Finanzpolitik zweifellos unter Ihnen gefunden hat, dazu bewegen, sich die Sache ein wenig zu überlegen. (Zustimmung.) Mit dieser gewissen scharf zugreifenden Brutalität, die bei uns im Lande des ökonomischen Analphabetismus so viele Freunde hat (Gelächter), kann man auf die Dauer nichts erreichen. Wenn die czechische Regierung fällt, dann fällt sie hauptsächlich über ihre Finanzpolitik, wenn sie sich hält, wird sie Wasser in ihren finanziellen Wein tun müssen. Der Staatssekretär verweist auf das in Frankreich und in England sich ergebende große Defizit und meint, für den Moment des Zusammenbruchs, für die ungeheure soziale Gefahr, durch die wir gestenert sind, ist unser Budget, unsere finanzielle Situation nur das, was man erwarten mußte. Durch Erbsparungen und durch das Wiederaufleben der Produktion wird sich die Situation gewiß bessern. Dann wird man auch daran denken können, das Geldwesen zu ordnen. Es ist sehr die Frage, welcher Weg zu wählen sein wird; woran man aber wohl denken könnte,

natürlich nur für wenige Monate. Ferner müssen Neugründungen erleichtert werden. Dazu brauchen wir Kapitalimport. Fremdes Kapital und neu investiertes inländisches Kapital müssen steuerliche und sonstige Begünstigungen erhalten. Neu gegründete Unternehmungen müssen auch bestimmte Zusicherungen für eine Reihe von Jahren bezüglich Sozialisierung, beziehungsweise Nichtsozialisierung bekommen. (Zustimmung.) Allerdings fehlt dann noch immer der Rohstoffkredit und die nötige Kohle. Diese können beschafft werden, wenn der Kredit unserer Banken intakt bleibt. Diesen intakt zu erhalten, besonders ihre Akzepte rein zu erhalten, ist ein sehr wesentliches Bedürfnis. Wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, werden wir unser Rohstoffbedürfnis, das auf ungefähr fünf Milliarden geschätzt werden kann, sehr bald decken können. Es wären in Wien schon eine Menge Hände am Werk, wenn wir die Leute nur ruhig arbeiten ließen und sie nicht fortwährend nur schikanieren. (Zustimmung.) Aber die Wiederherstellungsaktion hat in Deutschösterreich ihre Grenzen; denn die Frage, ob wir große neue Industrien schaffen können, ob wir vor allem eine Textilindustrie schaffen können, die sich sehen lassen kann, hängt lediglich von der Frage der Wasserkraft ab. (Zustimmung.)

Für die Zukunft haben wir hoffnungsvolle Symptome. In dieser Beziehung ist der Beschluß zu begrüßen, wonach die Nationalversammlung die Regierung auffordert, den Abbau der Zentralen in die Wege zu leiten. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.) Wenn wir jenes Interesse vertreten, das für unseren Staat das einzig mögliche ist, das Interesse der wirtschaftlichen Freiheit, werden wir sehr bald zu normalen Zuständen kommen. Das heißt durchaus nicht, daß man, wenn man das einseht, notwendig ein Gegner der Sozialisierung wäre. Man muß klar sein darüber, was man sozialisieren will. Man muß das, was man sozialisiert, schnell und energig sozialisieren und alles übrige radikal freilassen. Dann werden die Sozialisierungsaktionen, die die Regierung gegenwärtig überhaupt vorhat, vom Standpunkte der übrigen Volkswirtschaft, so sehr sie sonst von einer Verstaatlichung verschieden sind, doch nichts anderes sein als eine Verstaatlichung. Das würde die kapitalistische Volkswirtschaft vertragen, ohne beim Wiederaufbau wesentlich behindert zu sein. Was unerträglich ist, ist das Schwanzen zwischen den beiden Prinzipien, ist ein Zustand, der nicht Kapitalismus und nicht Sozialismus ist. Eine sozialisierte Unternehmung wird mindestens im Anfange wesentlich schlechter funktionieren, und es ist klar, daß die Lebenshaltung der Massen daraus zunächst keinen Vorteil haben kann. Aber deshalb hat es doch gefundenen Sinn, im klaren Bewußtsein auch der Opfer zu neuen Organisationsformen zu streben. Aber soweit man es nicht tut, liegt die Zukunft gerade von Deutschösterreich in einem System der Wirtschaftsfreiheit. Man muß nun anfangen abzubauen, Export und Import freizulassen, die Organisationsformen, die wir haben, in höchst aufzulösen, die Grenzen der Staatsstätigkeit wieder enger zu ziehen. Nach der Lebensmittelversorgung und nach der Versorgung mit Rohstoffen wird es wieder besser werden. Möglicherweise werden die nächsten Jahre in diesem Lande nicht eben ein Vergnügen sein, aber sicher ist ein absoluter Zusammenbruch zu vermeiden. Sicher winten uns inmitten aller Schwierigkeiten die Volkshäfen einer besseren Zeit, die mindestens diejenigen haben, die nach uns kommen werden. (Lebhafte Beifall.)

Advertisement for 'S. SEN.' featuring a portrait of a man and text: 'S. SEN. und Mitbegründer, des Herrn...', 'Schmittags von der Aufbahrung...', 'abte taktkräftige Mithilfe an der Gedeih...', 'stellen für das ihnen im reichen Masse...', 'nz Hies & Söhne.' The text is partially obscured by a large black graphic element.

Advertisement for 'Hies & Söhne' with text: 'Hies, Assistent der I. Frauenklinik, als Söhne', 'z, Willy und Viktor, als Enkel', 'Hies geb. Bürger, als Schwägerinnen.', 'Farrkirche zu Mauer abgehalten werden.', 's von der Aufbahrungshalle des Wiener'.

## Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Deutschösterreichische Vermögensinteressen in den Teilstaaten.

Wien, 31. Mai.

Staatsbahn und Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft werden heuer ihre Bilanz voraussichtlich zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkte nicht legen können. Die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft hat bereits angekündigt, daß sie durch die politischen Ereignisse in der Verfügung über ihren Schiffspark, ihre Anlagen und ihre Kohlengruben behindert und so außerstande sei, die Grundlagen für die Bewertung ihres Eigentums festzustellen. Der Staatsbahn ist durch den Umsturz in Ungarn ihr wichtigstes Einkommen, die staatliche Einlösungsrente, bisher vorenthalten, die Industriebetriebe und die Domänen im Banat sind von den Serben besetzt, und wenn nicht noch in den nächsten Wochen der Umschwung in Budapest eintritt, wird wahrscheinlich zum erstenmal seit dem Bestande der Gesellschaft die Dividende der Aktien uneingelöst bleiben. Staatsbahn, Dampfschiffahrt, in jüngster Zeit auch die Petroleumgruben, verkörpern die größten am deutlichsten in die Augen springenden Kapitalinteressen Deutschösterreichs, die durch die Willkürakte von Regierungen der Staaten auf dem Boden der ehemaligen Monarchie bedroht sind. Der Kapitalswert, der nach dem Abschlusse der Staatsbahngesellschaft zutage tritt, übersteigt auch bei den gegenwärtigen, stark herabgesetzten Kursen der Aktien erheblich den Betrag von einer halben Milliarde Kronen. Die ehemals sehr große Prioritätsschuld ist durch die Verstaatlichung bis auf einen Rest von 80 Millionen aus der Bilanz verschwunden, das finanzielle Engagement gipfelt in dem Aktienkapital von 235 Millionen Kronen, dessen Anteile seinerzeit vorübergehend mit 1200 Kronen bewertet und auch jetzt noch zu 800 Kronen umgesetzt werden. Von den Einnahmen der Gesellschaft fließt nur ein kleiner Teil, im letzten Jahre etwa zwei Millionen Kronen, aus Deutschösterreich als Ertrag der Wiener Maschinenfabrik. Alle übrigen Eingänge stammen aus Staaten, die nimmehr Ausland sind: die Einlösungsrente der an Ungarn verkauften Linien mit 21 Millionen, der Reingewinn der Berg- und Hüttenwerke, Domänen, Forste und kleineren Industrien im Banat mit 5.3 Millionen, der Pachtzins der Kohlengruben in Brandeisl mit 2 Millionen. Ueber achtzig Prozent des Reingewinnes, das ganze Erfordernis für die Dividende der letzten Jahre, wurde aus der ungarischen Verstaatlichungsrente bezahlt. Das heimische und das fremde Privatkapital hatte die Staatsbahnaktien, namentlich seit dem Verkaufe der gesellschaftlichen Bahnlinien, mit Vorliebe für seine Anlagen gekauft, als ein Papier, das seine gesicherte Unterlage in einer staatlichen Rente, daneben aber den Reiz der Konjunktur in entwicklungsfähigen Betrieben, Eisenwerken, Kohlengruben, Mühlen und einem riesigen Grundbesitz im Ausmaße eines ganzen Komitats besitzt. Die nächste Halbjahrsrate der ungarischen Annuität ist mit 10.4 Millionen Kronen am 1. Juli fällig; trotz aller schönen Versprechungen der ungarischen Regierung bestehen aber bisher nicht die geringsten Anzeichen für eine Einlösung in diesem schon nahgerückten Zeitpunkt, und wenn die Rente nicht noch eingehen sollte, dann wird weder die Bilanz aufgestellt noch der Zulucoupon der Aktien gezahlt werden können.

Wenn die Staatsbahnaktie überwiegend als Anlagewert angesehen wurde, so hatte die Aktie der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft stets als eines der aussichtsvollsten Konjunkturpapiere gegolten. Durch den Krieg war die Gesellschaft nur im ersten Jahre, bis zur Niederwerfung Serbiens, in ihrer Tätigkeit einigermaßen behindert, und damals sind auch einige ihrer Schiffe verloren gegangen. Seither gilt sie als einer der größten Kriegsgewinner, ihre Schiffe waren durch die Getreidezufuhren aus Rumänien bis zur äußersten Anspannung der Leistungsfähigkeit beschäftigt, der Wert eines Schiffsparks von 143 Dampfern schien vervielfacht, und auch in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruche wurden die Aussichten des Unternehmens, das nach dem Verluste der Seeflotte eine der wenigen uns erhalten gebliebenen Schiffahrtsgesellschaften darstellte, sehr günstig eingeschätzt. Die Ernüchterung und Enttäuschung trat erst in den letzten Monaten ein. Durch die inneren Kämpfe auf dem Boden des alten Ungarn wurde die Freiheit der Donau ebenso lahmgelegt wie seinerzeit durch die Gewaltmaßnahmen Serbiens und Rumaniens. Nur der geringste Teil der Schiffe ist auf der oberen Donau beschäftigt und unserer Gewahrsame erhalten geblieben. Von Preßburg abwärts wurden die großen Dampfer durch die czechoslowakische, zum Teile auch durch die rumänische Regierung mit Beschlagnahme belegt, die Landungsanlagen, Hafenplätze, Betriebsgebäude und Werften wurden gleichfalls dem Machtbereiche dieser Staaten unterworfen. Die Fünfkirchner Kohlengruben und die Mohacs-Fünfkirchner Bahn wurden von der Regierung des neugebildeten südslawischen Staates besetzt und für ihre Zwecke ausgebeutet. Aus allen diesen Betrieben, die ehemals alljährlich Eingänge zwischen 30 und 40 Millionen Kronen geliefert hatten, sind der Gesellschaft im heurigen Jahre bisher nur sehr verringerte Summen zugeflossen, die in der letzten Zeit ganz ausblieben, während die Zentralregie und der kostspielige Apparat bestritten werden müssen. Immerhin wäre es der Gesellschaft, die doch das ganze Jahr 1918 hindurch bis zum Ende der Schiffsfahrtsperiode ihren Dienst betreiben und auch die Gruben bis in den Spätherbst für eigene Rechnung ausbeuten konnte, noch möglich gewesen, eine Bilanz für das vorige Jahr aufzustellen, wie dies ja auch die Südbahn getan hat. Die gewaltsamen Maßnahmen der jüngsten Zeit haben jedoch den Wert der Aktiven ganz ins Ungewisse gestellt. Aufhebung des Privateigentums in Ungarn, Sequestrierung und offene Androhung einer Heranziehung für die Kriegsentschädigung im jugoslawischen Staat, Beschlagnahme der größten Schiffe durch die czechoslowakische Regierung sind lauter Elemente, welche die Ent-

## Zollgemeinschaft und Geldgemeinschaft.

Von Joseph Lazarus in Wien.

Wer sein Wirtschaftsleben nicht recht entfalten kann wegen Böswilligkeit seiner Kompagnons, dem ist nicht zu verargen, daß er sich deren zu entledigen trachtet. Politische Widerstände unserer früheren Staatsgenossen waren es, die uns an der wirtschaftlichen Entfaltung hinderten und uns in die Rolle des wirtschaftlichen Aschenbrödelns Europas drängten. Wir haben liquidiert. Allerdings nicht freiwillig. Jetzt ist der Weg vor uns frei — wirtschaftlich und politisch. Wir gehen ein neues Wirtschaftsleben an, unter neuer Firma. In diese unsere alten Kompagnons wieder aufzunehmen, die uns zur Liquidation brachten, ist um so bedenklicher, als die wirtschaftlichen Böswilligkeiten immer noch fortwirken, obwohl die ehemaligen Genossen politisch über Maß gesättigt sind. Da uns aber die Idee des Verbleibens in alter Zollgemeinschaft sowohl von sehr ernster politischer Seite, wie auch seitens hervorragender Praktiker aus allen Produktionsgebieten nahegelegt wird, so ergibt sich hieraus die Pflicht einer gründlichen Erwägung aller Folgen, die ein weiteres Verbleiben in der alten Zollgemeinschaft nach sich ziehen könnte. Obwohl diese Zollgemeinschaft heute noch besteht, wird sie (wie alles Wirtschaftliche der Monarchie) übertrumpft durch politische Motive. Was nützt es, daß zwischen uns und unsern ehemaligen Staatsgenossen keine Zollschranken bestehen, wenn die alte Zollgemeinschaft mit ihren Lieferungsverweigerungen und Durchfuhrverboten uns aushungern und ausfrieren will? Die nach außen zugeklappte Zolltüre kann zum Verhängnis werden, wenn innerhalb der Zollmauern Wirtschaftskämpfe toben. Es müßte denn Zollgemeinschaft doppelt unterstrichen werden: einmal mit Lieferungs- und Zahlungswille, das zweite Mal mit Transitofreiheit. Lieferungs- und Zahlungswille kann niemandem aufgezwungen werden.

Anders die Transitofreiheit, das Durchfuhrrecht! Wenn es die Entente mit der Abschaffung der Kriege ernst meint, so müßte die Verweigerung des Durchfuhrrechts zum „Casus belli“ werden und müßte ihr mit allen Surrogaten, welche den Krieg ersetzen sollen, an den Leib gerückt werden. Denn Transitoverbot bedeutet Erwürgung eines Staates, bedeutet Versetzung in eine Lage, in der wir uns jetzt befinden: in die Lage des Ausfrierens und Aushungerns der Menschen und ihrer Produktion. War schon mit böswilligen Kompagnons gemeinsame Wirtschaft im Frieden ohne Schaden nicht zu betreiben, so wäre es jetzt, da der Krieg neue wirtschaftliche Barbarismen erfunden: Konzentrationslager für Leute, die am Kriege gar nicht teilnehmen, Aushungerung der gesamten Zivilbevölkerung, Durchfuhrverbote innerhalb des gemeinsamen Zollgebietes, gerade gefährlich, sich von übelwollenden Zollgenossen die Zolltüre, die zur Außenwelt führt, zuklappen zu lassen.

Nun wäre der Widerspruch zu lösen, wie Naumanns Idee eines „Mitteleuropa“ (welches kein Aggressiv-, sondern ein Defensivmittel sein sollte gegen die englische Abperrung der Meere) sich verträgt mit der Abneigung zur Aufrechterhaltung eines viel kleineren Zollverbandes, desjenigen der alten Donaumonarchie. Dieser Gegensatz ist bloß scheinbar. Es ist die Interversion einer mathematischen Formel, in welcher eine endliche Größe für die Unendlichkeit gesetzt wurde. Denn in einem Wirtschaftsbunde, der vom Belt bis zum Schwarzen Meere, von der Oder bis nach Sibirien reicht, in solch unendlich weiten Zollgrenzen kann uns der Nachbar mit seinem Getreide nicht bewuchern, weil wir es über ihn hinweg, aus Podolien oder Rumänien beziehen könnten. Schutzzöllerei in unendlich weitem Rahmen gleicht dem Freihandel, vermindert die wirtschaftliche Reibungsfläche zwischen den Partnern und ist das wirksamste Mittel zur Ausschaltung wirtschaftlicher Kriege. Bloß die Enge eines gemeinsamen Zollgebietes ist gefährlich. Zudem ist die Frage der Zollgemeinschaft nicht zu behandeln, ohne daß eine parallellaufende Begleiterscheinung in Rechnung gestellt wird: die Geldgemeinschaft! Zu Zeiten tiefsten Friedens war es, als ohne jede wirtschaftliche Ursache und ausschließlich wegen Bedarfes an politischer Scheidemünze von populären Schlagworten in Ungarn die Trennung von der Oesterreichisch-ungarischen Bank und die Gründung einer selbständigen Ungarischen Staatsbank gepredigt wurde. Heute will jeder der neu entstandenen Staaten seine eigene Staatsbank haben, um uns die Geldgemeinschaft zu kündigen. Diesmal nicht allein aus politisch-dekorativen Motiven. Materielle Beweggründe zeugen die Sehnsucht nach der Ferne, die Flucht von der österreichisch-ungarischen Valuta.

Der Verwirklichung der neuen Staatsbanken steht aber ein mächtiges Hindernis entgegen: der Mangel an Golddeckung. Wer die Psyche unserer alten Staatsgenossen kennt, der weiß, daß bei ihnen alle Hindernisse mit elementarer Gewalt überwunden werden, sobald es sich um die Erreichung eines nationalen Zieles handelt. Rücksichtslos wird Gold beschaffen werden, damit die zahlreichen neuen nationalen Staatsbanken wie Pilze aus der Erde wachsen. Von diesem Standpunkt aus bietet die Frage der Zollgemeinschaft einen ganz andern Anblick dar, als er unsern kompetentesten Ratgebern erschienen ist, welche ihr Gesichtsfeld nicht auf Goldbeschaffungsmotive eingestellt haben. Wenn der seine Staatsbank anstrebende, daher Golddeckung benötigende Zollgenosse seinen Zucker an die Entente verkauft, so bringt er Gold heim; Gold zum Aufbau seiner Nationalbank. Beliefert er aber uns mit Zucker — so bekommt er Papier. Papier von dieser Oesterreichisch-ungarischen Bank, die er eben loswerden möchte. Nicht Böswilligkeit erklärt den Mangel an Belieferungswillen. Es ist ein positives Wirtschaftsziel, welches unsere ehemaligen Staatsgenossen für ihre Nationalstaaten erstreben, welches ihrer Produktion einen Weg vorschreibt, der nicht zu uns führt. Unter solchen Umständen dürfen wir uns mit Zollmauern nicht einmauern lassen, um den Weg ins Freie nicht zu verkleinern.

Ich sehe ringsum ein Wetttrüben an Gold beginnen. Wer früher seine „Nationalbank“ zustande gebracht haben wird, wer früher die Geldgemeinschaft mit der zusammengebrochenen Monarchie liquidieren können, der glaubt früher einzuziehen zu können in den Kreis der solid bewirtschafteten Welt des Westens. Wer aber bei diesem allgemeinen Davonlaufen von der gemeinsamen Bank der Letzte auf ihr sitzen bleibt, der wird eben der „Schwarze Peter“ sein. Bei diesem Wetttrüben um Gold müssen wir auch mittun. Auch wir müssen Wege finden, um unser Stück Gold zu verdienen. Womit aber, da uns alle Rohstoffe fehlen? Mancho behaupten: Wien könne nicht einschrumpfen, denn Wien würde das Kunstzentrum der Welt werden. Man vergesse aber nicht, daß die Kunst ihre Zelte bloß dort aufschlägt, wo Reichtum ist. Sparta — und Athen. Eigener Reichtum durch Handel und Industrie oder fremder Reichtum durch Fremdenverkehr. Der Goldstrom des Fremdenverkehrs wird aber bloß dort angezogen, wo es Billigkeit der Aufenthaltskosten gibt. Jeder weiß, daß ein Urlaubsaufenthalt in Oesterreich das Doppelte dessen kostet, was (bei gleicher Lebenshaltung) ein Urlaubsaufenthalt in Italien oder in der Schweiz kosten würde. Dieser Umstand verhindert den Fremdenzufluß nach Oesterreich. Wollte man hier Fremdenverkehr haben, so müßte das Staatsamt für Finanzen auf die indirekte Besteuerung der Lebensbedürfnisse verzichten, um an der Goldlawine, welche der Fremdenstrom über ein Land ergießt, sich für jenen Beitrag zu entschädigen, mit dem die indirekte Besteuerung unsere Lebenshaltung verteuert. Die Grundlage für ein Wien als Fremdenzentrum liegt somit letzten Endes in den Entschlüssen des Staatsamtes für Finanzen.

Nun gibt es aber noch zwei andere Möglichkeiten, um Gold ins Land zu bringen: den Handel und die Industrie. Der Weg, den der Handel in einem

an Rohstoffen armen Oesterreich einschlagen soll, wird ihm von seiner geographischen Lage vorgeschrieben. Wien könnte das Transito-Emporium auf der kommenden Welt Handelsstraße sein, die von Kleinasien nach Nordamerika führen wird, das ist vom Schwarzen Meer bis zur Nordsee, längs der Donau, über den Donau-Elbe-Kanal nach Hamburg und den Donau-Rhein-Kanal nach Holland. Solche Handelsstraßen, die uns zu Weltansehen und zu Reichtum verhelfen könnten, steht und fällt mit dem Ausbaue der genannten zwei Kanäle.

Ein dritter Weg, der uns zur Goldbeschaffung führen könnte, wäre der industrielle. Welche Industrie aber könnte Oesterreich betreiben, dem bis auf Eisen alle Rohstoffe fehlen? Man verweist uns auf das Beispiel der Schweizer Industrie, welche aufgebaut ist auf importierter Kohle, auf importiertem Eisen, importierten sonstigen Rohstoffen und importierten Nahrungsmitteln. Aus der Not, Rohstoffe, ja sogar Halbfabrikate von andern Ländern beziehen zu müssen, hat die Schweiz eine Tugend gemacht: die Fertigfabrikation fremder Rohstoffe und Halbfabrikate. Sie ist der Raffineur Europas geworden, allerdings auf Grundlage eines hervorragenden Schulwesens, angefangen von der Volksschule bis zur höchsten technischen und kommerziellen vielsprachigen Hochschule. Solche industrielle Rolle könnte auch dem an Rohstoffen, Kohle und Nahrungsmitteln armen Oesterreichischen Staate beschieden sein. Wenn wir sonach den industriellen Ausweg aus dem Engpaß unserer Rohstoffversorgung nach dem Beispiele der Schweiz suchen, so müssen wir solchen Vergleich — bis zu Ende durchdenken. Die Schweiz ist durch keinerlei Zollgemeinschaft an jemandem gekettet. Sie hat Hände und Sympathien frei. Sie bezieht ihre Kohle, ihre Rohstoffe, ihre Halbfabrikate, ihre Nahrungsmittel dort, wo sie dieselben am billigsten, am besten und am raschesten bekommt, oder, wo sie auf Gegenseitigkeit wegen Abfahres ihrer Exportartikel rednet. Und wenn wir es uns recht überlegen, so ist dies die einzige Wirtschaftspolitik, welche kleinen Staatsgebilden ziemt. Siehe Belgien, Holland und Dänemark, welche trotz Kleinheit ihres Staatswesens sich mit allem Notwendigen gut und billig versehen, weil sie freie Hand haben und weil keinerlei Kompagnons ihnen den Wirtschaftsweg vorschreiben, ihnen Grenzen gegen billige Agrarprodukte sperren usw.

Die den Anschluß Oesterreichs an das Deutsche Reich, und die den Anschluß an die Länder der ehemaligen Oesterreichisch-ungarischen Monarchie anstreben, tun es im besten Glauben, die Belieferung Oesterreichs auf ihre Weise zu sichern und ein Absatzgebiet zu gewinnen. Es fehlt jedoch diesem Gedankenaufbau ein Schlüsselstein. Zollgemeinschaft ist lange keine Gewähr für Belieferungswillen; sie kann zum Gefängnis werden, falls letzterer fehlt. Wegen bloßer Kulturgemeinschaft wird Deutschland von uns keine Maschinen beziehen. Wegen seines Hartgeldbedürfnisses werden die alten Zollgenossen uns nicht beliefern. Hüten wir uns daher, in einen mit Zollmauern umschlossenen Hungerturm zu geraten, innerhalb dessen kein Gras für uns gewachsen und aus welchem hinaus der Weg ins Freie durch Zollschranken verrammelt wird. Folgen wir dem Beispiele kleiner, aber hochentwickelter Kulturstaaten, die self-contained sind, niemandem Rechenschaft schulden und sich auf eine Staatsexistenz bescheiden nach der Formel: Klein — aber mein!

Das ist die objektive Darstellung der drei Wirtschaftswege, die sich vor uns auftun. Auf welchem derselben wir uns den Willen unserer Lieferanten und unserer Abnehmer gesüglicher machen werden, das kann am besten jeder für sich allein überlegen, wenn er sein eigenes Geschäft überschaut.



28.7.1919

### Vorspiel für den Finanzplan.

Wenige Tage, bevor der das deutschösterreichische Finanzwesen vollkommen umkämpelnde Finanzplan dem Kabinettsrat unterbreitet wird, muß die Öffentlichkeit aus Berliner Zeitungsmeldungen erfahren, daß der Zinsendienst für den Oktobercoupon die österreichischen Staatspapiere durch eine spezielle Order an die dortigen Banken eingestellt worden ist. Die Regierung selbst hintt erst vierundzwanzig Stunden später mit einer Kundmachung nach, von der niemand weiß, wer die Verantwortung übernommen hat. Deutschösterreich hat seinerzeit bei der Deckung des Zinsendienstes für die österreichischen Staatspapiere freiwillig als Treuhänder fungiert. Wenn es jetzt diese aus eigenen Stücken übernommene Funktion niederlegt, indem es die Einlösung der Oktoberfälligkeiten „provisorisch“ suspendiert, so läßt sich gegen diesen Entschluß juristisch kaum etwas einwenden.

Eine andere Frage aber ist es, ob es taktisch klug gewesen ist, gerade im jetzigen Augenblick, wo unser Finanzwesen und damit auch unser Staatskredit neu aufgebaut werden soll, den Zinsendienst der Staatspapiere auf eine solch ungewöhnliche Weise zu unterbrechen. Der erste und deshalb nachhaltigste Eindruck, den dieser Entschluß im Ausland ausgelöst hat, war keineswegs ein erfreulicher. Man lese nur einmal die Kommentare der Berliner Blätter und man wird immer wieder auf die mehr oder minder deutlich ausgesprochene Vermutung stoßen, daß Deutschösterreich vom Staatsbankerott nicht mehr weit entfernt ist. Im neutralen Ausland und in Paris und London, wo man der Zahlungsfähigkeit Deutschösterreich ohnehin mit einem großen Maß von Skepsis begegnet, wird der unmittelbare Eindruck, den die Suspendierung des Zinsendienstes ausüben mußte, ein womöglich noch schlechterer gewesen sein und die Anknüpfung von kreditpolitischen Beziehungen zu den großen Geldmärkten in Westeuropa und in Amerika wird daher in der nächsten Zeit voraussichtlich auf noch größere Schwierigkeiten stoßen als dies bisher schon der Fall gewesen ist. Dabei macht doch die trostlose Wirtschaftslage des Landes die größtmögliche Rücksichtnahme auf den Staatskredit zum obersten Gebot. Deutschösterreich ist aus sich selbst heraus ganz außerstande, seine Industrie wieder in

den zu bringen und dem Staatshaushalt wieder einen billigen Zins zu verschaffen. Das beste Regenerationsmittel besteht darin, daß man die fremden Kredite nicht bloß zu Lebensmitteln kaufen, sondern außerdem auch zum Erwerb von Rohstoffen benutzt, die unter den Umständen der Lage zur Produktion am wenigsten geeignet sind. Diese Rohstoffkredite im Ausland anzulegen, läßt auf große Schwierigkeiten zu. Die unternehmerische Tätigkeit in Krediten in Zürich hatten, reicht nicht im entferntesten hin, um das unerlässliche Quantum von Rohstoffen anzuschaffen.

Noten Nr. 770. — Maltesische Noten Nr. 610. — Englische Noten Nr. 270. — Dollars Nr. 68.50 und Romanow-Rubel Nr. 175. — In der Berliner Devisenzentrale wurden heute die Devisen: Schweiz mit Mark 387. — (— 32.50), Wien (abgestempelt) mit Mark 34.95 (— 0.50) und Prag mit Mark 77. — (+ 0.20) bewertet.